

Anarchistische Bücherei im Haus der Demokratie
Greifswalder Str. 4 · 2. Hof, Raum 1102 · D-10405 Berlin-Prenzlauer Berg

Olaf Briese und
Alexander Valerius

**Findbuch
archivalischer
Quellen
zum frühen
Anarchismus**

Einleitung von Olaf Briese



**FINDMITTEL UND
BIBLIOGRAPHIEN 3**

Olaf Briese und Alexander Valerius

Findbuch archivalischer Quellen
zum frühen Anarchismus

Findmittel und Bibliographien
der Bibliothek der Freien

3



Olaf Briele und Alexander Valerius

Findbuch archivalischer Quellen zum frühen Anarchismus

Beiträge zur Erschließung von Akten
aus Berliner Archiven über die »Freien«
(1837–1853)

Mit einer Einleitung von Olaf Briele
Herausgegeben von Wolfgang Eckhardt

Verlag Edition AV

1. Auflage 2021
© Verlag Edition AV, Bodenburg
www.edition-av.de
Gesamtherstellung: leibi.de, Neu-Ulm
ISBN 978-3-86841-273-4

Inhalt

Einleitung

Olaf Briese: Vormärzlicher Anarchismus.

Das Beispiel der Berliner Junghegelianer und »Freien«

• Umriss des Forschungsfeldes	7
• Junghegelianer, Linkshegelianer, »Die Freien«	9
• Anarchistisches aus dem Kreis und Umkreis	27
• Nachtrag: Abend-Post (1850)	89
• Quellenauswahl und weitere Akteure aus dem Feld und Umfeld	136
• Ausblick: Anarchistisches statt Anarchismus	148
• Zum Status behördlicher Dokumente	156

Dokumentation

Louise Aston	162
Bruno Bauer	170
Edgar Bauer	214
Heinrich Börnstein u.a.	224
Ludwig Buhl	226
»Die christliche Sonntagsfeier«	238
Julius Faucher	240
Julius Fröbel	242
Georg Herwegh	250
Moses Heß	262
Wilhelm Jordan	266
»Lesekabinettt«	272
Wilhelm Marr	276

Eduard Meyen	282
Theodor Mügge	294
»Norddeutsche Blätter«	310
Carl Riedel	312
Arnold Ruge	320
Max Stirner	338
Titus Ullrich	348
Welcker-Serenade	352
Abkürzungen	371

Einleitung

Olaf Briese: Vormärzlicher Anarchismus

Das Beispiel der Berliner Junghegelianer und »Freien«

Umriss des Forschungsfeldes

Ausgangspunkt des vorliegenden Essays ist Anarchismus als Strömung der politischen Ideengeschichte — ein komplexer, schillernder Begriff, der, einer jüngst erschienenen fundierten Einführungsstudie zufolge, als philosophisches Konzept, politische Bewegung und als praktische Lebensform gleichermaßen auftritt¹. Trotz aller Heterogenität gibt es jedoch charakteristische Merkmale, welche die oftmals divergierenden Strömungen verbinden und sich sogar in früheren Epochen zeigten, in denen weder ein positiver Begriff von »Anarchie« noch der Begriff »Anarchismus« verfügbar waren. Zu diesen Kriterien gehören u.a.: Dissidenz und Bruch mit bestehenden Herrschaftsverhältnissen, die Betonung der Rechte von Individuen in kooperativen oder solidarischen Gemeinschaftsformen sowie das Ideal nicht nur der Minimierung von Herrschaft, sondern der Aufhebung von Herrschaft, und zwar nicht nur auf den Gebieten von ›Ökonomie‹ und ›Politik‹. Von diesen Idealen haben sich auch Gruppen und Einzelpersonen inspiriert gezeigt, die bereits vor den explizit anarchistischen Bewegungen ab dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts aufgetreten sind. Max Nettlau, der Pionier der Anarchismusforschung, ließ daher 1925 seine umfangreiche *Geschichte der Anarchie* mit Zenon von Kition und den Stoikern der Antike beginnen — zu denken wäre auch an den klassisch-chinesischen Daoismus —, und ein politischer Aufklärungsphilosoph wie William Godwin (1756–1836) gehört mit *An Enquiry Concerning Political Justice* (1793) inzwischen zum anerkannten Kanon der anarchistischen Ideengeschichte, obwohl seine Lebenszeit gar nicht in die Epoche explizit anarchistischer Bewegungen hineinreicht².

-
- 1 Vgl.: Daniel Loick: *Anarchismus zur Einführung*, Hamburg 2017, S. 11ff., ähnlich schon zuvor: Uri Gordon: *Anarchy Alive! Anti-authoritarian Politics from Practice to Theory*, London, Ann Arbor 2008, S. 3f. (Anarchismus als »social movement«, »political culture« und »collection of ideas«).
 - 2 Vgl.: Max Nettlau: *Der Vorfrühling der Anarchie. Ihre historische Entwicklung von den Anfängen bis zum Jahre 1864*, Berlin 1925, S. 10ff., 67ff. Zu anarchistischen Tendenzen der deutschsprachigen Aufklärung vgl.: Olaf Briese: *Aufklärerischer Anarchismus. Die verdrängte Tradition des 18. Jahrhunderts*, in: *Internationales Archiv für Sozialgeschichte*

Auch im Vormärz stößt man auf VordenkerInnen, die sich von obengenannten anarchistischen Idealen inspiriert zeigen und deren Äußerungen oder gar Konzepte deutlich in anarchistische Richtung zielen oder direkt anarchistisch sind. Mit Recht hob der quellenkundige Historiker Gustav Mayer im Jahr 1920 für den Junghegelianismus hervor: »Und nach der Proklamierung der Vernunftreligion und des Atheismus ließ die des Republikanismus, am Ende des Kommunismus oder Anarchismus, nicht lange auf sich warten«³. Zwar wurde seit den 1960er Jahren diese Entwicklung — die sich nicht nur für die Junghegelianer konstatieren lässt — in der Forschung, wenn sie nicht gänzlich tabuisiert wurde, gelegentlich registriert. Meist jedoch wurde sie, und das betrifft ost- und westdeutsche Herangehensweisen gleichermaßen, undifferenziert für eine Darstellung der sozialistisch-kommunistischen Ideenentwicklung vereinnahmt; als vorgeblicher Zielpunkt galten dabei die Ideen von Karl Marx. Auch nach dem Abebben dieser Forschungsmode wurde dieses Herangehen in den folgenden Jahrzehnten als eingebürgert und unhinterfragt weiter akzeptiert. Insofern wurden in der historischen Forschung Sozialismus und Kommunismus grundsätzlich etatistisch figuriert. Das Verdienst der außerinstitutionellen deutschsprachigen Anarchismusforschung war und ist es, die größten Defizite wenigstens ansatzweise behoben zu haben und zu beheben.

Inzwischen scheinen sich aber gewisse Veränderungen abzuzeichnen. Verbunden mit der Europäisierung der Forschungslandschaft kommt in die Debatten über Anarchismus hierzulande auch akademische Bewegung. Im deutschsprachigen Raum ist nun — nach rund fünf Jahrzehnten des fast gänzlichen Stillstands — auch die Wissenschaft ansatzweise bestrebt, das Feld neu zu erschließen. Seit langer Zeit erscheinen wieder erste und vereinzelte Überblicks- und Einführungspublikationen; ein dreibändiges Handbuch befindet sich in Vorbereitung⁴. Auch die Vormärzforschung hat das Thema — in zweifellos noch ausbaufähiger Qualität — nunmehr entdeckt⁵. Natürlich war es, etwa in der Stirner- und Junghegelianismusforschung, zumindest indirekt immer präsent gewesen.

der deutschen Literatur, 41.1 (2016), S. 41-91; ders.: Christian Gottlieb Pribers Plan einer grundsätzlich herrschaftsfreien Gesellschaft. Quellen aus den Jahren 1734–1775. Mit einem neuen Fund, in: *Ne znam. Zeitschrift für Anarchismusforschung*, 3 (2017), H. 5, S. 111-160.

- 3 Gustav Mayer: Die Junghegelianer und der preußische Staat, in: *Historische Zeitschrift*, 121 (1920), S. 413-440, hier: S. 431.
- 4 Vgl.: Olaf Briese: Anarchismus im 21. Jahrhundert. Ein Literaturbericht, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 58 (2017), S. 124-148; Loick: Anarchismus zur Einführung; Handbuch Anarchismus, hrsg. v. Thomas Friedrich. 3 Bde. [Erscheinen in Vorbereitung].
- 5 Vgl.: Paulin Clochec: Les jeunes hégéliens et l'anarchisme, in: *Anarchismes. Nouvelles approches, nouveaux débats*, par David Berry/David Hamelin/Georges Ubbiali, Lormont 2015, S. 55-66 (*Dissidences*, 14); Anarchismus in Vor- und Nachmärz, hrsg. v. Detlev Kopp/Sandra Markewitz, Bielefeld 2017 (*Jahrbuch Forum Vormärz Forschung*, 22); Sandra Markewitz: Anarchismus im Vormärz, in: *Vormärz-Handbuch*, hrsg. v. Norbert Otto Eke im Auftrag des Forum Vormärz Forschung, Bielefeld 2020, S. 76-85.

Aber trotz solcher Ausnahmen war dieses Herangehen angesichts des nach wie vor dominierenden Forschungsparadigmas, die Theorien und Ansichten von Marx hätten die jung- und linkshegelianischen Standpunkte ›überwunden‹, deutlich in eine pejorative Perspektive gerückt. Denn insbesondere in Deutschland ergab sich, verglichen mit anderen europäischen Nationen (in denen die theoretischen und praktischen anarchistischen Traditionen produktiv aufgearbeitet wurden und werden), aufgrund des Einflusses von Marx bzw. des Marxismus ein folgenreicher Sonderweg. Pointiert gesagt, musste erst diese scheinbare ›Überwindung‹ überwunden werden, um einen unvoreingenommeneren Zugang zu anarchistischen Vorlagen zu finden.

Dieser sollte allerdings, um auch das zu betonen, nicht darin bestehen, Sozialismen und Anarchismen grundsätzlich einander entgegenzusetzen. Denn in der Zeit vor und nach 1848 gab es auch in den deutschen Staaten zahlreiche ›nichtmarxistische‹ sozialistische und kommunistische Ansätze, die ›anarchoid‹ oder gar anarchistisch angelegt waren. Trotz der Versuche vor allem der Weitling-Forschung, die Diversität des sozialistisch-kommunistischen Feldes vor 1848 auch in den deutschen Staaten zu verdeutlichen⁶, fehlen aber nach wie vor vergleichende Gesamtanalysen. Die Geschichte des frühen Anarchismus — die, das ist zu betonen, mit der Geschichte des Frühsozialismus teilweise durchaus zusammenfällt, sich aber auch unabhängig davon und eigenständig entfaltete — ist noch weniger aufgearbeitet. Das Ziel dieses Essays ist es, ein bestimmtes Segment im vormärzlich-anarchistischen Spektrum näher zu analysieren: nämlich anarchoide und anarchistische Vorstellungen im Umfeld der Berliner »Freien«. Solche Vorstellungen ließen sich auch bei anderen vormärzlichen Gruppen und Strömungen herausarbeiten — Junges Deutschland; sog. wahrer Sozialismus; Junges Deutschland in der Schweiz (Wilhelm Marr)⁷. Aber bei den Berliner »Freien« gewannen sie, verglichen damit, eine deutlich prägnantere Kontur. Das wirft natürlich methodische Fragen auf, denen am Schluss dieses Beitrags noch näher nachgegangen wird.

Junghegelianer, Linkshegelianer, »Die Freien«

Die Berliner Jung- und Linkshegelianer gelangten im Verlauf von theoretischen Überbietungen zu anarchistischen Positionen. Sie kritisierten Liberalismen, Demokratismen und schließlich Kommunismen (und bestimmte religiöse und moralische Selbstver-

6 Vgl. zuletzt: Waltraud Seidel-Höppner: Wilhelm Weitling (1808–1871). Eine politische Biographie. 2 Bde. Frankfurt/M. 2014; als genuin marxistischer Ansatz: Sozialismus und frühe Arbeiterbewegung, hrsg. v. Walter Schmidt/Gustav Seeber, Berlin 1989.

7 Vgl.: Olaf Briese: Ein Gespenst geht um: Vormärzlicher Anarchismus. Die drei Hauptströmungen und Heines Reaktionen, in: Heine-Jahrbuch, 57 (2018), S. 101-125; zum Vorfeld: ders.: Experimentalanarchismus. Facetten politischen Denkens in der Frühromantik, in: Wirkendes Wort. Deutsche Sprache und Literatur in Lehre und Forschung, 67 (2017), S. 363-380.

ständigkeiten ohnehin). Einem Zeitgenossen zufolge, der 1845 in seinem Kurzpanorama damaliger politischer Lager diese Ausrichtung ablehnend skizzierte, handle es sich um Akteure,

welche das Bestehende von Grund aus zerstören und immer zerstören wollen, unbekümmert um das, was da kommen soll. Der Staat soll aufgeboben und an dessen Stelle soll die Anarchie gesetzt werden, — die Anarchie, welche nach unserer Meinung, nicht nur den Staat, sondern die Gesellschaft selbst unmöglich machen würde. Eine neue Lebensordnung im Voraus auszudenken und auf die Verwirklichung derselben hinzuwirken, dünkt ihnen thöricht und verderblich. (Junghegelianer).⁸

Dass aus Hegelianern eine immer radikalere intellektuell-politische Opposition erwachsen sollte — bis hin zum Anarchismus —, war der Bewegung nicht vorgezeichnet. Schritt für Schritt radikalisierte sie sich. Eduard Gans dürfte dabei eine Schlüsselrolle zugekommen sein. Über David Friedrich Strauß, Bruno Bauer und schließlich Ludwig Feuerbach forcierte sich die hegelianische Religionskritik. Gans hingegen war mehr oder weniger verdeckt ein *politisch* Radikaler. Aufgrund seiner publizistischen Zurückhaltung und seines frühen Todes 1839 rückte er seinerzeit nicht wirklich in den Mittelpunkt politischer Debatten und staatlicher Restriktionen. Aber neuere Arbeiten, u.a. Norbert Waszeks, haben gezeigt, dass Gans mit seiner Rezeption saint-simonistischer Vorstellungen, freilich mit deutlichen Einschränkungen, als »Gründungsvater des Junghegelianismus« gelten kann (zumindest als »der »jüngste« der Althegeleianer«⁹). Dennoch sind direkte theoretische Einflüsse von Gans nicht nachweisbar, aber immerhin 1837 (siehe Dokumentation, S. 295, 305), regelmäßige Treffen mit Theodor Mügge. Auch Eduard Meyen stand nachweislich persönlich mit ihm in Verbindung¹⁰. Er schrieb 1839 einen Nachruf auf ihn für die *Hallischen Jahrbücher* und berichtete darin von Gans' »Freiheitsdrange«, der »stets mit der Reaction zusammenstieß«; 1840 bekräftigte er nochmals: »Gans gehörte zur Opposition«¹¹.

-
- 8 [August Becker:] Inhalt der fröhlichen Botschaft, in: Die fröhliche Botschaft von der religiösen und sozialen Bewegung. Nr. 1. Probeblatt. Mitte April 1845, S. 4-14, hier: S. 7.
- 9 Vgl.: Norbert Waszek: War Eduard Gans (1797–1839) der erste Links- oder Junghegelianer?, in: Die linken Hegelianer. Studien zum Verhältnis von Religion und Politik im Vormärz, hrsg. v. Michael Quante/Armih Mohseni, München 2015, S. 29-51; zurückhaltender: Giovanni Sgro': Aus »dem einem Metalle der Freiheit errichtet«. Zu Eduard Gans' Interpretation und Weiterentwicklung der Hegel'schen *Rechtsphilosophie*, in: Umstürzende Gedanken — Radikale Theorie im Vorfeld der 1848er Revolution, hrsg. v. Lars Lambrecht, Frankfurt/M. 2013, S. 21-37 (Forschungen zum Junghegelianismus, 20).
- 10 Vgl.: Eduard Meyen an Arnold Ruge, 20. Januar 1839, in: Der Redaktionsbriefwechsel der *Hallischen, Deutschen und Deutsch-Französischen Jahrbücher* (1837–1844), hrsg. v. Martin Hundt. 3 Bde. Berlin 2010, Bd. 1, S. 275.
- 11 [Eduard Meyen:] Eduard Gans, in: *Hallische Jahrbücher für deutsche Wissenschaft und Kunst*, 2 (1839), Nr. 132, 3. Juni 1839, Sp. 1049-1053, hier: Sp. 1049, 1051 (zur Autorschaft Meyens: Wolfgang Bunzel/Martin Hundt/Lars Lambrecht [Hrsg.]: Zentrum und Peripherie.

Neben der von Strauß forcierten Religionskritik und neben der von Gans ausgehenden politischen Radikalisierung ist hier ein dritter ideengeschichtlicher Strang zumindest zu erwähnen, der die junghegelianische Dynamik — nicht nur in Berlin — direkt beeinflusste. Die 1835 per Bundestagsverbot unterdrückte Literaturströmung »Junges Deutschland« wirkte religionskritisch und politisch-oppositionell in äußerst öffentlichkeitswirksamer Weise und propagierte insbesondere das Prinzip der »Subjektivität«, d.h. des Primats des Subjekts und des Selbstbewusstseins hinsichtlich aller versteinender Objektivationen. Dieses Prinzip wurde von den Junghegelianern, vor allem von Ruges *Hallischen Jahrbüchern*, anfangs vehement kritisiert, ehe es dann auch die »Freien« zur Basis ihrer Theorie und Praxis erhoben.

a) Wurzeln und Vorläufer seit Ende der dreißiger Jahre

In Berlin reichte über drei hegelianische Kreise eine freilich von Brüchen gekennzeichnete Kontinuitätslinie zu den Jung- und Linkshegelianern. Zu diesen zählte erstens der um die 1834 gegründete *Literarische Zeitung*. Eduard Meyen übernahm 1838 für einige Zeit die Redaktion, und mit Ludwig Buhl, Moritz Carrière, Theodor Mügge u.a. sammelten sich dort engagierte Philosophen und Publizisten. Zweitens und etwa zeitgleich bestand ein Freundeskreis um Moritz Carrière, Heinrich Bernhard Oppenheim und Wilhelm Wolfsohn, in dem Hegel-Lektüren gepflegt wurden, und drittens entfaltete ungefähr zur selben Zeit der sog. Dokorenklub von Studenten und Angehörigen der Berliner Universität seine Wirksamkeit — u.a. mit dem einstigen Althegeleianer Bruno Bauer, mit Adolf Rutenberg, Karl Friedrich Köppen und Karl Marx¹².

Neben diesen drei junghegelianischen Kreisen in Berlin hatten sich an anderen Orten weitere, viel einflussreichere junghegelianische oder zumindest stark von Hegel be-

Arnold Ruges Briefwechsel mit Junghegelianern in Berlin, Frankfurt/M. 2006, S. 79); Saint-Marc-Girardin: Erinnerungen an Eduard Gans (Beschluß.), in: *Zeitung für die elegante Welt*, Nr. 16, 23. Januar 1840, S. 61-64, hier: S. 63 (zitierte Anmerkung von Eduard Meyen).

12 Zur Entwicklung der Berliner Junghegelianer von der *Literarischen Zeitung* und dem »Dokorenklub« bis hin zur *Allgemeinen Literatur-Zeitung* vgl.: Ingrid u. Heinz Pepperle: Die Hegelsche Linke. Dokumente zu Philosophie und Politik im deutschen Vormärz, Leipzig 1985, S. 5-47; Wolfgang Eßbach: Die Junghegelianer. Soziologie einer Intellektuellengruppe, München 1988; Manfred Kliem: Karl Marx und die Berliner Universität 1836 bis 1841, Berlin 1988, S. 33ff., 72ff. (Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin, Nr. 21); Lars Lambrecht: Zentrum oder Peripherie als methodologisches Problem in der Marxforschung. Am Beispiel der Entwicklung der politischen Theorie bei den Junghegelianern, in: *Marx-Engels-Forschung heute I*, Neuss 1989, S. 65-124; Heinz Pepperle: Einleitung, in: Karl Friedrich Köppen. *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*. Bd. 1, Berlin 2003, S. 11-123, hier: S. 16ff.; Bunzel/Hundt/Lambrecht: Einführung, in: dies. (Hrsg.): *Zentrum und Peripherie*, S. 9-64; zum Kreis um Carrière, Oppenheim, Wolfsohn vgl.: Max Ring: *Erinnerungen*. Bd. 1, Berlin 1898, S. 113ff.

einflussste Gruppen etabliert. Dazu wäre der Mitte der dreißiger Jahre in Tübingen um Strauß bestehende Kreis zu zählen (u.a. Friedrich Theodor Vischer, Eduard Zeller). Und 1838 gründete der in Halle am Pädagogicum als Lehrer tätige Arnold Ruge gemeinsam mit Theodor Echtermeyer die *Hallischen*, später *Deutschen Jahrbücher*, das bedeutendste und wirkmächtigste Organ der Junghegelianer. Auch in Berlin entwickelte sich das junghegelianische Feld weiter. Die drei bereits genannten Berliner Kreise — wobei manche Akteure Berlin verlassen hatten und andere hinzukamen — vereinten sich seit 1840 um das von Karl Riedel und Eduard Meyen redigierte *Athenäum* (einschließlich abendlicher Kneipenrunden mit eher literarischen als philosophischen Debatten). Aus diesem Kreis wandten sich dann Marx und Rutenberg 1841 bzw. 1842 im Zuge der Gründung der *Rheinischen Zeitung* nach Köln und eröffneten den Junghegelianern dort ein — freilich von bürgerlich-liberalen Sachzwängen geprägtes — Publikationsforum.

Ungefähr zeitgleich zur Gründung dieser *Rheinischen Zeitung* radikalisierten sich die Beteiligten des Berliner *Athenäum*-Kreises. Einen wichtigen und in seiner Bedeutung keinesfalls zu unterschätzenden Einschnitt dabei bildete die sog. Welcker-Serenade vom 28. September 1841. Unter der Leitung Rutenbergs hatten mehrere Intellektuelle und »Doktoren« (u.a. B. Bauer, Köppen, Mügge, Riedel, Zabel) dem badischen Liberalen Carl Theodor Welcker vor dem Hotel, in dem er in Berlin logierte, ein Ständchen dargebracht, worauf er vom Balkon aus eine kurze Dankansprache hielt, und sie hatten dafür gesorgt, dass außerhalb Preußens ausführlich darüber berichtet wurde¹³. Die Rede von einem »Ständchen« wäre übrigens eine Untertreibung. Trickreich war eine Militärkapelle engagiert worden, deren Musik schnell für einen Volkszulauf sorgte. Und unter anderem wurde von ihr — wenn man den Korrespondentenberichten an »auswärtige« deutsche Zeitschriften trauen darf, die zumeist von den involvierten Akteuren selbst stammten — auch ein Stück mit hohem politischen Signalwert musikalisch dargebracht: die Ouvertüre von Aubers und Scribes Oper *Die Stumme von Portici*. Deren Aufführung 1830 in Brüssel hatte direkt zu revolutionärem Aufruhr und zur Abspaltung Belgiens von der niederländischen Herrschaft geführt. Auch ohne den Ruf zu den Waffen für die Befreiung des Vaterlands (3. Akt) hatte das Stück einen hohen politischen Symbolgehalt: War doch die Figur der stummen Fenella die Allegorie des stummen und vergewaltigten Volks.

Wie die hier dokumentierte Aktenlage zeigt, waren der preußische König Friedrich Wilhelm IV. und die staatlichen Instanzen über dieses subversive musikalische Detail

13 Vgl.: Gustav Mayer: Die Anfänge des politischen Radikalismus im vormärzlichen Preußen (Mit einem Anhang: Unbekanntes von Stirner), in: Zeitschrift für Politik, 6 (1913), H. 4, S. 1-113, hier: S. 43ff.; Helmut Hirsch: Die Berliner Welcker-Kundgebung. Zur Frühgeschichte der Volksdemonstrationen, in: Archiv für Sozialgeschichte, 1 (1961), S. 27-42; Eßbach: Die Junghegelianer, S. 206ff. Eine Kopie des Originalmanuskripts von Welckers Dankansprache in: Bundesarchiv/Standort Berlin-Lichterfelde (im Folgenden: BArch), RY2/I 6/ 217 (2 Bl.) [Sammlung Bund der Kommunisten].

gar nicht informiert, als sie hart zurückschlugen. Wie die nachstehende Dokumentation verdeutlicht, diagnostizierte gerade der Monarch mit Schrecken eine Art organisierter Opposition, die sich in Lesekabinetten und Kaffeehäusern formiere, und er instruierte seine mitunter zaudernden Minister entsprechend. Die Folge: Ausweisungen aus Berlin, geplante Berufsverbote für staatsnah Beschäftigte bzw. für die einer Konzession unterliegenden Freiberufler, polizeiliche Überwachung der Initiatoren dieser Serenade. Diese vehementen Restriktionen trugen erst Recht zur Radikalisierung dieser Akteure bei.

Dabei muss aber gegenüber dominierenden Forschungssträngen deutlich und einschränkend betont werden, dass sich auch diese weitgehend aus dem *Athenäum*-Kreis stammende Gruppe nur bedingt als »junghegelianisch« verstand und auch staatlicherseits nur teilweise so verstanden wurde. Die Hilflosigkeit, diese Opposition einzuordnen, zeigte sich u.a. darin, dass in einer polizeilichen Auswertung des Ereignisses am 23. Oktober 1841, wie einst Mitte der dreißiger Jahre, von einem oppositionellen »jungen Deutschland« gesprochen wurde (siehe Dokumentation, S. 283), und als Innenminister Gustav v. Rochow am 8. Oktober 1841 seinen Bericht verfasste, kam er im Entwurf seines Schreibens zu dem Befund: Diese seien »Anhänger der Junghegelschen Schule und zum Theil als Schriftsteller des jungen Deutschland bekannt« (siehe Dokumentation, S. 359). Den König erreichte dann am selben Tag die Nachricht, die Beteiligten wären durchgängig als »Anhänger der Junghegelschen Schule bekannt« (siehe Dokumentation, S. 179, 353, 359). Diese Einordnung und diese Klassifikation schienen nötig, um gewissermaßen verschwörungstheoretisch Verantwortlichkeiten festzustellen und Handlungskompetenz demonstrieren zu können. Ansonsten war in staatlichen Dossiers über die *Athenäum*-Akteure und die Berliner »Freien« hauptsächlich von »Schriftstellern« und »Literaten« die Rede. Auch die Konfidentenberichte über Rutenberg, Meyen und Buhl — die 1843 das Lesekabinett von Willibald Alexis zu einem oppositionellen Sammlungspunkt gemacht hatten — sprachen ebenfalls nicht von Junghegelianern, sondern durchgehend von »Literaten« (siehe Dokumentation, S. 272ff.).

b) Exkurs: Jung- oder Linkshegelianismus?

Jung- und Linkshegelianer? Jung- oder Linkshegelianer? Die Unterscheidung dieser beiden Gruppierungen, Strömungen oder Phasen wird in der Forschung, und zwar mit Recht, konzeptionell immer wieder aufgeworfen. Wie es nicht anders sein kann, kommt man aus unterschiedlichen Perspektiven zu jeweils unterschiedlichen Wertungen. Daran wird sich weiterhin nichts ändern. Denn man hat es mit damaligen *Funktionsbeziehungen* zu tun, also dem jeweiligen Agieren von Akteuren in ganz unterschiedlichen Debattefeldern. Dem wird man nur mit *Funktionsbegriffen* gerecht, nicht mit Substanzbegriffen. Klassifikationen wie »alt«, »jung«, »rechts«, »links«, »Zentrum« usw. sind relational und können nur in konkreten Begründungszusammenhängen vorgenommen werden. Zu jedem links oder rechts gibt es — ob nun räumlich oder politisch gesehen — jeweils ein noch linker bzw. noch rechter. Um diese einfache und selbstverständliche Prämisse

— die jedoch in starren Zuordnungsrastern nicht selten außer Acht gelassen wird — an einem Beispiel zu verdeutlichen. Friedrich Wilhelm Schlöffel, ein engagierter Angehöriger der äußersten »Linken« im Frankfurter Paulskirchenparlament, sah sich zur Zeit seines Wirkens als Abgeordneter einmal bei einem abendlichen Gespräch vom Freihändler und Anti-Etatisten Julius Faucher — zu ihm weiter unten noch ausführlich — mit dem Vorwurf konfrontiert, »zu weit rechts« zu stehen. Auf Schlöffels betroffene Nachfrage versetze Faucher: »Sie sind ja eingefleischter Republikaner, Sie wollen also noch einen Staat! Ich aber will auch den Staat nicht, folglich bin ich weiter links«¹⁴.

Natürlich lassen sich summarische Zuordnungen auch in der wissenschaftlichen Kommunikation nicht immer vermeiden. Insofern werden hier aus Gründen der Vereinfachung als Sammel- und Oberbegriffe zumeist »Junghegelianer« und »Junghegelianismus« verwendet, nur gelegentlich, wenn es um Spezialfragen geht, »Linkshegelianer«. Diese Unterscheidung bringt einen Präzisionsgewinn mit sich, denn der Oberbegriff Junghegelianismus würde völlig heterogene Erfolgsschriften wie David Friedrich Strauß' *Das Leben Jesu* (1835), Karl Friedrich Köppens *Friedrich der Große und seine Widersacher* (1840) und Max Stirners *Der Einzige und sein Eigentum* (1845) umfassen. Die genannte Unterscheidung wird aber auch mit neuen Präzisionsverlusten erkaufte, wenn »links« — als bloßes Schlagwort und nunmehr als Terminus »Linkshegelianismus« — in den Rang einer wissenschaftlich belastbaren Klassifizierung gerückt würde. »Linkshegelianismus« bleibt nämlich immer auch eine Metapher (und unscharf wie eine Metapher). Reflexiv eingesetzt, kann sie sich aber als nützlich erweisen: Sie kennzeichnet die Wendung junghegelianischer Diskurse ins dezidiert *Politische*.

Um die entsprechenden Befunde auf den Punkt zu bringen: Auch »Junghegelianismus« ist ein Forschungskonstrukt und ab einer bestimmten Argumentationsebene ein problematisches Schlagwort, und zwar nicht nur, weil es gänzlich disparate Theorieströme — Strauß, Köppen, Ruge, Feuerbach, Stirner usw. — unspezifisch zusammenbindet, sondern auch, weil es sich gezielt auf *Theoriedimensionen* fokussiert. Es befestigt sich der Eindruck, man hätte es lediglich mit Philosophen und Theoretikern zu tun, und in dem Zusammenhang wird ein Schlüsselereignis wie die Welcker-Serenade übergangen. Wolfgang Eßbach hat, ohne dass dies in der Rezeption weitere Spuren hinterlassen hätte, schon vor mehr als vier Jahrzehnten angemerkt: »Vielleicht hat der verbreitete Topos von dem lediglich literarischen Heldentum der Berliner Junghegelianer die Forschung dazu verleitet, einem Ereignis, wie der Serenade für Welcker, nicht weiter nachzugehen«¹⁵. Geht man diesem Ereignis nach, können angelernte Forschungspfade verlassen werden, und es zeigt sich: Das viel beschworene sog. Praktischwerden von Theorie und Philosophie wurde bereits vollzogen, als Intellektuelle außerhalb des Rahmens des Erlaubten —

14 M[ax] W[irth]: Zur Geschichte des Anarchismus, in: Neue Freie Presse. Morgenblatt, Nr. 10748, 26. Juli 1894, [S. 1f.], hier: [S. 2].

15 Eßbach: Die Junghegelianer, S. 206.

Beispiel Welcker-Serenade — ungeachtet aller Repressionen demonstrativ *handelten*. Sie engagierten sich im Rahmen einer ›Opposition der Tat‹. Der Gebrauch der Termini ›Junghegelianismus‹ und ›Junghegelianer‹ in der Forschung verdeckte und verdeckt das zum Teil, als ob es sich lediglich um Verfechter von Theorien handelte und das ›Praktischwerden‹ von Philosophie erst eine Errungenschaft der Akteure gewesen sei, die es später ebenso polemisch wie irreführend für sich reklamierten.

c) Praktiker oder Theoretiker?

Um mit Blick darauf das bereits genannte Schlüsselereignis nochmals aufzurufen: Für die Entwicklungen in Berlin, die bald zur formlosen Konstitution des Kreises der »Freien« führte, waren die Ereignisse um die Welcker-Serenade 1841 viel folgenreicher, als diese oder jene unterdrückte oder nicht unterdrückte Buchpublikation. Und die sich an dieses Ereignis anschließenden, nach und nach radikalisierenden Formen von Widerstand hatten nur bedingt mit ›Theorie‹ zu tun. Insbesondere Rutenberg, Meyen und Ed. Bauer, aber auch Buhl, durchprobten seit den frühen vierziger Jahren legale Möglichkeiten zivilen Ungehorsams. Ihnen war zu dieser Zeit nur bedingt an Weltveränderung durch Theorie gelegen, sondern hauptsächlich daran, die reaktionäre Staatsmacht so legal wie möglich zu reizen und in Konfliktsituationen vorzuführen. Und je stärker die Staatsmacht gegen dieses legale Vorgehen repressiv einschritt, desto mehr war sie tatsächlich und erfolgreich ›vorgeführt‹.

Gerade Ed. Bauer steht für diese Position. Er war zwar ein Verfasser von theorierelevanten ›Texten‹, sogar von Büchern. Aber das Ideal, nur mit ›Texten‹ — im Sinne theoretischer Innovationen — die Welt zu verändern, hatte er, zumindest teilweise, hinter sich gelassen. Einerseits waren seine Schriften der Jahre 1842/1844 ›Ideologie‹, wollten intellektuelle Leser, gar Leser aus dem ominösen ›Volk‹, zum Widerstand gegen den preußischen Staat und gegen jeden Staat mobilisieren. Andererseits waren sie selbst Widerstand der Tat. Sie attackierten allein durch ihr Erscheinen gezielt das preußische Regime und legten es auf eine »Kollision mit der Regierung« geradezu an — »mit völligem Bewußtsein über die Folgen«, wie Bauer 1847 aus der mehrjährigen Festungshaft heraus, zu der er verurteilt worden war, bekannte¹⁶. Mitten im Verfolgungsgeschehen der Jahre 1843/44 hatte er sein inkriminiertes Buch *Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat* sogar nochmals in der Schweiz erscheinen lassen, wohl wissend, dass das sein vorgesehene Strafmaß nur erhöhen würde. Und mittlerweile in Schwung gekommen, hatte er die Rechts- bzw. Unrechtsbehörden weiter gereizt und 1844, ebenfalls in der Schweiz, mit *Preßproceß Edgar Bauers, über das von ihm verfaßte Werk: Der Streit der Kritik mit*

16 Edgar Bauer an Julius Campe, 23. März 1847, in: Letter out of Custody at Fortress Magdeburg, 1847, in: *The Philosophical Forum. A Quarterly*, 8 (1978), S. 163-166, hier: S. 165 (Feuerbach, Marx and the Left Hegelians. A Triple Issue. Nos. 2-4, ed. by Max W. Wartofsky/Hans-Martin Sass).

Kirche und Staat. Aktenstücke die bislang vorliegenden Prozessakten veröffentlicht, die natürlich nie hatten an die Öffentlichkeit kommen dürfen (er hatte sie bei der gerichtlichen Einsichtnahme, siehe die nachfolgende Dokumentation, S. 203, 205, verdeckt abschreiben können)¹⁷. Dieses Vorgehen lässt sich — diese Aktualisierung kann hier nicht umgangen werden — mit dem von heutigen ›Bürgerrechtlern‹ vergleichen, die formalgesetzliche Zugeständnisse ad absurdum führen, indem sie sich demonstrativ auf sie berufen und entsprechende Nachstellungen und Verfolgungsmaßnahmen unerschrocken in Kauf nehmen.

Die oben skizzierten linkshegelianischen Versuche des Praktischwerdens der Philosophie durch signalgebende politische Aktionen von *Intellektuellen* — Beispiel Welcker-Serenade und gezielter Gang in Gerichtsverfahren (Ed. Bauer, Buhl, Meyen) — wurden einigen Akteuren allerdings fragwürdiger, als mit der Konstitution der »Freien« sowohl Politik als auch Theorie und Philosophie in herkömmlichem Sinn als überlebt galten. Zeitgemäße Philosophie könne nur darin bestehen, alle bestehenden theoretischen, politischen, religiösen und moralischen Verbindlichkeiten zu negieren. Diese Negation ereignete sich ›theoretisch‹, und sie vollzog sich als »Philosophie der Tat« (Stuke)¹⁸. Sie verwirklichte sich aber, trotz aller innovativer Theorie als rein ›kritischer‹ und ›negativer‹, tatsächlich auch *praktisch*. Das öffentlichkeitswirksam inszenierte, antibürgerliche Gruppengedaren der »Freien« — Trinkgelage, verbale Obszönitäten, Blasphemien usw. — war ihre ins Praktische gehende Demonstration ›reiner Negation‹, bis hin zur skandalträchtigen ›Verehelichung‹ Marie Dähnhardts mit Max Stirner¹⁹. Zu denken ist — dazu weiter unten — auch an die abnötigenden nächtlichen Bettelpraktiken im Zentrum der Metropole Berlin. Bei all dem handelte es sich nicht um Auswüchse jugendlich-unbedarfter oder gar derangierter Subjekte, sondern um eine antibürgerliche, praktisch-theatrale Programmatik der Tat, verdichtet in eben jenen brigantenähnlichen nächtlichen Bettelumzügen. Die Akteure wurden in gewisser Hinsicht und kalkuliert zu provozierenden ›Aussteigern‹. Sie hatten nichts mehr zu verlieren, aber nur zu gewinnen — nämlich die Gewissheit, einer jungen, unbeugsamen Elite anzugehören.

17 [Edgar Bauer:] Preßproceß Edgar Bauers, über das von ihm verfaßte Werk: Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat. Aktenstücke, Bern, 1844. Jenni, das ist zu erwähnen, wurde als Verleger von »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« in Bern ebenfalls verurteilt — zu 35 Tagen Haft und einer Geldbuße von 100 Franken wegen »Verletzung der kirchlichen Moral und der christlichen Religion«, vgl.: Thomas Christian Müller: Der Schmuggel politischer Schriften. Bedingungen exilliterarischer Öffentlichkeit in der Schweiz und im Deutschen Bund (1830–1848), Tübingen 2001, S. 79.

18 Vgl.: Horst Stuke: Philosophie der Tat. Studien zur »Verwirklichung der Philosophie« bei den Junghegelianern und den Wahren Sozialisten, Stuttgart 1963.

19 Vgl. einige der damaligen, sich zum Teil widersprechenden, Berichte über diese Verehelichung in: Meinem Liebchen Marie Dähnhardt, Leipzig 2006, S. 4ff. (Der Einzige. Vierteljahresschrift des Max-Stirner-Archivs Leipzig, Nr. 33/34).

Als Schlüsselereignis für die Herausbildung dieser »Freien« sind, wie bereits erwähnt, die Ende 1841 einsetzenden, mit der Welcker-Serenade verbundenen Repressionen anzusehen: die Vernehmung und Maßregelung der Teilnehmer; die Ausweisung Riedels aus Berlin und das Verbot des *Athenäums*; das Lehrverbot für Bauer in Bonn. Zwar liefen die Unterhandlungen wegen dieses Lehrverbots bereits unabhängig von diesem »Ständchen«. Aber wie die nachstehende Dokumentation zeigt, verfügte der König auf Grund von Bauers Teilnahme daran seine definitive Entfernung von der Universität (siehe Dokumentation, S. 179). Offenbar hatte er keinen reaktionären Einflüsterer, er war sich sein eigener Metternich. Denn wie diese Dokumentation ebenfalls zeigt, erkannte der König anlässlich dieser Serenade von sich aus ein »verderbliches Clubb- und Meetingswesen« (siehe Dokumentation, S. 361) — also sich organisierende oppositionelle Gruppen —, und er verlangte von seinem Innenminister ein hartes Vorgehen. Durch die einsetzenden Restriktionen waren alle Illusionen hinfällig, die die moderat-oppositionellen, jungen, zumeist von Hegel geprägten Intellektuellen bezüglich eines politischen Avancements in einem sich reformierenden Preußen eventuell noch gehegt hatten. Diese Aussicht zerstob. Freisinnige *politische* Willensbekundungen (die von Rutenberg organisierte Welcker-Serenade), freisinnige *publizistisch-literarische* Tendenzen (»Athenäum«) und freisinnige *Religionskritiken* (Bauer) hatten nichts bewirkt, sondern lediglich zu wachsender Diskriminierung geführt. Die derart Gemaßregelten (Ed. Bauer, Buhl und Stirner gehörten übrigens nicht zu den Teilnehmern der Serenade; Meyen ließ demonstrativ polizeilich zu Protokoll geben, er hätte gerne dazu gehört) hatten also nichts mehr zu verlieren.

Das hätte zu weiterer politischer Radikalisierung führen können. Aber im Zuge einer Theoriedynamik, die die herkömmliche politische Sphäre Schritt um Schritt als obsolet und religiös vernebelt klassifizierte, verlief diese Radikalisierung anders. Sie mündete in den bewussten Austritt aus den herkömmlichen Mustern rein »politischer« Emanzipation und in den Abschied von dem Ideal, auf theoretische Weise der praktisch-politischen Opposition zu dienen. Anders gesagt: Es gab bei den Junghegelianern — zumindest denen, die alsbald als »Freie« bekannt wurden — keineswegs den geraden Weg von Religionskritik zu politischer Kritik, gar im Sinn einer fortschreitenden »Radikalisierung«. Vielmehr gerieten unreflektierte politische Horizonte selbst auf den Prüfstand, und es stellte sich die Frage, inwieweit sie ebenfalls religiöser Natur seien. Politische Kritik wurde somit zur »Kritik der Politik«, zur Kritik an neu wachsenden ideologischen Enthusiasmen. Das hing auch mit Personenkonstellationen zusammen. Rutenberg, der Organisator der Welcker-Serenade — ein ausgesprochen politisch orientierter Akteur — hatte wenige Wochen nach dem Ereignis, am 1. Januar 1842, die Redaktion der *Rheinischen Zeitung* in Köln übernommen. Nunmehr ging die Gruppeninitiative schrittweise an Buhl und Stirner über (der an dieser Serenade gar nicht teilgenommen hatte). Es kam zu einem engen Zusammengehen mit B. Bauer, der seinerseits Anfang des Jahrs 1842 dauerhaft von Bonn in den Berliner Vorort Charlottenburg zurückkehrte. Nunmehr ge-

rieten, neben dem Kampfplatz Religion, auch Politik, Recht und Moral an sich ins Visier der ›Kritik‹. Die Berliner »Freien« konstituierten sich.

d) Gründung der »Freien«, Mitglieder, Aktivitäten

Den förmlichen Auftakt für die alsbald erfolgende Konstitution — und letztlich nur nichtformelle Konstitution — dieser »Freien« bildete nach bisherigen Erkenntnissen eine Zeitungskorrespondenz im Sinn einer Presserklärung in der *Königsberger Zeitung* vom 17. Juni 1842. Vorausgegangen waren dem zu Beginn des Jahrs 1842 anti-kirchliche Travestien wie *Gegenwort*. [...] *Die christliche Sonntagsfeier. Ein Wort der Liebe an unsere Gemeinen* von Stirner und *Die Noth der Kirche und die christliche Sonntagsfeier* von Buhl. In dieser Korrespondenz wurde bekannt gegeben, dass sich formell ein Verein bilden wolle, dessen Mitglieder öffentlich den Kirchenaustritt verkünden würden. Das erlangte die offenbar erwartete Aufmerksamkeit. Denn der Beitrag, von wem er auch stammen mochte, wurde in der *Rheinischen Zeitung* komplett nachgedruckt, in anderen Organen zumindest auszugsweise²⁰.

Ob Versuchsballon, Zeitungssente oder gar Denunziation — zu einem solchen formellen Verein kam es nie, und das war wahrscheinlich auch nie geplant. Aber der Anlass für eine kleine Presseschlacht war gegeben. Radikaloppositionelle wie Ruge, Marx, Heß oder Herwegh (gruppiert um die *Deutschen Jahrbücher* und die *Rheinische Zeitung*) kritisierten diese Ankündigungen. Aus Berlin hingegen wurde, vor allem in Korrespondenzen an die *Leipziger Allgemeine Zeitung* (und wahrscheinlich von Stirner) diese kirchenkritische Tendenz bekräftigt, eine geplante Vereinsgründung aber dementiert²¹. Und wahrscheinlich auch Stirner war es, der am 4. Juli 1842 in einer weiteren an die *Königsberger Zeitung* gesandten, dort aber nie veröffentlichten Korrespondenz die anti-religiösen und anti-kirchlichen Bestrebungen der »Freien« verteidigte²².

Wenn man es also hinsichtlich dieses ›Vereins‹ angesichts aller Mythisierungen mit einem »apokryphische[n] Ungeheuer«²³ zu tun hat (B. Bauer), gab es aber durchaus eine lose strukturierte Gruppierung von intellektuellen und vorerst offenbar rein anti-

20 Vgl. den Komplettabdruck u.a. in: Wolfgang Mönke: Die heilige Familie. Zur ersten Gemeinschaftsarbeit von Karl Marx und Friedrich Engels, Berlin 1972, S. 141f.

21 Vgl.: Robert James Hellman: Die Freien: The Young Hegelians of Berlin and the Religious Politics of 1840 Prussia. Phil. Diss. Columbia University New York 1976, S. 100ff.; Eßbach: Die Junghegelianer, S. 215ff.; Lambrecht: Zentrum oder Peripherie als methodologisches Problem, S. 87ff.; Ulrich Pagel: Der Einzige und die Deutsche Ideologie. Transformationen des aufklärerischen Diskurses im Vormärz, Berlin, Boston 2020, S. 237ff.

22 Vgl.: [Max Stirner:] Über die Verpflichtung der Staatsbürger zu irgend einem Religionsbekenntnis. Erstdruck in: Mayer: Die Anfänge des politischen Radikalismus im vormärzlichen Preußen, S. 111-113.

23 B. Bauer: Vollständige Geschichte der Partheikämpfe in Deutschland während der Jahre 1842–1846. Bd. II, Charlottenburg 1847, S. 35.

religiösen Freigeistern in Berlin. Den engeren Kern dieser Gruppe bildeten anfangs Eduard Meyen, Ludwig Buhl und Max Stirner, wohl auch Karl Friedrich Köppen, Edgar Bauer, Arthur Müller und mehr oder weniger teilweise auch Theodor Mügge und Karl Nauwerck (die sich später, im Herbst 1842, nach dem von einigen »Freien« provozierten Bruch mit Arnold Ruge, aus dem Kreis zurückzogen). Etwa zeitgleich zur ersten Formierung — nämlich im Frühjahr 1842 — war auch Bauer, als Privatdozent für Theologie an der Bonner Universität entlassen, nach Charlottenburg, d.h. nach Berlin zurückgekehrt. Er und sein weitaus jüngerer Bruder Edgar rückten nun allmählich ins Zentrum (hatten daneben aber auch einen anderen Freundes- bzw. Bekanntenkreis, der sich später, zum Teil neben den »Freien« u.a. 1843/44 um Bauers *Allgemeine Literatur-Zeitung* scharte: Julius Faucher, Ernst Jungnitz, Franz Szeliga, d.h. Zychlin v. Zychlinski, auch Albert Fränkel und Theodor Opitz²⁴). Beide Bauers waren ebenfalls zugegen bei dem zur Legende gewordenen Treffen im Spätherbst 1842 in Berlin, wo sich Spannungen entluden. Ruge, der schon zuvor gelegentlich bei den »Freien« verkehrte²⁵, waren Gerüchte über ihre angeblichen Entgleisungen zugekommen oder er war offenbar ohne besondere Absicht bei ihnen zu Gast. Wohl auch, weil er sich u.a. durch seine Polemiken gegen einstige jungdeutsche Frivolitäten den Ruf eines altbackenen Moralapostels erworben hatte, wurde ihm von einigen Anwesenden demonstriert, wie steigender Alkoholpegel mit ungezwungenen Frivolitäten und Obszönitäten einhergehen konnte²⁶. Schon zu dieser Zeit

- 24 Vgl.: Gabriela Jelitto-Piechulik: Theodor Opitz (1820–1896). Polenfreund, Historiker, Literatur und Übersetzer. Texte und Kontexte. Kommentierte Studienausgabe, Berlin 2010.
- 25 Vgl. u.a.: Friedrich Engels an Arnold Ruge, 19. April 1842, in: Der Redaktionsbriefwechsel der *Hallischen, Deutschen* und *Deutsch-Französischen Jahrbücher*. Bd. 2, S. 1036.
- 26 Vgl. dazu u.a.: Eßbach: Die Junghegelianer, S. 222ff., 293f.; Der Redaktionsbriefwechsel der *Hallischen, Deutschen* und *Deutsch-Französischen Jahrbücher*. Bd. 2, S. 1157, 1163f., 1172ff., 1175ff.; Bruno Bauer an Karl Marx, 13. Dezember 1842, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA²), Berlin 1975ff. Bd. III.1, S. 386f. Arnold Ruges jüngerer Bruder Ludwig, ein seit 1840 in Berlin ansässiger Arzt, der auf Empfehlung seines Bruders Arnold mit B. Bauer, Köppen und Nauwerck in engeren Kontakt trat und nach eigenen Angaben später auch regelmäßig bei den »Freien« verkehrte, war ebenfalls bei diesem Treffen zugegen und schilderte die Ereignisse aus der Erinnerung folgendermaßen: Ruge vertiefte sich mit B. Bauer, Nauwerck und Köppen ins philosophische oder politische Gespräch: »Die jüngeren Mitglieder lauschten Anfangs diesen Gesprächen, dann wurde ihnen die Sache langweilig, sie fingen an, die Unterhaltung zu überschreien. Ihre ganze Virtuosität in schlüpfrigen Reden suchten sie zu zeigen, um dem alten Philister klar zu machen, was ›frei sein‹ heiße. [...] Er [Arnold Ruge, OB.] saß da wie versteinert; in ihm kochte es; ein Gewitter mußte zum Ausbruch kommen. Plötzlich sprang er auf, schlug mit der Faust auf den Tisch und rief mit lauter Stimme: ›Ihr wollt frei sein! Ihr wollt Deutschland geistig und politisch befreien! Ihr, die Ihr bis über die Ohren in einem stinkenden Schlamme steckt! Reinigt Euch zuerst, bevor Ihr an eine so große Aufgabe geht!‹ Er nahm seinen Hut und wir verließen die Gesellschaft« (Dr. Ludwig Ruge: Die Freien, in: National-Zeitung, Nr. 454, 19. Juli 1896, Sonntags-Beilage

waren nicht nur Religion und Moral in den Fokus der »Freien« gerückt, sondern auch Staat und Politik; einem brieflichen Zeugnis Ruges zufolge ging B. Bauer Ende 1842 davon aus: »Staat und Religion müßten *im Begriff* aufgelös't werden, das Eigenthum und die Familie dazu«²⁷.

Den engsten Kern des Kreises bildeten nunmehr die beiden Brüder Bauer, Stirner und Buhl, und zwar mit der Hippelschen Weinstube als Stammlokal (bekannt auch als »Anarchistenklub«²⁸). Als sich die »Freien« um die Bauers konstituierten, blieb jedoch ein Teil des einstigen *Athenäum*-Kreises (Meyen, Buhl und der wieder nach Berlin zurückgekehrte Rutenberg) parallel bis Anfang 1844 in Willibald Alexis' Lesekabinett in der Behrenstraße aktiv. Ende 1843 versuchte insbesondere Meyen, hier Studenten im Rahmen eines Lesezirkels um sich zu scharen, denn die Gründung eines studentischen Lesezirkels an der Universität wurde vom Innenministerium behindert und war 1844 schließlich ganz untersagt worden²⁹. Hier Einfluss zu gewinnen, geschah durchaus in

Nr. 29, [S. 1]). Eine leicht davon abweichende, auf manche konkrete Details verzichtende Schilderung des Ereignisses findet sich in einem Brief Ludwig Ruges an Paul Nerrlich aus der Zeit vor 1886, vgl.: Arnold Ruges Briefwechsel und Tagebuchblätter aus den Jahren 1825–1880, hrsg. v. Paul Nerrlich. Erster Band: 1825–1847, Berlin 1886, S. 286. B. Bauer, das ist entgegen bestimmter Forschungsdarstellungen ausdrücklich nachzutragen, wurde trotz seines Engagements bei den »Freien« von Ruge weiterhin geschätzt; er versuchte Ende 1842/Anfang 1843, Bauer von den »Freien« abzubringen. Hundts Angabe, mit dem Brief vom 23. Januar 1843 »brach Bauers Korrespondenz mit Ruge ab«, ist falsch (Der Redaktionsbriefwechsel der *Hallischen, Deutschen und Deutsch-Französischen Jahrbücher*. Bd. 2, S. 1221). Vielmehr bewirkten erst die späteren Kritiken an Ruge in Bauers *Allgemeiner Literatur-Zeitung* einen Bruch. Noch im Herbst 1843, kurz vor diesem wirklichen Bruch, wurde Bauer von Ruge ein Darlehen, eine Bürgschaft oder eine (für behördliche Zwecke erforderliche) Scheinbürgschaft von 3000 Talern gewährt, weil Egbert Bauers Verlag — der viele Publikationen Bruno und Edgar Bauers verlegte — durch fortwährende Zensurmaßnahmen und Beschlagnahmen in finanzielle Not geraten war; vgl.: Bruno Bauer an Arnold Ruge, 19. September u. 18. Oktober 1843 (unveröffentlicht), in: »Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii« (RGASPI), Moskau, hier referiert nach der verfilmten Kopie, in: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Sig.: 1/BBAA (Nr. 39 u. 40).

27 Arnold Ruge an Moritz Fleischer, 12. Dezember 1842, in: Der Redaktionsbriefwechsel der *Hallischen, Deutschen und Deutsch-Französischen Jahrbücher*. Bd. 2, S. 1179.

28 [Bericht des Polizeibeamten Goldheim], 10. Januar 1846, in: Landesarchiv Berlin (im Folgenden LAB), A Pr. Br. Rep. 030, Tit. 94, Nr. 8509, Bl. 6–8, hier: Bl. 6 [Acta des Königlichen Polizei-Präsidii betreffend die separirte Maschinenfabrikant Aston Louise 1845–1867].

29 Vgl.: Heinz Kossack: Die gesellschaftliche Stellung der Berliner Universität im Spiegel der Wirksamkeit der außerordentlichen Regierungsbevollmächtigten in den Jahren 1819–1848. Phil. Diss. Leipzig 1977, S. 269ff.; Rüdiger Hachtmann: Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997, S. 93f.; Hermann Kriege. Dokumentation einer Wandlung vom Burschschafter und Revolutionär zum Demokraten (1840–1850), hrsg. v. Heinrich Schlüter/Alfred Wesselmann. Bd. 2, Osnabrück 2002, S. 839ff.

konzeptioneller und auch persönlicher Konkurrenz zu anderen »Freien«. Denn Meyen (fehlt »nie im Lesekabinet, ist auch sonst bei allen Unternehmungen das leitende und regierende Princip«, Denunziationsbericht vom 11. Januar 1844, siehe Dokumentation, S. 275) setzte eben nicht vornehmlich wie andere »Freie« darauf, Religion, Moral und Ideologien zu kritisieren, sondern den preußischen Staat und seine reaktionäre Politik ganz direkt. Es ging also um verschiedene Konzepte von theoretischer und praktischer Opposition, aber auch um persönliche Hegemonien im Gruppenkontext. Schlagend verdeutlicht das ein in dieser Dokumentation neu erschlossener Denunziationsbericht vom 24. Oktober 1843 aus dem Lesekabinett, der sichtlichen Domäne Meyens (siehe Dokumentation, S. 275)³⁰. B. Bauer sei abends plötzlich zu einem Kurzbesuch aufgetaucht, und sodann verließen die »Literaten« mit ihm, zumindest für diesen Tag, schlagartig den Ort und folgten ihm in Wallburgs »Weinkneipe«.

Angesichts dieser Konstellation lässt sich zuspitzend feststellen: Die räumliche Ausdifferenzierung entsprach einer konzeptionellen. Zwar gab es unter denen, die — siehe oben — als Kerngruppe der »Freien« gelten können, Gemeinsamkeiten, aber auch erhebliche Unterschiede. Gemeinsam war allen die — oppositionelle — publizistische Tätigkeit. Aber B. Bauer und Stirner verstanden sich vornehmlich als Theoretiker und setzten hauptsächlich auf das ›Buch‹. Buhl und Köppen hingegen agierten als Autoren operativer publizistischer Kampfschriften; Meyen und Rutenberg verzichteten gänzlich auf Separatpublikationen, konzentrierten sich nur auf Journalistik und waren darüber hinaus aus dem ›Kreis‹ diejenigen, die ganz gezielt auf praktische Aktionen (Rutenberg) und auf eine verbreiterte soziale Massenbasis von Theorie — anfangs Studenten, später oppositionell aufgeklärte Handwerker — setzten (Meyen).

Genauer zu diesen »Freien«. Dem Stirner-Biographen John Henry Mackay zufolge war das eine heterogen strukturierte Gruppe, mit losem Zentrum und sich noch loser gestaltender Peripherie. Ersteres bestand aus Publizisten, Journalisten, Künstlern, Lehrern, kurzum: Intellektuellen. Auch Frauen wie Marie Stirner (Dähnhardt), Louise Aston, Karoline Faucher (Sommerbrodt), Frau Wiß (Ehefrau von Dr. Eduard Wiß, zu ihm weiter unten) und die Gattin eines Baron Böhm waren vertreten, ebenso ein Fräulein Ottilie von Haacke und Rittmeisterin Emilie Lehmann, geb. Wuttge (die, siehe unten, ebenfalls um diese Zeit auch in Königsberg Aufsehen in Männerkleidern erregte). Auch Liebschaften von Edgar Bauer und von Ludwig Buhl waren zugegen. Zumindest zeitweise — so Ignaz Julius Lasker — sollen bei einem Fräulein von R., das über exzellente Weinvor-

30 Dieses Lesekabinett befand sich in der Behrenstraße 31 und wurde von Julius Eduard Hitzig und Aaron David Bernstein (Rebenstein) betrieben; nach finanziellen Schwierigkeiten wurde es Anfang 1839 von Willibald Alexis (Georg Wilhelm Heinrich Häring) übernommen; Bernstein blieb oder wurde Geschäftsführer; 1842 kam eine Verlagsbuchhandlung hinzu. Zum Verbot des studentischen Lesezirkels und zum Umzug ins Lesekabinett vgl. auch: B. Bauer: Vollständige Geschichte der Partheikämpfe in Deutschland während der Jahre 1842–1846. Bd. III, Charlottenburg 1847, S. 67ff.

räte verfügte, sonntägliche Zusammenkünfte stattgefunden haben³¹. Dieser Kreis fand sich in mehreren Stammlokalen zusammen, und in größerer Gesellschaft besuchte man Ausflugslokale bei Spandau und Treptow, auch Ausflüge ins Freie mit Picknick sind überliefert, sogar eine Gruppenfahrt von 30-40 Personen per Eisenbahn nach Roßlau/Köthen oder eine Fußwanderung nach Leipzig (»Zwei Tage und zwei Nächte ohne zu schlafen«)³². Andere, ebenfalls meist jüngere Besucher fühlten sich von diesen Bohe-

31 Vgl.: [Ignaz Julius Lasker:] Max Stirner todt!, in: Kleine Morgen-Zeitung [Breslau], Nr. 152, 2. Juli 1856, [S. 2f., hier: S. 2].

32 Zu Ausflügen Richtung Treptow: Zeitzeugenprotokoll Gustav Siegmund, Februar 1896, in: »Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii« (RGASPI), Moskau, fond 307 (John Henry Mackay); Mikrofilmkopie im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (künftig zitiert: Sammlung Mackay), Sig.: 1/JMAE. Film 1. Bd. 8, S. 84; zu Ausflügen Richtung Spandau: Henry Ulke an Max Hildebrandt, 28. April 1890 [Zeitzeuge], ebd., Film 1. Bd. 3, S. 13f., hier: S. 13; Zeitzeugenprotokoll Enno Sander, 27. April 1897, ebd., Film 1. Bd. 8, S. 80; zu einem Picknick: Otto Heller: Aus dem Tagebuch eines Achtundvierzigers (Dr. Enno Sander), in: Deutsch-Amerikanische Geschichtsblätter, 13 (1913), S. 309-340, hier: S. 312; zu Roßlau/Köthen: Zeitzeugenprotokoll Enno Sander, 27. April 1897, in: Sammlung Mackay, Film 1. Bd. 8, S. 80; zur »Kellergesellschaft« in Köthen: John Henry Mackay: Max Stirner. Sein Leben und sein Werk. 3. verm. Aufl. Berlin-Charlottenburg 1914, S. 80; Werner Grossert: Dr. Enno Sander. Ein Beitrag zur Geschichte der Revolution 1848/49 in Köthen, Köthen 1984, S. 8ff.; zu Leipzig: Zeitzeugenprotokoll Albert Fränkel, April 1897, ebd., S. 83. Die Sichtung dieser Sammlung zeigte, dass Mackays gründliche Studie aus ihrer Interessenlage heraus — und im Rahmen des wissenschaftlich Üblichen — bestimmte Akzentsetzungen vornahm und das Faktum von Gruppenausflügen herabstimmte, weil er den Ort »Hippel« als Residenz Stirners überhöhte, also den Ort, zu dem man als Außenstehender oder am Rande Stehender sich hinbewegte oder »hinpilgerte«. Ebenso wurde ein wichtiger Brief Alexander Kapps an seine Eltern von ihm nicht explizit ausgewertet, der Stirners Interesse an nationalökonomischen Fragen und seine Auseinandersetzung mit Fragen des Sozialismus anzeigte. Stirners Übersetzungen der ökonomischen Werke von Say und Smith schenkte er in seiner Biographie ohnehin kaum Aufmerksamkeit (und erwähnte diese von Kapp bezugte Arbeit Stirners an einem eigenständigen Werk über Nationalökonomie gar nicht). Insofern zeigt eine Feinanalyse: Mackay hatte ersichtlich Interesse daran, Stirner zu enthistorisieren und zu entkontextualisieren, seine Beschäftigung mit Fragen der Nationalökonomie und des Sozialismus auszuklammern und die dem Hauptwerk nachfolgenden ökonomischen Übersetzungen und Studien Stirners in ihrer Bedeutung herabzustimmen. Hier Auszüge aus dem Brief Kapps: »Zuletzt trösteten wir uns noch gegenseitig, ich ihn darüber, dass er gezwungen sei, die National-Oekonomen der Engländer und Franzosen zu übersetzen, er mich über mein Pandecten-Studium. [...] In seinem nächsten Werk wird Stirner der National-Oekonomie auf die Spur zu kommen suchen, als der Disciplin, die der Gegenwart am nächsten steht. Der Socialismus ist ja am Ende weiter nichts, als die äusserste Spitze derselben. Die politische Frage hat im Socialismus sich nur in eine nationaloekonomische verwandelt« (Alexander Kapp an seine Eltern, Berlin, 8. November 1846, Abschrift, in: Sammlung Mackay, Film 1. Bd. 8, S. 91-104, hier: S. 97f., 96).

miens angezogen. Dieses Publikum verband zwar meist gar nichts mit der Hegelschen Philosophie, es fühlte sich aber von einer Atmosphäre der Renitenz und Subversion angeregt und bot den Hauptvertretern eine willkommene Zuhörerschaft: junge Kaufleute, junge Militärs, junge Beamte und erlebnishungrige Adelsprösslinge, so dass man von ca. 100 »Freien« ausgehen kann³³.

Innerhalb dieses Kreises oder ihm lose assoziiert konnte es nochmals kleine Spezialkreise geben, wie um Karl Friedrich Köppen³⁴. Einen angeblichen Sonderkreis bildeten die »Sieben Weisen«, die vor allem aus der Überlieferung Theodor Fontanes bekannt sind. Es handelte sich ihm zufolge um die beiden Bauers, Max Stirner, Ludwig Buhl, Julius Faucher, Gustav Adolph Techow und Wilhelm v. Saint Paul — eine sichtliche Stilisierung Fontanes mit Bezug auf die sieben antiken Weisen, der den gängigen Terminus die »Freien« demonstrativ aussparte. Fontane verdanken sich auch die Schilderungen, dass sechs bis acht Akteure aus dem Kreis der »Freien« — auch hier mied er diese Bezeichnung — um 1845 nachts recht regelmäßig im Zentrum Berlins Passanten Geld für weitere Trinkrunden abnötigten. Seine zugrundeliegenden Originalnotizen — die sich ausdrücklich auf private Informationen Heinrich Betas stützten — bezeugen z.B. für einen Abend einen Kreis von ca. elf betreffenden Personen³⁵. Diese nötigen Praktiken von Akteuren der »Freien«, um auch das zu erwähnen, sind ebenfalls aus anderen, offenbar von Beta unabhängigen Quellen überliefert³⁶. Als Initiator wird u.a. der »schwarze Wolff«, d.h. Gustav Adolf Wolff, der spätere Verfasser der *Berliner Revolutions-Chronik*, genannt³⁷.

33 Vgl.: Mackay: Max Stirner, S. 57ff.; Robert Springer: Berlin's Strassen, Kneipen und Clubs im Jahre 1848, Berlin 1850, S. 227ff.; Ernst Schulte-Holtey: Die Freien [Berlin], in: Handbuch literarisch-kultureller Vereine, Gruppen und Bünde 1825–1933, hrsg. v. Wulf Wülfing/Karin Bruns/Rolf Parr, Stuttgart, Weimar 1998, S. 102–111, hier: S. 108f.

34 Vgl.: Manfred Kliem: Der junge Engels und die Berliner Universität 1837 bis 1842, Berlin 1990, S. 63 (Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin, Nr. 26). Zu bestimmten »Untergruppen« der »Freien« und Binnendifferenzen vgl. auch: Ebbach: Die Junghegelianer, S. 42, 77f.

35 Vgl.: Theodor Fontane. Notizbücher. Digitale genetisch-kritische und kommentierte Edition. Hrsg. v. Gabriele Radecke, Notizbuch A 12, Bl. 12v–27[26]v., hier: Bl. 22v. (<https://fontane-nb.dariah.eu/mirador.html?n=A12>; Zugriff: 10.11.2017); Theodor Fontane: Von Zwanzig bis Dreißig. Autobiographisches [1898], hrsg. v. der Theodor Fontane-Arbeitsstelle, Universität Göttingen, kommentiert von Wolfgang Rasch, Berlin 2014, S. 34; zu Betas öffentlicher Schilderung: H. Beta: Deutsche Früchte aus England. Erzählungen und Erlebnisse. Zweiter Band, Leipzig 1865, S. 16f.

36 Vgl.: [Anonym:] Eine Berliner Clique, in: Nürnberger Abendzeitung, Nr. 111, 22. April 1863, [S. 3]; Ludwig Philippson: Weltbewegende Fragen in Politik und Religion. Aus den letzten dreißig Jahren. Erster Theil: Politik, Leipzig 1868, S. 424.

37 [Anonym:][Am 25. Juni 1856], in: Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen, Nr. 291, 25. Juni 1906. Abend-Ausgabe. Fortsetzung der 1. Beilage, [S. 4].

Anzumerken wäre mit Blick auf die »Freien« auch, dass dieser lose Verbund sich mit anderen Berliner Bohemien-Gruppierungen an den Rändern überschneidet, z.B. dem sich 1846 konstituierenden ersten »Rütli« (»Caspar Schmidt, besser bekannt als *Max Stirner*, las uns Stellen vor aus seinem Evangelium des Radikalismus: ›Der Einzige und sein Eigenthum‹. *Bruno Bauer* sandte uns Auszüge aus seiner ›Geschichte der Politik, Cultur und Aufklärung des 18. Jahrhunderts‹, *Edgar Bauer* aus den Casematten Magdeburgs ›Historische Belege zu [s]einer Kritik des Liberalismus«³⁸). Ebenfalls zu erwähnen ist, dass es Akteure gab, die am Rande und insofern als ›Satelliten‹ der »Freien« zugegen waren, sich zeitgleich aber kritisch über das Geschehen äußerten, wie etwa Heinrich Beta 1843: »Sie bilden sich steif und fest ein, die Freiheit sei bloß negativ, und wenn man etwas Positives wolle und erstrebe, mache man sich damit selbst eine Schranke, sei also unfrei. Man dürfe nichts anerkennen, denn jedes anerkannte Ding sei ein Hemmschuh der Freiheit. [...] ich habe diese Lehren öfter aus ihrem eigenen Munde vernommen«³⁹.

Jedenfalls kann man von einem solchen mehr oder weniger fest etablierten Kreis der »Freien« wohl bis 1844/45 ausgehen. Nicht zuletzt aufgrund der 1844 ergangenen ersten Hafturteile gegen Ed. Bauer, Buhl und Meyen sowie der Ausweisung Louise Astons aus Berlin wegen amoralischen Verhaltens und areligiöser Ansichten (Februar/März 1846) ›mäßigten‹ sich die Hauptvertreter in ihrem öffentlichen Auftreten, und auch die ›Besucher‹ fühlten sich wahrscheinlich eingeschüchtert und der entsprechende Zulauf ließ nach. Dennoch blieb das Trio B. Bauer, Stirner und Buhl bis über die Revolutionstage 1848 hinaus »Hippel« treu. Meyen, der mit den Bauers persönlich und habituell nie sonderlich zu harmonisieren schien und der — siehe »Lesekabinett« — konzeptionell und persönlich eher eigene Führungsansprüche verfocht, hatte sich also abgewandt (1844/45 gab er in anonymen Korrespondenzen für die *Trier'sche Zeitung* und die *Mannheimer Abendzeitung* seiner Abneigung gegen Bauer und sein vermeintlich dogmatisches Vorgehen mittels ›reiner Kritik‹ unmissverständlich Ausdruck⁴⁰). Auch Köppen, der einerseits als städtisch angestellter Lehrer auf seinen äußeren Lebenswandel zu achten hatte, andererseits wohl auch, als eigenständiger Kopf, die Grenzen des Verfahrens der ›reinen Kritik‹ erkannte, zog sich nach Mitte der vierziger Jahre zurück. Andere Akteure

38 Carlos von Gagern: *Todte und Lebende. Erinnerungen*. Erste Reihe, Berlin 1884, S. 40; zum ›ersten‹ Rütli vgl.: Roland Berbig: Rütli [1] [Berlin], in: *Handbuch literarisch-kultureller Vereine*, S. 392f. Auch ein anderer Zeitzeuge berichtet von gemeinsamen Gesellschaften u.a. mit Stirner, Faucher, Dohm und Schasler (Max Schasler an John Henry Mackay, 4. Februar 1897, in: *Sammlung Mackay*, Film 2. Bd. 19, S. 623).

39 β: Berlin, 21. Januar, in: *Trier'sche Zeitung*, Nr. 31, 1. Februar 1843, [S. 2].

40 Vgl. u.a. die Korrespondentenberichte Meyens in: Mönke: *Die heilige Familie*, S. 159, 178ff., 216f. (»Die ›Freien‹ in Berlin sind nun gänzlich untereinander zerfallen. Meyen wütet gegen die Bauers, diese höhnen den ersteren«, in: *Literarische Geheimberichte. Protokolle der Metternich-Agenten*. Bd. II: 1844–1848, hrsg. v. Hans Adler, Köln 1981, S. 36 [15. Juni 1844]).

rückten nach — in jedem Fall Freisinnige, etwa der »schwarze Wolff« (Gustav Adolf Wolff), aber auch weitere, nicht unbedingt bohemienhafte »Freie«. Zeitzeugen berichten von Bauer und Stirner, bei Hippel vertieft ins Kartenspiel, dort mittlerweile vor allem umgeben von Freihandelsverfechtern: Faucher, Maron, Prince-Smith, auch Wiß⁴¹.

Der Kreis — um das an einem Beispiel zu verdeutlichen — zog auch »gesellige« Charaktere an, so den trinkfesten und auf Pump lebenden »ewigen Studenten« Adalbert Roerdanz aus Königsberg (über den man aus polizeilichen Unterlagen Informationen erlangt). Ein erster Bericht von März 1846 vermerkte als Umgang »Meyen, Rutenberg, Eichler und Andere«, und um 1846/47 verkehrte er fast ausschließlich mit dem Kreis bzw. ehemaligen Kreis der »Freien« (»beschränkte er sich eine Zeit lang ausschließlich auf einen Verein, welcher mit sogenannten emancipirten Damen umging: Max Stirner [Dr. Schmidt], dessen jetzt in London domicilierende[r] Ehefrau, Faucher und dessen Ehefrau, Saß, Wolff und Bruno Bauersche[r] Anhang, Koeppen, Lehmann etc.«⁴²). Um diese Zeit wohnte er bei Stirner zur Untermiete, wurde aber alsbald wegen seiner Mietschulden und Schulden überhaupt von den »Freien« geschnitten. Im Revolutionsjahr 1848 wechselte Roerdanz die Seiten, und von 1848 bis 1853 wirkte er im »Literarischen Cabinet« bzw. in der »Centralstelle für Preßangelegenheiten«, die dem preußischen Staatsministerium bzw. dem Innenministerium angehörten und der staatlichen Beeinflussung vor allem der ausländischen Presse dienten⁴³.

Zu den oben erwähnten Haftstrafen für die Akteure der »Freien« ist ergänzend anzumerken: Eine Perspektive auf diesen Kreis, die nur Zensurverbote im Blick hat, also das Verbot, die Öffentlichkeit zu erreichen, unterschätzt die Unterdrückungsanstrengungen des preußischen Staats. Denn das Verbot von Zeitschriftenprojekten und die Beschlagnahme bereits gedruckter Bücher führten dazu, den Beteiligten die Lebensgrundlage zu entziehen. Und wie die nachstehende Dokumentation zeigt, gingen Zensurmaßnahmen mitunter direkt in kriminalrechtliche Nachstellungen über, und passende Vorwände wa-

41 Vgl.: Henry Ulke an Max Hildebrandt, 28. April 1890 [Zeitzeuge], in: Sammlung Mackay, Film 1. Bd. 3, S. 13f., hier: S. 14; Henry Ulke an John Henry Mackay, 28. April 1894 [Zeitzeuge], ebd., Bd. 8, S. 191-195, hier: S. 192; Zeitzeugenprotokoll Hans v. Bülow, Februar/März 1892, ebd., Bd. 8, S. 107.

42 Polizeipräsidium Berlin an preußisches Innenministerium, 27. August 1847, in: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (im Folgenden: GStA PK), I. HA, Rep. 77, Tit. 6, Spec. Lit. R, Nr. 133, Bl. 34 [Acta betr. den Literaten Adalbert Roerdanz in Berlin, wegen politisch-verdächtigen Treibens. V(om) 14. März 1845–1866]; ein vorausgegangener Bericht vermerkte als Umgang »Meyen, Rutenberg, Eichler und Andere« (dass. an dass., 26. März 1846, in: ebd., Bl. 23).

43 Vgl. zu diesen Institutionen: Bärbel Holtz: Preußens Pressepolitik zwischen Abschaffung der Zensur und Reichspreßgesetz, Berlin, Boston 2019 (Acta Borussica. Neue Folge. 2. Reihe: Preussen als Kulturstaat. Abteilung II. Der preußische Kulturstaat in der politischen und sozialen Wirklichkeit. Bd. 11); zu Roerdanz u.a. S. 348f., 351, 387.

ren den in der Regel hörigen Staatsanwälten und Richtern problemlos zur Hand: Beleidigung, Majestätsbeleidigung, Erregung von Missvergnügen gegen die Regierung usw. Mitunter arbeiteten Gerichte aber auch unabhängiger und nach ihrem Selbstverständnis der Eigenständigkeit, so teilweise das Königliche Kriminalgericht zu Berlin⁴⁴. Wie diese Dokumentation zeigt, schaltete sich dann ggf. der Justizminister ein, um genehmere Ergebnisse zu erzwingen (siehe Dokumentation, S. 191, 237).

Und weiterhin wird sichtbar, wie diese Unterdrückungsmaßnahmen sich nicht auf Zensur und Kriminalanklagen beschränkten. Waren nämlich keine stichhaltigen Beweise für diese vergleichsweise juristisch-formalisierten Vorgehensweisen gegeben, konnten Widersacher *unterhalb* dieser Verfahrensebene und *auf rein polizeilichem* Weg aus dem Weg geräumt werden: nämlich durch Ausweisung aus Berlin oder gar aus dem Königreich. Das betraf u.a. einen preußischen Staatsangehörigen wie Wilhelm Jordan (der, auch hier in der Art eines ›Bürgerrechtlers‹, sogar forderte, doch gern kriminalrechtliche Untersuchungen gegen ihn einzuleiten, siehe Dokumentation, S. 269).

Gleichfalls zeigt diese Dokumentation, dass auch das im Zug der Reform der preußischen Zensurpraxis im Juli 1843 installierte Ober-Censur-Gericht durchaus nicht immer willig die Ergebnisse lieferte, die sich das Innenministerium — die treibende Kraft in Zensurangelegenheiten und Repressionen — erhoffte (siehe Dokumentation, S. 197, 199, 205, 299). Auch die von den Polizeibehörden vor Ort eingesetzten Zensoren machten ihre philologischen und juristischen Kompetenzen gelegentlich insofern geltend, als sie von Unterdrückungsverboten abrieten oder ihnen vereinzelt sogar widersprachen. Der von Bärbel Holtz 2015 vorgelegten umfangreichen zweibändigen Quellendokumentation zur preußischen Zensurpraxis der Jahre 1819 bis 1848 sind detaillierte Einblicke in diese Mechanismen zu verdanken. Nunmehr ist belegt, wie sehr die von der Krone und vom preußischen Innenministerium ausgehenden Sicherheits- und Ordnungsanforderungen mit den Eigenansprüchen des Ober-Censur-Gerichts und vor allem mit denen der Zensoren ›vor Ort‹ ggf. kollidierten (bzw. mit ihren Verweisen auf zeitliche oder inhaltliche Überforderung)⁴⁵.

Stammlokale der »Freien« waren u.a., um auch das zu erwähnen, tagsüber das Lesecafé Stehely am Gensdarmenmarkt (seit 1839 Charlottenstr. Nr. 36) und Alexis' Lesekabinett (Behrenstraße 31); dann die Weinstube von Hippel, Friedrichstr. Nr. 94; das Wein- und Bierlokal von Lauch, Werdersche Rosenstr. 38; das Wein- und Bierlokal von

44 Vgl. zu dieser Institution: Dominik Glorius: Im Kampf mit dem Verbrechen. Die Entwicklung der Berliner Kriminalpolizei von 1811 bis 1925. Eine rechtshistorische Betrachtung, Berlin 2016, S. 59ff.

45 Vgl. zu dieser Institution: Bärbel Holtz: Staatlichkeit und Obstruktion — Preußens Zensurpraxis als politisches Kulturphänomen, in: Preußens Zensurpraxis von 1819 bis 1848 in Quellen, hrsg. v. Bärbel Holtz. 2 Bde. Berlin, Boston 2015. Bd. 1, S. 1-96, hier: S. 89ff. (Acta Borussica. Neue Folge. 2. Reihe: Preussen als Kulturstaat. Abteilung II. Der preußische Kulturstaat in der politischen und sozialen Wirklichkeit. Bd. 6).

Wallburg, Poststraße 28 (ab 1845: Münzstr. Nr. 28); das Bierlokal Klausing, Zimmerstraße 80; die Weinstube Röllig, Friedrichstr. Nr. 8 (Kap-Keller); die Wallmüllersche Bierstube (Jägerstr. 17), die Bierstube Scheible (Markgrafenstr. 49), das Café de Theatre am Alexanderplatz (über das bislang nichts Genaueres ermittelt werden konnte). Diesbezüglich hielt ein ehemaliger Zeitzeuge fest: »Das Vereinslokal war daher die eine oder andere subalterne Kneipe: denn es fand ein häufiger Wechsel und Umzug statt«⁴⁶. Das Lesekabinett von Stehely, der einstige Treffpunkt des »Doktorenklubs«, scheint also für die »Freien« weniger bedeutsam gewesen zu sein, als, unter anderem auch den Schilderungen des Zeitgenossen Friedrich Saß folgend (der selbst zum Kreis der »Freien« gehörte), gemeinhin angenommen wird. Teils galt es zu »gewöhnlich« als Ort zelebrierter Bürgerlichkeit, teils zu »gewöhnlich« als Sammlungsort derer, die täglich politischer Neuigkeiten bedurften und insofern noch dem alten politischen Wunderglauben anhängen, in welchen Formen auch immer. Und es war — als Ort für »Intellektuelle« — nicht das ausschlaggebende Forum für die, die sich nicht zuletzt als Anti-Intellektuelle und Bohemiens inszenierten. »Hippel« war das Kraftzentrum der »Freien«, Stehely lediglich einer von verschiedenen Außenposten. Zumindest ist wahrscheinlich, dass die Binnendifferenzierungen innerhalb der »Freien«, trotz gemeinsamer Begegnungsorte, auch zu teilweise unterschiedlichen räumlichen Hoheitsgebieten führten.

Anarchistisches aus dem Kreis und Umkreis

Im Jahr 1847 monierte ein Autor, der sozialistischen und anarchistischen Bestrebungen ausgesprochen wohlwollend gegenüberstand, »die Kasernengestalt, die priesterliche Hierarchie der socialistischen und communistischen Systeme«. Schon 1845 hatte ein kommunistisches Urgestein wie Karl Schapper im Rahmen einer Debatte des Londoner »Arbeiterbildungsvereins« (einer öffentlichen Filiale des »Bundes der Gerechten«) Étienne Cabets, Roberts Owens, Charles Fouriers und Wilhelm Weitlings kommunistische Theorien als »zu soldatenmäßig« kritisiert, durch sie werde »die Menschheit wieder zu Sklaven gemacht«. In ähnlicher Weise hielt 1843 Michail Bakunin — ebenfalls mit Blick auf Weitling — fest, Kommunismus bedeute »keine freie Gesellschaft«, vielmehr walte »ein unerträglicher Zwang«, es entstehe »eine durch Zwang zusammengebrachte Herde von Thieren«⁴⁷. Der derart kritisierte Weitling hatte bereits 1842 bezüglich

46 Rudolf v. Gottschall: Erinnerungen an Max Stirner, in: Leipziger Tageblatt, Nr. 34, 3. Februar 1907 [5. Beilage].

47 Dr. [Wilhelm Adolph] Lafaurie: Die philosophische und sociale Bewegung unserer Zeit. Studien, in: Jahrbücher der Gegenwart, 5 (1847), S. 1-31, hier: S. 14; Zit. nach: Max Nettlau: Londoner deutsche kommunistische Diskussionen, 1845. Nach dem Protokollbuch des C.A.B.V., in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, 10 (1922), S. 362-391, hier: S. 382, 384; [Michail Bakunin:] Die letzte Nummer des Beobachters [...], in: Schweizerischer Republikaner, Nr. 44, 2. Juni 1843, S. 204f., hier: S. 204.

kommunistischer Entwürfe festgestellt: »Ein großer Theil derselben in Frankreich neigt sich zur Diktatur hin«. Er selbst hatte in dem Zusammenhang die Notwendigkeit einer »provisorische[n] Diktatur« betont, aber nur im Falle eines plötzlichen revolutionären Umsturzes und nur »auf eine sehr kurze Zeit«, also für eine bürokratische Übergangsperiode, »bis alle Arbeiten organisirt sind«⁴⁸.

Weitling hatte vor allem den einflussreichsten Kommunisten Frankreichs im Auge — Cabet, der mit *Voyage et aventures de Lord Villiam Carisdall en Icarie* (1840) eine Utopie vorgelegt hatte, die eine fünfzigjährige Übergangsherrschaft durch weitsichtige und gütige Diktatoren vorsah. Bei seinen kommunistischen Auswanderungsprojekten nach Nordamerika Ende der vierziger Jahre hatte Cabet sich dann von den Beteiligten vertraglich ausdrücklich und wortwörtlich zehnjährig Diktatorenrechte zusichern lassen⁴⁹. Weitling, der einflussreichste deutschsprachige Kommunist der vierziger Jahre, hielt in der erwähnten Londoner Debatte im Jahr 1845 unter den kommunistischen Systemen das von Cabet für das Beste. Er wies darauf hin, dass mehr »Freiheit« nicht unbedingt zu mehr »Gleichheit« führe (sie also — so legen es die direkten Reaktionen einiger Diskussionspartner im Rahmen dieser Debatte nahe — nur auf Kosten von »Freiheit« erlangt werden könne)⁵⁰. Er vertrat in dieser Zeit ein Zwei-Phasen-Modell. Für die kommunistische Zukunft dachte er an eine szientifisch-technokratischen Gestaltung der Verwaltung (Organisations- bzw. Verwaltungsausübung durch wenige gewählte Wissenschafts- und Verwaltungsspezialisten). Der Weg dahin müsse aber durch eine — auf eine längere oder kürzere Zeit amtierende — starke Führerpersönlichkeit gewährt werden, die ins kommunistische Reich der Zukunft führen würde (»Messias«, »Monarch«, »Diktator«, »Führer«⁵¹). Und August Becker, zu der Zeit ein Weitling-Anhänger, hielt 1844 eine militärische Struktur der kommenden kommunistischen Gesellschaft für möglich, und

48 [Wilhelm Weitling:] Die Regierungsform unsers Prinzips, in: Die junge Generation, 1 (1842). Sechste Lieferung, Juni 1842, S. 83-96, hier: S. 84, 86.

49 Vgl.: Etienne Cabet: Reise nach Ikarien, hrsg. v. Ahlrich Meyer, Berlin 1979, S. 199f.; Joachim und Waltraud Seidel-Höppner: Etienne Cabet und seine Ikarische Kolonie. Sein Weg vom Linksliberalen zum Kommunisten und seine Kolonie in Darstellung und Dokumentation, Frankfurt/M., Bern, Berlin 2002, S. 265ff., 282ff., 300ff., 319ff.

50 Vgl.: Nettlau: Londoner deutsche kommunistische Diskussionen, S. 383f. Zu diesen Debatten im »Bund der Gerechten« und ihrer heterogenen Auswertung in der Forschung vgl.: Seidel-Höppner: Wilhelm Weitling, Bd. 1, S. 814ff., insbesondere S. 841ff. (sehr gründliche Darstellung, aber aus der Perspektive Weitlings); ausgewogener: Erwin Faul: Kreuzwege radikaler Ziel- und Strategiediskussionen in den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung, in: Politische Vierteljahresschrift, 17 (1976), S. 297-316; Christine Lattek: Revolutionary Refugees. German socialism in Britain, 1840–1860, London, New York 2006, S. 27ff.

51 Vgl.: Christine Stangl: Sozialismus zwischen Partizipation und Führung. Herrschaftsverständnis und Herrscherbild der sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1875, Berlin 2002, S. 116ff.; Seidel-Höppner: Wilhelm Weitling, Bd. 1, S. 387ff.

er erachtete es für grundsätzlich besser, »auf Befehl und im Interesse der Gesellschaft zu arbeiten«, als auf bisherige Weise⁵².

Das zeigt: Neuzeitliche Sozialismus und Kommunismus — von Étienne-Gabriel Morelly bzw. Gracchus Babeuf an — waren auch attraktiv für Akteure mit starkem Ordnungs- und Herrschaftsanspruch. Sie beriefen sich auf ihre Weitsicht, gar auf ihre wissenschaftliche Weitsicht, und damit verbunden verwiesen sie nicht selten auf die Unreife und Unbildung derer, für die und in deren Namen gehandelt werden müsse (mitunter sogar auf die Widernisse der menschlichen Natur). Gegen dieses Vorhaben, das Proletariat von einer vermeintlich wissenschaftlichen Warte aus zu gängeln, regte sich anarchistischer Widerspruch. Insbesondere die Ansätze von Moses Heß und Karl Grün, die, stark vereinfacht, der Strömung des ›wahren Sozialismus‹ zugerechnet werden können, entstanden in Konfrontation mit autoritären Modellen. Dieser Name ›wahrer Sozialismus‹ — um das hier kurz zu erwähnen — schreibt sich wahrscheinlich von Grün her und er ist später bekannt geworden vor allem durch Engels, der ihn nach seiner Abwendung von diesen ›wahren Sozialisten‹ in abwertendem Sinn gebrauchte. Mindestens drei Theorieelemente waren dieser heterogenen Strömung gemeinsam: das Ziel einer Emanzipation der arbeitenden Klassen durch Erziehung und Bildung; Sozialismus als Ideal eines Sozialausgleichs durch Erkenntnis und Einsicht oder durch philanthropisches Engagement; die gezielte Negierung der Sphäre der Politik und die ausschließliche Konzentration auf die des Sozialen.

Bei den Berliner Jung- und Linkshegelianern scheint es jedoch andere theoretische Auseinandersetzungen gegeben haben, die — auch — zu Anarchismen führten. Sie vollzogen sich nicht im Rahmen gegebener sozialistischer Diskurse, sondern vor allem im Rahmen einer Theoriedynamik, die sich, wie bereits erwähnt, als Überbietungsdynamik erwies. Diese führte dazu, Position um Position zu revidieren, und als Resultat ergaben sich Individualanarchismen mit unterschiedlicher Kontur: u.a. Ed. Bauers Funktionalisierung des Proletariats mit dem Ziel einer Gesellschaft in uneingeschränkter Freiheit; B. Bauers Ideal der ›reinen Kritik‹; Stirners permanente Selbstaufhebung eines fixierten Subjekts bzw. ›Ich‹; Astons Plädoyer für Frauenemanzipation und Ehelosigkeit; Fauchers *Freetrader*-Anarchismus.

a) Edgar Bauer

Er galt lange als nicht eigenständig, galt als Sprachrohr seines Bruders, als Epigone »der die salbungreichen Elegien seines Bruders [...] in die Eckenstehersprache übersetzte«⁵³.

52 August Becker: Was wollen die Kommunisten? Eine Rede [...], Lausanne 1844, S. 37.

53 [Walter Rogge:] Das alte und das neue Berlin, in: Die Grenzboten. Zeitschrift für Politik und Literatur. 7 (1848), II. Semester. III. Band, S. 5-26, hier: S. 23 (Nettlau zufolge war der Autor dieses Texts, der die »Freien« äußerst kritisch verortete, Walter Rogge; vgl. Fußnote 333). Auch Hellmans gründliche Analyse der »Freien« hält Ed. Bauer für einen Autor, der die Ideen seines Bruders lediglich simplifizierte und radikalisierte, vgl.: Hellmann: Die Freien, S. 153.

In den letzten Jahrzehnten konnte dieses weit verbreitete Urteil korrigiert und Bauers theoretische Eigenständigkeit belegt werden⁵⁴. Diese äußerte sich nicht zuletzt in seinen anarchistischen Tendenzen. Als frühester diesbezüglicher Beitrag ist seine Artikelfolge *Das Juste-Milieu* aus der *Rheinischen Zeitung* vom Sommer 1842 anzusehen. Obwohl schon vor mehreren Jahrzehnten darauf hingewiesen worden ist, dass es sich um eine »Art politisches Programm der ›Freien‹ handle (Lapin)⁵⁵, wird dieser Text in der Forschung nach wie vor wenig beachtet und in seiner Bedeutung für die linkshegelianische Diskursdynamik unterschätzt. Worin besteht diese Bedeutung?

Basierend auf seiner Kritik von Liberalismus und Konstitutionalismus — der sein Bruder in Arbeiten ebenfalls für die *Rheinische Zeitung* im ersten Halbjahr 1842 bereits vorgearbeitet hatte — zielte Bauer radikal-kritisch auf Republik und Demokratie. Der Liberalismus vermittele lediglich zwitterhaft zwischen Adels- und Volksrechten. Das war auch Ed. Bauers Position. Was seinen Ansatz von diesen und den zuvor von seinem Bruder vorgelegten Analysen aber wesentlich unterscheidet: Er bezog bereits das Prinzip *demokratischer Repräsentation* in die kritische Analyse mit ein und kam zu einem ernüchternden Fazit. Denn eine Kritik am Konstitutionalismus bedeutete bei ihm nicht nur die an liberalen Vermittlungsversuchen zwischen Stände- bzw. Volksvertretungen und Krone, sondern gleichzeitig auch eine Kritik an *jeder* Stände- bzw. Volksvertretung. Bauer postuliert, dass sich »der Volkswille nicht durch Repräsentanten offenbaren kann«. Das Volk habe zwar die Möglichkeit, diese Vertreter zu erwählen. Aber das bedeute nichts anderes als eine Selbstmächtigung: »Denn indem das Volk seinen sogenannten Repräsentanten seine Rechte und deren Vertretung übergibt, raubt es sich selbst die Berechtigung, für sich zu handeln«. Demokratie sei die legale Form von Sklaverei, vom Volk — was immer das ist — allerdings akzeptiert aufgrund von mangelnder Auf-

54 Vgl.: Eßbach: Die Junghegelianer, S. 196ff.; Ichiro Tamura: Die Aufhebung des modernen Staates. Die politische Philosophie des jungen Edgar Bauer im deutschen Vormärz, Berlin 2005; Hermann-Peter Eberlein: Realsatire, Kritik und neues Evangelium. Anarchistisches aus dem Kreis der Brüder Bauer, in: Anarchismus in Vor- und Nachmärz, S. 153-178; zur Biographie vgl.: Erik Gamby: Edgar Bauer. Junghegelianer, Publizist und Polizeiaгент. Mit Bibliographie der E. Bauer-Texte und Dokumentenanhang, Trier 1985 (Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier, 32); Marion Barzen: Die »Heilige Familie« in Charlottenburg, in: Studien zu Marx' erstem Paris-Aufenthalt und zur Entstehung der *Deutschen Ideologie*, Trier 1990, S. 138-162 (Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier, 43).

55 N. I. Lapin: Der junge Marx, Berlin 1974, S. 109; vgl. auch: Eßbach: Die Junghegelianer, 195ff.; Tamura: Die Aufhebung des modernen Staates, S. 18ff. B. Bauer erwähnte Ruge gegenüber, der letzte Teil der Folge sei aufgrund von Zensurbeschränkungen nicht erschienen; hingegen betonte Ed. Bauer einige Monate später Ruge gegenüber, »dass die Censur kein Wort gestrichen hat« (Bruno Bauer an Arnold Ruge, 7. Juni 1842; Edgar Bauer an Arnold Ruge, 27. Oktober 1842, in: Der Redaktionsbriefwechsel der *Hallischen, Deutschen und Deutsch-Französischen Jahrbücher*. Bd. 2, S. 1072, 1148).

klärung und Bildung: »es ist nur frei während der Wahl seiner Repräsentanten; sobald diese gewählt sind, ist es Sklave, ist es Nichts«⁵⁶.

Diese Argumentation Bauers wird stringent in einem historisch-entwicklungsgeschichtlichen Herangehen. Er stellt nämlich die Französische Revolution und ihre Ergebnisse in eine politische Kontinuität. Demokratie, als Repräsentativdemokratie, sei eine Folge des Absolutismus, und sei mit dem Kainsmal von Herrschaft behaftet:

Das absolute Königthum hatte die Stände nivelliert, und vor der Persönlichkeit des gottberechtigten Herrschers hörte aller Unterschied auf. Die Revolution folgte demselben Princip des Nivellements, nur daß sie an die Stelle des Einen Menschen den Einen und untheilbaren Staat setzte.⁵⁷

Gab es zu dieser »Aristokratie der Repräsentation« Alternativen? Verwies Bauer überhaupt auf eine? Er setzte zu dieser Zeit auf eine Art Basisdemokratie, auf Unmittelbarkeit, auf das Recht des ›Volks‹, in »Gemeindeversammlungen seine Gesetze anzunehmen oder zu verwerfen«⁵⁸. Dabei — und hier zeigen sich in dieser Phase noch Hegelsche Relikte — nutzte Bauer weiterhin den Topos ›Staat‹. Staat war ihm nach wie vor unverzichtbar, wurde aber aller institutionellen Bezüge entledigt. Denn ›Staat‹, als Ausdruck verwirklichter historischer Vernunft, fungiert lediglich als Synonym für ein gelingendes Gemeinwesen, als bloße Vergemeinschaftungsmetapher.

Dieser nach wie vor gegebene Bezug auf den Staat zeigte sich auch in Bauers Ende 1842 erschienener Schrift *Bruno Bauer und seine Gegner*. Staat wurde hier konzipiert als »freie[r] Staat«. Letztmalig findet man bei Bauer Spuren der Hegelschen Staatsverkultung, und sogar, gemessen an der eben erörterten Artikelserie, mit einer gewissen Intensivierung. Denn gerade der *Staat*, in einer neuen demokratischen Form, war ihm der höchste Freiheitsgarant und Freiheitsmotor. Er gewährte nicht nur Freiheit, er generierte nicht nur Freiheit, er *forderte* Freiheit: »Was er fordert ist Selbstbestimmung, freie Selbstbestimmung«⁵⁹.

56 [Edgar Bauer:] Das Juste-Milieu, in: Rheinische Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe, Nr. 156, 228, 230, 233, 235, 5. Juni-23. August 1842, hier: Nr. 233, [S. 1f.].

57 Ebd., Nr. 156, Beiblatt, [S. 1].

58 Ebd., Nr. 233, Beiblatt, [S. 1f.].

59 Edgar Bauer: *Bruno Bauer und seine Gegner*, Berlin 1842, S. 103f. An dieser Schrift Bauers ließen sich — das ist aber nicht Gegenstand dieses Essays — exemplarisch die preußische Zensurpraxis jener Zeit und die nicht unerheblichen institutionellen Differenzen verdeutlichen. Die nachstehende Dokumentation (S. 183) zeigt, wie der für die in Berlin erscheinenden historischen, juristischen und wissenschaftlichen Schriften zuständige Zensor Eduard Freiherr v. Lauer-Münchhofen, ein Justizbeamter, sich sogar nach persönlicher Intervention des Königs standhaft zeigte und seine Druckgenehmigung verteidigte, einen vom König geforderten Rechenschaftsbericht über seine Zensurgenehmigung wochenlang verzögerte usw. Geschützt wurde er vom Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg (der de jure für die Zensur in Berlin verantwortlich war). Dieser sprach sich auch erfolgreich gegen die vom

In dieser Hinsicht setzte Bauers 1843 — und nochmals 1844 in der Schweiz — erschienene Schrift *Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat* grundsätzlich neue Akzente. Dieses Werk wurde übrigens sogleich von der preußischen Zensur beschlagnahmt und im Anschluss mit drei bzw. sieben, am Ende vier Jahren Festungshaft geahndet (keine andere Veröffentlichung hat im Vormärz in Preußen so radikale Bestrafungsmaßnahmen ausgelöst, und überhaupt war Bauer, so Nettlau, »der erste anarchistische Gefangene in Deutschland«⁶⁰). Was war an diesem Werk so umstürzlerisch? Zeitgleich mit Heß, der in der Schweiz zum Sozialisten und Kommunisten wurde, entdeckte Bauer aus der Beobachtung preußischer Verhältnisse heraus die soziale Frage. Seine bisherige Kritik am Repräsentativsystem verquickte sich mit der an sozialen Verwerfungen, und auch von hier aus erschloss er sich experimenthaft sozialistisch-anarchistische Horizonte. Denn kein *politisches* System würde Not und Elend mildern. Damit gab Bauer grundlegende Anstöße für das jung- und linkshegelianische Staats- bzw. Antistaatsdenken. Die wenigen Leser in Preußen, die dieses sofort beschlagnahmte Buch vorerst überhaupt zu Gesicht bekamen — nämlich die in Polizei-, Zensur- und Gerichtsbehörden — erkannten im August 1843 seine verwerfliche Tendenz: »Der Verfasser erklärt sich unumwunden als Atheist, sieht in dem Sturz der Kirche und der Staaten das alleinige Ziel der Bestrebungen des freien Menschen und macht dieses zur Aufgabe der modernen Kritik. Die in ihm vorgetragenen Grundsätze sind unvereinbar mit jedem kirchlichen und mit jedem Staatsverbände, selbst der Republik«, und: »gegen den Schluß wird die Vernichtung des Staats und der Kommunismus gepredigt«⁶¹. Zwei Monate später, als sich das Justizministerium der Sache annahm, fiel das Urteil keinesfalls günstiger aus. Der Verfasser bekämpfe »nicht bloß das monarchische Princip des Preußischen Staats, sondern erklärt alle denkbaren Staatsverfassungen für eine Verletzung der individuellen Freiheit[,] die jedes vernünftigen Grundes entbehre; und vertheidigt den Atheismus und Kommunismus in ihrer abschreckendsten Gestalt«⁶². Das abschließende Gerichtsurteil vom 21. November 1845 hielt zum verderblichen Vorgehen Bauers Folgendes fest:

König angeordnete sofortige Entlassung v. Lauer-Münchhofens aus dem Zensorenamt aus. Zu solchen und ähnlichen ständigen Konfliktfällen, die dem komplexen System der Zensur selbst entsprangen, nun generell: Holtz: Preußens Zensurpraxis von 1819 bis 1848 in Quellen; insbesondere zu v. Lauer-Münchhofen: Bd. 1, S. 48f., 527ff., 554ff., 569; Bd. 2, S. 760, 805, 847ff.

60 Nettlau: *Der Vorfrühling der Anarchie*, S. 178.

61 Berliner Polizeipräsident v. Puttkamer an Ober-Präsident der Provinz Brandenburg v. Meding, 8. August 1843, in: GStA PK, I. HA, Rep. 77, Tit. 6, Lit. B, Nr. 180, Bd. 1, Bl. 97f.; Preußisches Innenministerium. Zweite Abtheilung an Innenministerium, 7. August 1843, ebd., Bl. 101 [Acta betr: Den Privat-Dozenten Lizentiaten Dr. Bruno Bauer, aus Charlottenburg bei Berlin, und den Bruder, den Buchhändler Egbert Bauer daselbst, wegen politisch verdächtigen Treibens, Oktober 1841-Oktober 1844].

62 Justizminister v. Mühler an Kammergericht, 16. Oktober 1843, ebd., Bl. 294.

Der Begriff des Staats, jedwede Verfassung, welche die modernen gesellschaftlichen Zustände auch nur anerkennt — die Repräsentativ-Verfassung und die Republik nicht ausgenommen, — jedwedes Gesetz, jeden auf Eigenthum, Geburt oder Rang beruhenden Unterschied zwischen den Menschen, alle Institute des modernen Lebens sieht der Verfasser als Ausgeburten des Vorurtheils an, vor der freien Vernunft, vor dem freien Selbstbewußtsein für unwahr und nichtig. Jede *Fortentwicklung innerhalb* des Staats hält er für verwerflich.⁶³

Den Anlass für die Schrift Bauers bildete die Lehrentlassung seines älteren Bruders Bruno an der Bonner Universität (und verbunden damit und aufgrund von Forderungen des Universitätsgerichts, sich wegen Schulden zu exmatrikulieren, quittierte er am 21. März 1842 sein Theologiestudium in Berlin⁶⁴). Bis zu diesem Einschnitt, galt, vereinfacht gesagt, den Junghegelianern und auch Ed. Bauer — Hegel folgend — der Staat immer als bedeutsame Instanz. Sie hatten sich auf Kirchen- und Religionskritik konzentriert. Der Staat, als erforderliche Vermittlungsinstanz von Konflikten, war ihnen bislang unantastbar gewesen. Nun aber, in der Affäre um die Entlassung des Bruders, zeigte sich gerade und ursächlich der Staat als reaktionär. Er erwies sich scheinbar als kirchlicher Handlanger, und seine Existenz beruhe, so Bauer, auf noch einer ganz anderen Art von Religion: Denn der Glaube an den Staat sei ebenfalls religiös. Damit geht die Kritik an der preußischen Reaktion und am preußischen Staat zur Staatskritik *an sich* über. Nicht ein bestimmter Staat, sondern jeder Staat rückt in den Fokus von Kritik.

Bauers Konsequenz: »Die Anarchie, welche aller guten Dinge Anfang ist«⁶⁵. Man müsse auch die Vergötterung des Staats hinter sich lassen. Das bedeutete eine radikale junghegelianische Selbstkritik. Sie hatte sich 1842 teilweise bereits in seinen Beiträgen für die *Rheinische Zeitung* angebahnt. Nunmehr galt Staat ihm als Ganzes obsolet. Auch der demokratisch-republikanische erweist sich als hemmende und zu überwindende geschichtliche Form:

Ist es möglich, einen freien Staat zu erlangen, wenn noch die Unterschiede des Besitzes, des Standes, des Ranges dem Einen ein Vorrecht vor dem Anderen geben sollen? Jeder Staat wird durch die sogenannten Oberen, die sogenannten Unteren beaufsichtigen, bevormunden, beherrschen wollen: auch eine sogenannte republikanische Regierung wird sich, da sie nun doch einmal Regierung ist, nicht von Unterdrückungssucht fern halten können!⁶⁶

Das war die eine Richtung, aus der Bauer zu seiner Staatskritik gelangte. Aber noch aus anderer Richtung geriet der Staat bei ihm auf den Prüfstand. Er griff ihn nicht nur in

63 Erkenntniß des Ober-Appellations-Senats des Königlichen Kammergerichts betreffend den Schriftsteller Edgar Bauer, den Buchhändler Egbert Bauer und den Buchdrucker Ferdinand Nietack, Berlin 21. November 1845, ebd., Bd. 2, Bl. 120-149, hier: Bl. 125.

64 Ich danke freundlich für die Mitteilung des Archivs der Humboldt-Universität zu Berlin vom 2. August 2018. Zum Druck des Universitätsgerichts auf Bauer wegen Schulden vgl.: Gamby: Edgar Bauer. Junghegelianer, Publizist und Polizeiaгент, S. 12f.

65 Edgar Bauer: Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat, Bern 1844, S. 259.

66 Ebd., S. 11.

politischer Hinsicht an, sondern auch in ökonomischer. Hegel hatte die modernen ökonomischen Verwerfungen im Rahmen seines philosophischen Systems vom Staat vermitteln und ausgleichen lassen. Bauer zufolge verhielt es sich aber grundsätzlich anders: Der Staat dient erstens sich selbst, zweitens aber dem Schutz des Eigentums. Er konserviert also permanent die ökonomischen Konflikte, die er zu schlichten vorgibt: »Auch die staatliche Gesellschaft prahlt mit einer Art Gleichheit: aber sie kommt höchstens zur Gleichheit egoistischen Rennens nach Privatvortheilen«, bzw.: »Der Staat schützt das *Recht* des Besitzes, des Standes, kurz das Recht des Egoismus«. Von daher gelte: »Der Staat mit seinem sogenannten Organismus, mit seinen Abstufungen und Rangordnungen, mit seiner Regierung und seinen Gesetzen wird nie eine Gesellschaft bilden können⁶⁷.

Das heißt, Bauer nahm Bezug auf die spätestens seit der 1842 veröffentlichten Steinischen Schrift über sozialistische und kommunistische Bestrebungen in Frankreich verstärkte diskutierte »soziale Frage«. Gerade die Proletarier wären die Notleidenden der ökonomischen Verwerfungen. Ihre berechtigten Ansprüche würden nie durch irgendeinen Staat befriedigt werden können (der sich ja geradezu als Bewahrer dieser Verwerfungen erweise). Ihr letzter und berechtigter Ausweg sei die Revolution: »Im Innern der Staaten wird sich ein Schlund aufthun, der bisher verachtete Flammen ausspeit [...]. Es sind die Besitzlosen, welche dem hochmüthigen Vorrechte ein Ende zu machen berufen sind«⁶⁸. Man hat aber den Eindruck, dass Bauer das Proletariat lediglich theoretisch funktionalisiert, und die soziale Frage interessierte ihn in der Folgezeit noch weniger. Zwar zielt er sozialistisches Gemeinschaftseigentum an:

Eine vollständige Herrschaftslosigkeit muß eintreten, ein totales Untergraben aller bisherigen Stützen des Staates. Die Grundwurzeln, aus denen der ganze Bau, alle Unterschiede des Staates hervorwachsen, müssen herausgezogen werden. Die Achtung für das sogenannte Recht muß aufhören, die Autorität des Gesetzes verschwinden, Haß gegen alles Vorrecht, alles Private an ihre Stelle treten. Und welches wird die Folge von dem Allen sein? Liebe zur Menschheit, freies gemeinschaftliches Leben, echte Gleichheit⁶⁹.

Insofern nahe das »gemeinschaftliche Leben einer freien Gesellschaft«, eine »höhere und freiere Gesellschaft«, das »gesellschaftliche Leben, wo wirklich *Alles gemeinsam* ist«⁷⁰. Aber es scheint, als solle das Proletariat nur auf praktische Weise das vollstrecken, was den unerbittlichen kritischen Intellektuellen (bzw. dem von ihnen verabsolutierten »Standpunkt der Kritik«) schon zuvor theoretisch klar geworden war. Am Anfang und Ende des Geschichtsprozesses steht die »Kritik«, und erst recht, wenn sie, im Sinn einer Funktionalisierung, die Massen ergreift und sich auf diese Weise materialisiert. Das abschließende gerichtliche Urteil über das Buch wies auf diese Selbsterhöhung von Kritik hin, die eben nicht zu praktischen Zwecken von Akteuren ergriffen werden will, sondern

67 Ebd., S. 277, 208, 177.

68 Ebd., S. 278.

69 Ebd., S. 211.

70 Ebd., S. 227, 269, 204.

umgekehrt zu theoretischen Zwecken sich die Akteure und Massen »zu eigen« macht und insofern zur »äußeren Geltung« gelangt:

Das bloße Auftreten der Kritik, das klare Aussprechen ihrer Resultate hält der Verfasser für den halben Sieg. Immer weiter, in alle Kreise, in die entferntesten Regionen wird sie eindringen und wenn sie die besitzlosen Klassen der Menschen sich zu eigen gemacht hat, zum vollständigen Siege, zur äußeren Geltung gelangen.⁷¹

Wie genau diese von der Kritik erkämpfte Zukunft sich gestaltet, wird dann von Bauer nicht weiter ausgeführt. Man hat es mit einer Frühform »negativer Theorie« zu tun, die eine erneute theoretische Radikalisierung der Junghegelianer anzeigt: »Keinen Privatbesitz, kein Vorrecht, keinen Unterschied des Standes, keine usurpatorische Regierung:« so lautet unser Pronunciamento, es ist negativ, die Geschichte wird die Bejahung dazu schreiben⁷².

Man könnte vermuten, hier Spuren von Michail Bakunins antithetischer Dialektik zu finden, die dieser erstmals im Oktober 1842 in Ruges *Deutschen Jahrbüchern* in seiner Artikelserie *Die Reaction in Deutschland* entworfen hatte: »das Negative, als das bestimmende Leben des Positiven selbst, schließt in sich allein die Totalität des Gegensatzes ein und so ist es auch das absolut Berechtigte«⁷³. Diese Antithetik — bei Bakunin ein universales ontisches Prinzip — erwartete Entwicklungsfortschritte nicht mehr von einer alle Gegensätze nivellierenden Synthese, sondern sprach allein der Antithese und der Negation schöpferische Kraft zu. Bauers »negative Theorie« hingegen hat — selbst wenn oben angeführte Sentenz tatsächlich von Bakunin beeinflusst sein sollte — andere Wurzeln und eine andere Ausrichtung. Sie schreibt sich aus der Dynamik junghegelianischer »Kritik« her (ein Terminus, der in Bakunins Aufsatz übrigens nicht vorkommt). Diese Dynamik brachte mit sich, alle Geistes-, Kultur- und Sozialverhältnisse permanent zu verwerfen, und sie hätte sich auch kritisch gegen sich selbst richten müssen, wenn »Kritik« in irgendeiner Weise etwas »Positives« und »Konkretes« etablierte. Das heißt, Kritik und Negativität erscheinen als das Verneinungsprinzip von Intellektuellen, die alle Gestaltungsvorschläge für eine bessere Gesellschaft als Versöhnung mit einer ohnehin nie genügenden Wirklichkeit ablehnten. Diese Programmatik war im ersten Band von B. Bauers *Kritik der evangelischen Geschichte der Synoptiker* (1841) mit Bezug auf religiöse Vorstellungen bereits konsequent entfaltet worden⁷⁴, und auch brieflich

71 Erkenntniß des Ober-Appellations-Senats des Königlichen Kammergerichts zu Berlin vom 21. November 1845 (vgl. Fußnote 63), Bl. 126.

72 Bauer: *Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat*, S. 264.

73 Jules Elysard [d.i. Michail Bakunin]: *Die Reaction in Deutschland*. Ein Fragment von einem Franzosen, in: *Deutsche Jahrbücher für Wissenschaft und Kunst*, Nr. 247-251, 17.-21. Oktober 1842, S. 985-1002, hier S. 994.

74 Vgl.: Bruno Bauer: *Kritik der evangelischen Geschichte der Synoptiker*. Bd. 1, Leipzig 1841, S. XXIII: »das wahrhaft Positive« kann erst dann geboren werden, »wenn die Negation ernstlich und allgemein«.

hatte er sie 1841 bekräftigt: »Ich habe damit die Kritik absolut vollendet und sie von allem Positivem befreit«⁷⁵.

Genau dieser Richtung folgte Ed. Bauer. Darüber hinaus übertrug er dieses ursprünglich religionskritische Verfahren auch auf andere Kultursphären. Bereits 1842 hatte er in *Bruno Bauer und seine Gegner* generalisierend proklamiert: »Und dieses ist der Zweck der neuern Kritik: Sie baut zwar nicht, sie will und kann nicht bauen. Aber sie reinigt und ebnet den Boden, auf welchem die Neubauten der Vernunft aufzuführen sind«⁷⁶. Nach dem Erscheinen von *Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat* (1843) schien er aber einzuräumen, dass er mit diesem Buch der Linie der absoluten Kritik, die nichts als Kritik gelten lässt und auch den sog. Massen oder dem ›Volk‹ skeptisch-distanziert gegenüberstehen müsse, noch nicht vollends genügt hätte. Im Sinn einer verdeckten und indirekten Selbstkritik hielt er diesbezüglich 1844 in der *Allgemeinen Literatur-Zeitung* geradezu apodiktisch fest, dass es »zu dem Volke, seinem politischen Begriffe nach, gehöre, regiert zu werden«⁷⁷. Und 1845 wandte er sich im *Magdeburger Wochenblatt* — Bauers Beiträge darin wurden im Zusammenhang mit der Arbeit an dieser Dokumentation erschlossen⁷⁸ — nicht nur entschieden gegen ›Masse‹ und ›Volk‹, sondern auch gegen das ›Proletariat‹ (»wohl eher die Stütze geistloser und unterdrückerischer

75 Bruno an Edgar Bauer, 31. März 1841, in: Briefwechsel zwischen Bruno Bauer und Edgar Bauer während der Jahre 1839–1842 aus Bonn und Berlin, Berlin 1844, S. 133.

76 Bauer: Bruno Bauer und seine Gegner, S. 23.

77 [Edgar Bauer:] 1842, in: Allgemeine Literatur-Zeitung. Monatsschrift, hrsg. v. Bruno Bauer, H. 8, S. 1-8, hier: S. 5.

78 Vgl.: [Edgar Bauer:] *Socialistische Studien*. »Der sociale Kataklysmus [...] von M. Cabet«, in: *Magdeburger Wochenblatt*, 3 (1845), S. 561-566; ders.: »Der durch den Socialismus besiegte und vernichtete Jesuitismus [...] Von Th. Dezamy«, ebd., S. 573-576; ders.: »Die Knechtschaft des Reichen, von einem Proletarier, Aloysius Huber, politischem Gefangenen. Herausgegeben von M. Cabet«, ebd., S. 589-595; ders.: »Fourier's Plan, die Arbeit zu organisiren«, ebd., S. 746-752, 757-763; ders.: »Fourier und die Französische Revolution«, ebd., S. 797-802, 829-831. Hinweise auf Artikel Bauers in diesem Blatt finden sich schon in der zeitgenössischen Literatur, die Autorschaft belegt erstmals eindeutig Jürgen Engelmann: Die Rolle der Bürgerversammlungen und des ›Magdeburger Wochenblattes für Angelegenheiten des bürgerlichen Lebens‹ für die Entfaltung der bürgerlich-liberalen Oppositionsbewegung in Magdeburg 1843 bis 1847/48. Diss. Magdeburg 1988, S. 94 (unveröffentlicht). Die Aktenlage bestätigt, dass Bauer sich den Magdeburger Zensur- bzw. Polizeibehörden gegenüber im Dezember 1845 und nochmals im Januar 1846 zur Autorschaft bekannte, vgl.: Landesarchiv Sachsen Anhalt. Abteilung Magdeburg, C 20, Ia Nr. 894, Bl. 108. Die geplante Buchherausgabe unter dem Titel »Socialistische Studien« im Jahr 1846 unterblieb, weil ein gemeinsames Reskript der preußischen Justiz- und Kriegsminister (Bauer verbüßte seine Strafe auf einer *Festung*) vom 22. Oktober 1845 es Bauer untersagte, Schriften aus der Haft heraus zu publizieren (vgl. ebd. Bl. 105). Ich danke freundlich dem Landesarchiv Sachsen-Anhalt für Übersendung von Akten-Digitalisaten vom 20. Februar 2020.

Zustände«) bzw. gegen die Verklärung des Proletariats (»So mancher Socialist hat die Thatkraft, die Begeisterung, die er sich wohl meistens nur einredet, seinem Idol, dem Proletarier angedichtet, und ist daher näher daran, die Pöbelherrschaft, d.h. die Herrschaft in ihrer scheußlichsten, geistlosesten Gestalt, als die Freiheit zu proclamiren«)⁷⁹. Wiederum war die Selbstkritik unübersehbar: Proletariat bleibe der Tendenz nach immer unstet, wenn nicht gar reaktionär verführbar, und alle angeblichen Befreier des Proletariats strebten im Prinzip nach Herrschaft mit und über diese Schicht. Einige Jahre später, 1848, kritisierte er seine einstige Programmschrift, für die er geradezu ungerührt die Festungshaft in Kauf genommen hatte, wegen ihrer Verklärung der Volkssouveränität und der ›Massen‹ sogar ganz direkt: »ich war damals ein echter Volksstreiter, ich hielt es für meine Ehre, in der Atmosphäre der Volksmasse herumzukrebsen«⁸⁰.

Im Vorfeld der Revolution und durch seine Studien zur Französischen Revolution, auch zur Geschichte der Reformation und der damit verbundenen religiösen Volksbewegungen, scheint Bauer, so ein Forschungsbefund, in dieser kritischen Distanz gegenüber ›Volk‹ und ›Masse‹ bestärkt worden zu sein. Er sah, was das sog. Volk betraf, im Prinzip sogar latent reaktionäre Potenzen, und deshalb verstärkte sich sein Anspruch auf Bildung und Erziehung, auf ›Aufklärung‹⁸¹. Im Jahr 1848, nach der durch Amnestie gewährten Haftentlassung, stürzte er sich sofort ins Revolutionsgeschehen. Nicht einmal ein halbes Jahr in Freiheit, sollte er am 27. August 1848 erneut verhaftet werden. Der Anlass: der berüchtigte Überfall auf die Charlottenburger Demokraten am 20. August. Am Folgetag war Bauer der Mitinitiator einer Protestdemonstration in Berlin, bei der die Palais verschiedener Minister gewaltsam attackiert wurden⁸². Bauer entzog sich der Verhaftung und lebte bis zu seiner Flucht nach England 1851 im Untergrund: Wien, Berlin, Hamburg, Altona. Am 16. September 1850 wurde er in Abwesenheit wegen Erregung zum Aufruhr als Rädelsführer zu acht Jahren Festungshaft verurteilt⁸³.

Im Revolutionsgeschehen 1848 waren seine anarchistischen Positionen gegenüber demokratischen Tagesforderungen vorerst in den Hintergrund getreten (Mitarbeit im

79 [Edgar Bauer:] *Socialistische Studien*. »Der sociale Kataklysmus [...] von M. Cabet«, in: *Magdeburger Wochenblatt*, 3 (1845), S. 561-566, hier: S. 563.

80 Edgar Bauer: *Die Reise auf öffentliche Kosten*, in: *Die Epigonen*, 5 (1848), S. 9-113, hier: S. 76.

81 Vgl.: Ichiro Tamura: *Die Entwicklung des jungen Edgar Bauer 1844-1847. Die Rezeption der reinen Kritik und die Bedeutung der Studien zur deutschen und französischen Aufklärung*, in: *Philosophie, Literatur und Politik vor den Revolutionen von 1848. Zur Herausbildung der demokratischen Bewegungen in Europa*, hrsg. v. Lars Lambrecht, Frankfurt/M., Berlin, Bern 1996, S. 340-354, hier: S. 348ff. (*Forschungen zum Junghegelianismus*, 1); ders.: *Die Aufhebung des modernen Staates*, S. 48ff.

82 Zum Überfall auf die Charlottenburger Demokraten und zur Protestdemonstration vgl.: Hachtmann: *Berlin 1848*, S. 691ff.

83 Vgl. Gamby: *Edgar Bauer. Junghegelianer, Publizist und Polizeiaгент*, S. 28ff.; *Deutsche Chronik für das Jahr 1850. Zweiter Band. Die Monate Juli-December*, Berlin 1851, S. 91.

»Volks-Wahlkomitee« und Vizepräsident des »Demokratischen Clubs«). Im Revolutionsverlauf wurden sie aber wieder deutlicher. Wie seine Schriftpreife *Die Parteien. Politische Revue. In zwanglosen Heften* (1849) zeigt, modifizierten sie sich. Der Parlamentarismus habe versagt. Er habe deshalb versagt, weil er sich verstetigt habe, weil er sich lediglich zum Hüter des Eigentums, von Ruhe und Ordnung aufgeworfen hätte. Bauers Alternative, und zwar mit Blick auf die wachsende Reaktion: Die wahre Freiheit muss entschlossen nach der Staatsmacht greifen, um die Reaktion niederzuhalten, sogar mit Gewalt. Aber nicht mit dem Ziel, »von Neuem die Wälle einer staatlichen Festung« aufzutürmen, sondern mit dem Ziel, »die Menschen vom Staate frei [zu] machen«, ihn »in ein Werkzeug der Befreiung umzuwandeln«:

Die Grundsätze dieses Staates lösen des Menschen Kraft von jedem Gesetze los, indem sie das Gesetz der Kraft dienstbar machen. Die Grundsätze des alten Staates binden des Menschen Kraft an das Gesetz, indem sie die Kraft dem Gesetze dienstbar machen. Im revolutionären Staate giebt das Gesetz der Kraft ihre entwickelnde Formel, im alten Staate gab das Gesetz nur der Formel Kraft.

Damit knüpfte Bauer — nunmehr unter dem Vorzeichen von Revolution und Gegenrevolution — an seine Positionen von 1842 an: der demokratische und freiheitliche Staat als Freiheitsgarant und Freiheitsmotor. Aber er baute sie auch aus, und jenes sich »vom Staate frei zu machen« bedeutete offenbar dreierlei: erstens im revolutionären Staat *vom* Staat frei zu werden, zweitens im revolutionären Staat *durch* den Staat frei zu werden, drittens »den Menschen jeder Bevormundung entreißen [zu] wollen«⁸⁴.

Gemessen an seinen einstigen anarchistischen Ansprüchen, ließ er in der Revolutionszeit von Maximalforderungen ab. Sein Augenmerk richtete er vornehmlich auf das, was als das politische Haupt- und Zukunftsziel radikaler Opposition galt: Demokratie. Das zeigt sich auch anhand seiner Mitarbeit an der *Norddeutschen Freien Presse*, an der er von Frühjahr 1849 bis April 1851 unter dem Namen Eduard Lange mitgearbeitet haben soll (siehe auch nachstehende Dokumentation, S. 213, 219). Es war ein radikal-demokratisches, keineswegs sozialistisches oder anarchistisches Blatt. Natürlich, es war nicht *seine* Zeitung, er war lediglich Mitarbeiter oder Redakteur, und er hatte für seinen Broterwerb, für seine Frau und seine Kinder zu sorgen. Von daher muss das radikal-demokratische Profil nicht gänzlich seinen Vorstellungen entsprochen haben, und weil die wenigen konzeptionellen und Leitartikel namentlich nicht gekennzeichnet waren, ist es ohnehin nicht einfach, bestimmte Beiträge Bauer zuzuweisen. Wegen ihres ausgesprochen theoretischen Formats stammen von ihm wahrscheinlich eine Besprechung zur Neuausgabe von Steins *Geschichte der socialen Bewegung in Frankreich*, die zur *Deutschen Monatsschrift* sowie die Artikel *Die sociale Frage* und *Girardin, Volksrepräsentant*. Sicher seiner Befürwortung verdankt sich auch der Abdruck einer zweiteiligen

84 Die Parteien. Politische Revue von Edgar Bauer. In zwanglosen Heften. Zweites und drittes Heft, Hamburg 1849, S. 181, 132f., 135, 132.

Bakunin-Schilderung aus der Hand des Dresdner Mitgefangenen Ferdinand Kürnberger (*Der Russe Bakunin*⁸⁵). Immerhin bezeugen diese Arbeiten Bauers eigenständige Positionen und eine bestimmte libertäre Kontinuität. So betont er etwa hinsichtlich der »socialen Frage«, dass *staatliche* Lösungsversuche stets auf Kosten von individueller Freiheit erfolgen würden:

Es scheint uns nun, daß viele bisherige Theorien vorzugsweise dadurch gefehlt haben, daß sie vom Allgemeinen ausgingen, generelle Regeln aufstellten, anstatt beim Individuum zu beginnen. Die materielle und geistige Hebung des *Individuums*, das ist die Frage unserer Zeit. [...] *Der Inhalt der socialen Frage kann daher, kurz gefaßt, nur der sein, die Schranken, in denen das Individuum noch lebt, zu entfernen.* Wir sollen es frei machen von politischen Hemmungen, frei machen von staatlicher Bevormundung, frei machen vor *Allem* von eignen Vorurtheilen. [...] Wenn die Lösung der socialen Frage nur durch von irgend einer Autorität gebotene Vorschriften erreicht werden könnte, dann bleibe man einfach lieber bei der alten Unfreiheit [...].⁸⁶

Dass auch Bauers Ansichten und Haltungen sich änderten, dass er alsbald, ab Ende 1852, für die dänischen Behörden Konfidentenberichte über die Londoner Emigration schrieb, dass er, wiederum einige Jahre später, zu politischen und religiösen Positionen gelangte, die denen seiner Vormärz- und Revolutionsphase deutlich entgegenstanden, soll zumindest erwähnt werden. Ebenso ist nochmals hervorzuheben: Sein Werk *Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat* (1843) war eines der bedeutendsten Werke der Vormärzdiskurse, nicht nur der anarchistischen. Das sofortige Verbot schon vor Auslieferung entzog es der öffentlichen Kenntnisnahme. Zwar konnten illegal einige wenige Exemplare im Kreis der »Freien« kursieren. Aber das trug nichts zu seiner tatsächlichen Verbreitung bei. Denn dieses offizielle Verbot machte schon die Nennung des inkriminierten Werks in Publikationen anderer Autoren strafbar und unterband sie. Insofern war dieses Buch tatsächlich »ausgelöscht«, fand erst spät in der Forschung Aufmerksamkeit und ist weiterhin mit seinen maßgeblichen Weichenstellungen noch zu entdecken.

85 Vgl.: [Edgar Bauer:] Geschichte der socialen Bewegung in Frankreich, in: Norddeutsche Freie Presse, Nr. 290, 1. März 1850, [S. 1f.]; ders.: Die deutsche Monatsschrift für Politik, Wissenschaft, Kunst und Leben, ebd., Nr. 323 u. 325, 10. u. 12. April 1850, [S. 1f.] u. [S. 1]; ders.: Die sociale Frage, ebd., Nr. 354, 16. Mai 1850, [S. 1]; ders.: Girardin, Volksrepräsentant, ebd., Nr. 385, 22. Juni 1850, [S. 1f.]; F[erdinand] K[ürnberger]: Der Russe Bakunin, ebd., Nr. 406 u. 407, 17. u. 18. Juli 1850, [S. 1f.] u. [S. 1f.]. Autorschaftsnachweis zu Kürnberger in: Michael Bakunin: »Barrikadenwetter« und »Revolutionshimmel« (1849). Artikel in der »Dresdner Zeitung«, hrsg. v. Wolfgang Eckhardt, Berlin 1995, S. 11f. (Michael Bakunin. Ausgewählte Schriften. Bd. 2).

86 [Edgar Bauer:] Die sociale Frage, in: Norddeutsche Freie Presse, Nr. 354, 16. Mai 1850, [S. 1].

b) Ludwig Buhl

Im Jahr 1845 erstellte das preußische Innenministerium für das Berliner Polizeipräsidium eine Liste von 43 »in politischer Hinsicht berücksichtigenswerthe[n] Schriftsteller[n]«⁸⁷. Darunter fanden sich auch Namen der Gruppierung, die heute als die der »Freien« bekannt ist — Ed. Bauer, Buhl, Köppen, Meyen, Rutenberg, Stirner, B. Bauer (der sich zu Wirtshausbesuchen möglicherweise nur gelegentlich und ca. nur einmal wöchentlich bei ihnen einfand, dann aber im Mittelpunkt stand⁸⁸). Von diesen sieben ist Buhl, geboren am 20. Juni 1814, nach wie vor die unbekannteste. Nicht einmal sein genaues Sterbejahr ist überliefert⁸⁹. In seiner linkshegelianischen Zeit war er mit journalistischen Arbeiten, u.a. für die *Rheinische Zeitung*, hervorgetreten (er war zuvor, Ende 1841, als leitender Redakteur für dieses Blatt angefragt worden⁹⁰). Er wirkte alsbald u.a. als Herausgeber des dann von der Zensur unterdrückten *Patrioten*, und er machte sich auch mit der Veröffentlichung von Broschüren einen Namen (in späteren Jahren vorrangig als Übersetzer). All diese Publikationen waren auf konkrete soziale Sachthemen bezogen (Verfassungsfrage, adliger Grundbesitz, Armut der arbeitenden Klassen) und nicht demonstrativ auf einen philosophischen Mehrwert angelegt. Deshalb haben sie in der Forschung nur sehr bedingt Aufmerksamkeit gefunden — mit Ausnahme der von ihm herausgegebenen *Berliner Monatsschrift* (1843 Zensurverbot, 1844 nach Einspruch erschienen⁹¹).

87 Minister des Innern v. Bodelschwingh an Polizeipräsident v. Puttkamer, Berlin, 2. April 1845, in: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 12879, Bl. 1 [Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffend den Lehrer Robert Schulte aus Elberfeld (und) Schriftsteller und Zeitungs-Correspondenten, welche der Umsturzpartei angehören. 1845–1878].

88 Vgl.: Robert Giseke: *Moderne Titanen. Kleine Leute in großer Zeit*. Erster Theil, Leipzig 1853, S. 236ff. Inwieweit die aus eigenen Erfahrungen genährten literarischen Schilderungen Gisekes als tatsächlich belastbare Quelle gelten können, ist allerdings fraglich, vgl.: René Simon Taube: *Das Bild Max Stirners in der deutschen Literatur um die Mitte des 19. Jahrhunderts*, Leipzig 1999, S. 29ff. (Stirneriana, 17).

89 Mackay geht von einem Sterbejahr »kurz nach 1880« aus (Mackay: Max Stirner, S. 210); Recherchen des Autors zum Sterbedatum des katholisch getauften Buhl im Archiv des Dompfarramts der St. Hedwigs-Kathedrale Berlin blieben im Januar 2017 ohne Ergebnis und Berliner Adressbücher der 1870er und 80er Jahre (samt Umland) bieten nicht genügend Anhaltspunkte für eine konkrete standesamtliche Nachfrage über das Landesarchiv Berlin. Da auch sonst jegliche Nachricht über seinen Tod bisher nicht ermittelt werden konnte, sei als Vermutung hier in den Raum gestellt, dass Buhl zum Zeitpunkt seines Ablebens gar nicht mehr in Berlin ansässig war.

90 Vgl.: Georg Jung an Arnold Ruge, 29. November 1841, in: *Der Redaktionsbriefwechsel der Hallischen, Deutschen und Deutsch-Französischen Jahrbücher*. Bd. 2, S. 885; zu Buhls Beiträgen zur Zeitung vgl.: Wilhelm Klutentreter: *Die Rheinische Zeitung von 1842/43 in der politischen und geistigen Bewegung des Vormärz*. Dokumente, Dortmund 1967, S. 192f.

91 Vgl.: [Ludwig Buhl:] *Offenes Bekenntniß*, in: *Berliner Monatsschrift*. Herausgegeben von

Diese in einem Band erschienene Schrift versammelte Autoren aus dem Umfeld der »Freien« wie Edgar Bauer, Max Stirner, Eduard Meyen und Wilhelm Jordan. Auch er selbst trat konzeptionell in dieser *Monatsschrift* auf — mit dem Vorwort zur von der Zensur unterdrückten Ursprungsausgabe (»Prospektus«) und dem zusätzlichen und neuen zur dann erstritten Erstaussgabe (»Offenes Bekenntniß«). Ein Vertreter einer auf Stirner zentrierten Forschung wie Rolf Engert hat versucht, diese Herausgeberbeiträge allein dem »Meister« Stirner zuzuschreiben und Buhl als bloßes Sprachrohr anzusehen⁹². Präziser sind zwei weitere Analysen, die allerdings zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen: Für Alfred Estermann steht Buhls Zeitschriftenheft für staatskritische, gleichwohl unverbindliche Gedankenexperimente, die nicht gesellschaftsrelevant sein wollten und auch nicht wurden, für Hermann-Peter Eberlein hingegen für einen »Terrorismus des Geistes um den Preis des Lebens«⁹³.

Beide Urteile treffen sich allerdings in einem Punkt: Buhls *Berliner Monatsschrift* richtete sich vorrangig nicht gegen *Praktiken* von Staat, sondern gegen *Theorien* von Staat, sie entsprang nicht der Logik eines politischen Engagements, sondern eines theoretischen. Kritik bedeutete nicht Kritik an Zuständen, sondern an Theorien über Zustände. Hintergrund dieser Verklärung von Kritik, und zwar Kritik von Theorien, war ein letztlich illusionär überspitztes und überspanntes Verständnis von Theorie *als Praxis*, als *wesentlicher* gesellschaftlicher Praxis. Theoriegeschichtlich erkennt man hier ein unterschwelliges Hegelsches Erbe, nämlich die Vorstellung, dass ausschließlich »Ideen« den Lauf der Welt bestimmen; soziologisch gesehen, erkennt man hier eine radikale Selbstermächtigung von Intellektuellen (»Die Theorie ist jetzt die stärkste Praxis«, »Philosophen sind die Herren der Welt«⁹⁴). Kritik — und zwar nicht an Zuständen, sondern an Vorstellungen über Zustände — wurde zum alleinigen Motor geschichtlicher Veränderung erhoben. Das führte dazu, dass sich vor allem bei B. Bauer Kritik als Instanz immer mehr von den eigentlichen Kritikern löste, sich verselbständigte und sich geradezu sub-

L. Buhl. Erstes und einziges Heft, Mannheim 1844, S. 1-28; L. Buhl: Der Preß-Proceß, in: Die Epigonen, 3 (1846), S. 121-183.

- 92 Vgl.: Rolf Engert: Ein radikales Zeitschriftenprogramm aus dem Vormärz. Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte des Stirnerschen Denkens [Erstaussgabe], in: Max Stirner. Dokumente, hrsg. v. Jochen Knoblauch, Berlin 1996 [Kassette], H. 5, S. 6-38.
- 93 Alfred Estermann: »...sich bei den geistigen Kämpfen der Gegenwart beteiligen...«. Die »Berliner Monatsschrift« 1843/44 und ihr Herausgeber Ludwig Buhl. Ein Beitrag zur Zensur-Geschichte des Vormärz, in: Archiv für Geschichte des Buchwesens, 24 (1983), Sp. 537-580, hier: Sp. 572; Eberlein: Realsatire, Kritik und neues Evangelium, S. 177. Hellman, das bleibt zu erwähnen, spart in seiner gründlichen Analyse des Werdegangs Buhls diese »Berliner Monatsschrift« bis auf eine kurze Erwähnung aus, vgl.: Hellman: Die Freien, S. 174.
- 94 Bruno Bauer an Karl Marx, 31. März 1841, in: MEGA². Bd. III.1, S. 355; [Bruno Bauer:] Die Posaune des jüngsten Gerichts über Hegel den Atheisten und Antichristen. Ein Ultimatum, Leipzig 1841, S. 80.

stantialisierte. Schließlich kritisierten nicht mehr Kritiker die soziale Welt, sondern die hypostasierte Kritik als ›reine Kritik‹ an sich. Sie gebrauchte die Kritiker wortwörtlich als ihre Handlanger und richtete sich unerbittlich und negativ gegen jeden und alles, d.h. gegen alle jeweils bisher errungene Standpunkte von Kritik. Am Ende bedeutete gerade das ihre *Positivität*⁹⁵.

Dieser Blick voraus sollte aber nicht den Blick auf die »fraktionelle ›Mittellage«⁹⁶, auf den ambivalenten Status der *Berliner Monatsschrift* verstellen. Buhl wollte auf seine Weise immer auch Praktiker bleiben; den Exaltationen der ›reinen Kritik‹ hat er sich so nie angeschlossen. Der Blick in das von ihm verfasste *Offene Bekenntniß* und in den gleichfalls von ihm stammenden *Prospektus* der *Monatsschrift* zeigt vielmehr, wie er laviert, und zwar in zweifacher Hinsicht: erstens zwischen dem Anspruch, die reaktionären preußischen Zustände praktisch radikal verändern zu wollen, und zwischen dem, dennoch im engen Rahmen gegebener politischer Möglichkeiten und Veröffentlichungsmöglichkeiten zu verbleiben, zweitens zwischen dem, theoretisch radikal kritisch zu wirken, und zwischen dem, Kritik dennoch nicht in eine autarke und sich selbst genügende Instanz zu verwandeln. Einerseits hebt er den rein theorieimmanenten Status der Kritik hervor und betont: »Ferne bleibt uns jeder Gedanke einer praktischen Wirksamkeit und einer praktischen Propaganda, ferne die Anmaßung, an den bestehenden Zuständen mit dem Stolze des reformirsüchtigen Besserwissens herumzumeistern«⁹⁷. Andererseits — und darin zeigt sich Buhls Zwitter- und Zwischenstellung im jung- und linkshegelianschen Feld — will er aber auch den Praxisbezug von Theorie zu erkennen geben, der eben nicht darin besteht, dass Theorie ausschließlich und per Automatismus allein als Theorie praxisrelevant wirkt.

Diese Mehrdeutigkeit zeigt sich auch in Buhls Staatskritik (denn um Staatskritik handelt es sich bei ihm um jeden Fall): halb ›praktisch‹ und halb ›theoretisch‹ ausgerichtet, aber auch halb ›theoretisch‹ und halb ›rein-theoretisch‹ im Sinn der »Freien«. Die

95 Vgl. u.a.: Stuke: *Philosophie der Tat*, S. 159ff.; Hans-Martin Saß: Nachwort, in: Bruno Bauer: *Feldzüge der reinen Kritik*, hrsg. v. Hans-Martin Saß, Frankfurt/M. 1968, S. 224-267; Zwi Rosen: Bruno Bauers *Philosophie der Tat*, in: *Philosophie, Literatur und Politik vor den Revolutionen von 1848*, S. 203-213; Massimiliano Tomba: *Krise und Kritik bei Bruno Bauer. Kategorien des Politischen im nachhegelischen Denken*, Frankfurt/M. 2005, S. 74ff. (*Forschungen zum Junghegelianismus*, 11); Hermann-Peter Eberlein: Bruno Bauer. *Vom Marx-Freund zum Antisemiten*, Berlin 2009, S. 126ff.; ders.: *Wahrheit — Literatur — Freiheit. Bruno Bauers Weg von der spekulativen zur historischen und zur reinen Kritik*, in: *Religion — Religionskritik — Religiöse Transformation im Vormärz*, hrsg. v. Olaf Briese/Martin Friedrich, Bielefeld 2015, S. 135-153 (*Jahrbuch Forum Vormärz Forschung*, 20); als zeitgenössische Polemik vgl.: W. Löser: *Die reine Kritik und ihre Bewegung. Zur Charakteristik der von Bruno Bauer und seinen Anhängern in jüngster Zeit eingeschlagenen Richtung*, Leipzig 1845.

96 Eßbach: *Die Junghegelianer*, S. 77.

97 L. Buhl: *Prospektus*, in: *Berliner Monatsschrift*, S. 29-33, hier: S. 31.

anarchistische Tendenz dieser Staatskritik ist auf jeden Fall unübersehbar, und mit Recht hat Nettlau hervorgehoben, dass es sich hier um die »erste deutsche anarchistische Zeitschrift« handelt⁹⁸. Sie galt als »gemeingefährlich«, und es gab staatliche Bestrebungen, das anfängliche Zensurverbot durch kriminalrechtliche Verfolgung zu ergänzen (für beides: siehe Dokumentation, S. 235). Die Kontur dieser Staatskritik wird umso deutlicher, blickt man auf Buhls erstes (anonym) veröffentlichtes Werk aus dem Jahr 1837: *Hegel's Lehre vom Staat*. Hier vertrat er genau jene Hegelsche Sicht der Superiorität des Staats über die sich konkurrenzhaft entzweigende ökonomische Sphäre der »bürgerlichen« Gesellschaft, d.h. die These von »höheren Gesichtspunkten des Staats«⁹⁹, die die jungen und linken Hegelianer und auch Buhl später einer grundlegenden Revision unterziehen sollten. Denn nunmehr galt für sie, der Staat gleiche ökonomische Konflikte — den Konkurrenzkampf Aller gegen Alle — nicht aus, sondern generiere ihn erst bzw. gebe ihm fortwährend den politisch-rechtlichen Rahmen. Der Staat schütze das Erwerbsleben, das Privateigentum, die Entzweigung, die Ausbeutung. Ohne hier tatsächliche und endgültige Prioritäten markieren zu können, scheint es so, dass Ed. Bauer hinsichtlich dieses Übergangs von Staatskritik zu gezielter Staatsablehnung — also dem Weg vom Programm der *Hallischen Jahrbücher* zu dem der Berliner »Freien« — eine Schlüsselrolle zugekommen war.

Von diesen Prioritätsaspekten abgesehen: Kirche, Religion und Staat stehen in der *Berliner Monatsschrift* auf dem Prüfstand, anarchoid bis anarchistisch. Stirner argumentiert in seinen zwei Beiträgen indirekt staatskritisch, nämlich fokussiert auf die Potenzen des Individuums, ebenso Meyen; Ed. Bauer belässt es in seinem Beitrag eher verdeckt bei linkshegelianisch-anarchistischen Codeworten wie »das Zerstören«, »Vernichtung«, »vollständige Aufhebung des Alten«¹⁰⁰. Buhl hingegen, und das steht für eine andere Strategie, geht die Staatsproblematik gezielt an. Er operiert nicht indirekt, er unterläuft die Realität des Staats nicht durch Betonung der Möglichkeiten des Individuums, sondern er attackierte, wie ein Zeitgenosse 1846 bekräftigte, Staatsrealitäten und Staatstheorien offensiv:

Mit den Bauer's ungefähr auf gleicher Linie, obgleich unabhängig von ihnen, steht Ludwig Buhl. Er ist der verkörperte Radikalismus auf dem Gebiete der staatsrechtlichen Verhältnisse und er hat das Verdienst, daß er sich nicht mit einer allgemeinen Dialektik begnügt, sondern daß er seine Studien auf die praktischen, thatsächlichen Verhältnisse richtet.¹⁰¹

Ziel der ursprünglich verbotenen Publikation — so erklärt Buhl im *Offenen Bekenntniß* — sei es gewesen, »die Stützen und beschönigenden Vorwände der Gewalt: Staat, Gesetz, Recht, gesetzliche Ordnung, gesetzlichen Fortschritt, Religion, Nationalität,

98 Nettlau: Der Vorfrühling der Anarchie, S. 177.

99 [Ludwig Buhl:] Hegel's Lehre vom Staat und seine Philosophie der Geschichte in ihren Hauptresultaten, Berlin 1837, S. 22.

100 E. Bauer: Ueber Sentimentalität, in: Berliner Monatsschrift, S. 195-211, hier: S. 205, 208.

101 Friedrich Sass: Berlin in seiner neuesten Zeit und Entwicklung, Leipzig 1846, S. 164.

Patriotismus, und wie die Werke sonst heißen mögen, zu analysiren«¹⁰². Er hebt dabei ein Verfahren hervor, das Zensurrücksichten geschuldet war und das man in bestimmter Hinsicht als empirisch-ausweichend bezeichnen kann. Denn nur *konkrete* Staatsformen und Verfassungen durften analysiert und kritisiert werden, aber nicht Staat an sich (»durften wir auch nicht den Staat als solchen, dem Staat seinem Wesen und Begriffe nach, zu Leibe gehen und ihn als Manifestation der Unfreiheit darstellen«¹⁰³).

Dieses mitunter zurückhaltende und ausweichende Verfahren ließ die Radikalität und »Negativität« erkennen, die andere linkshegelianische Publikationen ebenfalls auszeichneten (auch wenn »Staat« teilweise und zensurgenuehmer durch »Politik« ersetzt wurde): »so können wir doch dieß Verhältniß nur als ein negatives bezeichnen; wir beschäftigen uns mit der Politik, aber nur, um sie aufzulösen, und wir wollen sie auflösen, weil wir sie für unfähig halten, die allgemeine Freiheit zu realisiren«¹⁰⁴. Als erstrebenswerte Alternative galt die Entfaltung von Individualpotenzen jenseits hemmender Institutionen, vor allem jenseits hemmender staatlicher Institutionen: »wir wollten freie, wahre, absolute Selbstbestimmung [...]. Jeder sei Souverain, Jeder sei Staat, Jeder sei sein Gesetz, das ist die absolute Forderung«¹⁰⁵.

Diese Postulate verweisen durchaus auf Einflüsse Stirners. Buhl und Stirner waren schon damals eng befreundet und blieben es lebenslang (der Nachlass Stirners ging 1856 an Buhl). Dessen Einflüsse sind spürbar, aber nur im Sinn eines bestimmten Akzents. Andere wichtige Einflüsse kommen hinzu. So nimmt Buhls Vorwort der von ihm 1844 übersetzten *Geschichte der zehn Jahre 1830–1840* von Louis Blanc Thesen anderer Vertreter aus dem Kreis der »Freien« auf. In Anlehnung vor allem an Ed. Bauer hieß es darin, dass mit den Revolutionen 1789 und 1830 nur ein Herrenwechsel eingetreten sei, von den »Privilegirten der Geburt« zu den »Priviligirten des Vermögens«. Das Volk, insbesondere das inzwischen wachsende Proletariat, hätte dadurch rein gar nichts gewonnen, und Buhl hob verallgemeinernd hervor, »daß alle politischen Revolutionen ihm nichts gefruchtet haben«. Weiter hieß es, kritisch gegen den »Staatsozialisten« Blanc eingewandt, dass dieser noch auf dem »Standpunkte der Politik und Nationalität« stehe und »den Begriff von Freiheit nicht als den Gegensatz zur Autorität und Tradition« aufgefasst habe. Blanc kämpfe, als Sozialist, »für den Despotismus der Staats-Souverainität und der Centralisation«, kämpfe gegen »jede freie Regung der Individualität«¹⁰⁶.

Die nachfolgenden Publikationen Buhls waren weniger stark anarchistisch geprägt. Seine nächste Schrift *Andeutungen über die Noth der arbeitenden Klassen und über die Aufgabe der Vereine zum Wohl derselben* (1845) befragte skeptisch das Ideal, die

102 [Buhl:] Offenes Bekenntniß, S. 5f.

103 Ebd., S. 6.

104 Buhl: Prospektus, S. 31.

105 Buhl: Offenes Bekenntniß, S. 10.

106 L. Buhl: Vorwort, in: Louis Blanc: *Geschichte der zehn Jahre 1830–1840*. Bd. 1, Berlin 1844, S. I-VIII, hier: S. IVff.

kapitalistische Konkurrenz mittels Philanthropie zu lindern. Daran anknüpfend stellte sich seine Abhandlung *Der Erste Vereinigte Landtag, seine Stellung, Thätigkeit und Resultate* (1848) das Ziel, »einen Standpunkt zu finden, der alle Interessen vereinigt« und dadurch solche philanthropischen Eingriffe unnötig macht. Buhl fand diesen Standpunkt der »Solidarität der Interessen«¹⁰⁷ in gerechter und ausgleichender Besteuerung auch der Wohlhabenden, erstrebte nun also einen Klassenausgleich *im* Staat. Im Jahr 1850 schien Buhl noch einmal kurzzeitig an anarchistische Positionen anzuknüpfen, als er sich — siehe unten — dem Kreis um die Berliner *Abend-Post* anschloss. Danach scheint er als Autor das Feld der Politik verlassen und sich ganz der Übersetzung von literarischen Arbeiten, u.a. Casanovas, gewidmet zu haben.

c) *Allgemeine Literatur-Zeitung* und Bruno Bauer

Bruno Bauer war — zeitlich gesehen ebenso *nach* Strauß wie *vor* Feuerbach — eine Großmacht der vormärzlichen Theologie- und Religionskritik, von Vielen angegriffen, von Wenigen gewürdigt oder verteidigt. Er war aber auch der theoretische Mentor der Berliner Junghegelianer, und zwar als Kritiker, der sich immer neue Horizonte erschloss und Kritik energisch vorantrieb: von der Kritik an der Theologie zur Kritik der christlichen Religion, von da aus zu der von Religion an sich, von da aus zu der von Moral an sich, von da aus zu der des Staats an sich. Er habe, so hieß es 1851 in einer Rückschau, den »Standpunkt der absoluten Feindlichkeit [...] gegen alles Positive«¹⁰⁸ vertreten. Das charakterisiert zutreffend seine Position, nämlich die der »Negativität«: sich ablehnend gegen jede Ideologie und gegen jedes Positivideal von zukünftiger Gesellschaft zu stellen.

Wichtig aber: Er kämpfte, zumindest in dieser Zeit, im Grunde nie gegen Bestehendes oder Zukünftiges, sondern stets gegen *Vorstellungen* und *Theorien* von Bestehendem oder Zukünftigem. Diese Position hatte er schon Ende 1842 im Kreis der »Freien« vertreten. Wie durch Ruge aus dieser Zeit brieflich bezeugt ist, verfocht er die »sociale und Staatsauflösung (im Begriff, so daß die Menschheit ohne Staat existirte)«. Denn (und diese Stelle wurde oben schon in kürzerer Form zitiert): »der Staat und die Religion müßten *im Begriff* aufgelös't werden, das Eigenthum und die Familie dazu, was positiv zu machen wäre, wisse man nicht, man wisse nur, daß alles zu negiren sei«¹⁰⁹. Anders als etwa sein Bruder Edgar verblieb Bruno Bauer also fast durchgehend in der Sphäre

107 L. Buhl: *Der Erste Vereinigte Landtag, seine Stellung, Thätigkeit und Resultate*, Halle 1848, S. 183.

108 [Anonym:] *Die deutsche Philosophie seit Hegel's Tode*, in: *Die Gegenwart. Eine encyclopädische Darstellung der neuesten Zeitgeschichte für alle Stände*. Bd. 6, Leipzig 1851, S. 292-340, hier: S. 305.

109 Arnold Ruge an Karl Marx, 4. Dezember 1842, in: *Der Redaktionsbriefwechsel der Hallischen, Deutschen und Deutsch-Französischen Jahrbücher*. Bd. 2, S. 1173; ders. an Moritz Fleischer, 12. Dezember 1842, ebd., S. 1179.

der Theorie, und er konzentrierte sich auf den kritischen Kampf gegen Ideologien und gegen Theorien. Ausgangspunkt dafür war seine frühe Auffassung, dass das Christentum nicht substanzhaft einem Volksgeist entspringe (Strauß), sondern ein Produkt des menschlichen Selbstbewusstseins sei. Dieses Selbstbewusstsein transformierte sich bei Bauer nach und nach, und der Kreis derer, die für wahres Selbstbewusstsein standen, verkleinerte sich immer mehr: Es wurde zum Selbstbewusstsein von Wissenschaftlern, Theoretikern und Philosophen, schließlich zu dem von weitsichtigen und unbestechlichen Kritikern. Und Unbestechlichkeit bedeutete: Der Kritiker bzw. ›die Kritik‹ musste einen gültigen Standpunkt nach dem anderen hinterfragen, eine gesellschaftliche Verbindlichkeit nach der anderen negieren.

Damit vollzog sich im Berliner Kreis wie in einem Brennpunkt, was die deutsche Philosophie vor 1850 insgesamt auszeichnet: eine Kaskade von Überbietungen¹¹⁰: »Die Kritik war ein *Perpetuum mobile*, ihre Jünger überstürzten sich, wie eine wilde Jagd des Geistes«¹¹¹, bzw.: »Die Weltgeschichte, welche man hier machte, bestand darin, daß man Tag für Tag eine neue Persönlichkeit und einen neuen politisch-religiösen Standpunkt für verbraucht, für überwunden erklärte«¹¹². In der Tat: Auch politisch wurde Schritt um Schritt ein Standpunkt nach dem anderen kritisch überwunden: Liberalismus, Sozialismus, Republikanismus, Kommunismus. Das bezog sich, zumindest bei B. Bauer, stets auf jeweilige Vorstellungen und jeweilige Ideen. Insofern war er kein ›eigentlicher‹ Anarchist — nicht einmal ein Negativanarchist (und ein Positivanarchist, der das Gelingen von Anarchie antizipierte, schon gar nicht). Aber er war ein weitsichtiger *Ideenkritiker*, der sich — das Beispiel seines Bruders Edgar zeigt das — zweifellos als anarchistisch anschlussfähig erwies.

Die Forum, auf denen sich Bauers Standpunkt der ›reinen Kritik‹ am Nachhaltigsten verbreitete, war die von ihm redigierte *Allgemeine Literatur-Zeitung* (1843/44). Dieser Standpunkt zeichnete sich durch mehrere Spezifika aus: Erstens war er gegen vorgeblich substanzhafte Vorstellungen, Theorien und Ideologien gerichtet (deren Träger die jeweilige philisterhafte oder reaktionäre ›Masse‹ war); zweitens hatte er negativ-zurückweisend gegen Theorien, Ideologien und ihre positiven Gehalte aufzutreten und nie selbst zu positiven Aussagen zu gelangen; drittens wandte er sich nur gegen Theorien und Ideologien und nicht gegen ›Wirklichkeit‹ selbst. Dieser rein theorieimmanente Stand-

110 Vgl.: Olaf Briese: *Konkurrenzen. Zur philosophischen Kultur in Deutschland 1830–1850*, Würzburg 1998; ders.: *Akademikerschwemme. Junghegelianismus als Jugendbewegung*, in: *Umstürzende Gedanken — Radikale Theorie im Umfeld der 48er Revolution*, S. 123–141, hier: S. 131f., 136f.

111 [Anonym:] *Die deutsche Philosophie seit Hegel's Tode*, S. 304.

112 [Walter Rogge:] *Oeffentliche Charaktere. III. Bruno Bauer. Die souveräne Kritik*, in: *Die Grenzboten. Zeitschrift für Politik und Literatur*, 8 (1849). I. Semester. II. Band, S. 309–332, hier: S. 323 (Nettlau zufolge war der Autor dieses Texts, der die »Freien« äußerst kritisch verortete, Walter Rogge; vgl. Fußnote 333).

punkt von Kritik wurde Mitte der vierziger Jahre von Bauer zugespitzt, mit Akzentänderungen aber in den nächsten Jahren beibehalten, bis schließlich Realverhältnisse (und nicht nur Theorien über diese) wieder stärker bei ihm in den Blick rückten.

Dieses Vorgehen, so scheint es vordergründig, zielte auf eine Statusaufwertung von wahrhaften Intellektuellen, die jeder Ideologie, jeder Verdinglichung, jeder Entfremdung, kurzum: *jeder* unumgänglichen sozialen und kulturellen Praxis immer schon kritisch voraus waren. Oberflächlich betrachtet, erweist sich eine solche Kritik also als Überlegenheits- und Hoheitsgeste. Dennoch erschöpfte sich ihr Anliegen darin keinesfalls. Vielmehr diente sie — und das war ihr eigentliches Fundament — der strategischen Aufrechterhaltung und Verteidigung eines konsequent aufklärerisch-geschichtlichen Programms. Sie markiert eine Scheidung der Aufklärungsprogrammatik des 18. Jahrhunderts, in der eine Elite von Intellektuellen standesbewusst der Kultur als solcher die Richtung vorgab, und einer des 19. Jahrhunderts, in der ebenfalls eine Intellektuellenelite vorgab, nunmehr, einem selbstgewählten Auftrag folgend, für das ›Volk‹, für die ›Nation‹ oder für das ›Proletariat‹ zu sprechen. Angesichts dieser liberalen, sozialistischen oder kommunistischen Versuche, den geschichtlichen Prozess ideologisch zu instrumentalisieren, steht das Bauersche Programm von ›Kritik‹, so ein Forschungsurteil, kritisch für eine grundsätzliche Aufklärungsforderung: für eine »Rettung des geschichtlichen Anspruches der Vernunft aus der politischen Krisis der Gegenwart« sowie für die »Hoffnung, philosophische Theorie als reine Theorie zu konservieren, um sie über die für die Idee noch nicht reife geschichtliche Gegenwart hinwegzuretten«, steht, so ein weiteres Urteil, für den »lange[n] Marsch der Aufklärung«¹¹³. Man hat es also mit einer Frühform ›Kritischer Theorie‹ zu tun. Einerseits distanziert sie sich von ideologischen Massenbewegungen, andererseits von deren intellektuellen Vorsprechern. Sie verweigert sich geschichtlichen Illusionen und besteht strikt auf ›Negativität‹. Skizzenhaft findet sich dieses Anliegen der *Allgemeinen Literatur-Zeitung* (und zum Teil auch der *Norddeutschen Blätter*) bereits in einem — bislang nicht veröffentlichten — Brief Bauers an Ruge vom 18. Oktober 1843 umrissen. Darin macht er die Mehrdeutigkeit von ›reiner‹ Kritik unmissverständlich deutlich: erstens im Sinn von rücksichtsloser und absoluter Kritik der defizitären Gegenwart, zweitens auch von einer gängige Ideologien zurückweisenden Kritik, drittens von Kritik, die sich als wirkliche und wahre Essenz von Geschichte begreift. Liberal-demokratische Blätter wie die *Rheinische Zeitung* oder *Königsberger Zeitung* hätten gezeigt,

113 Edda Magdanz: Zur Untersuchung politikgeschichtlicher Schiften Bruno Bauers unter dem Aspekt seines Übergangs auf die Positionen der *reinen Kritik*, in: Philosophie, Literatur und Politik vor den Revolutionen von 1848, S. 321-337, hier: S. 329; Hans-Martin Sass: Bruno Bauer oder die Selbstermächtigung des Revolutionärs, in: Bruno Bauer (1809-1882). Ein »Partisan des Weltgeistes«?, hrsg. v. Klaus-M. Kodalle/Tilman Reitz, Würzburg 2010, S. 385-399, hier: S. 399.

wie weit die Menschheit zurück ist, welche Aufgabe die Kritik — als Kritik gegen die Masse, die Bourgeoisie, den klugen Biedermann — nicht geleistet hat und die Kritik wird jetzt erst universell werden, was sie in der Anlage bei den ersten Kritikern bis jetzt schon war — — die gute Sache, die unausgeführt war, weil sie der Masse schmeckte, die allerdings durch die Theilnahme einer egoistischen Masse bis jetzt noch befleckt war, wird jetzt rein für sich dastehen [...].¹¹⁴

Dieses Programm von Kritik sollten die zwei oben erwähnten Journale verwirklichen (das erste wurde von Bruno Bauer herausgegeben, die personale Herausgeberschaft des zweiten ist ungeklärt). Sie wurden von einem Kreis von Autoren getragen, in dem wichtige der Berliner »Freien« fehlen — Buhl, Meyen, Stirner —, zu dem aber andere hinzutreten¹¹⁵. Die Zeitschriften weisen Gemeinsamkeiten, aber auch deutliche Unterschiede auf. Wirkt die ab Dezember 1843 erscheinende *Allgemeine Literatur-Zeitung* — abgesehen von Fauchers empirisch gehaltenen ökonomischen Beiträgen — weitgehend wie ein Privatprojekt, in dem Bauer das Programm der »reinen Kritik« ausführlich entwickelt und einige unbekannte Autoren es repetieren, weisen die *Norddeutschen Blätter* über diesen engen Horizont hinaus, und sie kommen in politischer (B. Bauer) und ökonomischer Hinsicht (Köppen) zu beachtlichen Ergebnissen. Es scheint, als hatte die »reine Kritik« den Zenit ihrer Zuspitzungen überschritten; sie begab sich mangels weiterer zu überwindender Positionen — jeder Sieg ein Pyrrhussieg, durch den sie sich selbst überflüssig machte — wieder gezielter in die Gefilde von Realien hinein. Das geschah allerdings keineswegs im Sinn eines scharfen Bruchs. Einerseits nämlich weisen Bauers Beiträge zur *Allgemeinen Literatur-Zeitung* trotz ihrer teilweise elitären Attitüde ein beachtliches Format und Geschichtsbezüge auf, insbesondere hinsichtlich seiner Analyse der Französischen Revolution und der Vorstellungen zur Lösung der »sozialen Frage«. Andererseits tragen Bauers Beiträge für die *Norddeutschen Blätter* durchaus auch verabsolutierende »kritische« Spuren.

Damit verbunden waren scharfe Polemiken gegen zahme Liberale, aber auch gegen angebliche Demokraten. In der *Allgemeinen Literatur-Zeitung* — um vorerst dieses Journal zu analysieren — richtete sich das ausdrücklich auch gegen die *Deutschen Jahrbücher* unter der Redaktion Ruges sowie gegen die *Rheinische Zeitung* unter der

114 Bruno Bauer an Arnold Ruge, 18. Oktober 1843 (unveröffentlicht), in: »Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii« (RGASPI), Moskau, hier zitiert nach der verfilmten Kopie, in: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Sig.: 1/BBAA (Nr. 40).

115 Zum Mitarbeiterkreis der *Allgemeinen Literatur-Zeitung* vgl.: Auguste Cornu: Karl Marx und Friedrich Engels. Leben und Werk. Zweiter Band. 1844–1845, Berlin 1962, S. 24ff.; Barzen: Die »Heilige Familie« in Charlottenburg, S. 139ff.; zu dem der *Norddeutschen Blätter*: Cornu: Karl Marx und Friedrich Engels, S. 30f.; [Anonym:] Das Glaubensbekenntniß der »Norddeutschen Blätter«, in: Die Epigonen, 1 (1846), S. 303–311; speziell zu Köppens Beiträgen: Pepperle: Einleitung (vgl. Fußnote 12), S. 69ff.

Redaktion von Marx. Das bezog sich auf ihre nach wie vor unkritische Stellung gegenüber dem Bestehenden. Nämlich: »Recht, Gesetz, Bestehendes, Sittlichkeit, Vernunft, Wahrheit«¹¹⁶ würden gar nicht erst auf den Prüfstand gelangen, sondern als Dogmen unhinterfragt anerkannt. Diese Vorwürfe wurden zugespitzt:

Der »freie Staat« war die Offenbarung des Radicalismus, das höchste Wesen [...], und indem er den Gehorsam gegen das Gesetz als nothwendig hinstellte, fügte er nur die Bedingung hinzu, daß dies Gesetz das »vernünftige«, das dem Menschen passende sein solle [...]. So hat der Radicale seine Religion des Staates, die er Theorie nennt, seine Dogmen, die er Gedanken nennt [...]¹¹⁷.

Selbst andere, den »Freien« zugehörige Junghegelianer werden von den Verdikten dieser unnachgiebigen Kritik nicht ausgenommen: nämlich jene Vertreter einer »Couleur« und »von den beiden Bauers [zu] unterscheiden«, die sich zwar »einer Hegelsphilosophischen Ausbildung zu rühmen haben«, aber nicht bis zum »zerstörenden Werke«, nicht zum »Abreißen« gelangt seien¹¹⁸. Auch die anarchistisch-mutualistische Position Proudhons steht unter dem Verdikt dogmatischer Voraussetzungen (Kultus der Gerechtigkeit). Proudhon — so Ed. Bauer in seinem Beitrag — vertrete die Sache der Proletarier und deshalb einen nur einseitigen gesellschaftlichen Standpunkt¹¹⁹.

Die zweifellos bedeutendsten beiden Beiträge der Zeitschrift stammen von B. Bauer, und zwar *Was ist jetzt der Gegenstand der Kritik?* und *Die Gattung und die Masse*. Zwei Argumentationsstränge werden in ihnen entwickelt. Sie überlagern sich, stehen aber auch teilweise nebeneinander (und das macht es schwer, ein einheitliches Konzept Bauers herauszupräparieren). Der eine ist ein theoretisch-ideologischer. Intellektuelle und Philosophen hätten sich auf ein neues Feld geworfen, um ihre Relevanz unter Beweis zu stellen: auf das der »sozialen Frage«. Dabei würden ihre Hegemonieträume nunmehr in neuem Gewand aufscheinen. Die einen erstrebten einen Staatssozialismus etwa à la Louis Blanc, mit leitenden Institutionen durchsetzt (aus heutiger Sicht: »sozialdemokratisches« Modell). Die anderen hingegen träumen von umfassendem Gemeinschaftseigentum, etwa à la Étienne Cabet, verbunden mit der grundlegenden Reglementierung aller Sphären von Gesellschaft: »Die Einheit der Gesellschaft wird nicht mehr gestört, weil es nur Ein Dogma in ihr geben wird und dieses Dogma als Ausdruck der ganzen Wahrheit alle Brüder in gleicher Weise beherrscht«¹²⁰ (aus heutiger Sicht: kommunistisch-diktatorisches Modell). Bauer agiert hier nicht nur als Skeptiker, sondern, wie bereits erwähnt, als erster Vertreter einer »Kritischen Theorie«; beiden Modellen attestiert er eine sich auf »Massen« berufende Ideologielastigkeit. Es handele sich, um Bauers Gedan-

116 [Anonym:] Die deutschen Jahrbücher und Dr. Ruges Beschwerde, in: Allgemeine Literatur-Zeitung. H. 2, S. 26-30, hier: S. 29.

117 [Edgar Bauer:] 1842, in: ebd., H. 8, S. 1-8, hier: S. 1ff.

118 [Bruno Bauer:] Correspondenz aus der Provinz, in: ebd., H. 6, S. 20-38, hier: S. 26.

119 Vgl.: [Edgar Bauer:] Proudhon, in: ebd., H. 5, S. 37-52, hier: S. 40ff.

120 [Bruno Bauer:] Die Gattung und die Masse, in: ebd., H. 10, S. 42-48, hier: S. 48.

kengang hier pointiert zusammen zu fassen, um sich selbst erfüllende Prophetien von Intellektuellen. Sie berufen sich auf Massen, instrumentalisieren und doktrinieren diese aber unter dem Versprechen von besserem Wissen und Weitsichtigkeit.

Der andere Argumentationsstrang Bauers ist ein soziologischer, und er bezieht sich auf historische Entwicklungen im Anschluss an die Französische Revolution. Sie habe die Gleichheit Aller geschaffen, die Gleichheit Aller im Kampf gegeneinander — die egoistische, atomisierte Masse, gebändigt nur durch die anonyme Institution bzw. Maschinerie des Staats¹²¹. Hier wird Bauer zum weitsichtigen Kritiker der Moderne, zum Kritiker der modernen Entfremdung, und diesen Ansatz sollte er in den Jahren nach 1850 in verschiedenen Anläufen ausbauen. Einerseits warnte er in seinem Spätwerk vor dieser atomisierenden Entfremdung und den damit zwingend einhergehenden politisch-diktatorischen Tendenzen. Andererseits schien er diese Tendenzen für unvermeidlich zu halten, sie deshalb mitunter sogar als unhintergebar zu akzeptieren, und diese Ambivalenz machte ihn später anziehend für Theoretiker und Ideologen aus ganz unterschiedlichen Richtungen.

Zur Zeit des Erscheinens der Zeitschrift gewannen die Positionen Bauers allerdings keine große öffentliche Resonanz. Denn in diesem Blatt mischten sich seine innovativen Ansätze mit seinen zuspitzenden Verabsolutierungen betreffs Kritik. Vor allem aber war es damals üblich, mit bestimmten Ideologien gegen jeweils andere Ideologien zu kämpfen. Genau dieses Verfahren hinterfragte Bauer. Auch deshalb stieß das Journal, wenn es denn überhaupt zur Kenntnis genommen wurde, in den politisierten Diskursen der Zeit bei allen Fraktionen auf Unverständnis. Immerhin löste die Kritik an tatsächlicher bzw. vermeintlicher kommunistischer Staatsverkultung eine demonstrative Reaktion aus: die 1845 erschienene *Die heilige Familie, oder Kritik der kritischen Kritik. Gegen Bruno Bauer & Consorten* von Marx (und Engels). Diese Schmähschrift des einstigen Freundes ist heute bekannter als die eigentliche Zeitschriftenvorlage, auf die sie sich bezog — ein weitschweifiges, barockisierend-absurdes Pasquill, abgesehen von wenigen Passagen inhaltsleer, aber voll von gezielt persönlich gehaltenen Attacken.

d) Norddeutsche Blätter und Karl Friedrich Köppen

Die *Allgemeine Literatur-Zeitung*, die sich bis auf die zwei erwähnten wegweisenden Aufsätze Bauers und vielleicht noch Fauchers Beiträgen letztlich als relativ belanglos erwies, fand einen Nachfolger, der viel substanzreicher auftrat. Ab Juli 1844 erschienen die *Norddeutschen Blätter*, und verlegerisch sind sie als ein Schelmenstreich der »Freien« anzusehen. Der Verleger Adolph Rieß hatte nämlich zeitgleich die Herausgabe von vier Monatsschriften angekündigt: *Norddeutsche Blätter*, *Norddeutsche Literaturzeitung*, *Norddeutsche belletristische Zeitung*, *Norddeutsche literarische Mittheilungen*.

121 Vgl.: [Bauer Bauer:] Was ist jetzt der Gegenstand der Kritik?, in: ebd., H. 8, S. 18-26, hier: S. 23ff.

Sie sollten nacheinander im Wochenrhythmus erscheinen. Die Behörden erkannten schnell, dass hier die jeweils verschiedenen Zensoren bei ihrer ›Nachzensur‹ genarrt und gegeneinander ausgespielt werden sollten, weil die Inhalte sich deutlich überschneiden hätten. Ihm wurde vorgeworfen, unerlaubterweise *Wochenschriften* zu veröffentlichen, und es konnte nur das erste genannte Blatt erscheinen (siehe Dokumentation, S. 311). Die tatsächlich inhaltlich leitende Herausgeberschaft ist nicht zu ermitteln und muss im Kreis der ›Freien‹ zu verorten sein; nominell fungierte als Herausgeber der Verleger¹²².

Die Hefte waren formal ähnlich wie die *Allgemeine Literatur-Zeitung* angelegt: elf Hefte, in der Regel bestehend aus Hauptartikeln, Rezensionen zu philosophischer, politischer und schöner Literatur sowie Korrespondentenberichten von auswärts. Besprechungen zu Belletristik nehmen nun aber einen weitaus größeren Raum ein, ebenso finden sich Gedichte (von Clemens Brentano, Szeliga, Theodor Opitz; schon in der *Allgemeinen Literatur-Zeitung* wurden vereinzelt Gedichte abgedruckt), literarische Skizzen (Albert Fränkel) und sogar ein langatmiges Lustspiel (Szeliga). Und bemerkenswert: Auch ein namhafter Autor von ›Stand‹ liefert Beiträge zum Blatt, der preußische Hofrat, Historiker und Mitarbeiter an den Königlichen Museen Friedrich Förster. Er — einst auch mit wenigen Beiträgen in Ruges und Echtermeyers *Hallischen Jahrbüchern* vertreten — galt als Althegeleaner, nahm sich aber, da er nicht einem verengenden Universitätsmilieu verpflichtet war, sondern sich auch als Schriftsteller verstand, gelegentlich Freiheiten heraus. Für das Journal trug er hauptsächlich aus seinem Spezialgebiet bei — bildende Kunst und Kunstkritik. Die Kontakte der Junghegelianer zu ihm hatten sich wahrscheinlich in der Berliner Literatenszene oder im Salon Bettina v. Arnims ergeben. Diese war sogar mit Auszügen aus *Dies Buch gehört dem König* (1843) in der ersten Nummer des Blatts vertreten. Das Verbot dieser ersten Nummer wurde u.a. mit zensurwidrigen Auszügen aus ihrer Schrift begründet (siehe Dokumentation, S. 311); spätere Auflagen dieses Hefts erschienen dann ohne ihren Text.

122 Nominell fungierte als Herausgeber der Verleger Adolph Rieß, wie eine Zusammenfassung der ersten sechs Einzelhefte zu einem Druckkonvolut angibt: »Norddeutsche Blätter. Eine Monatsschrift für Kritik, Literatur und Unterhaltung. Herausgegeben unter Verantwortlichkeit des Verlegers. Erster Band. Verlag von Adolph Rieß, Berlin 1844« (Exemplar: IISG Amsterdam). Die wirkliche inhaltliche Herausgeberschaft bleibt offen; fest steht hingegen, dass man es also mit drei Auflagen der »Norddeutschen Blätter« zu tun hat: erstens den der Nachzensur unterliegenden Originalheften der Jahre 1844/45 (die, wie Heft I, ggf. nachträglich konfisziert wurden, ob sie in veränderter Form nochmals erschienen, ist nicht zu ermitteln), zweitens den zu zwei Jahrgangskonvoluten am jeweiligen Jahresende zusammengefassten zensurkonformen Heften (1844 und 1845, siehe oben) und drittens mit einer synthetisierten zensurkonformen Gesamtausgabe, die 1846 unter verändertem Titel erschien: »Beiträge zum Feldzuge der Kritik. Norddeutsche Blätter für 1844 und 1845. Mit Beiträgen von Bruno und Edgar Bauer, A. Fränkel, L. Köppen, Szeliga u. A. 2 Bde. Berlin 1846«. Zitiert wird im Folgenden aus der 1846 erschienenen Ausgabe.

Um auf die Struktur des Journals zurückzukommen: Vom Satzumfang her ergibt sich durch einen Verzicht auf den Spaltendruck eine Erweiterung um teilweise fast das Doppelte, der Textumfang war dennoch quantitativ ähnlich dem der *Allgemeinen Literatur-Zeitung*. Die Veränderung des Satzes ergab sich wahrscheinlich durch den neuen Verlag. Auch der Autorenkreis überschneidet sich teilweise: B. und Ed. Bauer, Szeliga, Faucher sowie weitere damals unbekannte Beiträger: Hinzugekommen waren aber Autoren mit gewissem Ansehen wie Friedrich Förster und Karl Friedrich Köppen. Insbesondere die zwölf bzw. dreizehn Beiträge Köppens trugen dazu bei, dass das Niveau der Hefte sich über das der *Allgemeinen Literatur-Zeitung* deutlich erhob.

Und tatsächlich sollte man weniger von einem Nachfolgeorgan als von einem Parallelorgan mit erweitertem Personenkreis und mit korrektiven Zügen sprechen. Denn einerseits lief Bauers *Allgemeine Literatur-Zeitung* auch nach Juli 1844 noch einige Monate weiter. Andererseits hat man es mit einem Blatt mit ganz anderem theoretischen Format zu tun. Das hat vor allem mit veränderten Personalkonstellationen zu tun. Als federführend — mit den meisten und substanzhaltigsten Beiträgen — erwies sich Köppen, der bei diesem Gruppenprojekt möglicherweise stillschweigend auch als leitender Organisator wirkte. Vom Gesamtkurs her knüpften die *Norddeutschen Blätter* jedoch — mit bezeichnenden Akzentveränderungen — an das ›Vorgänger‹-Organ an. Wieder wandte man sich gegen scheinbar radikale Zeitgenossen, die das Wesen der wahren Kritik noch nicht verstanden hätten und insofern als Philister anzusehen wären (»Die Kritik aber soll eben nicht Sache einer Partei sein und hatte auch in demselben Augenblick aufgehört, es zu sein, als sie damit anfang, die allgemeinen Stichworte und Phrasen aufzulösen, die von jeher die bequemen Verbindungsmittel der Parteien waren«¹²³). Diese Auslassungen scheinen sich wiederum auch auf Angehörige der »Freien« zu beziehen und sich gegen sie zu richten, u.a. wohl auch gegen Stirner. Dessen inzwischen erschienenem Werk *Der Einzige und sein Eigenthum*, das auch die Ambitionen der ›reinen Kritik‹ als nach wie vor ›dogmatisch‹ abgewiesen hatte, wurde eine ausführliche Besprechung gewidmet. Darin hielt der Rezensent Szeliga fest, dass man es mit einem beachtlichen Werk zu tun habe, weil es ›die Kritik‹ zu weiterer Fortentwicklung herausfordere. Dennoch wären Beschränktheiten Stirners zu monieren: »Die Kritik, welche [...] sich dahin entwickelt, das *Aufgeben* des Privilegiums, des gewalthätigen Rechts, das Aufgeben der Macht, ein Vorrecht zu behaupten und durchzusetzen, kurz das Aufgeben des Egoismus fordert, diese fortschreitende Reinheit der Kritik ist der Einzige nicht im Stande zu begreifen«¹²⁴. Man habe immerhin anzuerkennen, dass der Einzige Stirners mit der Vernichtung aller bisherigen Vorurteile bereits bis in den Vorhof der Kritik vorgedrungen sei. Nun müsse

123 [Albert Fränkel:] Briefe aus Berlin. I., in: Beiträge zum Feldzuge der Kritik. Norddeutsche Blätter, H. II, S. 20-27, hier: S. 25.

124 Szeliga: Der Einzige und sein Eigenthum. Von Max Stirner, in: ebd., H. IX, S. 1-34, hier: S. 22.

sich nur noch der Einzige aufheben, das nämlich wäre das vollständigste Dementi der Welt: »Und die Kritik kann Abschied von ihr, dieser alten, zertrümmerten, zersetzten, verwesenden Welt nehmen«¹²⁵.

Aber nicht mehr die radikalen Demokraten oder Republikaner und auch nicht die »Freien« waren der Hauptgegenstand der Kritik in den *Norddeutschen Blättern* (wie noch in der *Allgemeinen Literatur-Zeitung*). Nunmehr hießen ihre neuen Hauptgegner »Sozialismus« und »Kommunismus«. »Staatsnah« oder gar »staatsverklütelnd«: so lauteten die Verdikte. In dieser Hinsicht erwies sich Köppen als tragende Säule der Zeitschrift (»der Vertreter des Staates oder Nicht-Staates in der Kritik«¹²⁶, wie von einem Rezensenten angemerkt wurde). Köppen, der in der Forschung inzwischen ausführlich Aufmerksamkeit gefunden hat¹²⁷, war um 1840, wie viele andere Junghegelianer auch, entschiedener Etablierter gewesen. Der starke aufgeklärte Staat galt ihm als Garant für die Abwehr christlich-religiöser Einflussansprüche. Von dieser staatsverklärenden Prämisse in der Nachfolge Hegels hatte er sich inzwischen längst verabschiedet, und auch den sozialistischen Modellen, denen er sich prüfend zuwandte, attestierte er Staat- oder Herrschaftsverklütelung. Einerseits richtete er sich kritisch gegen den »Staatssozialismus« Louis Blancs: »Durch den Gedanken an eine Organisation der Arbeit zerstören die Ordner der Masse den letzten Rest der persönlichen Freiheit und Selbständigkeit vollends«; man müsse hingegen »das Feuer der persönlichen Interessen« und das der »Concurrenz« auch bei den Arbeitern entfachen¹²⁸. Andererseits wandte er sich gegen die neo-baubeufistisch geprägten kommunistischen Ambitionen Richard Lahautières. Gütergemeinschaft bedeute nichts anderes, als: »die Einzelnen sind verpflichtet, der Gesamtheit zu gehorchen«¹²⁹. Darüber hinaus polemisierte er gegen die staatlichen Regulierungsversuche der »sozialen Frage« durch die »Preußische Seehandlung«, denn Köppen sah betreffende Lösungen weder in Staatsmonopolen und staatlichen Interventionen noch in bürgerlich-kapitalistischer Konkurrenz¹³⁰. Sein Ziel war eine Verallgemeinerung von Eigentum, also Eigentum für Jeden, aber ohne das Assoziationskonzept, das sich bei-

125 Ebd., S. 34. Weitaus stärker wird Stirners Entwurf befürwortet in der Broschüre: Szeliga: Die Universalreform und der Egoismus. Eine Uebersicht über den Gang der Entwicklung der neuesten Philosophie, Charlottenburg 1846 (»der Brüderlichkeit muß der Egoismus vorgehen«; Egoismus als »nothwendiger Vorläufer« der »Universalreform«, S. 23, 27).

126 [Anonym:] Das Glaubensbekenntniß der »Norddeutschen Blätter«, S. 307.

127 Vgl.: Pepperle: Einleitung (vgl. Fußnote 12).

128 [Friedrich] K[öppen:] Die Organisation der Arbeit, in: Beiträge zum Feldzuge der Kritik. Norddeutsche Blätter, H. V, S. 76-87, hier: S. 80, 86.

129 H. L. Köppen: *De la loi sociale* par Richard Lahautière, in: ebd., H. VI, S. 53-61, hier: S. 54 (Köppen zeichnete seine Beiträge für das Organ teilweise nur mit Nachnamenskürzel, teilweise mit verändertem Vornamenskürzel).

130 Vgl.: H. L. Köppen: Die Königlich Preußische Seehandlung, ihre Gegner und Vertheidiger, in: ebd., H. X, S. 38-51.

spielsweise bei Proudhon an diese Eigentumsverallgemeinerung anschloss: »wir stehn uns erst gut, wenn wir selbst für uns sorgen. [...] Selber ist der Mann«¹³¹.

Dieser auf universelle Konkurrenz gestellte Individualismus Köppens, der möglicherweise auch von Stirner geprägt war, konnte in Proudhons Assoziations-Modell und dessen Wunsch, Regierungen mögen es begünstigen (diesen Wunsch unterstellt Köppen polemisch in seinem Aufsatz) ebenfalls nur das Moment von Unfreiheit entdecken. Proudhon, so hieß es, strebe ebenfalls nach einer neuen Staatsregierung, einer Synthese von Monarchie und Demokratie, die den proletarischen Assoziationsinteressen am besten entgegenkommen würde, er stelle sich unter den »Schirm einer bestehenden Macht«¹³². Alle diese sozialen Experimente — so lässt sich Köppens Argumentation zusammenfassen — seien letztlich indirekt oder direkt sozialistische und hätten Unfreiheit zur Folge. Köppen war, ebenso wie Faucher, stark von Freihandelsideen geprägt. Freier Handel ohne staatliche Eingriffe komme Allen zugute, vor allem auch den Arbeitenden. Soziale Regulation oder gar Sozialismus hingegen würden das Ende von Konkurrenz bedeuten, wo doch anzunehmen sei, dass »die Concurrnz [...] das rechte organisirende Element wäre«¹³³.

Untermauert wurden diese Polemiken durch den anonym veröffentlichten zweiteiligen Beitrag *Die Menschenrechte 1793* in Heft VII und X. Hier ging es nicht um aktuelle Gegner, sondern um eine geschichtsphilosophische bzw. soziologische Untersuchung. Die bisher einzige ausführliche Analyse der *Norddeutschen Blätter* hat ihn umstandslos und ohne nähere Begründung B. Bauer zugeschrieben¹³⁴. Dagegen sprechen aber stilistische Merkmale des Beitrags, und es fehlen Eigenheiten, die Bauers Argumentation üblicherweise kennzeichnen: vergröbernde Zuspitzungen, eine mitunter eigenwillige Metaphorik und direkte Polemiken gegen Zeitgenossen. Insofern ist dem präziseren Forschungsurteil zuzustimmen, dass sich für die anonymen Beiträge des Blatts Autoren meist nicht endgültig ausweisen lassen, aber Ed. und B. Bauers mit ihren Überlegungen leitend gewirkt haben¹³⁵. Auch der genannte Beitrag baute, ohne dass ihre Namen fallen, auf ihre Vorlagen auf. Er zog ein ernüchterndes Fazit der Entwicklungen seit der Französischen Revolution 1789. Die politische Freiheit — die nunmehrige Gleichheit vor dem Gesetz — hätte lediglich der Freisetzung von Eigentum gedient, sei dazu da, es zu schützen. Sie habe radikale ökonomische Ungleichheit erzeugt bzw. würde diese zumindest sanktionieren: »Kurz, die Freiheit und Gleichheit der Einzelnen musste aufhören, sobald die Concurrnz alle Elemente in Bewegung setzte«¹³⁶. Und offenbar nicht

131 Ebd., S. 50.

132 H. L. Köppen: P. J. Proudhon, der radicale Socialist. (Fortsetzung.), in: ebd., H. V, S. 1-24, hier: S. 5.

133 K[öppen:] Die Organisation der Arbeit, S. 86.

134 Vgl.: Pepperle: Einleitung (vgl. Fußnote 12), S. 72f.

135 Vgl.: Tomba: Krise und Kritik, S. 177.

136 [Anonym:] Die Menschenrechte 1793, in: Beiträge zum Feldzuge der Kritik. Norddeutsche

gänzlich in Unkenntnis der Ansicht von Thomas Hobbes, dass der Kampf Aller gegen Alle nur durch einen starken Staat bezähmt werden könne, zog der Autor das bittere Fazit, dass eine solche fatale Entwicklung mit der Französischen Revolution tatsächlich eingetreten sei. Der Staat sei die Institution, die

das Gerichts- und Polizeiwesen organisirt, Gefängnisse und Zuchthäuser baut, jeden Angriff auf die Tugend, Sittlichkeit, Religiosität der Bürger streng ahndet und die letzte Consequenz der Menschenrechte zieht, indem er zur größern Sicherheit des Bürgers, zum größern Ruhm des Menschen die Guillotine in Bewegung setzt.¹³⁷

Damit wird die Aporie des modernen Staats herausgestellt, auf der einen Ebene Gleichheit zu versprechen und sogar zu erzeugen, auf einer anderen Ebene aber Gleichheit permanent zu untergraben. Freilich blieb es beim Aufweis dieses Widerspruchs. Auch dieser Autor verweigerte sich Alternativen oder Utopien, verblieb auf dem Standpunkt der desillusionierten ›Kritik‹ und bezog insofern — was immerhin denkbar gewesen wäre — keine programmatisch-anarchistischen Positionen. Das Herangehen blieb ›kritisch‹, blieb ›negativ‹. Mit Blick darauf hob Friedrich Saß, der einige Zeit selbst den »Freien« assoziiert gewesen war, 1846 hervor, dass einige der Berliner Junghegelianer nicht bloß »gegen diese oder jene Form des Staates, sondern gegen das ganze Wesen des Staates« ihre »Negation« gerichtet hätten und B. Bauer »für diese Auffassung der Politik große Anregung gegeben« habe¹³⁸. Wenn man Anarchismus als eine Doppelhelix begreift, nämlich (und in diesem Sinn ›negativ‹) *gegen* etwas zu sein und darüber hinaus aber auch (und in diesem Sinn ›positiv‹) *für* etwas zu sein, hat man es bei diesem Konzept im Umfeld B. Bauers eben *nicht* mit einer solchen Doppelstrategie zu tun, sondern mit einem kupierten, einem beschnittenen Anarchismus: einem negativ-ablehnenden, aber keinem positiv-entwerfenden. Positiventwürfe stehen unter dem Verdikt der Anpassung und ideologischer Verblendung.

e) Max Stirner

War Stirner ein Anarchist? War sein Hauptwerk *Der Einzige und sein Eigenthum* anarchistisch? Bernd A. Laska weist das zurück, Stirner sei Stirner, wollte für keinen ›Ismus‹ stehen und stehe für keinen ›Ismus‹¹³⁹. Dieser Einwand ist stimmig, aber ebenso stimmt, dass dieses Werk fundamentale anarchistische Züge aufweist und Stirner sich darin selbst zu Anarchie bekannte, wenn er, zumindest indirekt, für »die Anarchie, die Gesetz-

Blätter, H. VII, S. 1-19, hier: S. 4. Die rhetorische Koppelung von »Elemente« und »Concurrenz« zeigte sich bereits in einem Beitrag Köppens in Heft V (vgl. Fußnote 128, S. 86). Insofern kann auch er der Autor dieses Beitrags gewesen sein, aber möglich ist auch, dass ein anderer Autor sich lediglich darauf stützte.

137 [Anonym:] Die Menschenrechte 1793. Zweiter Artikel, in: ebd., H. X, S. 1-10, hier: S. 10.

138 Sass: Berlin in seiner neuesten Zeit und Entwicklung, S. 163f.

139 Vgl.: Bernd A. Laska: Die Individualanarchisten und Stirner (1998), in: <http://www.lsr-projekt.de/msinda.html> (Zugriff 20.11.2017).

losigkeit, die Eigenheit« plädierte und die Bestrebungen präferierte, die »herrenlos, anarchisch« machen¹⁴⁰. Folgerichtig wurde Stirner auch anarchistisch rezipiert, und zwar hauptsächlich individualanarchistisch. Diesbezüglich sind dann wiederum zwei Hauptrichtungen zu unterscheiden: Benjamin Tuckers und John Henry Mackays aus liberalen Traditionen stammender Individualismus und ein eher gemeinschaftsorientierter, kommunitaristischer und sozialistischer Individualismus, wie er beispielsweise von Gustav Landauer vertreten wurde¹⁴¹.

Aber bereits in der Zeit der Veröffentlichung von Stirners Hauptwerk gab es diese divergierenden individualanarchistischen und sozialistisch-kommunistischen Rezeptionsversuche, und zwar ebenfalls von Sozialisten mit anarchoiden Affinitäten. So hob Wilhelm Marr, ein in der Schweiz lebender, junghegelianisch geprägter Handwerkeragitator, vornehmlich Stirners Kritik am damaligen »Gegenwarts«-Kommunismus hervor (wobei nicht gänzlich erkennbar war, ob Marr zu der Zeit noch einen alternativen, anarchischen Kommunismus verfocht oder ob er sich bereits von solchen Idealen abgewandt hatte): »Sein Buch ist ein treffliches Fegefeuer des heutigen Communismus, der Trotz der *freien* Persönlichkeit gegen den Despotismus der *unfreien* Gemeinschaft. Es ist dies der Gipfel der Theorie«. Direkt sozialistisch-kommunistisch orientiert, würdigte hingegen Engels am 19. November 1844 Marx gegenüber ausführlich Stirners *Der Einzige und sein Eigentum*, freilich unter der Prämisse, dass der von Stirner proklamierte Egoismus »gleich in Communismus umschlagen muß«, und er erhob Stirners »Verstandesegoismus«, ergänzt aber grundsätzlich um den »*Egoismus des Herzens*«, zur Basis kommunistischer Theorie¹⁴².

Das waren erste Reaktionen aus der Formierungsphase kommunistischen Denkens in Deutschland. Nach der Revolution, 1853, brachte Eduard Wiß, einer der einstigen Berliner »Freien«, der nunmehr vorübergehend kommunistische Positionen bezog und

140 Max Stirner: *Der Einzige und sein Eigentum*. Ausführlich kommentierte Studienausgabe. 3. erg. Aufl., hrsg. v. Bernd Kast, Freiburg, München 2016, S. 115, 151. Zum Thema Stirner/Anarchismus vgl.: Jean-Christophe Angaut: *Stirner et l'anarchie*, in: Max Stirner: *L'unique et sa propriété*. *Lectures critiques*, hrsg. v. Olivier Agard/Françoise Lartillot, Paris 2017, S. 205-223.

141 Vgl.: Bernd A. Laska: *Ein dauerhafter Dissident*. 150 Jahre Stirners »Einziger«. Eine kurze Wirkungsgeschichte, Nürnberg 1996, S. 55ff., 62ff.; Wolfgang Eßbach: *Eine herrenlose Sprache*. Max Stirners Einfluß auf B. Traven, in: *Neue »BT-Mitteilungen«*. Studien zu B. Traven, hrsg. v. Mathias Brandstädter/Matthias Schönberg, Berlin 2009, S. 145-169, hier: S. 155ff.

142 Wilhelm Marr: *Das junge Deutschland in der Schweiz*. Ein Beitrag zur Geschichte der geheimen Verbindungen unserer Tage, Leipzig 1846, S. 113; Friedrich Engels an Karl Marx, 19. November 1844, in: *MEGA*². Bd. III.1, S. 252, 255; zu Engels vgl.: Olaf Briese: *Marxismus auf eigene Faust? Friedrich Engels zwischen anarchistischen Affinitäten und Vassallentreue*, in: *Berliner Debatte Initial*. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs, 29 (2018), H. 2, S. 54-63.

in dem Zusammenhang als deutlicher Marx-Kritiker hervortrat, in der von Weitling herausgegebenen *Republik der Arbeiter* Stirner gänzlich in eine kommunistische Deutung:

Das klare und doch wenig verstandene Buch *Stirners* ist eine streng wissenschaftliche chemische Analyse der bürgerlichen Gesellschaft, welche mit erschütternder Ironie als das einzige Lebensprinzip dieses Gesellschaftssystems den räuberischen Egoismus des »Einzigens«, des Einzelnen mit seinem geraubten und raubendem Eigenthum zeichnet und brandmarkt. Die positive Forderung dieses Buches, die aber in demselben nicht ausgesprochen ist, ergibt sich logisch nur als die des vollen Communismus in allen seinen Konsequenzen, als eines Naturgesetzes der menschlichen Gesellschaft.¹⁴³

Ein Jahr später, im Präludium seiner umfangreichen Aufsatzserie *Die elementaren Richtungen der Zeit*, erhob Wiß, ebenfalls in *Die Republik der Arbeiter*, Stirner zum wichtigsten Theoretiker moderner Menschwerdung in der Einheit von Geist und Körper sowie der Einheit von Individuum und Gattung:

Der »Einzige« *Stirners* und der Mensch der heutigen Physiologie ist im Wesen derselbe, das *Gattungswesen*, das sich zunächst als *Individuum*, als »einziges« erfaßte, das als solches die ganze Gattung in sich trägt. Aber der Einzige unter den Andern, der Mensch unter Menschen, *der Mensch der Gesellschaft* war lange schon das Ziel der Sozialisten und Communisten.¹⁴⁴

Wie angemessen diese verschiedenen Rezeptionszugänge waren, kann hier nicht näher beurteilt werden. Nach wie vor ist davon auszugehen, dass zwischen der Rezeption eines Werks und seinem Gehalt klar zu unterscheiden ist. Zumindest zeigen die angeführten Zeugnisse aber an, dass Stirner keinesfalls vorschnell in eine vulgärindividualistische und vulgäregoistische Lesart gebracht werden kann. Eine genauere Lektüre seiner in sich widersprüchlichen Hauptschrift — sein vorausgehendes ›Frühwerk‹ hat jüngst eine gründliche Interpretation erfahren¹⁴⁵ — zeigt hingegen: Er verfocht überhaupt keine Theorie, kein System, sondern eine Methode. Diese Methode zielte auf eine permanente Bewegungsdynamik, die der »Einziges« und »Eigner«, d.h. das von Stirner postulierte »Ich«, durchlaufen muss. Es geht um permanente Selbstentwürfe und permanente Selbstaufhebung, so dass es am Ende heißt, man müsse auch das »Ich« als Wort

143 Bundeskorrespondenzen. E. Wiß an W. Weitling, Baltimore, 29. Dezember 1852, in: *Die Republik der Arbeiter*. Centralblatt der Propaganda für die Verbrüderung der Arbeiter, 4 (1853), Nr. 3, 15. Januar 1853, S. 4f., hier: S. 5.

144 E. Wiß: *Die elementaren Richtungen der Zeit*, ebd., 5 (1854), Nr. 12, 18. März 1854, S. 90–92, hier: S. 90. Eduard Wiß (1822–1887) bezog nacheinander verschiedene Positionen, wobei eine noch ausstehende Spezialanalyse möglicherweise auch bestimmte Kontinuitäten aufzeigen könnte: Anhänger der »Freien« und Stirners; in der Revolution 1848 Herausgeber des *Demokraten*; 1850 Mitarbeiter der anarchistischen *Abend-Post*; Anhänger Kinkels; kommunistischer Marx-Kritiker; wirtschaftsliberaler Freihandelsvertreter, vgl.: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 14060 [Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin, betreffend den Dr. med. George Eduard Wiss].

145 Vgl.: Pagel: *Der Einzige und die Deutsche Ideologie*, S. 198ff.

verabschieden (aber auch, dass Worte in menschlicher Kommunikation letztlich nicht verabschiedet werden *können*). Dieses »Ich« hat keine irgendwie gearteten Substanzqualitäten. Im Gegenteil: Stirner wendet sich gegen jegliche theoretische und praktische Verdinglichung. Auch in der inter-individuellen Interaktion von Menschen, den stets funktional bleibenden »Vereinen« (in denen die einzelnen Individuen kooperieren), dürfe es keine Verstetigung, keine Verdinglichung geben. Drei Punkte wären an seinem strikt funktionalen Konzept besonders hervorzuheben: Individualismus, Egoismus, Utilitarismus.

— **Individualismus.** Im Gegensatz zu vormärzlichen Theorien, dass jeder Einzelmensch einem übergeordneten moralischen oder politischen Ganzen oder sogar dem Wohl der ganzen menschlichen Gattung zu dienen habe, hebt Stirner hervor, »dass nicht der Mensch das Maß von allem, sondern dass Ich dieses Maß sei«¹⁴⁶ (wobei er ein Diktum des antiken Philosophen Protagoras radikal umkehrt). Und Stirner stellt sich damit nicht nur gegen *philosophische* Systeme, sondern auch gegen die neuen Sinnsysteme von Ideologien: Nationalismus, Liberalismus, Demokratie, Sozialismus/Kommunismus. Deshalb steht im Zentrum seiner Theorie das »Ich«. Insofern geht es Stirner um absolute Freiheit von allen Zwängen, aber nicht nur um Freiheit »von etwas«, sondern Freiheit »für etwas«. Denn Freiheit ist keine außerhalb der Akteure liegende Instanz, sondern ein reiner Möglichkeitsraum. Bisherige Freiheitsdenker (ob nun politische Liberale, Demokraten oder auch andere Junghegelianer) hätten noch metaphysischen Entitäten angehangen. All diese wären hinfällig. Übrig bleibt ein permanent in Bewegung seiendes »Ich«.

Diese Ansicht richtet sich, wie erwähnt, gegen alle Verdinglichungen in Politik, Religion, Ideologie und Theorie, insbesondere auch gegen die Institution Staat: »Staat! Staat! so lautete der allgemeine Ruf, und fortan suchte man die »rechte Staatsverfassung«, die beste Konstitution, also den Staat in seiner besten Fassung«. Damit wäre aber nicht — so die Illusion aller Freiheitsschwärmer — Freiheit gewonnen, sondern das Gegenteil: »Der Staat hat immer nur den Zweck, den Einzelnen zu beschränken, zu bändigen, zu subordinieren, ihm irgendeinem *Allgemeinen* untertan zu machen«. Das bezieht sich ausdrücklich auch auf Demokratien und Republiken: »Jeder Staat ist eine *Despotie*, sei nun *einer* oder *viele* der Despot, oder seien, wie man sich's wohl von einer Republik vorstellt, alle die Herren«¹⁴⁷. Gegen diesen Zustand helfen nicht einmal Revolutionen, denn sie würden lediglich eine Staatsform durch die nächste ersetzen. Vielmehr müsse man sich, so Stirner, permanent empören. Ziel sei nicht der Umsturz des Bestehenden, sondern — und hier sieht man den ideellen Akzent, nämlich die Utopie, dass Veränderungen sich zuvörderst und hauptsächlich in den Köpfen vollziehen — mittels »Empörung« oder der »Erhebung« darüber.

146 Stirner: Der Einzige und sein Eigentum, S. 356.

147 Ebd., S. 109, 231f., 201.

— **Egoismus.** Stark vereinfacht gesagt, haben in der europäischen Theorie und Praxis bis zur Aufklärung zwei verschiedene Subjektkonzeptionen einander gegenüber gestanden: einerseits das antike der Selbstliebe, andererseits das der christlichen Selbstverleugnung. In letzterem gilt die Aufopferung für imaginäre Instanzen ausdrücklich als Tugend (und Selbstliebe oder Egoismus folgerichtig als prekär oder ›sündhaft‹). In dieses Tugend-Ideologem schlug erstmals die Aufklärung provokative Breschen, und insbesondere französische Aufklärungstheoretiker waren für Stirner bedeutsam, u.a. Helvetius und Holbach¹⁴⁸.

Anknüpfend an diese Traditionslinie trieb Stirner bisherige Egoismuskonzeptionen radikal auf die Spitze, sprach sogar bejahend von einem Kampf Aller gegen Alle. Er verfocht einen normativen, strikt auf Eigennutz zielenden Egoismus, der keinem anderen Ich schadet, sondern umgekehrt dem jeweiligen Ich nutzt. Und weil jedes Ich so vorgehen könne (und letztlich müsse), werde allen Ichs genützt. Es entstehe kein Nutzen für das Allgemeinwohl, weil es in Stirners Sicht ein solches metaphysisches Gespenst gar nicht gibt, sondern im Gegensatz dazu Nutzen für *Jeden*, nämlich für jedes Ich. Insofern verortet sich Stirners Egoismus politisch, und zwar im Kontext aufklärerischen Vertragsdenkens. Er knüpft nicht nur an Aufklärungsvorlagen an, sondern kritisiert sie ebenso. Denn aus diesem Kampf Aller gegen Alle hatten Hobbes und Andere die Notwendigkeit eines absoluten Souveräns gefolgert. Liberale aufklärerische Vertragstheoretiker wie Spinoza, Locke und Rousseau hatten hingegen die Notwendigkeit von gegenseitigen vertraglichen ›demokratischen‹ Bindungen unter Gleichberechtigten herausgestellt, die diesen Kampf einhegen würden.

Stirner, mit seinem höchst dynamischen Menschenbild, bejaht diesen Kampf Aller gegen Alle jedoch. Insofern befürwortet er auch keinen Hegemon, keine hegemoniale Einhegung von Konkurrenz auf allen Gebieten, sondern sieht einen Wettstreit ohne Schattenseiten, in dem es nur Gewinner geben kann. Er zielt nicht auf ein monarchistisches Herrschaftsrecht, nicht auf ein liberales oder demokratisches Vertragsrecht, er unterstellt kein solidarisches Naturrecht. Vielmehr unterstellt er das Naturrecht des moralisch-intellektuell Stärkeren (wobei Stärke eben keine biologische, sondern eine moralische Qualität ist). Und ›stark‹ können alle Subjekte sein, unabhängig von Herkunft, Stand und Bildung, und sie können sich aneinander ›steigern‹: »Greife zu und nimm, was Du brauchst! Damit ist der Krieg aller gegen alle erklärt. *Ich* allein bestimme darüber, was *Ich* haben will«, oder: »die Eigentumsfrage lässt sich nicht so gütlich lösen, als die Sozialisten, ja selbst Kommunisten träumen. Sie wird nur gelöst durch den Krieg aller gegen alle. Die Armen werden nur frei und Eigentümer, wenn sie sich — empören, emporbringen, erheben«¹⁴⁹.

148 Vgl.: Olaf Briese: Nominalismus, Egoismus, Utilitarismus. Max Stirners verdeckte Aufklärungsbezüge, in: Aufklärung und Vormärz — Kontinuität und Brüche, hrsg. v. Norbert Waszek u.a. (Erscheinen in Vorbereitung).

149 Stirner: Der Einzige und sein Eigentum, S. 262, 264.

Diese Radikalität hat nicht zuletzt auch mit einer spezifischen polemischen Situation zu tun. Kürzlich ist hervorgehoben worden, wie stark Stirners Thesen sich gegen die eines anderen Vertreters der »Freien« richteten: gegen die B. Bauers. In dessen Buch *Die Judenfrage* (1843) — über dessen Grad von Antijudaismus bzw. Antisemitismus in der Forschung nach wie vor gestritten wird — finden sich kritische, auf das Judentum gemünzte Attribute wie »Egoismus«, »Atomismus«, »Einzig«, »Vereinzelt«. Stirner polemisiert in einem längeren Exkurs in seinem Buch erstens gegen Bauers vermeintliche oder tatsächliche retrograde Apotheose des sog. Menschlichen, zweitens wendet er Bauers Abweisung des Egoismus positiv. Er macht aus einer Diskriminierung eine konstruktive Selbstzuschreibung, *bekannt* sich zum Egoismus¹⁵⁰. Stirners Denkeinsatz, so lässt sich die Konstellation zusammenfassen, ist also auch aus innertheoretischen Auseinandersetzungen innerhalb der »Freien« erklärbar. Er wendet sich gegen Bauers Verdikte wider den Egoismus und überhaupt gegen den Anspruch der »reinen Kritik«, nur negativ und verneinend sein zu wollen. Er setzt dem Programm Bauers etwas Positives, etwas Zukunftsträchtiges entgegen: das fungible »Ich«, das sich in fortwährenden Selbstübersteigerungen ebenso permanent verwirklicht wie verflüchtigt.

— **Utilitarismus.** Mit dem Zug zum individuellen Egoismus möchte Stirner auch die sog. soziale Frage lösen. Auch er bezieht sich auf hungernde Handwerker und Proletarier. Das führt bei ihm sogar zum Aufruf zur sozialen Revolte betreffs Eigentum: »Gelingen die Menschen dahin, dass sie den Respekt vor dem Eigentum verlieren, so wird jeder Eigentum haben, wie alle Sklaven freie Menschen werden, sobald sie den Herrn als Herrn nicht mehr achten. [...] Es kommt daher eben nur darauf an, dass der respektvolle »Pöbel« endlich lerne, sich zu holen, was er braucht«¹⁵¹. Denn auch Proletarier seien noch viel zu respektvoll, sie seien nicht konsequent genug, nicht egoistisch genug, nicht auf sich bedacht, würden sich einschläfern lassen. Auch hier wird deutlich, dass Stirner keinen Egoismus im umgangssprachlichen Sinn vertritt. Zu Recht hat Gerhard Senft in seinen Aufsätzen zu Stirners ökonomischen Auffassungen dargelegt: »Er sieht das Privateigentum als unhaltbar an«, bzw.: »Das Eigentum, wie es die bürgerlichen Liberalen verstehen, sagt Stirner, verdiene die Angriffe der Kommunisten«¹⁵², und ebenfalls zu Recht attestierte Jean-Claude Wolf dem Hauptwerk Stirners einen »Egoismus von unten«¹⁵³.

150 Vgl.: Jean-Claude Wolf: Stirner zitiert Bauer, in: Bruno Bauer (1809–1882). Ein »Partisan des Weltgeistes«?, S. 211–227, hier: S. 213.

151 Stirner: *Der Einzige und sein Eigentum*, S. 263f.

152 Gerhard Senft: Max Stirner und die Kritik der politischen Ökonomie, in: *Der Einzige. Jahrbuch der Max Stirner Gesellschaft*, 2 (2009), S. 191–204, hier: S. 196; ders.: *Ökonomie ohne Herrschaft. Wirtschaftskritische Ansätze bei Max Stirner*, in: *Ich hab' Mein Sach' auf Nichts gestellt. Texte zur Aktualität von Max Stirner*, hrsg. v. Jochen Knoblauch/Peter Peterson, Berlin 1996, S. 86–95, hier: S. 91.

153 Jean-Claude Wolf: *Egoismus von unten gegen Bevormundung von oben. Max Stirner neu gelesen*. 2. erw. Aufl. Leipzig 2008 (Stirneriana, 30)

Dieser nochmalige Blick auf Rezeptionszugänge zeigt, wie sehr der widersprüchliche Charakter von *Der Einzige und sein Eigentum* ganz differierenden Interpretationen Vorschub leistet. Folgt man aber dem Aufbau des Werks, seinem gestuften Vorgehen, erkennt man: Es verflucht keinen ›Ismus‹, sondern die permanente Selbstaufhebung des ›Ichs‹. Diese führt die vielen egoistischen ›Ichs‹ — so ein nächster Schritt der methodisch gestaffelt vorgehenden Argumentation des Buchs — utilitaristisch zusammen in ›Vereinen‹. Denn, so ließe sich diese Position pointiert zusammenfassen: Der wahre Egoist kooperiert. Stirner plädiert für einen Kooperationsegoismus im Rahmen von Vereinen. Diese ›Vereine‹ sind grundsätzlich flexibel und situationsbezogen angelegt. Keineswegs sind es sich verstetigende ›Assoziationen‹, und darin liegt ihre libertäre Qualität: »Der Unterschied ist aber der, dass dann wirklich der Einzelne mit den Einzelnen *vereinigt*, indes er früher durch ein Band mit ihnen *verbunden* war«¹⁵⁴.

Insgesamt belässt es Stirner bei wenigen konkreten Bestimmungen, und nur mittels Kontrastverfahren verdeutlicht er, was der von ihm angezielte ›Verein‹ ist: »der Verein ist nur dein Werkzeug oder das Schwert, wodurch Du deine natürliche Kraft verschärfst und vergrößerst; der Verein ist für Dich und durch Dich da, die Gesellschaft nimmt umgekehrt Dich für sich in Anspruch und ist auch ohne Dich; kurz die Gesellschaft ist *heilig*, der Verein dein *eigen*: die Gesellschaft verbraucht *Dich*, den Verein verbrauchst *Du*«¹⁵⁵. Man hat es also mit situativen Arrangements der Interaktion zu tun, mit temporären Kooperationsgemeinschaften ohne Vereinbarung, die sich auf momentane Interessengleichheit oder Interessenüberschneidung gründen und sofort danach wieder hinfällig werden. Man könnte von beständig fluktuierenden Interaktionsnetzwerken zu Zwecken gegenseitigen Nutzens sprechen. Lautete, etwa bei den ›wahren Sozialisten‹, in Kontrast zu ›Staat‹ die anarchoid-anarchistische Zentralkategorie ›Gesellschaft‹, verflucht Stirner ein anderes Ideal. Denn auch ›Gesellschaft‹ gebe den Individuen keinen Raum. Nur der ›Verein‹ ermögliche das.

Und, auch das ist hervorzuheben: Stirner zufolge sind *allen* Akteuren diese Schritte möglich: nämlich sich zu empören, zum Eigner zu werden, zum Einzigen zu werden, und zwar unabhängig von Stand und Bildung. Es bedarf nur genügend moralisch-persönlicher Energie. Er vertrat damit — neben der Polemik gegen B. Bauers ›Allgemeinmenschliches‹ und gegen dessen Abweisung des ›Egoismus‹ sowie generell mit seinem positiven Zukunftsbild — auch hier eine Position, die denen Bauers direkt entgegengesetzt war. Bauer und sein Kreis waren zu dieser Zeit bestrebt, der ›Masse‹ (auch Intellektuelle gehörten dazu) ihre Beschränktheit und Unfähigkeit zu Bildung und ›Kritik‹ vorzuhalten. Gerade das stieß in Stirners Buch mehrfach auf ausdrücklichen Widerspruch. In dieser Hinsicht zeigte Stirner sich — »Egoismus von unten« (Wolf) — als gezielt antiaristokratisch, als Plebejer. Auch damalige Zeitgenossen, die ihre Kritik

154 Stirner: *Der Einzige und sein Eigentum*, S. 144.

155 Ebd., S. 317.

an seiner Schrift keinesfalls verhehlten, hoben hervor, dass sie »gerade umgekehrt die ›Masse‹ [...] vertheidigt«; sie »macht das ›Recht‹ der von der ›Kritik‹ ›rechtlos‹ gehaltenen ›Masse‹ gegen den von der ›Kritik‹ geheiligten ›Geist‹ geltend«¹⁵⁶.

Das waren nicht nur minimal abweichende Positionen im Rahmen der »Freien«, sondern es handelt sich um einen tatsächlichen konzeptionellen Dissens. Es kam zu unübersehbaren Konflikten zwischen Stirner und Bauer. Ein Konfidentenbericht überlieferte im August 1843, dass es zur »Uneinigkeit« zwischen beiden gekommen sei, »was der Veröffentlichung einer von ihnen bearbeiteten Schrift noch hinderlich war« (siehe Dokumentation, S. 275). Das bezog sich wahrscheinlich auf die ab Dezember desselben Jahres erscheinende *Allgemeine Literatur-Zeitung*. Stirner wirkte an dieser bekanntlich nicht mit. Es scheint, dass seine Mitarbeit, gar Mitherausgeberschaft geplant war. Es muss aber zu deutlichen inhaltlichen Differenzen gekommen sein (auch Mackay weist, ohne diesen Bericht gekannt haben zu können, in gleicher Wortwahl auf eine im Jahr 1843 entstandene »Uneinigkeit« hin¹⁵⁷). Nach Erscheinen von *Der Einzige und sein Eigenthum*, worin auch B. Bauer als Vertreter eines überlebten Standpunkts kritisiert worden war, wurde ihm das von jenem, einem Zeitzeugen zufolge, »übel vermerkt«¹⁵⁸. Und ein weiterer Zeitgenosse berichtete 1846: »Bruno Bauer, meint Stirner, vermöge den Ärger über sein Werk nicht zu verbeissen, und sein früher inniges Verhältniss mit ihm scheine seiner Auflösung entgegen zu gehen«¹⁵⁹.

Nach allem, was bisher bekannt ist, waren diese Differenzen, vor allem was Stirners Positivalternative zum Konzept der ›reinen Kritik‹ betrifft, aber nicht so unüberbrückbar, dass der gemeinsame Gruppenbezug und die persönlichen Kontakte dadurch dauerhaft litten. Aus welchen Gründen auch immer — Respekt, Wertschätzung und persönliche Verbundenheit blieben erhalten. Mag es Mitte der vierziger Jahre zwischenzeitlich Belastungsphasen gegeben haben: Bis zu Stirners Tod 1856 bestand eine enge persönliche Verbundenheit zwischen beiden, und Bauer bat den Maler Ludwig Pietsch um ein Totenbildnis Stirners für sich¹⁶⁰.

156 Moses Heß: Die letzten Philosophen [1845], in: ders.: Philosophische und sozialistische Schriften 1837–1850. Eine Auswahl, hrsg. v. Wolfgang Mönke. 2. erw. Aufl. Berlin 1980, S. 381–393, hier: S. 384; [Karl Schmidt:] Das Verstandesthum und das Individuum, Leipzig 1846, S. 225.

157 Mackay: Max Stirner, S. 130.

158 Hermann Raster an John Henry Mackay, 15. Juli 1889 [Zeitzeuge], in: Sammlung Mackay, Film 1. Bd. 8, S. 130–134, hier: S. 131.

159 Alexander Kapp an seine Eltern, 8. November 1846 (Abschrift), in: Sammlung Mackay, Film 1. Bd. 8, S. 99–104, hier: S. 98.

160 Vgl.: Ludwig Pietsch: Wie ich Schriftsteller geworden bin. Der wunderliche Roman meines Lebens, hrsg. v. Peter Goldammer, Berlin 2000, S. 185 [EA 1893/94].

f) Friedrich Engels

Schon als Jugendlicher war Engels geradezu ein Rebell. Er kämpfte gegen ein pietistisch-bigottes Elternhaus und dagegen, dass er als Statthalter die familiäre Firma übernehmen sollte. Schriftsteller wollte er werden; schon als Schüler hatte er eine recht umfangreiche Seeräubergeschichte verfasst¹⁶¹. Das Bemerkenswerte: Die *Piraten* waren die Helden, waren Freibeuter, waren griechische Freiheitskämpfer gegen das versklavende türkische Joch. Das war sein Selbstbild: Rebell gegen die knechtenden Familienbände. Schon in seiner Geburtsstadt Wuppertal wurde er Mitglied eines literarischen Kreises junger Leute, und als er nach Bremen geschickt wurde, um noch besser in die Praktiken des Handelsgeschäfts eingeweiht zu werden, nutzte er die Atmosphäre der weltoffenen Stadt zu ganz anderen Zwecken. Er verstand sich als Schriftsteller, als glühender »Jungdeutscher«¹⁶². Während dieser Bremer Zeit plante er auch eine Übersetzung von Shelleys Gedichten und Poemen, eines Autors mit bekanntlich literarisch-anarchistischen Tendenzen¹⁶³.

Als Engels 1841/42 seinen Wehrdienst in Berlin leistete, verkehrte er bei den Berliner »Freien« (»Ich kannte Stirner gut, wir waren Dutzbrüder«¹⁶⁴). Gemeinsam mit Ed. Bauer (»waren wir in den Jahren 1841–42 in Berlin die Unzertrennlichen«¹⁶⁵) verfasste er 1842 eine Spottschrift die eine unbekümmerte anarchische Lebenshaltung bezeugte. *Die frech bedräute, jedoch wunderbar befreite Bibel. Oder: Der Triumph des Glaubens*¹⁶⁶ war eine Travestie, die, gekleidet in ein christliches Heldengedicht, den Kampf

161 Vgl.: Friedrich Engels: Eine Seeräubergeschichte [1837], in: MEGA². Bd. I.3, S. 7-20.

162 Vgl.: Manfred Kliem: Die Graeber-Briefe von Friedrich Engels im Lichte neuer Quellen. (Eine Studie zur Biographie des jungen Engels, zur Genesis des »poetischen Kränzchens« und zur Geschichte des ersten Engelsschen Freundeskreises zwischen 1835 und 1841/42). Phil. Diss. 2 Bde., Berlin 1983; Michael Knieriem: »Wir wollen dem Wupperthale einen Namen machen...«. Eine Dokumentation zur Entstehungsgeschichte des Elberfelder Literaturkränzchens 1838–1844, Wuppertal 1994; Johann-Günther König: Friedrich Engels. Die Bremer Jahre 1838–1841, Bremen 2008; Tristram Hunt: Friedrich Engels. Der Mann, der den Marxismus erfand, Berlin 2012, S. 37ff.

163 Vgl.: Friedrich Engels an Wilhelm Graeber und Levin Schücking vom 30. Juli 1839, 18. Juni und 2. Juli 1840, in: MEGA², Bd. III.1, S. 155, 183f., 185f. Zu Shelley: Raimund Schäffner: Anarchismus und Literatur in England. Von der Französischen Revolution bis zum Ersten Weltkrieg, Heidelberg 1997, S. 100ff.

164 Friedrich Engels an Max Hildebrandt, 22. Oktober 1889, in: MEGA², Bd. III.30, S. 30; in diesem Brief weist Engels auch auf den heterogenen Gruppenzusammenhang hin (»es waren eigentlich mehrere Gruppen, die je nach Zeit & Gelegenheit zusammen & durcheinander kamen«, ebd.) und er nennt ca. 20 Akteure namentlich.

165 Edgar Bauer an Bodo v. Hodenberg, 21. November 1879, zit. nach: Gamby: Edgar Bauer. Junghegelianer, Publizist und Polizeigent, S. 18.

166 Vgl.: [Edgar Bauer/Friedrich Engels:] Die frech bedräute, jedoch wunderbar befreite Bibel. Oder: Der Triumph des Glaubens. [...] Christliches Heldengedicht in vier Gesängen [1842],

der Mächte der Reaktion gegen die jungen Rebellen schilderte und unter anderem B. und Ed. Bauer, Köppen, Stirner, Buhl, Meyen, Rutenberg und Oswald (also Engels selbst) aufs Kampffeld schickte. Und sie lanciert mehr oder weniger deutlich anarchistische Inhalte. So tritt Stirner als derjenige auf, der den anderen »Freien« vorhält, »ingelebt noch in die Sklaverei« zu sein und der fordert: »Weg Satzung, weg Gesetz!«¹⁶⁷. Eine der Kneipenzusammenkünfte dieser »Freien« ist durch eine Karikatur höchstwahrscheinlich aus Engels' Hand verewigt worden (der allerdings bei der konkret von ihm festgehaltenen Szene gar nicht zugegen war): umgefallene Stühle und Weinflaschen, Ed. Bauer, der mit der Faust auf den Tisch schlägt, Stirner ungerührt rauchend, Meyen einfältig blickend, Buhl erschreckt zurückweichend, B. Bauer, der mit beiden Fäusten auf Ruge losgeht¹⁶⁸. Das war eine Denk- und Lebenshaltung, wie sie dem jungen Engels behagte: bohemienhaft und anarchistisch. Und deshalb verlief die erste persönliche Begegnung von Engels und Marx Ende des Jahrs 1842 äußerst kühl und blieb ohne Folgen. Er galt als Vertreter der Berliner »Freien«, als Sympathisant linkshegelianischer Anarchisten.

Auch als Engels — durch seine unmittelbaren Erfahrungen während seines Eng-landaufenthalts und durch die Lektüre britischer sozialistischer Schriftsteller — spätestens seit Ende 1842 eigenständige frühsozialistische Positionen bezog, waren diese anarchoid-anarchistisch geprägt. Im Jahr 1843 vereinte ein Beitrag Engels' für *The New Moral World* (ein Hauptorgan der englischen »Owenites«) beides, nämlich die aus der linkshegelianischen Richtung der Brüder Bauer stammende anarchistische Kritik der Französischen Revolution und das Bekenntnis zum Assoziationskommunismus der Owen-Anhänger. In seinem Artikel *Progress of Social Reform On the Continent* bekräftigte Engels in diesem Blatt:

Die französische Revolution war der Ursprung der Demokratie in Europa. Demokratie ist — und so schätze ich alle Regierungsformen ein — ein Widerspruch in sich, eine Unwahrheit, im Grunde nichts als Heuchelei (Theologie, wie wir Deutschen es nennen). Politische Freiheit ist Scheinfreiheit, die schlimmste Art von Sklaverei, der Schein der Freiheit und deshalb die schlimmste Knechtschaft. Ebenso verhält es sich mit der politischen Gleichheit, deshalb muß die Demokratie so gut wie jede andere Regierungsform schließlich in Scherben gehen: Heuchelei kann keinen Bestand haben, der in ihr verborgene Widerspruch muß zutage treten;

in: MEGA². Bd. I.3, S. 387-422; vgl. dazu: Auguste Cornu: Karl Marx und Friedrich Engels. Leben und Werk. Erster Band. 1818–1844, Berlin 1954, S. 299ff.; Kliem: Der junge Engels und die Berliner Universität 1837 bis 1842, S. 64f.

167 [Bauer/Engels:] Die frech bedräute, jedoch wunderbar befreite Bibel. Oder: Der Triumph des Glaubens, S. 411.

168 Die Karikatur u.a. in: Eßbach: Die Junghegelianer, S. 23. Zu dieser Karikatur (die Engels nachträglich Ende 1842 und nach brieflichen Informationen anfertigte): Rolf Engert: Das Bildnis Max Stirners. Das Bild der Freien, Dresden 1921 [=Neue Beiträge zur Stirnerforschung. (...) Zweites und drittes Heft; als Reprint 1996]; zur Bohemekultur vgl. u.a.: Hellman: Die Freien; Eßbach: Die Junghegelianer; Schulte-Holtey: Die Freien; Briese: Akademikerschwemme.

entweder richtige Sklaverei, das heißt unverhüllter Despotismus, oder echte Freiheit und echte Gleichheit, das heißt Kommunismus.

Dieser Kommunismus, das hebt Engels in diesem Beitrag hervor, kann nicht derjenige französischer Färbung sein, der auf politischen Umsturz und auf diktatorische Elemente der neuen Gesellschaft setzt (und noch dazu sich in Fragen der Religionskritik indifferent zeigt). Insofern ruft er den englischen Assoziationsverfechtern zu, ihre Überlegenheit gegenüber den französischen Kommunisten unter Beweis zu stellen:

Zeigt ihnen vielmehr, daß eure Kommunen die Menschheit nicht einem »eisernen Despotismus« unterstellen werden [...]. Zeigt ihnen, daß wirkliche Freiheit und wirkliche Gleichheit nur unter den Bedingungen der Kommune möglich sind, zeigt ihnen, daß die *Gerechtigkeit* solche Bedingungen erfordert, dann werdet ihr sie alle auf eurer Seite haben.

Die scheinbare Kluft zwischen englischem und französischem Kommunismus sei übrigens, wie Engels zum Abschluss seines Beitrags verdeutlicht, auch deshalb überbrückbar, weil es auch in Frankreich Vordenker gibt, die, gerade als Kommunisten, mit jeder politischen Macht brechen möchten. Sein französisches Idol ist Proudhon, und zwar ausdrücklich Proudhon als Anarchist und Verfechter von Anarchie:

Der bedeutendste Schriftsteller auf diesem Gebiet ist jedoch Proudhon, ein junger Mann, der vor zwei oder drei Jahren sein Werk veröffentlichte: Was ist Eigentum? («Qu'est ce que la propriété?»); seine Antwort, die er darauf gab, lautet: »La propriété c'est le vol«, Eigentum ist Diebstahl. Das ist auf seiten der Kommunisten das philosophischste Werk in französischer Zunge, und wenn ich irgendein französisches Buch ins Englische übersetzt sehen möchte, so ist es dieses. Das Recht des Privateigentums, die Folgen dieser Institution, Konkurrenz, Unmoral und Elend, werden hier mit einer Kraft des Verstandes und in wirklich wissenschaftlicher Forschung entwickelt, wie ich sie seither nie wieder in einem Bande vereint gefunden habe. Daneben macht er sehr wichtige Bemerkungen über die Regierungsformen, und nachdem er bewiesen hat, daß jede Regierungsform gleichermaßen anfechtbar ist, ob es sich nun um die Demokratie, die Aristokratie oder die Monarchie handelt, daß alle mit Gewalt regieren, und daß selbst im besten aller möglichen Fälle die Stärke der Mehrheit die Schwäche der Minderheit unterdrückt, kommt er schließlich zu dem Resultat: »Nous voulons l'anarchie!« Was wir brauchen, ist Anarchie, Niemandsherrschaft, die Verantwortung jedes einzelnen vor niemandem als sich selbst.¹⁶⁹

Bei Engels zeigt sich Ende 1843 ein anarchistisch-kommunistisches Selbstverständnis, das sich aus mehreren Strömen speist: aus der junghegelianischen Kritik von Republikanismus im Kontext der »Freien«, aus der anarchistisch-kommunistischen Programmatik, die Moses Heß 1843 in mehreren Aufsätzen vertrat (Engels hatte Heß vor seiner

169 Friedrich Engels: Fortschritte der Sozialreform auf dem Kontinent [1843, 1. Teil], in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1956ff. Bd. 1, S. 480-488, hier: S. 481, 487, 488. Zum Komplex früher Engels und Proudhon vgl. u.a.: Gustav Mayer: Friedrich Engels. Eine Biographie. Erster Band: Friedrich Engels in seiner Frühzeit 1820 bis 1851, Berlin 1920, S. 150f.

Abreise nach England bereits persönlich kennen gelernt), aus Owenitischen Assoziationsvorstellungen und Proudhons Handwerkeranarchismus. Hinzu kam bei Engels zu dieser Zeit die Lektüre William Godwins. Durch die Arbeiten des britischen Historikers Peter Marshall ist bekannt, wie sehr »Owenites« wie William Thompson und Thomas Hodgskin den anarchistischen Ideen Godwins in den Journalen dieser sozialistischen Strömung Raum gaben und in diesem Zusammenhang im Jahr 1842 eine Neuauflage von dessen Hauptwerk *Political Justice* erschien¹⁷⁰.

Und durch britische Historiker wie Gregory Claeys und Gareth Stedman Jones weiß man mittlerweile auch, wie sehr Engels in England direkt mit »Owenites« in Verbindung gekommen war, deren anarchoid-genossenschaftliche und auf Assoziationen gerichtete »Antipolitik« ihn faszinierte¹⁷¹. Aus dieser Zeit stammen Engels' heute nicht mehr überlieferte Exzerpte aus Godwin¹⁷², aber eben auch sein starkes Interesse an selbstverwalteten Kommunen. Noch bis zum Frühjahr 1845 (d.h. bevor er endgültig, siehe weiter unten, in den Bann von Marx geriet) nahm er an, dass solche Kommunen einerseits das Mittel auf dem Weg zum Kommunismus bilden, andererseits hielt er sie, von der institutionellen Form her gesehen, für *die* Verwirklichung des Kommunismus.

Als Beispiel soll hier ein 1845 erschienener Beitrag über Siedlungsprojekte in Europa und Nordamerika herangezogen werden: *Beschreibung der in neuerer Zeit entstandenen und noch bestehenden kommunistischen Ansiedlungen*. Darin geht es um insgesamt 15 Beispiele, vierzehn aus Nordamerika, eins aus England. Drei gelungene Beispiele kommunistischer Kommunen in Nordamerika behandelt Engels ausführlicher — und zwar *religiöse*. Insbesondere hebt er, ohne kritische Distanz erkennen zu lassen, die Praktiken der nordamerikanischen Shaker-Kommunen hervor:

Sie haben keine Armenhäuser und Spitäler, weil keinen einzigen Armen und Notleidenden [...]. In ihren zehn Städten ist kein einziger Gensd'arme oder Polizeidiener, kein Richter, Advokat oder Soldat, kein Gefängnis oder Zuchthaus; und doch geht alles ordentlich zu. Die Gesetze des Landes sind nicht für sie da und könnten ihretwegen ebensogut abgeschafft

170 Vgl.: Peter Marshall: *Demanding the Impossible. A History of Anarchism*. 2. Aufl. London 1993, S. 192. Zu Owen, den Owenites und Thompson vgl. auch Nettelbladt: *Der Vorfrühling der Anarchie*, S. 86ff.

171 Vgl.: Gareth Stedman Jones: *Das Kommunistische Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels*. Einführung, Text, Kommentar, München 2012, S. 87; zu den staatskritischen Theorien und Praktiken von Gruppierungen der »Owenites« und zu Engels' Kontakten zu ihnen vgl.: Gregory Claeys: *Machinery, Money and the Millenium. From Moral Economy to Socialism, 1815–60*, Cambridge 1987, S. 166ff.; ders.: *Citizens and saints. Politics and anti-politics in early British socialism*, Cambridge 1989, S. 169ff., 299ff. Für Engels' »Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie« (1844) wurden u.a. Einflüsse der »Owenites« und Proudhons nachgewiesen und Einflüsse Godwins vermutet (Claeys: *Machinery*, S. 166ff., 219).

172 Vgl.: Friedrich Engels an Karl Marx, 17. März 1845, in: MEGA², Bd. III.1, S. 271.

werden [...]. Sie leben, wie gesagt, in der vollständigsten Gemeinschaft der Güter und haben keinen Handel und kein Geld unter sich.¹⁷³

Engels war ein eigenständiger anarchistischer Sozialist. Linkshegelianische Subjektkonzepte, owenitische Assoziationsvorstellungen und linkehegelianische und wahrsozialistische Zurückweisungen von repräsentativer Demokratie und Staat an sich überschritten sich zu dieser Zeit bei ihm miteinander; seine Kritiken an repräsentativer Demokratie, am Staat an sich und an Privateigentum gingen Hand in Hand. Im Pariser *Vorwärts!* hatte er am 18. September 1844 proklamiert:

Wenn das Wesen des Staats, wie der Religion, die Angst der Menschheit vor sich selber ist, so erreicht diese Angst in der constitutionellen und namentlich der englischen Monarchie ihren höchsten Grad. Die Erfahrung dreier Jahrtausende hat die Menschen nicht klüger, sondern im Gegentheil verwirrter, befängener, hat sie wahnsinnig gemacht, und das Resultat dieses Wahnsinnes ist der politische Zustand des heutigen Europas. Die reine Monarchie erregt Schrecken — man denkt an den orientalischen und römischen Despotismus. Die reine Aristokratie ist nicht weniger fürchtbar — die römischen Patrizier und der mittelalterliche Feudalismus, die venetianischen und genuesischen Nobili sind nicht umsonst da gewesen. Die Demokratie ist fürchterlicher als beide [...].¹⁷⁴

Solche und ähnliche anarchoid-anarchistische Ideen — 1845 hatte Ruge polemisch hervorgehoben, Engels sei in seiner Berliner Zeit, also bei den »Freien«, ein »Nachbeter Bauers« gewesen, »B. Bauer und das Selbstbewußtsein« wären ihm »vor einigen Monaten noch das Orakel« gewesen¹⁷⁵ — versuchte Engels genau zu dieser Zeit seinem neuen Freund Marx nahe zu bringen, nämlich Konzepte auch der »Freien« unter nunmehr sozialistischem Vorzeichen. Im August 1844 begann ihre Freundschaft, und am 19. November 1844 würdigte er Marx gegenüber, wie oben schon angeführt, ausführlich Stirners *Der Einzige und sein Eigentum* als kommunistisch anschlussfähig. Aber unter dem Einfluss von Marx schwanden diese Positionen Schritt um Schritt. Das brauchte allerdings einige Zeit. So machen die Herausgeber der jüngst im Rahmen der MEGA² veröffentlichten Manuskriptfragmente, die zwischen 1845 und 1847 entstanden und später unter dem Namen *Deutsche Ideologie* bekannt geworden sind, darauf aufmerksam, dass Engels sich zum Ärger von Marx bei der geplanten ausführlichen öffentlichen Zurück-

173 Friedrich Engels: Beschreibung der in neuerer Zeit entstandenen und noch bestehenden kommunistischen Ansiedlungen [1845], in: Marx/Engels: Werke. Bd. 2, S. 521-535, hier: S. 523. Zu Engels' Darstellung religiöser und nichtreligiöser Kommunen: David Leopold: »All Tell the Same Tale«: The Young Engels and Communal Settlements in America and England, in: Marx-Engels Jahrbuch (2009), S. 7-68; ders.: »Socialist Turnips«: The Young Friedrich Engels and the Feasibility of Communism, in: *Political Theory*, 40 (2012), S. 347-378.

174 Friedrich Engels: Die Lage Englands. Die englische Constitution [1844], in: MEGA². Bd. I.3, S. 565-589, hier: S. 569.

175 Arnold Ruge an Robert Prutz, 6. Mai 1845, in: Werke und Briefe, hrsg. v. Hans-Martin Sass, Aalen 1985ff., Bd. 12, S. 613; Arnold Ruge an Moritz Fleischer, 27. Mai 1845, in: Arnold Ruges Briefwechsel und Tagebuchblätter. Erster Band, S. 395.

weisung Stirners sichtlich zurückhielt. Marx muss sich über dieses fehlende Engagement in heute nicht mehr überlieferten Briefen an Heinrich Bürgers und Roland Daniels deutlich beklagt haben¹⁷⁶. Es war ein Spagat: Autoren, gar Freunde, denen er jüngst noch eng verbunden war, sollte Engels nunmehr ›vernichten‹. Diese Kehrtwendung — Freundschaftsbeweis für Marx durch vehemente Angriffe auf einstige Freunde — vollzog sich eben nicht von einem Tag auf den anderen.

g) Louise Aston

Bei einem Blick auf die »Freien« sind die mit ihnen verbundenen und mit ihnen verkehrenden Frauen auf jeden Fall zu berücksichtigen¹⁷⁷. Auch Aston. Sie war eine charismatische Persönlichkeit, sie war eine frühe ›Anarchistin der Tat‹. Darüber hinaus wurde sie mit ihrer Schrift *Meine Emancipation, Verweisung und Rechtfertigung* (1846) auch eine öffentliche, anarchistisch geprägte Fürsprecherin der Rechte des Individuums jenseits hemmender Institutionen und staatlicher Institutionen. Aus einer Pfarrersfamilie stammend, heiratete sie auf Druck ihrer Eltern einen Magdeburger Dampfmaschinenfabrikanten, ließ sich von ihm scheiden, erstritt gerichtlich Unterhaltszahlungen. Es gab aber eine erneute Annäherung, eine weitere Tochter kam zur Welt (die erste war bald nach der Geburt verstorben), und sie ging eine erneute Ehe mit demselben Mann ein, eine dritte Tochter wurde geboren. Bald, 1844, die erneute Scheidungsklage von ihrer Seite. Ab August 1845 lebte Aston mit ihrer zweiten Tochter — die dritte war ebenfalls früh verstorben — in Berlin. Sie war bei Zusammenkünften der Junghegelianer zugegen (zumeist der »Freien«), und strahlte mit ihrer Anwesenheit bei deren Zusammenkünften eine gewisse Noblesse aus, so dass sich allzu heftige Gelagestimmungen gelindert haben sollen¹⁷⁸. Gleichfalls stand sie sie mit Künstlern des »Rütli«-Klubs in Verbindung und gab selbst einen kleinen Salon.

Bei der Polizei gingen Denunziantenberichte ein, und ein Protokoll vom 1. Januar 1846 berichtete über ihre Besuche in Männerkleidern in verschiedenen Kneipen und davon, dass sie einen »Emancipations-Verein von Frauen« ins Leben gerufen habe¹⁷⁹.

176 Vgl.: Karl Marx/Friedrich Engels: Deutsche Ideologie [1845/1847], in: MEGA². Bd. I.5, S. 1047f., 1059f. (HerausgeberInnenkommentar).

177 Vgl.: Heinz Härtl: »Dies Völkchen mit der vorkämpfenden Alten«. Bettina von Arnim und die Junghegelianer, in: Jahrbuch des Freien Deutschen Hochstifts, 1992, S. 213-254; Wolfgang Bunzel: »... nicht werth negirt zu werden...«? Die Stellung der Junghegelianer zu Bettine von Arnim, in: Philosophie, Literatur und Politik vor den Revolutionen von 1848, S. 105-134.

178 Vgl.: Rudolf v. Gottschall: Erinnerungen an Max Stirner, in: Leipziger Tageblatt, Nr. 34, 3. Februar 1907 [5. Beilage].

179 [Bericht des Polizeibeamten Goldheim], 10. Januar 1846, in: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Tit. 94, Nr. 8509, Bl. 6-8, hier: Bl. 6 [Acta des Königlichen Polizei-Präsidii betreffend die separirte Maschinenfabrikant Aston Louise 1845–1867].

Bereits ab August 1845 verkehre sie, wie diese Dossiers vermerkten, vor allem mit den »Freien«, u.a. in der Weinstube von Hippel: Männerkleider, Zigarren, Alkohol, Obszönitäten und angebliche erotische Verführungsspiele. Sie galt somit als Skandalfigur, als eine deutsche George Sand, eine *femme fatale*, jedoch nicht als Aufrührerin. Aber bei solchen zurückhaltenden Urteilen blieb es nicht. Am 11. Februar 1846 ging eine weitere Denunziation ein, die nunmehr von Komplotten, Attentaten und politischen Umsturzversuchen berichtete:

Ganze Nächte hat sie unter dem Zusammenschmieden schändlicher Complotte gegen des Königs Leben Religion u. Staatsverfassung mit diesen Männern zugebracht, u. nur durch ihre buhlerischen Künste hat sie die Männer an sich gelockt u. das Complot vergrößert. [...] Diese Creatur ist der Pollizei mehrfach angezeigt worden, u. man hat darum gebeten sie aus Berlin zu verweisen, demohnerachtet bleibt dies Geschöpf ungeferdet und thut was sie will, sie läßt bei sich absteigen u. besucht Herren in deren Wohnung. Muß dies Geschöpf in unserer Residenz bleiben des Königs Majestät Leben wird bedroht!!!¹⁸⁰

Daraufhin wurde ihr Pass nicht mehr verlängert, und das bedeutete die Ausweisung. Sie intervenierte, sogar direkt beim König. Bei einer polizeilichen Vorladung Ende Februar 1846 ließ sie sich zu unvorsichtigen Äußerungen betreffs Religion hinreißen, bekannte, dass sie nicht an Gott glaube und unterschrieb guten Glaubens oder mit provokanter Offenherzigkeit ein betreffendes Protokoll, das wider ihren Willen dann als *Unglaubensbekenntnis* benutzt wurde. Nunmehr hatte man tatsächlich eine Handhabe, ihr die Aufenthaltserlaubnis zu entziehen und aus Berlin auszuweisen.

Aston wehrte sich mit einer 1846 in Brüssel veröffentlichten Broschüre: *Meine Emancipation, Verweisung und Rechtfertigung*. Darin ging es um sie selbst, um ihren eigenen Fall. Sie wollte die üblen Gerüchte über sich ausräumen. Aber sie erhob diesen Fall auch zu einem exemplarischen. Ihre Schrift war nicht nur eine Verteidigung in eigener Sache. Vielmehr entstand unter ihrer Feder ein Manifest für die unantastbaren Rechte des Individuums:

Unser höchstes Recht, uns're höchste Weihe ist *das Recht der freien Persönlichkeit*, worin all uns're Macht und all unser Glaube ruht, *das Recht*, unser eigenstes Wesen ungestört zu entwickeln, von keinem äußern Einfluß gehemmt; den innern Mächten frei zu gehorchen [...]. Wer dies Recht der Persönlichkeit antastet, begeht einen brutalen Akt der Gewalt [...].¹⁸¹

Dabei unterzog sie gerade die kirchlich-staatliche Institution Ehe einer vernichtenden Kritik und spannte den Bogen zu einer Kritik von gesellschaftlichen Institutionen an sich: »Ich glaube allerdings nicht an die *Nothwendigkeit* und *Heiligkeit* der *Ehe* [...]. Ich verwerfe die *Ehe*, weil sie zum *Eigenthume* macht, was nimmer *Eigenthum* sein kann: die freie Persönlichkeit [...]. In den *Instituten* liegt die *Unsitlichkeit*, nicht in den *Menschen*«¹⁸².

180 [Anonymer Denunziationsbericht vom 11. Februar 1846], in: ebd., Bl. 14f., hier: Bl. 14.

181 Louise Aston: *Meine Emancipation, Verweisung und Rechtfertigung*, Brüssel 1846, S. 7.

182 Ebd., S. 45f.; vgl.: Olaf Briese: *Keine Macht für Niemand. Gegen die Ehe: Luise Mühl-*

Der Weg zur Schriftstellerin lag nahe. In Astons erstem Gedichtband *Wilde Rosen* (1846) — elf der zwölf Gedichte waren programmatisch in Ich-Form geschrieben — ging es mit anarchistischem Pathos um Freiheit: von Vorurteilen, von Ehe, von kulturellen Fesseln. Das Gedicht »Lebensmotto« bekräftigte gleich viermal »Freiem Leben, freiem Lieben / Bin ich immer treu geblieben!«¹⁸³. Dann drei Romane: *Aus dem Leben einer Frau* (1847) schilderte das dargestellte Frauenschicksal als durchaus typisch für die Zeit. Deshalb der Titel: *eine* Frau. Aber sie ist auf ihre Art ungewöhnlich. Sie unterstützt heimlich die notleidenden Arbeiter der Fabrik ihres Mannes; ein innerer Monolog zeigt Johanna als Anhängerin von Chartismus, Kommunismus und Anarchismus (u.a. von Proudhon)¹⁸⁴. Astons nächster Roman *Lydia* (1848) war ungleich komplexer, aber letztlich viel zu weitschweifig und über weite Strecken langweilig. Zwei Frauen, Lydia von Dornthal und Alice von Rosen, bewegen sich durch die Salon- und Männerwelt, die erstere als Kindfrau, als unbedarfte Unschuld, die zweite als raffinierte Verführerin. Alice ist eine Heroine, trägt Männerkleider, raucht Zigarren und duelliert sich mit ihrer Nebenbuhlerin Cornelia, als sie ihre Ehre verletzt sieht. Sie, das »Heldenweib« mit teilweise auch zynischen Zügen, steht für die »Autonomie der Liebe«¹⁸⁵. Astons dritter und letzter Roman *Revolution und Contrerevolution* (1849) versetzte die bereits bekannten Heldinnen Lydia und Alice nunmehr ins Revolutionsgeschehen. Alice wird zur kriegerischen Amazone, sie scheint die geheime Akteurin hinter allen revolutionären Vorgängen in Wien und Berlin zu sein. Ihr sind die zu einem Aufstand bereiten Arbeiter ebenso hörig wie die zu eventuellen politischen Reformen bereiten Vertreter der herrschenden Adelselite. Ebenso geheimnisvoll wie allmächtig hat sie alle Geschehensstränge in der Hand — *undercover* in Männerkleidern, als Organisatorin von Massenaktionen und auch durch Salon- und Adelsintrigen. Aston letztes Zeugnis, bevor sie literarisch verstummte und mit einem neuen Ehemann — dem Arzt Daniel Eduard Meier — ein Wanderleben quer durch Europa begann, war der Gedichtband *Freischärler-Reminiscenzen* (1850). Er versammelte Gedichte der von ihr herausgegebenen Zeitschrift *Der Freischärler: Für Kunst und sociales Leben*. Sie zeigen Wut und Enttäuschung angesichts der verlorenen Revolution, auch revolutionäres Aufbegehren. Aber er hat — im Unterschied zu ihrem ersten Gedichtband aus dem Jahr 1846 — nichts spezifisch Anarchistisches an sich.

bach, Louise Dittmar, Louise Aston, Wilhelm Marr, in: Anarchismus in Vor- und Nachmärz, S. 255-272, hier: S. 262ff.

183 Louise Aston: Lebensmotto, in: dies.: *Wilde Rosen. Zwölf Gedichte*, Berlin 1846, S. 26ff.; bibliographische Angaben zu Aston in: *Deutsches Schriftsteller-Lexikon. 1830–1880*, hrsg. v. Herbert Jacob, Berlin 1995ff. Bd. 1, S. 138f.

184 Vgl.: Louise Aston: *Aus dem Leben einer Frau*, Hamburg 1847, S. 131.

185 Louise Aston: *Lydia*, Magdeburg 1848, S. 86, 59.

h) Emilie Lehmann, geb. Wuttge: Ein Gespenst geht um

An eher entlegener Stelle, in einem Feuilleton der Bremer *Weser-Zeitung*, das von einem unmittelbaren Berliner Zeitzeugen stammt, wahrscheinlich von Max Ring, wird als Teilnehmerin der Runden der »Freien« auch eine »famose Rittmeisterin Lehmann« erwähnt¹⁸⁶. Da andere Quellen nichts über sie berichteten, ist zu vermuten, dass sie dort nur in einer relativ kurzen Besuchsphase zugegen war. Dennoch sind Analysen zu Frauen aus dem Feld der ca. 100 »Freien« aufschlussreich: zum Sozialprofil der Besucherinnen, ihres praktischen libertären Engagements, zu bestimmten theoretischen Hintergründen usw. Und es zeigt sich: Emilie Lehmann (geboren um 1817 in Culm als Tochter eines Kreis-Chirurgus, der 1843 verstarb) verkehrte nicht nur kurzzeitig bei den »Freien«, sondern trat wie Aston ebenfalls provokativ in Männerkleidern auf, und auch sie geriet deshalb an ihrem Wohnort Königsberg Mitte der vierziger Jahre in einen länger anhaltenden Konflikt mit den Polizeibehörden. Sie verfasste mindestens drei Schriften, in denen sie das Anliegen der Frauenemanzipation verfocht und die an einigen Stellen bestimmte Einflüsse der »Freien« erkennen lassen. Sogar ein Porträt dieser ungewöhnlichen Frau ließ sich ermitteln — in der Uniform polnischer Aufständischer¹⁸⁷.

Recherchiert man weiter, stößt man in damaligen Zeitungsberichten auf zusätzliche Nachrichten: Sie habe wegen ihrer Unterstützung der Krakauer und Posener Aufstände, in denen für einen unabhängigen polnischen Staat gekämpft wurde, 1846 vier Monate in Haft gesessen; sie habe wegen des Mitte 1846 vom Königsberger Polizeipräsidium an sie ergangenen und Ende 1846 von höheren Instanzen bestätigten Verbots, in Königsberg in Männerkleidern aufzutreten, Anfang des Jahres 1847 beim preußischen König interpelliert und sich beim preußischen Innenminister, dem diese Eingabe zur Beantwortung übergeben worden sei, nochmals beschwert, sie erwarte von einem Minister keine Beleidigungen. Sie habe — so eine nächste Zeitungskolportage — angesichts dieses Verbots zumindest unter ihrer Frauenbekleidung weiter Männersachen getragen, und 1849 soll sie den Königsberger Professor Heinrich Friedrich Jacobson wegen einer angeblichen Beleidigung öffentlich mit einer Reitpeitsche gezüchtigt haben, woraufhin sie sich einem Duell mit Pistolen stellte, weil ein Student sie »gefordert« hatte¹⁸⁸. Zumindest

186 M. R. [Max Ring?]: Feuilleton aus der *Weser-Zeitung*, zit. nach: Philippon: *Weltbewegende Fragen in Politik und Religion*. Aus den letzten dreißig Jahren, S. 424. Dieses dort relativ ausführlich zitierte Feuilleton konnte bislang nicht ermittelt werden.

187 [Anonym:]: Emilie Lehmann, geb. Wuttge, in: *Illustrierte Zeitung* [Leipzig], Nr. 281, 18. November 1848, S. 340. Über die Vorlage zu diesem Porträt ließen sich bisher keine Informationen ermitteln.

188 Vgl. zu diesen Gerüchten: Aus der Provinz Preußen, in: *Frankfurter Oberpostamts-Zeitung*. Beilage zur Nr. 268, 28. September 1846, [S. 1] (Haft wegen des Engagements für die Polen); [Anonym:]: Königsberg, in: *Wochenblatt für den Königlich-Bayerischen Gerichtsbezirk Zweibrücken*, Nr. 33, 16. März 1847, [S. 1] (Interpellation bei König gegen das Verbot

was diese Haft und was dieses Duell betrifft, handelt es sich sehr wahrscheinlich um kolportierte Gerüchte und Falschmeldungen. Aus zwei Gründen wurden solche Gerüchte in der Öffentlichkeit lanciert. Die einen nutzten diese schillernde Persönlichkeit, um politisch Oppositionskapital daraus zu schlagen. Die anderen wollten sie als *femme fatale* brandmarken, als skandalöse Persönlichkeit, die das Ideal der Frauenemanzipation aus reiner Exzentrik verfocht. So hat man es mit einem Wust von Wahrheiten, Halbwahrheiten und Falschmeldungen zu tun, mit einem Phantom, einem Gespenst. Was also kann man wirklich über Emilie Lehmann wissen?

Relativ gut verbürgte Nachrichten erhält man von ihr selbst. 1853 hielt sie sich auf der Durchreise in Berlin auf, und polizeilicherseits wurde ein Aktenvorgang angelegt. Es galt als sicher, dass sie — »eines der gefährlichsten Werkzeuge der Democratie« — bei sich »einen Koffer mit demokratischen Schriften« habe. Ihre Sachen wurden konfisziert, und obwohl sich nichts anderes als Familienpapiere fand, wurde sie zum Polizeipräsidium beordert und protokollarisch befragt (denn der polizeilichen Logik zufolge waren ihre Familienangelegenheiten »nur der Vorwand ihrer politischen Sendung«)¹⁸⁹. Diesem Protokoll zufolge war sie, offenbar ein Schreibfehler, 30 Jahre alt (andere und korrektere Angaben der Polizeiakte nennen ein Alter von 36 Jahren). Sie habe vor 18 Jahren einen Rittmeister Lehmann geheiratet und mit ihm zwei Kinder — einen achtzehnjährigen Sohn Max und die siebzehnjährige Tochter Olga, die beide nach der inzwischen erfolgten Scheidung bei dem Vater und in Pensionaten lebten. Diese Scheidung sei vor 11 Jahren erfolgt¹⁹⁰, und seit dieser Zeit habe sie in Culm, Königsberg und Breslau gelebt. Sie habe sich nie an politischen Umtrieben beteiligt, aber einige Male politische Versammlungen in Königsberg besucht. Mit Johann Jacoby — einem wichtigen Oppositionellen auch nach der Revolution 1848 — stehe sie nur in Kontakt, weil er sie als Arzt behandle¹⁹¹. Wie die Akte weiterhin vermerkt, wurde lediglich ein potentiell verdächtiges Dokument bei ihr gefunden, das darauf verweist, dass sie in Breslau Briefe deponiert hätte. Rückfragen bei der dortigen Polizei ergaben dann, dass es sich ebenfalls

des Hosentragens, Antwort des Innenministers sowie ihre Antwort an ihn, sie möchte nicht durch ihn beleidigt werden); [Anonym:] Tages-Begebenheiten, in: Beiblatt der Sundine, Nr. 28, 14. Juli 1847, S. 110 (weiterhin Männersachen unter Frauenkleidern); eine Personalskizze, die diese und ähnliche Informationen geschickt zusammenfasst, ist: [Anonym:] Emilie Lehmann, geb. Wuttge, in: Illustrierte Zeitung [Leipzig], Nr. 281, 18. November 1848, S. 340; [Anonym:] Breslau, Ende Juli, in: Die Presse [Wien], Nr. 190, 11. August 1849, [S. 1] (Angriff mit der Reitpeitsche und Duell).

189 Polizeipräsidium an Polizeipräsidium, Berlin, 15. Juli 1853, in: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Tit. 94, Nr. 11395, S. 2f. [Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffend die Frau Rittmeister Lehmann Emilie geb. Wuttge, aus Culm gebürtig. 1853].

190 Zu ihrem zeitweiligen Ehemann vgl.: R. v. Flanß: Rittmeister Lehmann, in: Zeitschrift des historischen Vereins für den Reg.-Bezirk Marienwerder. H. 24 (1905), S. 59-62.

191 Vgl.: Verhörprotokoll Emilie Lehmann. Berlin, 16. Juli 1853, ebd., Bl. 4-6.

um Privatbriefe handle¹⁹². Die einst von ihr selbst verfassten Broschüren wurden in diesem Protokoll allerdings gar nicht erwähnt, sie waren der Polizei offenbar nicht bekannt. Ohnehin galt sie — eben eine Frau — nicht als eigenständig, sondern nur als ›Werkzeug‹ der Demokratie.

Zu diesen drei Veröffentlichungen: Im Jahr 1846 erschien *Das Glaubensbekenntniß der emancipirten Frau Rittmeister Lehmann, geb. Emilie Wuttge*. Die Autorin bezeichnete sich also selbst als ›Emancipierte‹, und sie verknüpft darin drei Freiheitsbestrebungen gezielt miteinander: erstens das Streben, das »des höchsten Preises werth«, nämlich »nach der Emanzipation des Bürgerthums«; zweitens das für einen Ausbruch von Frauen aus dem Gehäuse der »Häuslichkeit«, aus »Kerker, Serails, Windel- und Strumpfstrickkammern«; drittens das nach religiöser Emanzipation, das in ein Bekenntnis zu einem diesseitigen Gott mündete, verbunden mit dem zu einem Austritt aus der preußischen Staatskirche: »sage ich mich zu gleicher Zeit los von der evangelischen Landeskirche Preußens, von ihren Symbolen, und erkläre ich feierlichst meinen Uebertritt zu der freien evangelischen Gemeinde«¹⁹³.

Alle drei Aspekte erweisen sich als miteinander verbunden: Bürgerliche Emanzipation müsse in jedem Fall die Frauenemanzipation einschließen, und zwar durch Frauen selbst (»Schande für die Frau, die nicht den Muth der Offenheit hat, oder die sich für Küche und Wirthschaft nur geboren fühlt«). Und Frauenemanzipation zeige sich gerade auch auf dem religiösen Feld, wo auch Frauen das Recht auf Mitsprache und freie Entscheidungen hätten. In diesem Sinn ist das abgedruckte *Glaubensbekenntniß* abgefasst: im Sinn einer pantheistisch-humanistischen Diesseits- und Liebesreligion, wie sie, in Anlehnung vor allem an Feuerbachs Diesseitsphilosophie, in freireligiösen Gemeinden damals verbreitet war: »Ich glaube an die Erde, die bestimmt ist, der Himmel des Menschengeschlechts zu sein. Aus ihrem Paradies ging der Mensch hervor, zu ihrem einigen und allgemeinen Paradies soll er zurückkehren«¹⁹⁴.

Gemessen an diesem Erstling, wirkt die zweite Schrift Lehmanns *Interessante Briefe an eine emancipirte Dame. Herausgegeben von Emilie Lehmann, geb. Wuttge* (1848) eher wie eine Gelegenheitsschrift. Sie erschien noch vor Ausbruch der Revolution und wechselte ins Genre des Humoristischen. Sie beinhaltete fingierte Briefe, die sie auf ihr *Glaubensbekenntniß* hin erreicht hätten, die aber, so die literarische Inszenierung, am Wesen der Sache vorbeizielten: beispielsweise Bitten um Modevorschläge oder unzweideutige Avancen von lüsternen Herren. Diese fingierten Dokumente wurden ergänzt mit einigen ›echten‹. Denn Lehmann druckte am Schluss des Büchleins jüngste amtliche

192 Vgl.: Polizeipräsidium Berlin an Polizeipräsidium Breslau, 15. Juli 1853 sowie Antwort vom 26. Juli 1853, ebd., Bl. 7f.

193 *Das Glaubensbekenntniß der emancipirten Frau Rittmeister Lehmann, geb. Emilie Wuttge*, Königsberg 1846, S. 4f., 13.

194 Ebd., S. 4, 12.

Bescheide ab, deren Kontext sich heute nicht immer erschließen lässt: Die Maßregelung eines Königsberger Zensors, der beleidigende Passagen gegen sie nicht verhindert hatte, die Verurteilung eines nicht genannten Redakteurs wegen dieser Beleidigungen sowie die Maßregelung eines Beamten, der an sie persönlich gerichtete amtliche Verfügungen vor der Aushändigung durchstößt hatte. All das zeigt, wie kämpferisch Lehmann sich in einer vormundschaftlichen und patriarchalen Welt zur Wehr setzte, wie sie sich gegen den Staat und seine Institutionen auflehnte und das öffentlich verfocht. Das blieb, das ist anzumerken, ein individuelles Handeln. Soweit bisher bekannt ist, versuchte sie auch in der späteren Revolutionszeit nicht, Journale oder Vereinigungen für die Frauenemanzipation zu gründen.

Inhaltlich interessant ist an dieser Schrift das dort veröffentlichte nächste *Glaubensbekenntniß*: Es umfasste nunmehr vor allem moralische und politische Thesen, und möglicherweise beinhaltete es Gedanken aus dem Umfeld der »Freien«, insbesondere Stirners: »Ich glaube, daß man wohl thut, bei der allgemeinen Entwicklung des Menschengeschlechts, sich mehr mit sich selbst als mit Andern zu beschäftigen; — denn es ist leichter, tausend Andere als sich selbst kennen zu lernen«, oder: »Ich glaube, daß es nicht nöthig ist, Bündnisse zu schließen, Secten zu stiften, Klubbs zu bilden; — diese Krücken sind nur für Schwache. — Der Gesunde geht ohne sie, bedarf ihrer nicht«. An anderer Stelle hieß es aber auch, und scheinbar allen libertären Ansprüchen entgegenstehend: »Ich glaube, daß man den Gesetzen unterthan sein muß, selbst dann, wenn sie schlecht sind; — denn Gesetzlosigkeit ist eines der größten Uebel«¹⁹⁵. Man gewinnt den Eindruck, dass Freiheit in dieser Schrift stark als rein *innere* Freiheit konzipiert wird; man kann sich dadurch innerlich über Unzeitgemäßes oder Hemmendes erheben, auch wenn man es äußerlich zu akzeptieren hat.

Lehmans dritte Schrift erschien in der Revolutionszeit, und schon der Titel — *Censurfreie Lieder einer emancipirten Frau* — zeigte den kämpferischen und veränderten Gestus an. Sie war wie die zwei vorhergehenden ebenfalls im Selbstverlag erschienen. Zensurprobleme bestanden in dieser Frühphase der Revolution zwar nicht. Aber wie die Autorin innerhalb der Schrift anmerkte, gab es diesmal Probleme, in Königsberg überhaupt einen Drucker für das Büchlein zu finden. Denn sie preschte radikal vor. Es waren Gedichte oder Lieder, die die Revolution feierten, ausdrücklich auch die gewaltsame Revolution mit Barrikaden. In ihnen überschritten sich wieder bisherige Themenkreise Lehmanns: politischer Aufruhr und Revolution (als nunmehr neue Themen) mit Frauenemanzipation und humanistischer Emanzipation in einem paradiesischen Diesseits (wobei diesem Diesseits nun gänzlich alle Verweise auf Gott fehlen). Einerseits sind das künstlerische Selbstbekenntnisse; drei der sieben Gedichte sind wie die der Gedichtsammlung Astons aus dem Jahr 1846 programmatisch in Ich-Form geschrieben. Ande-

195 Mein Glaubensbekenntniß, in: Interessante Briefe an eine emancipirte Dame. Herausgegeben von Emilie Lehmann, geb. Wuttge, Königsberg 1848, S. 19, 17.

rerseits sind das überpersönliche ›Aufrufe‹ an die weibliche und männliche Leserschaft. Und alle Texte sind geprägt von einem ungezügelter Freiheitspathos. So im ersten Gedicht *An die Philister*: »Menschen, jetzt zerbrecht die Schranken, / Ungehemmt sei Euer Pfad, / Frei in Wort und in Gedanken / Freier Glaube, freie That. / Frei! — dann sind die Herrn Philister / Bald des Teufels Exminister!«, oder im zweiten Gedicht, das mit dem Königsberger Polizeipräsidenten Julius Lauterbach abrechnet: »Ich will jetzt nach Polen reiten / [...] für Freiheit streiten / Und für Polens Glück!«. Das dritte Gedicht, *Die Königsberger Serenade*, feiert den 13. März 1848, den Beginn der Revolution in Königsberg; nach Tumulten vor dem Polizeipräsidium wurden 42 Personen verhaftet. Der vierte Text, ein poetisch relativ schwacher, schildert den Zusammenstoß eines geltungs-süchtigen Offiziers mit einem Bürger und mündet in die wenig versöhnlerische Empfehlung: »Habt stets den Degen bei der Hand«. Das fünfte Gedicht — *Sonnenschirm und Reitpeitsche* — leitet von der politischen Sphäre zu der der Frauenemanzipation über. Im Sinne eines persönlichen Bekenntnisses proklamiert die Autorin, lieber mit einer Reitpeitsche als mit einem Sonnenschirm auszugehen. Erstens sei es körperlich viel gesünder, den Sonnenschein zu spüren, zweitens könne man mit der Reitpeitsche, wie es poetisch verklausuliert heißt, zudringliche Mücken sehr gut abwehren. Das nächste Gedicht *An die Frauen* setzt diesen Emanzipationsdiskurs fort: »Die Röcke aus, die Hosen an«. Und wenn man Schmuck, Ketten und Schnürleiber (»Gitter um die Brust«) abwerfe, seien auch Frauen fähig zum »Barrikaden bauen«: »Nur immer frei und ungenirt / Und gar nicht lang' besinnen. / Erst äußerlich emancipirt, / Dann kommst von selbst nach innen«. Hier kehren sich die Vorzeichen gegenüber dem vorangegangenen *Glaubensbekenntniß* geradezu um: Nicht um innere Freiheit geht es, nicht um innerlich-souveräne Überhebung über gesellschaftliche Äußerlichkeiten. Vielmehr folgt der Initialhandlung des äußerlichen Muts die innere befreiende Wendung nach.

Das letzte Gedicht *Aufruf zur Emancipation* ist als Credo der Autorin anzusehen. Bevor es — weil diese damals als Buch erschienene Gedichtsammlung heute nur noch archivalisch überliefert ist — hier abgedruckt werden soll, sind einige Erklärungen erforderlich. Man könnte monieren, dass die Autorin innerhalb einer Horizontbeschränkung lebt, dass sie nicht die soziale Frage, die Unterschichten und das sich regende Proletariat in ihrer Bedeutung erkennt. Dieser Einwand ist richtig, aber er kann ergänzt werden mit dem Hinweis, dass die Verfechter der sozialen und sozial-ökonomischen Emanzipation in der Regel die ›Frauenfrage‹ fast gänzlich übergangen. *Dahingehend* setzt Lehmann ihren Schwerpunkt. An diesem Gedicht ist bemerkenswert, dass es sich ausdrücklich an *beide* Geschlechter wendet und dass sich der persönliche und politische Freiheitsanspruch geschichtsphilosophisch weitet. Mit Rückgriff auf aufklärerische Naturrechtsvorstellungen (im linkshegelianischen Milieu eine eher unzeitgemäße Ausnahme) und mit Anleihen bei Feuerbachs Diesseitsphilosophie wird ein utopisch anmutender Bogen vom einstigen zu einem zukünftigen irdischen Paradies geschlagen. Gegenüber ihren zwei bisherigen *Glaubensbekenntnissen* fehlt dieser Paradiesvorstellung aber der ausdrückliche Ver-

weis auf Gott (auch wenn weltlich transformierte christliche Topoi deutlich zu erkennen sind): Herrschaft und Knechtschaft haben ein Ende, Gleichheit der Geschlechter und universale Gleichheit treten ein, das Paradies auf Erden winkt. Es sollte erwähnt werden, dass eine solche Erfüllungsutopie mit den Ansichten der Kerngruppe der einstigen Berliner »Freien« nur lose verbunden war. Aber in der Revolutionszeit hatten sich auch deren Vorstellungen noch stärker als zuvor ausdifferenziert. Und Lehmann, die Mitte der vierziger Jahre nur eine kurze Zeit bei ihnen zugegen gewesen war und nur bestimmte Anregungen aufgenommen hat (und z.B. nie zur radikalen Atheistin und auch nie zur ausdrücklichen Ehegegerin wie Aston wurde), ging ebenfalls ihren eigenen Weg:

Aufruf zur Emancipation.

*Emancipirt , emancipirt euch Alle! —
Das ist der Weg der Euch zum Himmel führt! —
Wißt Ihr es nicht daß vor dem Sündenfalle
Die ganze Schöpfung war emancipirt? —*

*Sogar die Tiere freuten sich der Erde,
In nackter Unschuld gingen Frau und Mann,
Man lebte ohne Sorge und Beschwerde,
Denn Keiner war des Anderen Tyrann.*

*Doch als nun der Freiheit ew'ge Rechte
[Umgebracht] der ersten Menschen blinder Wahn,
Da wurden alle Menschen Gottes Knechte
Und einer ward des Andern unterthan.*

*Bald ward vom Feigenblatt ein Kleid gewunden,
Es zeigte sich der eitle Modenkram
Und endlich war der Purpur gar erfunden,
Um zu verdecken alle Schand' und Scham.*

*So laß' denn endlich fahren Eure Feigheit,
Denn ohne Muth erringt man sich kein Glück,
Emancipiret Euch zur wahren Gleichheit,
Denn Gleichheit bringt auch Unschuld uns zurück.*

*Dann brauchen wir kein Fasten und kein Beten,
Dann wird das Menschenleben schön und süß,
Dann werden [wahr] die Worte der Propheten,
Dann wird die Erde wieder Paradies!¹⁹⁶*

196 Alle Zitate in: Censurfreie Lieder einer emancipirten Frau, herausgegeben von Emilie Lehmann, geb. Wuttge, Königsberg 1848 [Umfang: Titelblatt und acht Druckseiten]. Das Exemplar ist vorhanden als fotografierte Kopie in: Archiv der Akademie der Künste (Berlin), Arbeiterlied-Archiv, Sig. ALA 1124. Ich danke freundlich dem Archiv für die Abdrucker-

i) Wilhelm Marr ›Arbeiteranarchismus‹¹⁹⁷

Gruppensoziologisch war Berlin das Zentrum der »Freien«, hier lebten und arbeiteten die Akteure der Kerngruppe, hier kamen sie in verschiedenen Arbeits- und Kommunikationsverhältnissen zusammen. Dennoch gab es ›Außenposten‹ — medial und personell. Mit Publikationsorganen wie der *Königsberger Zeitung*, der *Leipziger Allgemeinen Zeitung*, der *Hamburger Neuen Zeitung*, der *Mannheimer Abendzeitung* und der *Trier'schen Zeitung* (anfangs auch der in Köln erscheinenden *Rheinischen Zeitung*) waren die »Freien« innerhalb und außerhalb Preußens medial präsent. Und es gab auch Außenposten in personeller Hinsicht: u.a. mit Wilhelm Marr in Lausanne, mit Enno Sander und anderen in der Kellergesellschaft in Köthen (siehe die oben erwähnte Gruppenreise nach Roßlau/Köthen); mit Hermann Jellinek in Leipzig und Wien, mit Theodor Opitz in Breslau.

Marr war ein Akteur, der, stark geprägt von den »Freien«, ihre atheistischen und anarchistischen Vorstellungen mittels Organisationsformen gezielt in Handwerker- und Arbeiterkreise trug und insofern zum »ersten deutschen Arbeiteranarchisten« wurde¹⁹⁸. Marr, 1819 in Magdeburg geboren und zum Kaufmann ausgebildet, hatte zwar nie persönlichen Kontakt zu den »Freien«. Aber er rezipierte intensiv ihre Veröffentlichungen und trug, als wichtiger und einflussreicher Organisator, linkshegelianisch-anarchistisches Gedankengut 1844/45 in die frühe Handwerker- bzw. Arbeiterbewegung in der Schweiz und prägte und formte das bereits gut ausgebildete Netz bestehender Massenorganisationen in diesem Sinn. Das belegt ein weiteres Mal und im Gegensatz zu marxistischen Geschichtsklitterungen, wie sich das ›Praktischwerden‹ der Philosophie vor dem Horizont der »Freien« vollzog — und zwar zu einer Zeit, als die Akteure Marx und Engels, die dieses Praktischwerden später lautstark für sich reklamierten, sich immer noch im retrograden Papierkrieg gegen andere linkshegelianische Gruppen (wie eben die »Freien«) befanden.

Seit 1842 lebte Marr in der Schweiz und durchlief, wie damals nicht ungewöhnlich, schnell eine Radikalisierung. Er veröffentlichte Gedichte im Stil Herweghs, lernte 1843

laubnis. Die Überlieferung der 3. Strophe ist beschädigt und wurde hier versuchsweise ergänzt. Die Polenbegeisterung des zweitens Gedichts wird aufgenommen in Gedichten Lehmanns einer ihrer späteren Gedichtsammlungen, vgl.: »Die Polenbraut«, »Der letzte Pole«, »Des Polen-Jünglings Schwur«, in: Gedichte und Polenlieder. Andenken an Emilie Lehmann, Berlin 1869, S. 5-10. Offenbar stammen diese Gedichte noch aus der Vormärz-Zeit, denn zwischenzeitlich hatte sich die Autorin, wie verschiedene ihrer späteren Gedichtbüchlein und wie Zeitzeugenberichte verdeutlichen, von einer »Hauptdemokratin« und einer der »hoffnungsreichsten weiblichen Stützen der heranreifenden ›rothen Republik‹« zur selbst-erklärten »religiöse[n] Schriftstellerin aus Berlin« mit stark pietistischem Duktus gewandelt ([Anonym:] Aus dem Wupperthal, in: Deutsches Museum, Nr. 12, 22. März 1860, S. 435-438, hier: S. 436).

197 Dieser Abschnitt folgt weitgehend: Briese: Vormärzlicher Anarchismus, S. 113ff.

198 Nettlau: Der Vorfrühling der Anarchie, S. 161.

Weitling kennen, schloss sich ihm an und schwärmte einige Zeit für einen religiösen Kommunismus Weitlingscher Prägung. Nach seiner Ausweisung aus Zürich 1843 begab er sich nach Lausanne und kam dort mit dem »Jungen Deutschland« in Kontakt. Diese republikanische Gruppierung »Junges Deutschland« — keinesfalls zu verwechseln mit der bekannten Schriftstellergruppierung — hatte es bereits seit 1834 in der Schweiz gegeben; die Ausweisung führender Mitglieder schwächte die Bewegung nachhaltig. Anfang der vierziger Jahre gewann sie sprunghaften Aufschwung, zu einer Zeit, als ca. 40.000 Deutsche in der Schweiz lebten, der größte Teil von ihnen Handwerker. Mit dieser Neubelebung des »Jungen Deutschland« vollzogen sich die politischen Aktivitäten der deutschen Handwerker in der Schweiz, vereinfacht gesagt, im Rahmen zweier, seit der zweiten Jahreshälfte 1842 widerstreitender Bewegungen: des »Bundes der Gerechten« um Weitling einerseits und des »Jungen Deutschland« andererseits. Anfangs konkurrierten beide Bewegungen lediglich innerhalb bereits bestehender Handwerkervereine. Dann kam es zu einer Spaltung, weil die »Jungdeutschen« den Kommunismus gezielt atheistisch und gezielt libertär begründen wollten. Beide Bewegungen verfügten über mehrere tausend fest organisierte Mitglieder, über eine Vielzahl von Ortsvereinen (Bildungsvereine), über Bibliotheken und eine Reihe von Zeitschriften. Sie unterschieden sich in ihrer weltanschaulichen und politischen Programmatik gravierend. Der »Bund der Gerechten« stand für einen genossenschaftlichen Arbeiterkommunismus mit Zentralführung und wies bestimmte religiöse und urchristliche Züge auf. Das »Junge Deutschland« hingegen stand ab 1843 für eine radikale Religionskritik bis hin zum Atheismus, für einen radikalen Republikanismus, der, zumindest bei Marr, alsbald in einen sozialistischen-genossenschaftlichen Anarchismus mündete. Die Organisationsstruktur war verschachtelt: Die mindestens 28 Lokalklubs waren organisiert in drei Sektionen (einige auch autonom), dahinter wirkte ein inoffizieller radikaler Geheimbund, der sich dem Ziel verschrieb, atheistische (aber auch anarchistische) Prinzipien den zumeist zögerlichen Handwerkern und Proletariern Schritt um Schritt nahe zu bringen¹⁹⁹. Die von Marr 1844/45 redigierte und ausdrücklich auf ein Handwerkerpublikum zugeschnittenen *Blätter der Gegenwart für soziales Leben* (und insbesondere seine Artikelfolge *Die soziale Frage*) vertraten eine an Proudhon orientierte Ablehnung von Privateigentum bei gleichzeitiger Stützung von assoziiertem persönlichen Besitz; auch Stirners Ideal einer »Vereinigung von Egoisten« wird den Autor beeinflusst haben²⁰⁰. Anders als diese

199 Vgl.: Generalbericht an den Staatsrath von Neuchatel über die geheime deutsche Propaganda, über die Klubs des jungen Deutschlands und über den Lemanbund, Zürich 1846.

200 Vgl.: Werner Kowalski: Eineitung, in: ders. (Hrsg.): Vom kleinbürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus. Zeitschriften aus der Frühzeit der deutschen Arbeiterbewegung (1834–1847), Berlin 1967, S. XI–CVII, hier: LXXIVff.; Antje Gerlach: Deutsche Literatur im Schweizer Exil. Die politische Propaganda der Vereine deutscher Flüchtlinge und Handwerksgelesen in der Schweiz von 1833 bis 1845, Frankfurt/M. 1975, S. 302ff.; Bildung und Organisation in den deutschen Handwerksgelesen- und Arbeitervereinen in der Schweiz.

beiden hielt Marr aber gewaltsame revolutionäre Umstürze für nötig: »*Die alte Gesellschaft muß fallen!* Und zwar nicht auf sogenannte ›friedliche‹ Weise«²⁰¹.

Sind die sozial-anarchistischen Ansichten Marrs nachweislich vor allem auf Proudhon zurückzuführen, so war seine atheistische und politische Radikalisierung links-hegelianischen Impulsen geschuldet; mit Recht ist festgestellt worden, »dass neben Proudhon vor allem Edgar Bauers *Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat* zur theoretischen Grundlage der ›Jungdeutschen‹ wurde«²⁰². So schloss sich Marr u.a. 1844 in *Dieß gehört dem Volk!* den Kritikern Ed. Bauers am demokratischen Repräsentativsystem an, weil es erstens die Repräsentierten entmündige und zweitens die Besitzenden privilegierere (»Was hilft die *politische* ohne die *sociale* Freiheit [...] so lange das Recht mehr oder weniger vom Besitz bestimmt [...] ist«²⁰³). In diesem Kontext bevorzugte er, auch mit ausdrücklichem Verweis auf Heß' anarchische Vorlage von 1843, die eine, ganze und ungeteilte Freiheit: auf religiösem, politischem und sozialem Gebiet. Er plädierte für einen »*absoluten Demokratismus*«, für »*Anarchie*«²⁰⁴, und zwar in der Synthese von französischem Kommunismus, d.h. materieller Emanzipation, und deutschem Junghegelianismus, d.h. geistiger Emanzipation. Das richtete sich noch nicht gegen Staatlichkeit an sich, sondern bedeutete, mit der Durchsetzung absoluter Freiheit, den Weg zu einem »*menschlichen Staate*«²⁰⁵. Anspielungsvoll und mit Rekurs vor allem wohl auf Ed. Bauer hieß es aber ebenso, »daß unsere Zeit nicht die Zeit des *Aufbauens*, sondern die des *Zerstörens*, [...] *also wesentlich negativ ist*«²⁰⁶. Zwei Jahre später verdeutlicht seine Schrift *Das junge Deutschland in der Schweiz*, wie sich seine Positionen nochmals radikalisiert hatten: einerseits kommunismuskritisch (»Ueber die *égalité* ist ihnen die *liberté* abhanden gekommen«), andererseits staatskritisch (Staat an sich bedeute »den Ruin der freien Persönlichkeit«, vielmehr aber gehe es um die »Vernichtung aller herrschenden Begriffe von Religion, Staat und Gesellschaft«²⁰⁷).

Texte und Dokumente zur Kultur der deutschen Handwerker und Arbeiter 1834–1845, hrsg. v. Hans-Joachim Ruckhäberle, Tübingen 1983; Olivier Meuwly: Wilhelm Marr: un anarchiste allemand chez les radicaux vaudois en 1845. *Mémoire vive*. Pages d'histoire lausannoise, 7 (1998), S. 80-94; Andreas Eschen: *Das Junge Deutschland in der Schweiz*. Zur Vereinsorganisation der frühdemokratischen Bewegung im Vormärz, Frankfurt/M. 2004, S. 98ff.

201 W. Marr: Die sociale Frage (Die Socialreform.), in: Blätter der Gegenwart für sociales Leben, April 1845, S. 2-5, hier: S. 3.

202 Werner Portmann: Die Reformation der Reformation oder der Geist der Anarchie, in: Ne znam. Zeitschrift für Anarchismusforschung, 5 (2019), H. 8, S. 3-52, hier: S. 31.

203 [Wilhelm Marr:] *Dieß gehört dem Volk!* eine kurze Würdigung der Parteien unserer Zeit und ihres Strebens, Glarus 1844, S. 16f.

204 Ebd., S. 10.

205 Ebd., S. 36.

206 Ebd., S. 51.

207 Marr: *Das junge Deutschland in der Schweiz*, S. 118, 131, 135.

Fazit: »In seiner anarchosozialistisch-revolutionären Phase konnte Marr seiner Theorie nach den linken Hegelianern zugerechnet werden, seiner Praxis nach aber dem Handwerkersozialismus«²⁰⁸. Er war im deutschsprachigen Raum ein früher Protagonist der Implementierung von anarchistischen Positionen in die Arbeiterbewegung und damit Vorreiter einer Tendenz, die sich erst drei Jahrzehnte später in der »Internationalen Arbeiterassoziation« (Erste Internationale) einflussreich entfaltete. Marr stand übrigens nicht allein, sondern hatte in Hermann Doeleke und Julius Standau engagierte Mitstreiter, und kurzzeitig hatte er auch Kontakt zum kommunistischen Kreis des Pariser *Vorwärts!* und veröffentlichte in dem Blatt einige Gedichte. Auch zu Bakunin muss er in seiner Schweizer Zeit bisher nicht näher aufgeschlüsselte Kontakte gehabt haben²⁰⁹. Aus der von ihm kritisierten Richtung Weitlings heraus gab es freilich Widerstand. Die Pariser Gruppierung um Marx wurde in eine Schiedsrichterrolle gedrängt, und obwohl ihr Weitlings Richtung nicht behagte, stieß Marrs anarchistischer Kurs auf noch weniger Sympathie²¹⁰. Im Kampf verschiedener sozialistischer und kommunistischer Schulen geriet Marr ins Hintertreffen, und er zog sich von der Handwerker- und Arbeiterbewegung zurück. Er scheint mit jugendlichem Überschwang auf diese Bewegung gestoßen zu sein und ebenfalls mit jugendlichem Überschwang auf junghegelianisch-anarchistische Vorlagen. Aufgrund seiner Bildung und seines Organisationstalents suchte er — gleich den anderen Intellektuellen, die das Proletariat für sich »entdeckt« hatten — in Handwerkern und Arbeitern die wirkmächtige soziale Basis zur Verwirklichung *seiner* Ideale. Er funktionalisierte sie für seine atheisticen und anarchistischen Positionen. Noch im Jahr 1847 ging das preußische Innenministerium davon aus, dass Marr nach wie vor daran arbeite, »durch buchhändlerisch-literarische Unternehmungen sowie durch Verführung des Handwerkerstandes den Umsturz der in Staat und Kirche bestehenden Ordnung Deutschlands vorzubereiten« (siehe Dokumentation, S. 279).

Allerdings wohl schon zu dieser Zeit war Marr auf individualanarchistische Positionen übergegangen und hatte sich von der Arbeiterbewegung gelöst. Nach seiner Ausweisung aus der Schweiz 1845 wandte er sich nach Hamburg und verabschiedete sich von der Fixierung auf die Arbeiterschaft und auf ihre vermeintlich revolutionären Potenziale. Dennoch blieb er — nunmehr als Individualanarchist — seinen einstigen Idealen treu. *Der Mensch und die Ehe vor dem Richterstuhle der Sittlichkeit* (1848) und vor allem

208 Michael Vester, in: ders. (Hrsg.): Die Frühsozialisten 1789–1848. Bd. 2, Reinbek bei Hamburg 1971, S. 236.

209 Vgl.: 72 Jahre. Aufzeichnungen eines Parteigängers auf den Gebieten der Politik, Kunst, Wissenschaft und sozialen Lebens. Von W. Marr [Druckankündigung seiner Autobiographie], in: Sammlung Mackay, Film 2. Bd. 19, S. 609f., hier: S. 610. Dieses Autobiographiemanuscript Marrs, überliefert im Staatsarchiv Hamburg, harret noch der näheren Auswertung durch die Vormärzforschung.

210 Vgl.: Jacques Grandjonc: »Vorwärts!« 1844. Marx und die deutschen Kommunisten in Paris Beitrag zur Entstehung des Marxismus, Berlin, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 86ff., 241f.

Anarchie oder Autorität? (1852) sind bedeutende anarchistische Programmschriften, und Marr ist als der erste konzeptuelle Anarchist Deutschlands anzusehen. Sein späterer vehementer Antisemitismus (nach 1862), der in eine Phase fiel, in der er anarchistische Ideale hinter sich gelassen hatte, ist in der Forschung mittlerweile detailliert aufgearbeitet worden²¹¹.

j) Hermann Jellinek: Hingerichtet 1848

Einer nicht mehr aktuellen Forschungsmeinung nach hätten sich Jung- und Linkehegelianer im Jahr 1848 angeblich politisch nicht betätigt: »politische Aktivisten für das Jahr 1848 haben auch die ›Freien‹ nicht gestellt, und die Literaten, die ihnen angehörten oder mit ihnen sympathisierten, wie Buhl, Saß, Köppen, Beta, sonnten sich allzu selbstgefällig in dem Ruhme, den ihnen das Verbot ihrer zum Teil doch nicht welter-schütternden radikalen Schriften in den kleinen Kreisen eintrug, für die sie bestimmt waren«²¹². Dieses Urteil ist widerlegt, und schon vor der Revolution suchten die Akteure im Rahmen des Möglichen nach praktisch-politischer Wirksamkeit. So engagierten sich Rutenberg, Meyen, Buhl, Mügge, Köppen und Faucher ab Mitte der vierziger Jahre im sich regenden und — staatlicherseits massiv behinderten — Vereinswesen Berlins und versuchten hier, mit interner oder gar öffentlicher Kritik, oppositionelle Tendenzen zu stärken: im »Hedemannschen Handwerkerverein« (1844), im »Verein für die Hebung der unteren Volksklassen«, dessen Gründung nicht zugelassen wurde und dessen Ersatzgründung »Berliner Localverein zum Wohl der arbeitenden Klassen« (1844/45) stets Behinderungen erfuhr, im »Freihandelsverein« (1847). Das betraf alle Akteure aus der einstigen Kerngruppe, allerdings nicht die ›Theoretiker‹ bzw. ›negativen Theoretiker‹ B. Bauer und Stirner (Ed. Bauer war aufgrund seiner Festungshaft von einer praktischen Wirksamkeit abgeschnitten). Köppen — um nur dieses Detail hervorzuheben — nahm, nachdem er 1846 als Lehrer aus dem »Hedemannschen Handwerkerverein« herausgedrängt worden war, dort spätestens 1849 die Lehrtätigkeit wieder auf. Er hielt dort vor mehreren Hundert Anwesenden mindestens acht Vorträge zur Französischen Revolution. Deren Kurzinhalt wurde polizeilich protokolliert und liegt noch heute vor. Einige auch seiner Ausführungen dienten dann dazu, 1850 das Vereinsverbot durchzusetzen²¹³.

Ein weiterer Akteur aus dem erweiterten Umkreis der »Freien«, der für sein politisches Engagement am 23. November 1848 in Wien hingerichtet wurde, ist heute — bis auf die Rezeption in der österreichischen Revolutionsgeschichtsschreibung und in der

211 Vgl.: Moshe Zimmermann: Wilhelm Marr. The Patriarch of Antisemitism, New York, Oxford 1986.

212 Alfred Herrmann: Berliner Demokraten. Ein Buch der Erinnerung an das Jahr 1848, Berlin 1948, S. 101.

213 Vgl.: GStA PK, I. HA, Rep. 77, Tit. 1072, Bd. 1, Bl. 195, 220, 358f.; Bd. 2, Bl. 27, 35, 43, 50f., 53, 62f. [Acta betr. die polizeilichen Anordnungen für die in Berlin bestehenden Gesellen- und Handwerkervereine].

jüdischen Historiographie²¹⁴ — im Überlieferungsfeld des Linkshegelianismus gänzlich vergessen: Hermann Jellinek. Mackay erwähnt ihn lediglich als Herausgeber und Übersetzer von Saint-René Taillandiers Zeitschriftenaufsatz über Stirner, und im Rahmen der Stirnerforschung wurde diese Übersetzung vor einigen Jahren neu veröffentlicht, allerdings ohne die vorangestellte umfangreiche Einleitung Jellineks; eine Kurzbiographie Jellineks aus vorhandenen lexikalischen Quellen wurde immerhin beigegeben²¹⁵. Sein theoretisches wie auch sein politisches Schaffen — insbesondere seine Bezüge auf B. und Ed. Bauer — fanden auch dabei keinerlei Berücksichtigung. Das überrascht, denn in der Überlieferung des 19. Jahrhunderts war Jellinek mit seinem »kritisch-nihilistische[n] Sistem« (wie er es selbst nannte²¹⁶) durchaus noch bekannt. So ging Georg Adler 1885 in *Die Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland* auch auf Jellinek ein. Er verortete ihn bei den theoretischen Konzepten des sog. wahren Sozialismus, bei Heß und Grün: »Im Grunde ist es bei allen Dreien (wie bei ihren Anhängern) das absolut gefaßte Prinzip des souveränen Individuums, welches zu einem anarchistischen Sozialismus führt«. Einige Jahre später kam Ernst Victor Zenker in seiner Darstellung der Wiener Revolution zu folgendem Urteil: Jellinek

war der Vertreter der durch die deutsche Philosophie Hegel's und Feuerbach's, wie durch den französischen Socialismus eines Fourier und Proudhon beeinflussten Geistesrichtung in der Wiener Publicistik des Jahres 1848. In dem Jargon der Hegel'schen Philosophie hatte Jellinek vor dem Jahre 1848 in mehreren Schriften ein System der gesellschaftlichen Entwicklung gelehrt, welches auf der Idee des souveränen Individuums und dem »grossen Dogma der menschlichen Brüderschaft und Gegenseitigkeit« aufgebaut war, und dem damals in gewissen Theilen Deutschlands stark verbreiteten Anarchismus eines Marr, Hess und Grün am nächsten kam.²¹⁷

Fourier und Proudhon, Hegel, Feuerbach, Marr, Heß und Grün als theoretische Ahnen Jellineks — und die Berliner »Freien«? Wie kam ein unmittelbarer Zeitgenosse zu dem ironischen Urteil, dass Jellinek, als rühriger politischer »Magus aus dem Norden«, sich in seiner Revolutionspublizistik bemühte, »Hegel-Bauer-Stirner'sche Begriffsprozesse neben Wiener Würstel mit Kren aufzutischen«? Warum zählt ihn ein scharfer Kritiker

214 Vgl. u.a.: Jellinek, Hermann, in: Lexikon deutsch-jüdischer Autoren. Bd. 13. Redaktionelle Leitung Renate Heuer, München 2005, S. 67-70.

215 Vgl.: Mackay: Max Stirner, S. 160; Saint-René Taillandier: Max Stirner. Die gegenwärtige Krisis der Hegel'schen Philosophie. Mit einem Nachwort, hrsg. v. Kurt Fleming, Leipzig 1999 (Stirneriana, Nr. 12).

216 Vgl.: [Hermann Jellinek:] Das Denunziations-Sistem des sächsischen Liberalismus und das kritisch-nihilistische Sistem H. Jellinek's, Leipzig 1847.

217 Georg Adler: Die Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland mit besonderer Rücksicht auf die einwirkenden Theorieen. Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte der sozialen Frage, Breslau 1885, S. 333; Ernst Victor Zenker: Die Wiener Revolution 1848 in ihren socialen Voraussetzungen und Beziehungen, Wien, Pest, Leipzig 1897, S. 169f.

B. Bauers zu dessen »Schule«?²¹⁸ Was hat es mit Jellineks Briefen an Bauer 1846 auf sich, was mit seinem Besuch bei Bauer 1846, was mit der Übersiedelung nach Berlin 1847, um mit Bauer und seinem Kreis zu verkehren?

Geboren wurde Jellinek am 9. Februar 1823 bei Ungarisch Brod in Mähren (also im Habsburgerreich) als Sohn eines jüdischen Branntweimbrenners. Ab 1839 betrieb er in Prag privat Talmud-, Geschichts- und Philosophiestudien, weil er, dem Wunsch seines Vaters folgend, Rabbiner werden sollte. Zwischenzeitlich hatte er in Wien extern das Abitur abgelegt, wandte sich 1842 auf abenteuerlichem Weg nach Leipzig und schrieb sich am 17. Oktober 1842 als Student der Philosophie an der dortigen Universität ein. War es die Anziehungskraft des damals durchaus berühmten Christian Hermann Weiße (einem von Hegel zu Schelling hin schwenkenden Philosophen, der im Rahmen seiner »positiven« Philosophie ausdrücklich dem »Individuum« Recht verschaffen wollte)? Oder war es die Anziehungskraft Leipzigs als »wichtigste[m] Zentrum der österreichischen Opposition«²¹⁹, also von Dichtern, die im freisinnigen Sachsen nach und nach »Exil« fanden und später mit dem Sammelnamen »Junges Österreich« bezeichnet wurden? Immerhin hatte Jellinek anfangs auch Ambitionen als Poet, und in Leipzig wirkte er u.a. auch als Mitglied des Herwegh-Klubs²²⁰. So oder so — während der Studienzeit in Leipzig geriet der Student schnell in oppositionelle Kreise. Einerseits betätigte er sich als öffentlicher Redner außerhalb der Universität, etwa zu Leibniz und über die moderne englische Geschichtsschreibung im Juni/Juli 1846²²¹. Andererseits wirkte er ab Anfang 1847 aktiv im von Robert Blum gegründeten oppositionellen Leipziger »Redeübungsverein« mit (und spätestens hier haben sich Kontakte zum anarchistischen Sozialisten und Verleger Emil Ottokar Weller ergeben, der ab 1847 auch mehrere Schriften Jellineks herausbrachte):

Eine Zeit lang war *Jellinek* [...] der Führer dieser philosophischen Debatten. Er kannte keine Rücksicht weder auf die wohlloblichen Autoritäten, noch auf sein Publikum. Atheismus,

218 Berthold Auerbach: Tagebuch aus Wien. Von Latour bis auf Windischgrätz. (September bis November 1848), Breslau 1849, S. 79; Julian Schmidt: Geschichte der deutschen National-literatur im neunzehnten Jahrhundert. Bd. 2, Leipzig 1853, S. 517.

219 Madeleine Rietra: Einleitung, in: Jung Österreich. Dokumente und Materialien zur liberalen österreichischen Opposition 1835–1848, Amsterdam 1980, S. 3–35, hier: S. 9; vgl. auch: Steffen Höhne: Vormärz und spätes Biedermeier, in: Handbuch der deutschen Literatur Prags und der Böhmisches Länder, hrsg. v. Peter Becher u.a., Stuttgart 2017, S. 136–145, hier: S. 139.

220 Vgl.: Hermann Jellinek, Max Müller und Theodor Fontane an Wilhelm Wolfsohn [Ende Juni/Anfang Juli 1843], in: Theodor Fontane und Wilhelm Wolfsohn — eine interkulturelle Beziehung. Briefe, Dokumente, Reflexionen, hrsg. v. Hanna Delf von Wolzogen/Itta Shedletzky, Tübingen 2005, S. 7ff. Zum Herwegh-Klub vgl.: Wulf Wülfing: Herwegh-Klub [Leipzig], in: Handbuch literarisch-kultureller Vereine, S. 202–207.

221 Vgl.: Hermann Jellinek an Moritz Jellinek, Juli 1846, in: Klaus Kempster: Hermann Jellinek: Lehrjahre eines Revolutionärs (1846–1848), in: Wiener Geschichtsblätter, 53 (1998), S. 182–195, hier: S. 187f.

Humanismus, Kommunismus, Fourierismus, wie er es gerade studiert hatte, trug er diesem bunten Publikum vor.²²²

Wohl wegen seines erheblichen Schuldenbergs und wohl auch wegen seiner Angriffe auf die in seinen Augen viel zu zahmen Liberalen wie Blum und andere bekam Jellinek am 21. August 1847 die Auflage, Leipzig innerhalb von acht Tagen zu verlassen. Schon 1845 hatte er mit dem Gedanken gespielt, sein Universitätsstudium abzubrechen und sich nach Berlin zu wenden²²³. Nunmehr, nach seiner Ausweisung ging er — im Juli 1847 und zwar ohne Universitätsabschluss, sein bisheriges Engagement an der Universität hatte sich ohnehin sehr in Grenzen gehalten²²⁴ — tatsächlich nach Berlin. Dort hatte er engeren Umgang mit B. Bauer (»er führte mich in den Kreis seiner Freunde, unter denen er besonders Bruno Bauer sehr verehrte«²²⁵). Schon 1846 stand er in vertrautem Briefwechsel mit ihm und hatte ihn im selben Jahr erstmals besucht²²⁶. Auch stand er dort in Verbindung zur 1845 gegründeten »Genossenschaft zur Reform im Judenthums«.

222 Arnold Ruge: Aus der Revolution. Memoiren eines Philosophen [1850], in: Werke und Briefe, Bd. 7, S. 425-457, hier: S. 430.

223 Vgl.: Hermann Jellinek an Johann Heinrich Raphael Biesenthal, 23. Mai 1845, in: Staatsbibliothek zu Berlin. Handschriftenabteilung. Nachlass Darmstaedter, Sig. 2 m 1835*.

224 Es ist lediglich Jellineks Teilnahme an je vier Lehrveranstaltungen im Wintersemester 1842/43 und im Sommersemester 1843 dokumentiert, vgl. insgesamt die Eintragungen im Matrikelbuch, in der alphabetischen Studentenliste und im Verzeichnis für ausgestellte »Sitzzeugnisse« der Universität Leipzig. Ich danke freundlich für die Übersendung der Materialien dem Universitätsarchiv der Universität Leipzig vom 16. Mai 2019.

225 [Erinnerungen seiner Braut Amalie Hempel], in: Bruno v. Frankl-Hochwart: Hermann Jellinek und Amalie Hempel, in: Die Zeit. Wiener Wochenschrift für Politik, Volkswirtschaft, Wissenschaft und Kunst, Bd. XVII/XVIII, 1898/99, Nr. 216 u. 217, 19. u. 26. November 1898, S. 119-121, 130f., hier: S. 120.

226 Ein Brief Jellineks an Bauer vom 2. September 1846 (»Bester Freund!«) zeichnet sich durch vertraute Nähe aus; Jellinek diskutiert neuste theologische Literatur in Bezug auf Bauers *Synoptiker*, teilt mit, dass er gerade Bauers *Geschichte der Cultur, Politik und Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts* lese und bittet Bauer um Bücher und Broschüren von ihm und seinem Bruder Edgar (Edgar Bauer: *Geschichte der constitutionellen und revolutionären Bewegungen im südlichen Deutschland*, Bd. 2; Band 3 der von Bruno und Edgar Bauer herausgegebenen *Denkwürdigkeiten zur Geschichte der neueren Zeit seit der Französischen Revolution*). Weiterhin teilt Jellinek mit, dass er die von Bauer erbetene Literatur selbst bald schicken werde, vgl.: Hermann Jellinek an Bruno Bauer, 2. September 1846 in: Staatsbibliothek zu Berlin. Handschriftenabteilung. Nachlass Darmstaedter, Sig. 2 m 1835*. Ein Besuch bei Bauer fand u.a. ebenfalls im September 1846 statt, vgl.: Hermann Jellinek an Moritz Jellinek, Leipzig, 19. September 1846, in: Kempter: Hermann Jellinek, S. 189. Edgar Bauer, den Jellinek persönlich nie kennen lernte, steuerte 1848 für Jellineks *Kritischen Sprechsaal* einen kurzen Beitrag bei, der offenbar ein Originalbeitrag war, vgl.: Edgar Bauer: *Aristokraten und Plebejer*, in: *Kritischer Sprechsaal für die Hauptfragen der Österreichischen Politik*. Herausgegeben von Dr. Hermann Jellinek. Drittes Heft, Wien 1848, S. 7-10.

Im Dezember 1847 wurde er aus der preußischen Hauptstadt ebenfalls ausgewiesen (seinen eigenen Angaben nach, weil er vorhatte, öffentliche Vorträge über Nationalökonomie zu halten, wahrscheinlich über Fourier und Proudhon; polizeiliche Unterlagen über eine Ausweisung Jellineks fanden sich in Berliner Archiven bisher nicht). Im Januar reiste er aus der preußischen Hauptstadt aus; eine Rückkehr nach Leipzig wurde von den sächsischen Behörden vereitelt, so dass er zurück in seine Heimat und in sein Elternhaus ging. Dort hielt es ihn nicht lange, die Revolution 1848 führte ihn umgehend nach Wien, und dort arbeitete er als Publizist und Journalist. Nach dem Wiener Oktoberaufstand und der anschließenden Niederschlagung durch die Reaktion wurde der 25jährige am 22. November 1848 von einem Militärtribunal wegen »Verbrechens der hochverräterischen Aufwiegelung des Volkes zur bewaffneten Empörung« zum Tod verurteilt und am Tag darauf hingerichtet.

So viel zu Jellineks äußerer Biographie, nun zu seiner intellektuellen. Seinen Einstand gab er 1843 mit Besprechungen von B. Bauers Abhandlung über die Judenfrage (und anderer Schriften zu diesem Thema). Sie zeigen eine Ambivalenz: Jellinek wollte seine jüdische Identität bekräftigen, sah sich aber dennoch, trotz gewisser Vorbehalte, angezogen von Bauers Kritik am Judentum als aufklärungsresistent. So kam es dazu, dass er, »dem Glauben nach Atheist, dem imaginierten Volkstum nach jüdisch« auf geradezu paradox scheinende Weise »Bauers Schmähungen des Judentums offensiv verteidigte«²²⁷. In seiner ersten eigenständigen Schrift (Februar 1847) wird jüdische Geschichte und Gegenwart bei ihm auf andere Weise relevant. Anhand der historischen Person Uriel Acosta (1585–1640) thematisiert Jellinek die Grundlagen radikalen religiösen bzw. antireligiösen Freisinns. Er zeichnet — im Prinzip weitgehend korrekt — Acosta als religiösen Freigeist, der sich gegen eine engstirnige jüdische Religionspraxis auflehnt, er charakterisiert ihn als Verfechter einer autonomen Moral jenseits jeder Religion, und zwar einer Moral allein auf Basis von »Natur«. Ausdrücklich kennzeichnet er ihn in dieser Hinsicht als Vorläufer Spinozas und Fouriers²²⁸. In dieser Schrift trat Jellinek offenbar erstmals mit dem Dokortitel auf, den er allerdings nie erworben hatte. Eine nächste Abhandlung aus dem August 1847 — die Einleitung zu *Die gegenwärtige Krisis der Hegel'schen Philosophie* des französischen Komparatisten Saint-René Taillandier unter dem Titel *Ueber die Bedeutung der letzten zwölf Jahre in Deutschland* — lässt, trotz der eklektischen Vermengungen, die allen Arbeiten Jellineks zu eigen sind, den Kern einer eigenständigen Philosophie erkennen. Sie beinhaltet Elemente der junghegelianischen Subjektphilosophie (atheistisch, individualistisch, anarchistisch), verbunden mit der von den Brüdern Bauer und von »wahren Sozialisten« wie Heß und

227 Philipp Lenhard: Volk oder Religion? Die Entstehung moderner jüdischer Ethnizität in Frankreich und Deutschland 1782–1848, Göttingen, Bristol 2014, S. 316.

228 Vgl.: Dr. Herrmann Jellinek: Uriel Acosta's Leben und Lehre. [...] Aus den Quellen dargestellt, Zerbst 1847, S. 35. [Die gelegentliche Schreibung des Vornamens als »Herrmann« erfolgt hier nach Originalvorlagen, OB.]

Grün ausgehenden Kritik an ›Politik‹ überhaupt. Alternativ dazu richtet Jellinek den Blick auf soziale — und eben nicht nur auf politische — Umwälzungen. Das verkopelte er mit dem Fourierschen Konzept der Freisetzung der Leidenschaften. Das heißt, mit Spinoza, Feuerbach und Fourier rekurrierte er auf Natur an sich und erstrebte eine gänzlich neue befreite leidenschaftsvolle menschliche Natur im Sinn wirklicher Freiheit²²⁹. Was er von Fourier allerdings tatsächlich rezipiert hat, muss offen bleiben. Auch andere seiner Schriften, in denen der Name Fourier schlagwortartig fällt, geben hier keine näheren Aufschlüsse.

Seine nächste und umfangreiche Schrift *Die religiösen, sozialen und literarischen Zustände der Gegenwart [...]. Kritik der Religion der Liebe* wurde im September 1847 in Berlin abgeschlossen. Sie schlug den Bogen von den pietistischen Strömungen des 17. und 18. Jahrhunderts (und ihren Kritikern) zu den neureligiösen Bestrebungen der Gegenwart, d.h. zu den protestantischen »Lichtfreunden« sowie den »Deutschkatholiken« (und ebenfalls ihren Kritikern). Der historische Teil greift weit aus, in die Debatten der holländischen, französischen, englischen und deutschen Aufklärung. Der Gegenwartsteil konzentriert sich auf Entwicklungen innerhalb der deutschen Staaten, vorrangig auf Sachsen und Preußen. Und so, wie dereinst die pietistischen Theologien weder von idealistisch-rationalistischen noch materialistischen Philosophien angemessen widerlegt werden konnten, so auch heute. Weder idealistisch (B. Bauer) noch materialistisch (Feuerbach) seien sie zu kritisieren, sondern nur auf dem Wege der ›realen Kritik‹. Diese setze jenseits dieser Vereinseitigungen an und erfasse das Mensch-Natur-Verhältnis als eines der tätigen Wechselwirkung:

Wenn der Idealismus die Natur nicht versteht nicht weiß, daß sie der Stoff ist für den arbeitenden, schöpferischen Menschen, so weiß wieder der Materialismus nicht, was die arbeitende Kraft des Menschen, oder der Mensch als solcher zu bedeuten hat, er versteht den Menschen nicht. Er macht aus ihm ein schwaches Wesen, ein Wesen, welches, wenn es auch mit Kenntnissen der Natur ausgestattet ist, doch nichts ist, wenn es auch die Natur erkannt hat, doch ein passives abhängiges Wesen ist.²³⁰

Spinoza sei es gewesen, der einst diesen Natur-Mensch-Dualismus überwunden habe, und zeitgemäß müsse an Spinoza angeknüpft werden — und zwar mit Fouriers Theorie der Leidenschaften: »*Fourier ist der erste consequente Schüler Spinozas*«²³¹. Mit seinem Konzept der Leidenschaften hätte er die erforderliche ›tätige Seite‹ des Menschen ins Recht gesetzt:

229 Vgl.: St. René Taillandier: Die gegenwärtige Krisis der Hegel'schen Philosophie. Mit einer kritischen Einleitung über die *Bedeutung der letzten zwölf Jahre in Deutschland*, von H. Jellinek, Leipzig 1847.

230 Dr. Herrmann Jellinek: Die religiösen, sozialen und literarischen Zustände der Gegenwart. In ihren praktischen Folgen untersucht. Erster Theil: Die religiösen Zustände der Gegenwart, oder: Kritik der Religion der Liebe, Zerbst 1847, S. XXVI.

231 Ebd., S. 52.

Einen neuen Inhalt kann der Mensch nur dann bekommen, wenn die Bildung und Cultur seit dem 17. Jahrhundert erkannt wird als die Metamorphose des Christenthums selbst; wenn dargethan wird, daß die *Philosophie* und die *Kunst* nichts Anderes sind, als die Politur der Religion.

*Der Wendepunkt der Geschichte ist kein anderer, als die Erkenntniß, daß die bisherige Bildung, weil sie auf dem Boden der Religion entstanden ist, eine unmenschliche ist, d.h. daß sie nicht fähig ist, selbstständige Charaktere zu schaffen, nicht fähig ist, die Leidenschaften des Menschen frei entwickeln zu lassen, ja daß diese ganze Entwicklung, namentlich die Philosophie, die Moral und die Kunst, die verschworensten Feinde der menschlichen Leidenschaft sind.*²³²

Man erkennt hier die Konturen und das Programm einer spezifischen Philosophie, aber Vieles bleibt bei Jellinek unausgeführt, bleibt vage. So wurde Feuerbach sichtlich in Manchem beerbt, aber dennoch als überlebt abgewiesen. Und B. Bauer galt als der »bedeutendste Kritiker der Gegenwart«²³³, bleibe aber dennoch idealistisch lediglich auf logisch-metaphysische Ideenentwicklungen beschränkt. Insofern gestaltete sich Jellineks Verhältnis zu Bauer ambivalent. Er verdankte ihm viele Anregungen, wollte ihn aber auch übertreffen. In Abschiedsbriefen vor seiner Hinrichtung sowie in seinem zeitgleich verfassten Testament bestand Jellinek übrigens darauf, dass in der über ihn zu schreibenden Biographie ausdrücklich auch sein Verhältnis zu B. Bauer erwähnt werden sollte²³⁴. Es scheint, dass der blutjung hingerichtete Revolutionär damit seine persönliche Rolle als Theoretiker aufwerten wollte. Es müssen aber auch Impulse von Bauer ausgegangen sein, denen er auf diese Weise Nachdruck geben wollte.

Jellinek — und das bestätigen die Zeitzeugen — war persönlich ein relativ exzentrischer Charakter mit hohem Sendungsbewusstsein. Auch die theoretischen Schriften des jugendlichen Autors wirken exzentrisch: mitunter flüchtig, zum Teil widersprüchlich, sie zeigen ein eher sprunghaftes Ringen, sind mit apodiktischen Ansprüchen durchsetzt und tragen nicht selten einen noch fragmentarischen Charakter. Manches seiner Revolutionspublizistik wirkt ebenfalls flüchtig, widersprüchlich und missverständlich. Zu denken ist hier an zwei Flugschriften von März und Mai 1848. In der ersten dieser Flugschriften (Wien, 17. März 1848) sieht Jellinek sich als Erbe der philosophischen Entwicklung seit Hegel, und er beruft sich im Zug der Revolutions- und Freiheitsbestrebungen auf die Aufklärer Spinoza, Morelly, Mably, Fourier; und mit dem Untertitel der Schrift (»Meine Befreiung aus der literarischen Gefangenschaft«) stellt er sich in die unmittelbare Nähe Ed. Bauers. Darüber hinaus warnt er vor einem undemokratischen Wahlzensus. Und in der zweiten Flugschrift (Wien, 6. Mai 1848) empfiehlt den Wählern in den deutschen Staaten, Kandidaten wie Ruge, Feuerbach, Strauß und B. Bauer in die

232 Ebd., S. 188.

233 Ebd., S. 3.

234 Vgl.: Klaus Kempter: Die Jellineks 1820–1955. Eine familienbiographische Studie zum deutschjüdischen Bildungsbürgertum, Düsseldorf 1998, S. 92.

Frankfurter Nationalversammlung zu wählen (und Buhl wird in dieser Schrift zumindest positiv erwähnt)²³⁵. Auch in dieser Flugschrift erkennt man eher Gedankenassoziationen und eine sprunghafte Force des Angriffs als ausgearbeitete Argumente.

In der Journalistik hingegen, orientiert an konkreten Tagesfragen, konnte Jellinek seine Qualitäten besser entfalten. In Beiträgen für Presseorgane wie die *Allgemeine Oesterreichische Zeitung* und den *Radikalen. Deutsche Zeitung für In- und Ausland* (ab 1. September 1848 nur noch *Der Radikale*) widmete er sich vor allem der Nationalitätenfrage, d.h. dem Selbstbestimmungsrecht der europäischen Nationen in einem europäischen Föderativsystem. Und weiterhin stritt er für die sog. Volkssouveränität, gerade angesichts der wachsenden Reaktion im Habsburgerreich und Europa überhaupt — und zwar nicht in liberal-demokratischem Sinn, sondern in dem einer »soziale[n] Demokratie«, der über den Horizont der rein »demokratischen Phrasenhelden« hinausgeht²³⁶. Diese »soziale Demokratie« war keine zentralisiert-kommunistische, sondern eine, an Proudhon geschulte, dezentral-assoziationshafte: Jellinek sah Proudhons *Système des Contradictions économiques, ou Philosophie de la Misère* als »kritisches Meisterwerk« an, und er erkannte in Assoziationsvorstellungen »das Gegenteil von Kommunismus, von Louis Blanc, das Gegenteil des Zentralisierungssystems«²³⁷. Er verband also B. und Ed. Bauers radikale Kritik am demokratischen Repräsentativsystem und am Kommunismus mit den anarchistischen sozial-ökonomischen Zukunftsvorstellungen Proudhons.

Mit all dem verfocht Jellinek nicht lediglich theoretische Gedankenspiele. Im *Radikalen* — einer radikal-demokratischen Zeitschrift mit sozialistischen Tendenzen — erklärte er die Revolution im September »für permanent« und rief schließlich im Oktober 1848 den militärischen Kampf gegen die Reaktion aus: »Das bewaffnete Volk muß angreifen«²³⁸. Dennoch verzichtet er auch als Journalist nicht auf ausführliche philosophische Exkurse und Bekenntnisse. Relevant sind hier vor allem seine beiden Beiträge *Logische Consequenzen einer politischen Zeitschrift* und *Thesen über das Verständniß der socialen Entwicklung innerhalb des Christenthums* von Juni und Oktober 1848. In ersterem plädiert er, orientiert an B. Bauer, für die unumschränkte politische, soziale und kulturelle Macht der Kritik, und er hypostasiert diese »Kritik« geradezu: »Die Kritik

235 Vgl.: Dr. Hermann Jellinek: An die Wiener Bürger und Studenten! Meine Befreiung aus der literarischen Gefangenschaft zu Ungbrod. Durch die Wiener Ereignisse nebst einem kritischen Worte über das politische System des Fürsten v. Metternich [...], Wien 1848; Dr. H. Jellinek: Ansprache an die Leipziger, Berliner und Schwaben! [...], Wien 1848.

236 [Hermann] Jellinek: Eine Prophezeiung, in: *Der Radikale*, Nr. 94, 4. Oktober 1848, S. 388.

237 J.: Thiers, Proudhon, Louis Blanc, in: *Allgemeine Oesterreichische Zeitung*, Nr. 125 u. 127, 5. u. 7. August 1848, zit. nach: Wolfgang Häusler: Hermann Jellinek (1823–1848). Ein Demokrat in der Wiener Revolution, in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte* [Tel Aviv], 5 (1976), S. 125–175, hier: S. 153.

238 H. Jellinek: Zur Kritik der Reichstagsverhandlungen vom 31. August, in: *Der Radikale*, Nr. 66, 2. September 1848, S. 267; Jellinek: Unsere Lage, ebd., Nr. 110, 25. Oktober 1848, S. 441.

hat nicht *ein* Prinzip der Freiheit, sondern sie ist die umfassendste, freilich der Menge nicht so schnell zugängliche *Freiheit selbst*«. Im zweiten entwirft er, anknüpfend an philosophische Vorbilder, einen unscharf gehaltenen Entwurf kommender Entwicklungen. Das aufklärerische Naturrecht habe mit der These, dass der angebliche ›Kampf Aller gegen Alle‹ nur durch einen starken Staat einzudämmen sei, lediglich die Sündenlehre des Christentums beerbt; der Kommunismus mit seinen zentralisierten Leitungs- und Kontrollvorstellungen knüpfe mehr oder weniger ungebrochen daran an, insbesondere mit seiner Vorstellung, die »Arbeit [zu] organisiren«. Alternativ stellt Jellinek ein Amalgam aus Feuerbachs ›ganzem‹ Menschen, Grüns sozialistischem Universalhumanismus und Fouriers Entfaltung der Leidenschaften in den Raum: »Nicht die *Arbeit* aber ist zu organisiren, sondern der *Mensch*, nicht aber der Mensch im *Singular*, sondern im Plural, nicht der isolirte von der Natur losgerissene Mensch — sondern der reale wirkliche Mensch mit seinen Leidenschaften«²³⁹.

So war Jellinek — um ein Fazit seiner revolutionär-publizistischen Schaffensperiode zu geben — ein linkshegelianisch-philosophischer Utopiker, der sich aber auch entschlossen-oppositionell in der Tagespolitik engagierte, und diese Entschlossenheit wurde ihm zum Verhängnis.

Nachtrag: *Abend-Post* (1850)

Im Jahr 1850 hielt Friedrich Engels, der sich von seinen einstigen frühanarchistischen Gedankenexperimenten längst verabschiedet hatte, in einem journalistischen Beitrag, der fragmentarisch und damals unveröffentlicht blieb, polemisch fest:

Die Abschaffung des Staats, die *Anarchie* ist inzwischen in Deutschland ein allgemeines Stichwort geworden. Die versprengten deutschen Schüler Proudhons, die Berliner »höhere« Demokratie und sogar die verschollenen »edelsten Geister der Nation« aus dem Stuttgarter Parlament und der Reichsregentschaft haben sich, Jeder in seiner Weise, dies wildaussehende Stichwort angeeignet.²⁴⁰

In der Tat: Nach dem Scheitern der demokratischen Bewegung in der Revolution setzten, gewissermaßen alternativ, demokratische und sozialistische Akteure in den verschiedenen deutschen Staaten auf Anarchismus und Anarchie (falls sie das nicht schon vor 1848 getan hatten). Die Rahmenbedingungen waren gänzlich andere als im Vormärz. Nunmehr waren die Stärken, aber auch die Schwächen demokratischer Theorie und Praxis zutage

239 Herrmann Jellinek: Logische Consequenz einer politischen Zeitschrift [Allgemeine Oesterreichische Zeitung, 19. Juni 1848], abgedruckt in: Herrmann Jellinek: Kritische Geschichte der Wiener Revolution vom 13. März bis zum constituirenden Reichstag, Wien 1848, S. 136-139, hier: S. 138; Jellinek: Thesen über das Verständniß der socialen Entwicklung innerhalb des Christenthums, in: Der Radikale, Nr. 103, 17. Oktober 1848, S. 413f., hier: S. 413.

240 Vgl.: Friedrich Engels: [Über die Losung der Abschaffung des Staates und die deutschen »Freunde der Anarchie« (1850)], in: MEGA². Bd. I.10, S. 330-335, hier: S. 330.

getreten (und nicht nur die des ohnehin undemokratischen Stände-Wahlrechts): nämlich in ›repräsentativer‹ Weise einen angeblichen Gesamtwillen zu vertreten und doch nur Begüterte bzw. Eliten zu begünstigen. Deshalb erhielten anarchistische Vorstellungen in den Jahren 1848/49 bis 1851 einen deutlichen — allerdings zeitlich begrenzten — Aufschwung. Diesbezüglich ist an eine der von Engels verhöhten Gruppen zu erinnern, die *versprengten Schüler Proudhons* (Karl Grün, Arnold Ruge, Ludwig Bamberger, Edmund Moneke, Alfred Meißner u.v.a.)²⁴¹. Bei der anderen genannten Gruppe oder Strömung, den *edlen Geistern aus dem Stuttgarter Parlament und der Reichsregentschaft*, handelte es sich um Demokraten (vereinzelt um Sozialisten), die schon im Revolutionsverlauf 1848/49 anarchoide Positionen durchprobt hatten. Sie fanden nunmehr, nach der gescheiterten Revolution, meist vorübergehend und zum Teil gruppiert um die 1850/51 in Stuttgart bzw. Bremen erscheinende *Deutsche Monatsschrift*, in anarchistischen Positionen eine weltanschauliche Alternative (u.a. Carl Vogt, Richard Wagner, Sigmund Engländer, Ludwig Simon, Alexander Herzen)²⁴². Und die genannte dritte Gruppe, die Berliner *höhere Demokratie?* Hier handelte es sich um Akteure aus dem engeren bzw. weiteren Kreis der einstigen Berliner »Freien« — dem Engels vor Jahren ebenfalls angehört hatte —, die sich 1849/50, in Zusammenarbeit mit Verfechtern des facettenreichen Konzepts ›Freihandel‹, um die bis Mitte 1850 in Berlin erscheinende *Abend-Post* (bis Ende Januar 1850 unter dem Titel *Demokratische Zeitung*) versammelten (u.a. Eduard Meyen, Julius Faucher, Heinrich Beta, Ludwig Buhl, vereint mit dem Freihandelsvorkämpfer John Prince-Smith).

Chronisten des Anarchismus wie Zenker und Nettelau haben auf das anarchistische Profil dieses Blattes hingewiesen²⁴³. Sie standen jedoch vor demselben Problem wie die heutige Forschung: dass nur noch vereinzelte Exemplare der *Abend-Post* in Archiven und Bibliotheken überliefert sind. Und so bestimmen Schmähungen wie die aus dem sozialdemokratischen *Vorwärts* aus dem Jahr 1894 das Bild:

Julius Faucher, der den »Anarchismus« zuerst in Deutschland eingeführt hat, trieb ihn auch theoretisch zu der tollsten Konsequenz der modernen Dolch- und Dynamitritter. Seine Theorie

241 Vgl. u.a.: Maurice Schuhmann: Pierre-Joseph Proudhon in Deutschland, in: Anarchismus in Vor- und Nachmärz, S. 15-39; Portmann: Die Reformation der Reformation oder der Geist der Anarchie.

242 Vgl. zum Blatt insgesamt: Christian Jansen: Einheit, Macht und Freiheit. Die Paulskirchenlinke und die deutsche Politik in der nachrevolutionären Epoche 1849–1867, Düsseldorf 2000, S. 172ff. Als anarchistische Programmschriften aus diesem Kreis wären zu nennen: Carl Vogt: *Untersuchungen über Thierstaaten* (1851); Richard Wagner: *Die Kunst und die Revolution* (1849), *Das Kunstwerk der Zukunft* (1850), *Oper und Drama* (1852); [Alexander Herzen:] *Vom anderen Ufer* (1850), [Alexander Herzen:] *Briefe aus Italien und Frankreich (1848–1849)* (1850).

243 Vgl.: E. V. Zenker: *Der Anarchismus. Kritische Geschichte der anarchistischen Theorie*, Jena 1895, S. 87; Nettelau: *Der Vorfrühling der Anarchie*, S. 179.

vom »Verbrechen« war kein Einfall des Augenblicks. Der »Absolutismus des Individuums« machte das *Verbrechen* gegen den Staat und andere die »schränkenlose Freiheit« verletzende Individuen zu einer *Pflicht* des *Ich*.²⁴⁴

a) Von der *Demokratischen Zeitung* zur *Abend-Post*

Bevor es hier um eine inhaltliche Analyse des Blatts geht, soll eine Strukturanalyse erfolgen, weil es zu mehreren Änderungen der Herausgeberschaft kam, die jeweils auch den inhaltlichen Kurs und den Titel beeinflussten. Dazu liegen seit Kürzerem erste Forschungsergebnisse vor²⁴⁵. Seit Ende des Jahres 1847 erschien in Stettin *Der Wächter an der Ostsee. Monatsschrift für öffentliches Leben der Deutschen Ostseeländer*, herausgegeben von Wilhelm Lüders, einem norddeutschen Radikaldemokraten; aus Zensurgründen musste es bei einer Monatsschrift bleiben. Mit der Revolution wurde das Blatt ab ca. April 1848 zur Wochenschrift und erschien alsbald zweimal wöchentlich. Ab 1. Juli 1848 erschien es schon sechsmal wöchentlich, weiter von Lüders in Stettin herausgegeben, aber als Mitarbeiter werden nun vorangestellt-programmatisch u.a. genannt: Meyen, Buhl, Weller (und es gab einen neuen Untertitel: *Demokratisches Organ*). Im Mai 1849 erfolgte der Wechsel der Redaktion nach Berlin, und das Blatt erhielt den Untertitel *Demokratische Zeitung*. Einige Wochen später, am 20. Juli, erfolgte der Wechsel auf das Großformat, nunmehr unter zwei Redakteuren: Lüders und Meyen. Spätestens ab August 1849 wirkte Meyen als Alleinredakteur, und zwar unter dem Titel *Demokratische Zeitung. Abendblatt* (der Unter- wurde also zum Obertitel). Wie sich aus anderen Zeitungsquellen rekonstruieren lässt, erfolgte am 28. oder 29. Januar dann der Titelwechsel zu *Abend-Post*, und der Obertitel *Demokratische Zeitung* wurde wieder zum Untertitel. Zu dieser Zeit, Mitte Januar, hatte Meyen versucht — letztlich erfolglos —, das Blatt auf Aktienbasis einzurichten²⁴⁶. Ab 1. April wurde dieser Untertitel mit seinem Verweis auf »Demokratie« ganz aufgegeben. Grund war ein inhaltlicher Schwenk, nämlich hin zu Anarchie statt Demokratie. Darüber hinaus gewannen mit dem Eintritt Fauchers in die Redaktion nachweislich spätestens zum 1. April (es gab nun also die Doppelredaktion Meyen/Faucher) freihändlerische Themen mehr und mehr an Bedeutung. Faucher war

244 [Anonym:] Zur Geschichte und Naturgeschichte des Anarchismus, in: Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Nr. 175, 31. Juli 1894, [S. 3].

245 Vgl.: Elias Huber: The Berlin *Abendpost*. A Stirnerite and Individualist Anarchist Newspaper from 1850, in: The Independent Review, 24 (2019), S. 187-207; Olaf Briese: Die Berliner *Abend-Post* (1850). Die erste deutschsprachige anarchistische Zeitung, in: Ne znam. Zeitschrift für Anarchismusforschung, 6 (2020), H. 9, S. 3-26, 7 (2021), H. 10, S. 3-32.

246 Vgl.: Das provisorische Comité [=geplante Geschäftsführung der »Berliner Abend-Post«]. Bergenroth. E. Meyen. E. Steinthal. Berlin, 16. Januar 1850, in: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 11653, Bl. 65f. [Acta adhibenda betr. Dr. phil. Eduard Meyen (beschlagnehmte Schriftstücke pp.)].

ein Vertrauter Prince-Smith', und dieser war in Preußen eine der Schlüsselfiguren im Kampf für den Freihandel.

Freihandel umschloss zu jener Zeit, um das hier in Erinnerung zu rufen, in den deutschen Staaten bzw. in Preußen in gewisser Abstufung mindestens vier Facetten: die Minimierung oder Abschaffung von Ausfuhr- und Einfuhrzöllen auf Agrar- und Industrieerzeugnisse (Zoll- und Steueraspekt); die Stimulierung von Landwirtschaft, Handwerk und Industrie durch uneingeschränkte Entfaltung von Kreditinstitutionen (Kreditaspekt); die Schaffung eines der ganzen Bevölkerung zugutekommenden wirtschaftsfreundlichen Klimas durch Minimierung staatlicher Eingriffe und Bürokratieabbau (Etatismus- und Bürokratieaspekt); Kritik an nationaler Abschottung und ressourcenverschlingendem Militarismus, Plädoyer für internationale Kooperation auf verschiedenen Ebenen (Internationalisierungsaspekt). Es handelt sich also, vereinfacht gesagt, um eine sich hauptsächlich auf Adam Smith berufende wirtschaftstheoretische Emanzipations- und Oppositionsbewegung, die den adlig-bürokratischen Ständestaat indirekt und direkt unterminierte. Diese Freihandelsvorstellungen waren, wie die Textzeugnisse aus der *Abend-Post* und ihrem Umfeld belegen, mit Assoziationsvorstellungen grundsätzlich vereinbar oder schlossen sie sogar direkt ein. Insofern waren sie attraktiv auch für Akteure des Proletariats, zumindest für die, die nicht auf eine — unter welchem politischen Vorzeichen sich auch immer vollziehende — Staatsversorgung setzten, sondern auf institutionelle und wirtschaftliche Eigeninitiative (zu dieser Zeit vor allem, aber nicht nur, zukunfts zugewandte, nichtkorporativ orientierte Vertreter des Handwerksproletariats). Das sieht man, dazu weiter unten, u.a. an den positiven Reaktionen aus dem Kreis der Breslauer »Arbeiterverbrüderung«. Dieser Kurswechsel hin zu Anarchie und Freihandel — um auch das zu erwähnen — brachte für das Blatt einen erheblichen Aufschwung an Abonnenten; waren es Mitte Januar 700, so wuchs die Zahl in der *Abend-Post*-Phase auf ca. 1700-1800²⁴⁷.

Im Zusammenhang mit diesen redaktionellen Änderungen ab 1. April wurde der Fortfall des Untertitels *Demokratische Zeitung* vom Blatt in der Nr. 76 vom 3. April 1850 im Leitartikel *Die Abend-Post und die historische Demokratie* selbst thematisiert: Einerseits glaube man, dass man ohne äußerliches Demonstrieren eines »Parteizeichens« die »Schroffheit« in der geistigen Auseinandersetzung vermeide (man erkennt hier also ein pragmatisches Zurückweichen angesichts der Bedrohungen für das Blatt durch die drückende Reaktion). Andererseits wolle man nicht mehr vorbehaltlos für bislang gültige historische Konzepte von Demokratie einstehen (also für die repräsentative Demokratie): »Bisher ging die Demokratie nicht über das Projekt hinaus, die Staatsgewalt in die eigene Hand zu nehmen [...]. Freiheit im Staate, wie man bisher die Staatsaufgabe begriff, geht bei allem demokratischen Mechanismus nicht. Wenn nicht Be-

247 Vgl.: Das provisorische Comité, Bl. 65; A. M. [Arthur Müller?]: Die Berliner Tagespresse, in: Deutsche Monatsschrift für Politik, Wissenschaft, Kunst und Leben, 1 (1850), H. 9, S. 403-420, hier: S. 414, 418.

freie vom Staate möglich ist, geht gar nichts«²⁴⁸. Diese Zielrichtung führte jedoch zu keiner Abkehr vom gemeinsamen publizistischen Kampf gegen den Hauptfeind: gegen das Adelsregime und die preußische Reaktion. Hier war die Interessenlage zwischen ›Demokraten‹ und ›Anarchisten‹ identisch, aber in einem nächsten Schritt wollte der Kreis um die *Abend-Post* über die Demokratie hinaus. Das verdeutlicht u.a. der leitende Artikel des Blatts vom 19. Mai: Erst kämpfe man mit den Demokraten und mit dem Volk für das Volk und für demokratische Rechte. Wenn diese errungen seien, müsse man aber auf das ›Volk‹ einwirken, um in einem weiteren Schritt gänzliche Herrschaftslosigkeit zu erlangen: Das Volk wird »die Ueberzeugung gewinnen, daß es zuerst das Junkertum, die Bureaukratie und den alten Militärgeist besiegen muß, wenn es darauf rechnen will, eine gemeinsame Volksgewalt hinzustellen und sich eine Verfassung zu erringen«. Danach gebe es die Möglichkeit weiterer Schritte, ausgehend von den Aufgeklärten und Weitsichtigen: »Wir können die Staatsgewalt, welche allein der Feind der Freiheit ist, zersetzen und dadurch das Volk belehren, was es zu thun hat, wenn der Sturm der Geschichte wieder über Europa dahinbraust«²⁴⁹.

Mit oder ohne das Schlagwort ›demokratisch‹ im Untertitel des Blatts: Der politische Druck auch auf die *Abend-Post* erhöhte sich, und mindestens sechs Nummern wurden in den Monaten März, April und Mai polizeilich beschlagnahmt, wobei für die Nummer 114 vom 19. Mai die Beurteilungen des Berliner Polizeipräsidiums sowie der Staatsanwaltschaft überliefert sind: »gehässige Darstellungen gewisser Regierungs-Maßregeln« bzw. darauf gerichtet »die Maßnahmen der Regierung dem Hasse und der Verachtung Preis zu geben«²⁵⁰. Nach dem 22. Mai 1850 (Attentat eines Geisteskranken auf den

248 [Anonym:] Die Abend-Post und die historische Demokratie, in: *Abend-Post*, Nr. 76, 3. April 1850, [S. 1f.], hier: [S. 1].

249 [Anonym:] Der Berliner Fürsten-Kongreß und der Staaten-Kongreß in Frankfurt, in: *Abend-Post*, Nr. 114, 19. Mai 1850, [S. 1].

250 Polizeipräsident v. Hinckeldey an preußischen Innenminister v. Manteuffel, 29. Mai 1850, in: *GStA PK, I. HA, Rep. 77, Tit. 54a, Nr. 1, Bd. 1, Bl. 77f.*, hier: Bl. 77 (darin auch das staatsanwaltliche Zitat) [Acta betr. die Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften und Flugblättern in der Haupt- und Residenzstadt Berlin. Vom 19. Juni 1849 bis zum 22. Febr. 1855]. Erwähnt sei, dass dieser Brief symptomatisch für eine Kontroverse steht, die sich in den folgenden Jahren zuspitzen sollte: Von Hinckeldey verfolgte energisch alle freisinnigen Regungen, wollte aber gleichzeitig auch die Polizei als neue und umfassende Sicherheitsinstitution etablieren und stärken; die Justizorgane hingegen sahen hier argwöhnisch, und nicht ohne Grund, einen konkurrierenden Machtzuwachs, dem sie entgegensteuern wollten. Insofern lässt sich die Reaktion der Staatsanwaltschaft beim Königlichen Kammer-Gericht (Berlin) erklären. Sie erkannte zwar in Nr. 114 der »*Abend-Post*« die genannten Tendenzen, die »Maßnahmen der Regierung dem Hasse und der Verachtung Preis zu geben«, sah darin aber keinen hinreichenden Grund zum Verbot dieser Ausgabe. Weitere verbotene Nummern der »*Abend-Post*«: Nr. 54 (4. März), Nr. 56 (6. März), Nr. 68 (22. März), Nr. 82 (10. April), Nr. 105 (7. Mai), nach: ebd., Bl. 48, 55, 59, 83.

König) kam es zur kurzzeitigen Verhaftung u.a. auch von Meyen, und dieses Attentat wurde von der preußischen Reaktion zur Verschärfung der Pressegesetzgebung benutzt. Die neue Presseverordnung vom 5. Juni forderte nämlich von Periodika mit politischem Inhalt hohe Kautionen²⁵¹. Als darüber hinaus zum 1. Juli 1850 den noch verbleibenden Oppositionsblättern Preußens der Postdebit entzogen wurde (also das Recht auf kostenlose Beförderung für die Abonnenten), waren die finanziellen Lasten auch für diese Zeitung fast erdrückend. Und mehr noch: Der strukturelle ökonomische Druck ging mit juristischer Repression einher. Am 15. Juni 1850 erfolgte in erster Instanz Meyens Verurteilung wegen Verleumdung von Soldaten im Blatt zu vier Monaten Haft; ab 1. Juli trat er öffentlich von der Redaktion zurück und ging vorerst inkognito nach Hamburg (später ins englische Exil). Meyen war deshalb aber nicht vom Journal abgekoppelt, ein Schreiben von genau diesem 1. Juli bezeugt, dass er von Hamburg aus für die *Abend-Post* Geld akquirierte²⁵².

Seit 1. Juli war Faucher der Alleinredakteur, nunmehr dominierte unzweideutig die Freihandelsrichtung das Blatt. Prince-Smith hatte schon 1849 versucht, eine freihändlerisch ausgerichtete *Berliner Revue für Politik, Wissenschaft, Literatur und Kunst* zu gründen, Redakteur sollte Friedrich Bodenstedt werden²⁵³. Prince-Smith war im Grunde auch der *spiritus rector* der freihändlerischen Intensivierung der *Abend-Post*; er steuerte ebenfalls eine Reihe von Beiträgen bei, und er versuchte u.a., demokratische Vertreter wie Johann Jacoby sowie norddeutsche Freihandelsvereine als öffentliche Fürsprecher zu gewinnen, um die prekäre Finanzlage zu konsolidieren (u.a. Briefe vom 1. und 30. Juni 1850)²⁵⁴. Als das an der finanziellen Lage aber nichts besserte und auch öffentliche

251 Vgl.: Friedrich Wilhelm: Verordnung vom 5. Juni 1850 zur Ergänzung der Verordnung über die Presse vom 30. Juni 1849, in: Ministerial-Blatt für die gesammte innere Verwaltung in den Königlich Preußischen Staaten, 11 (1850), Nr. 6, 16. Juli 1850, S. 180-182, hier: S. 181.

252 Vgl.: Eduard Meyen an Dittmann, Hamburg, 1. Juli 1850, in: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 11651, Bl. 129 [Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffend den Dr. phil. Eduard Meyen aus Berlin. 1837-1856].

253 Vgl.: Otto Wolff: John Prince-Smith. Eine Lebensskizze, in: ders.: Gesammelte Schriften. Bd. 3, hrsg. v. Karl Braun, Berlin 1880, S. 209-398, hier: S. 311ff.

254 Vgl.: John Prince-Smith [an Steinbart?], ca. 1. Juni 1850, in: Wolff: John Prince-Smith. Eine Lebensskizze, S. 316; John Prince-Smith an Johann Jacoby, 30. Juni 1850, in: Johann Jacoby: Briefwechsel. Bd. 2: 1850-1877, hrsg. v. Edmund Silberner, Bonn 1978, S. 24f. Zu Bitten um Unterstützungsgelder an den Freihandelsverein in Stettin u.a. auch durch Faucher ca. vom 1. Juli 1850 vgl.: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15125, Bl. 53f. [Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffend den Freihandels-Verein. 1849-1855]. Als Mitarbeiter in dieser Phase der *Abend-Post* werden genannt: Otto Michaelis, Otto Wolff, Eduard Fischel, Walter Rogge, C. Hoppe [d.h. Julius Hoppe], Adolf Mützelburg, Heinrich Dankwart, Hans v. Bülow (vgl.: John Prince-Smith/Julius Faucher: Programm für die Vereinigung deutscher Freihändler, in: Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte, Bd. XXX [1870/II],

Aufrufe um Unterstützung nichts fruchteten, erschien das Blatt ab Mitte Juli nur dreimal wöchentlich und wurde wenige Tage später eingestellt, spätestens am 25. Juli 1850²⁵⁵. Am 18. Juni war Meyen über die zu hinterlegende Kautions von 5000 Talern für eine sechstägig erscheinende Zeitung protokollarisch belehrt worden²⁵⁶, und am 25. Juni 1850 hatte Faucher wegen des anstehenden Debitenzugs beim Berliner Polizeipräsidenten interveniert und dafür plädiert, »der zukünftigen Leitung unseres Blattes nicht die Vergangenheit desselben aufzubürden«. Aber Polizeipräsident v. Hinckeldey reagierte, wie kaum anders zu erwarten, mit Ablehnung. Er wies am 1. Juli darauf hin, »daß es nicht gerathen scheint, einem Blatte Vergünstigungen zu Theil werden zu lassen, welches von Anfang an auf Umwälzung der bestehenden Ordnung hinzuwirken bestrebt war« und dessen Redakteure zu den »Chefs« der »demokratischen Parthei« gehörten (beides: siehe Dokumentation, S. 241).

Als offenbar meist vierseitige Tageszeitung — das bleibt nachzutragen — folgte das Blatt klassischen Strukturen: Leitartikel, Nachrichten aus Berlin, aus Preußen, den deutschen Staaten und aus dem Ausland, ggf. amtliche Mitteilungen, Börsennachrichten, am Schluss ein Anzeigenteil. Bereits auf der ersten Seite begann »unter dem Strich« der Kulturteil: Literatur-, Kunst- und Theaterbesprechungen oder Reisereportagen. Mitunter enthielt er auch Feuilletons, im Sinn von literarisch-publizistischen Gedankenspielen, wie am 19. Mai, in dem Verse Goethes zu Ehren kamen: »Warum mir aber in neu'ster Welt / Anarchie gar so wohl gefällt? / Ein Jeder lebt nach seinem Sinn, / Das ist nun also auch mein Gewinn. / Ich laß einem Jeden sein Bestreben / Um auch nach meinem Sinn zu leben«²⁵⁷.

S. 151-168, hier: S. 164); auch Heinrich Beta gehörte zu den Mitarbeitern, möglicherweise auch der auswärtige Max Wirth (vgl. zu Wirth: Fußnote 306); zur *Abend-Post* auch: Ralph Raico: Die Partei der Freiheit. Studien zur Geschichte des deutschen Liberalismus, Stuttgart 1999, S. 62ff.

255 Vgl.: Huber: The Berlin *Abendpost*, S. 192; vgl. auch: Aus dem Nachlaß Varnhagen's von Ense. Tagebücher von K. A. Varnhagen von Ense. Bd. 7, Zürich 1865, S. 248, 254; [Anonym:] Berlin, 16. Juli, in: Deutsche Reform[,], politische Zeitung für das constitutionelle Deutschland, Nr. 1002, 16. Juli 1850 (Abend-Ausgabe), [S. 1205]; A. M. [Arthur Müller?]: Die Berliner Tagespresse, S. 418; Fliegende Blätter, in: Buddelmeyer-Zeitung, 2 (1850), Nr. 58, 22. Juli 1850, [S. 3].

256 Vgl.: [Protokollarische Belehrung Eduard Meyens über die Kenntnisnahme der neuen Kautionsbedingungen]. Berlin, 18. Juni 1850, in: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 14492, Bl. 16 [Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffend die von den Redakteuren und Herausgebern von Zeitungen und Zeitschriften zu bestellenden Cautionen. 1850–1859].

257 Lq.: April-Phantasien, in: *Abend-Post*, Nr. 114, 19. Mai 1850, [S. 1f.], hier: [S. 2]; Originaltext in: Johann Wolfgang Goethe: Zahme Xenien IV. [1827], in: Sämtliche Werke nach Epochen seines Schaffens. Münchner Ausgabe, hrsg. v. Karl Richter. Bd. 13.I, München, Wien 1992, S. 191-228, hier: S. 196.

b) Zeitgenössische Berichte und Polemiken

Soviel zu Strukturen. Und zu Inhalten? Obwohl heute nur vier Nummern der *Abend-Post* in deutschen und internationalen Bibliotheken und Archiven aufgefunden werden können²⁵⁸, lässt sich ihr Profil aus zeitgenössischen Quellen und Polemiken besser als erwartbar erschließen, und dazu liegen, wie oben erwähnt, inzwischen erste Ergebnisse vor²⁵⁹. Darüber hinaus geben auch Unterlagen des »Landesarchivs Berlin«, des »Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz« (Berlin) und des Vorlasses von John Henry Mackay (Moskau) dazu wichtige Hinweise. Und ohne jede Einschränkung lässt sich sagen: Handelt es sich, wie oben erwähnt, bei der von Buhl 1844 herausgegebenen *Berliner Monatsschrift* um die erste deutschsprachige anarchistische Zeitschrift, so bei der *Abend-Post* um die erste deutschsprachige anarchistische *Zeitung*, noch dazu um eine Tageszeitung. Sie verfocht, wie zum Teil ausführliche Zitatpassagen in anderen damaligen Blättern belegen, von der Sache her ebenso programmatisch das Prinzip »Anarchie« wie gezielt im Wortsinn.

So bemerkte der radikaldemokratische *Leuchtturm* im April 1850, dass »Politik und Staatskünstler« sich »selbst todt« machen würden, während das Volk »in Associationen und Verbrüderungen zu materiellen, mercantilen, gewerblichen und intellectuellen Zwecken die neuen Staaten im überraschenden Umfange und Wesentlichen schon fertig hat«. Dazu wurde aus einer jüngst erschienenen Nummer der *Abend-Post* zitiert:

Die Politik steht im kindischen Greisenalter, weil der historische Zwangsstab [Zwangsstaat, OB.] seinen historischen Kreislauf vollendet hat, — nicht *diese* oder *jene*, sondern *jede Staatspolitik ist unmöglich*, selbst die nationale —; die Grundlage der Neuzeit aber ruht in dem freien Verein der Einzelnen und der Völker zur Mehrung des Wohlstandes und der Bildung.²⁶⁰

258 Erhalten sind nach heutigem Erkenntnisstand folgende vier Ausgaben: Nr. 76, 3. April 1850 (»Internationales Zeitungsmuseum«, Aachen); Nr. 107, 11. Mai 1850 (»Institut für Zeitungsforschung«, Dortmund); Nr. 111, 16. Mai 1850 (»Bibliothèque nationale de France«, Paris); Nr. 114, 19. Mai 1850 (GStA PK, I. HA, Rep. 77, Tit. 54a, Nr. 1, Bd. 1, Bl. 65f.); eine Anfrage beim »Centr social`no-političeskoj istorii« (CSPI, Filial GPIB Rossii) in Moskau im Februar 2018 erbrachte eine Negativauskunft.

259 Vgl.: Elias Huber: *The Berlin Abendpost*. Ich bedanke mich sehr herzlich dafür, dass ich das Manuskript vor dem Druck einsehen konnte und auch für die Übersendung des Digitalisats der oben genannten Nummer der *Abend-Post* vom 16. Mai 1850.

260 [Anonym:] Aus Berlin, in: *Der Leuchtturm*, Nr. 15 [April] 1850, S. 298-300, hier: S. 299. Die Nachrichten über die *Abend-Post* aus dem *Leuchtturm* stammen wahrscheinlich von Heinrich Beta, der selbst für das Blatt schrieb. Der Autor (Beta) kommentierte das Zitat: »Die Politik und Staatskünstler machen sich langsam mit Gewalt und Anstrengung selbst todt, während das Volk in Associationen und Verbrüderungen zu materiellen, mercantilen, gewerblichen und intellectuellen Zwecken die neuen Staaten im überraschenden Umfange und Wesentlichen schon fertig hat. Von den kleinsten Schneider-Associationen bis zu Völkerverbrüderungen in Handel und Credit, durch Eisenbahnen, electricischen Telegraphen, Zeitungen, telegraphische Depeschen u.s.w. hat sich, abgewandt von dem sinnlosen, kindi-

Nochmals einige Zeit später, im Juni 1850, lag diese anti-etatistische Gesamttendenz der *Abend-Post* klar auf der Hand. Gleichfalls war deutlich, dass das — wie die ebenfalls radikaldemokratischen, in Ratibor erscheinenden *Demokratischen Blätter* berichteten — mit einer freihändlerischen Tendenz einherging:

Die Nationalzeitung will den Staat erhalten, aber sie negiert das gegenwärtige soziale System; die Abendpost negiert den Staat, aber sie will das soziale System conserviren. [...] Man sieht, das System der Nationalzeitung ist in der politischen Frage sehr bestimmt, in der sozialen sehr schwankend. Bei der Abendpost ist es umgekehrt. Ihr soziales System ist das der absoluten Freiheit, wie Adam Smith und Say es begründet haben; für die politische Frage klingt ihre Formel zwar sehr bestimmt: Negation des Staates; allein die Ausführung kommt zu gleichen Schwankungen, wie sie bei der Nationalzeitung im Sozialen sich finden. [...] Eigenthümlich ist ihr aber dabei die Verbindung dieser Theorie mit dem Freihandelssystem: Die Staatsvernichter waren bisher zugleich Vernichter des alten sozialen Systems; sie meinten, eins ginge nicht ohne das andere. Die Abendpost tritt mit der neuen Wendung hervor, die Gesellschaft und ihre Prinzipien zu conserviren, aber den Staat zu vernichten.²⁶¹

Auch ein Autor der *Grenzboten* sah diese Doppeltendenz der *Abend-Post*, d.h. die Synthese aus politischem Anarchismus und Freihandel, und er reflektierte sie Mitte 1850 kritisch. Diese Richtung wurde von ihm ausdrücklich als eine »anarchistische« klassifiziert, entgegengesetzt sowohl der demokratischen als auch der sozialistischen: »Die Demokratie wie der Socialismus wollen Alles für das Volk gethan haben, aber Alles durch den Staat«. Und der Autor hob zwei Komponenten bzw. Wurzeln dieser Programmatik hervor: »Der Ursprung jener seltsamen Theorien ist ein doppelter. Einmal eine politische Sophistik, deren Entwicklung sich an die neueste deutsche Philosophie anknüpft, dann ein national-ökonomisches System, das altenglische von Adam Smith, das bei der doctrinären Richtung der Zeit seine Consequenzen auf weitere Gebiete ausgedehnt hat«²⁶².

Das Profil des Blatts, das erst seit den letzten Januartagen 1850 nicht mehr als *Demokratische Zeitung*, sondern als *Abend-Post* auftrat, scheint also durchaus anarchistisch und ebenfalls auch ausdrücklich kämpferisch-freihändlerisch ausgerichtet gewesen zu sein (und religionskritisch-atheistisch ohnehin²⁶³). Aber bestand diese Synthese bereits

schen Treiben der Politiker und Diplomaten schon eine ganze, neue, schöne Welt entwickelt [...]« (ebd.).

261 * *: Die Nationalzeitung und die Abendpost, in: Demokratische Blätter [Ratibor], Nr. 24, 16. Juni 1850, S. 201-204, hier: S. 202 (zur National-Zeitung vgl. Fußnote 273).

262 [Anonym:] Die Berliner Abendpost, in: Die Grenzboten. Zeitschrift für Politik und Literatur, 9 (1850). II. Semester. I. Band, S. 215-221, hier: S. 217f. Nettlau zufolge war der Autor Walter Rogge, vgl. ders.: Der Vorfrühling der Anarchie, S. 179; Rogge wurde alsbald selbst Mitarbeiter der *Abend-Post*. Bestimmte Passagen dieses Beitrags finden sich aber später auch bei Julian Schmidt wieder, der damals einer der Herausgeber der *Grenzboten* war (Schmidt: Geschichte der deutschen Nationalliteratur im neunzehnten Jahrhundert. Bd. 2, S. 538f.), und insofern muss die Autorschaft als ungeklärt gelten.

263 »Atheismus«, nicht »Pantheismus«, »Anarchie«, »Herrenlosigkeit«, nicht »Herrschaft Aller«

zu Beginn, fielen beide Tendenzen von Anfang an zusammen, also seit Ende Januar 1850? Eine ausführliche und kenntnisreiche Schilderung der Entwicklung der *Abend-Post* wurde in der zweiten Juli-Hälfte 1850 in einem Beitrag der *Deutschen Monatschrift* gegeben (die, wie eingangs dieses Abschnitts erwähnt, selbst bestimmte anarchoide Züge aufwies). Ihr Autor, sehr wahrscheinlich der oben bereits erwähnte Herausgeber der in Berlin erscheinenden radikaldemokratischen *Ewigen Lampe* Arthur Müller (bis Ende 1842 ein prominenter Vertreter der Berliner »Freien«), skizzierte inhaltliche Entwicklungstendenzen des Blatts: die Entwicklung von radikaler Demokratie zu Anarchie, und zwar zur Synthese von politischer Anarchie und wirtschaftlichem Freihandel auf Basis von Assoziationen. Diese Synthese sei mit dem Eintritt Fauchers in die Redaktion verfolgt worden (also ab 1. April 1850). Mit Beginn des 3. Quartals, also ab 1. Juli, hätten diese freihändlerischen Tendenzen gänzlich die Oberhand gewonnen, verbunden mit kommunismuskritischen Polemiken. Das Blatt vertrete seit dieser Zeit soziale Spezialinteressen, die der Autor ausdrücklich als aristokratisch klassifiziert: nämlich den Übergang von einer »radikal-freihändlerische[n]« zu einer »rein-freihändlerische[n]« Linie²⁶⁴. Er sieht darin einen bedauerlichen Rückzug aus der Politik und plädiert deutlich dafür, dieses radikale Freihandelsziel gerade durch politische Umwälzungen zu verwirklichen und auf den vorherigen *politischen* Standpunkt, den das Blatt unter Meyen vertreten habe, zurückzukehren. Die *Abend-Post* hat sich also, diesen Informationen zufolge, spätestens seit dem 1. April 1850 aus einem demokratischen in ein anarchistisches Blatt gewandelt, direkt verknüpft mit wirtschaftlich-freihändlerischen Positionen, die sich seit dem 1. Juli noch einmal deutlich intensiviert hätten.

Diesen Tendenzwandel seit 1. April belegt der Autor mit einem längeren, undatierten Auszug aus einem Leitartikel, und zwar aus *Die Demokratie und der Rechtsboden* (wovon hier nur Auszüge wiedergegeben werden können). Man müsse sich

emancipieren von der Heiligkeit und Unfehlbarkeit des Repräsentativsystems und von der Heiligkeit und Unfehlbarkeit der Nationalversammlungen Es gilt, die Theorie, welche einen Rechtsboden der parlamentarischen Gewalt schafft, als der modernen Demokratie und der Freiheit entgegengesetzt zu bekämpfen und zu beweisen, daß, sich für die Freiheit vertreten zu lassen, mittelalterlich, feudal und unvernünftig sei Das allgemeine Wahlrecht gibt keine Garantie für die Freiheit [...]. Es gibt kein absolutes, allgemeines Wahlrecht. Schon das Zahlenverhältniß, die Summe aller Wahlen, z. B. in Frankreich, muß zeigen, wie oft es einer Minorität durch Zusammenlegung von Wahlkreisen gelingen kann, die Herrschaft zu erlangen. Wenn Alle wählen sollen, so wird man mit Recht dem allgemeinen Wahlrecht den Vorwurf machen, daß es die Frauen ausschließe. Die entschuldigende Antwort hierauf kann nur eine sophistische sein. Ferner, kann das allgemeine Stimmrecht eine Wahrheit sein, wenn

bzw.: »Die Religion, d.h. die Jenseitigkeit, die sich längst in die Sittlichkeit, und damit in den Staat, die »verkörperte Sittlichkeit« verflüchtigt hat, weicht dem praktischen Atheismus der Diesseitigkeit« (Zitate in: Deutsche Reform, 28. Februar u. 28. März 1850).

264 A. M. [Arthur Müller?]: Die Berliner Tagespresse, S. 417.

die ganze Misere des Proletariats bestehen bleibt, wenn Leute käuflich sind und andere Leute Stimmen kaufen? ... Die Demokratie [...] wird daher das republikanische System bis in alle Konsequenzen verfolgen und als Gegengewicht gegen die Nationalversammlungen die Provinzen, Gemeinden und Associationen organisiren. Treu dem Grundsatz, »Selbst ist der Mann«, wird sie sich bestreben, das Regierungs- oder Polizeisystem immer mehr auf Null zu reduzieren. *Denn wir sind nicht des Staates wegen da, nicht da, um die Sklaven irgend eines Rechtsbodens zu sein, der uns überkommen.* Staat und Gesellschaft, sie sind unsere Mittel, um zum Zweck als freie Menschen zu gelangen [...]. Emancipiren wir uns nun von dem alten aristotelischen Irrthum, daß der Mensch in den Staat hineingeboren wird, daß er durch höhere Ordnung die Bleikugel der staatlichen Ordnung stets mit sich schleppen muß, so werden wir zum wahren Begreifen der Gesellschaft, der Nothwendigkeit der *freien menschlichen Association* gelangen.²⁶⁵

Weiterhin zitiert der Autor aus einem Beitrag *Panarchie oder Anarchie?*, der die antike Demokratie hinter sich lassen wolle, weil sie eben nur nach der Herrschaft Aller strebte — und eben nicht nach wirklicher Herrschaftslosigkeit und Freiheit²⁶⁶. Die *Abend-Post* hat sich also, so scheint es, mit dem Eintritt Fauchers in die Redaktion seit dem 1. April 1850 von einem demokratischen zu einem anarchistischen Blatt entwickelt, und in ihr amalgamierten sich seit dieser Zeit anarchistische Positionen mit freihändlerischen, verbunden mit Kritiken an staats-sozialistischen und kommunistischen Vorstellungen.

c) Die Polemiken der *Westdeutschen Zeitung*

Diese Kritiken thematisiert eine Zeitung — zwar nicht durch Textbeispiele, sondern durch Polemiken —, die eine der wenigen war, die zu dieser Zeit sozialistisch-kommunistische Tendenzen aufwies und noch nicht von der Zensur unterdrückt worden war: die *Westdeutsche Zeitung* (die sich rühmte, das Nachfolgeorgan der verbotenen *Neuen Rheinischen Zeitung* zu sein). In ihr wurden ab Ende April 1850 diese ebenso freihändlerische wie kommunismuskritische Ausrichtung scharf kritisiert. Vor allem Engels' und Marx' Vertrauter Bürgers engagierte sich diesbezüglich in der *Westdeutschen* (deren Kurs als radikaldemokratisch bis sozialistisch bezeichnet werden kann, mehr oder weniger verdeckt finden sich auch kommunistische Bezüge). Aber auch anarchistische Tendenzen des Blatts fallen ins Auge, so u.a. in dem von einem anonym bleibenden Autor stammenden programmatischen Artikel *Das Wesen des Sozialismus*: »Der Sozialismus ist eine Auflösung aller Regierungsformen; denn die Geschichte hat uns zur Genüge gezeigt, daß der Absolutismus nicht einer *einzig*en Regierungsform innewohnt, sondern allen« (15. August 1849). Und in anonymen Korrespondentenbeiträgen zum Thema Repräsentativsystem/Republik wurde im Februar 1850 proklamiert: »Denn auch die Republik ist heut zu Tage nur noch eine leere, inhaltslose Phrase, welche nichts wei-

²⁶⁵ Ebd., S. 415.

²⁶⁶ Vgl.: ebd., S. 416.

ter, als einen formellen Unterschied bezeichnet. Wir müssen dem Wesen der Unfreiheit zu Leibe gehen, und dies ist die Herrschaft, ist der Staat, wir müssen die Herrschaft des Volkes durch das Volk und nicht durch eine Repräsentation des Volkes haben« (17. Februar 1850). Des »Repräsentativ-Blödsinns« müsse man sich entschlagen, es gehe um ganz Anderes: »Das Ziel der Revolution besteht in der Wegräumung aller die freie Gestaltung des *Individuums* hemmenden Schranken, also in Verwerfung aller Autorität, in Vernichtung des Staates und des Wesens der Herrschaft — bisher galt es blos der äußern Form — und in der Erreichung der individualistischen Souverainität Aller« (19. Februar 1850)²⁶⁷.

Der Hauptgrund für die Polemiken gegen die *Abend-Post*: Die dezidiert freihändlerische Ausrichtung der Zeitung spätestens seit April 1850 war direkt mit kommunismuskritischen Polemiken einhergegangen (und auch mit Vorwürfen der Zweckentfremdung von Spendengeldern für Emigranten durch kommunistische Kreise). Das registrierten, wie die entsprechenden Briefwechsel belegen, kommunistische Akteure wie Engels, Weller, Dronke und Bürgers²⁶⁸, und in der *Westdeutschen* wandten sich Weller und Bürgers zwischen dem 24. April und dem 7. Juli 1850 in insgesamt fünf Beiträgen gegen die *Abend-Post*²⁶⁹. »Die Berliner Philosophen treten jetzt offen als Trabanten des *Kapitals* auf. [...] Die ›Abendpost‹ ist das Organ der exklusiven Freihändler, denen jede Bevormundung und Leitung des Staates Bauchgrimmen verursacht, weil sie mit ihrem angebeteten goldenen Kalbe die Welt befreien, d.h. die Herrschaft des Kapitals *par excellence* wollen« (24. April). Die *Abend-Post* wolle an die Stelle des »Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat [...] ein tragikomisches Gemisch Max Stirner'scher Natur-

267 Hier zwei weitere Beispiele aus der Beilage der *Westdeutschen Zeitung*: »Wahrhaftig, es ist die höchste Zeit, daß der Mensch die Republik, die Gesetzgebung, die Repräsentation, kurz alle Begriffe über den Bürger und sein Verhältniß zu dem Andern und dem Staate vor ein ernstes Gericht rufe [...]. Alle Elemente dieser sich zersetzenden Ordnung erscheinen jetzt in ihrer vollständig armseligen Absurdität« ([Anonym:] Nach dem Gewitter. (Paris Juni 1848.), in: Rheinisches Echo. Sonntagsblatt zur Westdeutschen Zeitung, Nr. 15, 10. Februar 1850, S. 116-120, hier: S. 118f.); »daß alle die bestehenden Regierungen von dem bescheidensten Kantone in der Schweiz an bis zum Selbstherrscher von Rußland verwandte Variationen auf ein und dasselbe Thema sind: *Man muß die Freiheit der Ordnung opfern, das Individuum der Gesellschaft*« ([Anonym:] Ein Urtheil über Rußland von einem Russen, ebd., Nr. 17, 24. Februar 1850, S. 130-133, hier: S. 133). Die Texte stammen aus Alexander Herzens »Vom anderen Ufer« (Anonym: Vom anderen Ufer. Aus dem Russischen Manuskript, Hamburg 1850, S. 118, 179).

268 Vgl.: Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien. 3 Bde., hrsg. v. Herwig Förder u.a. Berlin 1970ff. Bd. 2, S. 180, 183, 350, 641, 729f.

269 *Westdeutsche Zeitung*, Nr. 97, 24. April 1850, [S. 1]; Nr. 109, 8. Mai 1850, [S. 1]; Nr. 136, 9. Juni 1850, [S. 1]; Nr. 156, 5. Juli 1850, [S. 1f.]; Nr. 157, 7. Juli 1850, [S. 1]. Der erste Beitrag stammt wahrscheinlich von Weller, die anderen wahrscheinlich von Bürgers, vgl.: Der Bund der Kommunisten. Bd. 2, S. 180, 641.

staatsphilosophie, Prince-Smith'schem Free-trade und Proudhon-Girardin'schem Sozialismus« setzen (8. Mai). Es sei nichts als ein »Taschenspielerstückchen [...] den Herrn Bastiat [...] in Stirner'sche Phrasen« zu wickeln (5. Juli). Und in einer weiteren Kritik:

Aber die Herren von der Abendpost sind keine bloßen Ideologen, denen es um das reine Wissen, die absolute Wahrheit, und die gegenstandslose Vergegenständlichung zu thun wäre; sie gleichen auch nicht mehr jenen jugendlichen Revolutionsschwärmern, die noch vor einigen Jahren in allen Berliner Kneipen »Anarchie« predigten [...]. Die Beschäftigung mit der »sozialen Frage« bot eine erwünschte Gelegenheit dar, sich mit der Literatur des französischen und englischen Sozialismus aufs nothdürftigste bekannt zu machen. Das Nothdürftigste war genug, um sofort die »neue Wendung« zu entdecken, den Sozialisten und Kommunisten, bei denen man so eben noch in die Schule gegangen war, ins Gesicht zu schlagen und das Evangelium der Max Stirner'schen Einzigkeitsphilosophie, die Renommée der praktischen Freibeuterei mit offenen Armen zu empfangen. (9. Juni)

Wie komplex sich die Lage offenbar gestaltete, d.h. dass es den Autoren der *Abend-Post* nicht um bloße Partikularinteressen der ostpreußischen oder der Ostsee-Bourgeoisie ging (der Hauptträgerschicht des Freihandels in den deutschen Staaten²⁷⁰), sondern um ein universelles philosophisch-ökonomisches Konzept, verdeutlicht eine weitere Polemik:

Aber die »Abendpost« will die radikale *Demokratie* repräsentiren, sie hat die Bourgeoisie scheinbar sogar angegriffen, aber freilich nur deshalb, weil sie noch die kleinbürgerlich ostpreußische ist, oder weil sie noch in ihren ökonomischen Meinungen nationale Vorurtheile hat, weil sie [...] zu der Höhe der Prince-Smith'schen Abstraktionen sich noch nicht emporgeschwungen hat. Die »Abendpost« will die revolutionäre Demokratie vertreten, die nicht nur aus national-politischen, sondern eben so sehr aus universal-ökonomischen Gründen, vom Standpunkt des Weltmarktes und der Weltindustrie die revolutionäre Initiative der einzelnen Nationen für rationell berechtigt und praktisch nothwendig hält. (7. Juli)

Auch der *Westdeutschen* zufolge scheint es also, dass seit dem 1. April, d.h. mit dem Eintritt Fauchers als Redakteur, eine gedankliche Synthese aus anarchistischer Staatskritik und sich auf Adam Smith beziehenden Freihandelsvorstellungen den Kurs der *Abend-Post* prägte. Die *Westdeutsche* schien also, und zwar mit Blick auf den von ihr favorisierten demokratischen Standpunkt, ein Interesse daran zu haben, anarchistische Positionen abzuweisen, indem sie sie als per se kapitalkonform charakterisierte. Das war selbstredend ideologische Rabulistik. Und quellenkritisch wird es ohnehin komplizierter. Denn schon am 28. Februar 1850 wurden von der *Deutschen Reform*, einer in

270 Vgl.: Pierre Ayçoberry: Freihandelsbewegungen in Deutschland und Frankreich in den 1840er und 1850er Jahren, in: *Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich*, hrsg. v. Dieter Langewiesche, Göttingen 1988, S. 296-304, hier: S. 298; Friedrich-Wilhelm Henning: Das Wirtschaftsbürgertum in einer Agrarregion im 19. Jahrhundert, dargestellt am Beispiel Ostpreußen, in: *Wirtschaftsbürgertum in den deutschen Staaten im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert*, hrsg. v. Karl Möckl, München 1996, S. 13-45, hier: S. 39.

Berlin erscheinenden staatsnah-konservativen Zeitung, die anarchistischen Tendenzen des Blatts angeprangert (»Die *demokratische Abendpost* bekennt sich heute offen zur *Anarchie*«), und erst am 6. und 13. April wusste sie zu berichten, dass die *Abend-Post* nunmehr, und in »arge[r] Verwirrung«, plötzliches »Interesse für die Industrie, für Handel« zeigen würde, dass sie nunmehr unter das »Protektorat der Freihandels-Männer« getreten sei »und mit dem Bürgerthum zu liebäugeln« beginne²⁷¹. Es gab also schon seit Ende Februar das Bekenntnis zu politischer (bzw. anti-politischer) Anarchie, und das verband sich wahrscheinlich erst mehrere Wochen später, ab Anfang April, mit freihändlerischen Positionen (im oben umrissenen mindestens vierfachen Sinn).

d) Die Kritiken der *Deutschen Reform* und der *National-Zeitung*

Die bisherigen Informationen der *Deutschen Monatsschrift*, der *Westdeutschen Zeitung* und der *Deutschen Reform* zusammengefasst: Bis Ende Februar 1850 zeigte die *Abend-Post* (die wohl bis Ende Januar *Demokratische Zeitung* hieß) eine radikal-demokratische Orientierung: Verteidigung der März-Errungenschaften, Eintreten für die demokratische Bewegung in Berlin, die sich nun in Lokal-Klubs organisierte, Kampf gegen die wachsende Reaktion in Preußen, in anderen deutschen Staaten und in Europa überhaupt. Dabei wuchsen im Verlauf des Jahrs 1849 Vorbehalte gegen das System repräsentativer Demokratie. Denn die bislang vier Wahlen mit direktem und allgemeinem Stimmrecht in Frankreich 1848/49 (Frauen waren freilich ausgeschlossen) hatten stets die Kräfte des Großbürgertums oder, ausgehend von der bäuerlichen Wählerschaft, sogar der Reaktion begünstigt. Das Instrument des »allgemeinen Stimmrechts« schien also ideal für die Versprechungen und Ziele alter und neuer Eliten und wurde von der Vorgängerin *Demokratische Zeitung* zunehmend hinterfragt²⁷². Insofern gab es einen gedanklichen Vorlauf zur anarchistischen Ausrichtung des Blatts, die sich dann seit Ende Februar ergab, also bereits vor Fauchers Eintritt in die Redaktion am 1. April. Diese Ausrichtung wurde seit April, unter Fauchers Einfluss, immer deutlicher mit einer freihändlerisch-anarchistischen gekoppelt.

Diese bereits seit Ende Februar zutage tretenden politisch-anarchistischen Tendenzen wurden von der *Deutschen Reform* fast Woche für Woche mit originalen Textauszügen

271 Die *Deutsche Reform* war zu dieser Zeit ein konservatives, gleichwohl nicht hochkonservatives Blatt, das mit ministerieller Unterstützung erschien und innen- und außenpolitisch den Kurs der preußischen Regierung unterstützte, vgl.: Bodo Rollka: Die Belletristik in der Berliner Presse des 19. Jahrhunderts. Untersuchungen zur Sozialisationsfunktion unterhaltender Beiträge in der Nachrichtenpresse, Berlin 1985, S. 256ff.

272 Vgl. zum Vorfeld die vorhandenen Exemplare der *Demokratischen Zeitung* im »Institut für Zeitungsforschung« in Dortmund (22 Nummern), im »Stadtmuseum Berlin« (7 Nummern), in der »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR« in Berlin (29 Nummern) und im »Centr social'no-političeskij istorii« (CSPI, Filial GPIB Rossii) in Moskau (3 Nummern).

gen dokumentiert (und angeprangert): »*Atheismus*«, nicht »*Pantheismus*«, »Anarchie«, »Herrenlosigkeit«, nicht »Herrschaft Aller« (28. Februar); »*Die deutsche Demokratie muß individualistisch sein*. Sie muß sich davor hüten, eine Regierung, einen Staat, überhaupt eine Gewalt aufrichten zu wollen« (27. März); »*Die deutsche Demokratie muß jede Reform des Staates verschmähen*, nicht gegen diese oder jene Form des Staates ist ihr Kampf gerichtet, *den Staat selbst, und wenn es der nationale wäre, löst sie auf*. Die theoretische und praktische Kritik ist ihre mächtige Waffe. Sie weist nach, daß die Unhaltbarkeit unserer jetzigen Zustände, der allgemeine Pauperismus nur eine Quelle hat: *den Staat*; daß das ungeheure Netz, das die freie Entwicklung aller unserer Kräfte umstrickt hält, nichts ist, als *der Staat*« (28. März); »*Die staatliche Regelung drückt nothwendig, indem sie den Fortschritt des Schaffens hemmt, und von den Früchten des Schaffens so viel aufzehrt, daß die Mittel zum Fortschreiten im Schaffen dem Volke fehlen*. Dies Staatsgeschäft ist und bleibt, wer es auch führt, drückend — ist der systematische Druck selber. Der Druck desselben erzeugt nothwendig im Volke Widerstand, und dieser provozirt nothwenig bei der Staatsgewalt Zwang. [...] Aus diesem Dilemma giebt es keinen anderen Ausweg, als wenn man *von der staatlichen Regelung selber abgeht*. Freiheit im Staate, wie man bisher die Staats-Aufgabe begriff, geht bei allem demokratischen Mechanismus nicht (3. April); »*Ein Jeder lebt nach eigener Willkür auf seine eigne Verantwortlichkeit*«, so komme man zu einer »freien Gesellschaft« und der »naturwüchsigen Civilisation« (13. April); der »Glauben an den Staat« sei eine »Religion« (22. April); »*Wenn es keine Herrschaft mehr giebt, kann es auch Niemandem einfallen, nach der Herrschaft zu trachten*. Wenn alle bisherigen sogenannten Staatsbedürfnisse der Bestimmung der Gesellschaft anheimgegeben werden, ist es dem Einzelnen unmöglich, ein Uebergewicht dabei geltend zu machen« (7. Mai); »*der Glaube an die Nothwendigkeit des Staates*« ist zu zerstören, »das Prinzip der freien Vergesellschaftung« hat an dessen Stelle zu treten (27. Mai); die Bourgeoisie müsse sich zwischen Rechts und Links entscheiden, zwischen Adel und Proletariat: »*Es gilt nicht um einzelne Rechte, es gilt um den Inhalt der ganzen Geschichte zu kämpfen*. Links daher die große Partei der Bewegung, des ewigen Fortschrittes« (3. Juni); »*So naht der Augenblick, wo die Gesellschaft ihr Gebot, eine künstliche Ordnung durch staatliche Mittel zu schaffen, in das andere umwandeln wird, den Staat als das einzige Hinderniß der natürlichen Ordnung zu beseitigen*« (5. Juni); »*Die Welt leidet an zu vieler Vaterschaft*. Seitdem der Kronide Zeus zu den Schatten herabgestiegen, seitdem der Vater im Himmel eben nur noch die himmlischen Gefilde beherrscht, ist der allgewaltige, allumfassende Staat als Kollektivvater in die Welt getreten und bemüht sich, alle Attribute der »allerhaltenden« Gottheit zu erwerben« (7. Juni); »*Die Rolle, welche sämtliche Volksvertretungen spielen, die Impotenz, zu der sie meistens verdammt sind, die ruhmlose Art, auf die sie fast alle untergehen — sie ist auch die Kritik des Repräsentativsystems überhaupt*. Sie ist der Beweis des Satzes: *selbst ist der Mann*« (11. Juni); »*Die Polizei und die Gerichte sind da zum Schutz gegen das Verbrechen*. Die Mutter des Verbrechens aber ist die

Armuth. Wenn jedoch keine Schlacht- und Mahlsteuer mehr den Armen zu Nahrungsmitteln treibt, die nur dem Vieh gehören, wenn keine Bier- und Weinststeuer ihn von den stärkenden Genüssen der Wohlhabenden schnöde zurückweist, wenn kein Zoll seine und seiner Familie Kleidung, keine Grund- und Miethssteuer seine Wohnung vertheuert [...], wenn kein Stempel und keine gerichtliche Quälerei das Kapital hindert, in die Hände des Produzenten zu strömen [...], wenn die freie Bildung die Selbstsucht der Nation und den Hochmuth der Konfession [...] aus den Köpfen der Menschen verschwinden läßt; wenn der freie Verkehr der Völker den Reichthum gleichmäßig über die ganze Erde verbreitet, und kein Schmuggel durch lockenden Vortheil die Menschen zu Verbrechen erzieht; — wir können wohl fragen, was dann noch Polizei und Gerichte zu thun haben werden, und was sie dann wohl noch kosten werden?» (17. Juni); kritisch zu Proudhons Volksbank-Unternehmungen: »Wir halten es für einen großen Fortschritt, daß der Sozialismus endlich auf einen Punkt beschränkt ist, wo er so leicht zur Einsicht der Klippe, an der seine unverdauten Projekte scheitern müssen, gebracht werden kann; und wir erwarten, daß sein eifriger Muth für die Besserung volkswirthschaftlicher Zustände, von leerer Projektemacherei geheilt, das Heilmittel da suchen wird, wo es allein zu finden ist: *in der völligen Befreiung aller produktiven Bestrebungen vom staatlichen Zwange*« (8. Juli).

Diese kritisch angelegten Informationen der *Deutschen Reform* lassen sich ergänzen mit denen der Berliner *National-Zeitung*, die sich um 1850 noch ausdrücklich als Organ der »Demokratie« verstand. Das Journal war eine der letzten Pressebastionen der bürgerlich-demokratischen Bewegung, und von daher lehnte es ebenfalls den politisch-anarchistischen Kurs der *Abend-Post* ab. In diesem Zusammenhang zitiert ein anonym er polemischer Beitrag vom 29. März 1850, der zweifellos aus dem Redaktionskollegium stammt, Sentenzen aus dem kritisierten Blatt jeweils mit betreffender Nummern-Angabe: »Es ist Zeit, daß die Illusionen fallen und die Vernunft zu ihrem Rechte komme. Es gilt in den eigenen Reihen aufzuräumen und der falschen Demokratie den Kehraus zu machen«. Es gelte sich zu emanzipieren »von der Heiligkeit und Unfehlbarkeit des Repräsentativsystems und der Nationalversammlungen« (Nr. 45). Der Fortschritt »erkennt auch den in's Republikanische übersetzten Rechtsboden der Repräsentation nicht an« (Nr. 46), »Wir werden uns fern halten von der lächerlichen Spielerei der praktischen Regierungskunst« (Nr. 48). Wir wollen »die Masse auflösen und sprengen«, damit das »Individuum« an deren Stelle treten kann, und dafür wären »Anarchie« und »Atheismus« die Voraussetzungen (Nr. 50). »Das »allgemeine Wahlrecht« sei als unzureichend zu verwerfen (Nr. 58)²⁷³. Auch hier, aus der *National-Zeitung*, gewinnt man also Informationen über die politisch-anarchistische Ausrichtung der *Abend-Post*.

²⁷³ Zit. nach: [Anonym:] Zeitungsschau, in: *National-Zeitung*. Morgen-Ausgabe, Nr. 146, 29. März 1850, [S. 5]. Zur *National-Zeitung* vgl.: Jürgen Kahl: *National-Zeitung (1848–1938)*, in: *Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts*, hrsg. v. Heinz-Dietrich Fischer, Pullach bei München 1972, S. 177-189. Nochmals ging das Blatt intensiver auf die *Abend-*

Eines fällt an den dokumentarischen Auszügen der *Deutschen Reform* und der *National-Zeitung* jedoch auf: Freihandelskonzepte stehen nicht im Mittelpunkt der Berichterstattung, eher am Rande (in der *Deutschen Reform* wächst aber der Anteil der Informationen zu diesem Gebiet von Juni bis Mitte Juli, was mit der ökonomischen Spezifizierung und Radikalisierung der *Abend-Post* nach Meyens Ausscheiden aus der Redaktion zusammenhängen kann). So hat man das Profil der *Abend-Post* aus Quellen zu rekonstruieren, die jede für sich, und aus ihrem jeweiligen Selbstverständnis heraus, ein bestimmtes und polemisches Bild zeichnen: Müllers Abriss der Entwicklung der Zeitung in der *Deutschen Monatsschrift* (die eine Synthese aus Anarchismus und Freihandel schildert und kritisiert), aus den Schilderungen der *Westdeutschen Zeitung*, die vor allem über die freihändlerischen Tendenzen informiert und diese kritisiert (und dem Blatt ebenfalls eine angeblich von vorn herein gegebene Synthese aus Anarchismus und Freihandel unterstellt) sowie der *Deutschen Reform* und der *National-Zeitung*, die ausführlich und scharf die politisch-anarchistischen Tendenzen brandmarken und die freihändlerischen Tendenzen eher zurückhaltend zur Kenntnis bringen.

e) Sozialistisch-anarchistische Rezeptionsansätze: Die *Neue Oder-Zeitung*

Diese eben nochmals genannten Hauptquellen, aus denen man das Profil der *Abend-Post* erschließen kann, weisen eine Gemeinsamkeit auf. Sie stehen der anarchistischen Ausrichtung des Blatts aus jeweils ganz verschiedenen Gründen sehr kritisch gegenüber. Es gibt allerdings eine weitere relevante Quelle, und diese begrüßt diese anarchistische Tendenz uneingeschränkt, und zwar sowohl auf politischem, als auch auf ökonomischem Gebiet. Das geschieht ebenfalls aus einem bestimmten Interesse heraus. Es handelt sich um die *Neue Oder-Zeitung*. Sie berichtet in ihren Korrespondenzen aus bzw. über Berlin ab 3. April 1850 zustimmend über die Wendung der *Abend-Post* zum Anarchismus. Diese stammen mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit von Louis Lazarus Heilberg, der in diesem in Breslau erscheinenden Blatt schon zuvor vereinzelt mit sozialistisch-anarchistischen Texten hervorgetreten war (u.a.: *Proudhon kurz vor der Februar-Revolution*, 20. April 1849; *Staat und Gesellschaft*, eine fünfteilige Artikelserie, 6. Januar-21. Februar 1850; *Die Arbeiter-Associationen*, 3. Februar 1850; *Die Aufgabe der demokratischen Partei*, 10. März 1850; *Gewerbliche Associationen*, 15. März 1850; *Preußens Gewerbebesetze*, 26. und 27. März 1850; *Constitutionelles Leben*, 28. März und 14. April 1850). Ab Ende März 1850 übernahm Heilberg die Redaktion der ebenfalls in Breslau erscheinenden

Post ein im Zusammenhang einer Polemik, die von letzterer ausgegangen war. Anlässlich einer kurzen Anzeige der Schrift Julius v. Kirchmanns: *Die Grundrente in ihrer Beziehung zur sozialen Frage* warf die *Abend-Post* der *National-Zeitung* kommunistische Tendenzen vor. Diese Polemik war von der Sache her haltlos, diente aber als kalkulierte Provokation. Weder Kirchmann noch das Blatt, selbst wenn sie zur Lösung sozialer Fragen den Staat favorisierten, standen für Kommunismus, vgl.: [Anonym:] Freie Prüfung — ohne Denunciationen und ohne Ueberhebung, in: *National-Zeitung*. Morgen-Ausgabe, Nr. 180, 20. April 1850, [S. 1].

Schlesischen Volks-Zeitung (de facto das Organ der »Arbeiterverbrüderung« in Breslau) und brachte dort Anarchistisches ein (*Zur Wissenschaft der Freiheit*, 7. und 14. Mai 1850; *Autorität und Freiheit*, 23. Mai 1850). Er arbeitete dort bis zu ihrem Verbot am 6. Juni 1850, schrieb aber gleichzeitig auch für die *Neue Oder-Zeitung* — um wieder auf sie zurückzukommen — anarchistisch getönte Analysen (u.a. *Die Zukunft des allgemeinen Stimmrechtes*, 30. April 1850; *Die rothe Republik und die Arbeiter-Vereine*, 2. Juni 1850; *Der Liberalismus und der Demokratismus*, 18.–23. Juli 1850). Im September 1850 wurde er endgültig aus Breslau ausgewiesen und veröffentlichte am 27. November 1850 mit *Die staatlose Gesellschaft* wahrscheinlich seinen letzten Beitrag im Blatt²⁷⁴.

Mit diesen Informationen soll kurz umrissen werden, dass der bereits in den Vormärzjahren in der organisierten Arbeiterbewegung in Brüssel und London tätige und 1852 im Londoner Exil jung verstorbene Heilberg für eine nach wie vor kaum aufgearbeitete frühsozialistische Strömung in den deutschen Staaten steht: eine sozialistisch-anarchistische. Heilberg knüpfte an das äußerst reiche Spektrum sozialistischer, kommunistischer und anarchistischer Vorläufer an und rang eigenständig um Problemlösungen. All das ist nicht Gegenstand dieses Abrisses. Hier ist wichtig, dass Heilberg sich aufgrund seiner im Revolutionsverlauf wahrscheinlich gewachsenen anarchistischen Motivation bestimmten Argumentationen der *Abend-Post* anschloss, und eben nicht nur in politischer Hinsicht, sondern auch in ökonomischer. In einer Revue von Berliner Presseorganen wird das nunmehr anarchistisch ausgerichtete Journal erstmals am 3. April 1850 in der *Neuen Oder-Zeitung* erwähnt: »Namentlich die *Abendpost*, bisher neben der Constitutionellen Zeitung das unbedeutendste Blatt, hat sich gewaltig herausgemacht, und das frische Leben, welches in ihr waltet, ist auch schon nach außen hin nicht ohne Einfluß geblieben: sie hat durch ihren consequenten Radicalismus und ihre unablässige Kritik der Demokratie selbst bedeutend dazu beigetragen, diese in neue Bewegung zu

274 Vgl. zu Heilberg und der *Neuen Oder-Zeitung* (aus marxistischer Perspektive): Lothar Stöbe: Die »Allgemeine«/»Neue Oder-Zeitung« 1846–1851. Ihre Entwicklung zum progressiven Organ der kleinbürgerlichen Demokratie. Diss. A., Leipzig 1985, S. 80ff., 155ff.; Walter Schmidt: Die schlesische Demokratie von 1848/49. Geschichte und Akteure. 2 Bde. Berlin 2012. Bd. 1, S. 297ff., Bd. 2, 55ff. Ein (nicht unwichtiges) Detail der gründlichen biographischen Analyse Schmidts kann korrigiert werden. Heilberg musste Breslau nicht im Juni 1850 nach der Ausweisung verlassen, sondern er konnte juristisch einen Aufschub bis September erwirken (vgl.: E. S. D.: Breslau, den 19. September, in: *Neue Oder-Zeitung*. Morgenblatt. Nr. 439, 20. September 1850, [S. 1]). Dadurch lassen sich ihm mit hoher Wahrscheinlichkeit weitere anarchistische Veröffentlichungen im Blatt über den Juni 1850 hinaus zuweisen. Präzise biographische Details zu Heilberg auch in: Polizeipräsident v. Hinckeldey. Wochenbericht, 28. April 1852, in: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 14010, Bl. 201–205, hier: Bl. 204f. [Acta des Königlichen Polizei-Präsidiü zu Berlin betreffend Berliner Wochenberichte für das Ausland. 1852]; Association Démocratique, ayant pour but l'union et la fraternité de tous les peuples. Eine frühe internationale demokratische Vereinigung in Brüssel, 1847–1848, hrsg. v. Bert Andréas u.a., Trier 2004, S. 158 (Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier, 44).

versetzen«. Am folgenden Tag, dem 4. April, wurde berichtet: »Die ›*Abend-Post*‹ hat ihre Bezeichnung ›demokratische Zeitung‹ fallen lassen, weil sie, Willens: ihre Meinung frei zu äußern und allein zu vertreten, nach ihrem besondern Inhalt, nicht nach einem mehrdeutigen Namen bezeichnet«. In einer Polemik gegen die *National-Zeitung* habe sie herausgestellt: »daß die *Nat. Ztg.* das allgemeine Wahlrecht, die Vertretung auf breitester Grundlage will, die *Abend-Post* dagegen: die *Selbstvertretung*. Jener sei es um die *Gattung* zu thun, ihr um das *Individuum*« (dieser zweite Bericht bezog sich sehr wahrscheinlich auf den Leitartikel in Nr. 76 der *Abend-Post* vom 3. April 1850: *Die Abend-Post und die historische Demokratie*).

Am 9. April wurde aus der *Abend-Post* zwar nicht zitiert, aber ein Beitrag vom 7. April referiert. Um Revolutionen vorzubeugen, sei das allgemeine Wahlrecht unvermögend, »aber man müsse darum nicht *rückwärts* schließen, auf *Beschränkung* des allgemeinen Wahlrechts; sondern *vorwärts*, auf Beseitigung des territorial-politischen Plunders. Man müsse festsetzen: Abgeordneter ist, wer sich die Stimmen von zehntausend Urwählern zu verschaffen weiß, mögen dieselben leben, wo sie wollen. [...] Man müsse der Regierung das Schwert der Macht entwinden; der ›Staat‹ müsse, wie in Amerika, zur Bedeutungslosigkeit herabsinken; dagegen die außerhalb seiner liegenden Gesellschaftsformen: die industrielle Association, die Assekuranz, die Presse an der Spitze, aufblühen«. Wie sich diese Transformation von Staat in Gesellschaft konkreter gestalten könne, referiert eine am 1. Mai erscheinende Korrespondenz (die sich auf die *Abend-Post* vom 29. April bezieht):

Die *Abendpost* bespricht in einem gegen die *Nationalzeitung* polemisirenden Artikel das Verhältniß von »*Volksfreiheit und Staatseinheit*«. Das Ganze könne nicht frei werden, bevor nicht die Theile die Kraft, sich zu befreien, entwickelt hätte[n]. Auch sei die einheitliche Staatsgewalt selber mit der Freiheit unvereinbar; denn jeder Staatsmechanismus hat sein eignes staatliches Interesse. [...] Und lehrt uns nicht die heutige Crisis in Frankreich, daß ein Volk selbst in Abwesenheit alles dynastischen oder aristokratischen Zwanges, dennoch auf Freiheit verzichten muß, wenn es nicht den radikalen Muth hat, sich von seinen eingefleischtesten staatlichen Gelüsten loszumachen, — wenn es nicht seine angriffsfähige Armee auf eine defensive Volkswehr reduciren, alles staatliche Verwalten einstellen, seine Staatspolizei, Zollgrenzwache, Staatskirche und Staatsschule, alle Einmischung in die Welthandel und den ganzen diplomatischen Verkehr aufgeben — wenn es nicht darauf verzichten will, eine Großmacht oder ein Staat unter Staaten zu sein, und überhaupt irgend etwas zu thun oder zu wollen, was eine verschlingende und zwingende Staatsgewalt nöthig macht?

In diesen Beiträgen wurde das von der *Abend-Post* vertretene politische Prinzip der Anarchie nachgezeichnet (wobei zu präzisieren ist, dass aufgrund differierender Korrespondenzzeichen nicht alle diese Beiträge von Heilberg stammen müssen). Aber auch die ökonomischen Vorstellungen der *Abend-Post* fanden das Interesse und den Beifall der *Neuen Oder-Zeitung*, und hier ist von Heilberg als Autor auszugehen. Diese Beiträge belegen, dass in der *Abend-Post* Wirtschaftsvorstellungen entworfen wurden, die sich, trotz ihrer freihändlerischen Radikalität, als sozialistisch anschlussfähig erwiesen (aber eben

nicht staatssozialistisch). Am 17. April wird, bezogen auf die Nummer vom 15. April, berichtet: »die *Abendpost* [...] weissagt den bevorstehenden Sieg der socialen Bewegung über die gemeinschaftliche Ausbeutung der Gewaltherrschaft im Bunde mit der Bourgeoisie, welche auf vier Wegen ihren Beuteantheil gesucht habe: durch *Staats-Schuldenwesen, Bankmonopol, industrielle Concessionen und Schutzzollsysteme*«. Eine Woche später, am 24. April, wird aus einem am 22. April erschienenen Beitrag des Blatts zitiert:

Aber das Eigenthum für Basis der Gesellschaft erklären und gleichzeitig das unbestreitbarste Eigenthum des Menschen, das Recht auf Broterwerb durch jede ihm beliebige Arbeit, vernichten, — nach Ruhe schreien und gleichzeitig den Völkern vorpredigen, ihr Beruf sei nicht, in friedlicher Association und freiem Umtausch für einander zu produciren, was Jeder am Besten vermag, sondern ihre Grenzen gegen einander abzusperren und zu bewachen — gegen den Communismus donnern und gleichzeitig durch Monopole auf Kosten der Consumenten sich mästen, das heißt ein *antisociales* Princip als berechtigt anerkennen und seine Consequenzen in thörichter Vermessenheit aufhalten wollen. Wenn Ihr in demselben Athemzuge räuberische Tarif-Operationen durch Louis Blanc'sche Phrasen vom ›Schutze der nationalen Arbeit‹ rechtfertigt. [...]

Für uns ist der Demos wirklich eine Gemeinschaft von Individuen, von denen jedes nur persönlich auf das Recht freier Selbstbestimmung für einzelne Fälle verzichten kann — und nicht eine blasse Abstraction, wo die Majorität die Minorität unterdrückt und durch Anwendung der alten Zwangsmittel ausbeutet, während *beide* verarmen: Mittel, in deren Gebrauch überdies das alte System mit seiner geschulten Polizei und gewitzigen Diplomatie so sehr überlegen ist, daß es sie stets über lang oder kurz wieder seinen Gegnern aus den Händen winden muß.

Socialisten! Wir kennen keinen schöneren Titel für uns, sobald Ihr, wie Euer Name besagt, das zu beseitigen wünscht, was bisher durch Communismus und Erwerbsaufzehrung der freien Association und dem Wohlstande der Individuen und Völker im Wege stand: den Zwangsstaat — und nicht in schrecklicherer Form zu erneuern!

Hier wird von der *Abend-Post* — unter positiver Berufung auf den ›Sozialismus‹ — sichtlich das Proudhonsche Assoziationsmodell gegen das staatssozialistische Modell Blancs verfochten, und es wird mit anti-etatistischen Freihandelsidealen verknüpft. Der Autor bezeichnet sich insofern demonstrativ als Sozialist, und diese libertären — und dennoch nicht individualistischen — Vorstellungen werden den Beifall Heilbergs gefunden haben. Auch er zielte mit seinen Vorstellungen der Assoziation freier Produzenten weniger auf das moderne Industrieproletariat, sondern auf das Handwerksproletariat. Vor diesem Hintergrund zitierte er am 2. Mai zustimmend aus der *Abend-Post* vom 30. April: »Zu unserer Auffassung der Freiheit, d.h. dem unmittelbaren Freisinn auf eigene Hand, gehört es, das jeder lediglich auf seine eigenen Hilfsquellen angewiesen sei, sein Thun und Lassen auf eigene Verantwortung hin einrichte und von seinem Nächsten keinen Dienst anders, als für Gegendienst und nach freiem Vertrag empfangt. Freiheit besteht nur in Unabhängigkeit, und diese beruht nur auf Selbstständigkeit. Wer auf die Gesammtheit sich stützen will, wird von Allen seine Verhaltensregeln empfangen; er bleibt abhängig und unfrei«.

Letztmalig zitierte Heilberg Wirtschaftsvorstellungen am 18. Mai (bezogen auf einen Beitrag der *Abend-Post* vom 16. Mai):

Die *Abendpost* erklärt in einem vortrefflich geschriebenen Artikel die Natur und das Wesen des *englischen Radicalismus*, welcher ohne jede gewaltsame Erschütterung so siegreiche Fortschritte macht, daß ihm die ›Times‹ sogar, natürlich sehr gegen ihren Willen, den nahen Sieg prophezeit. Der englische Radicalismus sei hervorgegangen aus der *Volkswirtschaftslehre*, wie sie Adam Smith gründete. Er ward dadurch in seiner Richtung bestimmt. Die Volkswirtschaft lehrte, daß alle ohne Zwang ausgeübten Aeußerungen menschlicher Thätigkeit, daß alle freien Interessen in Harmonie miteinander stehen, daß alle *Störungen* dieser Harmonie nur durch die Einmischung einer übergeordneten *Staatsgewalt* hervorgerufen werden. Dennoch konnte es den Radicalen nie einfallen, durch eine Revolution oder auf anderem Wege nur die alten Parteien *vom Staatsruder zu verdrängen* und sich desselben bemächtigen zu wollen — *der Angriff auf den Staat selbst* war von vornherein der Ausgangspunkt und das alleinige Ziel des englischen Radicalismus.

Danach erfolgen keine weiteren ökonomischen Bezüge auf die *Abend-Post* mehr, überhaupt geht eine am 19. Mai veröffentlichte Korrespondenz, bezogen auf die *Abend-Post* vom 17. Mai, letztmalig auf das Blatt ein (unauflöslicher Zusammenhang von Dynastie, Staat und Militär). Dass in der *Neuen Oder-Zeitung* die Nachrichten über sie abbrechen, kann damit zu tun haben, dass der freihändlerische Kurs des Blatts sich in wirtschaftsliberale Richtung radikalisiert hatte und dass das Heilberg und seinen Verbündeten in der Breslauer »Arbeiterverbrüderung« nicht mehr anknüpfenswert erschien.

Solche Vermutungen über mögliche Entwicklungen der *Abend-Post* bleiben, solange sich die Quellenlage nicht verbessert, spekulativ. Hervorzuheben ist allerdings die mehr als nur partielle Interessenkongruenz von regionalen Filialen der »Arbeiterverbrüderung« (wie der in Breslau) mit Konzepten des Berliner Blatts. Wenn darin, wie bereits zu sehen war, unter marktradikalem Vorzeichen ebenso für Freihandel wie auch für das Recht proletarischer Assoziationen plädiert wurde, trifft sich das mit dem generellen Kurs der »Arbeiterverbrüderung«. Es war die größte der 1848 in den deutschen Staaten entstandenen Arbeiterorganisationen, und zwar mit ca. 230 Ortsgruppen und 18-20.000 Mitgliedern²⁷⁵. Ihr Initiator und führender Kopf war Stephan Born. Er war zu dieser Zeit u.a. auch Mitglied im »Bund der Kommunisten«, aber Marx gegenüber stets ein eigenständiger Kopf und entgegen marxistischen Legendenbildungen der eigentliche Organisator der Arbeiterbewegung 1848/49 in Deutschland. In den von ihm herausgegebenen Organen *Das Volk* und *Die Verbrüderung* wurden zeitgleich und ohne scharfe Trennlinien einerseits Forderungen nach staatlichem Schutz bzw. Staatshilfe und gesamtstaatlicher Organisation der Arbeit für die Proletarier vorgebracht (Linie Blanc), andererseits aber auch Forderungen nach für Selbsthilfe im Sinn von Assoziationen propagiert (Linie

275 Vgl.: Horst Schlechte: Einleitung, in: Die Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung 1848–1850. Dokumente des Zentralkomitees für die deutschen Arbeiter in Leipzig, hrsg. v. Horst Schlechte, Weimar 1979, S. 1-85, hier: S. 79.

Proudhon). Innerhalb der letzteren Argumentationslinie galt als Ziel: »Jedes Mitglied der Assoziation ist Arbeiter, Unternehmer und Verkäufer zugleich und der Staat versieht nur die Dienste des Banquiers« bzw.: »deshalb also die Assoziationen, d.h. Institute, in welchen Arbeit und Kapital zusammenfallen, in welcher der Arbeiter zugleich der Kapitalist und umgekehrt der Kapitalist Arbeiter ist«²⁷⁶.

Diese Entwürfe Borns (die sich, wie gesagt, auch mit sozialistisch-staatsfokussierten überschritten) gingen mit seinem unbedingten Bekenntnis zu Freihandel einher. Das Proletariat müsse die mittelalterliche oder vormoderne Welt überkommener Privilegien überwinden, um zu seinen Rechten zu kommen: »Freihandel und Zunftwesen sind zwei Elemente, die sich einander auf Tod und Leben gegenüber stehen«. Natürlich habe sich für die Proletarier gezeigt: »Uns hat die Gewerbefreiheit kein Glück gebracht, wir wollen es wahrlich anders haben«. Gerade deshalb und angesichts der durch die Gewerbefreiheit und der durch den Freihandel freigesetzten Konkurrenz gelte: »Nichts mehr von Freien und Unfreien — einem Jeden die Unabhängigkeit«. Denn: »es ist die Assoziation der Arbeiter, die einzige Form, in welcher Arbeiter und Arbeitgeber oder Unternehmer mit einander verschmelzen«²⁷⁷.

Das heißt, das vormoderne Zunftwesen ist zu zersprengen, und die daraus resultierende wirtschaftliche Freizügigkeit, die via Konkurrenz vorerst nur den Besitzenden zugutekomme, münde schließlich in ein Geflecht proletarischer Assoziationen. An solche Vorstellungen aus dem Zentrum der »Arbeiterverbrüderung« — »Überführung der heutigen Gesellschaftsordnung in die sozialistische durch die mit den privaten Wirtschaften frei konkurrierenden Arbeiterassoziationen«, wie Georg Adler diese Programmatik Borns auf den Punkt brachte²⁷⁸ — knüpften Heilberg und die Breslauer Ortsfiliale der »Arbeiterverbrüderung« also an, wenn sie sich positiv auf die *Abend-Post* bezogen. Heilberg hielt, wie bereits herausgearbeitet, Proudhon in hohen Ehren. Die Darlegungen der *Abend-Post* zu Freihandel und Assoziationsrecht wiesen also bis zu einem bestimmten Zeitpunkt und in nicht wenigen Punkten Gemeinsamkeiten oder Schnittmengen mit proletarischen Emanzipationsvorstellungen auf.

f) Die leitenden Redakteure: Eduard Meyen und Julius Faucher

Die einstigen Verbindungen der beiden Redakteure der *Abend-Post* zum jung- und linkshegelianischen Feld, insbesondere der Berliner »Freien« sind bekannt. Dennoch weiß

276 [Stephan Born:] Anträge des Centralkomitees für Arbeiter (Fortsetzung.), in: Das Volk. Organ des Central-Komitees für Arbeiter. Eine sozial-politische Zeitschrift, Nr. 13, 1. Juli 1848, S. 49f., hier: S. 49; ders.: Anträge des Centralkomitees für Arbeiter (Fortsetzung.), in: ebd., Nr. 21, 20. Juli 1848, S. 81f., hier: S. 82.

277 Born: Die deutschen Gewerbeordner (Fortsetzung u. Schluß.), in: Die Verbrüderung. Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter, Nr. 43, 27. Februar 1849, S. 169-171, hier: S. 170f.

278 Adler: Die Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland, S. 325.

man über sie nach wie vor sehr wenig. Und zu Meyen, der zu den 6-8 Kernpersonen der Freien zählte, hat man, was diesen Kreis betrifft, die wenigsten Nachrichten²⁷⁹. Einerseits war er der erfahrenste und einflussreichste Journalist der »Freien«, und er wirkte an vielen ihrer Presseorgane mit. Andererseits war er, als *homme de lettres* und gewandter Mann mit Noblesse, auch zu der Zeit, als er der Kerngruppe der »Freien« und dem Kreis bei »Hippel« angehörte, in viele weitere Zirkel integriert. Sein intellektueller Horizont ermöglichte ihm, die spätere Zeit des englischen Exils ohne größere Nöte zu überstehen, und auch nach der Rückkehr nach Deutschland arbeitete er, nunmehr liberal und nationalliberal orientiert, erfolgreich als Redakteur und Journalist. Seine journalistischen Arbeiten sind allerdings weitgehend vergessen. Meyen war zwar der versierteste Journalist aus dem engsten Kreis der einstigen »Freien«, aber gerade diese Fähigkeit war und ist der Grund seines historischen ›Verwehens‹. Drangsalisiert von den Repressionsapparaten war er Mitte der vierziger Jahre, beispielweise mit seinen Beiträgen für die *Trier'sche Zeitung* und die *Mannheimer Abendzeitung*, in die Anonymität gedrängt²⁸⁰. Und darüber hinaus haben Journalbeiträge, aus der Perspektive der Nachwelt, eine kürzere Halbwertszeit als Broschüren oder dickleibige Abhandlungen. Abgesehen von seinem journalistischen Format: Vieles deutet darauf hin, dass er sich unter den »Freien« — neben dem jugendlichen Feuerkopf Ed. Bauer — am radikalsten als das verstand, was man heute ›Bürgerrechtler‹ nennt. Er wollte die Welt nicht durch ›Theorie‹ revolutionieren, sondern er suchte gezielt Konflikte mit der Staatsmacht und versuchte, sie öffentlich auszutragen, wobei er sich der Folgen zweifellos bewusst war. Im Jahr 1844 begannen erstmals Justizanklagen gegen ihn, und am 27. Februar 1845 wurde er erstmals zu einer Haftstrafe verurteilt — der Beginn einer ganzen Reihe von Prozessen und Verurteilungen aus politischen Gründen²⁸¹, mit einer neuen Kaskade in den Revolutionsjahren.

Einige Etappen seiner Tätigkeit: Geboren 1812 in Berlin, war er akademisch im hegelianischen Milieu sozialisiert. Er studierte in Berlin und Heidelberg Philosophie und wurde an der Berliner Universität 1835 mit einer Dissertation zur antiken Mythologie promoviert²⁸². Aufgrund seiner Interessen für Literatur — und um sich als Publizist und

279 Vgl. zu Meyen: Hellman: Die Freien, S. 184ff.; Hachtmann: Berlin 1848, S. 954; Zentrum und Peripherie, S. 53ff.

280 Zu Meyens Beiträgen für die *Trier'sche Zeitung* (mit Chiffrennachweis) vgl.: Wilhelm Becker: Die Presse des deutschen »wahren« Sozialismus in der Bewegung der 40er Jahre. Phil. Diss. Bonn 1920, S. 14ff.; Dieter Dowe: Die erste sozialistische Tageszeitung in Deutschland. Der Weg der »Trierschen Zeitung« vom Liberalismus über den »wahren Sozialismus« zum Anarchismus (1840–1851), in: Archiv für Sozialgeschichte, 12 (1972), S. 55-107, hier: S. 88.

281 Vgl.: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 11651 [Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffend den Dr. phil. Eduard Meyen aus Berlin. 1837–1856].

282 Vgl.: Maximilian Eduard Meyen: De Diana Taurica et Anaitide. Dissertatio Inauguralis, Berolini [1835].

Journalist zu entwickeln — intensivierte er dann seine Kontakte zu jungdeutschen Autoren, insbesondere zu Theodor Mundt. Nach einer Phase journalistischer Brotarbeit für Berliner Unterhaltungsjournale (*Berliner Figaro*, *Berliner Conversationsblatt*) übernahm er 1838, sehr wahrscheinlich durch Vermittlung seines Mentors Mundts, für einige Zeit die Redaktion der *Literarischen Zeitung*. Mit Buhl, Carrière, Mügge u.a. sammelten sich dort engagierte Philosophen und Publizisten. Meyen brachte das Blatt in engagiert-junghegelianisches Fahrwasser, beklagte aber schon im September 1838 brieflich, dass seine Frontstellung gegen die pietistisch-preußische Reaktion ihm von den Herausgebern zunehmend verübelt werde und er deshalb ab Ende des Jahrs als Redakteur zurücktreten werde. Auch sein Mentor Mundt schien ihm nicht mehr entschieden genug auf der Oppositionsseite zu stehen und es fehlten diesem, wie es im selben Brief heißt, die nötigen Anstrengungen, »um fortzuschreiten«. Man müsse sich nunmehr den »Jahrbüchern« zuwenden, d.h. den *Hallischen Jahrbüchern* Ruges²⁸³. Meyen stürzte sich, wie er im Januar 1839 an den Verleger Otto Wigand schrieb, in die »Opposition gegen die reaktionäre Rotte der Pietisten und Jesuiten in Berlin«, noch getragen von der Illusion einer politisch-liberalen Vorreiterrolle Preußens und, wie derselbe Brief bezeugt, von der Illusion, es gebe den obrigkeitlichen Wunsch, in dieser Hinsicht »der Regierung zu Hülfe zu kommen«²⁸⁴. 1839 publizierte er die kämpferische Broschüre *Heinrich Leo, der verhallerte Pietist*, und er schrieb nunmehr für die *Hallischen Jahrbücher* und dann auch für die *Rheinische Zeitung*, deren Redakteur sein Schwager Rutenberg war (bis dieser Ende 1842 vom gemäßigten Marx abgelöst wurde). Anlässlich der höchst folgenreichen sog. Welcker-Serenade, deren Bedeutung für die Konstitution der »Freien« weiter oben umrissen wurde, überraschte Meyen die preußischen Behörden, als er sich demonstrativ mit den Akteuren solidarisierte und bedauerte, er habe an diesem Ereignis nicht teilnehmen können (siehe Dokumentation, S. 283, 365, 369).

Meyen gehörte, wie erwähnt, zur Kerngruppe der »Freien«, versuchte aber auch in Konkurrenz insbesondere zu B. Bauer, in Alexis' Lesekabinett Studenten als Anhänger um sich zu scharen und positionierte sich 1844/45 öffentlich gegen Bauers Kurs der »reinen Kritik« (siehe oben). Zu dieser Zeit engagierte er sich zusammen mit anderen Berliner »Freien« im gegen allen offiziellen Widerstand regenden Vereinswesen Berlins, so u.a. im 1844 gegründeten »Hedemannschen Arbeiterbildungsverein«. Meyen, Rutenberg, Köppen, Zabel, Buhl, Mügge, Beta und andere sog. Literaten wurden aber verdächtigt, hier politisch oppositionell wirken zu wollen, und sie mussten auf offiziellen Druck hin

283 Eduard Meyen an Moritz Carrière 20. September 1838, in: BArch, R Y 2/ I 6/ 205, Bl. 1f., hier: Bl. 2 [Sammlung Bund der Kommunisten]; vgl. auch: Sybille Obenaus: Die deutschen allgemeinen kritischen Zeitschriften in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Entwurf einer Gesamtdarstellung, in: Archiv für die Geschichte des Buchwesens, XIV (1974), Sp. 1-122, hier: Sp. 89f.

284 Eduard Meyen an Otto Wigand, 30. Januar 1839, in: BArch, NY 4114/23 Bl. 27-29, hier: Bl. 27, 29 [Sammlung Ruge].

den Verein verlassen oder verließen ihn, um Schaden von ihm abzuwenden²⁸⁵. Ebenfalls zu erwähnen ist — vertiefende Analysen stehen hier nach wie vor aus —, dass Meyen aus der Kerngruppe der »Freien« der einzige war, der sich ab Mitte der vierziger Jahre über die Brücke der ›sozialen Frage‹ gezielt Handwerker- und Arbeitervereinigungen näherte, dort (u. a. im inoffiziellen Bildungsverein »Gottlieb«) »wahrsozialistische« Publikationen vorstellte und selbst Vorträge über Sozialismus und Kommunismus hielt²⁸⁶.

So bekannte er sich in einem Beitrag zu Püttmanns ›wahrsozialistischem« *Deutschen Bürgerbuch für 1846* zu den »Sozialisten« und zur »Aufhebung des Eigenthums«, aber in einer ausdrücklich herrschaftsfreien Perspektive: »Die Zeit der alten Welt geht zu Ende und es naht eine neue Weltepoche, die Epoche der Gesellschaft, der realisirten Freiheit, die keine ›Herrschaft‹ mehr kennen wird«²⁸⁷. Als Marx 1847 den Streit mit dem Proudhon-Anhänger und sog. wahren Sozialisten Grün forcierte, stellte er sich mit Korrespondenzen in der *Trier'schen Zeitung* an die Seite des Letzteren, darüber hinaus besprach er dort in mehreren Beiträgen zustimmend Proudhons *Système des Contradictions économiques, ou Philosophie de la Misère*, und ebenfalls aus einer Korrespondenz Meyens für dieses Blatt geht hervor, dass er 1847 dieses Werk in Kreisen von Arbeitern in Berlin vorgestellt hat²⁸⁸. Im selben Jahr wurde Meyen, weil er in einer Handwerker-

285 Vgl.: Franziska Rogger: »Wir helfen uns selbst!« Die kollektive Selbsthilfe der Arbeiterverbrüderung 1848/49 und die individuelle Selbsthilfe Stephan Borns — Borns Leben, Entwicklung und seine Rezeption der zeitgenössischen Lehren, Erlangen 1986, S. 33f. sowie ebd. Anm. 55, 66, 85 (Kap. III); Archivalienachweis u. a.: GStA PK, I. HA, Rep. 77, Tit. 1072, Bd. 1, Bl. 5, 42 [Acta betr. die polizeilichen Anordnungen für die in Berlin bestehenden Gesellen- und Handwerkervereine]; zum »Hedemannschen Bildungsverein« und der darin wachsenden politischen Tendenzen vgl.: Rüdiger Hachtmann: Zwischen bürgerlichem Bildungsverein und moderner Arbeiterbewegung — der Berliner Handwerkerverein in den Jahren 1843 bis 1847, in: Bürgerliche Gesellschaft — Idee und Wirklichkeit. Festschrift für Manfred Hahn, hrsg. v. Eva Schöck-Quinteros u. a., Berlin 2004, S. 143-178.

286 Vgl. u. a.: Verhöraussage Friedrich Mentel [1846], in: Der Bund der Kommunisten. Bd. 1, S. 258-273, hier: S. 267f.; vgl. auch: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 11651, Bl. 67ff. [Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffend den Dr. phil. Eduard Meyen aus Berlin. 1837-1856]; zu Mentel und seiner geheimen Filiale des »Bundes der Gerechten« sowie zur Vereinigung »Gottlieb« vgl.: Rogger: »Wir helfen uns selbst!«, S. 44; Kurt Wernicke: »Alle Menschen sind Brüder!« Geheimbündler in polizeilichen Ermittlungen, in: Aufbruch in die Bürgerwelt. Lebensbilder aus Vormärz und Biedermeier, hrsg. v. Helmut Bock/Renate Plöse, Münster 1994, S. 417-424.

287 —n. [Eduard Meyen]: Die Berliner Hausvoigtei, in: Deutsches Bürgerbuch für 1846. (Zweiter Jahrgang.) Herausgegeben von H. Püttmann, Mannheim 1846, S. 171-221, hier: S. 221.

288 Vgl.: Bert Andréas/Wolfgang Mönke: Neue Daten zur »Deutschen Ideologie«. Mit einem unbekanntem Brief von Karl Marx und anderen Dokumenten, in: Archiv für Sozialgeschichte, 8 (1968), S. 5-159, hier: S. 104ff.; J[ames] Strassmaier: Karl Grün: The confrontation with Marx, 1844-1848, Diss. Chicago 1969, S. 97 (Angabe der Korrespondenz Meyens in der *Trier'schen Zeitung* vom 18. März 1847 mit Chiffrennachweis).

versammlung Heinrich Heines Gedicht *Die schlesischen Weber* und das durch Johannes Scherr überlieferte, ein Attentat auf den preußischen König ironisierende *Lied vom Bürgermeister Tschsch* vortrug, in zweiter Instanz wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt²⁸⁹. Seine Zuwendung zu diesen Schichten geschah übrigens nicht nur deshalb, weil ihn plötzlich die soziale Not der Handwerker und Proletariat elementar ergriff. Vielmehr entdeckte er, wie alle Intellektuelle dieser Zeit, den Sozialismus und Kommunismus für sich, weil er mit dieser Verfügungsmasse ›Proletariat‹ eine bestimmte eigene Agenda verfocht — in seinem Fall, so in einem Journalartikel aus dem Jahr 1846, das Ideal einer »socialistischen« Gesellschaft der »Befreiung der *Arbeit*«. Und diese, als freie ›Gesellschaft‹, lässt den Staat dezidiert hinter sich: »wir haben ja bis jetzt nur erst eine ›politische Staatsform‹ vor uns, und wir müssen diese erst zerbrechen, um der Idee der freien Gesellschaft, welche uns beseelt, Raum schaffen zu können«²⁹⁰.

Die Revolution 1848 beendete Meyens Festungshaft, ab 1. April 1848 war er Mitredakteur der in Berlin erscheinenden *Reform* und soll die Redaktionsgeschäfte zeitweise allein übernommen haben. Im Berliner »Politischen« bzw. »Demokratischen Klub« engagierte er sich in verschiedenen leitenden Funktionen. Seit Juli 1848 war er Mitglied im fünfköpfigen »Central-Ausschuss« der Demokraten Deutschlands, im Oktober desselben Jahres Delegierter auf dem Zweiten Kongress der Demokraten Deutschlands. Ebenso war er tätig im Vorstand der Berliner »Volkspartei« (die keine Partei im eigentlichen Sinne darstellte, sondern eine nach Bezirksvereinen gegliederte demokratische Bewegungsorganisation²⁹¹). Im Jahr 1850, nach seiner Tätigkeit für die *Demokratische Zeitung* und die *Abend-Post*, ging Meyen — siehe weiter oben — ins englische Exil. Rückwirkend wurde polizeilich konstatiert: »In den Jahren der Bewegung hat Meyen eine sehr bedeutende Rolle gespielt, stand an der Spitze der demokratischen Partei und übte namentlich als Redakteur des ›Wächters an der Ostsee‹ u. der ›Abendpost‹ einen sehr gefährlichen Einfluß aus«²⁹². Nach seiner Rückkehr wurde er 1859 Redakteur des Hamburger *Freischütz*, 1861 dann der *Berliner Reform. Organ der demokratischen Partei* und danach der *Danziger Zeitung*.

Bestehen zu Meyen viele Erkenntnislücken, so auch zu Faucher. Kann ersterer dem einstigen ›inneren‹ Kreis der Berliner »Freien« zugerechnet werden, so letzterer dem ›erweiterten‹. Wann er in diesen Kreis gelangte und wie weit und ob er überhaupt durch

289 Vgl.: [Rechtsspruch des Kammergerichts gegen Eduard Meyen]. 2. März 1847, in: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 11651, Bl. 91-94 [Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffend den Dr. phil. Eduard Meyen aus Berlin. 1837–1856].

290 — n. [Eduard Meyen]: Berlin. Ende August, in: Prometheus. Organ zur sozialen Reform, hrsg. v. Hermann Püttmann. I. II. Herisau 1846, S. 59-64, hier: S. 60.

291 Vgl.: Hachtmann, Berlin 1848, S. 272ff., 634ff., 642, 833ff.

292 Polizeipräsidium Berlin an Innenminister v. Westphalen, 2. August 1856, in: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 11652, Bl. 6-8, hier: Bl. 7 [Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin, betreffend den Dr. phil. Eduard Meyen. 1856–1864].

sein Studium hegelianisch geprägt war, ist nicht genau zu ermitteln. Geboren in Berlin 1820, legte er das Abitur am Gymnasium in Guben ab und studierte ab 20. November 1839 an der Philosophischen Fakultät der Berliner Universität. Sein Studium beinhaltete aber nicht Philosophie, sondern Mathematik und Astronomie (Fächer, die damals auch in Berlin noch zu dieser Fakultät gehörten), und zwar bei so bedeutenden Lehrern wie Gustav Dirichlet, Jakob Steiner und Johann Franz Encke. Mit Philosophen, gar Hegelianern, scheint er dabei überhaupt nicht in Verbindung gekommen zu sein. Seine poetischen Interessen führten ihn während seines Studiums um 1840 in den »Lenau-Klub« oder »Lenau-Verein«, wo er ebenfalls kaum mit Hegelianern in Kontakt kam²⁹³. Immerhin lernte er hier Hermann Maron kennen, dem er spätestens 1847 im Berliner Freihandelsverein wieder begegnete. Faucher verließ mit dem Abgangszeugnis vom 7. September 1844 die Berliner Universität²⁹⁴.

Schon zu dieser Zeit pflegte er Kontakte zu dem öffentlich verrufenen Zirkel der »Freien«. Ein Zeitzeuge: »Er hatte sich der Bauerschen Philosophengruppe, den ›Freien‹, angeschlossen und fand sein ganz besonderes Vergnügen darin, sie in ihren verwegenen Theorien, und im frechen Zynismus selbst Ludwig Buhl, noch zu überbieten«²⁹⁵. In seinen Erinnerungen zählte Fontane ihn zu den sog. Sieben Weisen aus dem Kreis der »Freien«, die Mitte der vierziger Jahre gelegentlich auf nächtlichen Streifzügen in Berlin Passanten um Geld für Alkoholika angingen. In jedem Fall arbeitete Faucher seit Juni 1844 an Bauers *Allgemeiner Literatur-Zeitung* mit, und er veröffentlichte dort die zwei Artikelserien *Englische Tagesfragen* und *Berlins Armenwesen*. Die erste (zweiteilige) Artikelfolge sollte die Basis seiner Promotion bilden. Konkreter: Am 25. Juli sondierte er mit einem Anschreiben in lateinischer Sprache bei der Philosophischen Fakultät der Universität Jena die Möglichkeit einer Graduierung zum ›Doktor‹ in Abwesenheit (in absentia), und nach einem positiven Bescheid reichte er mit Schreiben vom 8. September, also nur einen Tag nach Erhalt seines inzwischen eingeforderten Berliner Abgangszeugnisses, den oben genannten zweiteiligen Journalaufsatz ein. In Jena gab es allerdings Einsprüche; Faucher wurde am 16. September beschieden, dass dieser keinen

293 Zum Verein: Roland Berbig: Theodor Fontane im literarischen Leben. Zeitungen und Zeitschriften, Verlage und Vereine, Berlin, New York 2000, S. 410.

294 Ich danke freundlich für die Mitteilungen des Archivs der Humboldt-Universität zu Berlin von Mai/Juni 2019. Das Zeugnis war ursprünglich datiert auf den 26. August, das Datum wurde aber bei der Endausfertigung auf den 7. September 1844 korrigiert (dazu, auch zu Fauchers Kursen und Lehrern usw. vgl.: Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin, Sig.: Rektor und Senat, 1810–1945, Abgangszeugnisse, Nr. 258, Bl. 33–37). Weitere (meist sichere) Informationen in: H. Beta, Ein deutscher Freihandelsapostel, in: Die Gartenlaube. Illustriertes Familienblatt, Nr. 17, Jg. 1863, S. 266–270; Jörg Thunecke: ›Von dem, was er sozialpolitisch war, habe ich keinen Schimmer‹. Londoner ›Kulturbilder‹ in den Schriften Theodor Fontanes und Julius Fauchers, in: Exilanten und andere Deutsche in Fontanes London, hrsg. v. Peter Alter/Rudolf Muhs, Stuttgart 1996, S. 340–369.

295 Pietsch: Wie ich Schriftsteller geworden bin, S. 59.

wissenschaftlichen Charakter trage und einer Promotion nicht genügen könne. Er wurde aber ausdrücklich ermuntert, eine andere Arbeit einzureichen. Das geschah sehr schnell, denn bereits ca. vier Wochen später übersandte er eine undatierte, 19 Seiten umfassende mathematische Abhandlung *Von ternären und polymären arithmetischen Verbindungen* (so die damals offenbar übliche Schreibweise). Und schon wenige Tage später, am 14. Oktober 1844, wurde ihm — natürlich auf erhebliche finanzielle Gegenleistung hin — die Doktorurkunde ausgestellt, ein damals nicht unüblicher Bezahlschwindel²⁹⁶.

Mindestens ein Beitrag Fauchers ist für die 1844/45 vom Kreis der »Freien« herausgegebenen *Norddeutschen Blätter* nachweisbar (gegen Steuerprivilegien für den Adel), und wohl schon zu dieser Zeit musste er Prince-Smith kennen gelernt haben, denn seine Beiträge für beide Journale zeigen bereits seine Freihandelsinteressen. Dieser Zug zur Propagierung freier Wirtschaft — als im Effekt einziger tatsächlich sozialer Wirtschaft — zeigt sich 1845 auch in seiner Broschüre *Die Vereinigung von Sparkasse und Hypothekenbank und der Anschluss eines Häuserbauvereins [...] für das Wohl der arbeitenden Klassen*, und ebenfalls 1846 in der Broschüre *In der Bankfrage gegen Gustav Julius*²⁹⁷. In diesen Schriften griff Faucher den Assoziationsgedanken auf, wendete ihn aber polemisch gegen sozialistische Modelle oder Vorstellungen staatlicher Organisation (öffentlich wurden hier sogleich Einflüsse von Stirners *Der Einzige und sein Eigentum* erkannt²⁹⁸). Dennoch galt er dem preußischen Innenministerium Anfang des Jahrs 1847, im Zusammenhang mit der Übernahme der Redaktion der *Börsen-Nachrichten der Ostsee*, als Anhänger von »kommunistischen und revolutionären Theorien« und »Anhänger des sogenannten Socialismus«, als Autor, der sich »offen zum Socialismus bekennt«²⁹⁹.

Zu erwähnen ist, dass Faucher aus formal-rechtlichen Gründen nicht als leitender Redakteur der *Börsen-Nachrichten* fungieren konnte, und ebenso ist zu erwähnen, dass das Innenministerium mit diesen Urteilen keineswegs richtig lag. Zwar liefen auch andernorts, beispielsweise 1846, Gerüchte um, Faucher wolle zusammen mit dem Jung-

296 Vgl.: Friedrich-Schiller-Universität Jena. Universitätsarchiv, Sig.: M 305, Bl. 67-71, 113-115, 374; M 306, Bl. 19-19/9; M 741, Bl. 147-148. Ich danke freundlich für die Übersendung von Kopien vom 15. Mai 2019.

297 Vgl.: Dr. Julius Faucher: *Die Vereinigung von Sparkasse und Hypothekenbank und der Anschluss eines Häuserbauvereins [...] für das Wohl der arbeitenden Klassen*, Berlin 1845; Dr. J. Faucher: *In der Bankfrage gegen Gustav Julius*, Berlin 1846.

298 Vgl.: Sass: Berlin in seiner neuesten Zeit und Entwicklung, S. 165.

299 Preußischer Innenminister v. Bodenschwingh an Ober-Präsident der Provinz Pommern, v. Bonin, 9. Februar 1847, in: GStA PK, I. HA, Rep. 77, Tit. 6, Lit. F, Nr. 88, Bl. 1; ders. an Regierungsrat v. Ladenberg, Berlin, 6. März 1847, in: ebd., Bl. 6f. [Acta betr. den Literaten Dr: Julius Faucher, sowie seine Schriften und sein politisches Treiben, Feb. 1847–1860]; Preußisches Innenministerium an Finanzministerium [Votum betreffs Postprivilegien für die »Börsen-Nachrichten der Ostsee«], Berlin, 30. April 1847, in: ebd., I. HA, Tit. 2, SPEZ. LIT B, Nr. 50, Bd. 2, Bl. 34-36, hier: Bl. 35 [Acta betr. die Censur der in Stettin erscheinenden »Börsen-Nachrichten der Ostsee« v. 9. October 1845–1850].

hegelianer Köppen sozialistische und kommunistische Schriften aus dem Französischen übersetzen und veröffentlichen³⁰⁰. Aber Faucher war, wie erwähnt, mittlerweile dem Freihandelsagitator Prince-Smith eng verbunden und trat zu dieser Zeit als anarchoide Freihandelsverfechter auf (und führte Gesinnungsverwandte ins Stammlokal der »Freien«, bei »Hippel« ein). Gleichwohl war, wie eine vertiefende Analyse seiner freihändlerisch ausgerichteten Arbeiten für die *Börsen-Nachrichten der Ostsee* bzw. die *Ostsee-Zeitung und Börsen-Nachrichten der Ostsee* von 1847 und 1848 zeigen, sein Verhältnis zu sozialistischen/kommunistischen Vorstellungen ausgesprochen ambivalent. Einerseits bewunderte er sie wegen ihrer unerbittlichen Adels- und Bourgeoisiekritik sowie ihres utopischen Überschwangs. Andererseits lehnte er alle vorstrukturierten Formen von Gemeinschaft und staatlicher Organisation von Ökonomie entschieden ab. Diese Ambivalenz zeigt sich deutlich in einem Statement zu sozialistischen Vorstellungen aus dem April 1848: »Darum tadeln wir zwar, aber wir verdammen sie nicht, jene socialistischen Schwärmer; sie erfüllen eine historische Bestimmung, ja wir halten sie eben aus diesem Grunde für unsere besten Freunde, für die sichere Leiter, auf der wir hinaufsteigen. [...] Einen Sturm muß man austoben lassen, und je heftiger er ist, desto schneller sein Ende«³⁰¹.

Faucher, so ließe sich seine Position zusammenfassen, trat als *Freetrader* auf seine Weise als utopisch-radikaler Bourgeoisie- und Monopolkritiker auf und verfocht das Ideal der Lösung der sozialen Frage im Sinn eines ›Wohlstand für Alle‹ durch unbeeinträchtigte freie Konkurrenz. Insofern fühlte er sich seinen eigenen Bekenntnissen zufolge sozialistisch-kommunistischen Ansprüchen in ihrer Radikalität ausdrücklich nahe, auch wenn er sie inhaltlich ablehnte (exemplarisch ist diese Ambivalenz zu sehen an einer mehrteiligen Artikelserie zu St. Simon, Owen, Fourier, Proudhon und Blanc in den *Börsen-Nachrichten der Ostsee* vom September/Oktober 1847).

In den Jahren 1846/47 beteiligte er sich an der Gründung des Berliner Freihandelsvereins, der sich am 7. April 1847 konstituierte, allerdings aufgrund des Einspruchs gemäßigter Kräfte vorerst unter dem Namen »Wissenschaftlicher Verein für Handel und Gewerbe« (erst am 22. Oktober 1847 gelang die Namensänderung in »Freihandelsverein«), und im selben Jahr wurde er zu einem der zwei Vorsitzenden des Freihandelsvereins von Stettin gewählt³⁰². Die Revolution 1848 führte ihn nach Frankfurt/M. zu

300 Vgl.: Joseph Weydemeyer an Karl Marx, 14. Mai 1846, in: MEGA². Bd. III.2, S. 194 (Köppen übersetzte eine Arbeit von Villegardelle und gemeinsam mit Buhl eine von Blanc).

301 [Anonym:] Nicht diejenigen können wir als die Freunde [...], in: *Ostsee-Zeitung und Börsen-Nachrichten der Ostsee*, Nr. 41, 20. April 1848. Erste Extra-Beilage [S. 1]. Zur Zeitung generell: Harald Bader: Die Stettiner *Börsen-Nachrichten der Ostsee*. Eine liberale Zeitung Pommerns, in: *Literaturbetrieb und Verlagswesen im Vormärz*, hrsg. v. Christian Liedtke, Bielefeld 2011, S. 233-248 (Jahrbuch Forum Vormärz Forschung, 16).

302 Vgl.: Heinrich Best: *Interessenpolitik und nationale Integration 1848/49. Handelspolitische Konflikte im frühindustriellen Deutschland*, Göttingen 1980, S. 104.

einer Zusammenkunft von Vertretern des Handelsstandes norddeutscher Handelsstädte (einem Freihandelsinteressenverbund). Zu dieser Zeit begegnete er dort — um an diese weiter oben schon erwähnte Episode nochmals zu erinnern — Friedrich Wilhelm Schlöffel, und er konfrontierte diesen mit dem Vorwurf, noch »zu weit rechts« zu stehen: »Sie sind ja eingefleischter Republikaner, Sie wollen also noch einen Staat! Ich aber will auch den Staat nicht, folglich bin ich weiter links«³⁰³. Gleichfalls in dieser Zeit seiner Anwesenheit in Frankfurt äußerte Faucher gegenüber einem konservativen Beobachter: »Ich will nicht Monarchie, nicht Republik, nicht Aristokratie, nicht Demokratie, ich will *Akratie*, keinen Sta[a]t, keine Kirche, keine Gesetze, keine Tyranisierung der Minoritäten durch die Majoritäten, keine Steuern. Alles soll *freiwillig*, alles durch die *freie Association* geschehen«³⁰⁴.

In der ab April 1850 von ihm in Berlin herausgegebenen *Abend-Post* scheinen sich diese beiden Positionen überlagert zu haben: Freihandelsvorstellungen *und* anti-etatistische Vorstellungen, die eben nicht lediglich »liberale« waren, sondern anarchistische. Nachzutragen bleibt, dass Faucher sich in den Jahren nach 1850, d.h. in England und nach seiner Rückkehr nach Deutschland 1859, von dieser Doppelstrategie verabschiedete. Er agierte — u.a. als Abgeordneter des Preußischen Landtags und Mitbegründer der freihändlerischen *Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik und Culturgeschichte* — als Wirtschaftsliberaler und politischer Liberaler ohne anarchistische Positionierung.

g) Exkurs zu den Einflüssen Max Stirners

Eine Information — um hier wieder auf die *Abend-Post* zurückzukommen — ist noch nachzutragen. Es ist gelegentlich, siehe oben, vermutet worden, dass für die anarchistisch-freihändlerische Tendenz auch die Philosopheme Max Stirners leitend gewesen seien, und vor allem Franz Mehring hat 1897 diese Vermutung in den Rang einer Tatsache erhoben (»Julius Faucher ließ sich erst als andächtiger Schüler zu den Füßen Stirners nieder [...]. In ihrem ersten Organ, der Berliner Abendpost, predigte die junge Schule der deutschen Freihändler die Abschaffung der Moral und des Staats, frei nach Stirner«³⁰⁵). Dessen Einflüsse sind durchaus denkbar; so deuten der mehrmalige gezielte Rekurs auf »Individualismus« und »Egoismus« sowie die Ablehnung von »Massen« in der *Abend-Post* auf Stirner (aber auch auf B. Bauer) als eine direkte Einflussquelle hin. Zudem bestätigte ein an der Arbeit des Blatts Beteiligter später, dass Faucher »recht große Stücke auf Max Stirner gehalten hat«. Gleichfalls wies er aber darauf hin, dass dieser »in

303 M[ax] W[irth]: Zur Geschichte des Anarchismus, in: Neue Freie Presse, Nr. 10748, 26. Juli 1894, [S. 1f.], hier: [S. 2].

304 Zit. in: Otto Schulthess an Johann Caspar Bluntschli, 5. Juni 1848, in: J. C. Bluntschli: Denkwürdiges aus meinem Leben. Zweiter Teil. Erste Hälfte, Nördlingen 1884, S. 96.

305 Franz Mehring: Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie. Erster Theil, Stuttgart 1897, S. 206 (Die Geschichte des Sozialismus in Einzeldarstellungen, von E. Bernstein u.a., Bd. 3.1).

keiner directen Verbindung mit diesem Organ gestanden haben kann«³⁰⁶. Stirner nämlich hielt sich demonstrativ abseits. Aus der Runde der einstigen »Freien«, die nach wie vor bei Hippel verkehrte, wechselte, wie damals ein unmittelbarer Zeitzeuge vermeldete, im Mai 1850 nur Buhl zum Kreis der *Abend-Post*, Stirner aber nicht: »Auch Ludwig Buhl hat sich an sie angeschlossen, hat Hippel verlassen. Das Trio *B. Bauer, Stirner und Buhl* ist zerstört«³⁰⁷.

Und möglicherweise von Buhl — aber auch von anderen infrage kommenden Autoren wie etwa Beta — stammen Vorschläge in der *Abend-Post* wie der aus der Nr. 111 vom 16. Mai 1850. Sie stehen nicht auf der von Bauer und von Stirner verfochtenen Linie der gänzlichen Negierung der Sphäre des Politischen, sondern plädieren für radikale Basisdemokratie. Ein höchst ungewöhnliches Gedankenexperiment der *Abend-Post* (es klang oben bereits an): Bei freien und gleichen Wahlen — also selbstverständlich ohne ein diskriminierendes Dreiklassenwahlrecht — wäre auch das übliche und eingebürgerte Territorialprinzip der Wahl abzuschaffen und ein Prioritätsprinzip zu bevorzugen: »Statt der zehntausend Menschen, die an einem bestimmten Platze wohnen, sind zehntausend Menschen zu vertreten, die sich über einen bestimmten Vertreter einigen«³⁰⁸. Die Rede von »zehntausend« verweist, soweit zu sehen ist, auf mindestens eine Quelle dieses Vorschlags: auf den schillernden französischen Journalisten und Politiker Émile de Girardin, der um 1850, in seiner radikal-republikanischen Phase, zuerst in Aufsätzen in *La Presse*, den oben genannten Vorschlag unterbreitet hatte³⁰⁹. Es geht um Akteure mit gemeinsamen Vorstellungen, die — überterritorial — einen infrage kommenden Repräsentanten wählen. So müssten sich auf einem bestimmten Territorium nicht Minderheiten einer Mehrheit beugen und durch einen Repräsentanten vertreten lassen, den sie nicht gewählt hätten. Vertreter stehen somit also für genau die ein, die ihnen direkt zustimmen, und diejenigen mit dem meisten Stimmenanteil bilden Volksvertretungen, Parlamente usw. Dass damit Mehrheitsentscheide auf eine andre Ebene verlagert sind,

306 Max Wirth an John Henry Mackay, 16. April 1892, in: Sammlung Mackay, Film 2. Bd. 19, S. 642f. Diesem Brief zufolge nahm Wirth, ein guter Bekannter Fauchers, obwohl nicht in Berlin ansässig, an mindestens einer der sonntäglichen Redaktionssitzungen der *Abend-Post* teil, möglicherweise steuerte er auch Beiträge bei.

307 [Anonym:] Berlin im Mai 1850, in: Der Leuchtturm, Nr. 25 [Mai] 1850, S. 485-487, hier: S. 486. »Hippel«, als Stammlokal B. Bauers auch während der Revolutionszeit 1848, ging u.a. auch in die zeitgenössische Literatur ein: »Geh zu Hippel, dort wirst Du ihn sehn, die verkörperte Kritik, die incarnirte Negation, den Mann der souverainsten Verachtung« (Max Ring: Berlin und Breslau 1847–1848. Roman. Erster Band: Marie, Breslau 1849, S. 156).

308 [Anonym:] Wahl und Vertretung, in: *Abend-Post*, Nr. 111, 16. Mai 1850, [S. 1].

309 Vgl. die Übersetzung zweier entsprechender Aufsätze Girardins: Zur Zukunft des allgemeinen Stimmrechtes, in: *Neue Oder-Zeitung*, Nr. 197-201, 30. April-2. Mai 1850; zu Girardins mehrfach wechselnden, u.a. auch radikal-demokratischen Positionen: Nettlau: Der Vorfrühling der Anarchie, S. 200f.; Chantal Gaillard: La polémique de Proudhon avec Émile de Girardin, in: *Archives prouhoniennes*, 2006, S. 21-46.

liegt auf der Hand. Aber die mit dem Territorialitätsprinzip genuin verbundene Klientelwirtschaft wird verhindert und eine unmittelbarere Brücke von den zu Vertretenden zu ihren Vertretern scheint dennoch möglich.

Stirner also — um auf diesen Umstand zurückzukommen — lehnte den Kurs der *Abend-Post* ab und hielt sich fern. In seiner Programmschrift *Der Einzige und sein Eigentum* hatte er sich ausdrücklich auch gegen die *Freetrader* als in seinen Augen ideologisch ausgerichtete Utopiker verwahrt (»Handelsfreiheit z.B., welche die Menschheit erst erreichen soll, und die man wie einen bezaubernden Traum in ihre goldene Zukunft versetzt«³¹⁰). Auch B. Bauer blieb auf Distanz zum Blatt. Er hatte sich nach der Episode als Wahlkandidat für die Zweite Kammer des Preußischen Landtags 1848/49³¹¹ wieder auf den Standpunkt der »reinen Kritik« zurückgezogen und jedes politische Engagement nur verurteilt. Ed. Bauer, um auch ihn nochmals zu erwähnen, befand sich bereits seit August 1848 unter falschem Namen im Untergrund und beständig auf der Flucht und schied insofern als potentieller Mitarbeiter aus. Dennoch kann man, sowohl aufgrund der maßgeblichen Akteure als auch aufgrund der vertretenen Positionen, von einem jung- bzw. linkshegelianischen Zeitungsprojekt sprechen. Ed. Bauer hatte 1843 mit *Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat* die erste anarchistische Programmschrift aus dem Kreis der »Freien« vorgelegt — sozialistisch bzw. kommunistisch-anarchistisch. Die *Abend-Post* steht in dieser Traditionslinie, aber unter veränderten Vorzeichen — und zwar individualanarchistisch, basisdemokratisch und wirtschaftlich-freihändlerisch. Zu betonen ist aber, dass es in den wenigen Monaten des Bestehens des Blatts offenbar nicht unerhebliche Veränderungen gab: Ende Februar 1850 erfolgte das Bekenntnis zu politischer (bzw. anti-politischer) Anarchie, und das verband sich wahrscheinlich erst mehrere Wochen später, ab Anfang April, mit einer marktradikal-freihändlerischen Tendenz.

h) Julius Fauchers Rechtfertigungsversuche aus dem Jahr 1858

Die verrufene *Abend-Post*, das bleibt ebenfalls nachzutragen, spielte behördlich in späteren Monaten und Jahren noch mehrmals eine Rolle (so im November 1850: »Soziale Republik war ihre Farbe. Sie hatte nur wenige Abonnenten und die Kosten wurden in der Hauptsache aus den Finanzen der demokratischen Vereine bestritten«³¹²). In diesem

310 Stirner: *Der Einzige und sein Eigentum*, S. 331; vgl. auch Stirners ausführliche Polemiken gegen die marktradikalen Theorien von »freier Konkurrenz«, die ausdrücklich die ungleichen ökonomischen Ausgangsbedingungen thematisierten, z.B. für mittellose Handwerker oder Proletarier, ebd., S. 265ff.

311 Vgl.: Bruno Bauer: [Wahlreden von Dezember 1848 und Februar 1849], in: Ernst Barnikol: Bruno Bauer. Studien und Materialien. Aus dem Nachlaß ausgewählt und zusammengestellt von Peter Reimer/Hans-Martin Sass, Assen 1972, S. 518ff.

312 Verzeichniß derjenigen [...] Zeitschriften, welche zu erscheinen aufgehört haben, weil die Herausgeber derselben die gesetzliche Kaution aufzubringen nicht vermögend gewesen sind.

Kontext — das muss hervorgehoben werden — verzerrten die routiniert-eingeübten polizeilichen Vorwürfe, Faucher habe in der *Abend-Post* sozialistische oder gar kommunistische Positionen vertreten, und sein darauf reagierendes vehementes Dementi, er habe im Gegenteil diese und sogar demokratische Positionen doch entschieden bekämpft, die Sachlage gleichermaßen. Und seine Erklärung aus dem Jahr 1858 (siehe unten), die Zeitung sei damals nicht umhin gekommen, »den utilitarischen Charakter des Staats überhaupt in Abrede zu stellen und die Gedanken der Masse von ihm abzuwenden«, wirkt als Umschreibung ihrer einstigen anarchistischen Programmatik auch nicht unbedingt erhellend. Der Auftakt zu diesen Bewertungsdiskrepanzen ergab sich infolge eines Fehlalarms. Im Jahr 1854, als Faucher in London lebte, glaubte man, er sei unter falschem Namen nach Berlin gereist. In diesem Zusammenhang hielten die Behörden, ebenso fehlinformiert wie verfolgungseifrig, fest:

Das ehemals von Dr. Meyen redigirte Blatt »Die Abendpost« hatte zu seinem Hauptmitarbeiter den Literaten Fouché. Letzterer besorgte die an Communismus streifenden handelspolitischen Artikel, und wurde in den Bestrebungen, auf dem special-nationalöconomischen Gebiete die Anbahnung zur Revolution zu bewerkstelligen, durch verschiedene Zuschriften des sich schon zu jener Zeit in London befindlichen Dr. Ruge, des Vorgängers der »Abendpost«, ganz besonders bestärkt.³¹³

Erneut wurde die *Abend-Post* aktenkundig, als Faucher 1858 für einige Tage nach Berlin kam und um einen Heimatschein — also um ein Rückkehrrecht aus London — nachsuchte. Auf polizeiliches Befragen gab er in dem Zusammenhang an, dass er nach seiner Wiederankunft in Berlin aus Hamburg 1850 die *Demokratische Zeitung* gekauft und unter den Namen *Abend-Post* weitergeführt, aber infolge der Unterdrückung des Blatts durch das Postgesetz das Land verlassen hätte³¹⁴. Damit verbunden protokollierten die Polizeibehörden, die sich nach wie vor im Verfolgungsmodus befanden, dass Faucher 1848 »socialistisch-democratischen Tendenzen huldigte« und »an Seite von Max Stirner, Buhl und Bruno Bauer, mit denen er eng verbunden war, literarisch wirkte« und darüber hinaus, dass die *Demokratische Zeitung*, die er 1850 käuflich erwarb und in *Abend-Post* umbenannte, geschäftlich einging³¹⁵. Aufgrund dieser Vorbehalte wurde Faucher, der übrigens nie steckbrieflich gesucht worden war, die Rückkehr nach Berlin verweigert.

Auch die anschließende Unbedenklichkeitserklärung des preußischen Gesandten in London, Albrecht v. Bernstorff, dass Faucher mittlerweile einer »aristocratisch-constitu-

Berlin, 15. November 1850, in: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 14492, Bl. 88f., hier: Bl. 88 [Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffend die von den Redakteuren und Herausgebern von Zeitungen und Zeitschriften zu bestellenden Cautionen. 1850–1859].

313 Polizeiliches Votum. Berlin, 5. Mai 1854, in: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 9868, Bl. 5f., hier: Bl. 5 [Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffend den Dr. phil. Julius Christian Faucher aus Berlin].

314 Vgl.: Polizeiprotokoll. Berlin, 17. Februar 1858, ebd., Bl. 13f., hier: Bl. 13.

315 Polizeiliches Votum. Berlin, 4. März 1858, ebd., Bl. 24f., hier: Bl. 24.

tionellen Verfassung« zuneige³¹⁶, räumte den Widerstand des Berliner Behördenapparats keineswegs aus. Von Bernstorff hatte sich in seinem Votum auf eine schriftlich überlieferte Erklärung Fauchers vom 18. Juni 1858 gestützt, in der er über seine damaligen und nunmehrigen Gesinnungen ausführlich Auskunft gab. Darin hatte er u.a. erklärt: »Ich betheiligte mich nicht an der Revolution, sondern stellte mir im Gegentheil die Aufgabe, dieselbe so, weil sie auf das Aufgehens Preußens in Deutschland gerichtet war, zu bekämpfen«. Bezogen auf die inkriminierte *Abend-Post*, die er, als *Demokratische Zeitung*, von Ruge [!] und Meyen übernommen hätte, hieß es darin dann von Faucher ausdrücklich, er habe damals zur Propagierung seiner Freihandelsideale nach einer schon bestehenden Zeitung gesucht:

Damals war keine andere Zeitung zu haben, als die schon die Zeitung einer Partei war, und die demokratische Parteirichtung lag uns deshalb am nächsten, weil auf ihren verhältnißmäßig unreifen Leserkreis leicht einzuwirken und dieser Leserkreis wegen der Wärme und Aufrichtigkeit der Empfindungen doch zugleich besonders brauchbar war. Meine Abmachung mit den Führern der demokratischen Partei, welche unter der Verfolgung, der sie ausgesetzt waren, sich genöthigt sahen, ihr Ziel für den Augenblick aufzugeben, war, wie sie nicht anders sein konnte, nämlich, daß der Uebergang in der politischen Farbe der Zeitung allmählig eintreten müsse. Das was man kauft, wenn man eine Zeitung kauft, ist eben der Leserkreis, den man verlieren würde, wollte man die Haltung der Zeitung plötzlich ändern. [...] Anfangs blieb Dr. Meyen Redakteur, dann zeichneten wir beide die Zeitung, zuletzt zeichnete und regierte ich sie allein. Die Mitarbeiter Dr. Meyen's traten nacheinander zurück und wurden durch meine Freunde und Schüler, Dr. Wolff, jetzt Redakteur der Ostseezeitung, Dr. Rogge, jetzt Redakteur des Pesther Lloyd's und Dr. Michaelis, jetzt verantwortlicher Redakteur der National-Zeitung, ersetzt, die Forderungen der Demokratie verschwanden eine nach der anderen aus der Zeitung und die Forderungen der Freihandelspartei traten statt dessen ein, welche darauf hinauslaufen, daß an der bestehenden Regierungsform nichts gewaltsam geändert, aber dem Individuum stets größere Freiheit verstatet werde; daß die productive Kraft der Freiheit in den Stand gesetzt werde, den alternden Staat mit Moos zu überziehen und so zu schützen, und zu verschönern. Eine solche Lehre bei dem revolutionair aufgeregten Theile der Bevölkerung zu verfechten, gab es kein anderes Mittel, als den utilitarischen Charakter des Staats überhaupt in Abrede zu stellen und die Gedanken der Masse von ihm abzuwenden.

Dabei habe er allerdings, so Faucher weiter, den Fehler begangen, die »Milde der Lehre durch eine Schärfe des Ausdrucks zu verdecken«. Und überhaupt ging das Blatt durch den Entzug des Postdebts zu schnell ein, als dass er seine Absichten hätte verwirklichen können, so dass »ich sie nur halb zu sagen Zeit hatte«³¹⁷.

316 Votum Albrecht v. Bernstorffs. London, 23. Juni 1858 (Abschrift), ebd., Bl. 34f., hier: Bl. 35.

317 Julius Faucher an Albrecht v. Bernstorff, London, 18. Juni 1858 (Abschrift), ebd., Bl. 36-38, hier: Bl. 36ff. Ein polizeilicher Konfidentenbericht aus dem Jahr 1851 kann als Präzisierung dieser späteren Angaben Fauchers gelesen werden. Ebenso kann er auf Fehlinformationen beruhen, aber auch, was wahrscheinlicher ist, Faucher noch stärker belasten und ebenfalls den so »unbescholtenen« Prince-Smith mit in den Strudel von Verdächtigungen ziehen wollen:

Trotz dieser distanzierenden Erklärung und des darauf fußenden Positivvotums v. Bernstorffs blieben die polizeilichen Vorbehalte in Berlin jedoch bestehen: »Der Dr. Faucher gehörte zu den unruhigen u. exaltierten Kräften, welche durch ihre literarische Thätigkeit u. ihre speciale Stellung sich schon von früher mit der Regierung fortgesetzt in Opposition befanden, u. zählte in den Jahren 1848 u. 49 jedenfalls zu den gefährlichsten Gegnern derselben«. Er trug als Redakteur der »Ostseezeitung« und der »Abendpost«, so hieß es weiter, »viel zur Revolutionierung der Volksmassen bei«. Mag er nunmehr gegenüber v. Bernstorff bekundet haben, »dieses revolutionärste u. heftigste aller Oppositionsblätter« auf gemäßigten Kurs habe bringen zu wollen, »so steht doch soviel fest, daß die Haltung des Blattes bis zu seinem Aufhören nicht das Mindeste von einer solchen Absicht verrathen«³¹⁸.

1859 kam Faucher wieder in die deutschen Staaten, und zwar vorerst nach Hamburg. Er profilierte sich weiter als Freihandelskämpfer, nunmehr freilich ohne jede anarchistische Akzentuierung. In diesem Sinn hielt der Nachruf eines ihm offenbar Nahestehenden 1878 fest, was Faucher u.a. in den Revolutionsjahren 1848/50 unternommen hätte. Dabei wurden auch hier, wie hinsichtlich vieler ehemaliger Vormärzler oder 1848er, die einst anarchistisch auffällig gewesen waren, falsche Spuren gelegt, indem, mitunter zurecht, mitunter aber auch nicht, lediglich darauf verwiesen wurde, dass sie Sozialisten oder Kommunisten nicht zugeneigt gewesen wären. Soweit bekannt, trifft dieser Befund für Faucher zwar tatsächlich zu, Sozialisten oder Kommunisten hatte er nicht verfochten. Zurück blieb und bleibt aber, anarchistische Dimensionen betreffend, ein bis heute bewusst geschaffenes, folgenreiches Leerfeld:

Hier trat im Verkehr mit den Bauers, Buhl u. s. f. die Verlockung zur Abschweifung zum Communismus und Socialismus besonders stark an Faucher heran, er ließ sich aber nicht

Prince-Smith nämlich habe nach dem Scheitern seines *Revue*-Projekts (vgl. Fußnote 253) nunmehr eine bereits bestehende Zeitung übernehmen wollen und setzte sich mit der von Meyen und Faucher redigierten *Abend-Post* in Verbindung. Er habe Meyen mit Geld für seine Flucht versorgt und sei mit dem verbliebenen Redakteur Faucher dahingehend einig geworden, bei Freihandelsvereinen innerhalb Deutschlands um Geldmittel für die nunmehr gänzlich freihändlerisch ausgerichtete Zeitung zu werben (vgl. Konfidentenbericht. Berlin, 6. Januar 1851, in: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15125, Bl. 55f. [Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffend den Freihandels-Verein. 1849–1855]). Dieser Angabe zufolge hätte Faucher eben nicht nur rein freihändlerische Ziele verfochten und es hätte ein enges Bündnis Meyen/Faucher gegeben; erst der spät hinzugestoßene Prince-Smith hätte diese zumindest politisch ungefährlichere *rein freihändlerische* Richtung bewirkt. Dem widerspricht allerdings die Tatsache, dass Prince-Smith bereits rund einen Monat vor dem 1. Juli, also dem Termin von Meyens Ausscheiden als Redakteur, bei Freihandelsvereinen um Geldmittel für die *Abend-Post* warb (siehe oben).

318 Polizeiliches Votum. Berlin, 10. August 1858, in: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 9868, Bl. 32f., hier: Bl. 32 [Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffend den Dr. phil. Julius Christian Faucher aus Berlin].

verführen, sondern kämpfte eifrig auf dem von ihm als richtig erkannten Terrain weiter, zuerst literarisch tätig bei der »Reform«, später bei der von ihm in Gemeinschaft mit Dr. Alexander [sic!] Meyen, Dr. Eduard Wiß u. A. gegründeten »Abendpost«.³¹⁹

i) Zwei Autoren der *Abend-Post* und ihre anarchistischen Veröffentlichungen 1850/51

Aufgrund der ungenügenden Überlieferungslage kann das Profil der *Abend-Post* gegenwärtig nicht präzise genug charakterisiert werden, und es bleibt zu hoffen, dass in Archiven oder Bibliotheken innerhalb und außerhalb Deutschlands möglicherweise doch noch weitere Exemplare erhalten und eines Tages der Forschung zugänglich sind. Auch wenn man verschiedene Phasen unterscheidet, werden sie sich als jeweils heterogen erwiesen haben, denn die unterschiedlichen Autoren entwarfen unterschiedliche Perspektiven. Zumindest von zwei Autoren, die sich für das Blatt insbesondere in deren Freihandelsphase engagiert haben, sind Veröffentlichungen überliefert — von Heinrich Beta und Walter Rogge.

Von Beta — »Faucher gründete deshalb die ›Abend-Post‹ als Organ gegen den Zwangs-, Steuergrenzen-, Mercantil-, Polizei- und Militärstaat, überhaupt für die Handelsgesellschaften-Freiheit der Staaten. Als Abend-Postillons kamen wir auf dem Hausvoigtei-Platze Nr. 1 bei Müller zusammen«³²⁰ — sind separate Publikationen verfügbar, die eine genauere Analyse des Profils eines der Autoren dieses Blatts erlauben. Es handelt sich um seine zwei Schriften *Die rothe Fahne wird über ganz Europa wehen!* (1850) sowie *Deutschlands Untergang und Aufgang durch Amerika* (1851). Über letztere schrieb Beta im Rückblick, sie sei »in der Philosophie der damaligen Faucher'schen ›Abend-Post‹ geschrieben« worden³²¹.

Beta (1813–1876) hatte eine anderen Radikalen entgegengesetzte Entwicklung durchlaufen. Einst Student Ruges in Halle, hatte er schon 1840 mit sozialistischen Gedanken experimentiert. Sein Buch *Das Jubeljahr 1840 und seine Ahnen* mündete in scharfe Kritiken der sozialen Gegenwartskrisen und bekannte sich zu utopisch-sozialistischen Alternativen³²². Anfang der vierziger Jahre gehörte Beta dann am Rande zum

319 G. L.: Julius Faucher †, in: Dritte Beilage zur Königlich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen, Nr. 144, 22. Juni 1878, [S. 3].

320 Beta: *Deutsche Früchte aus England*. Bd. 2, S. 19.

321 Ebd., S. 36.

322 Vgl.: Heinrich Beta: *Das Jubeljahr 1840 und seine Ahnen*. Vergangenheit als Gegenwart, Berlin 1840, S. 243. Zu Beta vgl.: Olaf Briese: Heinrich Bettziech/Beta (1813–1876). Berliner Journalist, Satiriker und Anarchist. Emigriert aufgrund philologischer Missverständnisse?, in: *Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49*. Bd. 4, S. 119–161; ders.: Der erste Linkshegelianer: Der Sozialist und Anarchist Heinrich Bettziech (Beta), in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 61 (2013), S. 693–712; Elias Huber: Heinrich Beta (1813–1876): A German Individualist Anarchist [unveröffentlichtes Aufsatzmanuskript, 2019]; bibliographische Angaben zu Beta in: *Deutsches Schriftsteller-Lexikon. 1830–1880*. Bd. 1, S. 410–413.

Kreis der Berliner »Freien« (»habe diese Lehren öfter aus ihrem eigenen Munde vernommen«); öffentlich aber kritisierte er den Kreis: »Die positiven Bestrebungen des Liberalismus, Verfassung, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege, Emancipation des Communallebens, Preßfreiheit — das Alles finden sie lächerlich, da sie schon längst darüber hinaus sind, wohin aber, das wissen sie nicht«³²³. Seit Mitte der vierziger Jahre entwickelte er sich zum Freihändler (u.a. *Freihandels-Katechismus*, 1847). In der Revolution 1848/49, an der er sich intensiv als radikal-revolutionärer Publizist beteiligte (u.a. als Redakteur des in Berlin erscheinenden *Berliner Krakehlers*), ging er immer mehr zu anarchistischen Positionen über. 1850/51 war er einer der wenigen Berliner Radikalen, die noch nicht in Haft gebracht, mundtot gemacht oder vertrieben worden waren, und er trat mit den zwei erwähnten kämpferischen Pamphleten hervor.

Wovon handelt *Die rothe Fahne wird über ganz Europa wehen!* aus dem Jahr 1850? Es war eine Kampfschrift, die vermeintlich unmittelbar bevorstehende Revolutionen prophezeit, und sie war insgesamt eher politisch als geschichtsphilosophisch ausgerichtet. Nach einer Analyse der Lage in wichtigen europäischen Ländern (Frankreich, England, Italien, Ungarn, Österreich, Russland) sondierte sie die Zukunftsaussichten für revolutionäre basisdemokratische Veränderungen, und Beta wollte trotz aller temporären Niederlagen ein optimistisches Fazit ziehen:

Die Revolution ist schon da. Der Vernichtungskampf zwischen Bourgeoisie und Volk, sodann der *Socialisten* und des *freiheitsreifen* Volks, bis sich denn endlich wohl nach vorübergehender Militär-Dictatur der freie Staat, der vernünftige Verband freier Gemeinden [...] herausbilden und zugleich mit den andern Staaten zu einer neuen, glücklicheren Organisation für menschliche Bestimmung associiren wird. Wie in allen gebildeten Staaten Europas wird übrigens die Revolution sich nirgends auf die Hauptstädte beschränken, sondern als hauptsächlich sociale, als Krieg der *Klassen und Interessen*, überall in *Stadt und Land losbrechen*³²⁴.

Diese revolutionäre Bewegung muss, wie Beta betont, notwendig zerstörerisch sein und dann sogar diktatorische Phasen in Kauf nehmen. Das dann nicht aufzuhaltende geschichtliche Ziel sei jedoch die »*Selbstverwaltung*, die *Demokratie*«, d.h.: »*Staatliche Einrichtungen* finden sich dann als *Nebensache*, als Formen für die Fülle eines neuen, edleren Menschenthums«³²⁵. Das originäre Freihandelsideal einer Beseitigung der »*Handels- und Civilisations Sperre*«³²⁶ mündet in einen anarchisch-anarchistischen Idealzustand, der nicht mehr Staat genannt werden kann, sondern Gesellschaft. Es bedarf keines störenden Staats, keiner Bürokratie, auch keiner Parlamente. Mit ungebrochenem revolutionären Elan wird ein Nahziel verkündet: »Das Roth der Humanität, der neuen

323 β: Berlin, 21. Januar, in: Trier'sche Zeitung, Nr. 31, 1. Februar 1843, [S. 2].

324 Beta: *Die rothe Fahne wird über ganz Europa wehen! Eine Prophezeiung der neuen Preußischen Zeitung*, Berlin 1850, S. 11.

325 Ebd., S. 21, 31.

326 Ebd., S. 31.

Welt, ist das *rosige* des Lebens der Liebe und der Eintracht gemeinsamer Interessen. In *diesem* Roth wird das brutal vergossene Blut unserer Brüder sich veredeln«³²⁷.

Die 1851 erschienene Broschüre *Deutschlands Untergang und Aufgang durch Amerika* setzte die Akzente anders. Erstens war sie nicht mehr von einer unmittelbaren Naherwartung getragen, zweitens konkretisierte sie dieses Ideal einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Sie verklärte eine Gesellschaft von Kleinproduzenten. In Betas Entwurf vereinigen sich die wirtschaftlichen Freihandelsideale, die er ab 1845 verfocht, mit radikal-demokratischen. Sein Losungswort hieß wieder »Freiheit«: absolute, uneingeschränkte Freiheit. Und dieses Ideal schloss Bekenntnisse zu Parlamentarismen dezidiert aus: »Deutschlands Absolutisten wollen herrschen, Deutschlands Konstitutionelle wollen herrschen, Deutschlands Demokraten wollen herrschen, Deutschlands Sozialisten und Republikaner wollen herrschen. Das Herrschen — Gewalt üben — bleibt sich ziemlich gleich«. Das sei schlimm genug, führe aber schlimmstenfalls zu weiteren Übeln: »Revolution«, »Umsturz«, »Kommunismus«³²⁸.

Beta lehnte jede bisherige Form politischer Macht ab, zielte radikal gegen den Staat als solchen. Die Alternative stellten für ihn die auf amerikanischem Boden gewachsenen Siedlergemeinschaften dar, dörfliche und handwerkliche Kommunen der Selbsthilfe, auf Privateigentum beruhend. Beta — er zitiert ausführlich einen französischen Autor, der die nordamerikanischen Dorfgemeinschaften verklärt — setzte auf agrarische Unmittelbarkeit und auf unmittelbare Selbstverwaltung. Er idealisiert die einstige freie germanische Bauernschaft und sieht die Landnahme in Nordamerika als eine Fortsetzung einstiger agrarisch-germanischer Autonomie. Und wenn Beta industrielle Entwicklungen in Betracht zieht, begreift er den Kapitalismus mit seinem französischen Gewährsmann als wirtschaftliches Spiel freier Kräfte, in dem jeder Einzelne seines Glückes Schmied ist und das nur Gewinner kennt: »Der Fabrikherr hat die Freiheit seine Arbeiter zu beschäftigen oder fortzuschicken; der Arbeiter, Arbeit und Lohn anzunehmen oder abzulehnen; der Kapitalist, sein Geld zu brauchen, wie er will, der Ackerbauer und Kaufmann, ihren Gewinn zu kapitalisieren«. All das geschehe zwanglos und zum Wohle aller: »Man verbindet sich überall frei, um sich gegenseitig zu helfen«³²⁹.

Letztlich erfasste Beta die moderne Industrie aus der Perspektive kleinbäuerlicher und handwerklicher Kooperation: »Arbeitgeber und Arbeitnehmer — kennt man dort nicht. Jeder ist thätiges, freies ganzes Individuum als sittliches Glied einer freien Ganz- und Gemeindeheit«³³⁰. Dieses Sozialmodell, das Spuren von Freihandelskonzepten aufweist, aber auch der Assoziationsutopie, wie sie u.a. auch Proudhon vertrat, wurde politisch gerahmt vom anarchistischen Ideal einer unmittelbaren Demokratie. Das sei die

327 Ebd., S. 32.

328 Beta: *Deutschlands Untergang und Aufgang durch Amerika*, Cassel 1851, S. 13, 21.

329 Philarète Chasles, in: *Revue des Deux Mondes*, zit. in ebd., S. 25-33, hier: S. 32.

330 Ebd., S. 29f.

beste aller Regierungsformen, die jedes Regieren hinfällig mache: »*Regierung der Gesellschaft durch sich selbst* [...] Regierung der Provinz durch die Provinz, der Gemeinde durch die Gemeinde, jeder Gruppe durch sich selbst, endlich des Menschen durch den Menschen, der individuellen Vollfreiheit, worin jeder volllebenslang sein eigener Herr ist«³³¹. Das war, soweit zu sehen ist, Betas letzte anarchistische Publikation. Im Frühjahr 1851 floh er aufgrund einer Hochverratsanklage, die ihm sein Büchlein *Die rothe Fahne wird über ganz Europa wehen!* eingebracht hatte, nach England.

Gänzlich anders als aus der Perspektive des Handwerks und der Agrarproduktion, nämlich aus der Perspektive moderner Industrie her, denkt ein weiterer Autor der *Abend-Post* zukünftige Entwicklungen — Walter Rogge. Und sozialistische Gedankenspiele lehnte er, als Marktradikaler, grundsätzlich ab. Rogge (1822–1892) stammte aus einer Elbinger Patrizierfamilie, studierte in Königsberg und Bonn Geschichte und Philosophie und arbeitete ab 1845 als Oberlehrer in Elbing. In der dem Freihandel zugewandten Atmosphäre der Stadt werden sich schnell Kontakte zu Faucher ergeben haben, und mit der befreienden Revolution 1848 scheint er den Lehrerberuf aufgegeben und sich der Journalistik und Publizistik zugewandt zu haben (u.a. ab 1849 Mitarbeit an der in Berlin gegründeten *Constitutionellen Zeitung*³³²). Gleichfalls arbeitete er spätestens seit 1848 an den einflussreichen liberalen *Grenzboten* mit, und dort schrieb er in Reportagen über die Berliner intellektuelle Szenerie den schon seit Jahren bestehenden sehr kritischen Kurs des Blatts gegenüber den »Freien« und B. Bauer fort. Nettelbladt hat, veröffentlicht an einer eher entlegenen Stelle, eine Reihe von anonym erschienenen Arbeiten in den *Grenzboten* Rogge zuordnen können³³³. In ihnen zeigt sich ein Wandel von purer Ablehnung anarchistischer Positionen bis hin zu allmählicher Akzeptanz. Eine Arbeit aus dem Jahr 1848 hebt zurückweisend hervor: »Bauer proklamierte die Gesinnungslosigkeit als das wesentliche Postulat der Freiheit [...]. L. Buhl verfolgte die Constituirung der Anarchie im Detail; er predigte in populären Schriften die Desorganisation; Edgar Bauer, der jüngere Bruder der Kritik, [...] predigte die Unsittlichkeit als sociale Pflicht«³³⁴. Eine weitere Arbeit über Bauer aus dem Jahr 1849 kolportierte über die »Freien« ebenfalls nur gängige Klischees: Trinkgelage, Überbietungen in Zynismus, Prügeleien untereinander³³⁵. Im Jahr darauf musste aber ein Herausgeber der *Grenzboten* öffentlich und bissig konstatieren, dass Rogge sich von seinen bisherigen Positionen verabschiedet hätte und auf den »Standpunkt der Abendpost, des Freihandels und der Staatlosigkeit«

331 Ebd., S. 31.

332 Vgl.: J. Pemsel: Rogge, Walter, in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950. Bd. IX, Wien 1988, S. 211f.

333 Vgl.: Max Nettelbladt: Marxanalekten, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, 8 (1919), S. 389–401, hier: S. 391.

334 [Rogge:] Das alte und das neue Berlin, S. 23f.

335 Vgl.: [Rogge:] Oeffentliche Charaktere. III. Bruno Bauer, S. 330.

übergegangen sei, mithin einem »ihrer Propheten, Max Stirner« folge, einige Zeit später rechnete ihn derselbe Kritiker zur »Schule Bruno Bauer's«³³⁶. Was war geschehen?

Man kann Rogges Weg aufgrund mangelnder Quellen letztlich nicht wirklich erklären, kann nur Vermutungen in den Raum stellen. Er muss sich schon vor der Revolution unter dem Einfluss der Eliten seiner Heimatstadt und unter dem Einfluss Fauchers zum Freihändler entwickelt haben; die Mitarbeit an der von David Hansemann gegründeten — gemäßigt freihändlerischen — *Constitutionellen Zeitung* war insofern folgerichtig. Wie Rogges Radikalisierung erfolgte, muss offen bleiben. Entweder führten ihn die Enttäuschungen über die Misserfolge der 48er Revolution, wie nicht wenige andere einstige Demokraten, auf anarchistische Pfade. Oder Freihandel als solcher wurde ihm zu einem so ausschließlichen Ideal, dass er sich der anarchistisch-freihändlerischen *Abend-Post* anschloss und in ihrer Spätphase zu einem ihrer Mitarbeiter wurde. Vielleicht prägte auch eine Mischung aus beiden Faktoren seine Entwicklung. Eine Arbeit aus den *Grenzböten* über die *Abend-Post* aus dem Jahr 1850, aus einer Zeit, kurz bevor Rogge selbst zum letzteren Blatt überwechselte, gibt vielen Deutungen Raum. Darin werden nämlich von ihm drei aktuell-radikale Tendenzen konstatiert: erstens eine demokratische, die auf die Idee der Volkssouveränität setze und diese mathematisch nach Wählervoten errechne; zweitens eine sozialistische, die eher den Weisungen von Auserwählten, Diktatoren und Propheten folge; drittens eine anarchistische, die weder die demokratische Tyrannei der Mehrheit über die Minderheit favorisiere noch die per se undemokratischen sozialistischen Herrschaftsvorstellungen. Rogge begegnet dieser dritten und ausdrücklich als »anarchistisch« klassifizierten Variante nunmehr aufgeschlossener. Die ersten beiden Varianten weisen in seinen Augen nur Nachteile auf, die letztere immerhin Nachteile, aber auch Vorteile:

Die dritte Richtung nun, diejenige, welche die *Abendpost* vertritt, — ich will sie die *anarchistische* nennen, — ist den beiden vorigen diametral entgegengesetzt. [...] die Partei der unbeschränkten Freiheit dagegen findet, daß gerade der Staat, er möge monarchisch oder demokratisch sein, durch seine beständige Einmischung Alles verdirbt, und daß man für das Wohl der Menschen am besten sorgt, wenn man ihm eine Function nach der andern entzieht, und ihn auf diese Weise endlich — aufhebt.³³⁷

Rogge scheint sich mit dieser anarchistischen Variante sichtlich anzufreunden, und zwei betreffende Einflußströme sieht er: einerseits einen ökonomisch-marktradikalen, von Adam Smith ausgehenden, andererseits einen philosophischen, den jung- und linkshegelianischen Schulen entspringenden. Zum ersten, also ökonomischen, scheint er sich

336 [Julian Schmidt:] Politik, in: Die Grenzböten. Zeitschrift für Politik und Literatur, 9 (1850), II. Semester. II. Band, S. 574-579, hier: S. 574f.; ders.: Geschichte der deutschen Nationalliteratur im neunzehnten Jahrhundert. Bd. 2, S. 536.

337 [Anonym:] Die Berliner *Abendpost*, in: ebd., 9 (1850). II. Semester. I. Band, S. 215-221, hier: S. 217. Zur umstrittenen Autorschaft (Rogge oder Schmidt), vgl. Fußnote 262.

umstandslos hingezogen zu fühlen, zur Programmatik von Faucher und Prince-Smith (in dieser Reihenfolge). Zum zweiten Einflussstrom — ausdrücklich fallen die Namen Bauer, Buhl, Stirner, und zustimmend werden demokratiekritische Passagen Ed. Bauers aus dem Jahr 1843 zitiert — scheint es aber nach wie vor deutliche Einwände zu geben. Gegenüber dieser philosophisch-staatskritischen Linie hat Rogge drei Vorbehalte: erstens dürfe Anarchie nicht, wie den angeblichen Vorstellungen der »Freien« zufolge, Unsittlichkeit bedeuten und befördern; zweitens seien die Vorstellungen von Spontanzusammenschlüssen in »Vereinen« — und hier erfolgt ein Seitenhieb auf Stirner — viel zu regellos gedacht und würden die Bindungskraft von Vereinbarungen außer Kraft setzen; drittens sei, anthropologisch gesehen, der Mensch ein Triebwesen, von Ehrgeiz und Herrschsucht bestimmt. Angesichts der damit verbundenen Konflikte würde sich eine staatliche Macht in den Händen von ehrgeizigen Akteuren zumindest vorübergehend sogar als Segen erweisen, nämlich eine »eiserne staatliche Concentration«, und zwar »zunächst durch den Weg des unbeschränktesten Despotismus«³³⁸.

Rogge favorisiert einen unbedingten Freihandel, und jede politische Form, die diesen gewähren lässt, ist ihm willkommen. Staat soll Stabilität sichern, ggf. auch durch eine Diktatur, und Freihandel realisiert diese Stabilität in praxi. In den nächsten Wochen allerdings muss Rogge, nicht zuletzt wohl unter dem Einfluss Fauchers, sich von dieser Programmatik entschieden abgewandt haben, und er arbeitete nunmehr selbst an der sich ausdrücklich als »anarchistisch« verstehenden *Abend-Post* mit. Aufgrund der Überlieferungslage und der offenbar weitgehenden Anonymität der Autoren können ihm zwar keine konkreten Beiträge zugewiesen werden. Aber seine zweibändige umfangreiche Buchveröffentlichung *Parlamentarische Größen* (1850/51) lässt erkennen, wie er sich eine Gesellschaft nicht nur fern staatlicher Eingriffe, sondern ohne jeden Staat vorstellt.

Die Eingangspassage dieses Buchs bekennt sich klar zur Revolution, beklagt ihr Scheitern, und der Autor will durch »Kritik, durch scharfe prinzipielle Kritik ihrer Gegner und ihrer selbst«³³⁹ Zukunftsperspektiven gewinnen. Das geschieht im Rahmen von Porträts — im ersten Band der Sammlung von konservativen, im zweiten Band von »liberalen« Vertretern der 1848 gewählten Preußischen Nationalversammlung bzw. der ihr zeitlich nachfolgenden zwei »Kammern« im Zuge der in Preußen oktroyierten Verfassung vom 5. Dezember 1848. Die Ergebnisse seiner Analyse fasst Rogge in den abschließenden Passagen des zweiten Bandes zusammen: »Zwei Strömungen sind, wie in der allgemeinen europäischen Revolution, so in den geschilderten Persönlichkeiten leicht erkennbar: das Bestreben, den Wirkungskreis des Staates zu *vergrößern* — und das, ihn zu *verkleinern*«. Die Reichweite des Staates zu begrenzen und zu »verkleinern«,

338 Ebd. S. 221.

339 R. Walter [Walter Rogge]: *Parlamentarische Größen*. I. Band. Die Konservativen [...], Berlin 1850; R. Walter [Walter Rogge]: *Parlamentarische Größen*. II. Band. Die Demokraten [...], Berlin 1851, hier: Bd. 1, S. IV.

ihn letztlich ganz abzuschaffen, wäre das Ideal von radikal-liberalen Freihändlern. Für einen starken Staat hingegen arbeiten zwei Strömungen, Konservative und Sozialisten: »Die staatliche Richtung spricht sich bei den Konservativen in dem Wunsche aus, durch Reglementirerei, durch Vorkehrungen, die Freiheit und Bildung zu vernichten drohen, ein Bollwerk gegen zukünftige Revolutionen zu errichten; bei der Demokratie in sozialistischen Gelüsten aller Art«³⁴⁰.

Die Konservativen, die erste Strömung, waren von ihm leicht zu kritisieren. Sie verfochten auf wirtschaftlicher Ebene ihre überkommenen Boden- und Steuerprivilegien und stellten sich borniert gegen die industrielle Moderne; auf politischer Ebene verteidigten sie ihre Vorrechte und den überkommenen Ständestaat. Die Auseinandersetzung mit den Demokraten, gar Sozialisten, also der zweiten Strömung, bedeutete eine andere Herausforderung. Rogge scheint, auch ohne dass diese Namen fallen, auf die Analysen von Ed. und B. Bauer über den Verlauf der Französischen Revolution von 1789 zurückzugreifen. Die noch vor wenigen Monaten öffentlich von ihm geschmähten Bauers geben ihm das argumentative Arsenal, um die demokratische Illusion von ›Volkssouveränität‹ zu widerlegen: »Es ist mit der ›Volkssouveränität‹ wie mit der Gleichheitsidee, in welcher sie wurzelt. Beide hatten ihre historische Berechtigung, waren der Ausdruck der Energie und der Konsequenz, waren revolutionärer Natur in den Tagen, wo Freiheit und Gleichheit noch identisch waren«³⁴¹. Diese historische Phase sei vorbei; eine Institution wie die einer demokratischen Repräsentation vertrete nunmehr lediglich zwei Rechte: erstens das autokratische Recht ihrer selbst und zweitens das Recht der von ihr vertretenen Majorität über die Minderheit. Angesichts dessen sei die Rede von Volksvertretung und von Volksrechten schlichtweg Demagogie, sie verschleierte nur neue Macht- und Gewaltverhältnisse. Es gebe kein Volk als solches; der Rückgriff auf Rousseaus imaginierten Gemeinwillen sei antiquiert. Denn es gebe nur Individuen: »Kurz, je *souverainer*, je freier die *Individuen* sind, je mehr der Einzelne befähigt und gewillt ist, sich von der Mehrheit so wenig wie von der Minderheit knechten zu lassen: desto *trauriger* wird es um die ›Volkssouveränität‹ stehen!«³⁴².

Das Ergebnis: Zwei Strömungen von Staatsverkultung, d.h. eine konservative und eine demokratisch-sozialistische, versuchen sich als autoritäre Zukunftsmodelle aufzudrängen. Rogge hält dagegen das fortschrittsträchtig gehaltene Konzept von ›Gesellschaft‹: *Gesellschaft versus Staat*. Gesellschaft nämlich wäre die Instanz, die Staat — und zwar wortwörtlich — abschafft und überflüssig macht: »Hier hilft nur der Radikalismus, der ohne Bedenken die Lehre acceptirt, daß *jeder* Staat bloß auf Gewalt beruhen kann«, weshalb »Gesellschaft [...] ganz einfach den Staat selbst zu beseitigen strebt, um die harmonische Entwicklung der Gesellschaft in freien Formen zu sichern«.

340 Ebd., Bd. 2, S. 191.

341 Ebd., S. 150.

342 Ebd., S. 149f.

Sie übernimmt, aber eben ohne, dass sie Staat wird, die Staatsfunktionen und übt sie auf andere, gewaltfreie und vertraglich geregelte Weise aus. Kurzum: »dem Zwangsstaate« hat sich »die Gesellschaft zu entledigen«³⁴³. Dieses Konzept der Ersetzung von Staat durch Gesellschaft wird von Rogge kulturtheoretisch und kulturell-evolutionär begründet. Die Neuzeit wurzele

nicht mehr in dem Boden des Staates, sondern in dem der Gesellschaft: im Handel, in der Industrie, in den riesenhaften Erfindungen zur Beförderung des Völkerverkehrs, zur Mehrung des Lebensgenusses [...]. Von dorthier kommen die Strömungen, die dem alten Europa frische Kräfte zuführen: sie verfolgen ihren Lauf, unbekümmert um das abgestorbne staatliche und diplomatische Getreibe³⁴⁴.

Mit Blick darauf konstatiert Rogge einen qualitativen kulturellen Bruch: den Anbruch einer neuen industriellen Gesellschaft. Diese mache das bisherige Staatsleben gänzlich hinfällig:

Eben *weil* der Staat kein »Vertragswerk« ist, eben deshalb muß seine Thätigkeit, sein Wirkungskreis mehr und mehr beschränkt und schließlich beseitigt werden, in einer Zeit, wo die gesellschaftliche Entwicklung der Menschheit, wie sie im Verkehr, im Kreditwesen, in der Industrie u.s.w. an's Licht tritt, mit unverkennbarer und unwiderstehlicher Macht darauf losgeht, die Zwangsjacke der Reglementirerei abzuschütteln und sich hinfort nur in den Formen der freien Association, auf dem Boden der kündbaren Kontrakte zu bewegen.³⁴⁵

Damit, mit Blick auf den bahnbrechenden Kulturfaktor Industrie, werden Stichworte für zukünftige Entwicklungen gesetzt: Assoziation und Kontrakt. Die Gesellschaft der Zukunft, mit wirtschaftlicher Entwicklung und Freihandel als Basis, wird *von* den Akteuren selbst organisiert, nicht *für* sie. Sie schließen sich durch Verträge zu Interessengruppen zusammen (und können sich auch wieder trennen). Diese Vorstellungen tragen offenbar auch Züge der Entwürfe Stirners zu fungiblen »Vereinen« als Grundmodell von gesellschaftlicher Organisation, nur dass Rogge hier den in genossenschaftlich-sozialistischen Diskursen bekannt gewordenen Assoziationsbegriff einsetzt. Wie bei Stirner stehen aber Individuen und nicht die Gemeinschaft im Mittelpunkt. Rogge argumentiert nicht genossenschaftlich und nicht sozialistisch, sondern vom egoistischen Einzelinteresse und der zivilisatorischen Energie der Konkurrenz her. Eigeninteresse und Stärke stehen im Zentrum dieses dynamischen Menschenbildes. Entwicklungspotentiale liegen vorrangig bei »aufgeklärten »Egoisten«, in »der Selbstständigkeit des Einzelnen, nur in dem Selbstvertrauen, das ihn wenigstens theilweise vom Staate emancipirt«³⁴⁶. Rogge steht in seiner *Abend-Post*-Phase für eine anarchistische Synthese aus Stirners philosophischem Individualismus und wirtschaftsliberaler Radikalität (mit seinen eigenen Worten: »der

343 Ebd., Bd. 1, S. 28f., 162.

344 Ebd., S. 46f.

345 Ebd., S. 109.

346 Ebd., S. 148, 115.

von der Manchesterschule ausgehenden Bewegung für Reformen in dem Zoll-, Steuer-, Kolonialwesen«³⁴⁷.

Man hat es also, wenn man sich die Ausrichtung dieser beiden *Abend-Post*-Autoren ansieht, mit deutlich unterschiedlichen Konzepten zu tun. Wenn man daraus auf das Profil des Blatts zurückschließt, ist anzunehmen, dass — wie bei einer Tageszeitung nicht anders zu erwarten — zwar eine inhaltlich verbindende Klammer bestanden hat, nämlich die anarchoide und anarchistische Ablehnung der Institution Staat. Diese Haltung war mit einem breiten Meinungsspektrum vereinbar und schloss sowohl bürgerliche Vorstellungen als auch Ideen von eigenständigen proletarischen ›Assoziationen‹ mit ein. In diesem Rahmen waren sichtlich differierende Perspektiven vertreten: ebenso sozialistisch- bzw. mutualistisch-genossenschaftliche wie radikal-individualistische; auf Agrarproduktion abzielende; auf handwerkliche oder großindustrielle Entwicklungen orientierte und wahrscheinlich noch andere. Insofern war die *Abend-Post* ein anarchistisches Blatt mit vielen Facetten.

j) Ein weiterer radikaler ›Freetrader‹ 1851: Aufhebung des Staats

Im Jahr 1874, in einem distanzierenden Rückblick, sprach Otto Wolff — einst ein Autor der *Abend-Post* — von einer Zeit, »wo wir deutsche Freihändler in jugendlichem Enthusiasmus unsre Lehre zugleich als die einzig richtige Konsequenz der demokratischen Prinzipien ansahen und darin die einzig wahre Verschwisterung der sozialen und politischen Theorien erblickten«³⁴⁸. Das bezog sich offenbar auf seine eigenen einstigen Positionen; so hatte er im Jahr 1851 in einem umfangreichen Bekenntnisbrief an seinen Bruder bekräftigt, dass er nunmehr nach vielen politischen Experimenten zu einer »neue[n] unabhängige[n] Partei« gehören würde, der »radikale[n] Freihändler«³⁴⁹. Sie würden die »Interessen der freien Gesellschaft gegenüber dem Zwangs-Staate« vertreten. Er und seine Gesinnungsfreunde würden sich vielleicht sogar »Sozialisten« nennen, wäre der Begriff nicht beansprucht von Akteuren, die ebenfalls nur einen drückenden Zwang ausüben wollten³⁴⁹.

347 Ebd., S. 79. Im Jahr 1853 galt Rogge (das soll nicht unerwähnt bleiben), der damals üblichen polizeilichen Dramatisierung folgend, aufgrund seiner Kontakte zu Faucher nach England als »einer der gefährlichsten Litteraten unserer Zeit«, und er habe in Paris »die verdächtigsten Verbindungen geknüpft« (Polizeipräsidium Berlin: [Liste Berliner Zeitungen sowie von Zeitungen mit Korrespondenten aus Berlin], in: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 12879, Bl. 36-41, hier: Bl. 41 [Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffend den Lehrer Robert Schulte aus Elberfeld (und) Schriftsteller und Zeitungs-Correspondenten, welche der Umsturzpartei angehören. 1845–1878]).

348 [Rede Otto Wolff:] in: Bericht über die Verhandlungen des fünfzehnten Kongresses deutscher Volkswirthe zu Crefeld am 17., 18. und 19. August 1874, hrsg. v. W. Wackernagel, Berlin 1874, S. 35-40, hier: S. 36.

349 Otto Wolff an Rudolf Wolff, 7. Juni 1851, in: [Karl Braun:] Otto Wolff. Ein Nekrolog, in:

Dieser Rückverweis lässt sich auch beziehen auf eine radikale Vorlage des Juristen Wilhelm Lipke, auf einen Vortrag, den er 1851 im Berliner »Freihandelsverein« gab. Auf Druck der Zuhörer bzw. der Verantwortlichen wurde dieser skandalöse Vortrag abgebrochen; Lipke wurde das Wort entzogen. Er veröffentlichte ihn daraufhin. Den Hinweis auf diese Broschüre und biographische Informationen zum Autor verdanke ich Elias Huber (Madrid), und wenn hier Mitteilungen zu diesem Demokraten und *Freetrader*, der kaum Spuren hinterlassen hat, angeführt werden, greift das auch auf Hubers Mitteilungen zurück³⁵⁰. Lipke wurde 1818 oder 1819 in Berlin als Sohn eines jüdischen Bankiers geboren, besuchte das Friedrichwerdersche Gymnasium, studierte u.a. in Bonn Jura und wurde 1842 als Jurist im preußischen Staatsdienst in Naumburg angestellt (offenbar war er zuvor zum Christentum konvertiert). Als bald wurde er an das Kammergericht nach Berlin berufen und war seit 1847 im Berliner »Freihandelsverein« tätig. Sein etwas jüngerer Bruder Gustav war dem Chronisten Mackay zufolge im Kreis der »Freien« zugegen und wohl schon zu dieser Zeit insbesondere B. Bauer enger verbunden (dieser Rechtsanwalt, ebenfalls zum Christentum konvertiert, war es nachweislich auch, der 1854, damals in Schwetz bei Kulm ansässig, wichtige Finanzangelegenheiten für Stirner regelte³⁵¹). In der Revolutionszeit 1848 war Wilhelm Lipke politisch im Berliner Vereinswesen aktiv; über ihn sowie seinen Bruder Gustav hieß es: »Lipke sowie sein Bruder sind als fanatische Demokraten gekannt«³⁵². Unmittelbar nach dem »Wrangelischen Staatsstreich« wurde er im November 1848 verhaftet, weil er Militärangehörige zum Widerstand aufgerufen haben soll. Nach der wenige Tage später erfolgten Freilassung wurde er nach Naumburg zurückversetzt (und Anfang des Jahres 1849 offenbar wieder nach Berlin zurückberufen). Zwar wurde er Ende des Jahres 1849, bezogen auf diese Vorkommnisse vom November des Vorjahrs, in Berlin von der Anschuldigung der »Aufforderung zum Ungehorsam und Aufreizung zum Mißvergnügen« mit Blick auf juristische Formalien gerichtlich freigesprochen³⁵³. Dennoch hieß es 1854 über Lipke in einem denunziatorisch angelegten polizeilichen Handbuch, er habe zu jenen gehört, auf die einstige Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin zu offener Aufforderung

Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte, 30.1 (1893), S. 129–139, hier: S. 136f.

350 Vgl.: Elias Huber: German Individualist Anarchism: The Case of Hermann Maron, Heinrich Beta und Wilhelm Lipke, 1847–1851 [unveröffentlichtes Aufsatzmanuskript, 2019].

351 Vgl. Mackay: Max Stirner, S. 203. Zu Gustav Lipke, der später als Reichstagsabgeordneter der Nationalliberalen Partei bzw. der Liberalen Vereinigung freihändlerische Positionen vertrat, vgl.: Monica Cioli: Pragmatismus und Ideologie. Organisationsformen des deutschen Liberalismus zur Zeit der zweiten Reichsgründung (1878–1884), Berlin 2003, passim.

352 ♀ Berlin, 15. Nov., in: Allgemeine Zeitung, Nr. 326, 21. November 1848. Beilage, S. 5142f., hier: S. 5143.

353 Berlin, 15. November, in: Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen, Nr. 267, 15. November 1849, [S. 5].

mit Gewalt reagiert hätten³⁵⁴. Bald nach seiner Rückversetzung nach Berlin 1849 muss er den Staatsdienst freiwillig oder gezwungenermaßen verlassen haben und wirkte als Industrieller. 1853 oder 1854 starb er in Berlin.

Zurück zu seinem skandalösen Vortrag. Lipke hielt ihn am 10. Februar 1851 als Mitglied des Berliner Freihandelsvereins. Die dort vorgebrachten marktradikalen und anti-staatlichen Thesen erlauben es, ihn im Kontext der bisherigen biographischen Hintergrundinformationen in die Nähe der »Freien« und der *Abend-Post* zu rücken. Es ist aber auch zu betonen, dass es dazu, trotz der naheliegenden Vermittlung z.B. über seinen Bruder, bislang keine direkt belastbaren Zeugnisse für diese Verbindung zu den »Freien« oder zu dieser Zeitung gibt. Eines jedoch fällt an diesem Vortrag auf: Politisches thematisiert er gar nicht, und nur die wirtschaftliche Ebene scheint im Fokus zu stehen. Diese politische Zurückhaltung hatte einen entscheidenden Grund: Der neuen reaktionären Vereinsgesetzgebung zufolge musste jede Vereinssitzung auch des »Freihandelsvereins« bei der Polizei vorab angemeldet werden, und ein anwesender Polizeiangehöriger protokollierte und achtete darauf, dass auch in diesem Verein seiner Satzung zufolge »Politisches« definitiv nicht zur Sprache kam³⁵⁵. Zur betreffenden Sitzung wurde polizeilich lediglich protokolliert, dass der Vortrag von den Verantwortlichen abgebrochen wurde, weil er ins »historisch-philosophische Gebiet« übersprang und nicht der Tagesordnung folgte³⁵⁶. Das wirkliche Politikum dieses Vortrages hatten die besorgten Tagungsleiter aber natürlich erkannt: Es bestand darin, dass er gezielt *anti-staatlich* angelegt war.

Er gliedert sich in sechs Teile. Der erste greift die »Freihändler«, mithin auch die Berliner, wegen ihres zahmen, halbherzigen und technokratischen Vorgehens an. Freihandel könne nur unter Bezugnahme auf »Freiheit« geschehen, und Freiheit sei ein nicht teilbares Gut. Der zweite Abschnitt geht auf das konkrete Gebiet von Zöllen über und zeigt hier das Lavieren und die Inkonsequenz der deutschen Freihändler auf. Ein dritter Teil widmet sich kritisch konkreten staatlich geltenden Verordnungen Preußens (Jagdgesetz, Grundsteuergesetz, Gewerbegesetz), ein vierter den staatlichen Beschränkungen der Börsenaktivitäten. Ein fünfter Abschnitt widmet sich der Steuerpolitik, und der sechste zieht ein radikales Fazit: Zukünftig ist Nicht-Staat dem Staat in jedem Falle vorzuziehen.

Das ist die Grundtendenz des Vortrags, nämlich die These: »Der *Freihandel* will ihn [den Menschen, OB.] von derjenigen Form dieses Determinismus erlösen, welche sich

354 Vgl.: Anzeiger für die politische Polizei Deutschlands auf die Zeit vom 1. Januar 1848 bis zur Gegenwart. Ein Handbuch für jeden deutschen Polizeibeamten. Herausgegeben von * — r. Dresden [1855], S. 172.

355 Vgl.: Friedrich Wilhelm: Verordnung über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts. Vom 11. März 1850, Berlin 1850, S. 3f.

356 Vgl.: [Polizeiliches Protokoll über die Sitzung des Freihandels-Vereins vom 10. Februar 1851. Berlin, 11. Februar 1851]: in: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15125, Bl. 71 [Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffend den Freihandels-Verein. 1849–1855].

Staat nennt. Er führt auf gradem Wege [...] zur *Aufhebung des Staates*«. Und direkt gegen die Freihändler gerichtet: »in Ihrem Hirne darf kein *Atom* vom Staate zurückbleiben«³⁵⁷. Eine solche Aufhebung des Staates bedeute keineswegs Anarchie im Sinn von Chaos, denn seine bisherigen Aufgaben würden auf der Ebene von Gesellschaft viel besser verwirklicht. Auch Lipke statuiert den Gegensatz von »Staat« und »Gesellschaft« und positioniert sich eindeutig für die letztere Alternative:

Wenn auch der Freihandel seinem Begriffe nach den ganzen Inhalt des Staates negiert, so beabsichtigt er doch keineswegs, daß die Arbeiten, welche jetzt der Staat verrichtet, und die seinen Inhalt bilden, überhaupt unverrichtet bleiben.

Im Gegenteil: hinsichtlich der Arbeiten, die er schon jetzt dem Staate abnehmen will, hat er die feste Ueberzeugung, daß die individuelle Thätigkeit sie *besser* verrichten wird [...].

Nichts kann daher ungerechter sein, als wenn man dem Freihandel, wie nicht selten geschieht, zum Vorwurfe macht, daß er einen Zustand wolle, wo Alles darüber und darunter geht, daß er die sogenannte und fälschlich so genannte *Anarchie* wolle.

Es gibt nichts Ordnungsliebenderes, nichts Friedlicheres, nichts Philiströseres als den Freihandel. Εἰρήνη ὑμῖν! [Friede sei mit euch!, OB.] ist der Feldschrei *seiner* Anarchie.³⁵⁸

Diese Perspektive wird von Lipke geschichtsphilosophisch hergeleitet, vor allem mit Rückgriff auf eine Inhalt-Form-Dialektik:

Diejenigen unter Ihnen, welche auf den idealen Standpunkt, von welchem der Staat als ein heilbares Gebrechen der Menschheit erscheint, als auf einen längst überwundenen herabsehen, haben vergessen, daß der Geist, seinem Wesen nach, bei *keiner Form* stehen bleiben kann.

Sobald sie sich von dieser Wahrheit durchdrungen haben, werden sie begreifen, daß derselbe *Freiheitstrieb*, welcher einst die Menschen in Staaten schaarzte, jetzt die Staaten *unaufhaltsam* auseinandertreibt.³⁵⁹

Das Ziel der Aufhebung oder Auflösung des Staates — und das unterstreicht die Dringlichkeit von Lipkes Argumentation — wird schließlich sogar christlich-geschichtstheologisch begründet, mittels einer christlichen Fleisch-Geist-Dialektik, und der Autor opponiert gegen den »fleischlichen Determinismus, welchen der *Staat* übt«. Inhalt ist Fleisch, Form ist Geist, und Geist muss sich über das Fleisch erheben:

Ich sage: der *Nichtstaat*.

Ich sage nicht: die *Anarchie*.

Der Determinismus des *Fleisches* weicht in dem Menschen wie in der Menschheit nur dem Determinismus des *Geistes*.

Der Nichtstaat ist also nicht die Anarchie, sondern die *Herrschaft* des *freien* Geistes, der Identität des *absoluten* Determinismus und des *absoluten* Indeterminismus.

Der Nichtstaat ist das Reich des ΘΕΟΣ ΠΑΝΤΟΚΡΑΤΩΡ³⁶⁰.

357 W[ilhelm] L[ipke]: *Tempus omnia revelat*, Berlin 1851, S. 5, 13.

358 Ebd., S. 5f.

359 Ebd., S. 14.

360 Ebd., S. 12, 14. Zu dieser Schrift auch: Julius Becker: *Das deutsche Manchestertum. Eine Studie zur Geschichte des wirtschaftspolitischen Individualisms*, Karlsruhe 1907, S. 109ff.

Dieser Vortrag wurde, wie erwähnt, von den Verantwortlichen abgebrochen, Lipke wurde nach einer Abstimmung im Saal das Wort entzogen. Der Grund waren nicht die möglicherweise anstößigen geschichtstheologischen Passagen, die erst am Ende der bereits abgebrochenen Rede gefallen wären. Auch die massiven Vorwürfe an die Adresse der in Lipkes Augen zahnlosen, rein technokratischen Freihändler haben nicht zu dieser Maßnahme geführt. Vor allem waren es die kühnen Thesen über eine erforderliche und kommende Aufhebung des Staats, die — in dieser Zeit rigider politischer Reaktion, die in Preußen der gescheiterten Revolution 1848 folgte — die Verantwortlichen des »Freihandelsvereins« zum Einschreiten zwangen. Rein vom Buchstaben des Gesetzes her hatten sie, wie oben erwähnt, streng darauf zu achten, dass ›Politisches‹ ausdrücklich von Vereinsdiskussionen ausgeschlossen blieb.

Nach offenbar internen Klärungen wurde Lipke vom sich neu organisierenden »Freihandelsverein« wenige Monate später erneut die Möglichkeit gegeben, sich zu positionieren (Neuorganisation März 1851, mit Lipke im Vorstand³⁶¹). Nunmehr, bei seinem Vortrag vom 2. Mai 1851, hielt er sich deutlich zurück. Er betonte schon im Vortragstitel, sich auf das Feld reiner Wissenschaft zu beschränken und geriet selbst in die Nähe rein pragmatisch-wirtschaftsliberaler Argumentationen. Sein Plädoyer für universellen Freihandel statt jeweils nur partikulärer Zollverträge beinhaltete zwar auch einen gezielten Seitenhieb gegen die seit 1834 wirksamen Zollerleichterungen zwischen vielen deutschen Staaten. Aber seine Verbeugung vor dem preußischen König als demjenigen, der sich als Gegner der ›deutschen Einheit‹ — und insofern des hemmenden Nationalstaats — erwiesen habe und sich auch alsbald als Vorkämpfer von wirklichem Freihandel erweisen würde, blieb, auch wenn es sich hier um ein subversives rhetorisches Schattenspiel handelt, letztlich zwiespältig und passte sich, zumindest äußerlich, offiziellen Diskursen an³⁶².

Quellenauswahl und weitere Akteure aus dem Feld und Umfeld

Die hier vorgelegte Dokumentation soll, im Rahmen der Reihe *Findmittel und Bibliographien der Bibliothek der Freien*, Material für vertiefende Analysen bereitstellen. Sie zeigt, für wie gefährlich sowohl die Organisationsstrukturen der »Freien« (›verderbliches Clubb- und Meetingswesen«, siehe Dokumentation, S. 361) als auch ihre Theorien staatlicherseits erachtet wurden. Sie zeigt aber auch, wie teilweise hilflos sich polizeiliche, gerichtliche und ministerielle Instanzen bei der Wertung und Einordnung des praktischen und theoretischen Agierens der »Freien« erwiesen und ggf. zu ekla-

361 Vgl.: Wolff: John Prince-Smith. Eine Lebensskizze, S. 330. »Programm« und »Statuten« des jetzt offiziell heißen »Freihandels-Vereins« von März 1851 in: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15125, Bl. 74f. [Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffend den Freihandels-Verein. 1849–1855].

362 Vgl.: W[ilhelm] L[ipke]: Ueber das Verhältniß der heutigen Wissenschaft zu Handelsverträgen[,] insbesondere zu Zollvereinigungen, Berlin 1852, S. 22.

tanten Fehleinschätzungen gelangten. All das wird Gegenstand zukünftiger Forschung sein. Teile dieser Quellenübersicht hat, ausgehend von einem Praktikum als Student der Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, Alexander Valerius erstellt, und von ihm stammen wichtige Grundlagen, gleichfalls Passagen aus dem siebenten Abschnitt dieser Einleitung. Der Initiative Wolfgang Eckhardts von der Berliner »Bibliothek der Freien« ist es zu verdanken, dass die Idee für ein Buchprojekt entstand und in diesem Zusammenhang auch der Autor dieses Essays angesprochen wurde, eine Einleitung in die Gruppen- und Theoriedynamik der »Freien« zu geben. Ausgehend davon wurden von letzterem zahlreiche weitere Archivalien erfasst. Zweifellos können die vorgelegten Ergebnisse ergänzt werden, so sind aus Umfangsgründen die zahlreichen Unterlagen zu Beta nicht aufgenommen worden³⁶³. Gleiches gilt für den äußerst umfangreichen Bestand zu Ruge aus den einstigen Sammlungen des »Instituts für Marxismus-Leninismus« beim ZK der SED (im Rahmen von Marx-Engels-Editionen ab 1956), das in der »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR« (SAPMO) im »Bundesarchiv/Standort Berlin-Lichterfelde« deponiert ist. Dieser Bestand umfasst — bis auf vereinzelt Originalen — Kopien von Originalen, die aus in- und ausländischen Archiven zusammengetragen wurden. Er ist sehr aussagekräftig und wäre ggf. im Rahmen einer Nachfolgepublikation zu erschließen. Das betrifft auch das dortige — vom Umfang her aber vergleichsweise deutlich kleinere — Kopienkonvolut zu Grün. Es ist aufschlussreich, weil es anhand des spätestens ab 1846 einsetzenden und mindestens bis 1860 währenden intensiven Briefwechsels zwischen Grün und Proudhon eine der vielen »gallo-germanischen Allianzen« belegt, die bisher in der Literatur noch nicht aufgearbeitet worden sind³⁶⁴.

363 Vgl. u.a.: GStA PK, I. HA, Rep. 101, E. Lit J. Nr. 18 [Beschlagnahme der in der Vereinsbuchhandlung in Berlin erschienenen anstößigen Schrift »Das Jubeljahr 1840 (...)«; GStA PK, I. HA, Rep. 77, Tit. 343a, Nr. 42 [Acta betreffend die Denünziation des Fräulein Mathilde Cramer von Baumgarten gegen den Literaten Bettzieche. Sept. 1844-März 1846]; GStA PK, I. HA, Rep. 77, Tit. 6, Lit. B, Nr. 202 [Acta betr. den Literaten und Zeitungs-Korrespondenten Bettzieche in Berlin, wegen politisch verdächtigen Treibens. 10. März 1845-22. April 1861]; GStA PK I. HA, Rep. 77, Tit. 991, Nr. 3, Bd. 1, Bl. 22f., 32 [Acta betr. die Herausgabe und Censur der Trierschen Zeitung v. 24. März 1837 b. Ende Decbr. 1844]; GStA PK, I. HA, Rep. 109, Seehandlung B, Tit. II, Nr. 73 [Acta betreffend die gegen den Schriftsteller Bettziech wegen seiner, die Seehandlung verunglimpfenden Zeitungs-Artikel eingeleitete fiskalische Untersuchung (1844/45)]; LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 14366, Bl. 109f., 135-138, 164-166, 208-210, 227-229 [Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffend die Verbreitung unwahrer Zeitungs-Artikel über hiesige Ereignisse, 1843-1848]; dazu: Briese: Heinrich Bettziech/Beta (1813-1876). Berliner Journalist, Satiriker und Anarchist; ders.: Der erste Linkshegelianer.

364 Es handelt sich um Kopien von 19 Briefen Grüns an Proudhon aus den Jahren 1846-1854 (BArch, RY 2/ I 6/ 9/ 200 [Sammlung Bund der Kommunisten]). Das scheint eine Auswahl des grösseren Kopienbestands zu sein, der sich im jetzigen »Rossijskij gosudarstvennyj ar-

Ein Ziel dieser Dokumentation ist es, anarchistische Diskurse der Berliner »Freien« nicht nachträglich zu isolieren. Insofern erklärt sich, dass auch Quellen zu Akteuren aufgenommen wurden, die nur kurzzeitig, aber intensiv, mit ihnen verbunden waren (Wilhelm Jordan³⁶⁵) oder die zum frühen engen Kern der Berliner Junghegelianer gehörten, sich aber, als sich die »Freien« konstituierten, zurückzogen und heute nur in anderen Zusammenhängen bekannt sind (Theodor Mügge³⁶⁶). Auch Unterlagen zu dem heute gänzlich unbekanntem Autor Titus Ullrich wurden aufgenommen.

• **Titus Ullrich.** Recherchen ergeben, dass Ullrich hauptsächlich in den Künstlerkreis »Rütli« involviert war, einer Künstlervereinigung, die sich, wie oben bereits erwähnt, an den Rändern mit den »Freien« überschneidet. Er veröffentlichte 1845 sein Versepos *Das Hohe Lied*: als »die Poesie von Stirners Prosa« (wie es zeitgenössisch, freilich nicht ohne Zuspitzung, hieß) bzw. »im Verkehr mit dem Haupte der Jung-Hegelianer, Bruno Bauer, und noch mehr dem frühverstorbenen originellen Max Stirner« (so ein späteres Urteil)³⁶⁷. Dieses Epos gab einem junghegelianischem Selbstvergottungs- und Subjek-

chiv social'no-političeskoj istorii« (RGASPI), Moskau, befindet, der jetzt wiederum auch als Filmkopie im »Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung«, Bonn, vorhanden ist (Sig.: 1/KGAB). Eine umfassende Sammlung von 30 Briefen Grüns an Proudhon aus den Jahren 1846-1860 befindet sich im Proudhon-Nachlass (Bibliothèque Municipale de Besançon, Fonds Proudhon Pr. 47, dossier G); vgl. dazu auch: Manuela Köppe/Dieter Deichsel: Zur Rekonstruktion des Briefwechsels von Karl Grün (1817–1887), in: Marx et autres exilés. Études en l'honneur de Jacques Grandjonc, réunies par Karl Heinz Götze, Aix-en-Provence 2002, S. 113-134, hier: S. 123ff., 131f.

365 Bibliographische Angaben zu Jordan in: Deutsches Schriftsteller-Lexikon. 1830–1880. Bd. 4, S. 141-153. Die kurzzeitig engen Beziehungen Jordans zu den »Freien« können hier nicht näher nachgezeichnet werden; zu erwähnen ist nur, dass er nach seiner Abkehr von demokratischen Idealen im ersten Teil seines Epos' »Demiurgos« (1852) dichterisch ein Bild und Zerrbild der »Freien« zeichnete, vgl. Taube: Das Bild Max Stirners in der deutschen Literatur um die Mitte des 19. Jahrhunderts, S. 44ff.

366 Bibliographische Angaben zu Mügge in: Deutsches Schriftsteller-Lexikon. 1830–1880. Bd. 5,2, S. 424-435. Mügge — mit jungdeutschem Hintergrund — gehörte zum »Athenäum«-Kreis der Berliner Junghegelianer und war z.B. 1841 aktiv an der Welcker-Serenade beteiligt. Als sich die »Freien« konstituierten, zog er sich allerdings zurück, ohne dass es zu einem dezidierten Bruch kam; vgl. Theodor Mügge an Adolf Rutenberg, 13. Oktober 1842: »Mit unseren guten alten Bekannten bin ich wenig zusammen. Sie führen ein reines Kneipenleben, das sich jetzt doppelt erniedert u. gefallen sich im Egoismus der echten Sinnlichkeit, bei Würfeln und Hurengesprächen«; überdies sei ihr Standpunkt des »Sanscülittismus, Communismus, Atheismus auch nicht der meine«, er werde sich »zurückziehen«, in: BArch, RY 2/I 6/9/215, Bl. 2 [Sammlung Bund der Kommunisten].

367 L[ouise] Otto: Ein Blick auf 1845, in: Der Wandelstern. Blätter für Unterhaltung, Literatur, Kunst und Theater, 3 (1846), Nr. 6, S. 107-110, hier: S. 108; Ludwig Fränkel: Ullrich, Titus,

tivitätspathos des fiktiven Helden dermaßen Ausdruck, dass selbst der Autor und seine Freunde aus dem »Rütli« von einem unausweichlichen Zensurverbot ausgingen³⁶⁸. Weil dieses über zwanzig Bogen umfassende Werk damals lediglich einer Nachzensur unterlag (und zwar bindend innerhalb von 24 Stunden), ließ sich, wie die nachfolgende Dokumentation zeigt, der ebenso überbeschäftigte wie überforderte Zensor vom scheinbar harmlosen Buchtitel blenden und erteilte die Druckerlaubnis (siehe Dokumentation, S. 349). Die anschließenden Analysen des preußischen Innenministeriums kamen aber zu gänzlich anderen Schlüssen. Weil es sich um einen Schriftsteller handelt, der in junghegelianischen Kontexten bisher gänzlich unbekannt (und auch darüber hinaus gänzlich vergessen) ist, sollen sie hier zumindest cursorisch angeführt werden. Der Autor

ergibt sich aber doch im Wesentlichen einer Richtung, wie sie etwa Bruno Bauer verfolgt hat, huldigt einem sehr scharf hervorstechenden heglisch-kritischem Egoismus, überläßt sich auf religiösem Gebiet einer zersetzenden, auflösenden Zweifelsucht, die sich bis zu Unglauben und Atheismus steigert, und bekennt sich auf dem Feld der Politik zu höchst gefährlichen, revolutionären Grundsätzen.³⁶⁹

Das im Grunde eher langatmige, symbolüberladene und letztlich nur bedingt aufrührerische Poem beinhaltet als mehr oder weniger verschlüsselt gehaltenen Kern das Erwachen des Geistes zu Selbstbewusstsein, oder, wie ein anarchistischen Ideen zuneigender Rezensent erkannte: »die Verwandlung [...] des sündigen Menschen in den Freien, der seiner selbst bewußt nur sich und die ihm Gleichberechtigten anerkennt«³⁷⁰. Schon eine solche Tendenz galt dem Ministerium als »gemeingefährlich und verbrecherisch«³⁷¹, und das Berliner Polizeipräsidium hatte sich vor dem Innenminister für seine nachlässige Zensurpraxis zu rechtfertigen. Folglich wurde Ullrichs literarisches Nachfolgewerk *Victor* (1847) viel sorgsamer zensiert.

Im Mittelpunkt dieses zweiten Werks, das trotz aller Verschlüsselungen (»ein wild und dämonisch hingeworfenes Phantasiestück«³⁷²) viel zeitbezogener angelegt ist, steht

in: Allgemeine Deutsche Biographie. Bd. 39, Leipzig 1895, S. 201-203, hier: S. 201; bibliographische Angaben zu Ullrich in: Deutsches Schriftsteller-Lexikon. 1830–1880. Bd. 8.1, S. 388-391.

368 Vgl.: Rudolph Genée: Zeiten und Menschen. Erlebnisse und Meinungen, Berlin, 1897, S. 34f.

369 Herzog: Zensurgutachten zu Titus Ullrich: Das Hohe Lied. [Berlin], 21. September 1845, in: GStA PK, I. HA, Rep. 77, Tit. 2, Spec. Lit. U, Nr. 16, S. 1f., hier: S. 1 [Acta betr. die Censur und den Debit der von dem Literaten Titus Ullrich, in Berlin erschienenen, Druckschriften, vom 28. Septbr. 1845].

370 [Emil Ottokar Weller:] Neuere Poesie, seit 1845, in: Demokratisches Taschenbuch für 1848, S. 33 [hrsg. v. Emil Ottokar Weller], Leipzig 1847, S. 33-71, hier: S. 37.

371 Ministerium des Innern i.V. an Polizeipräsidium Berlin, 28. September 1845, in: GStA PK, I. HA, Rep. 77, Tit. 2, Spec. Lit. U, Nr. 16, S. 3-5, hier: S. 3.

372 [Korrespondenten-Chiffre Nr.] 87: Neuere Dichtungen, in: Blätter für literarische Unterhaltung, Nr. 342, 7. Dezember 1848, S. 1367f., hier: S. 1368.

mit »Victor«, also »Sieger«, ein Held, der mit einer Zwischenüberschrift explizit als »Einzig« gekennzeichnet wird³⁷³. Schon insofern verweist er auf Stirners Hauptwerk. Er durchläuft eine Entwicklung vom jugendlichen Rebellen, der eher wider Willen in die Schweiz emigriert, zum enthusiastischen revolutionären Freiheitskämpfer. Schließlich muss er die Grenzen seines Strebens erkennen, weil die »Massen« ihm aus Lethargie oder Feigheit nicht folgen. Und er zeigt viele Merkmale, die für die Einstellung der »Freien« bezeichnend sind: »System? Wo nur Gefühl sich stolz empört? / Die Freiheit ein System! — wer hat's gehört!«, bzw.: »Die Herrschaft, die uns *Allen* speit / Ins Angesicht, des Volkes ganzes, großes Leid«³⁷⁴. Am Ende wird Victor zum tragischen Verlierer. Halb unverstandener Revolutionär, halb unverstandene religiöse Erlöserfigur in der Nachfolge Byrons (in der Forschung wurde Ullrichs Epen zutreffend ein »junghegelianisch gefärbter Byronismus«³⁷⁵ attestiert), scheitert er mit seinem Revolutionselan letztlich bzw. vorläufig an den »Massen«.

Dieser Fakt des Scheiterns spielte dann auch bei den Zensur- und Verbotsentscheidungen eine Rolle (dazu Dokumentation, S. 351). Der Berliner Polizeipräsident befand am 22. Dezember 1847, dass, auch wenn sich der Autor vielleicht nicht mit seinem Helden identifiziere und offenbar persönlich »keine bösen Absichten« hege, das Werk dennoch »gefährlich für das allgemeine Wohl« und »gemeingefährlich« wirke, oder, wie er das Profils des Helden umriss:

Die Fürsten erscheinen ihm als Tyrannen und Despoten, die Priester als scheinheilige Betrüger im Dienste der Macht, die Staatsmänner als Machiavellisten [...], die Beamten als beschränkte und gesinnungslose Werkzeuge der Macht — als Söldner, Schergen, Häscher dem Volke gegenüber — die Reichen als unberechtigte Besitzer und Blutsauger des Volks.³⁷⁶

Schon am 20. Dezember 1847 war die polizeiliche Beschlagnahme erfolgt³⁷⁷, und juristische Verbotsbeschlüsse sollten auf den Weg kommen. Es gab in Preußen zumindest formell eine Art von Gewaltenteilung. In Berlin gab es die Entscheidungskette von den Zensoren zum Polizeipräsidentium, von dort über das Innenministerium zur Staatsan-

373 Titus Ullrich: Victor. Zweite unveränderte Auflage, Berlin 1848, S. 328ff.

374 Ebd., S. 11, 15.

375 Arnfried Edler: »Im Innersten aufregend«. Schumann und der »Revolutionsprophet« Titus Ullrich, in: Schumann und Dresden. Bericht über das Symposium Robert und Clara Schumann in Dresden — Biographische, kompositionsgeschichtliche und soziokulturelle Aspekte [...], hrsg. v. Thomas Synofzik/Hans-Günter Ottenberg, Köln 2010, S. 110-120, hier: S. 118.

376 Berliner Polizeipräsident v. Minutoli an Ober-Präsident der Provinz Brandenburg v. Meding, 22. Dezember 1847, in: GStA PK, I. HA, Rep. 101 H, Nr. 12, Bd. 6, Bl. 276-280, hier: Bl. 276f.

377 Ausführliche Details dieser Beschlagnahme in: Aus Berlin, in: Der Wandelstern. Blätter für Unterhaltung, Literatur, Kunst und Theater, 5 (1848), Nr. 7, S. 110.

waltschaft und von dort zu den tatsächlich entscheidenden Gerichtsinstanzen. Die hier vorgelegte Dokumentation belegt, wie das Innenministerium immer wieder versuchte, legal und illegal diese Entscheidungsprozesse in seinem Sinn restriktiv zu beeinflussen. Im Fall Ullrich verpuffte das allerdings. Denn noch ehe das *Procedere* abgeschlossen werden konnte, war die Wirklichkeit schneller. Die Revolution kam dazwischen, und am 30. März 1848 teilte das Königliche Ober-Censur-Gericht der Staatsanwaltschaft mit, dass aufgrund der neuen Pressegesetzgebung eine Anklage hinfällig geworden sei.

● **Arthur Müller.** Gibt es hinsichtlich Titus Ullrich und Julius Faucher nunmehr bestimmte neue Erkenntnisse zu Akteuren des weiteren oder engeren Kreises der »Freien«, ließen sie sich auch zu einem direkten Mitglied der frühen Kerngruppe gewinnen, das allerdings völlig vergessen ist — Dr. Arthur Müller. Es handelt sich um den oben schon erwähnten Müller, der in Berichten über die »Freien« bis Ende 1842 mehrfach genannt wurde, über den aber bisher kaum etwas bekannt geworden ist. Drei Zeugnisse lassen darauf schließen, dass er in der Frühzeit der »Freien«, bis Mitte 1843, eine nicht unbedeutende Rolle spielte: »Zwei Abende war ich bei [...] den sogenannten Freien: Bruno und Edgar Bauer, Arthur Müller, Köppen, Ludw. Buhl u.a.«, bzw.: »ihr Kreis soll nur aus 10 bis 12 Personen in Berlin bestehen, wozu die beiden Bauer, Arthur Müller und E. Mayer [Meyen, OB.] gehören«; sowie: »Die Spaltung zwischen Herwegh, Ruge, und andererseits Bruno Bauer, Arthur Müller, wird immer größer«³⁷⁸. Auch ein Nachruf auf Stirner erinnert an diesen Akteur: »Um *Bruno Bauer* scharten sich in den 40er Jahren seine Brüder Edgar, jetzt in London, und Egbert, Buchhändler; *Dr. Schmidt* (Max Stirner), der früh in Brüssel verstorbene *Saß*, *Ludwig Buhl*, Assessor *Jung*, der Gründer der rheinischen Zeitung, deren junger Geist bald erdrückt wurde, *Ludwig Eichler*, der flinke Uebersetzer, *Arthur Mueller*, ein Jesuitenschüler und unverwüsthlicher Verteilger vaterländischen, Grünberger Weines u. A.«³⁷⁹. Weiterhin ist Müller als Empfänger einer der wenigen von Stirner überlieferten Briefe bekannt (siehe Dokumentation, S. 344-345), und er soll aus dem Kreis der »Freien« insbesondere mit Stirner befreundet gewesen sein³⁸⁰.

Die Verbindung wird sich anfangs über literarischen Interessen ergeben haben. Müller, geboren am 30. Oktober 1804 in Aachen, war Mitte/Ende der dreißiger Jahre nach Berlin gekommen und hatte zu bekannten Dichtern wie Franz Freiherr von Gaudy und Willibald Alexis enge Kontakte. Auch gehörte er zu jenen, die Fontane einmal als

378 Hoffmann von Fallersleben: *Mein Leben. Aufzeichnungen und Erinnerungen*. Bd. 4, Hannover 1868, S. 46 (März 1843); *Literarische Geheimberichte. Protokolle der Metternich-Agenten*. Bd. 1: 1840–1843, hrsg. v. Hans Adler, Köln 1977, S. 174 (21. November 1842); *Literarische Geheimberichte aus dem Vormärz*, hrsg. v. Karl Glossy. Bd. 1, Wien 1912, S. 355 (8. Dezember 1842).

379 [Ignaz Julius Lasker:] *Max Stirner tot!*, in: *Kleine Morgen-Zeitung* [Breslau], Nr. 152, 2. Juli 1856, [S. 2f., hier: S. 2].

380 Vgl.: Mackay: *Max Stirner*, S. 90, vgl. auch S. 65, 226.

»Dichterschule des *Berliner Figaro*« bezeichnet hat: Eduard Ferrand, F. Brunold, Julius Kossarski und Hermann Maron. Bekannt war dieser Kreis auch als »jüngerer Berliner Dichterverein«; vertreten waren dort ebenfalls Friedrich v. Sallet, Hermann Marggraff, Ernst Jungnitz³⁸¹. Mit Ferrand war Müller zu dem seit 1840 wachsenden und schon erwähnten *Athenäum*-Kreis der Jung- bzw. Linkshegelianer gestoßen, der Schriftsteller und Philosophen wie Eichler, Mügge, Buhl, Riedel, Cornelius, Carrière, Reinarz, Marx, Köppen u.a. vereinte³⁸². Anfang 1843, kurz nachdem er sich verheiratet hatte, eröffnete Müller der Personalakte des Polizeipräsidioms zufolge (siehe weiter unten, Fußnote 391) ein Wirtshaus (möglicherweise schon das in der 1848er Revolution berühmt gewordene Lokal »Die ewige Lampe«). Durch diese Geschäftsgründung wurde er aber aus dem Gruppenzusammenhang herausgerissen, denn nunmehr hatte er Sorge für sein Lokal zu tragen, vor allem abends. Es gelang ihm nicht, den Kreis zu sich hinüber zu ziehen. Offenbar kam es deshalb sogar zu einem gewissen Bruch. Denn ein Buch mit Gemäldekritiken, das für 1843 im Verlag Egbert Bauers bereits angekündigt war — wahrscheinlich auf Grundlage seiner Beiträge für die *Vossische Zeitung*, Müller war ein exzellenter Kunstkenner und beruflich auch als Berater für Auktionatoren und Antiquare tätig — ist nie erschienen³⁸³. Aber ob es einen solchen demonstrativen Bruch wirklich gegeben hat, muss vorerst offen bleiben. In Berichten über die »Freien« tauchte er jedenfalls ab Mitte 1843 nicht mehr auf. Bekannt ist lediglich, dass er 1844, finanziell ein lukratives Angebot für ihn, Gaudys *Sämtliche Werke* veröffentlichte und ein Jahr später *Moderne Reliquien*, eine Sammlung äußerst entlegener Texte von Autoren der Klassik und Romantik. Darin findet sich auch der Erstdruck von Grabbes »Der Cid«. An das Manuskript (oder eine Abschrift) wird Müller durch seine Literaturkontakte oder durch seine berufliche Ankaufstätigkeit für Antiquariate gelangt sein³⁸⁴.

381 Vgl.: Berbig: Fontane im literarischen Leben, S. 11; Vermischte Nachrichten, in: Ansbacher Morgenblatt, Nr. 60, 17. April 1846, S. 240; Fr. Tiez: Ernst Litfass. Industrielle und private Wirksamkeit, Berlin 1871, S. 5.

382 Vgl.: Eduard Meyen an Wilhelm Müller v. Königswinter, 20. März 1841, in: Zentrum und Peripherie, S. 43.

383 Vgl. die Angabe zur geplanten Buchveröffentlichung, in: Barzen: Die »Heilige Familie« in Charlottenburg, S. 156; Aus dem Nachlaß Varnhagen's von Ense. Tagebücher von K. A. Varnhagen von Ense. Bd. 2, Leipzig 1861, S. 374. Ein Porträt Müllers als Separatdruck, ca. aus dem Jahr 1848, findet sich in: LAB, F. Rep. 250-03, Nr. A_0148 (Dr. Arthur Mueller. Verfasser der ewigen Lampe. Schuppan lith. Druck bei H. Deims. In Commission bei L. Lassar in Berlin).

384 Vgl.: Doris Fouquet-Plümacher: Zur Edition der Ausgewählten Werke, in: dies. (Hrsg.): Franz von Gaudy. Ausgewählte Werke. Bd. 1, Hildesheim, Zürich, New York 2020, S. 391-407, hier: S. 394ff.; zur eigenen antiquarischen Sammlerarbeit bzw. für Antiquare vgl.: Aus den hinterlassenen Aufzeichnungen von Guido Weiß. IV., in: Frankfurter Zeitung und Handelsblatt. Erstes Morgenblatt, Nr. 89, 31. März 1900, S. 1-3, hier: S. 1f. Weiß' Angaben über Müllers Ankauf- und Beratertätigkeit für Auktionatoren lassen sich erhärten; einem

Müllers große Zeit kam 1848. Von diesem Jahr an bis 1850 war er Herausgeber und Hauptautor der berüchtigten, meist zweimal wöchentlich erscheinenden Zeitschrift *Ewige Lampe*. Einerseits kam sie zu Ruhm durch ihre bewusste Gossensprache und ihre persönlichen Angriffe auf Vertreter der Reaktion, durch gezielt persönliche Infamie, also durch Beiträge, die bewusst zu provozieren und zu skandalisieren versuchten. Leitartikel waren die Ausnahme, es blieb bei stilistisch äußerst kurzen Texten, bei feuilletonähnlichen Splittern, mitunter nonsenshaft und kalauernd. Andererseits erlangte sie Ruhm durch das anarchische Prinzip einer Kollektivautorschaft, das von Zeitgenossen so beschrieben wurde: »Wer Lust hat, liefert einen Beitrag [...]. In den andern Blättern ist in der Person des Redacteurs, des Eigenthümers, selbst in dem Kreise der Abonnenten, wenn auch noch so unscheinbar, doch eine gewisse Consistenz; hier aber ist die leitende Hand mit Bewußtsein aufgegeben«³⁸⁵.

Der betreffende Autorenkreis rekrutierte sich aus dem intellektuellen Kern der Besucherschaft der gleichnamigen Kneipe — einer Kellerspelunke, die mit Flugblättern und Nummern des Blatts tapeziert war und ungefähr 30 Personen Raum bot: Akteuren aus dem Kreis der ehemaligen »Freien« (u. a. Rutenberg), Vertretern der radikalen Demokratie in Berlin, Witzbolden und Tagedieben, Personen, die das Milieu einer Spelunke goutieren konnten. Vor oder nach 1848 gehörten auch Angehörige der oben schon erwähnten Künstlergruppierung »Rütli« zu den Besuchern³⁸⁶. In der Revolutionszeit verkehrte dort auch der ab 1852 als Leiter der Berliner Kriminalpolizei tätige Wilhelm Stieber, der sich seinerzeit als Strafverteidiger von Demokraten einen Namen machte (und auch als Strafverteidiger Müllers); andere Polizeiangehörige frequentierten ebenfalls das Lokal und versorgten den Redaktionskreis mit Internas³⁸⁷. Zu einem anarchistisch gefärbten Autor wie Beta hatte Müller wohl engen Kontakt. So erklärte Beta am 16. Oktober 1848 die Redakteure zu Ehrenmitgliedern des *Berliner Krakehlers*, und er feierte in einer späteren Nummer Anfang des Jahres 1849 die Standfestigkeit des Blatts, das sich Verbotsversuchen im Zuge des Belagerungszustands durch beständige Umbenennungen widersetzte (*Die ewige Leuchte, Die ewige Fackel, Die Gasflamme, Die Knute*³⁸⁸). Vom

Zeitzeugen zufolge habe er als »Auctions-Commissar« gearbeitet (Franz Freiherr Gaudy an Salomon Hirzel, 13. Januar 1837, in: Halbzahn in einer Lumpenwelt. Briefe von und an Franz Freiherrn Gaudy, hrsg. v. Rainer Hillenbrand, Frankfurt/M. 2002, S. 103).

385 [Rogge:] Das alte und das neue Berlin, S. 5.

386 Vgl.: E. S. [Nachruf Wilhelm Scholz], in: Berliner Börsen-Zeitung. Morgen-Ausgabe, Nr. 287, 22. Juni 1893. 1. Beilage, S. 7f., hier: S. 7.

387 Vgl.: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 7969 [Acta (...) betreffend den Verkehr des Polizei Secretairs Blümner in dem Gastlokale der Ewigen Lampe].

388 Vgl.: Alfred Estermann: Die deutschen Literatur-Zeitschriften 1815–1850. Bibliographien, Programme, Autoren. 2. verb. Aufl. Bd. 8, München, London, New York 1991, S. 286ff.; Ursula E. Koch: Der Teufel in Berlin. Von der Märzrevolution bis zu Bismarcks Entlassung. Illustrierte politische Witzblätter einer Metropole 1848–1890, Köln 1991, S. 75f., 114ff.

inhaltlichen Format her — das ist zu betonen — blieb es stets radikal-demokratisch orientiert, anarchistische Tendenzen wies es nicht auf³⁸⁹.

Nach dem Wrangelschen ›Staatstreich‹ wurde das Journal zusammen mit acht anderen Berliner Blättern am 13. November 1848 verboten; 1849 erschienen nur wenige Nummern. Im Jahr 1850 kam es wieder regelmäßiger heraus. Zum 1. Juli 1850 erfolgte auch für diese Zeitschrift (nachdem schon, wie für andere politische Zeitschriften, durch die neue Pressegesetzgebung vom 5. Juni 1850 eine erhebliche Kaution erhoben wurde), der kalkulierte Entzug des Postdebts durch die preußische Regierung³⁹⁰. Das bedeutete das ökonomische Aus. Und Müller? Ab Ende 1848 hatte er sich einer Kette gerichtlicher Verfolgungen und Verhaftungen zu erwehren: wegen nächtlichen ›Umhertreibens‹ nach der Polizeistunde, wegen Führung falschen Namens, wegen Störung des öffentlichen Friedens, wegen Anreizung der Staatsangehörigen zum Hasse und zur Verachtung gegeneinander, wegen Majestätsbeleidigung, wegen unerlaubten Nachdrucks, wegen Verspottung der evangelischen Kirche³⁹¹. Und: Wahrscheinlich von Müller, der in radikalen Kreisen gut vernetzt war, stammt der 1850 in der *Deutschen Monatsschrift* erschienene Aufsatz *Die Berliner Tagespresse*, dem — siehe weiter oben — wertvolle Informatio-

389 Ein Autor hielt später zwar fest: »Die dreizehn Nummern des Jahres 1850 aber sind vollständig anarchistische Brandschriften, die das Entzücken eines Most bilden würden« (Hugo Blümner: Die ewige Lampe. Auch eine Jubiläumserinnerung an das »tolle Jahr«, in: Die Gegenwart. Zeitschrift für Literatur, Kunst und öffentliches Leben, 28 [1899]. Bd. 55, Nr. 2, S. 20-22, hier: S. 22). Dieses Fehlurteil bezieht sich wahrscheinlich auf einen Artikel, der nach dem Attentat auf den preußischen König erschien (das sofort demokratischen Kräften angelastet wurde); dieser Beitrag wies aber keinerlei anarchistische Tendenzen auf, sondern belegte mit Beispielen aus der Historie, dass Attentate, Vergiftungen und Königsmorde seit der Antike zum Arsenal von adligen und monarchischen Konkurrenzkämpfen gehörten ([Anonym:] Einiges von Fürstenmördern, in: Die ewige Lampe. Politisch-satyrisches Oppositionsblatt, 3 [1850], Nr. 13, Juni 1850, S. 1-8). Die einzige nachweisbare anarchistische Sentenz des Blatts stammt aus dem September 1848: »Demokraten sind Leute, welchen kein Verbrechen zu groß, kein Mittel zu schlecht ist, um zur Herrschaft des Staats zu gelangen; die jede bestehende Ordnung umwerfen wollen, damit sie auf den Trümmern derselben eine neue Ordnung aufbauen können, welche sie zu Herren des Schicksals und des Vermögens ihrer Mitbürger macht« ([Anonym:] Verschiedene Definitionen eines Demokraten, in: Die ewige Lampe. Ein Oppositions-Blatt, Nr. 34, 12. September 1848, S. 7).

390 Vgl.: [Anonym:] Berlin, 15. Juni, in: Neue Münchener Zeitung. Beilage Nr. 144, 19. Juni 1850, S. 1168.

391 Vgl.: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 11688 [Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin, betreffend den Dr. phil. Eduard Joseph Heinrich Arthur Müller aus Aachen, 1841–1866]. Informationen u.a. auch in: Springer: Berlin's Strassen, Kneipen und Clubs im Jahre 1848, S. 153f.; F. Brunold: Ein Stück vormärzliche Romantik, in: Deutsche Blätter. Literarisch-politische Feuilleton-Beilage zur Gartenlaube, Nr. 16, Jg. 1870, S. 61-63, hier: S. 62f.; Aus den hinterlassenen Aufzeichnungen von Guido Weiß. IV., in: Frankfurter Zeitung und Handelsblatt. Erstes Morgenblatt, Nr. 89, 31. März 1900, S. 1-3, hier: S. 1f.

nen zur anarchistischen *Abend-Post* zu verdanken sind. Im Januar 1852 entging er auf abenteuerliche Weise kurzzeitig einer Verhaftung³⁹², und im Mai 1853 floh er auf ebenso abenteuerliche Weise, u.a. durch ein Double, endgültig von Berlin nach Brüssel³⁹³.

• **Arnold Ruge.** Wie bereits erwähnt, ist es das Ziel der hier vorgelegten Dokumentation, anarchistische Diskurse nicht nachträglich isolierend herauszustellen. Sie bestanden nicht separiert für sich, sondern waren eingebettet in einen sich zunehmend ausdifferenzierenden Strom oppositionellen Bewegungen. Insofern wurden, wie ebenfalls bereits begründet, auch in Berliner Archiven enthaltene Quellen zum vormärzlichen Wirken Georg Herweghs, Julius Fröbels und Arnold Ruges aufgenommen. Das ist ein sinnvolles Vorgehen auch deshalb, weil der ›nachmärzliche‹ Ruge als praktischer und theoretischer Akteur in der Revolutionsphase 1848/49 scheinbar plötzlich — letztlich aber doch nicht überraschend — anarchistische Positionen bezog. Gerade das erfordert in zukünftigen Arbeiten eine vertiefende Analyse, denn an Ruges Vorlagen lassen sich exemplarisch die methodischen Probleme erörtern, die mit dem Terminus »Anarchismus« verbunden sind. Er hatte zwar einst die »Freien« heftig als angeblich unsittlich attackiert. Später verstand er sich aber zeitweise selbst ausdrücklich als Vertreter einer politischen »Anarchie«.

Ruge ein Anarchist? Das mag nur die verwundern, die der Ansicht anhängen, dass er, als Vertreter einer als kleinbürgerlich verleumdeten Demokratie, sich seit Mitte der 1840er Jahre nicht weiter entwickelt hätte. Aber auch Ruge erschloss sich neue Horizonte, und er wurde zu einem Radikaldemokraten mit anarchistischem Einschlag. So beruhigte er am 1. Februar 1849 in einem Leserbrief an die *Magdeburgische Zeitung* die Öffentlichkeit, er sei keineswegs von der »Anarchie« zum »Kaiserthum« übergegangen, und: »Ich bin noch immer für die ›Anarchie‹; der Mensch ist dazu bestimmt, in der ›Herrenlosigkeit‹ zu leben, und im Selfgovernment wird er nicht von Außen beherrscht«. Allerdings gab Ruge dabei auch zu erkennen, was genau er unter »Anarchie« verstand: nämlich »das Selbstregiment der Nord-Amerikaner (auf Griechisch die Anarchie)«³⁹⁴. Ruge nutzte den mittlerweile prestigeträchtigen und für Ablehnung von repräsentativer Demokratie stehenden Begriff ›Anarchie‹, um eine andere Form von Demokratie zu propagieren: eine unmittelbare.

Sein Hintergrund: Mitte der vierziger Jahre hatte er in Frankreich Frühsozialismus, Frühkommunismus und Frühanarchismus entdeckt (wobei im Detail noch nicht geklärt

392 Vgl.: † Berlin, 26. Jan., in: *Urwähler-Zeitung. Organ für Jedermann aus dem Volke*, Nr. 22, 27. Januar 1852, [S. 3].

393 Vgl.: Gustav Rasch: *Aus meiner Festungszeit. Ein Beitrag zur Geschichte der preussischen Reaktion*, Pest, Leipzig, Wien 1868, S. 222ff.; *Acta des Königlichen Polizei Präsidii zu Berlin*, betreffend [...] Müller (vgl. Fußnote 391), Bl. 28ff.

394 Arnold Ruge: [Zuschrift, Halle, 1. Februar 1849]. Nachdruck in: *Königlich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen*, Nr. 30, 4. Februar 1849, [S. 4f.].

ist, ab wann genau er sich anarchistischen Positionen öffnete; immerhin hatte er schon 1843, vorerst bezogen auf das Feld der Wissenschaften, erklärt: »die scheinbare Anarchie ist die wirkliche Freiheit«³⁹⁵). Wahrscheinlich machten sein Zerwürfnis mit Marx und seine Vorbehalte gegenüber Kommunismen, die er als latent diktatorisch ansah, insbesondere Proudhon und dessen Anarchismen für ihn attraktiv (Erhebung aller Arbeitenden zu Eigentümern, massive Einschränkung staatlicher Herrschaftsaktivitäten; noch 1850/51 gab er in seinem trotz Exil weiter bestehenden Leipziger Verlag eine dreibändige Auswahl von Proudhons Schriften heraus³⁹⁶). Auch Stirners *Der Einzige und sein Eigenthum* hatte ihn, wie er vielfach brieflich bekannte, sehr beeindruckt: »Viele Parthieen sind ganz meisterhaft, und die Wirkung des Ganzen kann nur befreiend sein«, »Man müßte das Buch souteniren und propagiren«³⁹⁷. Es handelte sich dabei nicht nur um rein private Bekenntnisse. Ruge erkannte die Bedeutung Stirners, und er wies Heß, der eine »Abfertigung« Stirners von »sozialistisch-kommunistischem« Standpunkt schreiben wollte, Anfang 1845 darauf hin, dass Stirner »dasselbe will, wie Sie, nur kommt er von der andern Seite. Während Sie von Ganzen ausgehn, kommt er als Einzelner und verlangt, daß es jeder so machen solle«³⁹⁸. In *Zwei Jahre in Paris* (1846) befürwortete er Stirners Herangehen dann öffentlich. Erstens publizierte er darin seinen eben angeführten Brief an Heß, zweitens bekräftigte er:

Aber diese Polemik gegen die allgemeinen Mächte hat die wahre Seite: daß in der That das ganze Reich des Geistes oder die Menschenwelt — Staat, Gesellschaft, Sitte, Gesetz, Sprache, Gedanken, Glauben, Verkehr — nur ein Product, eine »Eigenschaft« des Einzelnen, oder sein Verhalten zu andern ist. Es ist dies Alles sein »Eigenthum«, seine Macht, er kann es brauchen und mißbrauchen, schaffen und vernichten nach seiner Kraft und Willkür. Seine Willkür reicht so weit, als seine Kraft. Die ganze bisherige Weltrichtung dagegen opferte den Einzelnen dem Allgemeinen, den Wirklichen seinem Wesen, den Schöpfer seinem Werk. Dem widersetzt sich dieser entschlossene, ganze — kühne »Egoismus«.³⁹⁹

In der Revolution 1848/49 wirkte Ruge auf verschiedenen Schauplätzen, anfangs auch als Abgeordneter der Paulskirche, aus der er sich desillusioniert im Oktober 1848 mit einem »Offenen Brief« an seine Wähler verabschiedete. Zur Lösung der sozialen Fra-

395 Arnold Ruge: Bruno Bauer und die Lehrfreiheit, in: Anekdoten zur neuesten deutschen Philosophie und Publicistik [...]. Erster Band, hrsg. v. Arnold Ruge, Zürich und Winterthur 1843, S. 119-142, hier: S. 136.

396 Vgl.: Proudhon's ausgewählte Schriften. 3 Bde. Leipzig 1850/51.

397 Arnold Ruge an seine Mutter, 17. Dezember 1844, in: Arnold Ruges Briefwechsel und Tagebuchblätter. Erster Band, S. 386; ders. an Karl Nauwerck, 21. Dezember 1844, in: ebd., S. 389, vgl. auch: ebd., S. 379, 382, 399; vgl. auch: Ruge an Hermann Köchly, 6. Januar 1845, in: Arnold Ruge: Werke und Briefe. Bd. 12, S. 496.

398 Arnold Ruge an Moses Heß [Anfang 1845], in: Arnold Ruge: Zwei Jahre in Paris. Studien und Erinnerungen. Erster Theil, Leipzig 1846, S. 402.

399 Arnold Ruge: Zwei Jahre in Paris. Studien und Erinnerungen. Zweiter Theil, Leipzig 1846, S. 107.

ge hatte auch er bereits vor 1848, wie nicht wenige andere, die sozialistisch-kommunistische Entwürfe als diktatorisch ablehnten, Proudhons Assoziationsidee favorisiert. Das heißt, wirtschaftlich setzte Ruge auf Assoziation. Und politisch setzte er auf einen radikaldemokratischen Staat, der so wenig wie möglich in Erscheinung tritt. Die von Ruge mitherausgegebene Zeitung *Die Reform* sprach am 19. Mai 1848, an dem Tag, als er sich für die zukünftige Abgeordnetentätigkeit in der »Paulskirche« verabschiedete, in diesem Sinn von der »Befreiung jedes Einzelnen«, »vollkommene[r] und directe[r] Selbstregierung«, von der »Ausbildung des Staates zum Freistaat«⁴⁰⁰. Nur ein solcher Freistaat gebe der Gesellschaft den ausreichenden Bewegungsspielraum, sich ökonomisch, sittlich, künstlerisch und wissenschaftlich zu entfalten. Ein solcher »Freistaat« wäre im eigentlichen Sinn kein Staat mehr, sondern die demokratische Vertretung Aller durch sich selbst. Diese Radikaldemokratie sei zwar noch auf Verwaltung angewiesen, aber nicht mehr auf Regierung. Selbstregierung heißt Selbstregulierung, wobei auch gewählte Volksvertretungen sich nicht verselbständigen dürfen, sondern eher als Willensvollstrecker jeweiliger Wahlkreis-, Ur- und Volksversammlungen anzusehen seien.

Als die wohl wichtigste betreffende Programmschrift Ruges ist *Die Gründung der Demokratie in Deutschland oder der Volksstaat und der social-demokratische Freistaat* anzusehen (1849), und sie gibt einen Ausblick auf Kommendes. Ökonomisch ging es, mehr oder weniger angelehnt an Proudhon, um Genossenschaften (Sozietäten), und politisch ging es, unter dem Signalwort »Gesellschaft«, um Herrschaftslosigkeit. Schon der erste Satz der Schrift stellt unmissverständlich klar: »Wir wollen jetzt frei sein; es gebe keine Herren und keine Diener mehr!«, es gehe um »reine Demokratie«. Das hieße: »Selbstregierung des Volks« als »Aufhebung aller Regierung«⁴⁰¹. Das vollziehe sich einerseits durch absolute Freiheit für Presse und durch Vereinsarbeit, andererseits durch Transformation von Regierung zu Selbstregierung: »In der theoretischen Anarchie oder in der absoluten Freiheit der Debatten durch Vereine und Journale«, in »der practischen Freiheit ist die Herrenlosigkeit, die Beseitigung aller fremden Regierung durch Selbstregierung, der wahre Sinn der Anarchie«⁴⁰².

In diesem erstrebenswerten Zustand der Anarchie gehe es zwar regierungslos zu, aber eben nicht gänzlich staatenlos. Hier zeigte sich Ruge als Hegelianer. Er antizipierte grundsätzlich geänderte Sozial- und Kulturprozesse, mochte dabei aber, wie auch Fröbel, auf den Staatsbegriff nicht gänzlich verzichten und wollte Gesellschaft und Staat

400 Arnold Ruge/Bernhard Oppenheim/August Semrau: An die Leser der Reform, in: *Die Reform. Politische Zeitung*, Nr. 48, 19. Mai 1848, [S. 1]; zu dieser Zeitung vgl.: Hans-Martin Sass/Katja Stiegel: Produktion und Politisierung des Öffentlichen bei Ruge 1845/49, in: *Entstehen des Öffentlichen — eine andere Politik*, hrsg. v. Lars Lambrecht, Frankfurt/M. 2007, S. 101-136, hier: S. 110ff. (Forschungen zum Junghegelianismus, 16).

401 Arnold Ruge: *Die Gründung der Demokratie in Deutschland oder der Volksstaat und der social-demokratische Freistaat*, Leipzig 1849, S. 3f.

402 Ebd., S. 73.

miteinander synthetisieren: »Der *sociale* Staat ist die Organisation der Arbeit und des Verkehrs, oder des *Lebens* der Gesellschaft«, »Der *politische* Staat ist die ethische und ideale Organisation der Menschheit«⁴⁰³. Der Widersprüche dieses Syntheseversuchs war er sich offenbar bewusst, und an anderer Stelle des Buchs platzierte er für das, wofür er den Staatsbegriff nutzte, synonym den der Gesellschaft: »Die *sociale* Gesellschaft ist das *Leben* der Menschheit; die *politische* und *ideale* Gesellschaft ist der *Geist* der Menschheit«⁴⁰⁴. Ruge rang mit dem Problem der Basisdemokratie. Wäre das ›wahre‹ Demokratie? Inwieweit wird sie staatsförmig? Und was wäre Staat? Diesbezüglich ist das Fazit der Forschung über Ruges Staatsverständnis dieser Zeit zu bekräftigen: »Die Ablehnung jeglicher Herrschaftsverhältnisse läßt die Demokratie mehr als ein soziales Gebilde denn als eine Staatsform erscheinen. Zwar sei die Demokratie in irgendeiner Form auf Verwaltung angewiesen, verlange aber kaum nach Regierung«⁴⁰⁵.

Im Jahr 1850, und das war nicht gänzlich untypisch für einstige Revolutionäre, radikalisierte sich Ruges Haltung nochmals: »Was also heißt *Anarchie*? Nichts anderes, als Abschaffung aller der Millionen Müßiggänger, die sich einbilden, uns zu regieren, die wir aber in Wahrheit nur ernähren, um unsere Weiber und Kinder zu verderben und sich und uns zu quälen oder umzubringen. Diese Schmarotzer spielen unsere Herren. Anarchie aber ist Herrenlosigkeit«⁴⁰⁶. Revolutionstaktisch bedeute das: »»Die Revolution schließen«, heißt also, ›die Regierung abschaffen‹ und die Gesellschaft in eine Verfassung bringen, welche ihrer Entwicklung keine anderen Hindernisse, als den Widerstand der physischen und intellektuellen Natur, die allein schon genug reagieren, in den Weg legt«⁴⁰⁷. Die utopische Dimension dieses Vorhabens gab Ruge aber ebenfalls zu erkennen. Er löste sich von realen Verwirklichungsvorhaben und charakterisierte die Zukunftsentwicklung hauptsächlich als einen ›Geistesprozess‹: »Die Bewegung der Gesellschaft ist wesentlich eine geistige und darum autonome, sie regelt sich selbst durch ihre inneren Gegensätze; eine bewaffnete Bande, angestellte Faulenzer hinter grünen Tischen, Berge lächerlicher und leerer Akten über Dummheiten und Lappalien können ins Innere der geistigen Bewegung nicht eingreifen«⁴⁰⁸.

Ausblick: Anarchistisches statt Anarchismus

War das schon Anarchismus, war das noch Anarchismus? Bezogen sich Akteure wie Ruge auf einen relativ klar konturierten Begriff, auf ein Schlagwort oder ein facettenrei-

403 Ebd., S. 67.

404 Ebd., S. 63.

405 Stephan Walter: Demokratisches Denken zwischen Hegel und Marx. Die politische Philosophie Arnold Ruges, Düsseldorf 1995, S. 227.

406 Arnold Ruge: Unser System [...]. Erstes Heft. Unsr Philosophie und unsre Revolution. Ein Brief an Fanny Lewald, in: Werke und Briefe. Bd. 8, S. 127-176, hier: S. 149.

407 Ebd., S. 146.

408 Ebd., S. 148.

ches Konzept? Und wenn man dieses wiederholte Bekenntnis etwa Ruges zur Anarchie ernst nimmt: Zu *was* für einer Anarchie? Diese Fragen werfen methodisch-theoretische Probleme auf bis hin zu dem bereits am Anfang dieser Abhandlung kurz erörterten Thema, was ›Anarchismus‹ überhaupt sei. Und sie beziehen sich erst recht auf die aufklärerischen Wortmeldungen bis ca. 1800, die — *avant la lettre* — über gar keinen positiven *Begriff* von anarchisch, anarchistisch, Anarchie und Anarchismus im *Wortsinn* verfügen konnten, die aber heute zumindest als anarchoid anzusehen sind.

Diese problematischen Klassifizierungen umschließen Konzepte auch von jenen, die sich ausdrücklich als AnarchistInnen oder anarchistisch bezeichnen, denen man diese Selbstbezeichnung aber kritisch bestreiten könnte. Man befindet sich in einem methodischen Dilemma: Die, die sich gar nicht als AnarchistInnen apostrophieren konnten (oder so nicht bezeichneten), wären als anarchistisch oder als anarchoid zu klassifizieren. Anderen hingegen, die sich in der Tat als AnarchistInnen oder anarchistisch bezeichnen, wäre dieses Attribut ggf. abzusprechen. Wie lassen sich hier klare Grenzen ziehen, wie lassen sich eindeutige Unterscheidungen und Zuordnungen treffen? Wenn sich in solchen Debatten ggf. ein Reinheitsbegehren zeigt, so ist zu entgegnen: Reinheit gibt es nicht, weder in Theorie noch Praxis. Und erst recht gilt das für den hier behandelten Zeitraum vor 1848. Denn in der Regel sahen sich die betreffenden Akteure gar nicht als Anhänger bestimmter ›Ismen‹, sondern suchten nach Problemlösungen. Sie bedienten nicht bestimmte Strömungen oder Diskurse, sondern befanden sich ständig im Fluss und experimentierten mit Blick auf Gegenwartsprobleme mit bestimmten Auffassungen und Entwürfen. Insofern bildeten Anarchismen keine separierten Debatten für sich, und es gab noch keine fest gefügten Schulen, Dogmen und Parteien, sondern ein im Prinzip weitgehend offenes Diskussionsfeld. Unterscheidungs- und Konkurrenzkämpfe zwischen einzelnen Akteuren und von ihnen verfochtenen ›Lehren‹ setzten gerade erst ein.

Einen sehr guten Eindruck von diesen Experimental- und Suchbewegungen vermittelt der schon mehrfach erwähnte Weller mit seinen ab 1846 sich stetig erweiternden Literaturübersichten bzw. Bibliographien zur sozialistischen und kommunistischen Literatur Deutschlands⁴⁰⁹. Sie nehmen nichtchristliches und christliches Sozialistisches ebenso auf wie Kommunistisches und Anarchistisches. Weller — von 1849 bis 1863 über Holland und Belgien und in die Schweiz ins Exil gezwungen — vertrat in seinem

409 Vgl. u.a.: Eduard Weller: Die soziale deutsche Presse, in: Prometheus. Organ zur sozialen Reform. Herausgegeben von Hermann Püttmann, I. II. Herisau 1846, S. 32-56; [Emil Ottokar Weller:] Die deutsche Presse und ihre neuesten Bestrebungen, in: Demokratisches Taschenbuch für 1848 [hrsg. v. Emil Ottokar Weller], Leipzig 1847, S. 72-95; [ders.:] Wegweiser auf dem Gebiete der freien demokratischen Literatur, in: ebd., S. 329-335; [ders.:] Wegweiser auf dem Gebiete der sozial-demokratischen Literatur Deutschlands, Leipzig 1848 [mehrere sich erweiternde Auflagen 1848]; [ders.:] Wegweiser auf dem Gebiete der freien demokratischen Literatur, in: Neujahrs-Almanach für Unterthanen und Knechte, Leipzig 1850, S. 33-48.

publizistischen Schaffen Positionen, die heute als sozialistisch, kommunistisch und anarchistisch bezeichnet werden können (allerdings nie christlich geprägt waren), und an deren begrifflicher und schulmäßiger Scheidung ihm wenig lag (er selbst sprach u.a. in einer eigenständigen Wortwahl von »anarchachischen Ideen«⁴¹⁰). Anfangs war er stark von der Kritik des Konstitutionalismus und des Parlamentarismus der Brüder Bauer beeinflusst, ebenso von Heß' sozialistischem Gemeinschaftsanarchismus. Aber auch Marrs junghegelianischer ›Arbeiteranarchismus‹ fand seinen Beifall. Noch 1847 war Weller voll des Lobes für dessen *Blätter der Gegenwart für sociales Leben*, weil darin »der politische und religiöse Aberglaube« bekämpft werde. Und an dessen ab 1847 in Hamburg herausgegebenen *Mephistopheles* würdigte er: »Ohne ein besonderes Programm erklärt er sich sofort gegen das ganze *Wesen* der Politik und für die Armen. Sein Kampf gilt *allen* politischen Parteien und nur in einer *Republik*, [...] einer Republik, welche unsere *sozialen* Unterschiede vollständig vernichtet, erblickt er das ›Heil‹ der Zukunft«⁴¹¹. Auch Stirners radikalen Individualismus sah er als Anschlussbasis für eine denkbare junghegelianisch-sozialistische Theoriebildung an: »Jüngst hat auch die Stirner'sche Lehre consequenterweise ihren Uebergang in den Socialismus bewerkstelligt, s. Köppen und Fränkel ›Berliner Skizzen;‹ Szeliga ›Die Universalreform und der Egoismus;‹ u. A.«⁴¹². Während dieser Phase vertrat Weller — der geradezu folgerichtig auch viele Beiträge für verschiedene ›wahrsozialistische‹ Organe schrieb — eine gemeinschaftsanarchistische und ›antipolitische‹ Position: Politische Umwälzungen und Staatsgebilde jeder Art nützen gar nichts. Und das demokratische Repräsentativsystem sei ein Macht- und Gewaltgebilde wie jeder andere Staat auch. Die Gesellschaft wäre nur von ihrer sozialen Basis her zu reformieren und zu revolutionieren. Das Ziel sei eine sozialistisch-kommunistische Gesellschaft auf gemeinschaftlicher Basis, ausdrücklich nichtstaatlich organisiert. Und das Stirnersche Diktum, zuvörderst innerlich ›frei‹ zu werden und sich von allen äußeren Zwängen zu befreien, war ihm, ohne dass der Name Stirner dabei ausdrücklich fiel, die unverzichtbare Ausgangsbedingung dafür:

Was ist aber ›Communismus‹ anders, als die Aufhebung aller äußern Ordnung! Dies seine bereits anerkannte ›negative‹ Seite. Was bewirkt die Aufhebung der äußern Ordnung anders als die *innere*! Werde erst selbst frei. Die Zwangsanstalt, das Gesetz, löst sich dann auf, und in ihm, wie in der ganzen heutigen Welt gehen die Gegensätze in ihr eigentliches natürliches

410 E[mil] W[eller]: Silvain Maréchal. (Schluß.), in: Telegraph für Deutschland, Nr. 156, September 1846, S. 622f., hier: S. 622.

411 E[mil] W[eller]: Bericht über einen Bericht, in: Die Werkstatt. Monatsschrift für Handwerker, 3 (1847), S. 212-214, hier: S. 214; [Weller:] Die deutsche Presse und ihre neuesten Bestrebungen, S. 83.

412 E. Weller: Nachwort, in: Der Sieg des Sozialismus über den Jesuitismus oder die Constitutionen der Jesuiten [...] mit einem Entwurf über die Organisation der Arbeit. Von Th. Dezamy. Aus dem Französischen mit einem Nachwort von E. Weller, Leipzig 1846, S. 320-332, hier: S. 332.

Streben über. Der ›Communismus‹ ist kein System, er ist das *organisierende Princip* der Zukunft.⁴¹³

In der Revolutionszeit standen bei Weller allerdings — u.a. mit Rekurs auf Positionen des von Köln aus operierenden Marxschen »Bundes der Kommunisten« — politische Aktivitäten und auch demokratische Herrschaftsvorstellungen stärker im Vordergrund (bis hin zu diktatorischen: »Diktatur des Volkes gegen *alle Vorrechte*«⁴¹⁴). Gänzlich ging er von seinen libertären Idealen jedoch nicht ab, und nach der Revolution, zu Beginn des Jahrs 1850, wurde das Ideal von Herrschaftsfreiheit wieder deutlicher akzentuiert. Im *Neujahrs-Almanach für Unterthanen und Knechte* betonte er programmatisch (auf den unscharfen und propagandistischen Gebrauch des Terminus ›Volk‹ kann hier nicht näher eingegangen werden): »Das *Volk* kann, wenn es überhaupt *etwas* will, nur die *Volksherrschaft* wollen. Es kann keine Regierung wollen, in welcher Form sie auch auftreten mag; es kann nur *selbst* herrschen. [...] Unsere einzigen Freunde sind die Rücksichtslosen, die Entschiedenen, die Freien«. Das war, wie ein weiterer Beitrag aus diesem *Almanach* verdeutlicht, eine gezielt sozialistische Agenda: »Der Sozialismus ist eine Auflösung aller Regierungsformen; denn die Geschichte hat uns zur Genüge gezeigt, daß der Absolutismus nicht einer einzigen Regierungsform innewohnt, sondern allen. Es heißt nicht: Republik oder Monarchie? Es heißt jetzt: Soll das ganze Volk herrschen und leben, oder ein Theil des Volkes«⁴¹⁵. Um diese undogmatische Ungezwungenheit Wellers und seine mehrfach wechselnden Verknüpfungen von Anarchismus und Sozialismus (und Kommunismus) zu verdeutlichen: Eine seiner schon erwähnten Bibliographien erschien 1847 im von ihm herausgegebenen *Demokratischen Taschenbuch für 1848*⁴¹⁶. Dieses ›demokratische‹ Taschenbuch war — und das ist die Pointe — von seiner ganzen Anlage her ein ebenso sozialistisches wie anarchoid-anarchistisches, das traditionelle politische Ziele (politische Revolution, politische Volkssouveränität usw.) rundheraus ablehnte und gezielt für eine soziale Demokratie jenseits der Sphäre des Politischen eintrat.

Ähnlich variabel verhielt sich die »Arbeiterverbrüderung«, wie bereits erwähnt, die größte 1848 entstandene Arbeiterorganisation Deutschlands mit ca. 230 Ortsgruppen und 18-20.000 Mitgliedern. In den von Stephan Born herausgegebenen Zentralorganen wurde, wie ebenfalls bereits erwähnt, von Born sowohl Blancs eher staatssozialistische

413 [Emil Ottokar Weller:] Schwarz, Roth, Gold! Ueber teutsche Freiheit und Einheit. [II], Leipzig 1847, S. 24.

414 [Emil Ottokar Weller:] Das Volk und die Zukunft, in: Der Deutsche Michel auf breitester demokratischer Grundlage. Almanach für Deutschlands vierunddreißig Einheiten, herausgegeben vom Reichshanswurst [d.i. Emil Ottokar Weller], Leipzig 1849, S. 30.

415 [Anonym:] Erfahrungen des Jahres 1849, in: Neujahrs-Almanach für Unterthanen und Knechte, S. 1-3, hier: S. 3; [Anonym:] Das Wesen des Sozialismus, in: ebd., S. 14-20, hier: S. 19.

416 Vgl.: [Weller:] Wegweiser auf dem Gebiete der freien demokratischen Literatur, in: Demokratisches Taschenbuch, S. 329-335.

als auch Proudhons staatsferne Assoziationsmodelle propagiert. Er verfuhr dreigliedrig: Er forderte erstens die staatliche Regelung der Arbeitswelt durch eine Sozialgesetzgebung, er forderte zweitens staatliches Sozialengagement, u.a. mittels Nationalwerkstätten (sichtlich anschließend an Blanc), und er forderte drittens, verbunden mit der Beförderung von ›Freihandel‹, die staatliche Unterstützung von staatsfernen Assoziationen und Genossenschaften (sichtlich anschließend an Proudhon):

Diese Assoziationen [...] für jeden Arbeiter, der in dieselbe eintreten will [...] unterscheiden sich von den Nationalwerkstätten in der Weise, daß ihre Mitglieder selbst die Verwaltung übernehmen, daß sie in der Assoziation nicht besoldete Staats-Diener sind, wie in der Nationalwerkstätte, sondern daß sie von dem Gewinne ihre Geschäfte leben müssen [...]. Jedes Mitglied der Assoziation ist Arbeiter, Unternehmer und Verkäufer zugleich und der Staat versieht nur die Dienste des Banquiers [...].⁴¹⁷

Und um nach Weller und Born ein drittes Beispiel dafür anzuführen, wie flexibel »Anarchie« — im Wortsinn — damals gebraucht werden konnte, soll hier ein Text herangezogen werden, der 1850 anonym veröffentlicht wurde. Ihm ging es um »Anarchie, weil sie keine *Archonten*, keine *Herrscher* kennt«. Das lief freilich den auch damals üblichen Vorstellungen zuwider (»Das Wort Anarchie ist ein von der Reaktion, von dem politischen Jesuitismus vielfach gemißbrauchter Popanz«): »Diese Anarchie, diese Herrenlosigkeit ist mit der Ordnung wohl verträglich, ja sie ist die *wahre* Ordnung«. Diese

417 [Stephan Born:] Anträge des Centralkomitees für Arbeiter. (Fortsetzung.), in: Das Volk. Organ des Central-Komitees für Arbeiter. Eine sozial-politische Zeitschrift, Nr. 13, 1. Juli 1848, S. 49f., hier: S. 49; vgl. zu dieser Kombination verschiedener Elemente: Rolf Weber: Einleitung, zu: Die Verbrüderung. Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter. Reprint Leipzig 1975, S. III-XIX, hier: S. VII. Eine fundierte Studie hebt allein den Einfluss Blancs in der *Verbrüderung* hervor (Rogger: »Wir helfen uns selbst!« Die kollektive Selbsthilfe der Arbeiterverbrüderung 1848/49 und die individuelle Selbsthilfe Stephan Borns, S. 132ff.); eine andere, ebenfalls fundierte — marxistische — Studie betont, dass sich Born »bei seinen Assoziationsplänen u.a. von dem kleinbürgerlichen Sozialisten Proudhon hatte inspirieren lassen« (Schlechte: Einleitung, S. 4). Noch deutlicher wird eine Studie aus ebenfalls marxistischer Sicht: »die sich entwickelnde proletarische Massenbewegung in Deutschland«, insbesondere »die Arbeiterverbrüderung«, habe »mannigfache Anleihen bei Proudhon (wie auch bei Louis Blanc) aufgenommen« (Walter Schmidt: Ferdinand Wolff. Zur Biographie eines kommunistischen Journalisten an der Seite von Marx und Engels 1848/49, in: Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Gesellschaftswissenschaften, Nr. 3/G, Berlin 1983, S. 9). Um auf die *Verbrüderung* zurückzukommen: Einerseits wurde in ihr Proudhons Projekt einer Volksbank — nach seinem Scheitern — kritisch bewertet (20. April und 1. Mai 1849), es wurden aber auch längere Übersetzungen von Proudhon-Texten zum Thema Einkommenssteuer und Recht auf Arbeit veröffentlicht (9. Januar 1849 u. 11. Mai 1850). Zu Borns Assoziationsvorstellungen und ihren Widerspruchslinien sehr informativ: Walter Euchner: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland. Teil I, in: Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus — Katholische Soziallehre — Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, hrsg. v. Helga Grebing, Essen 2000, S. 15-350, hier: S. 73ff.

Anarchie war aber auch Demokratie, nämlich »reine Demokratie«, sie war »*Selbstregierung des Volks*«. In dieser Synthese von wahrer Demokratie, Anarchie und Selbstregierung hatte dem Autor zufolge aber auch der Staat seinen Platz: »Die Demokratie ist die wahre, d.h. die vernünftige Staatsform«, sie verwirkliche den »*Volksstaat*«, den »wirklichen *Freistaat*«⁴¹⁸.

Man erkennt auch hier eine Suchbewegung, eine Experimentalbewegung, und angesichts dieses Oszillierens, Changierens und Überlappens sind Zuschreibungen wie »Anarchie« und »Anarchismus«, wenn sie nachträglich erfolgen, zumindest für diese Phase und gemessen am »klassischen« Anarchismus mitunter auch Verlegenheitsbegriffe. Bezeichnend für diese damaligen Suchbewegungen ist, dass sie sich auch auf das sprachlich-begriffliche Feld erstreckten. Emil Ottokar Weller sprach, wie oben zu sehen, 1846 von »anarchachischen Ideen«⁴¹⁹; Julius Faucher 1848 vom Ziel einer »Akratie«⁴²⁰, also Nichtherrschaft. August Hermann Ewerbeck brachte 1850 alternativ zum nach wie vor missverständlichen Terminus Anarchie den Positivtopos »anti-archie« in die Diskussion⁴²¹. Dabei konnte er sich u.a. auf Versuche seines Gesprächs- und Korrespondenzpartners Proudhons gestützt haben, der schon 1845 in privaten Notizen und 1850 brieflich von »*an-archique*« sprach, 1849 auch öffentlich von »*l'an-archie*«⁴²². Ab 1850

418 [Anonym:] Demokratische Anschauungen eines Ungläubigen, in: Volks-Taschenbuch für 1850, [Anhang], S. 1-130, hier: S. 27ff.

419 W[eller]: Silvain Maréchal, S. 622.

420 Zit. in: Otto Schulthess an Johann Caspar Bluntschli [1848], in: Bluntschli: Denkwürdigkeiten aus meinem Leben, S. 96.

421 August Hermann Ewerbeck an Pierre-Joseph Proudhon, 8. Januar 1850 (Abschrift), in: Nachlass Jacques Grandjonc. Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. Marx-Proudhon-Dokumentation. Ordner Nr. 22, S. 251. Ewerbeck bezog sich in seinem Brief an Proudhon auf den missverständlichen Wortgebrauch von »Anarchie« (»toute confusion«); er selbst hatte 1844/45 in einem fragmentarisch überlieferte Versuch zu einem kommunistischen Katechismus deklariert: »Anarchie heißt wortwörtlich ein Zustand in dem nichts herrschend oder vorherrschend ist — die ungeheuerere Mordschlacht, in der keine Gefangenen gemacht, sondern die Menschlichkeit, das Menschenthum, in jedem der Streiter schon von vorn herein erstickt werden« (August Hermann Ewerbeck: »Kommunistischer Katechismus (Fragment)«, in: Martin Hundt: Programmatische Bemühungen im Bund der Gerechten. Zu Marx' Einfluß auf ein neuentdecktes Katechismus-Fragment von 1844/45, in: Marx-Engels-Jahrbuch, 2 (1984), S. 311-338, hier: S. 323). Bald darauf hatte er diesen Bedeutungsgehalt mit seiner Verheißung »der wahren, rechten Anarchie, d.h. Herrscherlosigkeit« korrigiert, vgl. [August Hermann Ewerbeck:] Deutschlands Menschenthum, in: Blätter der Zukunft [hrsg. v. Hermann Ewerbeck/Karl Grün/German Mäurer], 1 (1845/46), S. 58-75, hier: S. 60 (Autorenzuschreibung nach Höppner: Wilhelm Weitling, Bd. 1, S. 842).

422 Carnets de P.-J. Proudhon. Volume premier 1843–1846, hrsg. v. Pierre Hautbmann, Paris 1960, S. 203 [1845]; Pierre-Joseph Proudhon an Charles Edmond, 1. Januar 1850, in: Correspondance de P.-J. Proudhon. Tome quatrième, Paris 1875, S. 177; P.-J. Proudhon: Les confessions d'un révolutionnaire [...], Paris 1849, S. 43.

wurde dieser Topos in einer deutschen Übersetzung als »An — archie« bekannt (in einem anderen Versuch als »Ohn-Herrschaft«), und 1852 wurde von einem anarchistischen Autor »An-Archie« mit »*Omniarchie*«, der Herrschaft Aller, kombiniert⁴²³. Aber auch jenseits dieses bekannten Wortstamms wurde nach Begrifflichkeiten für Herrschaftslosigkeit gesucht. So wurde in der von Karl Grün redigierten *Trier'schen Zeitung* 1851 die »Uticratie«, d.h. die Herrschaft Niemandes proklamiert (»die Lösung aller Fragen des Jahrhunderts liegt in der — Uticratie«)⁴²⁴. Und: Claire v. Glümer, eine der vielen nach wie vor vergessenen Vorkämpferinnen für die Gleichberechtigung der Frauen um 1848, bekräftigte — frühe Form feministischer Sprachpolitik — mit Blick auf die Emanzipationsvorstellungen Fouriers im Jahr 1848 das Recht von »Anarchen« ebenso wie das von »Anarchinen«⁴²⁵.

Und ohnehin müsste ›Anarchismus‹ stets im Plural gebraucht werden, weil es nicht *den* Anarchismus gab und gibt, sondern verschiedene, sich mitunter ebenso überschneidende wie miteinander konkurrierende, gar gegeneinander polemisierende Theorieangebote. Von ›Theorie‹ in traditionellem Sinn kann man allerdings nur bedingt sprechen. Denn anarchistische Entwürfe sind als »low theory« oder »small theory« (Graeber) grundsätzlich ›schwach‹, sind praxiszugewandt und operativ. Auch angesichts dessen wäre es abwegig, hier einen starren Definitionsrahmen anzustreben. Das *zu Erfassende* will flexibel sein und ist flexibel, und das *Erfassen* soll, gewissermaßen *ex cathedra*, auf das Gegenteil zielen?

Die angemessene methodische Konsequenz dieser Flexibilität wäre die Auflösung des substanzhaft-substantivischen Singulars ›Anarchismus‹ ins Plurale, oder mehr noch: ins Adjektivische oder in das adjektivische Nomen: ›anarchistisch‹ und ›Anarchistisches‹. Dennoch soll der Begriff ›Anarchismus‹ als Indikator einer bestimmten Ideenströmung hier beibehalten werden, und zwar mit mehreren fungiblen Kriterien: dem Ideal nicht nur der Minimierung von Herrschaft, sondern der Aufhebung von Herrschaft; dem der Herrschaftsfreiheit auf mehreren Gebieten: Ökonomie, Politik, Religion, eth-

423 P. J. Proudhon: Bekenntnisse eines Revolutionärs. Herausgegeben von Arnold Ruge, Leipzig 1850, S. 132 (Proudhon's ausgewählte Schriften. Erster Band); C. Fortlage: Genetische Geschichte der Philosophie seit Kant, Leipzig 1852, S. 471; Wilhelm Marr: Anarchie oder Autorität?, Hamburg 1852, S. 108.

424 [Anonym:] Die Uticratie, in: Trier'sche Zeitung, Nr. 162, 11. Juli 1851, [S. 1].

425 C[laire] v. G[lümer]: Ueber Fourier, in: Louise Dittmar: Das Wesen der Ehe. Nebst einigen Aufsätzen über die sociale Reform der Frauen, Leipzig 1849, S. 93-100, hier: S. 96f. Zur AutorInnenschaft des Beitrags und zur Autorin insgesamt: Marion Freund: »Mag der Thron in Flammen glühn!« Schriftstellerinnen und die Revolution 1848/49, Königstein/Taunus 2004, S. 107, 507ff.; dies: Claire von Glümer (1825–1906). »Sehr thätig für die radikale Parthei«, eine der »beliebtesten deutschen Novellistinnen« und »viel gerühmte« Übersetzerin, in: Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49. Bd. 5, hrsg. v. Walter Schmidt, Berlin 2016, S. 95-127; bibliographische Angaben zu v. Glümer in: Deutsches Schriftsteller-Lexikon. 1830–1880. Bd. 3.1, S. 260-265.

nische und Geschlechterverhältnisse; dem Ideal einer Politik, die gegenüber üblichen zentralisierten Bewegungen andere Aktivitätsformen erstrebt und insofern politisch wie anti-politisch ist; dem der Betonung der Rechte von Individuen im kooperativen und solidarischen Zusammengehen — allerdings nicht auf Basis institutioneller oder moralischer Zwänge, sondern eines prinzipiell positiven Menschenbilds, demzufolge der Nutzen der Einzelnen und der der Allgemeinheit zwar nicht grundsätzlich zusammenfallen, aber auch nicht grundsätzlich kollidieren.

Hat man hier gewisse fungible Leitkriterien (die um weitere ergänzt werden könnten), wird deutlich, wie wenig vollständig sie erfüllbar sind und dass sie selbst im sog. klassischen Anarchismus nur bedingt ›erfüllt‹ wurden. Das unterstreicht erneut, dass es *den* Anarchismus nicht gegeben hat und nicht geben wird. Und allein mit Blick auf die oben umrissenen Entwürfe ließen sich ganz heterogene Aspekte ausmachen: So verwarnten sich B. Bauer und seine engeren Schüler ausdrücklich gegen Positiventwürfe; zwischen dem anti-essentialistischen Funktionsegoismus Stirners und dem Freihandelsindividualismus der *Abend-Post* liegen Welten; die Befreiung von Frauen aus Unterdrückungsverhältnissen stand fast gar nicht auf der Agenda usw. Gemeinsam allerdings war den vormärzlichen Libertären aller Spielarten (bis auf ganz vereinzelte Ausnahmen), dass gesellschaftliche Transformationen oder Umbrüche gewaltfrei erfolgen sollten: durch Bildung, Erkenntnis und Einsicht. Spätestens nach den revolutionären Umbrüchen 1848 traten auch hier gravierende Differenzen auf. Die einen setzten weiter auf Gewaltfreiheit; die anderen auf mehr oder weniger kurzfristige revolutionäre Massengewalt; wieder andere auf die Wirkung revolutionär-exklusiver, gar elitärer Vorbildgewalt. Und diese Frage ›Für und Wider Gewalt‹ durchzieht als Streitpunkt anarchistische Bewegungen bis heute⁴²⁶.

Wozu dieser Gang in Details und dieses Hervorheben von Spezifika? Wissenschaft und Theorie setzen auf Analyse, auf Präzisierung, auf Differenzierung. Dahingehend zeigen sich allein im anarchoiden und anarchistischen vormärzlichen Spektrum bedeutende Unterschiede (aber auch Gemeinsamkeiten) und ebenso deutliche Unterschiede zu anderen Oppositionsströmungen (aber ebenfalls Gemeinsamkeiten). Und so, wie diese Differenzen und Gemeinsamkeiten nicht zu übergehen sind, sollten die anarchoiden und anarchistischen Strömungen vor 1848 in der Forschung nicht länger übergangen werden. Damit eröffnen sich — jenseits einer lediglich historistischen Aufarbeitung — auch Perspektiven für wissenschaftliche und politische Gegenwartsdiskurse. Um nur ein

426 Vgl.: Propaganda der Tat. Standpunkte und Debatten (1877–1929), hrsg. v. Philippe Kellermann, Münster 2016; Sebastian Kalicha: Gewaltfreier Anarchismus & anarchistischer Pazifismus. Auf den Spuren einer revolutionären Theorie und Bewegung, Heidelberg 2017. In systematischer Hinsicht lassen sich mindestens vier anarchistische Positionen hinsichtlich Gewalt unterscheiden: *Absolute Pacifism*, *Contingent Pacifism*, *Justified Violence* und *Realism*, vgl.: Andrew Fiala: Anarchism and Pacifism, in: Brill's Companion to Anarchism and Philosophy, S. 152-170, hier: S. 165f.

virulentes Problemfeld hier hervorzuheben: das der damaligen (und späteren) anarchistischen Debatten über das Verhältnis von ›Gesellschaft‹ und ›Staat‹⁴²⁷.

Zum Status behördlicher Dokumente

Die hiermit vorliegenden Regesten (Kurzregesten) von in Berliner Archiven lagernden Quellen zum Jung- und Linkshegelianismus umfassen 55 Akteneinheiten des »Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz«, des »Landesarchivs Berlin« und der »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv« (Berlin-Lichterfelde). Als Kern sind die 602 Blatt umfassenden zwei Bände zu den Brüdern Bruno, Edgar und Egbert Bauer aus dem »Geheimen Staatsarchiv« anzusehen. Die hier in tabellarischer Kurzform vorgestellten Unterlagen können zu einem besseren Verständnis jener vormärzlichen Ideenlandschaft beitragen, in der Republikanismus, Sozialismus/Kommunismus und Anarchismus noch nicht als voneinander getrennte ›Ismen‹ existierten, sondern Pole eines gemeinsamen Spannungsfeldes bildeten. Unser Forschungsinteresse speiste sich nicht zuletzt daraus, dass hier vieles von dem durchprobt wurde, was für das herrschaftskritische Denken in der gesamten Moderne wesentlich blieb. Beispielhaft genannt seien an dieser Stelle die Fragen nach dem Verhältnis von radikaler Kritik zu positiven Entwürfen, dem Subjekt gesellschaftlicher Veränderung, nach Eigentumsverhältnissen, der Funktion des Staats, nach subkulturellen Lebensformen — die Liste ließe sich fortsetzen.

Hervorzuheben ist in dem Zusammenhang, dass auch die Rolle von widerständigen Frauen in den behördlichen Blick gekommen ist, etwa Emma Herweghs, die aber, auch wenn sie partiell bei Alleinreisen observiert wurde, in der Akte des Gatten ihren Platz fand. Eine Frau wie Louise Aston, die, anarchoid-anarchistisch motiviert, gezielt auch für Frauenrechte eintrat, erhielt freilich von den Behörden ein eigenes Konvolut. Gleiches gilt, siehe oben, für die ›Emancipirte‹ Emilie Lehmann, die kurzzeitig bei den »Freien« verkehrte und in Königsberg den gleichen Schikanen wie Aston in Berlin ausgesetzt wurde. Ein weiteres Beispiel einer engagierten Libertären ist Bettina v. Arnim. Ihr *Dies Buch gehört dem König* sei, so ein anonymer Konfidentenbericht vom 21. Juli 1843, sehr »radikal«, es würden sich »ganze Seiten darin finden, welche der Verfasserin von ihrem Intimus Bruno Bauer in die Feder diktirt sein sollen« (siehe Dokumentation, S. 273). Über die Verbindung der Brüder Bauer zu Bettina v. Arnim bestehen inzwischen gesicherte Erkenntnisse⁴²⁸. Aussagen wie diese — die freilich den üblichen Mustern folgend nahelegen, die Autorin habe nicht selbstbestimmt geschrieben — erlauben eine präzisere Lesart dieses Königsbuchs, insbesondere des heute meist vernachlässigten

427 Vgl.: Olaf Briese: ›Gesellschaft‹ contra Staat. Über einen frühsozialistischen und frühanarchistischen Schlüsselbegriff, in: *Archiv für Begriffsgeschichte*, 60/61 (2018/19), S. 273-299.

428 Vgl.: Härtl: »Dies Völkchen mit der vorkämpfenden Alten«. Bettina von Arnim und die Junghegelianer.

oder gar übergangenen ersten und Hauptteils. Darin hatte v. Arnim ihre anti-etatistischen Ansichten über Staat, Naturrecht, Gesetz usw. der Mutter Goethes in den Mund gelegt, und ein Zeitgenosse wie Marr hob die ›staatsfeindlichen‹ Tendenzen dieses heute meist ignorierten Hauptteils ausdrücklich hervor: »Der Staat, das ist das Grundübel, die Urlüge, gegen welche die Verfasserin ihre Pfeile richtet«⁴²⁹.

Es ist zu erwarten, dass eine Forschung, die dezidiert nach entsprechenden Belegen sucht, noch mehr über anarchoid-anarchistisch motivierte Frauen im Vormärz und der Revolution 1848/49 zutage fördern wird. Zu denken wäre hier u.a. auch an Claire v. Glümer, die, wie oben bereits angeführt, 1848, fourieristisch geprägt, von »Anarchen und Anarchinen« sprach und 1851 in einem Aufsatz ihr fourieristisch geprägtes Ideal wie folgt konkretisierte: »*der ordentliche Arbeitsrath [...] wird von den Anführern der verschiedenen Arbeitsabtheilungen gebildet. Diese Führer sind immer aus der Mitte der Arbeitenden hervorgegangen, und werden durch Stimmenmehrheit von ihren Genossen gewählt, so daß immer Talent und Erfahrung an die Spitze der Geschäfte kommen. [...]. Alle Aemter und Würden im Arbeits-, Verwaltungs- und Gemeinderath sind nur auf gewisse Zeit gültig*«. In ihrem Roman *Fata Morgana* umriss v. Glümer 1851 nochmals ihre Vorstellungen: »Die Gemeinde tritt nach freier Wahl zusammen, jeder Einzelne wählt die ihm zusagende Arbeit. Der Ertrag der Arbeit wird nach festgestellten Gesetzen und in verschiedenen Proportionen an Fleiß, Talent und Kapital vertheilt, und jeder lebt von dem Erworbenen wie es ihm zusagt«⁴³⁰.

Um auf den Status der hier ausgewerteten Unterlagen zurückzukommen: Sie ermöglichen, pointiert gesagt, einen Erkenntniszuwachs hauptsächlich in zweifacher Hinsicht. Einerseits begegnet uns in den Akten der Behörden die Handschrift der Betroffenen — wenn sie sich selbst mit Schreiben an diese Behörden wenden oder zu Stellungnahmen aufgefordert werden. Durchgängig scharfe Abrechnungen mit der Staatsmacht finden sich darin freilich nicht, denn sie folgen, bis auf wenige renitente Ausnahmen, den institutionellen Erfordernissen. Die herrschaftskritischen Tendenzen, die die Verfasser bei anderen Gelegenheiten an den Tag legten, stellt das nicht in Frage. Hier hingegen reagieren sie, in taktischer Hinsicht, auf bestehende Machtgefälle. Diese besonderen Entstehungsumstände sind kein Grund, diese Schreiben aus dem Werk der hier betrachteten Personen auszuklammern.

429 Leberecht Fromm [Wilhelm Marr]: Ruchlosigkeit der Schrift »Dies Buch gehört dem König.« Ein unterthäniger Fingerzeig, Bern 1844, S. 26.

430 C. von Glümer: Die neue Welt nach Fourier, in: Der große deutsche Hausschatz. Eine Quelle des Reichthums und der Wohlfahrt für Jedermann, Leipzig 1851, S. 660-677, hier: S. 669; Claire v. Glümer: Fata Morgana. Ein Roman aus dem Jahre 1848, Leipzig 1851, S. 198. Zum Roman: Ruth Ellen B. Joeres: Respectability and Deviance. Nineteenth-Century German Woman Writers and the Ambiguity of Representation, Chicago, London 1998, S. 154ff.; Freund: »Mag der Thron in Flammen glühn!«, S. 517ff.

Andererseits, von diesen wenigen Originalzeugnissen aus dem junghegelianischen Feld abgesehen, spiegeln die hier vorliegenden Dokumente vor allem den Blick der staatlichen Behörden und deren Verwaltungsroutinen. Damit können sie — in der Forschung angemessen perspektiviert und bewertet — zweifellos zum Verständnis des Jung- und Linkshegelianismus beitragen. Sie tragen aber auch dazu bei, die Funktionsweisen der preußischen Bürokratie selbst zu erklären. Um welche Zeugnisse handelt es sich? In den Unterlagen finden sich vornehmlich Observationsprotokolle, Konfidentenberichte, Zensurgutachten, Beschlagnahme- und Verbotsbeschlüsse, Verhör- und Verhaftungsprotokolle, Gerichtsbeschlüsse wegen Zensur- und politischer Vergehen sowie Eingaben und Widerspruchsdokumente der Betroffenen. Sie bereichern das Bild des Junghegelianismus, insbesondere — das wurde oben schon ausführlicher dargestellt — um Facetten des ›Praktischwerdens‹. Sie zeigen, wie die Akteure, vergleichbar mit heutigen Bürgerrechtlern, zum Teil die Konflikte mit der Staatsmacht regelrecht suchten, um mit ihren Anliegen öffentliche Aufmerksamkeit zu gewinnen und die ›Rechtsstaats‹-Phraseologie bloß zu stellen. Auch sieht man, wie sich ein Engagement für studentische Kreise und ihre offiziellen und inoffiziellen Lesezirkel ergab und wie die Akteure der Kerngruppe der »Freien« bzw. ehemaligen »Freien« im offiziell behinderten semi-politischen Vereinswesen der 1840er Jahre aktiv wurden (»Hedemannscher Handwerkerverein«, 1844; »Verein für die Hebung der unteren Volksklassen« bzw. Nachfolgeverein »Berliner Localverein zum Wohl der arbeitenden Klassen«, 1844/45; »Gottlieb«, 1846) und wie sich Aktivitäten in prä-sozialistischen Handwerkerzusammenkünften entwickelten. Sie zeigen aber auch den Anspruch einiger Vertreter, vor allem B. Bauers und Stirners, lediglich durch Theorie und Publizistik die Welt zu verändern und die erleichterten Reaktionen der Behörden, dass sich dabei ein erhoffter Masseneinfluss nicht ergeben habe. Weiterhin erhält man Einblicke in die junghegelianische Gruppen- und Netzwerkdynamik, in gemeinsam geplante und zum Teil verhinderte Publikationsvorhaben usw. Auch gewinnt man Informationen über persönliche und inhaltliche Trennungen und Spaltungen, nicht zuletzt auch über Orte des öffentlichen Auftretens (Picknickausflüge, Cafés, Kneipen, Salons, Lesekabinette, Vereine).

Vornehmlich jedoch verdeutlichen die ausgewerteten Dokumente, wie oben bereits erwähnt, die behördlichen Mechanismen und ihre Funktionalität bzw. Dysfunktionalität (so fand das wahrscheinlich schon von Konfidenten aus Frankreich stammende und haltlose Gerücht, dass Adalbert Roerdanz neben Ruge und Marx Redakteur der *Deutsch-Französischen Jahrbücher* gewesen sei, seinen Weg von Sachsen auch weiter nach Preußen⁴³¹). Man erkennt an den Unterlagen bestimmte bürokratische Reduktions- und Selektionsverfahren sowie die Praxis formeller und inhaltlicher Vereinheitlichung

431 Vgl.: GStA PK, I. HA, Rep. 77, Tit. 6, Spec. Lit. R, Nr. 133, passim [Acta betr. den Literaten Adalbert Roerdanz in Berlin, wegen politisch-verdächtigen Treibens. V[om] 14. März 1845–1866].

und Zuspitzung. Diese Zuspitzungsmanie wuchs ab Mitte der vierziger Jahre sichtlich: Besser beflissen einen Akteur zu viel als ›gefährlich‹ gebrandmarkt, als einen zu wenig, um im Fall der Fälle nicht Vorwürfen übergeordneter Instanzen ausgesetzt zu sein; besser ganz normale Auslandskontakte als ›verdächtig‹ eingestuft, um nicht wegen Nachlässigkeit zur Rechenschaft gezogen zu werden. Und ebenso erkennt man Kompetenzunsicherheiten, Kompetenzstreitigkeiten und institutionelle Konflikte, etwa zwischen über- und untergeordneten Instanzen, zwischen Peripherie und Zentrum oder zwischen Innenministerium und Justiz. Weiterhin erkennt man die überwiegende Unfähigkeit, die junghegelianischen Bestrebungen inhaltlich einzuschätzen, und die dominierende Verblendung, sie nicht als Teil übergreifender Oppositionstendenzen zu begreifen.

Und es scheinen sich zwei generelle Reaktionsmuster auf die junghegelianischen Aktivitäten herauszuschälen: ein eher traditionelles, also ein Reflex von Eliten auf Eliten, d.h. auf die opponierenden Akteure, die zwar nicht vom Stand, aber von Bildung her, den Vertretern der Instanzen ebenbürtig schienen. Man fürchtete schlichtweg einen Einfluss der Junghegelianer auf Gebildete — auf Lehrer, Pfarrer, Beamte, mithin auf die bislang loyale Trägerschaft der Monarchie. Diesem traditionellen und symmetrischen Reaktionsmuster trat aber auch ein neues zur Seite, ein modernes und asymmetrisches. Hier wurde sorgsam ein breiterer öffentlicher Einfluss, ein Masseneinfluss in Betracht gezogen, wurde zumeist aber erleichtert verneint. Das festzustellen, schmälert nicht die Leistungen der im Zentrum dieser Dokumentation stehenden Akteure und ihre Langzeitwirkung. Sie gehören — um hier einen weltbekannten Autor zu zitieren, der seine über zwei Jahrzehnte währende anarchistische Prägung später sorgsam verwischte — zum Unabgeholtenen der Geschichte.

Dokumentation

Das nachfolgende Verzeichnis ist alphabetisch nach 18 Hauptpersonen gegliedert, auf die sich die insgesamt 55 dokumentierten Akten beziehen. Auch vereinzelte »Misch«-Akten wurden Hauptpersonen zugeordnet; die zur sog. Welcker-Serenade sind pragmatisch unter »Welcker« aufgenommen. Sachakten (z.B. »Lese кабинет«) wurden alphabetisch eingefügt.

Louise Aston

Louise Aston: Polizeiakte (1845–1850, 130 Bl., »Acta des Königlichen Polizei-Präsidii betreffend die separirte Maschinenfabrikant Aston Louise«). LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 8509 (Altsign.: Tit. 94, Lit. A, No. 71)

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1	Burg, 18. Sept 1845	Magistrat der Stadt Burg	PP
2	Berlin, 13. April 1844	Passkarte Aston, ausgestellt am 13. April 1844	
3	o.O., o.D.	Anonymer Denunziationsbrief aus Berlin an PP v. Puttkamer	
4	o.O., ca. Dez 1845	Polizeispitzelbericht über Aston	PP
5	Berlin, ca. Dez 1845		
6-8	Berlin, 10. Jan 1846	Polizeibeamter Friedrich Goldheim	PP
9	Berlin, ca. Febr 1846	Anonymes Denunziationschreiben an PP v. Puttkamer	
10-11	Berlin, 17. Febr 1846	Polizeibeamter Friedrich Goldheim	PP
12-13		»Deutsche Allgemeine Zeitung«, Nr. 32, 1. Febr 1846, S. 295; Korrespondenz aus Berlin, 9. Jan	

Inhalt

PP soll Aston in Burg gestelltes Passgesuch (Ausgangspass) bearbeiten

Aston empfangt häufig Herrenbesuche, plane ein »Complot gegen den Staat [,] den König und Religion«

»Die Aston scheint es besonders auf die Emancipation der Frauen [...] abzusehen«

Tabellarische Auflistung der Wohnadressen Astons von Aug 1844-Okt 1845 in Berlin

Informationsbericht über Aston. Sie habe sich 1845 am Treiben des »Gesellenvereins« [Handwerkerverein] und der protestantischen »Lichtfreunde« beteiligt, habe sich nunmehr »Communismus und Emancipation« zugewandt. Sie verkehre mit B. Bauer, Buhl, Dr. Stirner, Dr. Wiß, Dr. Faucher; bevorzugte Treffpunkte: Wein- und bayerisches Bierlokal von Lauch, Werdersche Rosenstr. 38 (wo auch die Zusammenkünfte des »Rütli« stattfinden); Weinstube von Hippel, Friedrichstrasse Nr. 94 (»nennt sich der Anarchistenklub«); Café de Theatre, Alexanderplatz; Wein- und bayerisches Bierlokal von Wallburg, Münzstr. Nr. 28. Anwesend dabei auch: »die Frau des Dr. Schmidt ein Fräulein Somerbrodt, die Frau des Dr. Faucher, ein Fräul. Haacke, und die Braut des Edgar Bauer, eine Schwester von der Frau des bekannten Buchbinder Reichardt in Charlottenburg, die in der Gesellschaft den Spitznamen Mirabella führt, weil sie sich eine weibliche Mirabeau glaubt und in die revolutionären Mysterien ihres Geliebten eingeweiht ist«. Sie habe »nicht selten mit Gottschall Excursionen in Männerkleidern nach verschiedenen Kneipen gemacht und ursprünglich einen Emancipations-Verein von Frauen durch ihr Beispiel ins Leben gerufen«; »Politik spielt in diesen Zusammenkünften mehr eine Nebenrolle, wenngleich sie nicht ganz daraus verbannt ist«

U.a.: »gemeine Hure«; »daß sie Männer die ganze Nacht bis 5 Uhr Morgens beherbergt«; »weiß sie eben durch ihre Intrigen, die Männer in gefährliche Verwicklungen zu stürzen«

Verkehrt nicht mehr mit Buhl aufgrund von dessen Obszönitäten, aber mit den Brüdern Bauer und Dr. Loewenstein; Unsittlichkeiten lassen sich nicht berichten. »Ihre Emancipationswuth scheint sich, bei dem wenigen Anklang den sie gefunden hat, bedeutend gelegt zu haben«. Ihr im Druck befindlicher Gedichtband bezeuge, »daß sie einer totalen Verwirrung aber nicht mehr fern zu sein scheint. In der sogenannten Communisten-Kneipe von Hippel verkehrt sie nicht mehr, dagegen ist dort noch die Frau des Dr. Schmidt (Max Stirner) in Gesellschaft einer Engländerin und vieler Literaten, häufig bis Nachts 2 Uhr bei Zechgelagen anzutreffen.«

Bericht sieht angeblich unsittliches Verhalten Astons als nicht drastisch an

14-15	Berlin, 11. Febr 1846	Anonymes Denunziationsschreiben an König Friedrich Wilhelm IV.	
16		Briefumschlag	
17-18	Berlin, 16. Febr 1846	Louise Aston	PP
19	Berlin, 5. Febr 1846	PP	PP
20-21	Berlin, 5. März 1846	Polizeiprotokoll mit Unterschrift Astons	
22	Berlin, 16. März 1846	PP	Louise Aston
23	Berlin, 21. März 1846	PP	PP
24	Berlin, 23. März 1846	MdI	MdI
25	Berlin, 24. März 1846	PP	PP
26-27	Berlin, 8. März 1846	PP (Lüdemann)	König Friedrich Wilhelm IV.
28	Berlin, 9. März 1846	PP	PP
29	Berlin, 24. April 1846	MdI	PP
30	Berlin, 28. April 1846	Louise Aston	PP
31	Berlin, 8. April 1846	Königlich-Preußisches Hof-Post-Amt: Eingangsbestätigung Briefpost an König	
32-33	Berlin, 8. April 1846	Louise Aston	König Friedrich Wilhelm IV.
34	Berlin, 10. Mai 1846	Archivierungsnotiz	
35	Berlin, 15. Mai 1846	Polizeiprotokoll mit Unterschrift Astons	
36	Berlin, 15. Mai 1846	Louise Aston	PP
37	Berlin, 22. Mai 1846	PP	
38	Burg, Juni 1846	Samuel Aston (geschiedener Ehemann Louise Astons)	PP
39	Burg, 16. Juni 1846 (Abschrift)	Königliches Land- und Stadtgericht Burg	PP
40	Burg, 12. Mai 1846	Polizeiprotokoll mit Unterschrift Samuel Astons	
41	Berlin, ca. Okt 1846	PP	Amt Mühlenhof [bei Berlin]
42	Berlin, 11. Jan 1847	PP	PP

»hat sie ein Heer von Männer nach sich gezogen die leider alle den höhern u. gebildeten Ständen angehören. Ganze Nächte hat sie unter dem Zusammenschmieden schändlicher Complotte gegen des Königs Leben Religion u. Staatsverfassung mit diesen Männern zugebracht, u. nur durch ihre buhlerischen Künste hat sie die Männer an sich gelockt u. das Complot vergrößert. [...] Diese Creatur ist der Pollizei mehrfach angezeigt worden, u. man hat darum gebeten sie aus Berlin zu verweisen, demohnerachtet bleibt dies Geschöpf ungeferdet und thut was sie will, sie läßt bei sich absteigen u. besucht Herren in deren Wohnung. Muß dies Geschöpf in unserer Residenz bleiben des Königs Majestät Leben wird bedroht!!!«

Gesuch um Verlängerung der Aufenthaltskarte für Berlin; weist Anschuldigungen über ihren Lebenswandel zurück

Aufenthaltserlaubnis für Aston soll nicht verlängert werden

Zweck ihres Hierseins und ihres Umgangs (Bildungszwecke); könne nicht nach Paris, dazu fehlten ihr die Mittel; »Ich glaube nicht an Gott u. rauche Cigarren«

Keine Erlaubnis zur Niederlassung in Berlin aufgrund möglicher Störung der öffentlichen Ruhe

Aston sei über ihre Ausweisung informiert worden

Eingangsbestätigung eines Briefs per Stadtpost

Niederlassungsgesuch Astons wurde abgelehnt, sie soll angeblich beim MdI intervenieren

»frivole u. gegen die bestehende Ordnung gerichtete Ansichten«; habe »Politik u. Religion zum Gegenstand der öffentlichen Unterhaltung gemacht«; »Sie glaube nicht an Gott u. rauche Cigarren«; »Sie halte die Ehe für ein unsittliches Institut«

Akte über Aston ans MdI übersandt

Bestätigt Niederlassungsverbot für Aston

Bittet um Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis bis zum Entscheid ihres Gesuchs an den König

Weist Vorwürfe unsittlichen Lebenswandels zurück; bittet um Rücknahme des Niederlassungsverbots

Information über Ablehnung ihres Gesuchs an den König (vgl. Bl. 30 u. 32f.)

Bitte um Reisepass über Hamburg nach Paris

Entwurf Führungszeugnis für Aston

Ist bereit, auf Veranlassung des PP seine und Louise Astons Tochter zu sich zu nehmen

Bitte um Erlaubnis, dass Aston seine Tochter bei seiner geschiedenen Frau abholt

Er halte sich verpflichtet, die Erziehung der Tochter Jenny zu übernehmen

Königliches Land- und Stadtgericht Burg soll prüfen, ob Aston berechtigt sei, ihre Tochter weiterhin zu erziehen

Aston wohne bei Koepenick, halte sich mit ihrer Tochter seit 14 Tagen wieder in Berlin zu medizinischen Behandlungen auf

42-43	Berlin, 19. Jan 1847	Polizeiprotokoll mit Unterschrift Astons	
44	Berlin, 31. Mai 1847	MdI	PP
45		Abschrift aus »Berlinische Nachrichten von Staats- und gelehrten Sachen« [Spenerische Zeitung], Nr. 154, 6. Juli 1847	
46	Koepenick, 25. Aug 1847	Königliches Land- und Stadtgericht Koepenick	PP
47-48	Berlin, 14. u. 18. Sept 1847	PP	PP
49	Koepenick, 19. Nov 1847	Königliches Land- und Stadtgericht Koepenick	PP
50	Berlin, 25. Nov 1847	PP	Königliches Land- und Stadtgericht Koepenick
51	Koepenick, 27. Nov 1847	Königliches Land- und Stadtgericht Koepenick	PP
52	Berlin, 1. Juli 1848	Archivierungsnotiz	
53	Berlin, 28. Juni 1848	PP	PP
54	Koepenick, 19. Juni 1848	Königliches Land- und Stadtgericht Koepenick	PP
55	Berlin, 20. Sept 1848	PP	PP
56	Berlin, 24. Nov 1848	Polizeiprotokoll	
57	Berlin, 10. Dez 1848	[unleserlich:] Ärztliches Attest	
58	Berlin, 12. Dez 1848	Louise Aston	Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken, v. Wrangel
59	Berlin, 17. Dez 1848	PP	PP
60	Berlin, 23. Dez 1848	PP	PP
61-62	Berlin, 5. März-6. April 1849	PP	PP
63	Berlin, 25. April 1849	PP	PP
64	München, 25. April 1849	Königl. Bayr. Polizei-Direction München	PP
65-66	Berlin, 18. Mai 1849	PP	Königl. Bayr. Polizei-Direction München
67	Bremen, 27. Mai 1849	Louise Aston	Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken, v. Wrangel
68-69	Berlin, 2. Juni 1849	PP (Entwurf)	Louise Aston
70	Berlin, 20. Aug 1850	PP	PP
71-75	Berlin, 20.-25. Aug 1850	PP	PP
76	Berlin, 23. Aug 1850	PP	PP

Belehrung, aus Berlin wieder auszureisen
Aston solle sich rechtswidrig wieder in Berlin aufhalten
Aston halte sich wieder in Berlin auf
Betrifft Gerichtsverhandlung um das Erziehungsrecht der Tochter Jenny, Gericht erbitet Ausweisungsakten
Aston logiere wiederholt in Berliner Hotels
Benötigt eingesandte Akten noch einige Zeit
Will umgehend Nachricht, ob und wann Aston das Erziehungsrecht für ihre Tochter entzogen wurde
Bittet um Aufschub wegen Aktenrücksendung
Aston habe aufgrund der früheren Verfügung Berlin zu verlassen
Aktenrückübersendung (vgl. Bl. 46)
»Demokratin« Aston wohnt in Berlin und verkehre mit »Republikanern«
Ausweisungsbescheid Astons nach Koepenick
Aston sei bettlägerig und könne Berlin nicht verlassen
Beschwerde über unrechtmäßige Ausweisung aus Berlin
Astons »Freischärler« wird archiviert, bestätige ihre politische Richtung
Aston heute nach Koepenick abgereist (»sie ist in politischer Hinsicht eine fanatisch gesinnte, höchst gefährliche Person, und bildet den Vereinigungspunkt der hiesigen Republikaner«)
Aston halte sich unter dem Namen Lucie Meyer in Berlin auf
Nachfragen wegen öffentlicher Gerüchte über Aston
Öffentlichen Blättern zufolge wolle Aston sich nach Zürich begeben, könnte durch München reisen, bittet um Gründe für Ausweisung aus Berlin
Hauptgrund für die Ausweisung Astons aus Berlin: Sie habe »Politik und Religion zum Gegenstande der öffentlichen Unterhaltung gemacht. Vorzugsweise will sie die Emancipation der Frauen bewirken«
Relativ vertrauliches Schreiben, bittet kurzzeitig nach Berlin reisen zu dürfen, um einen Auslandspass zu erhalten, um erneut und diesmal erfolgreich und offiziell nach Zürich ausreisen zu dürfen
Erhält keine Aufenthaltserlaubnis in Berlin, denn Pässe werden nur von Heimatbehörden ausgestellt, und sie habe kein Heimatrecht in Berlin
Aston ohne Pass in Meinhardt's Hotel
Modalitäten der kurzzeitigen Aufenthaltsgenehmigung Astons in Berlin
Observationsbericht über Aston: Zigarrenkauf

77	Berlin, 24. Aug 1850	PP	PP
78	Berlin, 25. Aug 1850	PP	PP
79	Berlin, 26. Aug 1850	PP	PP
80	Berlin, 27. Aug 1850	PP	PP
81-82	Berlin, 28. Aug 1850	PP	PP
83	Bremen, 25. Nov 1850	Polizei-Direction der freien Hansestadt Bremen	PP
84	Berlin, 3. u. 13. Dez 1850	PP (Entwurf)	Polizei-Direction der freien Hansestadt Bremen

Observationsbericht über Aston [keine ›verdächtigen‹ Aktivitäten]
Aston nach Paris abgereist
Aston wolle sich mit einem Bremer Bürger verheiraten; da sie ggf. das Bremer Bürgerrecht erhalten werde, erbitte man Auskunft über sie
Der ›Entwurf‹ enthält ein ausführliches politisches Charakterbild, indem er bisherige Denunziationen repliziert. Von vorgesetzter Seite durchgestrichen und ersetzt durch den Satz: »Sie hat hier die Aufmerksamkeit vor einigen Jahren dadurch auf sich gezogen, daß sie sich einigen Literaten anschloß, deren politisches Verhalten den Grundsätzen der diesseitigen Verwaltung nicht entsprach«

(Die weitere Akte umfasst die Jahre 1851–1867)

Bruno Bauer

[Bruno Bauer]: Ministerialakte (1841, 6 Bl., »Acta betr. das Debitsverbot gegen die [...] unter dem Titel ›Die Posaune des jüngsten Gerichts über Hegel [...]‹ erschienene Schrift«). GStA PK, I. HA, Rep. 101, Oberzensurkollegium und Oberzensurgericht, E Lit. P, Nr. 38

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1	Berlin, 21. Nov 1841	MdI v. Rochow	Ober-Censur-Collegium
2-4	Berlin, 3. Dez 1841	Ober-Censur-Collegium	MdI v. Rochow
5	Berlin, 15. Dez 1841	MdI v. Rochow; MdK Eichhorn; MdA v. Maltzahn	Sämtliche preußische Ober-Präsidenten
6		Briefumschlag	

Bruno Bauer: Ministerialakte (1841/42, 561 S., »Acta betreffend: den Literaten und Privatdocenten Bruno Bauer zu Bonn«). GStA PK, I. HA, Rep. 76, MdK, Vf Lit. B, Nr. 35

S.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
334-335	Berlin, 13. Febr 1842	MdK Eichhorn	Regierungsbevollmächtigter v. Rehfuß in Bonn
337-338	Berlin, 25. Febr 1842	Briefentwurf Eilfers für MdK Eichhorn (Urfassung des späteren Schreibens vom 20. März 1842, noch in schärferem Ton, vgl. S. 391ff.)	Regierungsbevollmächtigter v. Rehfuß in Bonn
391-393	Berlin, 20. März 1842	MdK Eichhorn (leicht entschärfte Version der Urfassung vom 25. März 1842, vgl. S. 337f.)	Regierungsbevollmächtigter v. Rehfuß in Bonn
396-397	Berlin, 20. März 1842	MdK Eichhorn	Regierungsbevollmächtigter v. Rehfuß in Bonn

Inhalt

Schrift soll B. Bauer zum Verfasser haben, beantragt Verbot

Übersendet Verbotsbeschluss

Mitteilung des Verbotsbeschlusses (»wegen ihrer plumpen Verspottung des christlichen Glaubens« und ihrer »Profanation der heiligen Schrift«)

Inhalt

Aufgrund des laufenden Verfahrens gegen Bauer ist eine Anzeige seiner Vorlesungen im Vorlesungsverzeichnis der Universität Bonn zu unterbinden

Bauer sei über seine Entlassung als Privatdozent zu informieren, gleichfalls die Evangelisch-Theologische Fakultät, die die nötigen Schritte zu veranlassen habe; Grund: würde in seiner Schrift »Kritik der evangelischen Geschichte der Synoptiker« das »Wesen der christlichen Wahrheit und somit auch die Überzeugung, welche den innern Bestand der christlichen Kirche bildet, in ihrer Grundlage angreifen«

Bauer sei über seine Entlassung als Privatdozent zu informieren, gleichfalls die Evangelisch-Theologische Fakultät, die die nötigen Schritte zu veranlassen habe; Grund: weil in seiner Schrift »Kritik der evangelischen Geschichte der Synoptiker« das »Wesen der christlichen Wahrheit und somit auch die Überzeugung, welche den innern Bestand der christlichen Kirche bildet, in ihrer Grundlage angegriffen würden«

Bestätigt Empfang des Vernehmungsprotokolls Bauers bezüglich der Welcker-Serenade (vgl. S. 468ff.). Nimmt Bauers »Sympathie mit einer politischen Parteirichtung« zur Kenntnis; da Bauer aus anderen Gründen seine Lehrberechtigung entzogen worden sei, »will ich diese Sache auf sich beruhen lassen«

404-406	Bonn, 23. März 1842	Bruno Bauer	MdK
420-421, 424	Berlin, 17. Mai 1842	Bruno Bauer	MdK
468	Bonn, 10. Dez 1841	Regierungsbevollmächtigter v. Rehfuß	MdK Eichhorn
469-475	Bonn, 9. Dez 1841	Universitätsrichter v. Salomon: Vernehmungsprotokoll Bruno Bauers betreffs der Welcker-Serenade	

Bruno Bauer: Polizeiakte (1843, 127 Bl., »Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffend die Gesuche und Concessions-Ertheilungen zur Herausgabe von Tagblättern, so wie periodischen und Zeitschriften«). LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 20312 (Altsign.: Tit. 165, No. 32, Vol. VI)

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
42	Berlin, 17. Sept 1843	PP	PP
43-44	Berlin, 27. Sept 1843	PP v. Puttkamer	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding

Habe mit außerordentlichem Erstaunen bemerkt, dass seine Vorlesungsankündigungen nicht in den Vorlesungskatalog der Universität Bonn aufgenommen wurden. Bittet um Mitteilung von Gründen für die Suspension

Bittet um Mitteilung der Fakultätsgutachten bezüglich seiner Entlassung. Droht damit, dass er durch seine Entlassung zur »Brotchriftstellerei« gezwungen würde und damit an die Stelle abwägender Theorie »eine populäre, turbulente Literatur« treten würde

Übersendet Vernehmungsprotokoll Bauers vom 9. Dez 1841 bezüglich der Welcker-Serenade (vgl. S. 469ff.)

Wurde am Vormittag des 28. Sept 1841 von Oberlehrer Köppen von der geplante Serenade benachrichtigt, habe sich zum angegebenen Treffpunkt Lese-Cabinet begeben und dort den erforderlichen Taler gezahlt. Habe an der Serenade und am anschließenden Abendessen im Weinhaus Wallburg teilgenommen. Habe dort einen Toast auf Hegel ausgebracht, welcher in seinen Auffassungen vom Staate die der süddeutschen Liberalen an Kühnheit, Liberalität und Entschlossenheit weit übertreffe. Habe nie mit Welcker in brieflichem Kontakt gestanden

(Die weitere Akte umfasst theologische und administrative Debatten um Bauers Entlassung)

Inhalt

B. Bauers »moralische Führung« sei nicht zu beanstanden; er sei jedoch »von dem polit. litter. Treiben der jetzigen Zeit nicht fern«; empfiehlt Ablehnung von Bauers Gesuch auf Herausgabe einer Literatur-Zeitung

Schildert kurz Lebenslauf B. Bauers und listet seine Veröffentlichungen auf; Bauer sei zwar »zur Herausgabe einer Literatur-Zeitung vollständig qualifiziert«, jedoch sei zu befürchten, dass das Blatt, seinen bisherigen Schriften zufolge, »vielfachen Anstoß« erregen werde; empfiehlt Ablehnung des Gesuchs von Bauer

Bruno Bauer: Ministerialakte (1843/44, 139 Bl., »Acta des Staats-Anwalts beim Königlichen Ober-Censur-Gericht betreffend die Debits-Verbote von Schriften«). GStA PK, I. HA, Rep. 101 H, Oberzensurkollegium und Oberzensurgericht, Nr. 7, Bd. 1

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
2	Potsdam, 28. Sept 1843	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht Sulzer
3-6	Berlin, 25. Sept 1843	PP v. Puttkamer	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
7	Berlin, 16. Nov 1843	PP Berlin	Ober-Censur-Gericht
8	Berlin, 12. Dez 1843	Ober-Censur-Gericht	Egbert Bauer
9-12	Berlin, 9. Dez 1843	Anklageschrift des Staatsanwalts am Ober-Censur-Gericht Sulzer	
13	Berlin, 12. Nov 1843	Ober-Censur-Gericht	PP
14	Berlin, 3. Nov 1843	Bruno Bauer	PP
15	Berlin, 4. Okt 1843	MdI. II. Abtheilung	Ober-Censur-Gericht
16-38	Berlin, [wohl vor 4. Okt 1843]	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht Sulzer	PP
39-48	Berlin, 7. Okt 1843	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht Sulzer	MdI v. Arnim-Boitzenburg
49-51	Berlin, 2. Febr 1844	Ober-Censur-Gericht	Staatsanwalt v. Lüderitz
51a	Charlottenburg, 9. März 1844	Egbert Bauer	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht

Inhalt
Pflichtet vorläufigem Debitsverbot von B. Bauers »Geschichte der Politik, Cultur und Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts« bei (sowohl wegen der Tendenz der Schrift als auch, weil der Name des Verfassers zu einer besonders großen Verbreitung derselben Anlass geben muss »und sie für das Gemeinwohl um desto schädlicher machen würde«). Definitives Debitsverbot soll beim Ober-Censur-Gericht beantragt werden
Habe vorläufiges Debitsverbot von B. Bauers »Geschichte der Politik, Cultur und Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts« erlassen; wäre verwandt mit E. Bauers »Streit der Kritik mit Kirche und Staat«, wäre »für das gemeine Wohl gefährlich«; weist auf Kompetenzkonflikt zwischen Ober-Präsidium der Provinz Brandenburg und PP Berlin betreffs der Behandlung des Verlags von Egbert Bauer in Charlottenburg hin
Übersendet 12 Exemplare von B. Bauers »Geschichte der Politik, Cultur und Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts« (vgl. Bl. 13)
Sendet ihm Klageschrift gegen B. Bauers »Geschichte der Politik, Cultur und Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts« zu (vgl. Bl. 9ff.); er habe vier Wochen Zeit für eine Verteidigungsschrift
Anklage gegen B. Bauers »Geschichte der Politik, Cultur und Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts«: »Nicht aber die Kirche allein und die Theologie ist es, welche der Verfasser zerstörend angreift, sondern gegen die Religion überhaupt, gegen das Christenthum, gegen dessen Göttlichkeit, gegen den christlichen Glauben [...] kämpft er mit wegwerfendem Spotte an«
Bittet um Übersendung von 12 Exemplaren von B. Bauers »Geschichte der Politik, Cultur und Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts« (vgl. Bl. 7)
Bezieht sich auf vorläufige Beschlagnahme seiner Schrift »Geschichte der Politik, Cultur und Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts«; bittet um Nachrichten über Stand des Verfahrens
Auch wenn Verbotsbeschluss gegen B. Bauers »Geschichte der Politik, Cultur und Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts« nicht durchgesetzt werden könne, bestehe das PP auf »Vernichtung« von einzelnen Stellen und Abschnitten
Zensurgutachten über B. Bauers »Geschichte der Politik, Cultur und Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts«. Verbot der ganzen Schrift könne fraglich erscheinen
Bevor er Klage gegen B. Bauers »Geschichte der Politik, Cultur und Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts« bei Ober-Censur-Gericht einreicht, will er Bedenken mitteilen. Verbot der ganzen Schrift könne fraglich erscheinen
Übersendet Rechtsspruch betreffend B. Bauers »Geschichte der Politik, Cultur und Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts«: Debitsverbot für ganze Schrift wird nicht erteilt, besteht aber auf »Unterdrückung einzelner, speciell herausgehobener Stellen«, die »namentlich in religiöser Beziehung« eine »gemeingefährliche Tendenz zeigen«
Ober-Censur-Gericht habe vorläufiges Debitsverbot von B. Bauers »Geschichte der Politik, Cultur und Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts« vorbehaltlich der Änderung weniger Stellen aufgehoben (vgl. Bl. 49ff.); bittet, dass Rechtsspruch dem PP Berlin übermittelt werde, da es den Vertrieb des Buchs nach wie vor verweigere

(Die weitere Akte umfasst andere Zensurvorgänge)

Bruno Bauer: Ministerialakte (1843/44, 23 Bl., »Acta betreffend: die von dem früheren Licentiaten Bruno Bauer herausgegebene ›Allgemeine Literatur-Zeitung.« sowie ähnliche Zeitschriften für die Literatur des In- und Auslands«). GStA PK, I. HA, Rep. 76, MdK, Vc Sekt. 2 Tit. 23 Lit. A, Nr. 43

Bl.	Ort, Datum	Vorgang
1-10	Berlin, 1843/44	Archivierungsnotizen

Bruno Bauer: Polizeiakte (1841–1849, 43 Bl., »Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffs Dr. phil. Bruno Bauer aus Eisenberg«). LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 8871 (Altsign.: Tit. 94, Lit. B, No. 270)

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1	Berlin, 23. Okt 1841	PP	PP
2	Berlin, ca. Okt 1841		
3	Berlin, 3. Nov 1841	PP	PP
4	Berlin, 5. Nov 1841	PP	PP v. Puttkamer
5	Berlin, 5. Nov 1841	PP v. Puttkamer	MdI v. Rochow
6	Berlin, 10. Nov 1841	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer
7	Berlin, 16. Nov 1841	PP	MdI v. Rochow
8	Berlin, 8. Dez 1841	PP	PP
9	Berlin, 27. Nov 1842	PP	PP
10	Berlin, 29. Nov 1842	Bruno Bauer	PP
11	Berlin, 2. Dez 1842	PP	PP
12-13	Berlin, 4. Dez 1842	PP	MdI v. Arnim-Boitzenburg
14	Berlin, 14. Jan 1843	Bruno Bauer	PP
14. u. 18	Berlin, 20. Jan 1843	PP	PP
15	Berlin, 13. Jan 1843	Reisepass Bruno Bauers nach Altenburg	
16	Berlin, 22. Jan 1842	Aufenthaltskarte für Bauer in Berlin	
17	Berlin, 19. Jan 1843	PP	Bruno Bauer
19	Berlin, 25. Jan 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	PP v. Puttkamer

Inhalt

Über einzelne Hefte der »Allgemeinen Literatur-Zeitung«

(Die weitere Akte umfasst die Jahre 1881/82)

Inhalt

Polizeiliche Notiz, betreffend Bauers Teilnahme an der Serenade für Welcker und seine »aus-schweifenden politischen Ansichten«: »Seine politischen Meinungen sollen parallel laufen mit seinen religiösen Ansichten«

Tabellarische Auflistung der Wohnadressen Bauers von Mai 1836-Okt 1839 in Berlin

Polizeiliche Notiz, Bauer habe an Welcker-Serenade teilgenommen; »intimster Freund des Ru-tenberg«

Bauer sei vorgestern über Leipzig nach Bonn abgereist

Bauer habe an Welcker-Serenade teilgenommen, sei vorgestern über Leipzig nach Bonn abgereist

Erbittet weitere Berichte über Bauers Teilnahme an »Abendmusik« für Welcker

Angeforderter Bericht (vgl. Bl. 6) sei am 5. d.M. bereits abgesandt worden

Bauer wolle wieder nach Berlin zurückkehren

Bauer ist in Berlin angekommen, wohnt seit 18. Nov Neustädter Kirchstr. 2

Erbittet Informationen, ob er eine Aufenthaltserlaubnis benötige

Äußert Bedenken wegen der Niederlassung Bauers in Berlin

Aufgrund der Beteiligung an der Welcker-Serenade sollte ihm Niederlassungsrecht in Berlin nicht gewährt werden

Bitte um Reisepass nach Altenburg

Reisepass sei Bauer zu gewähren, aber nicht Niederlassungsrecht in Berlin

Vorladung zur Reisepasserteilung 20. Jan 1843

König habe am 16. Jan beschlossen, dass Bauer »der Aufenthalt in hiesiger Residenz ›still-schweigend« gestattet werde«

20	Berlin, 31. Jan 1843	PP	PP
21	Berlin, 26. Sept 1843	PP	PP
22	Berlin, ca. Okt 1843		
23-24	Berlin, ca. Jan 1849	Stenographischer Bericht über die von den Herren Dr. Zunz und Bruno Bauer im 4. Größeren Wahlbezirk von Berlin gehaltenen Reden	

Bruno Bauer u.a.: Ministerialakte (1841–1844, 418 Bl., »Acta betr: Den Privat-Docenten Lizentiaten Dr. Bruno Bauer, aus Charlottenburg bei Berlin, und den Bruder, den Buchhändler Egbert Bauer daselbst, wegen politisch verdächtigen Treibens«). GStA PK, I. HA, Rep. 77, MdI, Tit. 6 Spec. Lit. B, Nr. 180, Bd. 1

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1-2	Berlin, 8. Okt 1841	MdI v. Rochow	König Friedrich Wilhelm IV.
3	14. Okt 1841	König Friedrich Wilhelm IV.	MdI v. Rochow
4	Berlin, 21. Okt 1841	MdI v. Rochow	MdK Eichhorn
5	Berlin, 28. Okt 1841	PP v. Puttkamer	PP
6	Berlin, 31. Okt 1841 (Auszug)	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer

Auf heutige Anfrage Bauers wurde ihm Niederlassungsrecht gewährt
Bauer wohnt Neustädtische Kirchstr. 1
Tabellarische Auflistung der Wohnadressen Bauers von Mai 1836-Okt 1843 in Berlin
4seitige »Flugschrift No. 3« zur Wahl der Zweiten Kammer am 22. Jan 1849; Bauer strikt gegen staatliche Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen (»Staatsarbeiten des Despotismus«)

(Die weitere Akte umfasst die Jahre 1855–1882)

Inhalt
Bericht über die Serenade für Welcker [28. Sept 1841]; Teilnehmer: »Doctoren der Philosophie Rutenberg, Mügge, Zabel, Bauer und Riedel, der ehemalige Schauspieler und jetzige Literat L. Eichler, der Buchhändler Cornelius hierselbst und der Ober-Gerichts-Referendarius Flottwell aus Königsberg«; mit Ausnahme des Letzteren sind alle als »Anhänger der Junghegelschen Schule« bekannt; einige von ihnen hätten an den »Hallischen, jetzt deutschen Jahrbüchern« mitgewirkt; sind Autoren von die öffentliche Meinung irreführenden Artikeln in auswärtigen Zeitungen (»Leipziger Allgemeine Zeitung«, »Hamburgischer Correspondent«, »Hamburger Neue Zeitung«); Rutenberg wirkte als Initiator; biographische Details zu den einzelnen Personen; B. Bauer: »Schüler und Nachfolger von D. F. Strauß, »in seiner alles auflösenden Kritik noch über denselben hinaus«; »Außer den Theilnehmern versammelte sich dort das gewöhnliche Straßenpublikum in bedeutender Menge, ohne auch nur eine Ahnung davon zu haben, wem die Serenade gelte«; anschließend gingen alle in die Krause-Wallburgsche Weinhandlung Poststr. 28, wo weitere Personen hinzukamen (u.a. Buchhändler Veit und Lehfeldt und Mitarbeiter der »Allgemeinen Preußischen Staats-Zeitung« Wenzel); all das hätte kaum Aufsehen erregt, wenn nicht »die Theilnehmer die hauptsächlichsten Correspondenten der gelesenen Zeitungen wären«
Stimmt ihm bei, dass Beteiligte aufgrund der Genehmigung der Serenade nicht zur gerichtlichen oder polizeilichen Verantwortung gezogen werden können. Weist an, die Teilnehmer mit zeitweiligem Wohnsitz in Berlin aus der Stadt »fortzuschaffen«, die anderen »einer scharfen polizeilichen Aufsicht zu unterwerfen«. Weist an, dass B. Bauer »nicht wieder in sein Verhältniß als Privatdocent in Bonn zurückkehrt«
Informiert ihn vom Entscheid des Königs vom 14. Okt 1841, dass Bauer nicht wieder in seine Stellung als Privatdozent nach Bonn zurückkehren solle
B. Bauer ist strenger polizeilicher Beobachtung zu unterziehen
»diesen Personen eröffnen, daß ihr ausschweifender, zügelloser Lebenswandel und ihre derangirten Verhältnisse, insbesondere aber ihre exaltirten Raisonsnements, die polizeiliche Aufmerksamkeit erregt hätten«

7	Berlin, 5. Nov 1841	PP v. Puttkamer	MdI v. Rochow
8	Berlin, 22. Nov 1841	MdI v. Rochow	MdK Eichhorn
9-10	Berlin, 1. Dez 1841	MdI v. Rochow	König Friedrich Wilhelm IV.
11-15		Leerblätter	
16-17		»Preußische Allgemeine Staats-Zeitung«, Nr. 96, 7. April 1842, S. 405	
18	Berlin, 14. Nov 1842	MdI	PP
19-20	Berlin, 17. Nov 1842	MdI	MdI
21-22	Berlin, 19. Nov 1842	Ober-Censur-Collegium	MdK; MdI; MdA
23-24	Berlin, 19. Nov 1842	MdI v. Rochow	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding; MdA v. Bülow; Ober-Censur-Collegium
25	Berlin, 20. Nov 1842	MdI	MdI
26	Berlin, 19. Nov 1842	MdI	Cirkularschreiben
27-35			
36-37	Berlin, 4. Dez 1842	PP v. Puttkamer	MdI v. Arnim-Boitzenburg
38-41	Berlin, 22. Dez 1842	MdI v. Arnim-Boitzenburg	König Friedrich Wilhelm IV.
42	Berlin, 10. Jan 1843	MdK Eichhorn; MdA v. Bülow; MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
43	Berlin, 12. Jan 1843	MdI	MdI
44-45	Berlin, 25. Jan 1843	MdI	MdI
46-47	Berlin, 16. Jan 1843	König Friedrich Wilhelm IV.	MdI v. Arnim-Boitzenburg
48	Berlin, 25. Jan 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	PP v. Puttkamer
49-51	Leerblätter		
52-53	Berlin, 28. Jan 1843	PP v. Puttkamer	MdI v. Arnim-Boitzenburg
54-56	Berlin, 15. Febr 1843	MdI	MdI
57-58	Berlin, 11. März 1843	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdK Eichhorn; MdA v. Bülow; MdI v. Arnim-Boitzenburg

B. Bauer habe nicht nur an der Serenade, sondern auch am anschließenden Diner teilgenommen und soll dort »Reden gehalten haben«; ist am 3. Nov 1841 nach Bonn abgereist

Sendet ihm Bericht des PP v. Puttkamer mit Namen der Teilnehmer der Serenade. erinnert an die Weisung des Königs vom 14. Okt, Bauer als Privatdozent zu entlassen

MdK Eichhorn wurde benachrichtigt, die vom König angeordnete Entlassung Bauers »in Vollzug zu setzen«

Bericht der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn: Aufgrund vorliegender Fachgutachten wurde Bauer die licentia docendi entzogen

Zensurverbot für E. Bauers »Bruno Bauer und seine Gegner« soll geprüft werden

E. Bauers »Bruno Bauer und seine Gegner« ist Freiherrn v. Eichendorff zur Begutachtung gesandt, mit dem Bemerken, dass MdK Eichhorn ein Gutachten wünsche, dass das Ober-Censur-Collegium von einem Verbot überzeugt

Beschlagnahme des Buchs »Bruno Bauer und seine Gegner« sei verfügt worden

Beschlagnahme des Buchs »Bruno Bauer und seine Gegner« sei verfügt worden

Betrifft Unterschriftenverfahren im Ministerium

Betrifft Vertriebsverbot von E. Bauers »Bruno Bauer und seine Gegner«

Zahlreiche Schreiben betreffend das Verbot von E. Bauers genannter Schrift in verschiedenen preußischen Provinzen

B. Bauer ist seit 14 Tagen wieder in Berlin. Erbittet Nachricht, ob ihm Niederlassungsrecht erteilt werden kann oder nicht

Vorschlag, B. Bauer in Residenz »stillschweigend« zu dulden

Bekräftigen Verbot der Schrift E. Bauers »Bruno Bauer und seine Gegner«

Missfallen des Königs über Unstimmigkeiten zwischen Ministerien und Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg

»Hamburger Neue Zeitung« berichtet über Zensurverbot von E. Bauers »Der Liberalismus in Ostpreußen«; Wahrheitsgehalt solle geprüft werden

Kabinettsordre: B. Bauers Aufenthalt in Berlin soll stillschweigend geduldet werden

Informiert über Königliche Kabinettsordre (vgl. Bl. 46f.)

Antwort auf Anfrage vom 25. Jan 1843 (vgl. Bl. 44f.): Angaben beruhen auf Unwahrheit

Betrifft Registraturverfahren

Hat E. Bauers »Bruno Bauer und seine Gegner« beschlagnahmen lassen

59	Berlin, 11. März 1843	MdI	MdI
60-63	Berlin, 10. März 1843	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdK Eichhorn; MdA v. Bülow; MdI v. Arnim-Boitzenburg
64	Berlin, 12. Jan 1843	Staatsminister v. Thile	MdK Eichhorn; MdA v. Bülow; MdI v. Arnim-Boitzenburg
65	Berlin, 21. Dez 1842	Staatsminister v. Thile	MdK Eichhorn; MdA v. Bülow; MdI v. Arnim-Boitzenburg
66-69	Berlin, 4. März 1843	Zensor v. Lauer-Münchhofen	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
70-71		Leerblätter	
72-77	Berlin, 24. März 1843	MdK Eichhorn; MdA v. Bülow; MdI v. Arnim-Boitzenburg	König Friedrich Wilhelm IV.
78-79		Verlagsprogramm Egbert Bauer, Juni 1843	
80-82	Berlin, 17. Juli 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
83-85	Potsdam, 12. Juli 1843	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI v. Arnim-Boitzenburg

Mitzeichnungsnotiz

Bezieht sich auf den Unwillen des Königs und dessen Forderung, den betreffenden Zensor zur Verantwortung zu ziehen. Referiert in dem Zusammenhang den Rechtfertigungsbericht des Zensors v. Lauer-Münchhofen (betreffend E. Bauers »Bruno Bauer und seine Gegner«): E. Bauers Arbeit beziehe sich auf offiziell erschienene Schriften B. Bauers (»wenn auch in einem leidenschaftlichen und verletzenden Tone«). Dennoch sei zu berücksichtigen, »daß es unter Literaten herkömmlich sei, sich in ihren kritischen Streitigkeiten der Ironie [...] zu bedienen«. Der Absender räumt aber auch eine »feindselige Tendenz gegen das Bestehende in Kirche und Staat« ein. Dennoch wendet er sich gegen die vom König verfügte »Entfernung« v. Lauer-Münchhofens aus dem Zensorenamt. Bittet, Entscheidung überdenken zu lassen.

Bezieht sich auf sein Schreiben vom 21. Dez 1842 (vgl. Bl. 65) und erwartet nochmals Vollzugsbericht

Übersendet im Auftrag des Königs E. Bauers Schrift »Bruno Bauer und seine Gegner«. Berichtet vom Missfallen des Königs, »daß eine Schrift, welche, wie die vorliegende in feindseliger Richtung gegen das Bestehende die für Kirche und Staat gefährlichsten Grundsätze verbreitet«. Zensor sei sofort aus dem Zensorenamt zu entlassen. Erwartet Vollzugsbericht

E. Bauers Schrift »Bruno Bauer und seine Gegner« ziehe nur das Fazit der ohnehin mit offizieller Druckerlaubnis vorliegenden Auslassungen seines Bruders: »Das größere Publikum hat von diesen eine Kenntniß der theologisch-philosophischen Bestrebungen der neuesten Zeit, die Hegelsche und Jung-Hegelsche Theosophie voraussetzenden Streitigkeiten nicht das geringste Interesse genommen«. Die Schrift zeichne sich »durch Heftigkeit und leidenschaftliche Konsequenzen-Macherei aus«. Das mag aber »in Fällen solcher Art [...] erwünscht sein, indem es dadurch gerade zu Tage gebracht wird, was die Partheien eigentlich wollen«

Sofort nach Schreiben des Königs vom 21. Dez 1842 ist E. Bauers Schrift »Bruno Bauer und seine Gegner« in preußischen Staaten beschlagnahmt worden. Zensor habe seinen Rechenschaftsbericht erst nach mehrfachen Mahnungen abgegeben. Seine »angeführten Entschuldigungsgründe vermögen sein Verfahren nicht zu rechtfertigen«. Es handle sich nicht um die in Bauers Schrift vorhandene Heftigkeit und Leidenschaftlichkeit, sondern »hauptsächlich um die gehässige Anfeindung des Bestehenden in Kirche und Staat«. Vorgehen belege »Unfähigkeit zu dem Amte eines Censors«. Um öffentliches Aufsehen zu vermeiden, sei aber nicht ratsam, ihn sofort aus dem Amt zu entfernen, sondern bei einer routinemäßig scheinenden Umbesetzung. Zensor wird allerdings für sein Vorgehen gerügt werden

Enthält u.a.: Arthur Müller: »Ueber die Gemälde Gallerie des Berliner Museums« (»über 20 Bogen«)

Habe aus öffentlichen Ankündigungen erfahren, dass Egbert Bauer, Bruder des bekannten B. Bauer, eine Verlagsbuchhandlung gegründet habe. Konzession könne nun nicht mehr entzogen werden: »Indeßen wollen Ex. pp. gefälligst dafür sorgen, daß dem Unternehmen in unauffälliger Weise die erforderliche polizeiliche Aufmerksamkeit geschenkt wird«

Tabakhändler und Leihbibliothekar Egbert Bauer habe am 22. Mai 1843 Konzession zu einer Buchhandlung erhalten, habe die erforderlichen Finanzmittel und Erfahrung vorweisen können. Es werde geprüft, ob die Entscheidung rückgängig gemacht werden könne

86-87	Berlin, 27. Juli 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
88-89	Potsdam, 16. Juli 1843	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI v. Arnim-Boitzenburg
90-94	Berlin, 29. Juli 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
95a	Berlin, 29. Juli 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	PP v. Puttkamer
95b	Berlin, 6. Aug 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
96-98	Berlin, 8. Aug 1843	PP	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
99-100	Berlin, 8. Aug 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
101	Berlin, 7. Aug 1843	MdI. II. Abtheilung	MdI
102	Berlin, 7. Aug 1843	MdI	PP
103-104	Berlin, 10. Aug 1843	MdI	MdI
105-6		Leerblätter	
107	Berlin, 7. Aug 1843	PP	MdI v. Arnim-Boitzenburg
108-110	Berlin, 7. Aug 1843	PP	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
111-114		Druckexemplar von Jordan: »Zu Deutschlands tausendjährigem Geburtstage dem 6. Aug. 1843 [...]«	

Im »Literarischen Comptoir« in Zürich ist E. Bauers Buch »Die liberalen Bestrebungen in Deutschland« erschienen, das vom Standpunkt der »Republik« aus »gegen die in Deutschland geltenden Staatsformen« polemisiert. Vertrieb sei in deutschen Staaten verboten

Habe die Konzessionserteilung an Egbert Bauer geprüft (vgl. Bl. 80ff. 83ff.), formell sei nichts zu beanstanden. Habe PP in Berlin ermächtigt, ihn unter »Geheimhaltung« und »Vermeidung allen Aufsehens« zu »beobachten, um ihm, wenn sich Anhaltspunkte ergeben, sofort alle Konzession zu entziehen«

Rügt Erteilung der Verlagskonzession an Egbert Bauer; sei nämlich ein Bruder der bekannten Bruno und Edgar Bauer (»destructive Richtung ihrer eigenen literarischen Thätigkeit und ihre vielfache Verbindung mit Person von anerkannt unzuverlässiger Gesinnung«). Konzessionserteilung ist geeignet, Verbreitung »gemeingefährlicher Schriften« zu dienen

Beiliegende, bei Egbert Bauer erschienene Schrift »Zu Deutschlands tausendjährigem Geburtstage dem 6. Aug. 1843« von W. Jordan enthält eine Verspottung der vom König angeordneten Feier des Vertrags von Verdun. Solle prüfen, ob Schrift zensiert worden sei; sie sei, falls ohne Zensur erschienen, sofort zu beschlagnahmen

Abschrift von Bl. 95a

Details der Beschlagnahme von E. Bauers Schrift »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat«: »Der Verfasser erklärt sich unumwunden als Atheist, sieht in dem Sturz der Kirche und der Staaten das alleinige Ziel der Bestrebungen des freien Menschen und macht dieses zur Aufgabe der modernen Kritik. Die von ihm vorgetragenen Grundsätze sind unvereinbar mit jedem kirchlichen und jedem Staatsverbande, selbst der Republik«; »Dabei hält er sich nicht in den Schranken einer wissenschaftlichen Abhandlung, vielmehr wendet er sich an das Volk«. Der Verlagsort Charlottenburg (als nicht zu Berlin gehörig) falle im Prinzip zwar nicht in seinen Zuständigkeitsbereich. Er fühle sich aber durch das Schreiben des Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg vom 16. Juli 1843 (vgl. Bl. 88f.) zu seinem Vorgehen ermächtigt

Bittet ihn, die Ober-Präsidenten der anderen preußischen Provinzen von nötiger Beschlagnahme von E. Bauers Schrift »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« zu unterrichten. Regt an, Kriminaluntersuchung gegen den Autor einzuleiten, weil dadurch auch das Zensurverfahren umgangen werden könnte

Gutachten über E. Bauers Schrift »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat«: »offene Blasphemie«; »gegen den Schluß wird die Vernichtung des Staats und der Kommunismus gepredigt«

Beschlagnahmeanordnung für E. Bauers Schrift »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat«

Liste der preußischen Provinzen zur Information über nötige Beschlagnahme der genannten Schrift

Nachricht über Beschlagnahme der Schrift Jordans »Zu Deutschlands tausendjährigem Geburtstage dem 6. Aug. 1843«, erschienen bei Egbert Bauer (die unter Zensurerlaubnis erschienen sei)

Gutachten über Jordans Gedicht (vgl. Bl. 107): »stellt die Geschichte Deutschlands als ein Denkmal tausendjähriger Schmach, Schande und Knechtschaft dar«, es werde »die Allerhöchsten Orts angeordnete Feier der tausendjährigen Selbständigkeit Deutschlands verspottet«

115-116	Charlottenburg, 7. Aug 1843 (Abschrift)	Polizei-Amt Charlottenburg	PP
117-122	Berlin, 10. Aug 1843	MdI	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
123	Potsdam, 9. Aug 1843	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI v. Arnim-Boitzenburg
124-125	Berlin, 7. Aug 1843	PP	Ober-Präsidium der Provinz Brandenburg
126		Leerblatt	
127-128	Potsdam, 9. Aug 1843	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI v. Arnim-Boitzenburg
129-131	Berlin, 10. Aug 1843	PP	MdI v. Arnim-Boitzenburg
132-133	Berlin, 11. Aug 1843	Staatsministerium	MdI v. Arnim-Boitzenburg
134-135	Berlin, 16. Aug 1843	MdI. II. Abtheilung	PP
136-138	Berlin, 17. Aug 1843	MdI	Kammergericht
139	Potsdam, 11. Aug 1843	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI v. Arnim-Boitzenburg
140	Potsdam, 15. Aug 1843	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI v. Arnim-Boitzenburg
141-2	Berlin, 19. Aug 1843	PP	MdI
143	Berlin, 26. Aug 1843	MdI	MdI
144-145	Potsdam, 23. Aug 1843	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI v. Arnim-Boitzenburg
146-147	Berlin, 16. Aug 1843	Zensor v. Flemming	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
148-150	Berlin, 6. Sept 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
151		Leerblatt	
152-153	Potsdam, 7. Nov 1843	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI v. Arnim-Boitzenburg

Beschlagnahmte Exemplare von Jordans Schrift wurden dem Verleger zurückgegeben, da er nunmehr Druckerlaubnis nachweisen konnte. Vertrieb derselben werde ihm vorläufig verboten
Betreffend Wiederfreigabe der Schrift oder Einleitung eines Kriminalverfahrens gegen Jordan. Plädiert für Wiederfreigabe »dieses an sich unbedeutenden Gedichts«; Streit darüber würde Belangung Edgar Bauers und dessen Buch »Streit der Kritik mit Kirche und Staat« beeinträchtigen. Erwartet Entlassung des Zensors v. Flemming und entsprechenden Bericht

Bezieht sich auf Schreiben vom 6. Aug 1843 (vgl. Bl. 95b). Habe gerichtliches Verbot der Schrift beantragt. Werde Zensor von Jordans Schrift zur Rechenschaft ziehen

Vertrieb der Schrift »Zu Deutschlands tausendjährigem Geburtstage [...]« von Jordan vorläufig verboten. Erbittet Entscheidung, wie weiter verfahren wird

Bezieht sich auf Schreiben vom 8. Aug 1843 (vgl. Bl. 99f.). Habe Polizeibehörden sämtlicher Provinzen über nötige Beschlagnahme von Bauers »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« informiert. Hält Ausgang eines Kriminalverfahrens gegen Bauer für ungewiss

Weitere Details der Beschlagnahme der Schrift »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat«

Sendet »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« zurück, über dessen Inhalt dem König referiert wurde

Weil 47 Exemplare der Schrift »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« nicht beschlagnahmt werden konnten, besteht Verdacht auf Zuwiderhandlung des Autors, Verlegers und Druckers gegen Zensurbestimmungen; Staatsanwaltschaft sei einzuschalten

Bitte um Eröffnung eines Kriminalverfahrens gegen Bauer

Antwort auf Schreiben v. 10. Aug 1843 (vgl. Bl. 117ff.). Debetsverbot für Jordans Gedicht »Zu Deutschlands tausendjährigem Geburtstage dem 6. Aug. 1843« ist aufgehoben; zieht Zensor zur Rechenschaft

Sendet ursprüngliches Zensur-Gutachten zu Bauers »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« des Zensors Sulzer

Habe Anzeige beim Kammergericht gegen »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« eingereicht
Betreffend gesetzliche Unklarheiten der Königlichen Zensurbestimmung vom 24. Okt 1842 wegen der 24-Stunden-Frist der Zensurbegutachtung von Büchern nach Einreichung

Referiert Rechtfertigungsbericht des Zensors v. Flemming betreffend Zensur von Jordans »Zu Deutschlands tausendjährigem Geburtstage dem 6. Aug. 1843« (vgl. Bl. 117ff., 146f.). Hat noch keinen Ersatz für diesen Zensor gefunden

Rechtfertigt sein Zensurvorgehen (vgl. Bl. 144f.). Ging im Zustand »körperlicher und geistiger Ermüdung« an die Zensur und habe böswillige Tendenz der Schrift übersehen

Rügt scharf Vorgehen des Zensors (vgl. Bl. 146f.)

Egbert Bauer habe kürzlich nachgesucht, ein »Wochenblatt für Charlottenburg« herauszugeben, er habe das abgelehnt. Dieser habe gleichfalls nachgesucht, eine literarische Zeitschrift unter der Redaktion seines Bruders B. Bauer herauszugeben (vgl. Bl. 154). Er habe das Gesuch routinemäßig dem PP zugesandt und bitte MdI um Nachricht, falls etwas gegen das Vorhaben spreche

154	Berlin, 2. Sept 1843	Bruno Bauer	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
155-157	Berlin, 29. Sept 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
158-9		Leerblätter	
160-161	Berlin, 4. Okt 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Justizminister Mühler
162-163	Potsdam, 25. Sept 1843	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI v. Arnim-Boitzenburg
164-165	Berlin, 7. Okt 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
166-167	Berlin, 13. Okt 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	PP v. Puttkamer
168	Potsdam, 28. Sept 1843	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI v. Arnim-Boitzenburg
169-173	Berlin, 7. Okt 1843	Staatsanwalt und Zensor am Ober-Censur-Gericht Sulzer	MdI v. Arnim-Boitzenburg
174-175		Archivierungsnotiz	
176-178	Berlin, 10. Okt 1843	MdI	MdI v. Arnim-Boitzenburg
179	Berlin, 14. Okt 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Staatsanwalt und Zensor am Ober-Censur-Gericht Sulzer
180	Berlin, 14. Okt 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
181	Berlin, 14. Okt 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Staatsanwalt und Zensor am Ober-Censur-gericht Sulzer
182-211	[Berlin], o.D.	Sulzer: Staatsanwaltliches Gutachten des Ober-Censur-Gerichts über Bauers »Geschichte der Politik [...]«	
212	Berlin, 19. Nov 1843	Ober-Censur-Gericht	MdI
213-289		Druckschrift: »Bailly und die letzten Tage der Französischen Revolution. Von Edgar Bauer. Charlottenburg, 1843«	

Antrag für Herausgabe einer *allgemeinen Literatur-Zeitung*, diese diene allein »wissenschaftlichen Zwecken«

Antwort auf Schreiben vom 7. Sept 1843 (vgl. Bl. 152f.) Konzession für eine allgemeine Literatur-Zeitung sei nicht zu erteilen; »dem verderblichen Einfluß, welchen eine consequent destructive Tendenz solcher Blätter in den Händen illoyaler Besitzer« sei durch Zensur allein nicht zu wehren. E. und B. Bauer seien »in den Hauptgrundlagen ganz einig«, zielen auf den »Umsturz aller gesetzlichen, bürgerlichen und socialen Ordnung«

Habe beim Kammergericht am 30. Juni 1843 Anzeige wegen »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« erstattet. Bisher wurde keine Untersuchung eingeleitet. Bitte, die Differenzen zwischen Kriminalgericht und Kammergericht beilegen zu lassen und Untersuchung einzuleiten

Fragt, wie mit den beschlagnahmten Broschüren von E. Bauers »Bruno Bauer und seine Gegner« zu verfahren sei

Antwort auf Schreiben vom 25. Sept 1843 (vgl. Bl. 162f.). Weist mit Bezug auf gesetzliche Bestimmungen die Vernichtung der Exemplare an

In Nr. 237 der »Berlinischen Zeitung« befinde sich ein Artikel über Behandlung B. Bauers bei Beschlagnahme seiner letzten Schrift; soll Sachverhalt prüfen, damit ggf. Gegendarstellung gegeben werden kann

B. Bauer habe seine Schrift »Geschichte der Politik, Cultur und Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts« zur Zensur vorgelegt; »gefährlich für das allgemeine Wohl«; habe vorläufiges Vertriebsverbot verhängt und Schrift dem Ober-Censur-Gericht übergeben

Rät von Antrag auf Debits-Verbot beim Ober-Censur-Gericht ab; Bauers Schrift »Geschichte der Politik, Cultur und Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts« habe wissenschaftlichen und historischen Charakter, »nicht geeignet, das Vertrauen zur Regierung in dem Maaße zu erschüttern, daß dadurch das allgemeine Wohl für gefährdet erachtet werden könnte«

Trotz Vorbehalts des Zensors Sulzer (vgl. Bl. 169ff.) könne, auch wegen der Befürwortung des Ober-Präsidenten, ein Vorgehen gegen das Buch Erfolg haben

Sulzer habe trotz der Vorbehalte Antrag auf gerichtliches Verbot von B. Bauers »Geschichte der Politik [...]« zu stellen

Er lässt Antrag auf gerichtliches Verbot von B. Bauers »Geschichte der Politik [...]« stellen (vgl. Bl. 179)

Soll beim Ober-Censur-Gericht Verbotsantrag gegen B. Bauers »Geschichte der Politik [...]« stellen

»Sturz des Bestehenden in Staat und Kirche ist das Lösungswort des Verfassers«, »Religionsleugnung«, »Rechtfertigung des Atheismus«

Übersendet staatsanwaltliches Gutachten (vgl. Bl. 182ff.)

290-292	Berlin, 19. Okt 1843	Sulzer: Staatsanwaltliches Gutachten des Ober-Censur-Gerichts über E. Bauers: »Bailly und die letzten Tage der Französischen Revolution«	
293	Berlin, 16. Okt 1843	Justizminister Mühler	MdI v. Arnim-Boitzenburg
294	Berlin, 16. Okt 1843	Justizminister Mühler	Kammergericht
295-296	Berlin, 31. Okt 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Justizminister Mühler
297-298		»Aachener Zeitung«, Nr. 288, 16. Okt 1843, [S. 2]: Korrespondenz aus Berlin vom 12. Okt 1843	
299	Berlin, 15. Dez 1843	Zensor Seebode: Zensurgutachten zu »Der 20te Juni und der 10te August 1792 oder der letzte Kampf des Königshauses in Frankreich mit der Volks-Parthei von Bruno Bauer. Charlottenburg 1843 bei Egbert Bauer«	
300	Berlin, 10. Dez 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Preußen, v. Bötticher
301	[Berlin], o.D.	Zensor Seebode: Zensurgutachten über Heft I der »Allgemeinen Literatur-Zeitung«, hrsg. v. B. Bauer	
302-318		»Allgemeine Literatur-Zeitung. Monatsschrift. Herausgegeben von Bruno Bauer. Heft I«	
319	Berlin, 30. Okt 1843	Justizminister Mühler	MdI v. Arnim-Boitzenburg
320	Berlin, 23. Okt 1843	Kammergerichtsbeschluss (Abschrift, vgl. Bl. 319)	
321	Berlin, 4. Nov 1843	MdI. II. Abtheilung	Zensor Lischke
322-323	Berlin, 24. Dez 1843	Kammergericht	MdI
324-325	Potsdam, 13. Nov 1843	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI v. Arnim-Boitzenburg

»Das Unternehmen bildet also nur einen Theil der Bestrebungen der Gebrüder Bauer, ihre Theorie zur Geltung zu bringen«; aufgrund der ausgesprochen historischen Tendenz sei jedoch kein »gesetzlicher Grund vorhanden«, dagegen vorzugehen

Sendet Abschrift der Verfügung zur Einleitung eines Untersuchungsverfahrens gegen E. Bauers »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« (vgl. Bl. 294)

Mit Recht habe sich Kriminalgericht in Anklage gegen E. Bauers »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« für nicht kompetent erklärt, da er außerhalb Berlins in Charlottenburg wohne; Buch darf nun erscheinen. Dennoch: Der Verfasser »greift in seiner Schrift den Grund aller Religionen an«, »bekämpft nicht blos das monarchische Princip des Preußischen Staats, sondern erklärt alle denkbaren Staatsverfassungen für eine Verletzung der individuellen Freiheit[,] die jedes vernünftigen Grundes entbehre; und vertheidigt den Atheismus und Kommunismus in ihrer abschreckendsten Gestalt«. Dafür dürfe mit einer Gefängnis- oder Festungsstrafe von sechs Monaten bis zu zwei Jahren zu rechnen sein. Kammergericht habe die Sache dem Berliner Kriminalgericht abzunehmen und zu prüfen, ob sie dem Stadtgericht Charlottenburg zu überweisen sei Dank für Schreiben vom 16. Okt 1843 (vgl. Bl. 293). Kann sich mit der Zuweisung der Untersuchung an das Stadtgericht Charlottenburg nicht einverstanden erklären. Verlag Egbert Bauers habe zwar Sitz in Charlottenburg, der Verfasser Edgar Bauer lebe aber in Berlin

Kriminalgericht Berlin hätte keine ausreichenden Anhaltspunkte für eine Anklage betreffs E. Bauers Schrift »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« gefunden, erst auf Druck des Kammergerichts hätte es eine Untersuchung eingeleitet

Gesetzliche Kriterien für Einschreiten gegen die Schrift sind nicht erfüllt (»destructive Tendenz nicht in der Klarheit erkannt werden kann«)

Ein Artikel in Nr. 285 der »Königsberger Zeitung« erwähnt, dass B. Bauers gesetzlich verbotene Schrift »Das entdeckte Christenthum« nun in der Schweiz erscheine; diese Mitteilung sei zensurwidrig

Alle drei Rezensionen des Hefts »sämmlich von dem Gedanken der destructiven rein-negativen Kritik« durchdrungen; stellen aber keine »Censur-Widrigkeit« dar

Sendet Bericht des Kammergerichts bezüglich Anklageerhebung gegen E. Bauers »Streit der Kritik mit Kirche und Staat«. Kammergericht will Untersuchung auf Drucker Ferdinand Nietack ausdehnen; er selbst sei damit nicht einverstanden, »habe indeß keine Befugniß, die einmal eingeleitete Untersuchung niederzuschlagen«

Erwarte Antwort auf Anweisung vom 13. Ok 1843 (vgl. Bl. 166f.)

Erbittet bisherige Untersuchungsakte betreffs E. Bauers »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat«

Sendet anknüpfend an seinen Bericht vom 9. Aug 1843 (vgl. Bl. 127f.) betreffend die Umstände der Beschlagnahme von E. Bauers Schrift »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« den polizeilichen Untersuchungsbericht vom 10. Aug 1843 (vgl. Bl. 326f.): »Unter solchen Umständen muß ich Euer Excellenz gehorsamst anheimstellen, die Sache hochgeneigtest auf sich beruhen zu lassen«

326-327	Berlin, 10. Aug 1843	PP	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
328	Potsdam, 28. Dez 1843	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI v. Arnim-Boitzenburg
329-331	Berlin, 10. Jan 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
332-335	Potsdam, 30. Okt 1843	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI v. Arnim-Boitzenburg
336-337	Berlin, 15. Jan 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	König Friedrich Wilhelm IV.
338	Berlin, 24. Jan 1844	Staatsanwalt und Zensor am Ober-Censur-Gericht Sulzer	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
338-339	Berlin, 24. Jan 1844	Staatsanwalt und Zensor am Ober-Censur-Gericht Sulzer	PP Berlin
340-341	Berlin, ca. 24. Jan 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
342-344	Berlin, 9. Jan 1844	Rechtsspruch des Ober-Censur-Gerichts wegen der Eingabe des Buchbinders Reinhardt, betreffend das Verbot der Schrift »Das Preußische Bürgerthum, dargestellt von einem Mann aus dem Volk. Charlottenburg, 1843. Verlag von Egbert Bauer«	
345-346	Berlin, 3. Febr 1844 (Abschrift)	König Friedrich Wilhelm IV.	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
347-348	Berlin, 14. Febr 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
349	Berlin, o.D.	Ungezeichnetes Zensurgutachten: »Die Septembertage 1792 und die ersten Kämpfe der Partheien der Republik in Frankreich von B. Bauer. Erste Abtheilung. Charlottenburg 1844. Verlag von Egbert Bauer«	
350	Berlin, 22. Febr 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Finanzminister v. Bodelschwingh

Untersuchungsbericht betreffs Beschlagnahme von E. Bauers »Streit der Kritik mit Kirche und Staat«: 953 Exemplare wurden beschlagnahmt, 47 also unauffindbar. Eins hätte Bauer bereits verkauft und sich deshalb strafbar gemacht

Bittet im Namen des Kammergerichts um Rückgabe der Akten der Anklageschrift gegen E. Bauer an ihn

Sendet ihm die erwünschten Unterlagen (vgl. Bl. 328). Teilt nicht v. Medings Ansicht, das Verfahren gegen E. Bauer wegen Verstoßes gegen Zensur-Bestimmungen auf sich beruhen zu lassen (vgl. Bl. 324f.). Untersuchungen wären ggf. auf Verleger und Drucker auszuweiten

Berichtet über Kompetenzkonflikte hinsichtlich der Überwachung des Bauerschen Verlags in Charlottenburg. PP von Berlin sieht sich nicht zuständig. Ressortzuordnung von Ordnungs- und Gewerbepolizei sei nicht genügend geklärt. PP sieht das als Aufgabe der Gewerbepolizei an und somit der Provinz Brandenburg und der Königlichen Regierung in Potsdam. Er hingegen (v. Meding) sieht das als Sache der Sicherheitspolizei und damit des PP Berlin an. Erklärt sich gegen »eine solche Spaltung dieser polizeilichen Funktionen« und möchte insgesamt das PP in Berlin zuständig wissen

Informiert den König über den Vorschlag v. Medings (vgl. Bl. 332ff.) und befürwortet, ihn anzunehmen (vgl. Bl. 345f.)

Betrifft Kompetenzkonflikt zwischen Ober-Präsidium der Provinz Brandenburg und PP Berlin betreffs der Behandlung des Verlags von Egbert Bauer in Charlottenburg (vgl. Bl. 332ff.); obwohl die Beaufsichtigung des Verlags in die Kompetenz der Provinz Brandenburg falle, habe er sie vorläufig dem PP Berlin übertragen

Obwohl die Beaufsichtigung des Verlags von Egbert Bauer in Charlottenburg in die Kompetenz der Provinz Brandenburg falle, übertrage er sie vorläufig dem PP Berlin

Antwort auf Schreiben vom 30. Okt 1843 wegen des Kompetenzkonflikts hinsichtlich der Beaufsichtigung des Verlags von Egbert Bauer in Charlottenburg (vgl. Bl. 332ff.). Er übertrage sie vorläufig dem PP Berlin, werde die Angelegenheit aber dem König vortragen

Verbot wird aufgehoben

PP in Berlin wird hinsichtlich des Verlags von Egbert Bauer auch die gewerbepolizeiliche Überwachung übertragen

Übersendet Abschrift der Königlichen Kabinets-Ordre vom 3. Febr 1844 (vgl. Bl. 345f.)

U.a. »milder abgefaßt als seine Vorgänger«

Wie Bl. 347f.

351	Charlottenburg, 9. März 1844	Egbert Bauer	MdI v. Arnim-Boitzenburg
352-355	Berlin, 2. Febr 1844	Rechtsspruch des Ober-Censur-Gerichts betreffend den staatsanwaltlichen Antrag auf Debitsverbot von B. Bauers Schrift »Geschichte der Politik [...]«.	
356	Charlottenburg, 9. März 1844	Egbert Bauer	MdI v. Arnim-Boitzenburg
357	Berlin, 14. März 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Egbert Bauer
357-358	Berlin, 14. März 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	PP
358	Berlin, 14. März 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
359	Berlin, 4. März 1844	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht v. Lüderitz	MdI v. Arnim-Boitzenburg
360	Magdeburg, 11. März 1844	Ober-Präsident der Provinz Sachsen, v. Flottwell	MdI v. Arnim-Boitzenburg
361	Magdeburg, 8. März 1844	Redakteur der »Magdeburgischen Zeitung« Faber	Ober-Präsident der Provinz Sachsen, v. Flottwell
362	Potsdam, 7. März 1844	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI v. Arnim-Boitzenburg
363	Berlin, 28. Febr 1844	Kammergericht (Dambach)	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
364-365	Berlin, 18. März 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
366	Potsdam, 8. März 1844	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI v. Arnim-Boitzenburg
367	Potsdam, 8. März 1844	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	Provinzialregierung er Provinz Bandenburg
367b	Potsdam, 8. März 1844	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	PP Berlin
368	Potsdam, 8. März 1844	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	Königliches Polizei-Amt Charlottenburg

Ober-Censur-Gericht habe vorläufiges Debitsverbot von B. Bauers »Geschichte der Politik [...]« vorbehaltlich der Änderung weniger Stellen aufgehoben. Bittet, dass Rechtsspruch dem PP Berlin übermittelt werde, da es den Vertrieb des Buchs nach wie vor verweigere

Buch habe zwar die Tendenz, »den Ungrund und die Nichtigkeit aller Religionen, vornehmlich des Christenthums [...] darzuthun und den Atheismus mit seinen Consequenzen an deren Stelle zu setzen«. Nach Beseitigung der betreffenden Stellen könne das Werk aber veröffentlicht werden

Briefumschlag zu Bl. 351

Antwort auf sein Schreiben vom 9. März 1844 (vgl. Bl. 351). Habe Ober-Präsident der Provinz Brandenburg und PP in Berlin von Debitserlaubnis für B. Bauers »Geschichte der Politik [...]« informiert

Übersendet Rechtsspruch des Ober-Censur-Gerichts zu B. Bauers Schrift »Geschichte der Politik [...]« (vgl. Bl. 352ff.)

Wie Bl. 357f.

Übersendet Rechtsspruch des Ober-Censur-Gerichts zu B. Bauers Schrift »Geschichte der Politik [...]« (vgl. Bl. 352ff.)

Betrifft Verwarnung des Herausgebers der »Magdeburgischen Zeitung« Faber wegen Falschmeldung über das Einstampfen von E. Bauers »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat«

Rechtfertigungsschreiben (vgl. Bl. 360): Die offizielle Richtigstellung über das angebliche Einstampfen von E. Bauers »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« habe ihn zu spät erreicht

Übersendet Untersuchungsakte betreffs E. Bauer (vgl. Bl. 363). Verbleib der 47 ausstehenden Exemplare von »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« konnte nicht aufgeklärt werden. Nimmt jedoch von Anklage gegen E. Bauer wegen dieser fehlenden Exemplare Abstand

Wegen fehlender 47 Exemplare von E. Bauers Schrift »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« (vgl. u.a. 134f., 327f., 362): »Sollte wirklich gegen Edgar Bauer [...] ein dringender Verdacht der Verbreitung der Schrift vorliegen, so dürfte dieser Vorwurf doch in Beziehung auf ihn nicht weiter erheblich sein, da, die Strafbarkeit der Schrift vorausgesetzt, er als deren Verfasser eine höhere Strafe verwirkt haben würde«

Ist mit Einstellung des Verfahrens wegen Verbreitung einer nicht zensierten Schrift einverstanden (vgl. Bl. 362). Erwartet aber, dass dieser Umstand im ohnehin kommenden Kriminalverfahren gegen E. Bauer berücksichtigt werde. Rügt Berliner Polizeipräsidenten und die nicht zielführende Beschlagnahmepraxis

Sendet Abschrift von Bl. 367f.

Nach gemeinsamer Abstimmung und aufgrund der Königlichen Ordre vom 3. Febr 1844 (vgl. Bl. 345f.) wird sowohl die gewerbe- als auch sicherheitspolitische Aufsicht über den Bauerschen Verlag in Charlottenburg nunmehr ausschließlich vom PP in Berlin ausgeübt

Wie Bl. 367

Wie Bl. 367

369	[Berlin, 1844]	Zensor Seebode: Zensurgutachten zu H. III der »Allgemeinen Literatur-Zeitung« 1844	
370	[Berlin, 1844]	Anonymer Zensor: Zensurgutachten zu F. v. Fabek: »Ausgeübter Kinderraub [...]«, Charlottenburg 1844, Verlag von Egbert Bauer	
371	[Berlin, 1844]	Zensor Seebode: Zensurgutachten zu »Napoleons Reise in Frankreich [...] von E. Jungnitz«, Charlottenburg 1844, Verlag von Egbert Bauer	
372-373	[Berlin], 28. März 1844	Zensor Seebode: Zensurgutachten zu Bruno Bauer: »Geschichte der Politik [...]«	
374-375	[Berlin, 1844]	Anonymer Zensor zu: »Religion und Kirche in Frankreich [...] von E. Jungnitz«, Charlottenburg 1844, Verlag von Egbert Bauer	
376-377	[Berlin, 1843]	Zensor Seebode: Zensurgutachten zu Bruno Bauer: »Frankreich von Juli bis October 1789«, Charlottenburg 1843, Verlag von Egbert Bauer	
378	[Berlin], 4. April 1844	Zensor Seebode: Zensurgutachten zu H. IV der »Allgemeinen Literatur-Zeitung« 1844	
379	Berlin, 23. April 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
380-381	Berlin, 7. Mai 1844	Ober-Censur-Gericht	Staatsanwalt am Ober-Censurgericht v. Lüderitz
382-383	[Berlin, 1844]	Zensor Seebode: Zensurgutachten zu »Briefwechsel zwischen Bruno Bauer und Edgar Bauer während der Jahre 1839 bis 1842«	
384-385	Berlin, 18. Mai 1844	Ober-Censur-Gericht	Staatsanwalt am Ober-Censurgericht v. Lüderitz
386-387	[Berlin, 1844]	Zensor Seebode: Zensurgutachten zu H. V der »Allgemeinen Literatur-Zeitung« 1844	

Hat keine Beanstandungen
Hat keine Beanstandungen
Hat keine Beanstandungen
Vorgelegtes Exemplar habe zwar die Gerichtsaufgaben erfüllt und beanstandete Passagen getilgt; die nun sichtbaren Leerräume wären aber als unstatthafte Zensur-Lücken anzusehen
Hat keine Beanstandungen. Die nunmehr vorliegenden Schriften des Sammelwerks zeigen an, dass es keines besonderen Einschreitens bedürfe
Steht auf der Linie der »von den Brüdern Bauer verfolgten Richtung«; es werde aber schwer, gesetzlich dagegen einzuschreiten
Hat Eindruck, dass »Wissenschaft allmählich zur Gemeinheit herabfällt«. Sieht auf S. 48 unstatthafte eine Zensurlücke angedeutet
Betrifft angedeutete Zensurlücke in H. IV der »Allgemeinen Literatur-Zeitung« (vgl. Bl. 378). Er veranlasst Untersuchung wegen Verstoßes gegen das Zensurgesetz
Übersendet Rechtsspruch des Ober-Censur-Gerichts, betreffend B. Bauers Beschwerde wegen Versagung der Druckerlaubnis für »Briefwechsel zwischen Bruno Bauer und Edgar Bauer während der Jahre 1839 bis 1842«, Charlottenburg 1844, Verlag von Egbert Bauer. Druckerlaubnis werde erteilt: »an sich nicht vorhandene gefährliche Tendenz kann aus Äußerungen, die in irgend einer anderen Schrift des Verfassers vorkommen mögen, nicht hineingetragen werden«
»Wenn die inmitten der kleinlichen Gegenwart sich noch abquälenden Gebrüder B. und E. Bauer vor das Forum der Öffentlichkeit treten, so legen sie sich dadurch den Platz und die Bedeutung unserer größten literarischen Notabilitäten bei«; Buch enthalte nur unbedeutende Äußerungen. Eine Stelle auf S. 94 sei zensurwidrig, weil sie »eine von Sr. Majestät gebrauchte Redeweise lächerlich macht«
Übersendet Rechtsspruch des Ober-Censur-Gerichts, betreffend B. Bauers Beschwerde vom 30. März 1844 wegen Versagung der Druckerlaubnis für Heft IV der »Allgemeinen Literatur-Zeitung«. Beschwerde wird in einigen Punkten stattgegeben, in anderen nicht. Druckverbot ist daher gerechtfertigt (»Verspottung von Religions-Grundsätzen«). Dem »Liede eines Schneiders« liegt »deutlich die Tendenz zum Grunde, Mißvergnügen bei einer bestimmten Klasse von Menschen zu erregen und dieselben gegen bestehende Verhältnisse aufzureizen«
Habe ggf. zensurrelevante Stellen markiert. »Schließlich muß noch hinzugefügt werden, daß diese angebliche Literatur-Zeitung eine so gemeine Diction [...] und einen so gemeinen Charakter [...] angenommen hat, daß man ihr mit Sicherheit prognosticiren kann, daß sie, um mit Lessing und mit dem Ausdrücke, der S. 5 zu reden, an ihrem eigenen Misthauche untergehen wird«

388	[Berlin, 1844]	Anonymer Zensor: Zensurgutachten zu H. II der »Allgemeinen Literatur-Zeitung« 1844	
389-390	[Berlin, 1844]	Anonymer Zensor: Zensurgutachten zu H. VI der »Allgemeinen Literatur-Zeitung« 1844	
391-394	Berlin, 26. Juni 1844 (Rundschreiben, Entwurf)	MdI	Sämtliche preußische Ober-Präsidenten
395-399	Berlin, 10. Juli 1844	MdI	Sämtliche preußische Ober-Präsidenten
400-401	Sans-souci, 28. Juni 1844	König Friedrich Wilhelm IV.	MdI v. Arnim-Boitzenburg
402-403	Berlin, 12. Juli 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	König Friedrich Wilhelm IV.
404-405	Berlin, 26. Juli 1844 (Abschrift)	Ober-Präsident der Provinz Sachsen, v. Wedell	MdA v. Bülow
406		Nicht vorhanden	
407-408	[Berlin], 18. Juli 1844	Zensor Seebode: Zensurgutachten zu H. VII der »Allgemeinen Literatur-Zeitung« 1844	
409-410	[Berlin, 1844]	Anonymer Zensor: Zensurgutachten zu H. VIII der »Allgemeinen Literatur-Zeitung« 1844	
411	Berlin, 23. Aug 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
412	Berlin, 14. Sept 1844	Geheime Kanzlei des MdI	Kammergerichtsassessor Lischke
413	Berlin, 17. Sept 1844	Ober-Censur-Gericht	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht v. Lüderitz
414	Berlin, 13. Okt 1844	Registraturvermerk	
415	Charlottenburg, 27. Sept 1844	Egbert Bauer	MdI v. Arnim-Boitzenburg

Macht auf eine eventuell zensurwidrige Passage aufmerksam

Macht auf eventuell zensurwidrige Passagen aufmerksam

Auszüge von B. Bauers »Geschichte der Politik [...]« sind mit Zensurerlaubnis in einer Zeitschrift erschienen. Obwohl das Buch zum Druck freigegeben ist, sei es ein Unterschied, ob etwas in einem Buch erscheine oder in Auszügen in einer Zeitschrift. Mahnt Zensoren zu entsprechender Sorgfalt

Endfassung von Bl. 391ff.

Königliche Kabinets-Ordre: Er habe erfahren, dass Brüder Bauer Herausgeber einer Literaturzeitung seien. Fordert Nachricht, wie sie die nötigen Kenntnisse dazu erlangt haben und wie ihnen die Konzession entzogen werden kann

Antwort auf Ordre vom 28. Juni 1844 (vgl. Bl. 400f.): Zeitschrift sei als Monatsschrift nicht konzessionspflichtig. Zensur wird mit erforderlicher Strenge und Sorgfalt ausgeübt: »das Unternehmen soll indeß nur geringe Theilnahme finden und so steht zu hoffen, daß es eben deshalb nicht mehr lange fortgesetzt werden wird«

Bittet um Begutachtung des von Egbert Bauer bei den Zensurbehörden eingereichten Manuskripts »Johann Hartey's Wanderungen nach Wien und Bittschriften an zwei Kaiser von wegen seiner Gerechtigkeit«

Zu beanstanden wäre in der Sue-Rezension Szeligas ggf. »eine Verspottung der Idee des Schwanenordens und des Allerhöchsten Autors desselben« (d.h. des preußischen Königs); es sei eine »förmlich absichtlich zweideutige Stelle«

Hat keine Zensureinwände: »Alle politischen Farben werden hier aus dem Standpunkte der absolut-negativen Kritik, welche damit gewöhnlich endet [,] daß sie sich selbst negirt, angegriffen«; alleinige Autoren seien die Brüder B. und E. Bauer; Autorennamen wie Faucher und Szeliga seien nur geborgt [Zusatz von anderer Hand: »falsch«]

E. Bauers Schrift »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat«, wegen der gegen den Verfasser, Verleger und Drucker ein Kriminalverfahren schwebt, ist erneut bei Jenni, Sohn in Bern erschienen. Ersucht um entsprechende Ermittlungen gegen den Autor

Sendet Votum des Buchdruckers Ferdinand Nietack vom 30. Aug 1844, betreffend seine Verurteilung zu 10 Talern Strafe wegen unstatthaft abgedruckten Zensurstrichen in der »Allgemeinen Literatur-Zeitung«. Bittet Ober-Präsidium um gutachterliche Äußerung

Übersendet Rechtsspruch wegen B. Bauers Beschwerde, betreffend Druckverbot des Aufsatzes von Szeliga über Sue in der »Allgemeinen Literatur-Zeitung«: Druckverbot wird aufgehoben, da Abhandlung sich innerhalb der Grenzen der Wissenschaft hält und »nur für einen engeren Kreis der Leser« bestimmt sei

Habe am 18. Sept 1844 bei der Königlichen Regierung in Potsdam um Konzession für ein »Charlottenburger Wochenblatt« nachgesucht, Konzession sei ihm verwehrt worden; bittet nochmals um Konzessionserteilung (»Ich kann noch nicht glauben, daß mir das Vertrauen der höchsten Behörden gänzlich entzogen sein soll«)

416	Charlottenburg, 18. Sept 1844 (Abschrift)	Egbert Bauer	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
417-418	Berlin, 13. Okt 1844	MdI. II. Abtheilung	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding

Bruno Bauer u.a.: Ministerialakte (1844–1851, 184 Bl., »Acta betr: Den Privat-Docenten, Lizentiaten Dr. Bruno Bauer, aus Charlottenburg bei Berlin, und dessen Bruder, den Buchhändler Egbert Bauer u. Edgar Bauer«). GStA PK, I. HA, Rep. 77, MdI, Tit. 6 Spec. Lit. B, Nr. 180, Bd. 2

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1-2	Potsdam, 14. Nov 1844	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI v. Arnim-Boitzenburg
3	Berlin, 28. Nov 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
4-5	Potsdam, 14. Nov 1844	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI v. Arnim-Boitzenburg

Bezieht sich auf seinen vor einem Jahr abgelehnten Antrag, ein »Charlottenburger Wochenblatt« herauszugeben; sendet Plan des Blattes und bittet um Konzession: »Es soll hauptsächlich zur Erleichterung der hiesigen Behörden dienen, deren Bekanntmachungen aufnehmen, als auch sämtliche industrielle, gewerbliche und landwirthschaftliche Inserate aufnehmen [...]. Ferner wird das Blatt, so weit es die Inserate zulassen, Erzählungen zur Belehrung aus der vaterländischen Geschichte bringen, als auch Novellen, Besprechungen über getroffene und zu treffende städtische Verbesserungen so auch über industrielle, gewerbliche und landwirthschaftliche Verbesserungen und Erfahrungen«

Sendet Abschrift der Antwort vom 13. Okt 1844 auf Egbert Bauers Konzessionsgesuch für »Charlottenburger Wochenblatt« vom 27. Sept 1844. Gesuch kann nicht stattgegeben werden. Die Fassung des Antrags und der Anlage lassen den Grad wissenschaftlicher Bildung vermissen, den die Herausgabe eines solchen Wochenblattes erfordere

Inhalt

In Buchhandlungen der Provinz sind fünf Exemplare von »Actenstücke zu den Verhandlungen über die Beschlagnahme der Geschichte der Politik etc. des achtzehnten Jahrhunderts von Bruno Bauer«, Kiel 1844, beschlagnahmt worden. Die Publikation drucke die Verhandlungen über das Buch und damit auch die Stellen, die gerichtlich zu streichen waren. Er habe auch die Ober-Präsidenten der anderen Provinzen um Beschlagnahme gebeten

Sendet das ihm übersandte Exemplar von B. Bauers Schrift zurück (vgl. Bl. 1). Bestätigt das Vorgehen des Ober-Präsidenten

PP Berlin habe beim Kammergericht eine Kriminaluntersuchung gegen E. Bauer aufgrund des Wiederabdrucks seiner Schrift »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« in Bern beantragt. Bevor nicht nähere Beweise für das Mitwirken Bauers bei diesem Wiederabdruck vorliegen würden, wolle das Gericht einem solchen Antrag nicht zustimmen. Auf sein Schreiben vom 30. Sept 1844 (vgl. Bl. 6f.) sei eine Vernehmung durch das Kammergericht erfolgt, wobei er seine Beteiligung »offen eingeräumt« habe. Das Kammergericht habe daraufhin eine Kriminaluntersuchung eingeleitet wegen »Wiederholung des Verbrechens der Beleidigung von Religionsgesellschaften, der Majestäts-Beleidigung und des frechen, unehrerbietigen Tadels und der Verspottung der Landesgesetze und Anordnungen im Staate zum Zwecke der Erregung von Mißvergnügen, so wie wegen der Verbreitung verbotener Schriften«. Diese solle auch auf den Buchhändler und Verleger Egbert Bauer und den Drucker Ferdinand Nietack ausgeweitet werden

6-7	Potsdam, 30. Sept 1844 (Abschrift)	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	Kammergericht
8	Berlin, 24. Okt 1844	Kammergericht, v. Kleist	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
9-10	Berlin, 19. Okt 1844 (Abschrift)	Kammergericht: Vernehmungsprotokoll Edgar Bauer (vgl. Bl. 8)	
11	Berlin, 3. Dez 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
12	Berlin, 3. Dez 1844	Ober-Censur-Gericht	Staatsanwalt bei Ober- Censur-Gericht
13	Magdeburg, 19. Nov 1844	Ober-Präsident der Provinz Sachsen, v. Wedell	MdI v. Arnim-Boitzenburg
14	Berlin, 3. Dez 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Sachsen, v. Wedell
15	Berlin, 5. Dez 1844	Archivierungsnotiz	
16-17	Berlin, 9. Dez 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Justizminister Uhden
18	Berlin, 19. Nov 1844	Kammergericht	MdI v. Arnim-Boitzenburg
19	Berlin, 10. Dez 1844	MdI. II. Abtheilung	Kammergericht
20-21	Potsdam, 5. Okt 1844	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI v. Arnim-Boitzenburg
22-23	Berlin, 30. Aug 1844	Buchdrucker Ferdinand Nietack	MdI
24-53		H. IV der »Allgemeinen Literatur-Zeitung«	
54-55	Berlin, 20. Dez 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding

Bezieht sich auf Schreiben des Kammergerichts vom 9. Sept 1844, einer Kriminaluntersuchung gegen E. Bauer aufgrund des Wiederabdrucks seiner Schrift »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« in Bern nicht zuzustimmen. Begegnet den Vorbehalten und ersucht nochmals, Kriminaluntersuchung anzuordnen

Antwort auf Schreiben vom 30. Sept 1844 (vgl. Bl. 6f.). Am 19. Sept 1844 habe Vernehmung E. Bauers stattgefunden, und aufgrund seines Geständnisses sei eine Kriminaluntersuchung gegen ihn eingeleitet worden (Anklagepunkte wie Bl. 4f.)

Er habe ohne Wissen von Egbert Bauer und Ferdinand Nietack ein Druckexemplar seiner Schrift »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« an den Berner Verleger Jenni geschickt. Es war der Druck von 3.000 Exemplaren vereinbart, er erhielt 10 Freiexemplare, die er an Personen verschenkt habe, deren Namen er nicht preisgebe. Das alles geschah vor dem 30. Sept 1844, d.h. vor seiner amtlichen Verurteilung zu 3 Jahren Festungshaft wegen dieses Buchs

Bezieht sich auf Bericht vom 14. Nov 1844 (vgl. Bl. 4f.). Aufgrund des Geständnisses von E. Bauer seien Egbert Bauer und Ferdinand Nietack entlastet

Übersendet Rechtsspruch wegen der Beschwerde Edgar Bauers vom 7. Nov 1844 wegen Verbots seines Beitrags »Zur Geschichte des ›Volksfreundes‹ von Marat« in den »Norddeutschen Blättern«: Bestätigt das Verbot und auch das Verbot des Drucks von Auszügen aus Marats »Volksfreund«. Sie enthielten »theoretische und praktische Anleitungen zur Revolution«, sie zeugten von seinen »gefährlichen und feindseligen Angriffe[n] gegen das Königthum überhaupt, gegen die Regierung, die Beamten, die höhern und besitzenden Klassen, so wie überhaupt gegen alle Autoritäten«

Habe Beschlagnahme von B. Bauers Schrift »Actenstücke zu den Verhandlungen über die Beschlagnahme der Geschichte der Politik [...]« verfügt

Bekräftigt Anordnung zur Beschlagnahme des Buchs (vgl. Bl. 13)

»Preßproceß Edgar Bauers, über das von ihm verfaßte Werk: Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat. Aktenstücke«, Bern 1844

Übersendet E. Bauers Schrift »Preßproceß Edgar Bauers, über das von ihm verfaßte Werk: Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat. Aktenstücke«. Bittet ihn, Kammergericht von dieser Schrift in Kenntnis zu setzen. E. Bauer vermutlich für die Publikation verantwortlich. Soll in Erfahrung bringen, wie Bauer an eine Abschrift der Untersuchungsakten gegen ihn kam

Für eine Anklage gegen E. Bauer aufgrund der Neuveröffentlichung von »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« wolle man wissen, ob das Buch in Preußen überhaupt verboten sei und wo dieses Verbot publiziert wurde

Antwort auf Anfrage vom 19. Nov 1844 (vgl. Bl. 18): Schrift sei in Preußen nicht ausdrücklich verboten

Bekräftigt auf Übersendung der Beschwerde Nietacks hin (vgl. Bl. 22f.) seinen Antrag auf Bestrafung vom 14. Juni 1844. Der Abdruck von Zensurstrichen in H. IV der »Allgemeinen Literatur-Zeitung« im »Lied eines Schneiders« sei zensurwidrig

Beschwerde gegen Verurteilung zu 10 Talern Strafe wegen Abdruck von Zensurstrichen in H. IV der »Allgemeinen Literatur-Zeitung« im »Lied eines Schneiders«

Sendet Abschrift seines (undatierten) Bescheids an Nietack, dass dessen Bestrafung (vgl. Bl. 20f.) in vollem Umfang gerechtfertigt sei

56	Berlin, 9. Jan 1845	Justizminister Uhden	MdI v. Arnim-Boitzenburg
57	Berlin, 23. Dez 1844	Justizminister Uhden	Kammergericht
58	Berlin, 31. Jan 1845	Justizminister Uhden	MdI v. Arnim-Boitzenburg
59	Berlin, 13. Jan 1845 (Abschrift)	Kammergericht	Justizminister Uhden
60	Berlin, 31. Jan 1845	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
61	Potsdam, 3. Febr 1845	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI
62-63	Berlin, 26. Febr 1845	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Kammergericht
63	Berlin, 26. Febr 1845	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
64	Berlin, 28. Febr 1845	Staatsanwalt beim Kam- mergericht	MdI v. Arnim-Boitzenburg
65	Berlin, 24. Febr 1845	»Erkenntniß« des Kammergerichts	
66	Berlin, 8. März 1845	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Westfalen
67-68	Breslau, 19. März 1845	Ober-Präsident der Provinz Schlesien, v. Merckel	MdI v. Arnim-Boitzenburg
69	Berlin, 23. April 1845	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Schlesien, v. Merckel
70	Berlin, 29. April 1845	»Erkenntniß« des Ober-Censur-Gericht	
71	Potsdam, 12. Juni 1845	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI v. Arnim-Boitzenburg
72-87	Berlin, 8. Mai 1845	Urteil des Kammergerichts gegen E. Bauer (Abschrift)	

Antwort auf Schreiben vom 9. Dez 1844 (vgl. Bl. 16f.). Er habe, mit Bezug auf Strafurteil gegen Edgar Bauer vom 29. Aug 1844, nunmehr (am 23. Dez) angewiesen, eine »Supplementar Erkenntniß« zu fällen, betreffend die Beschlagnahme und das Zensurverbot der Schrift »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« (vgl. Bl. 57)

Sendet Abschrift des Schreibens des MdI vom 9. Dez 1844 (vgl. Bl. 16f.). Bittet um nachträgliches »Supplement-Urteil« gegen Bauer (vgl. Bl. 56)

Sendet auf Anfrage vom 9. Dez 1844 (vgl. Bl. 16f.) Bericht des Kammergerichts vom 13. Jan 1845 in Abschrift (vgl. Bl. 59)

Im Verlauf des Prozesses gegen E. Bauer wurde diesem Akteneinsicht gewährt; er nutzte das zu einer Abschrift. Untersuchungsrichter Dambach wurde deswegen ein »ernster Verweis« erteilt und Honorarmitarbeiter Brüning wurde deshalb entlassen

Er habe über den Justizminister beim Kammergericht ein nachträgliches Supplement-Urteil zur Beschlagnahme und zum Verbot der Neuauflage von E. Bauers Schrift »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« veranlasst (vgl. Bl. 56)

Besteht darauf, trotz Kriminaluntersuchung des Kammergerichts seine *polizeiliche* Bestrafung in derselben Sache aufrecht zu erhalten

Gegen das Strafesolut des Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg vom 18. Jan 1845 habe E. Bauer Rekurs eingelegt, weil er für die Neuauflage der Schrift »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« nicht gleichzeitig polizeilich *und* gerichtlich belangt werden könne. Er habe die polizeiliche Bestrafung nunmehr aufgehoben und Bestrafung in dieser Sache bleibt Kammergericht überlassen

E. Bauer sei von der durch ihn getroffenen Berufungsentscheidung zu informieren (vgl. Bl. 62f.)

Übersendet abschlägiges Urteil des Kammergerichts vom 24. Febr 1845, betreffend Gesuch des Buchhändlers Julius Springer (vgl. Bl. 65)

Gesuch des Buchhändlers Julius Springer, B. Bauers außerhalb der deutschen Bundesstaaten erschienene Schrift »Actenstücke zu den Verhandlungen über die Beschlagnahme der »Geschichte der Politik, Cultur und Aufklärung des 18ten Jahrhunderts«« (vgl. Bl. 1f.) vertreiben zu dürfen, wird abgelehnt, da sie Stellen enthalte, die hinsichtlich der Originalschrift »Geschichte der Politik [...]« von der Zensur dereinst beanstandet wurden

Gegen B. Bauers Schrift »Actenstücke [...]« (vgl. Bl. 1f.) ist Debitsverbot erlassen worden. Die betreffenden Gewerbetreibenden sind davon zu unterrichten

Bittet um Zusatzinformationen, warum ein von der Zensur verbotenes Buch den Buchhändlern nochmals als verboten angezeigt werden soll (bezüglich »Actenstücke«, vgl. Bl. 1f.)

Antwort auf Schreiben vom 19. März 1845 (vgl. Bl. 67f.): Da eine Aufhebung des Debitsverbot beantragt worden sei, war das Verbot wiederholt worden

Der Beschwerde Egbert Bauers vom 11./13. April 1845 wegen Debitsverbots für »Die Institutionen in Preußen« wird stattgegeben, vorbehaltlich der Entfernung weniger zensurwidriger Stellen

Sendet ihm Urteil des Kammergerichts vom 8. Mai 1845 gegen Edgar Bauer (vgl. Bl. 72ff.)

Vierjährige Festungshaft wegen »Beleidigung von Religions-Gesellschaften, wegen Majestäts-Beleidigung, wegen frechen unehrerbietigen Tadels und Verspottung der Landesgesetze und Anordnungen im Staate zum Zweck der Erregung von Mißvergnügen gegen die Regierung«

88	Berlin, 30. Juni 1845	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
89-90	Berlin, 15. Juli 1845	»Erkenntniß« des Ober-Censur-Gericht	
91	Berlin, 20. Aug 1845	MdI	Justizminister Uhden
92-94	Berlin, 24. Juli, 8. Aug, 18. Aug 1845	PP (Wenzel)	PP oder MdI
95	Berlin, ca. 16. Aug 1845 (Entwurf)	MdI. II. Abtheilung	Egbert Bauer
96	Berlin, 23. Aug 1845	MdI. II. Abtheilung	PP
97	Magdeburg, 3. Sept 1845	Ober-Präsident der Provinz Sachsen i.V.	MdI
98-99	Berlin, 17. Sept 1845	MdI i.V.	Justizminister Uhden; Kriegsminister v. Boyen
100	Berlin, 25. Sept 1845	MdI	PP
101	Berlin, 29. Sept 1845	MdI. II. Abtheilung	PP
102	Berlin, 4. Nov 1845	Archivierungsnotiz	
103	Berlin, 17. Nov 1845	MdI i.V.	Justizminister Uhden; Kriegsminister v. Boyen
104-105	Berlin, 29. Okt 1845	PP v. Puttkamer	MdI
106	Berlin, 22. Nov 1845	MdI. II. Abtheilung	PP
106 r.	Berlin, 22. Nov 1845	MdI. II. Abtheilung	Egbert Bauer
107	Berlin, 29. Nov 1845	Justizminister Uhden	MdI
108	Berlin, 22. Okt 1845	Kriegsminister v. Boyen; Justizminister Uhden	Kommando der Festung Magdeburg

Sendet Gerichtsurteil gegen E. Bauer zurück (vgl. Bl. 72ff.)

Bezieht sich auf die Beschwerde Egbert Bauers vom 16./21. Juni 1845 wegen Streichung von Stellen in »Die Institutionen in Preußen« (vgl. Bl. 70). Bestätigt die Streichungsverfügungen (»enthalten die von der Debits-Erlaubniß ausgeschlossenen Stellen theils einen, nicht näher begründeten Tadel des Verfahrens der Regierung im Allgemeinen oder eine gehässige und feindselige Besprechung einzelner Maßregeln der Verwaltung, theils eine Verunglimpfung des ganzen Standes der Institutionen«)

Nr. 219 der »Aachener Zeitung« enthält unter der Korrespondenzangabe 3. Aug 1845 unwahre Behauptungen über den Transport E. Bauers zur Festung Magdeburg

Drei Beschwerden darüber, dass Egbert Bauer in seinem Verkaufsladen nicht nur Tabak verkaufe und folglich die Heiligung der Sonn- und Festtage verletze

Auf seine Beschwerde vom 7. Juli wird ihm eröffnet, dass die polizeilichen Strafen gegen ihn vom 13., 20. und 31. Mai 1845 rechtskräftig sind; er verstoße gegen die »Heiligung der Sonn- und Festtage« (Verordnung vom 20. Nov 1844)

Betrifft Beschwerde Egbert Bauers vom 7. Juli 1845 gegen Strafen vom 13., 20. und 31. Mai 1845 und Bestätigung der Strafe vom 17. Juni 1845. Bauer behauptet, der Verkauf von Büchern durch ihn erfolge nicht in seinem Tabakladen, sondern in einem anderen Hause. PP soll den Sachverhalt klären

Gibt zu bedenken, dass die bestehenden Vorschriften den inhaftierten Edgar Bauer nicht an seiner schriftstellerischen Tätigkeit hindern würden und das Ziel einer Freiheitsstrafe nicht erfüllt werde

Berichtet über Meinungsverschiedenheit« zwischen Ober-Präsidium der Provinz Sachsen und dem Kammergericht »über die Beschäftigung des Literaten Edgar Bauer während seines Festungsarrests«

Erinnert an Nachfrage vom 23. Aug 1845 (vgl. Bl. 96)

Erinnert an Nachfragen vom 23. Aug u. 25. Sept 1845 (vgl. Bl. 96 u. 100)

Erinnert an Nachfrage vom 17. Sept 1845 (vgl. Bl. 98f.)

Antwort auf Nachfragen vom 23. Aug, 25. Sept u. 29. Sept 1845 (vgl. Bl. 96, 100f.). Bauers Behauptung vom 7. Juli 1845 (vgl. Bl. 96), dass seine Verkaufslokale für Tabak und Bücher getrennt seien, entspricht nicht der Wahrheit. Insofern würde er durch den Verkauf auch von Büchern gegen die Sonntagsruhe verstoßen. Da Charlottenburg inzwischen von der Verordnung vom 20. Nov 1844 wegen Heiligung der Sonntagsruhe ausgenommen wurde, dürfte die gegen Egbert Bauer erhobenen Geldstrafen aber niederzuschlagen sein

Bestätigt Vorschlag vom 20. Okt 1845 (vgl. Bl. 104f.)

Er habe alsbald mit Nachricht auf seine Beschwerde vom 7. Juli 1845 (vgl. Bl. 96) zu rechnen

Antwort auf Nachfrage vom 17. Sept u. 17. Nov 1845 (vgl. Bl. 98f., 103). Sendet Abschrift der Anordnung für das Kommando der Festung Magdeburg vom 22. Okt 1845 (vgl. Bl. 108)

Edgar Bauer darf seine während der Haft geschriebenen Manuskripte nicht während der Haftzeit veröffentlichen, sie sind bis Ende der Haft einzubehalten

109	Berlin, 3. Dez 1845	Abschrift aus dem »Hamburgischen Correspondenten«, Nr. 282, 28. Nov 1845	
110	Berlin, 11. Dez 1845	MdI i.V.	Kriegsminister v. Boyen; Justizminister Uhden
111	Berlin, 8. Dez 1845	MdI	MdI
112	[Berlin], 20. Okt 1845	Zensor Seebode: Gutachten über »Einfälle und Gedichte aus höchstpersönlichen Acten des unvordenklichen Barons von Rothsporn aus dem Hause Clausdorf, Bern Jenni 1845«	
113-114	Berlin, 26. Nov 1845	Zensor Seebode: Internes Gutachten (vgl. Bl. 112)	
115	Berlin, 19. Dez 1845	Abschrift aus der »Magdeburgischen Zeitung«, Nr. 292, 13. Dez 1845	
116	Berlin, 23. Dez 1845	MdI i.V.	Justizminister Uhden
117	Magdeburg, 8. Jan 1846	Polizeidirektor v. Kamptz	MdI v. Bodelschwingh
118	Berlin, 19. Jan 1846	MdI i.V.	Ober-Präsident der Provinz Sachsen, v. Bonin
119	Berlin, 23. Jan 1846	Justizminister Uhden	MdI
120-149	Berlin, 21. Nov 1845	»Erkenntniß« des Ober-Appellations-Senats des Kammergerichts betreffend den Schriftsteller Edgar Bauer, den Buchhändler Egbert Bauer und den Buchdrucker Ferdinand Nietack	

Edgar Bauer sei nunmehr während seiner Haft jede »literarische Thätigkeit untersagt worden«. Bei Haftantritt musste er sein Ehrenwort geben, dass er nichts gegen den preußischen Staat schreiben werde, konnte insofern für das »Magdeburger Wochenblatt« schreiben; »bald darauf wurde ihm sein Ehrenwort zurückgegeben« und er habe »jedes Produkt seiner Feder« der Festungskommandantur vorzulegen, nur wenn es keine Einwände gebe, bekomme er Druckerlaubnis. Nunmehr aber sei »dem Gefangenen jede literarische Thätigkeit verboten«

Sendet Zeitungsartikel in Abschrift (vgl. Bl. 109)

Verfasser von »Einfälle und Gedichte« (vgl. Bl. 112) seien mit ziemlicher Gewissheit Bruno Bauer, Edgar Bauer und Ludwig Buhl

Stamme »aus der Feder eines *hieselbst* lebenden Literaten«, »wimmelt von Majestäts-Beleidigungen«, »Gedichte sind sämtlich unterhalb der Kritik«

Gibt an, »daß die Schrift in Berlin und, höchst wahrscheinlich zu Ende des Jahrs 1844, abgefaßt ist«

Edgar Bauers in erster Instanz verhängte siebenjährige Festungsstrafe sei vom Ober-Appellations-Senat als zweiter Instanz in eine vierjährige umgewandelt

Bitte um Abschrift des Urteils in zweiter Instanz gegen Edgar Bauer (vgl. Bl. 115)

Bauer unterhalte weiterhin Verkehr mit dem Redakteur des »Magdeburger Wochenblattes«; es bestehe der Verdacht, dass er weiterhin darin publiziere

Bittet um Prüfung hinsichtlich des Berichts von v. Kamptz (vgl. Bl. 118) und darum, E. Bauers literarische Tätigkeit zu unterbinden

Antwort auf Schreiben vom 23. Dez 1845 (vgl. Bl. 116). Sendet alle Gerichtserkenntnisse betreffs Edgar Bauer

Urteile des Kammergerichts vom 29. Aug 1844, 20. Jan u. 8. Mai 1845 sind dahingehend abzuändern, dass Bauer statt 7jährigem Festungsarrest nur mit einem 4jährigen Arrest zu bestrafen sei. Egbert Bauer und Friedrich Nietack sind »der Theilnahme an den Verbrechen der Erregung von Mißvergnügen gegen die Regierung nicht blos vorläufig, sondern völlig freizusprechen«. Im Aug 1843 lag Anklage gegen E. Bauer vor, aufgrund »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« und »Die liberalen Bestrebungen Deutschlands«. Am 29. Aug 1844 wurde Egbert Bauer wegen »Beleidigung von Religions-Gesellschaften, wegen Majestätsbeleidigung und wegen frechen, unehrerbietigen Tadels und Verspottung der Landesgesetze und Anordnungen im Staate zum Zweck der Erregung von Mißvergnügen gegen die Regierung« zu dreijähriger Festungshaft verurteilt. Ende Aug 1844 wurde das Kammergericht in Kenntnis gesetzt, dass beklagte Schrift »Streit der Kritik mit Kirche und Staat« bei Jenni in Bern erschienen sei, und Bauer gab zu, dafür verantwortlich zu sein. Die daraufhin in Berlin kursierenden Exemplare der Schrift wurden per Gerichtsbeschluss am 20. Jan 1845 konfisziert, und am 8. Mai 1845 wurde Bauer — nunmehr auch unter Berücksichtigung seiner ebenfalls 1844 bei Jenni erschienenen Schrift über seinen ersten Prozess — zu vierjähriger Festungshaft verurteilt, also insgesamt zu siebenjähriger Haft. Bauer habe dagegen Revision eingelegt, und der Ober-Appellations-Senat stellt fest, dass erstens beide Untersuchungen als eine zu behandeln seien, und zweitens bei Addition der Strafbestände eine Höchststrafe von 6 Jahren und 6 Monaten nicht überstiegen werden dürfe. Es gelte also das Strafmaß des 2. Prozesses von 4 Jahren. An der verwerflichen, gegen *jeden* Staat und gegen *jede* Institution gerichteten Tendenz von Bauers Schriften besteht übrigens kein Zweifel

150	Berlin, 31. Jan 1846	MdI i.V.	Justizminister Uhden
151	Potsdam, 28. Febr 1846	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI v. Bodelschwingh
152	Berlin, 21. Nov 1846	Gerichtsurteil vom 21. Nov 1845 (vgl. Bl. 120ff.) in Kurzfassung	
153	Berlin, 13. März 1847	MdI	MdI
154	Berlin, 22. März 1847	MdI i.V.	MdA v. Canitz
155	Berlin, 28. Mai 1847	MdA v. Canitz	MdI v. Bodelschwingh
156	Dresden, 21. Mai 1847	Preußischer Gesandter in Sachsen, Jordan	MdA v. Canitz
157	Berlin, 4. Sept 1847	Archivierungsnotiz	
158	[Berlin], o.D.	MdI	MdI
159	Berlin, 31. Jan 1848	MdI i.V.	Kriegsminister v. Rohr
160	Charlottenburg, 1. April 1848	Egbert Bauer	MdI v. Camphausen
161	Charlottenburg, 30. März 1848	Egbert Bauer	Polizeiamt Charlottenburg
162	Charlottenburg, 5. April 1848	Egbert Bauer	MdI v. Auerswald
163	Berlin, 5. April 1848	MdI v. Auerswald	Egbert Bauer
164		Reinschrift von Bl. 163	
165-7		Briefumschläge	
168	Berlin, 15. April 1848	Kriegsminister i.V.	MdI v. Auerswald
169	Magdeburg, 2. April 1848 (Abschrift)	Festungskommandant Festung Magdeburg, v. Fischer	Kriegsministerium
170	Berlin, 9. Juli 1851	Archivierungsnotiz	
171-172	Berlin, 14. Juli 1851	PP v. Hinckeldey	MdI v. Westphalen
173	Berlin, 9. Juli 1851	MdI i.V.	MdI v. Westphalen
174	Berlin, 10. Juli 1851	MdI i.V.	MdI v. Westphalen

Sendet Unterlagen über Bauers Gerichtsurteile zurück
Übersendet Abschrift des Gerichtsurteils gegen E. Bauer (vgl. Bl. 120ff.)

Verzeichnis der Schriften von Bruno Bauer, Edgar Bauer und Ernst Jungnitz zur Französischen Revolution

In Leipzig sei eine dreibändige »Geschichte der französischen Revolution« von B. Bauer, E. Bauer und Jungnitz erschienen. Bittet, bei der sächsischen Regierung Erkundigungen darüber einzuholen

Antwort auf Anfrage vom 22. März 1847 (vgl. Bl. 154); sendet entsprechende Informationen (vgl. Bl. 156)

Details über Verleger Louis Fernau in Dresden

Verlagstechnische Erläuterungen zum Geschäftsmodell »Separat-Conto« (beruht weitgehend auf Eigenrisiko des Verfassers)

Ungeachtet des bisherigen Reskripts vom 22. Okt 1845 (vgl. Bl. 108) sei E. Bauer mit Druckerzeugnissen hervorgetreten, so auch in Bd. 5 der »Epigonen«. Sendet ihm den Band mit der Bitte, gerichtliche Schritte einzuleiten und ihn zu informieren

Möchte ein »Volksblatt« für Charlottenburg herausgeben; Polizeiamt Charlottenburg wünsche aber Kautionsforderung auszusetzen

Möchte ab 3. April wöchentlich ein Blatt in Charlottenburg herausgeben. Nach Pressegesetz vom 17. März 1848 wäre dafür eine Kautionsforderung fällig. Bittet darum, Kautionsforderung auszusetzen

Wiederholt seine Bitte vom 1. April 1848 (vgl. Bl. 160)

Erscheinen der Zeitschrift ohne Kautionsforderung sei nur möglich, wenn Kautionssumme zumindest bereit stünde; eine definitive Entscheidung beinhalte das demnächst erscheinende Pressegesetz

Antwort auf Schreiben vom 31. Jan 1848 (vgl. Bl. 159). Sendet Bd. 5 der »Epigonen« zurück und sendet den Untersuchungsbericht des Magdeburger Festungskommandanten vom 2. April 1848 (vgl. Bl. 169) in Abschrift (»Obgleich diese Angelegenheit durch die inzwischen eingetretenen Ereignisse ihre Erledigung gefunden hat«)

Durch die Amnestie für Edgar Bauer konnte die Untersuchung, wie er Manuskripte an Otto Wigand nach Leipzig sandte, nicht abgeschlossen werden

Edgar Bauer ist vom Stadtgericht wegen »Auftritts« zu achtjähriger Festungshaft verurteilt und wird steckbrieflich gesucht (zuletzt: »Vossische Zeitung«, Nr. 35, 3. Febr 1851, Dritte Beilage). Gerüchte, dass der Regierung nichts an der Ergreifung Bauers liegen würde, entbehren jeder Grundlage, die Polizeibehörden von Hamburg und Altona zeigen sich sehr kooperativ

Sendet Bericht des Preußischen Geschäftsträgers in Hamburg, v. Kamptz vom 6. Juli 1851 (vgl. Bl. 177f.)

Sendet Bericht des Preuß. Geschäftsträgers in Hamburg, v. Kamptz vom 8. Juli 1851 (vgl. Bl. 175f.)

175-176	Hamburg, 8. Juli 1851	Preußischer Geschäftsträger in Hamburg, v. Kamptz	MdA
177-178	Hamburg, 6. Juli 1851	Preußischer Geschäftsträger in Hamburg, v. Kamptz	MdA
179	Berlin, 19. Juli 1851	MdI i.V.	MdA
180	Berlin, 27. Juli 1851	MdA i.V.	MdI
181	Berlin, 8. Aug 1851	PP i.V.	MdI v. Westphalen
182	Berlin, 15. Aug 1851	MdI v. Westphalen	PP
183	Berlin, 18. Aug 1851	Archivierungsnotiz	
184	Berlin, 15. Aug 1851	MdA i.V.	MdI

Bruno Bauer u.a.: Ministerialakte (1847, 369 Bl., »Verbotene Bücher des In- und Auslands, desgleichen neue Censur-Maasregeln gegen die im Auslande erscheinenden politischen Schriften«). GStA PK, III. HA, MdA, I, Nr. 9007

Akten-Nr., Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1931, Bl. 36	Berlin, 28. Mai 1847	MdA	MdI

Präzisiert seinen Bericht vom 6. Juli 1851 (vgl. Bl. 177f.). Dass Bauer sich seit zwei Jahren in Altona aufgehalten habe, ist unrichtig. Richtig aber seien die Angaben zu seiner versuchten Verhaftung und Flucht. Eine in Ottensen unter dem Namen Lange gemeldete Person wurde als Mitarbeiter der »Norddeutschen Freien Presse« identifiziert. Sie wurde verhaftet und mit der Frage konfrontiert, ob sie Edgar Bauer oder Eduard Meyen sei. Sie bekannte sich als Edgar Bauer, und bei der anschließenden Hausdurchsuchung gelang ihm die Flucht durch den Garten ins freie Feld. Bauer wohnte seit zwei Jahren im holsteinischen Dorf Ottensen mit Frau und Kind. Seit dem 1. Juli sei er bei der dänemarkfreundlichen und von den dänischen Behörden subventionierten »Altonaer Zeitung« angestellt gewesen

Bauer habe sich seit zwei Jahren in der Hamburger Vorstadt St. Georg aufgehalten und für die radikale »Reform« gearbeitet. Sei gestern von der Altonaer Polizei arretiert worden, konnte aber fliehen. Es geht das Gerücht um, die preußische Regierung habe kein wirkliches Interesse daran, seiner habhaft zu werden. Er schenke ihnen keinen Glauben, schlägt aber vor, ein offizielles Verhaftungs- und Auslieferungsgesuch an die holsteinischen Behörden zu stellen. Will weitere Erkundigungen einholen, »da ich kaum glauben kann, daß eine Persönlichkeit wie Bauer so lange der Aufmerksamkeit der hiesigen Polizei und besonders den Nachforschungen der zu verschiedenen Malen hierher entsandten Berliner Polizeibeamten würde habe entgehen können«

Bauer sei zu acht Jahren Festungshaft verurteilt worden und die preußische Regierung hätte alles unternommen, seiner habhaft zu werden. Der preußische Geschäftsträger in Hamburg, v. Kamptz, soll anderslautenden Gerüchten entgegnetreten und auf die Verhaftung und Auslieferung Bauers dringen

Bauer habe sich ins dänische Flensburg begeben und soll dort für die »Altonaer Zeitung« schreiben. Inzwischen sei ein Verhaftungs- und Auslieferungsgesuch an die dänische Regierung ergangen

Bauer soll sich in Flensburg aufhalten. Ein Auslieferungsgesuch könne nicht auf dem Polizeiweg gestellt werden, sondern es empfiehlt sich ein Handeln des MdA

Antwort auf Schreiben vom 8. Aug 1851 (vgl. Bl. 181). MdA habe die nötigen Schritte eingeleitet

Bauer habe sich in Flensburg aufgehalten, aber vor der geplanten Verhaftung verlassen; die dänischen Behörden haben auf seine Person »auch fernerhin ein aufmerksames Auge«

Inhalt

Übermittelt einen Bericht der Gesandtschaft zu Dresden über die »Geschichte der französischen Revolutionen bis zur Stiftung der Republik« von Bruno Bauer, Edgar Bauer und Ernst Jungnitz. [Der Bericht selbst scheint nicht vorzuliegen]

Edgar Bauer

Edgar Bauer: Ministerialakte (1842, 5 S., »Ober-Censur-Collegium. Acta betr: die Censur und den Debit der von Edgar Bauer erscheinenden Flugschriften«). GStA PK, I. HA, Rep. 101, Oberzensurkollegium und Oberzensurgericht, E Lit. B, Nr. 62

S.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1	Berlin, 19. Nov 1842	MdI v. Arnim-Boitzenburg	MdK Eichhorn und Ober-Censur-Collegium
2	Berlin, 19. Nov 1842	MdK Eichhorn; MdA v. Bülow; MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Censur-Collegium
3-5	Berlin, 25. Nov 1842	Ober-Censur-Collegium	MdK Eichhorn; MdA v. Bülow; MdI v. Arnim-Boitzenburg

Edgar Bauer: Polizeiakte (1843–1851, 85 Bl., »Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffend den Schriftsteller Edgar Bauer«). LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 8893 (Altsign.: Tit. 94, Lit. B, No. 325)

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1	Berlin, 23. Okt 1843	Regiments-Commandeur	PP
2	Berlin, 26. Okt 1843	PP	Regiments-Commandeur
3	Berlin, 13. Nov 1843	PP	Regiments-Commandeur
4	Berlin, 27. März 1844	PP	PP
5	Berlin, 27. März 1844	PP	PP

Inhalt

Habe sämtliche Exemplare von E. Bauers »Bruno Bauer und seine Gegner« beschlagnahmt; verantwortlicher Zensor, der Druckerlaubnis erteilte, soll ermittelt werden
Mitteilung der vorläufigen Beschlagnahme von E. Bauers »Bruno Bauer und seine Gegner« (»wegen ihres ganz ungehörigen sogar zu gesetzwidrigen Handlungen auffordernden Inhalts«); bitten Ober-Censur-Gericht um endgültigen Verbotsbescheid
Empfiehl Zensurverbot: »Ueberall bekennt sich der Verfasser selbst dazu, daß seine und seiner Partei Grundsätze nicht allein auf Erschütterung, sondern auf Vernichtung der bestehenden Staatsverfassung und der christlichen Kirche gerichtet sind«

Inhalt

Bauer hat sich zum einjährigen freiwilligen Militärdienst gemeldet. Man hat Gerüchte gehört, dass gegen ihn wegen Pressevergehen ermittelt wird und bittet um nähere Auskunft
Gegen Bauer wird wegen der beschlagnahmten Schrift »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« ermittelt, die Untersuchung ist aber noch nicht abgeschlossen. Rückseite: Notiz zum Wohnort Bauers in Charlottenburg
Führungszeugnis für Edgar Bauer
Arrestzettel: Bauer kommt wegen Teilnahme an einem Straßenaufmarsch in Polizeiarrest
Arrestanzeige, beinhaltet Vermerk wegen Trunkenheit

6	Berlin, 28. März 1844	Zwei Gensdarmen	PP
7-8	Berlin, 19. Sept 1844	Kammergericht	PP
9	Berlin, 2. Okt 1844	PP	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
10	Berlin, ca. März 1842		
11	Berlin, 4. Juli 1845	Kammergericht	PP
12	Berlin, 6. Juli 1845	Edgar Bauer	PP
13	Potsdam, 17. Juli 1845	Polizeidirektion Potsdam	PP
14	Berlin, Juli 1845	Transportzettel mit Signalement Bauers	
15	Berlin, 10. Juli 1845	PP	Festungs-Gouvernement Magdeburg
16	Magdeburg, 20. Juli 1845	Festungs-Gouvernement Magdeburg	PP
17	Potsdam, 26. Juli 1845	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	PP
18-19	Berlin, 7. Aug 1845	PP	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
20-22	Berlin, 22. Jan 1846	Kammergericht	PP
23	Berlin, 9. Febr 1846	PP	Polizeiamt zu Charlottenburg
24-25	Berlin, 29. März 1848	Kriegsministerium	PP
26	Berlin, 29. Aug 1848	Polizeiamt zu Charlottenburg	PP
27	Berlin, 2. Dez 1848	PP	PP
28	Berlin, 17. Dez 1848	PP	PP

»Am 27ten des Monats Abends viertel Sechs Uhr trafen wir einen außergewöhnlichen Auf-
 lauf vor der Friedrichstadt Hauptwache. In der selben befand sich der Doctor der Philosophie
 Echard Bauer 23 Jahre alt aus Charlottenburg gebürtig, in einem höchst trunkenen Zustande.
 Durch den Unteroffizier der Wache, erfuhren wir, daß der p. Bauer in Gesellschaft des Kan-
 didaten der Philosophie Böhme dahin gebracht, und letzterer wegen ungebührlichen Betragens
 und einschlagen der Fenster beim Destillateur Vollmer Leipziger Straße Nr. 10 und tätlicher
 Wiedersetzung mit einem Messer gegen den p. Vollmer. Der Unteroffizier der Wache hat auf
 Requisitio des letzteren die beiden Philosophen nach der Wache bringen lassen, und wird auch das
 Nähere hierüber mittheilen. Wir haben beide verhaftet, und zum Polizei Arrest befördert. Einem
 Königlichen Hochlöblichen Polizei Präsidium zeigen wir dieses hiermit ganz gehorsamst an.«
 Erstinstanzliches Urteil gegen Bauer und andere vom 29. Aug 1844 wird übermittelt. Bauer
 wurde zu 3 Jahren Festungshaft verurteilt
 Teilt mit, dass Bauer wegen »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« verurteilt worden ist

Tabellarische Auflistung der Wohnadressen Bauers von Okt 1838-März 1842 in Berlin
 Verschiedene Unterlagen über Bauer werden übersandt. Das PP soll ihn zur Festung Magdeburg
 bringen lassen
 Bauer bittet, dass ihm die Verlegung nach Magdeburg 24 Stunden im Voraus mitgeteilt wird,
 damit er die für seine Arbeit benötigten Gegenstände packen kann. Weiterleitung mit der An-
 merkung, dass Bauer sich im Hausvogtei-Gefängnis gut betragen hat
 Ablieferungsschein: Bauer ist im örtlichen Polizeiarrest abgeliefert worden
 Dokumentiert seine Überstellung nach Magdeburg
 Bittet um Benachrichtigung bei Einlieferung Bauers

Benachrichtigung über Einlieferung Bauers

In einer Berliner Korrespondenz der »Aachener Zeitung« vom 17. Juli wird über die Art des
 Transports Bauers nach Magdeburg berichtet. Bittet um nähere Mitteilung
 Art des Transports wird gerechtfertigt

Übersendung der Urteile gegen Bauer aus 1. und 2. Instanz vom 8. Mai bzw. 21. Nov 1845.
 Verurteilung zu 4 Jahren Festungshaft
 Weiterleitung der Urteile gegen Bauer

Weiterleitung eines Berichts des Festungs-Gouvernements Magdeburg vom 27. März 1848.
 Bauer wurde, in Folge der Amnestie vom 20. März, begnadigt

Man hat seit dem Vorabend versucht, Bauer ausfindig zu machen und festzunehmen, hatte aber
 keinen Erfolg. Wahrscheinlich hält er sich in Berlin verborgen. Die Stimmung in der örtlichen
 Bevölkerung ist gegen ihn

Hinweis auf möglichen Aufenthaltsort Bauers. Hat sich jedoch laut Vermerk vom 19. Dez nicht
 bestätigt

Bauer soll sich längere Zeit in Wien aufgehalten haben, in Berlin kurz auf Besuch gewesen und
 soll inzwischen nach Breslau weiter gereist sein

29	Berlin, 26. Aug 1848	Staatsanwalt beim Kammergericht	PP
30	Berlin, 7. April 1849	PP	PP
	Charlottenburg, 10. April 1849	PP	PP
31	Berlin, 19. Aug 1849	Staatsanwalt beim Berliner Stadtgericht	PP
31-32	Berlin, 19.-29. Okt 1849	PP	PP
33-34	Berlin, 12. Juli 1849	PP	Staatsanwalt beim Berliner Stadtgericht
35-36		»Dritte Beilage zur Königlich privilegierten Berlinischen Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen« [Vossische Zeitung], 11. Febr 1851	
37	Berlin, 20. Dez 1850	Stadtgericht	PP
37-38	Berlin, Jan-März 1851	PP	PP
39	Berlin, 11. Juli 1851	PP	PP
40-41	Hamburg, 6. Juni 1851 (Abschrift)	Preuß. Geschäftsträger, v. Kamptz	MdA
42	Berlin, 10. Juli 1851	Archivierungsnotiz	
43-44	Hamburg, 8. Juli 1851 (Abschrift)	Preuß. Geschäftsträger, v. Kamptz	MdA
45-46	Altona, 8. Juli 1851	Polizeiamt Altona [Dänemark]	PP
47	[Altona, 8. Juli 1851]	[Polizeiamt Altona, Dänemark]	PP
48	Berlin, 8. Juli 1851	PP	Polizeiamt Altona [Dänemark]
49	Berlin 14. Juli 1851	Signalement Bauers	
50	Hannover, 22. Juli 1851	[unleserlich]	PP
51	Altona, 23. Juli 1851	Polizeiamt Altona [Dänemark]	PP
52	Berlin, 15. Aug 1851	MdI	PP
53	Berlin, 15. Aug 1851	MdA	MdI
54	Altona, 17. Okt 1851	Polizeiamt Altona [Dänemark]	PP

Bauer wurde als Verfasser der Plakate mit der Überschrift »Mitbürger«, »Brüder« und »An die Bürgerwehr Berlins« ermittelt und soll dafür verhaftet werden. Die Verhaftung ist laut Vermerk am 27. Aug 1848 erfolgt

Bauer plant (mit Dr. Julius) Besuch bei seinem Bruder Egbert Bauer

Bauers Bruder wird schon längere Zeit überwacht, Edgar Bauer hat sich dort aber nicht sehen lassen

Nach Bauer und dem Schriftsetzer Franz wird in Halberstadt gefahndet, bisher aber ohne Erfolg

Verschiedene kurze Notizen. Betrifft u.a. Verbindung zum Verlag Hoffmann und Campe in Hamburg

Bauer und der Schriftsetzer Georg Franz sollen in Halberstadt sein

Enthält auf der ersten Seite Steckbrief Bauers, der wegen Aufruhr zu achtjähriger Festungshaft verurteilt ist und sich der Festnahme entzogen hat

Bauer ist zu achtjähriger Festungsstrafe verurteilt. Aufenthaltsort wird erfragt. Bei Betreten des Polizeibezirks soll er verhaftet werden

Verschiedene kurze Notizen zum Verbleib Bauers. Hält sich wohl in Hamburg und Kiel auf

Betrifft die erfolgte Verhaftung Bauers in Altona [zu Dänemark gehörend]

Bauer hielt sich unter dem Namen Lange seit zwei Jahren in der Hamburger Vorstadt St. Georg auf und arbeitete als Redakteur der »Reform«, sollte verhaftet werden, floh während der Hausdurchsuchung

Bl. 43f. betreffend

Die Angaben über einen zweijährigen Aufenthalt Bauers in und bei Hamburg haben sich als falsch erwiesen, nicht jedoch die über seine versuchte Verhaftung und seine Flucht

Angaben über Bauers versuchte Verhaftung und seine Flucht

Signalement Bauers

Bittet um intensive Bemühungen, Bauer zu verhaften

Bauer halte sich im dänischen Flensburg auf

Bauer halte sich im dänischen Flensburg auf

MdA will Auslieferung Bauers bei den dänischen Behörden erwirken

MdA will Auslieferung Bauers bei den dänischen Behörden erwirken

Bauer hatte bis zum Juni 1851 unter dem Namen Lange in Ovelgönne gelebt und soll sich jetzt in Dänemark befinden

(Die weitere Akte umfasst die Jahre 1852–1886)

Edgar Bauer u.a.: Ministerialakte (1844/45, 242 Bl., »Acten des Criminalsenats des Königlichen Kammergerichts in der Untersuchungssache wider den Schriftsteller Edgar Bauer und den Buchdrucker Johann Carl Friedrich Ferdinand Nietack«). GStA PK, I. HA, Rep. 97, Kammergericht, Nr. 5262

Bl.	Ort, Datum	Vorgang
1-60	Berlin, 16. Juni 1844	Konzept der Anklageschrift
61-74	Berlin, 28. Aug 1844	Ergebnisse der Kriminaluntersuchung am Kammergericht
75-76	Berlin, 29. Aug 1844	Urteil des Kammergerichts (Kurzfassung)
77-162	Berlin, 29. Aug 1844	Urteil des Kammergerichts (Langfassung)
163-220	Berlin, 21. Nov 1845	Urteil der Berufungsinstanz (Ober-Appellations-Senat) über die Urteile des Kammergerichts vom 29. Aug 1844, 20. Jan u. 8. Mai 1845
221-234	Berlin, 8. Mai 1845	Erneutes Urteil des Kammergerichts (ausschließlich gegen Edgar Bauer)
235	Berlin, 11. Dez 1845	Kurzfassung des Berufungsurteils (vgl. Bl. 163ff.) und Arrestzettel für Edgar Bauer
236	Berlin, 11. Dez 1845	Weiterleitung des Urteils der 2. Instanz samt Akten an das Kammergerichts-Requisitoriat
237	Berlin, 11. Dez 1845	Kammergerichtspräsident Festungskommandantur in Magdeburg

Egbert Bauer u.a.: Ministerialakte (1843, 410 Bl., »Acta des Staatsanwalts beim Königl. Ober-Censur-Gericht betreffend die Ertheilung und Entziehung der Erlaubnis zum Debit von Schriften«). GStA PK, I. HA, Rep. 101 H, Oberzensurkollegium und Oberzensurgericht, Nr. 13

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
3	Berlin, 10. Aug 1843	Ober-Präsident Provinz Brandenburg, v. Meding	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht Sulzer

Inhalt

»Relation aus den Akten. I. Instanz in der Kriminal-Untersuchungssache wider den Schriftsteller Edgar Bauer et al«. Betrifft: »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat«. Für Bauer werden 4 Jahre Festungshaft und für Verleger Egbert Bauer und Drucker Nietack wird Freispruch gefordert
Edgar Bauer für Schrift allein verantwortlich; Egbert Bauer und Nietack sind vorläufig freizusprechen

Edgar Bauer »wegen Beleidigung von Religionsgesellschaften, wegen Majestätsbeleidigung und der Erregung von Mißvergnügen gegen die Regierung« verurteilt zu drei Jahren Festungshaft; vorläufiger Freispruch für Egbert Bauer und Nietack

Völliger (und nicht nur vorläufiger) Freispruch für Egbert Bauer und Nietack. Für Edgar Bauer: 4 Jahre Festungshaft (Begründung wie 8. Mai 1845, vgl. Bl. 221ff.)

Nunmehr 4 Jahre Festungshaft wegen »Beleidigung von Religionsgesellschaften, wegen Majestäts-Beleidigung und wegen frechen und unehrerbietigen Tadels und Verspottung der Landesgesetze und Anordnungen im Staate zum Zweck der Erregung von Mißvergnügen gegen die Regierung«

Soll die Verkündung des Urteils und die Vollstreckung veranlassen

Bittet, die 4jährige Festungshaft für den dort eingelieferten Bauer zu vollstrecken

(Die weitere Akte umfasst die Jahre 1873/74)

Inhalt

Bittet um Verteidigungsschrift des Verlegers Egbert Bauer betreffs Jordans »Zu Deutschlands tausendjährigem Geburtstage«

4	Potsdam, 9. Aug 1843	Ober-Präsident Provinz Brandenburg, v. Meding	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht Sulzer
5-6	Berlin, 8. Aug 1843	PP	Ober-Präsident Provinz Brandenburg, v. Meding
7	Berlin, 11. Aug 1843	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht Sulzer	Ober-Präsident Provinz Brandenburg, v. Meding
8-19	Berlin, 10. Aug 1843	Votum des Staatsanwalts am Ober-Censur-Gericht Sulzer	
20	Posen, 16. Aug 1843	Ober-Präsidium der Provinz Posen	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht Sulzer
21	o.O., 7. Sept 1843	PP v. Puttkamer	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht Sulzer
22	Charlottenburg, 14. Sept 1843	Egbert Bauer	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht Sulzer
23-24	Berlin, 21. Sept 1843	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht Sulzer	PP

Egbert Bauer habe am 7. Aug 1843 E. Bauers »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« zur Zensur vorgelegt, die ganze Auflage wurde vorläufig beschlagnahmt. Sulzer solle definitives Verbot der Schrift beim Ober-Censur-Gericht beantragen

Egbert Bauer habe E. Bauers »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« zur Zensur vorgelegt (vgl. Bl. 4), die ganze Auflage wurde vorläufig beschlagnahmt: »Der Verfasser erklärt sich unumwunden als Atheist, sieht in dem Sturz der Kirche und der Staaten das alleinige Ziel der Bestrebungen des freien Menschen und macht dieses zur Aufgabe der modernen Kritik. Die von ihm vorgetragenen Grundsätze sind unvereinbar mit jedem kirchlichen und jedem Staatsverbande, selbst der Republik«; »Dabei hält er sich nicht in den Schranken einer wissenschaftlichen Abhandlung, vielmehr wendet er sich an das Volk«

Übersendet sein Votum über E. Bauers Schrift »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« (vgl. Bl. 8ff.)

Über E. Bauers Schrift »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« (vgl. Bl. 4 u.7): »Es muß also die Religion und der Staat [...] gänzlich aufhören«; Kampf »gegen Religion und Staat und gegen die Bekenner aller christlichen Konfessionen, gegen die Anhänger jeder anderen Staatsform, sogar der Republik«; empfiehlt Kriminaluntersuchung aufgrund § 214, 217, 151, 154, 199 und 200, Tit. 20, Theil II des »Allgemeinen Landrechts«

Informiert über Debitsverbot E. Bauers Schrift »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« in Provinz Posen

Bittet um Nachricht, sobald gegen E. Bauers Schrift »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« Untersuchung eingeleitet wurde

Verweist auf seine wiederholten Anfragen, wie bezüglich der vorläufig beschlagnahmten Schrift E. Bauers »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« weiter verfahren werde, bittet nochmals um Antwort

Verweist auf E. Bauers in Zürich und Winterthur in zwei Heften erschienene Schrift »Die liberalen Bestrebungen in Deutschland«; bittet um eine Übersendung an ihn

(Die weitere Akte umfasst andere Zensurvorgänge)

Heinrich Börnstein u.a.

Heinrich Börnstein u.a.: Ministerialakte (1844–1881, 9 Bl., »Acta des Königlichen Civil-Kabinetts, 1. Abteilung betreffend die Untersuchung gegen die in Paris sich aufhaltenden deutschen Literaten Börnstein, Ruge, Marx und Heine«). GStA PK, I. HA, Rep. 89, Geh. Zivilkabinett, jüngere Periode, Nr. 15081

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1	o.O., o.D.	Archivierungsnotiz	
2-4	Berlin, 8. Sept 1844	MdA v. Bülow	König Friedrich Wilhelm IV.
5	13., 23. u. 25. Sept 1844	Aktennotizen	
6	12. Sept 1844	Aktennotizen	
7	26. u. 28. Sept, 5. Okt 1844	Aktennotizen	
8	Nach dem 24. Febr 1878	Zeitungsausschnitt ohne Quellenangabe	
9		»Königlich privilegierte Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen« [Vossische Zeitung], Nr. 3. Abend-Ausgabe. 4. Jan 1881, [S. 1]	

Inhalt

Königliche Verfügung auf den Bericht MdA v. Bülow vom 13. Jan 1844: Verbot der in Paris herausgegebenen Zeitschriften »Deutsche Revue« und »Vorwärts!« und der dahinter stehenden Vereinigungen

Betrifft »das revolutionäre schriftstellerische Treiben der in Paris zu solchen Zwecke vereinigten bekannten deutschen Literaten Börnstein, Ruge, Marx und Heine« und »das Gift, welche jene zu verbreiten streben«. Bemühen, auch die französische Regierung »zur Unterdrückung dieses literarischen Unfugs« und insbesondere des »Vorwärts!« zu veranlassen, versprechen nur Erfolg, wenn ein ausdrückliches Ersuchen der deutschen Gesandtschaft vorliegt. Da Graf v. Arnim wegen des ungewissen Ausgangs eines Gerichtsverfahrens kein solches Ersuchen stellt, schlägt Minister Guizot für die französische Seite vor, die Ausweisung dieser Schriftsteller zu veranlassen. Da das Blatt »seit dem versuchten Attentate des Tschsch mit unerhörter Schamlosigkeit den Königsmord predigte«, wollte v. Bülow nun aber doch die Gesandtschaft anweisen, ein förmliches Ersuchen zur Unterdrückung des Blattes zu stellen, als er einen Bericht des Grafen v. Arnim erhielt, der dies hinfällig machte, da die französische Regierung mittlerweile von selbst gegen das Blatt und seine Redaktion vorgeht

Betreffend das Verfahren in Frankreich

Betreffend die Aktenführung

Ruge erhält monatlichen Ehrensold von der deutschen Regierung

Anonymer Nachruf auf Ruge

Ludwig Buhl

Ludwig Buhl: Ministerialakte (1842, 38 S., »Acta betr. die Censur und den Debit der anstößigen Schrift, angeblich des Literaten Buhl in Berlin: »Die Noth der Kirche und die christliche Sonntagsfeier«). GStA PK, I. HA, Rep. 77, MdI, Tit. 2 Spec. Lit. K, Nr. 71

S.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1-4	Berlin, 20. März 1842	MdI v. Rochow i.V.	Staatsminister v. Werther; MdK Eichhorn
5	Berlin, 16. April 1843	MdI v. Rochow	Staatsminister v. Werther; MdK Eichhorn
6	Berlin, 28. April 1843	Archivierungsnotiz	
7-10		Beilage zur »Leipziger Allgemeinen Zeitung«, Nr. 108, 18. April 1842, S. 1264	
11-14		Abschrift von Dokument S. 1ff.	
15-17	Berlin, 31. März 1842	MdK Eichhorn	Staatsminister v. Werther; MdI v. Rochow
18-19	Berlin, 8. April 1842	MdA v. Bülow	MdI v. Rochow
20		Abschrift von Dokument S. 5	
21	Berlin, 27. April 1842	MdK Eichhorn	MdA v. Bülow; MdI v. Rochow
22-24	Berlin, 24. Mai 1842	Unbekannter externer Zensor (Ober-Censur-Collegium?)	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
25-26	Berlin, 4. Juli 1842	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdK Eichhorn; MdA v. Bülow; MdI v. Rochow
27-32	Berlin, 15. Juni 1842	Dr. Pischon (theolog. Zensor für Provinz Brandenburg)	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding

Inhalt

»Die Noth der Kirche und die christliche Sonntagsfeier« sei »Persiflage«, »verwirft alle Vernunft als Widerspruch des Glaubens«, »fordert öffentlichen Gottesdienst für jeden Tag«, schürt »Intoleranz« und »Mißtrauen«; nach »mir zugegangenen Nachrichten« stammt die Schrift »von einem hiesigen Literaten Buhl«, einem Korrespondenten der »Rheinischen Zeitung« und Freund der Doktoren Meyen, Rutenberg und Mügge; schlägt Zensurverbot vor
Antwort auf Schreiben vom 31. März 1842 (vgl. S. 15ff.): Das Abwarten des Gutachtens des Ober-Censur-Collegiums würde zu viel Zeitverzögerung bringen, und, da die Schrift bereits mit Zensurerlaubnis gedruckt werde, zu spät kommen und wirkungslos sein

Korrespondenz »Berlin, d. 12. April 1842« lobt die Schrift »Die Noth der Kirche und die christliche Sonntagsfeier«: »Giftpfeile des Spottes und der Ironie [...] mit meisterhafter Consequenz«

»Es ist sehr wohl möglich, daß der Schrift keine aufrichtige Gesinnung zum Grunde liegt«; »Persiflage«; vor Empfehlung eines Zensurverbots möchte er aber ein generelles Gutachten des Ober-Censur-Collegiums abwarten, wie mit solchen Schriften, die »nicht frivoler Fassung« sind und nicht »auf eine offene Verspottung der Religion ausgehen«, zu verfahren sei
Stimmt Votum des MdK vom 31. März zu (vgl. S. 15ff.); wenn nicht »Gefahr im Verzuge«, sollte stets das Votum des Ober-Censur-Collegiums abgewartet werden

Stimmt Votum v. Rochows vom 16. April bei (vgl. S. 5), auch, weil »die in Rede stehende Broschüre bereits vergessen ist und überhaupt wenig Eindruck gemacht hat«

Macht aufmerksam auf eine neue Strategie der »Bekenner der extremen Richtung, welche das Christenthum durch die Resultate der neuern Philosophie ersetzt und erübrigt wähnt«: »Die Verfasser dieser Schriften geben sich nämlich den Anschein orthodoxer Ueberzeugung, führen die Sprache sittlicher Entrüstung«; die Reihe dieser Schriften wurde mit »Die Posaune« eröffnet; »Die Noth der Kirche und die christliche Sonntagsfeier« folge diesem Muster; er empfiehlt zwar kein Zensurverbot, aber den zuständigen Zensur der theologischen Schriften betreffend zu instruieren
Übersendet Rechtfertigungsschreiben des Zensors Pischon vom 15. Juni 1842 (vgl. S. 27ff.)

Rechtfertigt seine Druckerlaubnis für die Broschüre: »ging mir der böse Wille nicht klar aus jener Schrift hervor«; sie entspreche den Ansichten von »Altlutheraner[n]« und »Strenggläubige[n]«; wirft in seinem Schreiben grundsätzliche Fragen der Zensur theologischer Schriften unter heutigen Bedingungen auf

33	Berlin, 28. Aug 1842	Archivierungsnotiz	
34-37	Berlin, 8. Sept 1842 (Langfassung)	MdK Eichhorn	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding (MdA v. Bülow; MdI v. Rochow in Abschrift)
37-38	Berlin, 27. Okt 1842 (Kurzfassung)	MdK Eichhorn	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding (MdA v. Bülow; MdI v. Rochow in Abschrift)

Ludwig Buhl: Ministerialakte (1842/43, 49 Bl.). GStA PK, I. HA, Rep. 103, Generalpostmeister bzw. Generalpostamt, Nr. 303

Bl.	Ort, Datum	
1-49	Berlin, 7. März 1843	Manuskriptabschrift: »Beiträge zur Kenntniß und Würdigung des Preußischen Postwesens. Herausgegeben von Ludwig Buhl«

Ludwig Buhl: Ministerialakte (1842/43, 223 S., »Acta betr. die Censur und den Debit der zu Berlin bei Hermes heftweise erschienenen Schrift »Der Patriot von Buhl««). GStA PK, I. HA, Rep. 77, MdI, Tit. 2 Spec. Lit. P, Nr. 52

S.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1-2	Berlin, 26. Nov 1842	MdI	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
3-5	Berlin, 25. Nov 1842	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI
6-201		Vier Originalhefte von »Der Patriot. Inländische Fragen«	
202-203	Berlin, 10. Dez 1842	MdI	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
204		Auszug aus »Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen« [Vossische Zeitung], Nr. 12, 14. Jan 1843	
205-206	Berlin, 19. Dez 1842	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdK Eichhorn; MdA v. Bülow; MdI v. Arnim-Boitzenburg

Rügt die nicht überzeugende Rechtfertigung des Zensors Pischon (vgl. S. 27ff.); empfiehlt, zukünftig den Zensur-Erlass vom 24. Dez 1841 streng auszulegen und streng anzuwenden

Kürzere und moderatere Fassung des Schreibens oder Entwurfs vom 8. Sept 1842 (vgl. S. 34ff.)

Inhalt

Interna über das bürokratisch organisierte Postwesen, über Ineffizienz und Misswirtschaft

Inhalt

»Patriot« trage unzweifelhaft den Charakter einer periodischen Zeitschrift, ohne dass betreffende Konzession vorliege

Hat bisherige 4 Hefte des »Patrioten« vom Zensor angefordert; sollte 5. Heft erscheinen, erhält es keine Druckerlaubnis

Stimmt Schreiben vom 25. Nov 1842 zu (vgl. S. 3ff.) und bestätigt das entsprechende Vorgehen

Werbeanzeige des Verlegers Hermes für die bisher erschienenen Hefte des »Patrioten«: »Alle politischen Blätter der liberalen Presse haben jedes Heft des *Patrioten* freudig begrüßt«, »Ich empfehle somit diese 4 Hefte allen denen, welche eine *freisinnige* Lektüre lieben«

Weil vereinbarungsgemäß das 5. Heft des »Patrioten« keine Druckerlaubnis erhielt, will Buhl nun eine Schrift »Fragen der inneren Politik und Verwaltung« veröffentlichen

207-208	Berlin, 12. Jan 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
209	Berlin, 30. Jan 1843	Ober-Censur-Collegium	MdI
210	Berlin, 20. Febr 1843	MdI	Ober-Censur-Collegium
211-212	Berlin, 14. April 1843	Generalpostmeister v. Nagler	MdI v. Arnim-Boitzenburg
213-214	Berlin, 25. April 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Generalpostmeister v. Nagler
215	Berlin, 28. April 1843	Archivierungsnotiz	
216-217	Berlin, 15. Mai 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
218	Berlin, 9. Mai 1843	Generalpostmeister v. Nagler	MdI v. Arnim-Boitzenburg
219	Potsdam, 25. Mai 1843	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI v. Arnim-Boitzenburg
220-223	Berlin, 20. Mai 1843	Zensor v. Lauer-Münchhofen	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding

[Ludwig Buhl]: Ministerialakte (1842–1844, 264 Bl., »Verbotene Bücher des In- und Auslands, desgleichen neue Censur-Maasregeln gegen die im Auslande erscheinenden politischen Schriften«). GStA PK, III. HA, MdA, I, Nr. 8999

Akten-Nr., Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
5027, Bl. 52	Berlin, 19. Nov 1842	MdI	MdA
5027, Bl. 58	Berlin, 10. Jan 1843	MdI, MdA, MdK	

Erklärt sich mit dem Verfahren einverstanden (vgl. S. 205f.)

Habe Schreiben vom 12. Jan 1843 in Abschrift erhalten (vgl. S. 207f.); erbitte entsprechendes Schreiben des Ober-Präsidenten vom 19. Dez 1842 (vgl. S. 205f.)

Sendet Abschrift des Schreibens vom 19. Dez 1842 (vgl. S. 205f., 209)

Hat Manuskript »Beiträge zur Kenntniß und Würdigung des Preußischen Postwesens herausgegeben v. L. Buhl« begutachtet; beruhe auf Mißbrauch amtlicher Quellen durch General-Postamts-Assessor Schiller und Post-Secretair Senst; Schrift habe die Tendenz, das preußische Postwesen »herabzuwürdigen«; empfiehlt Hausdurchsuchung bei Senst

Kann Bitte um Hausdurchsuchung bei Senst nicht nachkommen, bevor dessen Autorschaft nicht festgestellt ist; Nagler soll sich mit Originalmanuskript an die Königliche Regierung in Liegnitz wenden, wo Senst wohne

Bezieht sich auf Nachrichten aus der »Kölnischen Zeitung«, Nr. 110; Generalpostmeister v. Nagler soll vom Zensor v. Lauer-Münchhofen das Manuskript Buhls »Beiträge zur Kenntniß und Würdigung des Preußischen Postwesens« erhalten und daraufhin eine Beleidigungsklage gegen Buhl beim Kammergericht eingereicht haben; erwartet Bericht, wie er in unstatthafter Weise in Besitz des Manuskripts gelangt sei

Relativ indignierte Antwort auf das Schreiben vom 25. April 1843 (vgl. S. 213f.); zieht aufgrund der nun eingetretenen Zeitverzögerung seine Bitte um Hausdurchsuchung zurück

Übersendet auf Anfrage vom 15. Mai 1843 (vgl. S. 216f.) den Bericht des Zensors (vgl. S. 220ff.)

Habe Buhls Manuskript »Beiträge zur Kenntniß und Würdigung des Preußischen Postwesens« zur Zensur erhalten, habe Generalpostmeister v. Nagler konsultiert; habe ihm auf dessen Verlangen das Manuskript am 27. März 1842 überlassen, weil er es für eine Beleidigungsklage benötigte; am 30. März habe Buhl um Rückgabe des Manuskripts gebeten, nochmals am 4. April; am 9. April habe er das Manuskript zurückerhalten und am 10. April Buhl übersandt; zwischenzeitlich allerdings hätte Buhl gegen ihn eine Klage auf Manuskripttherausgabe beim Kammergericht eingereicht (die nun hinfällig sei): »Die Ordnungsmäßigkeit meines Verfahrens dürfte sich aus vorstehender Darstellung von selbst [verstehen]«

Inhalt
Informiert über das vorläufige Verbot von »Bruno Bauer und seine Gegner« von Edgar Bauer
Verbot von »Bruno Bauer und seine Gegner«

5027, Bl. 60	Berlin, 20. Febr 1843	MdI, MdA, MdK	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
5027, Bl. 61-64	Berlin, 24. März 1843	MdI, MdA, MdK	
2919, Bl. 92	Berlin, 29. Juni 1844	MdI	MdA
2919, Bl. 93-96	Berlin, 4. Juli 1844	MdA	Preußische Gesandtschaften in Karlsruhe, Dresden, Hamburg; Resident Frankfurt a.M.; Preußisches MdI
2959, Bl. 97	Berlin, 3. Juli 1844	MdI	MdA
2959, Bl. 98	Berlin, 6. Juli 1844	MdA	Preußische Gesandtschaften in Karlsruhe, Dresden, Hamburg; Resident Frankfurt a.M.
3284, Bl. 112	Berlin, 23. Juli 1844	Preußischer Resident Frankfurt a.M.	MdA
3318, Bl. 113	Dresden, 22. Juli 1844	Preußische Gesandtschaft in Sachsen	MdA
3318, Bl. 114	Dresden, 22. Juli 1844	Königlich-sächsisches MdI	Preußische Gesandtschaft in Sachsen
3318, Bl. 115-117	Karlsruhe, 19. Juli 1844	Preußische Gesandtschaft in Karlsruhe	MdA
3273 3284-3318 3384, Bl. 118-121	Berlin, 30. Juli 1844	MdA	MdI
3137, Bl. 141	Hamburg, 10. Juli 1844	Preußische Gesandtschaft in Hamburg	MdA
3543, Bl. 142-143	Hamburg, 31. Juli 1844	Preußische Gesandtschaft in Hamburg	MdA
3543, Bl. 144	Berlin, 10. Aug 1844	MdA	MdI
3730, Bl. 182-183	Boitzenburg, 14. Aug 1844	MdI	MdA
3734, Bl. 184	Dresden, 12. Aug 1844	Preußische Gesandtschaft in Sachsen	MdA
3730 3734, Bl. 185-187	Berlin, 20. Aug 1844	MdA	Königlich-sächsischer Minister v. Jordan
4102 4142, Bl. 232	Berlin, 15. Sept 1844	MdA	Preußische Gesandtschaft in Wien

Übersenden Verfügung von Bl. 58

Weiteres Vorgehen gegen »Bruno Bauer und seine Gegner«

Buhl hat die »Berliner Monatsschrift« erscheinen lassen, darin sind Aufsätze, welche als »gefährlich für das gemeine Volk« gelten. Das Innenministerium hat die Beschlagnahme angeordnet, diese soll auch am Druckort Man[n]heim und in den übrigen deutschen Staaten erfolgen

Vorgehen gegen die »Berliner Monatsschrift«

Beschlagnahme von Buhls »Die Herrschaft des Geburts- und Bodenprivilegiums in Preußen«. Soll auch in den anderen deutschen Staaten erfolgen

Vorgehen gegen »Die Herrschaft des Geburts- und Bodenprivilegiums in Preußen«

Verbot der beiden Schriften ist erfolgt

Beschlagnahme der beiden Schriften ist erfolgt

Vgl. Bl. 113

Beschlagnahme der beiden Schriften ist erfolgt

Informiert über das Vorgehen gegen die beiden Schriften Buhls

Stellt Vorgehen gegen die zwei Schriften Buhls in Hamburg in Aussicht

Beschlagnahme der beiden Schriften Buhls ist erfolgt

Informiert über das Vorgehen in Hamburg

Klärung von Rückfragen der Königlich-sächsischen Regierung zum rechtlichen Hintergrund des Vorgehens gegen Buhls Schriften

Vorgehen gegen die zwei Schriften Buhls in Sachsen, mögliche Rechtsmittel gegen die Beschlagnahme

Erläutert den rechtlichen Hintergrund des Vorgehens gegen Buhls Schriften

Vorgehen gegen die »Berliner Monatsschrift«

Ludwig Buhl: Ministerialakte (1843–1848, 99 Bl., »Acta betr. die Censur der von dem Literaten Buhl, in Berlin, herausgegebenen Schriften und Flugblätter«). GStA PK, I. HA, Rep. 77, MdI, Tit. 2 Spec. Lit. B, Nr. 67

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1		Der Beruf der Preußischen Presse. Von L. Buhl. Berlin 1842 [Broschüre, 31 S.]	
2	Berlin, 28. Juli 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
3	Berlin, 21. Sept 1843	Ober-Censur-Gericht	MdI v. Arnim-Boitzenburg
4-5		Beschluss vom 13. Sept 1843	
6-11		Konvolut von Zensurbeschlüssen des Ober-Censur-Gerichts	
12	Berlin, 20. April 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Justizminister Mühler
13	Berlin, 13. Mai 1844	MdI. II. Abtheilung	PP v. Puttkamer
14	Berlin, 18. Mai 1844	PP v. Puttkamer	MdI
15	Berlin, 17. Mai 1844	Justizministerium	MdI
16-17	Berlin, 23. Aug 1844	Justizministerium	MdI
18	Berlin, 29. Juni 1844	PP	PP
19	Berlin, 29. Juni 1844	MdI	PP v. Puttkamer
20	Berlin, 29. Juni 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
21	Berlin, 29. Juni 1844	Ober-Censur-Gericht	PP v. Puttkamer
22	Berlin, 29. Juni 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Justizminister Mühler
23-24	Berlin, 3. Juli 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	MdA v. Bülow
25	Berlin, 4. Juli 1844	MdA v. Bülow	MdI v. Arnim-Boitzenburg
26-27	Berlin, 10. Juli 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
28	Berlin, 5. Juli 1844	PP v. Puttkamer	MdI v. Arnim-Boitzenburg
29	Münster, 7. Juli 1844	Provinzregierung Münster	MdI v. Arnim-Boitzenburg
30-37	Berlin, 15. Juli 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding

Inhalt
Künftig erscheinende »Berliner Monatsschrift« Buhls soll streng vom Zensor geprüft werden
Übersendet Beschluss des Gerichts vom 13. Sept 1843, Buhl die Druckerlaubnis für die »Berliner Monatsschrift« zu verweigern (sein Einspruch vom 28. Juli 1843 gegen das Zensurverbot) Vgl. Bl. 3
Darin: Verbotsbeschluss, Buhl betreffend vom 13. Sept 1843 (vgl. Bl. 3)
Übersendet »Erklärung« Buhls aus »Weser-Zeitung«, Nr. 76, seine angebliche Flucht betreffend Bezieht sich auf Artikel der »Magdeburgischen Zeitung« vom 9. Mai 1844, Nr. 110, dass Buhl seit drei Monaten in der Stadtvoigtei zusammen mit Personen der untersten Klassen inhaftiert sei
Nach Rücksprache mit Kriminalgericht sind Buhls Haftbedingungen verbessert worden
Rücksendung der »Erklärung« Buhls aus der »Weser-Zeitung« (vgl. Bl. 12) sowie zweier Anlagen (vgl. Bl. 16f.)
Kammergerichtsbeschluss vom 23. April 1844 über Buhls dreimonatige Haft wegen Beleidigung des Ministers v. Nagler in seiner Zeitschrift »Der Patriot«
Buhls »Die Herrschaft des Geburts- und Bodenprivilegiums in Preußen« sowie die »Berliner Monatsschrift« sind zu beschlagnahmen
Anweisung, Buhls »Berliner Monatsschrift« zu beschlagnahmen
Anweisung, Buhls »Die Herrschaft des Geburts- und Bodenprivilegiums in Preußen« sowie die »Berliner Monatsschrift« zu beschlagnahmen
Buhls »Berliner Monatsschrift« sei als »gemeingefährlich« zu beschlagnahmen
Er habe heute Beschlagnahme von Buhls »Berliner Monatsschrift« angeordnet
Bittet darum, nicht nur Buhls »Berliner Monatsschrift«, sondern auch »Die Herrschaft des Geburts- und Bodenprivilegiums in Preußen« in deutschen Staaten zu beschlagnahmen
Berichtet über Schritte zur Beschlagnahme von Buhls »Berliner Monatsschrift« in deutschen Staaten
Ersucht, dass gegen Buhl wegen der »Berliner Monatsschrift« Kriminaluntersuchung eingeleitet wird
Buhls »Berliner Monatsschrift« und »Die Herrschaft des Geburts- und Bodenprivilegiums in Preußen« sind beschlagnahmt worden
Buhls »Die Herrschaft des Geburts- und Bodenprivilegiums in Preußen« ist beschlagnahmt worden
Nicht nur wegen Buhls »Berliner Monatsschrift«, sondern auch »Die Herrschaft des Geburts- und Bodenprivilegiums in Preußen« ist Kriminaluntersuchung eingeleitet worden

38	Berlin, 6. Juli 1844	MdA v. Bülow	MdI v. Arnim-Boitzenburg
39-40	Berlin, 12., 13., 17. Juli 1844	PP	PP
41	Berlin, 19. Juli 1844	MdI. II. Abtheilung	PP v. Puttkamer
42	Potsdam, 14. Juli 1844	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI v. Arnim-Boitzenburg
43	Potsdam, 21. Juli 1844	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI v. Arnim-Boitzenburg
44-48	Berlin, 30. Juli 1844	MdA v. Bülow	MdI v. Arnim-Boitzenburg
49-50	Boitzenburg, 14. Aug 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	MdA v. Bülow
51-70			
71-72	Potsdam, 16. Nov 1844	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI v. Arnim-Boitzenburg
73-76	Berlin, 16. Okt 1844	Kriminalgericht Berlin	PP v. Puttkamer
76	Berlin, 30. Nov 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Justizminister Uhden
77-78	Berlin, 24. Jan 1845	MdI	Ober-Präsident der Rheinprovinz, v. Schaper
79	Berlin, 27. Jan 1845	Justizminister Uhden	MdI v. Arnim-Boitzenburg
80-84	Berlin, 16. Jan 1845	Beschluss des Kammergerichts vom 16. Jan 1845 (Abschrift)	
85	Berlin, 8. Dez 1846	PP	PP
86	Berlin, 9. Dez 1846	MdI v. Bodelschwingh	PP
87-90	Berlin, 9. Dez 1846	MdI	Cirkularschreiben
91-92	Berlin, 14. Dez 1846	PP v. Puttkamer	MdI. II. Abtheilung
93	Berlin, 3. Jan 1847	MdI. II. Abtheilung	PP
94-95	Berlin, 3. Febr 1847	PP v. Puttkamer	MdI. II. Abtheilung
96	Berlin, 5. Juli 1847	Kriegsministerium	MdI
97	Berlin, 18. Juli 1847	MdI. II. Abtheilung	PP
98	Berlin, 1. März 1848	PP	PP
99	Berlin, 19. Febr 1848	MdI v. Bodelschwingh	Ober-Präsident der Provinz Sachsen, v. Bonin

Habe Beschlagnahme der »Berliner Monatsschrift« in anderen deutschen Staaten veranlasst
Mögliche Beschlagnahme der Buhl-Übersetzung von Blancs »Die Geschichte der zehn Jahre 1830–1840«
Buhls Vorrede zu seiner Übersetzung von Blancs Schrift sei »entschieden revolutionär«; da es eine Zensurzulassung gegeben habe, sollte eine Beschlagnahme jedoch nicht erfolgen
Buhls »Berliner Monatsschrift« und »Die Herrschaft des Geburts- und Bodenprivilegiums in Preußen« sind in Berlin beschlagnahmt; ist sich über rechtliche Grundlagen der Beschlagnahme letzterer Schrift in der ganzen Provinz nicht im Klaren
Habe nun auch Buhls »Die Herrschaft des Geburts- und Bodenprivilegiums in Preußen« in der ganzen Provinz beschlagnahmen lassen
Erkundigt sich über die Umstände, unter denen die zwei genannten Schriften Buhls in Mannheim erschienen sind
Erläutert die Umstände, unter denen die zwei genannten Schriften Buhls in Mannheim erschienen sind
Zahlreiche Schreiben betreffend die Beschlagnahme der zwei genannten Schriften in den Provinzen Preußens und anderen deutschen Staaten
Königliches Kriminalgericht zu Berlin habe Einleitung einer Kriminaluntersuchung gegen Buhl aufgrund seiner zwei Schriften »wider Erwarten« abgelehnt
Untersuchungsergebnis betreffend Buhl (vgl. Bl. 71f.)
Übersendung des Beschlusses des Kriminalgerichts (vgl. Bl. 71f.)
Bekräftigt das Zensurverbot beider Schriften Buhls
Hat Kammergericht gebeten, Verfügung des Kriminalgerichts vom 16. Okt 1844 zu überprüfen, übersendet Abschrift des Berichts
Erhebt Einspruch gegen Beschluss des Kriminalgerichts vom 16. Okt 1844, keine Kriminaluntersuchung gegen Buhl einzuleiten
In »Die Epigonen«, Bd. 3 (1846) druckt Buhl Auszüge aus seinen von der Justiz belangten Schriften
Die »Epigonen«, Bd. 3 (1846) sind zu beschlagnahmen
Ordnet Beschlagnahme von »Die Epigonen« an, Bd. 3 (1846)
Staatsanwalt beim Kriminalgericht lehnt Anklageerhebung wegen Buhls Beitrag zu »Die Epigonen« ab
Staatsanwalt soll dennoch zu Anklageerhebung gegen Buhl motiviert werden
Staatsanwalt Kirchmann werde nun zur Anklageerhebung motiviert
Buhl verbüßte ab 28. Juli 1846 einjährige Festungshaft in Magdeburg, ist am 28. Juni 1847 entlassen worden
Ursprünglich sollte Buhl Einreise nach Berlin verwehrt werden; sei aber hinfällig, da abermals eine Kriminaluntersuchung gegen ihn eingeleitet worden ist
Erbittet Übersendung von Buhls »Geschichte des Preußischen Staates« [1848]
Buhls soeben erschienene Schrift »Geschichte des Preußischen Staates« soll scharf zensiert werden

»Die christliche Sonntagsfeier«

[Die christliche Sonntagsfeier]: Ministerialakte (1842, 58 S., »Acta betr: das Debits-Verbot der unter dem Titel ›Gegenwort eines Mitgliedes der Berliner Gemeinde wider die Schrift der 57. Berliner Geistlichen: Die christliche Sonntagsfeier, ein Wort der Liebe an unsere Gemeinen. Leipzig 1842, Robert Binder« erschienenen anstößigen Schrift«). GStA PK, I. HA, Rep. 77, MdI, Tit. 2 Spec. Lit. G, Nr. 38

S.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1-21		Broschüre: »Gegenwort eines Mitgliedes der Berliner Gemeinde wider die Schrift der sieben und funfzig Berliner Geistlichen: Die christliche Sonntagsfeier, ein Wort der Liebe an unsere Gemeinen. Leipzig 1842«	
22-24	o.O., o.D.	MdI	MdI
25-26	Berlin, 3. Febr 1842	MdI	PP sowie Polizei-Direktorien der Provinzen
27-28	Berlin, 3. Febr 1842	MdI	Sächs. Regierungsbevollmächtigter, v. Falckenstein
29-31	Berlin, 3. Febr 1841	MdI v. Rochow	MdK Eichhorn; MdA v. Maltzahn
32	o.O., o.D.		
33-34	Berlin, 3. Febr 1842	MdI	Polizei-Direktorien Preußens
35-36	Berlin, 3. Febr 1842	PP v. Puttkamer	MdI
37-38	Leipzig, 8. Febr 1842	Sächs. Regierungsbevollmächtigter, v. Falckenstein	MdI v. Rochow
39-40	Berlin, 14. Febr 1842	MdI	MdK Eichhorn; MdA v. Maltzahn
41-46	12.-15. Febr 1842	Verschiedene Polizei-Direktorien Preußens	MdI
47-48	Berlin, 23. Febr 1842	MdK Eichhorn (MdA v. Maltzahn)	MdI v. Rochow
49-50	Berlin, 2. März 1842	MdK Eichhorn	MdI v. Rochow
51-55	26. Febr-11. April 1842	Verschiedene Polizei-Direktorien Preußens	MdI v. Rochow
56	Berlin, 7. April 1842	MdI	MdI
57	Posen, 10. Juli 1842	Polizei-Direktorium	MdI
58	Berlin, 23. Juli 1842	MdI	MdI

Inhalt
Verfahrensweise mit der erschienenen Schrift
Ordnet Beschlagnahme der Schrift in ganz Preußen an, »wegen der darin enthaltenen Angriffe gegen die christliche Religion«
Schrift sei unter sächsischer Zensur erschienen; bittet um sächsische Maßnahmen gegen das Werk
Informiert über Beschlagnahme der Schrift »wegen der darin enthaltenen Angriffe gegen die christliche Religion«
Liste der preußischen Regierungsbezirke wegen Beschlagnahme der Schrift
Modifizierte Reinschrift von S. 25f.
Informiert über vorläufige Beschlagnahme der Schrift in Berlin; beantragt Zensurverbot
Antwort auf Schreiben vom 3. Febr 1842 (vgl. S. 27f.); will Angelegenheit untersuchen und hat um Bericht des Zensors gebeten; weist für sich persönliche Verantwortung zurück
Übersendet Schreiben v. Falckensteins (vgl. S. 37f.)
Bestätigen Beschlagnahme der Schrift
Begrüßt Beschlagnahme der Schrift; »Verfasser, der offenbar zu den extremsten Auswüchsen der Jung-Hegelschen Schule gehört«
Dankt für Übersendung des Schreibens v. Falckensteins (vgl. S. 39f.): »vorgebrachten Erklärungen und Entschuldigungen beweisen, wie schwach und mangelhaft die Superintendenz in der Behandlung des Censurwesens im Königreich Sachsen ist«
Bestätigen Beschlagnahme der Schrift
Vorlagenotiz
Bestätigt Beschlagnahme der Schrift
Vorlagenotiz

Julius Faucher

Julius Faucher: Ministerialakte (1847–1850, 48 S., »Acta betr. den Literaten Dr: Julius Faucher, sowie seine Schriften und sein politisches Treiben«). GStA PK, I. HA, Rep. 77, MdI, Tit. 6 Spec. Lit. F, Nr. 88

S.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1	Berlin, 9. Febr 1847	MdI v. Bodelschwingh	Ober-Präsident der Provinz Pommern, v. Bonin
2-5	Stettin, 23. Febr 1847	Ober-Präsident der Provinz Pommern, v. Bonin	MdI v. Bodelschwingh
6-7	Berlin, 6. März 1847	MdI v. Bodelschwingh	Regierungsrath v. Ladenberg
8-8a	Berlin, 13. März 1847	Regierungsrath v. Ladenberg	MdI v. Bodelschwingh
9	Berlin, 4. Juni 1847	Regierungsrath v. Ladenberg	MdI
10-11	Berlin, 22. Juni 1847	MdI v. Bodelschwingh	Regierungsrath v. Ladenberg
12	Berlin, 28. Juni 1847	Regierungsrath v. Ladenberg	MdI v. Bodelschwingh
13	Berlin, 28. Juni 1850	Archivierungsnotiz	
14-16	Berlin, 1. Juli 1850	PP v. Hinckeldey	MdI v. Manteuffel
17-18	Berlin, 25. Juni 1850	Julius Faucher	PP
19	Berlin, 6. Juli 1850	MdI. II. Abtheilung	Julius Faucher

Inhalt

Faucher beabsichtige, nach Stettin überzusiedeln und die Reaktion der »Börsennachrichten der Ostsee« zu übernehmen; wäre nach Möglichkeit »zu verhindern«, um »den nachtheiligen Einfluß fern zu halten, den Dr. Faucher zur Durchführung der kommunistischen und revolutionären Theorien, deren Anhänger er seyn soll, in dem Blatt zu üben suchen wird«

Fauchers Bestellung als Redakteur der genannten Zeitschrift »ist nicht füglich zu verhindern«, habe aber den Lokal-Zensor angewiesen, doppelt aufmerksam zu sein; Faucher sei mit Ministerialmitarbeiter v. Ladenberg in Berlin bekannt, bei dem man Erkundigungen einholen könnte Bittet um Nachrichten über Fauchers »wissenschaftliche Richtung« und um »persönliche Einwirkung auf den Faucher«: »Da er als ein Anhänger des sogenannten Socialismus und als ein eifriger Beförderer der Versuche, diese Theorien durch die Presse als durch Einwirkung auf die niedern Volksklassen zur Geltung zu bringen, geschildert wird«

Kann kein Urteil über Fauchers »wissenschaftliche Richtung« abgeben, sieht auch keine Möglichkeit der »Einwirkung«

Übersendet Brief Fauchers an ihn vom 30. Juni 1847; bittet um Instruktionen, wie er zu antworten habe

Antwort auf Schreiben vom 4. Juni 1847 (vgl. S. 9): Soll Faucher mitteilen, dass Herausgabe einer Zeitschrift mit großen Problemen verbunden sein würde, auch der Übergang der Konzession der »Börsennachrichten der Ostsee« auf ihn

Habe Faucher in diesem Sinne geschrieben (vgl. S. 10f.)

Betrifft Fauchers Bitte vom 25. Juni 1850, Verbot des Postdebits für die »Abend-Post« rückgängig zu machen (vgl. S. 17f.): »daß es nicht gerathen scheint, einem Blatte Vergünstigungen zu Theil werden zu lassen, welches von Anfang an auf Umwälzung der bestehenden Ordnung hinzuwirken bestrebt war«; Redakteure des Blatts: »Chefs« der »demokratischen Parthei«; Versprechen auf Änderung des Kurses sei »Lüge«; ohnehin sei Faucher als Redakteur nicht zu einer solchen Bitte oder Antragstellung berechtigt, das wäre offiziell allein Sache des Herausgebers; »Versagung des Postdebits« bedeute »Sicherung gegen zukünftige Schäden«

Bitte, Postdebit nicht zu versagen und »der zukünftigen Leitung unseres Blattes nicht die Vergangenheit desselben aufzubürden«

Abschlägige Antwort auf Gesuch vom 25. Juni 1850 (vgl. S. 17f.)

(Die weitere Akte umfasst die Jahre 1858–1860)

Julius Fröbel

Julius Fröbel: Ministerialakte (1843–1849, 49 Bl., »Acta betr. den Chef des literarischen Comptoirs zu Zürich, Dr. Julius Froebel wegen revolutionären, literarischen Treibens«). GStA PK, I. HA, Rep. 77, MdI, Tit. 6 Spec. Lit. F, Nr. 66

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1-2	Berlin, 14. Aug 1843 (Abschrift)	MdI	RP Cöln; Ober-Präsident der Rheinprovinz in Ab- schrift
3	Cöln, 24. Aug 1843 (undatierter Auszug)	RP Cöln	MdI
4-5	Berlin, 8. Sept 1843 (Abschrift)	MdI	RP Cöln
6	Cöln, 16. Sept 1843	RP Cöln	MdI
7-8	Berlin, 4. April 1845	MdA	MdI

Inhalt

Einem Bericht der »Mannheimer Abendzeitung« zufolge sollen Ruge, Heß und Fröbel in Köln gewesen und die ersten beiden nach Paris weitergereist sein, »um dort ein Bündnis zwischen Frankreich und Deutschland zu Stande zu bringen«. Das MdI ist befremdet, dass es keine Mitteilung erhalten hat

Vom Aufenthalt von Ruge und Fröbel am 29.-30. Juli in Köln war ihm nichts bekannt, hat Bericht beim Polizeipräsidenten angefordert

Ermahnt noch einmal, ihn zu informieren, wenn sich die drei Personen wieder in Köln aufhalten

Fröbel ist am 14. des Monats in Köln eingetroffen und am nächsten Tag nach Paris weitergereist, um sich mit Ruge zu treffen. Mit Fröbel reisen Frau und Kind, er hat den Referendar Oppenheim und den Advokaten Steinberger getroffen

Aus einem Gesandtenbericht: Nach einem Streit ist Fröbel nun alleiniger Inhaber des literarischen Comptoirs und hat den Sitz von Winterthur nach Zürich verlegt. Geschäftlich bestehe keine große Aktivität, Fröbel beabsichtigt jedoch eine Reise nach Leipzig, um Kontakte zu knüpfen und das Geschäft wieder in Gang zu bringen:

»Von dem Inhalte der von ihr [der Verlagsanstalt von Fröbel] verlegten Werke vor ihren wirklichen Erscheinen Kenntniß zu erlangen, ist nach Versicherung des [gedachten?] Königlichen Gesandten äußerst schwierig, ja fast unmöglich, da der Froebel, durch mehrfache Confectionen vorsichtig gemacht, sobald er eine Schrift der Öffentlichkeit übergeben will, gegen welche er ein Verbot befürchtet, die von ihm beschäftigten Drucker nicht eher aus dem Hause läßt, als bis der Druck vollständig beendet, und die Versendung der für Deutschland bestimmten Exemplare erfolgt ist. Dagegen hat der Königl. Gesandte in der Schweiz Gelegenheit gefunden sich eine Quelle zu eröffnen, aus der er zu erfahren in Stande ist, wann mehrere Drucker als gewöhnlich in der Druckerei des litterarischen Comtoirs beschäftigt, und wann Versendungen nach Deutschland vorbereitet werden. Könnte derselbe zugleich ermitteln, für welche der diesseitigen und überhaupt der deutschen Buchhandlungen jene Sendungen bestimmt sind, so würde dies insofern von großem Interesse seyn, als man alsdann sofort den betroffenen Regierungen von der bevorstehenden Ankunft der in der Schweiz gedruckten Schriften Mittheilung machen, und dahin wirken könnte, daß dieselben vor ihrer Verbreitung einer Prüfung unterworfen und eventuell unterdrückt würden. Um jedoch eine solche Ermittlung zu erschweren, wird vom dem p Frobel [sic] die Vorsichts-Maßregel getroffen, daß nicht bloß die größeren Bücher-Ballen, welche in der Regel nach Leipzig an Volckmar, nach Stuttgart an Neff, nach Frankfurt an Herrmann und nach Nürnberg an Riegel spedirt werden, sondern auch die darin verpackten einzelnen Pakete statt mit der Adresse der Empfangs-Buchhandlung nur mit Nummern bezeichnet und demnächst

9-10	Berlin, 15. April 1845	MdI	MdA Ober-Präsidenten zu Coblenz, Magdeburg und Münster
11	Magdeburg, 21. April 1845	Ober-Präsident der Provinz Sachsen	Landräte der Provinz Sachsen
12	Berlin, 13. April 1845	MdA	MdI
13	Berlin, 24. April 1845	MdI	MdA
14	Berlin, 10. Mai 1845	MdI	MdA
15	12. Juni 1845	Abschrift aus »Frankfurter Oberpostamts-Zeitung«, Nr. 153, 5. Juni 1845	
16	Coblenz, 10. Juni 1845	Ober-Präsident der Rheinprovinz	MdI
17	Berlin, 24. Juni 1845	MdI	Ober-Präsident der Rheinprovinz
18	24. Nov 1845	Aktennotiz PP	
19	Leipzig, 14. Mai 1846 (Abschrift vom 16. Mai 1846)	Julius Fröbel	MdI v. Bodelschwingh
20	Berlin, 17. Mai 1846	MdI	Julius Fröbel
21	Berlin, 21. Mai 1846	Aktennotiz PP	
22-24	Leipzig, 20. Mai 1846 (Abschrift)	Julius Fröbel	MdI v. Bodelschwingh
25	Berlin, 4. Juni 1846	MdI	Julius Fröbel
26	Berlin, 19. Mai 1846	MdA	MdI

noch durch einen besonderen Spediteur von dem deutschen Grenz-Zollamte aus an die eigentlichen Empfänger weiter befördert werden.«

Empfehlung: Sobald bekannt wird, dass wieder eine Sendung nach Deutschland ansteht, ist dem Zollamt und den zunächst betroffenen Regierungen Bescheid zu geben. Dafür wird um die Zustimmung des MdI gebeten. Das Königreich Bayern wird Fröbel bei seiner Rückreise die Einreise verweigern

Möchte weiterhin Mitteilungen zum Literarischen Comptoir erhalten. Fröbel soll die Einreise nach Preußen untersagt werden

Fröbel beabsichtigt eine Reise nach Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz. Ihm soll die Einreise nach Preußen verwehrt werden

Entspricht Bl. 9-10

Weitere Vorkehrungen gegen Fröbels Reise

Informiert über Sachverhalt von Bl. 11

Rücksendung eines Berichtes vom Königlichen Gesandten in Darmstadt

Fröbel wurde auf seiner Reise in Köln ausgewiesen

Fröbel war am 1. Juni in einem Hotel in Köln abgestiegen und wurde am nächsten Tag zurück nach Mannheim geschickt. Er hatte Kontakt zu Fey, Meyer, Hardung und Thome. Sollte Fröbel wieder einreisen, wird er erneut ausgewiesen

Eine erneute Ausweisung Fröbels ist nicht automatisch erforderlich

Betrifft die Verbreitung eines von Fröbel verlegten Buchs in Sachsen

Bitte um eine Audienz und die dafür nötige Einreisegenehmigung, um die Situation seines Verlags anzusprechen

Einreisegenehmigung wird nicht erteilt

Fröbel hat eine Audienz beim MdI erbeten, um die Freigabe der von ihm veröffentlichten nicht-politischen Schriften zu erreichen. Nachdem dies misslungen ist, könnte er versuchen, über seine Verbindungen eine Audienz beim König zu erhalten. Im Falle seiner Ankunft in Berlin soll Bescheid gegeben werden

Bittet das Verbot gegen die in seinen Verlag erscheinenden nicht-politischen Bücher aufzuheben. Kritisiert das gegen ihn verhängte Einreiseverbot, rechtfertigt seine verlegerische Tätigkeit: »Im Gegenteil — ich habe, soweit ich unabhängig gewesen bin, mit aufrichtiger Hingebung immer nur für das gewirkt, das ich für wahr, gut und schön gehalten habe. [...] daß ich mich damit auf solchen Wege befunden, so habe ich immer mindestens subjectiv das Beste gethan was ein Mensch thun kann. War die Art, wie ich das Gute verstanden, in Preußen unzulässig, so ward seinem mächtigen Staate so leicht, der Wirksamkeit und geistigen Richtung entgegenzutreten, ohne den einzelnen Menschen der bloßen Sympathien wegen, vom freien Weltverkehr auszuschließen.«

Verbot der von Fröbel verlegten Bücher und seiner Einreise nach Preußen bleibt bestehen

Angebliche Pläne Fröbels, sich in Leipzig niederzulassen. Hat dem Königlichen Geschäftsträger in Dresden den beiliegenden Erlass mitgeteilt

27	Berlin, 19. Mai 1846 (Abschrift vom selben Tag)	MdA	Königlicher Geschäftsträger zu Dresden
28	Berlin, 19. Aug 1846	MdI	MdA
29	Berlin, 25. Aug 1846	MdA	MdI
30-31	Zürich, 4. Aug 1846 (Abschrift)	Julius Fröbel	MdI
32	Berlin, 25. Aug-14. Sept 1846	Aktennotiz PP	
33	Berlin, 15. Sept 1846 (Erstfassung 26. Aug)	MdI	Julius Fröbel
34	Berlin, 3. Okt 1846	MdI	Regierungsassessor Lischke
35	Berlin, 31. Okt 1846	MdI	MdA
36	Berlin, 2. Nov 1846	MdA	MdI
37	Dresden, 28. Okt 1846 (Abschrift)	Preußische Gesandtschaft in Sachsen	MdA zu Berlin
38	21. Nov 1846	MdI	MdA
39-40	13. Febr 1847	Abschrift aus der »Schlesischen Zeitung«, Nr. 33, 9. Febr 1847	
41	30. Nov 1849	Privat [unleserlich]	MdI
42-43		Anlage zu Bl. 41: »Bürger-Zeitung«, Nr. 141, 29. Nov 1849, S. 563-566	

Julius Fröbel: Polizeiakte (1848–1850, 48 Bl., »Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffend den Julius Fröbel, aus Griesheim«). LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 9811 (Altsign.: Tit. 94, Lit. F, No. 120)

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1	o.O., o.D.	Aktennotiz PP	
2	Berlin, 30. Juni 1848 (Abschrift)	MdI	PP
	Berlin, 30. Juni 1848 (Abschrift)	Julius Fröbel	MdI
	Berlin, 1. Juli 1848 (Abschr.)	PP	MdI

Soll darauf hinwirken, dass Fröbel die Ansiedlung in Leipzig verweigert wird
Bitte um Mitteilung wegen Umsiedlungsplänen Fröbels
Die Gesandtschaft in Dresden hat nichts Neues berichtet und wurde mit der baldigen Erledigung der Sache beauftragt
Bekräftigt sein Ersuchen, die nicht-politischen Bücher seines Verlags in Preußen erscheinen zu lassen. Verlagsprogramm ist nicht im Ganzen politisch
Betrifft die Überprüfung des Verbots von Fröbels Verlag
Verbot wird ohne nähere Begründung aufrecht erhalten
Neuvorlage des Vorgangs bzgl. Fröbels Niederlassung in Leipzig
Bittet um Mitteilung bzgl. der Niederlassung in Leipzig und das mögliche Zusammengehen mit einem Leipziger Verlag
Der vermutete Übergang von Fröbels Verlag auf den Verlag des Leipziger Buchhändlers Schmidt hat sich nicht bestätigt
Vgl. Bl. 36
Rücksendung des Gesandtenberichts
Betrifft die Verweigerung der Niederlassung Fröbels in Leipzig
Übersendet ein Exemplar der bei G. Fröbel in Rudolstadt erscheinenden »Bürger-Zeitung« und fordert Einschreiten gegen das Blatt
Blatt mit Sympathie für die Revolution und teils scharfer Kritik an der konservativen Obrigkeit. U.a. inseriert G. Fröbel aus Rudolstadt mit Datum vom 22. Nov, dass er einen Hilfsverein für deutsche Flüchtlinge in Zürich unterstützt

(Die weitere Akte umfasst das Jahr 1857)

Inhalt
Auszug aus den Akten des ersten Demokratenkongresses vom 14.-17. Juni 1848 zu Frankfurt. Fröbel führt den Vorsitz
Übermittelt Abschrift eines Schreibens Fröbels an das MdI
Informiert über Beschluss des Kongresses aller demokratischen Vereine Deutschlands, den Sitz seines Zentralkomitees in Berlin einzurichten. Verweist auf den legalen Charakter des Kongresses
Rücksendung des Schreibens

3	Breslau, 29. Juni 1848 (Abschrift)	Pinder	Mdl
3-4	Berlin, 20. Juli 1848	PP	Mdl
5	Berlin, 19. Nov 1848	PP	Mdl v. Manteuffel
6		Zentralkomitee des Kongresses sämtlicher Märzvereine Deutschlands: »An das Deutsche Volk« (Frankfurt, 6. Mai 1849)	
7		Zentralkomitee des Kongresses sämtlicher Märzvereine Deutschlands: »Aufruf an das Deutsche Heer« (Frankfurt, 6. Mai 1849)	
8		Auszug aus einem Bericht der »Berlinischen Nachrichten von Staats- und gelehrten Sachen« [Spencersche Zeitung], 5. Mai 1850; datiert Paris 12. Mai 1849	

Bittet um Anweisungen bzgl. des Vorgehens gegen den Kongress

Leitet Bericht über Fröbel weiter. Fröbel war in Hamburg und ist von dort nach London weitergereist

Anwesenheit Fröbels in Mannheim

Ruft zur Verteidigung der Verfassung gegen die preußische Regierung auf

Ruft dazu auf, der Nationalversammlung und nicht den Fürsten Gehorsam zu leisten

Aufenthalt einer Reihe deutscher Flüchtlinge in Paris, u.a. Fröbel; ihre Aufstandsvorbereitungen

(Die weitere Akte umfasst die Jahre 1850–1867)

Georg Herwegh

Georg Herwegh: Polizeiakte (1842, 11 Bl., »Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffend die von dem Maler Fr. Goldheim in höheren Sicherheitsangelegenheiten gemachten Anzeigen«). LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 10073 (Altsign.: Tit. 94, Lit. G, No. 164)

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1-2	Berlin, 29. Dez 1842	Maler und inoffizieller Polizeibeamter Friedrich Goldheim	PP
3-4	Leipzig, 30. Dez 1842	Friedrich Goldheim	PP
5-7a		»Leipziger Allgemeine Zeitung«, Nr. 312, 30. Dez 1842	
8	Leipzig (?), o.D.	Friedrich Goldheim	PP
9	Eingegangen am 3. Nov [1842], entstanden vmtl. in Berlin	Friedrich Goldheim (?)	PP
10-11	Berlin, 14. Dez 1842	Friedrich Goldheim	PP

Georg Herwegh: Ministerialakte (1842–1848, 126 Bl., »Acta betreffend den Schriftsteller und Dichter Dr. Georg Herwegh, wegen verdächtigen und revolutionären Treibens«). GStA PK, I. HA, Rep. 77, MdI, Tit. 6 Spec. Lit. H, Nr. 124

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1		Archivierungsnotiz	
2	Königsberg, 10. Nov 1842	Unbekannt	Staatsminister v. Thile
3	Königsberg, 14. Nov 1842	Unbekannt	Staatsminister v. Thile
4	Berlin, 26. Nov 1842	MdI	Ober-Präsident der Provinz Ostpreußen

Inhalt

Reise der Georg und Emma Herwegh über Köthen nach Leipzig. Affäre um den Brief an den König

Umgang Herweghs in Leipzig. Stimmung in den örtlichen liberalen Kreisen eher gegen Herwegh
Repression gegen die Unterzeichner des Aufrufs, Jacoby eine Berliner Ehrenkrone zu verleihen, in Königsberg und Berlin. Polemik gegen Herwegh wegen seines Briefs an den König und des Triumphzugs insgesamt

Gerüchte über ein Verbot der »Leipziger Allgemeinen Zeitung« wegen des Abdrucks von Herweghs Brief. Das Vorgehen der preußischen Regierung gegen Herwegh wird vor Ort als mild wahrgenommen

Person Herweghs, Verbot der »Gedichte eines Lebendigen«, seine Reise durch Deutschland, die erwartete Ankunft in Berlin, Vorbereitung für seinen Empfang durch örtliche Schriftstellerszene. In Berlin erwartet werden außerdem Prutz (Bericht gibt Charakterisierung) und Ruge, Dahmann ist schon angekommen

Vorkommnisse während Herweghs Aufenthalt in Berlin. Audienz und Brief an den König. Von der Berliner Szene kritisch gesehen

Inhalt

Betrifft Herweghs Abreise aus Königsberg

Betrifft Vorhaben Herweghs, sich beim König über das Verbot des »Deutschen Boten« zu beschweren

Angabe zu Bl. 5-6

5-6	Berlin, 27. Nov 1842	MdI	Ober-Präsident der Provinz Ostpreußen
7-8	o.O., o.D.	Georg Herwegh	König Friedrich Wilhelm IV.
9	Berlin, 19. Dez 1842	MdI	MdI
10	Berlin, 20. Dez 1842	MdI	Ober-Präsident der Provinz Pommern PP
11	Berlin, 20. Dez 1842	MdI	PP
12	Berlin, 20. Dez 1842	MdI	Ober-Präsident der Provinz Pommern
13	Berlin, 20. Dez 1842	PP	MdI
14	Berlin, 20. Dez 1842	MdI	
15	Berlin, 27. Dez 1842	PP	MdI
16			
17-18	Berlin, 27. Dez 1842	MdI	Ober-Präsident der Provinz Pommern
19	Berlin, 29. Dez 1842	MdI	MdI
20	Berlin, 29. Dez 1842	PP (?)	MdI (?)
21	Stettin, 25. Dez 1842	Ober-Präsident der Provinz Pommern	MdI
22	Berlin, 29. Dez 1842	PP	MdI
23	Berlin, 30. Dez 1842	MdI	König Friedrich Wilhelm IV.
24	Berlin, 30. Dez 1842		MdI
25-26		»Berlinische Nachrichten von Staats- und gelehrten Sachen« [Spenersche Zeitung], 3. Jan 1843	
27-28	Stettin, 28. Dez 1842	Ober-Präsident der Provinz Pommern	MdI
29	Stettin, 28. Dez 1842	Protokoll von Herweghs Erklärung zur Ausweisung	
30-31		Beilage zur »Leipziger Allgemeinen Zeitung«, 28. Dez 1842, S. 4328	
32	Berlin, 28. Dez 1842	Unbekannt	MdI v. Arnim-Boitzenburg
33	Berlin, 29. Dez 1842	Entwurf eines Zeitungskommentars	

Bezug auf dortiges Schreiben vom 21. Nov betreffend Herwegh. Betrifft Herweghs Reise nach Königsberg. Dortige Überwachung wird angeordnet, Ergebnisse sollen übermittelt werden
Briefabschrift. Nimmt Bezug auf zurückliegendes Gespräch, beschwert sich über Unterdrückung der von ihm redigierten Zeitung »Der deutsche Bote aus der Schweiz«, bittet um Rücknahme des Verbots
Notizen (wie Bl. 10)
Herwegh ist am 7. Dez von Königsberg über Elbing und Danzig nach Stettin weitergereist, von wo er nach Berlin weiter möchte. Überwachung wird angeordnet
Anordnung der Überwachung Herweghs in Berlin
Ausfertigung zu Bl. 10.2
Ausfertigung zu Bl. 10.1
Herwegh ist am selben Morgen in einem Berliner Hotel abgestiegen. Reisepass wurde am 7. Dez in Königsberg und am 14. Dez in Stettin visitiert
Bericht von Bl. 13 wurde an Staatsminister v. Thile weitergeleitet
Herwegh ist am Vormittag nach Stettin abgereist und wird laut seinem künftigen Schwiegervater am 29. Dez zurückerwartet
Angabe für Mitteilung an Staatsminister v. Thile. Vgl. Bl. 15 und 17f.
Nach Abdruck von Herweghs Schreiben an den König in der »Leipziger Allgemeinen Zeitung« ist ihm der Aufenthalt in Preußen nicht mehr gestattet. Benachrichtigung von Herweghs Abreise nach Stettin und seiner erwarteten Rückkehr. Abstimmung für die Durchführung der Ausweisung
Begleitschreiben zur Weiterleitung einer Erklärung Herweghs [wohl Bl. 29 oder 30f.]
Herwegh ist mit der Eisenbahn nach Leipzig abgereist
Herwegh war vor Ort und ist wieder nach Berlin abgereist. Drei von ihm besuchte Personen
Herwegh kam in Berlin an und reiste am selben Tag weiter nach Köthen
Herwegh wurde seine Ausweisung aus Preußen bekanntgegeben. Er hat erklärt, ihr Folge zu leisten und ist nach Köthen abgereist, von wo er über Leipzig nach Zürich will. Herwegh hat in der Vernehmung erklärt, sein Schreiben an den König sei ohne sein Wissen veröffentlicht worden. Das hat er auch schon in der »Leipziger Allgemeinen Zeitung« abdrucken lassen
Bericht bzgl. der Bahnfahrt von Herwegh und seiner Frau nach Köthen/Leipzig
Enthält eine gegen Herwegh gerichtete Polemik von »W-h« wegen dessen Brief an den König
Ausweisung Herweghs
Erklärt sich einverstanden, weiter über Berlin und Leipzig nach Zürich zu reisen
Enthält Erklärung Herweghs, dass sein Schreiben an den König in der »Leipziger Allgemeinen Zeitung« vom 24. Dez ohne sein Wissen abgedruckt wurde
König wünscht Presseoffensive gegen Herwegh, entsprechende Schritte wurden schon eingeleitet. Schreiben gehen an v. Arnim-Boitzenburg, Eichhorn und v. Bülow
Verurteilt Herweghs Vorgehen (vgl. Bl. 32). Auch seine Erklärung in der »Leipziger Allgemeinen Zeitung« habe sein öffentliches Ansehen nicht gebessert

34	Berlin, 28. Dez 1842	König Friedrich Wilhelm IV.	Mdl v. Arnim-Boitzenburg
35-37	Berlin, 27. Jan 1843	MdI	Kriegsministerium
38-40		Georg Herwegh	König Friedrich Wilhelm IV.
41	Berlin, 28. Nov 1842	MdI	Sämtliche preußische Ober-Präsidenten
42	Königsberg, 6. Dez 1842	MdI	MdI
43	Bern, 28. Jan 1843	MdA	MdI
44	Berlin, 18. Febr 1843	MdI	MdA
45-46	Bern (?), 2. Febr 1843	MdA	MdI
47	Berlin, 3. März 1843	MdI	MdA
48-49	Berlin, 24. Febr 1843	MdA	MdI
50	Berlin, 18. März 1843	MdI	MdA
51-52	Bern, 17. Febr 1843	MdA	MdI
53	Berlin, 20. März 1843	MdI	MdA
54		Beilage zu den »Berlinischen Nachrichten von Staats- und gelehrten Sachen« [Spenersche Zeitung], 21. März 1843	
55	Berlin, 8. März 1843	MdK Eichhorn	Mdl v. Arnim-Boitzenburg
56-58	Danzig, 20. Febr 1843	Anlage zu Bl. 55	
59	Berlin, 24. März 1843	MdI	MdK
60	Berlin, 11. April 1843	MdI	MdA
61-62	Bern, 16. März 1843	MdA	MdI
63	Erfurt, 10. März 1843	Major a.D. F. W. Benicken	MdI
64-65		Anlage zu Bl. 63	
66-67		»Kölnische Zeitung«, Nr. 66, 7. März 1843	
68-69		Beilage zur »Kölnischen Zeitung«, Nr. 66, 7. März 1843	
70-71	Berlin, 11. März 1843	MdI	Major a.D. F. W. Benicken
72	Berlin, 30. April 1843	MdI	MdA
73-74	Bern, 11. April 1843	MdA	MdI
75-76	Zürich, 3. April 1843	Anlage zu Bl. 73f.	
77	Berlin, 21. Juli 1843	MdI	PP

Reaktion auf Bericht vom 19. Dez 1842. Der Beamte Crelinger soll wegen seiner Rolle beim Empfang Herweghs am 2. Dez in Königsberg disziplinarrechtlich belangt und ggf. entlassen werden

Betrifft Verfahren gegen Crelinger, zwei Anlagen

Identisch mit Bl. 7f. (Herweghs Brief), aber anderer Schreiber

Bekanntmachung des Verbots von Herweghs Blatt »Der deutsche Bote aus der Schweiz«

Betrifft öffentliche Achtungsbekundungen für Jacoby (Verweis auf »Königsberger Zeitung«, Nr. 277)

Weiterleitung eines Berichts des MdA. Betrifft Herwegh in der Schweiz

Rücksendung eines Berichts an MdA

Weiterleitung eines Berichts des MdA. Betrifft Herweghs Aufenthaltsrecht in der Schweiz

Rücksendung eines Berichts

Weiterleitung eines Berichts des MdA. Betrifft Herweghs Ausweisung aus der Schweiz

Rücksendung eines Berichts (Bl. 48f.) über Herwegh. Einschreiten gegen eine Schrift von Scherr wird als unnötig erachtet, da diese von der junghegelianischen Schule als unbedeutend angesehen wird

Weiterleitung eines Berichts des MdA. Betrifft die Versagung der Duldung Herweghs in der Schweiz

Rücksendung eines Berichts

Enthält ein polemisches Gedicht gegen Herwegh von Fr. W. Benicken

Reaktion auf Schreiben vom 3. Jan; Erkundigungen über den Umgang des Danziger Lehrers Dr. Grünau mit Herwegh; von weiterer Verfolgung wird abgeraten

Betrifft Grünau/Herwegh

Rücksendung von Bl. 56ff.

Rücksendung eines Berichts

Weiterleitung eines Berichts des MdA. Herwegh hat am 3. März Zürich verlassen und hält sich in Baden (Aargau) auf. Nach seiner Hochzeit plant er Italienreise

Übersendet sein Gedicht gegen Herwegh. Beschwerd sich über Kritik in der »Kölnischen Zeitung«, Nr. 66 vom 7. März 1843

Benickens Gedicht in Druckfassung

Enthält kurze Kritik an Benickens Gedicht von -p-

Restliche Blätter der Zeitungsnummer

Es besteht keine Handhabe für ein Einschreiten gegen die Kritik an seinem Gedicht

Rücksendung eines Berichts

Weiterleitung eines Berichts des MdA. Herwegh ist in Bern, um Freunde zu besuchen; will nach Südfrankreich weiterreisen. Aufenthaltsrecht in der Schweiz

Bericht betreffend die Ausweisung Herweghs

Vorgehen gegen Herweghs »Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz«

78	Coblenz, 14. Juli 1843	Ober-Präsident der Rheinprovinz	MdI
79	Berlin, 30. Aug 1843	MdI	Ober-Präsident der Rheinprovinz
80	Berlin, o.D.	MdI	MdA
81	Coblenz, 11. Sept 1843	Ober-Präsident der Rheinprovinz	MdI
82	Coblenz, 11. Sept 1843	MdI	MdI
83	Berlin, 21. Okt 1843	MdI	MdI
84	Berlin, 6. Nov 1843	MdI	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding Ober-Regierungsrat und Archividirektor v. Raumer
85-86	Berlin, o.D.	Zensor Seebode: Bericht über den Inhalt des 2. Bands der »Gedichte eines Lebendigen«	
87	Berlin, 29. Dez 1843	MdI	Sämtliche preußische Ober-Präsidenten
88-89	Berlin, 30. Dez 1843	MdI	MdA
90-91	Potsdam, 24. Nov 1843	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI
92	Berlin, 14. Okt 1843	Parthey (Besitzer Nicolaische Buchhandlung)	MdI
93-94	Berlin, 18. Okt 1843	Ober-Regierungsrat v. Raumer	MdI
95-97	Berlin, 4. Jan 1844	MdI	Parthey (Besitzer Nicolaische Buchhandlung) Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding Ober-Regierungsrat v. Raumer
98	Potsdam, 24. Nov 1843	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI
99-103	Berlin, 23. Okt 1843	Guttentag (Buchhändler)	MdI
104-106	Berlin, 4. Jan 1844	MdI	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
107	Berlin, 10. Jan 1844	MdI	Sämtliche preußische Ober-Präsidenten
108	Berlin, 30. Jan 1844	Preußischer Gesandter in Hamburg	MdI
109	Hamburg, 24. Jan 1844	Syndikus Sieveking	Preußischer Gesandter in Hamburg
110	Berlin, 1. Febr 1844	Archivierungsnotiz	

Erscheinen von Herweghs »Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz«
Herwegh plant Reise nach Frankreich, Holland und Belgien, darf aber nicht durch die Schweiz. Genaue Reiseroute daher unklar Informiert über Verfügung an den Ober-Präsidenten der Rheinprovinz Herwegh ist bereits in Ostende (Belgien)
Übersendung der »Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz« bisher nicht erfolgt Betrifft die »Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz« und die Nicolaische Buchhandlung Betrifft die »Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz« und die Nicolaische Buchhandlung
Betrifft die »Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz« und die Nicolaische Buchhandlung
Meist politischen Inhalts; Gedichte verhöhnen die hiesigen Zustände
Anordnung der Unterdrückung des soeben erschienenen 2. Bands der »Gedichte eines Lebendigen« Rücksendung des Originals zu Bl. 85-86. Verbreitung von Herweghs Schrift in Hamburg Betrifft die »Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz«, die Nicolaische Buchhandlung, ihren Inhaber Parthey und den Buchhändler Guttentag Beschwerde über Strafe wegen Verbreitung der »Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz«
»Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz« sowie Nicolaische Buchhandlung und ihren Inhaber Parthey Betreffend »Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz«
Betreffend »Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz«
Betreffend »Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz« Bestrafung Buchhändlers Guttentag wegen Zensur-Vergehens wird bestätigt
Beim 2. Band der »Gedichte eines Lebendigen« handelt es sich um Majestätsbeleidigung. Herwegh soll daher verhaftet werden, sobald er Preußen betritt Verbreitung der Schriften »Ein Fürst und seine Minister« und des 2. Bandes der »Gedichte eines Lebendigen« in Hamburg Anlage zu Bl. 108

111	Berlin, 4. Okt 1844	MdI	Sämtliche preußische Ober-Präsidenten
112	Berlin, 11. Nov 1844	MdI	Zeitungsbüro
113	Berlin, 29. Nov 1844	MdA	MdI
114	Paris, 7. Nov 1844	Anlage zu Bl. 113	
115	Berlin, 3. Jan 1845	MdI	Sämtliche preußische Ober-Präsidenten
116	Berlin, 16. Sept 1845	MdI	MdI
117	Berlin, 8. Okt 1845	Abschrift einer Erklärung Herweghs in der Beilage zur »Augsburger Allgemeinen Zeitung«, Nr. 270, 27. Sept 1845	
118	Berlin, 13. Okt 1845	Abschrift einer Erklärung der Verleger des geplanten Buchs in der »Augsburger Allgemeinen Zeitung«, Nr. 279, 6. Okt 1845	
119	Königsberg, 21. Okt 1845	Ober-Präsident der Provinz Ostpreußen	MdI
120	Berlin, 8. Nov 1845	MdI	Ober-Präsident der Provinz Ostpreußen
121	26. Okt 1847	Abschrift aus der »Berliner Zeitungs-Halle«, Nr. 245, 19. Okt 1847	
122	Berlin, 28. Okt 1847	MdI v. Bodelschwingh	MdA v. Canitz
123	Berlin, 31. Okt 1847	MdA v. Canitz	MdI v. Bodelschwingh
124	Berlin, 23. Dez 1847	MdI	RP Aachen
125	Berlin, 27. Jan 1848	MdI	RP Aachen
126	Aachen, 8. Febr 1848	RP Aachen	MdI

Georg Herwegh: Polizeiakte (1842–1849, 77 Bl., »Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffend den Dr. Georg Herwegh aus Stuttgart«). LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 10420 (Altsign.: Tit. 94, Lit. H, No. 178)

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1-3	Berlin, 20./21. Dez 1842	PP	MdI
4	Berlin, 27. Dez 1842	Staatsministerium	PP v. Puttkamer
5	Berlin, 27. Dez 1842	PP	MdI
6	Berlin, 27. Dez 1842	MdI	Ober-Präsident der Provinz Pommern

Verbreitung der »Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz« unter anderem Titel: »Stunden der Andacht«
Übersendung der 2. Auflage der »Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz« an das Zeitungsbüro
Nachforschungen zu Bernays, Marx, Ruge, Börnstein, Heine, Weill, Herwegh, Maeurer in Paris
Signalement Herweghs (in französischer Sprache)
Ergänzend zur Anordnung von Bl. 107: Übersendung der Personenbeschreibung Herweghs
Veröffentlichung einer Sammlung von 1839/40 entstandenen Beiträgen Herweghs für die »Deutsche Volkshalle« (1845) erfolgte ohne Wissen Herweghs
Distanziert sich von der Buchveröffentlichung (»Gedichte und kritische Aufsätze aus 1839 und 1840 von G. Herwegh«; vgl. Bl. 116)
Rechtfertigen ihre Verlags- und Rechtsansprüche
Erfolgte Beschlagnahme des 2. Bands der »Gedichte eines Lebendigen«
Erfolgte Beschlagnahme des 2. Bands der »Gedichte eines Lebendigen«
Geplante Reise von Emma Herwegh nach Berlin, trotz fehlender Passbestätigung durch den preußischen Gesandten in Paris, v. Arnim
Reise von Emma Herwegh nach Berlin: Bittet um Nachfrage betreffs Sachstand bei v. Arnim (vgl. Bl. 121)
Bestätigt die Weigerung einer Passbestätigung durch v. Arnim für Emma Herwegh
Erbittet Auskunft über mögliche Durchreise von Emma Herwegh
Erneuert die Anfrage vom 23. Dez (vgl. Bl. 124)
Emma Herwegh ist nicht durchgereist

Inhalt
Ankunft Herweghs in Berlin
Bitte um sofortiges Kommen
Herweghs Abreise nach Stettin
Abschrift, vgl. Bl. 17-18

7	Berlin, 27. Dez 1842	MdI	PP
8-13		»Leipziger Allgemeine Zeitung«, Nr. 358, 24. Dez 1842 mit Beilage	
14-15		Beilage zur »Leipziger Allgemeinen Zeitung«, Nr. 362, 28. Dez 1842	
16	Berlin, 28. Dez 1842	Aktennotiz PP	
17	Stettin, 28. Dez 1842	Ober-Präsident der Provinz Pommern	PP
18	Berlin, 29. Dez 1842	Aktennotiz PP	
19	Berlin, 29. Dez 1842	PP	PP
20	Berlin, 29. Dez 1842	PP	MdI
21	Berlin, 29. Dez 1842	Kammergerichtspräsident	PP
22	Berlin, 29. Dez 1842	PP	Kammergerichtspräsident
23	Berlin, 30. Dez 1842	Aktennotiz PP	
24	Berlin, 5. Jan 1843	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	PP
25	Berlin, 10. Jan 1843	Aktennotiz PP	
26	Berlin, 10. Jan 1844	MdI	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
27-28	Berlin, 3. Jan 1845	MdI	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
29-30	Berlin, 8. Aug 1848	Aktennotiz PP	
30	1849	Aktennotiz PP	

Begleitschreiben zu Bl. 6. Bericht wird angefordert, sobald Herwegh in Berlin eingetroffen und endgültig ausgewiesen ist

Enthält Abdruck von Herweghs Brief an den König (Bl. 12)

Enthält Erklärung Herweghs, der Brief sei ohne sein Wissen abgedruckt worden

Bericht über Nachforschungen zur Abreise Herweghs

Herweghs Ankunft, Ausweisung und Abreise nach Berlin. Weitere Reisepläne Leipzig-Zürich

Herwegh wird Berlin in den nächsten Tagen zu verlassen haben

Herwegh wurde direkt nach Ankunft in Berlin weiter nach Leipzig (über Köthen) geschickt

Herwegh kam in Berlin an und reiste am selben Tag weiter. Vgl. Bl. 22

Eröffnung eines Untersuchungsverfahrens wegen der Veröffentlichung des Briefes an den König. Bittet um Mitteilung, über Aufenthaltsort Herweghs

Benachrichtigung über Ausweisung Herweghs

Bericht bzgl. der Bahnfahrt von Herwegh

Betrifft Aktenführung über Herwegh

Herwegh ist der Aufenthalt in Preußen verboten, wenn er wieder nach Preußen kommt, ist das sofort zu melden

Beim 2. Band der »Gedichte eines Lebendigen« handelt es sich um Majestätsbeleidigung. Herwegh soll daher verhaftet werden, sobald er Preußen betritt

Ergänzend zur Anordnung von Bl. 26: Übersendung der Personenbeschreibung Herweghs

Treffen Herweghs mit einem Unbekannten in einer Restauration am Ascanischen Platz

Herwegh war mit Herzen in der Schweiz, um sich mit Flüchtlingen zu verständigen, ist jetzt wieder in Paris

(Die weitere Akte umfasst die Jahre 1851–1870)

Moses Heß

Moses Heß: Ministerialakte (1843–1847, 23 Bl., »Acta betr. den zur Zeit in Paris sich aufhaltenden Preußischen Unterthan, Literaten Dr. Heß, wegen revolutionären und communistischen Treibens«). GStA PK, I. HA, Rep. 77, MdI, Tit. 6 Spec. Lit. H, Nr. 130

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1-2	Berlin, 14. Aug 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	RP Cöln
2	[Berlin, 14. Aug 1843]	Abschrift von Bl. 1f. für Ober-Präsident der Rheinprovinz, v. Schaper	
3-4	[Berlin, 14. Aug 1843]	MdI v. Arnim-Boitzenburg	MdA v. Bülow
5-6	Berlin, 8. Sept 1843	RP Cöln	MdI v. Arnim-Boitzenburg
7	Berlin, 5. Okt 1843	MdA v. Bülow	MdI v. Arnim-Boitzenburg
8-9	Paris, 26. Sept 1843 (Abschrift)	Preußischer Gesandter in Paris, v. Arnim	MdA v. Bülow
10-11	Berlin, 31. Okt 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	MdA v. Bülow
11-12	[Berlin, 31. Okt 1843]	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Rheinprovinz, v. Schaper
13	Berlin, 15. Nov 1843	MdA v. Bülow	MdI v. Arnim-Boitzenburg
14	Coblenz, 20. Nov 1843	Ober-Präsident der Rheinprovinz, v. Schaper	MdI v. Arnim-Boitzenburg
15	Cöln, 8. März 1844	RP Cöln	MdI v. Arnim-Boitzenburg
16	Berlin, 20. März 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	RP Cöln

Inhalt

Einem Artikel der »Mannheimer Abendzeitung« Nr. 185 zufolge soll Ruge in Köln gewesen und von dort mit Heß nach Paris gereist sein, um ein Bündnis zwischen Deutschland und Frankreich zu Stande zu bringen. Auch Fröbel soll in Köln gewesen sein. Sollte diese Nachricht zutreffen, wäre er befremdet, darüber nicht informiert worden zu sein. Erwartet Bericht

Ruge und Fröbel seien gemeinsam nach Paris gereist. Erbittet Nachrichten über diese »durch ihre subversiven Gesinnungen bekannten Persönlichkeiten« vom preußischen Gesandten in Paris

Mahnt nochmals, dass Personen dieser Art, die an »communistische[n] Umtriebe[n] [...] mehr oder weniger beteiligt zu sein scheinen«, in »ganz unauffälliger Weise« zu beobachten seien (sein Circular vom 31. Jan und 30. April des Jahres)

Antwort auf Schreiben vom 14. Aug 1843 (vgl. Bl. 2ff.). Übersendet Bericht (vgl. Bl. 8f.)

Ruge soll »kein Communist« sein, aber für Preußen eine Konstitution wünschen. Er habe engen Umgang mit Heß (»ohne jedoch dessen Ansichten in den wichtigsten Punkten zu theilen«). Heß »ist einer der Chefs der Pariser Communisten und unter ihnen der fähigste Kopf«, er schreibe die mit drei Sternen gekennzeichneten Artikel aus Paris für die »Kölnische Zeitung«. Ziel der Communisten: »Verführung der Handwerker« sowie von Paris aus »nach allen Punkten hin« regelmäßige Verbindungen einzuleiten

Dankt für Bericht vom 26. Sept 1843. Es müsste bewirkt werden, die Aufmerksamkeit der französischen Behörden auf Heß zu lenken, um ggf. seine Ausweisung zu bewirken

Sendet Abschrift des Berichts aus Paris (vgl. Bl. 8f.). Bittet, der »Kölnischen Zeitung« Aufmerksamkeit zuzuwenden. Bei einer eventuellen Rückkehr nach Preußen sei Heß unter »scharfe Observation« zu stellen

Antwort auf Schreiben vom 31. Okt 1843 (vgl. Bl. 10f.). Französische Regierung interessiert sich nicht für das Treiben von Heß, solange es nicht »für sie selbst« gefährbringend wirke

Antwort auf Schreiben vom 31. Okt 1843 (vgl. Bl. 11f.). Zensor ist angewiesen worden, auf Heß' Paris-Berichte »ein wachsames Auge« zu richten. Sollte er nach Köln zurückkehren, ist eine polizeiliche Überwachung angeordnet

Heß ist nach Köln zurückgereist, ist unter »scharfe Observation« gesetzt

Bemerkt hinsichtlich des Schreibens vom 8. März 1844, dass Heß möglicherweise nach Köln gekommen sei, um eine von Ruge unter dem Titel »Deutsche Revue« herausgegebene Zeitschrift unter Umgehung des Buchhandels zu verbreiten

17	Cöln, 27. März 1844	RP Cöln	Mdl v. Arnim-Boitzenburg
18	Berlin, 18. Okt 1844 (Auszug des der Forschung bekanntesten längeren Be- richts)	Reisebericht [des Berliner] Polizei-Direktors Duncker	
19		Abschrift eines Artikels aus der »Berliner Zeitungs- Halle«, Nr. 12, 15. Jan 1847	
20	Berlin, 22. Jan 1847	Mdl v. Bodelschwingh	Ober-Präsident der Rhein- provinz, Eichmann
21	Berlin, 21. Febr 1847	Mdl v. Bodelschwingh	Ober-Präsident der Rhein- provinz, Eichmann
22	Coblenz, 18. Febr 1847	Ober-Präsident der Rhein- provinz, Eichmann	Mdl v. Bodelschwingh
23	Cöln, 9. Febr 1847 (Abschrift)	Polizei-Direktor Müller	RP Cöln

Ergänzung zum Bericht vom 8. März 1844 (vgl. Bl. 15). Observation des »Dr. Moises Heß«
habe bisher nichts zu Tage gebracht

Alle genannten Kommunisten [im Auszug nicht angeführt] unterhalten Kontakt mit Heß in El-
berfeld

Heß soll als politischer Flüchtling in Paris angekommen sein. Es ist nicht sicher, warum er
geflohen sei: wegen der Berliner Kommunisten-Affäre oder wegen der Verhaftung Dronkes in
Koblenz

Sendet Zeitungsnotiz der »Berliner Zeitungs-Halle« (vgl. Bl. 19). Er möchte benachrichtigt wer-
den, ob Heß durch Papiere bei Dronke kompromittiert sei und deshalb habe flüchten müssen

Mahnung, Anfrage vom 22. Jan 1847 zu beantworten (vgl. Bl. 20)

Antwort auf Schreiben vom 22. Jan 1847 (vgl. Bl. 20), sendet Bericht (vgl. Bl. 23). Über die
Entfernung Heß' aus Köln ist nichts bekannt

Unter Dronkes Papieren hätte sich nichts Kompromittierendes für Heß gefunden. Es gibt ledig-
lich einen bei Eduard Meyen in Berlin beschlagnahmten Brief von Heß, in dem er die Verhaf-
tung Dronkes bedauert. Für die von Heß und Dronke »projectirten Aenderungen der socialen
Zustände« gebe es keine direkten Nachweise »und wird deshalb Dronke auch nur wegen der
Beschuldigung der Erregung von Mißvergnügen und Majestätsbeleidigung vor Gericht gestellt«

Wilhelm Jordan

Wilhelm Jordan: Ministerialakte (1843–1847, 60 Bl., »Acta betr. den Dr. phil. Wilhelm Jordan aus Königsberg [...] wegen revolutionären Treibens, und [...] wegen dessen Verweisung aus Berlin«). GStA PK, I. HA, Rep. 77, Mdl, Tit. 6 Spec. Lit. J, Nr. 54

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1	Berlin, 17. Dez 1843	Mdl	Mdl
2	Berlin, 20. Dez 1843	Mdl	Mdl
3	Berlin, 9. Dez 1843	PP v. Puttkamer	Mdl v. Arnim-Boitzenburg
4	Berlin, 20. Dez 1843	Mdl. II. Abtheilung	PP v. Puttkamer
5	Berlin, 15. Dez 1843	PP v. Puttkamer	Mdl v. Arnim-Boitzenburg
6	Berlin, 21. Dez 1843	PP v. Puttkamer	Mdl v. Arnim-Boitzenburg
7-8	Berlin, 31. Dez 1843	Mdl v. Arnim-Boitzenburg	König Friedrich Wilhelm IV.
9	Berlin, 7. Jan 1844	Mdl. II. Abtheilung	PP v. Puttkamer
10-11	Berlin, 7. Febr 1844 (Abschrift)	König Friedrich Wilhelm IV.	Mdl v. Arnim-Boitzenburg

Inhalt

Bezüglich die Immediat-Vorstellung Jordans vom 8. Dez 1843 (vgl. Bl 12f.) wird Bericht vom PP einzuholen sein

Jordans Immediat-Vorstellung vom 8. Dez 1843, seine Verweisung aus Berlin betreffend, ist am 18. Dez 1844 ans PP gesandt worden

Ermittlungen zur Versammlung im Waßmannschen Lokal am 25. Nov 1843 haben ergeben, dass insbesondere Jordan der Urheber der dortigen »exaltirten Stimmung« war (»unruhiges, aufregendes Betragen«). »Den im Locale Anwesenden theilte sich die aufgeregte Stimmung von dem Augenblicke an mit, wo der Jordan ein angeblich von ihm verfasstes, über Sklaverei und Tyrannei handelndes Gedichtes vorgetragen hatte«. Deshalb wurde ihm auferlegt, Berlin bis zum 15. Dez 1843 zu verlassen

Hat Bericht vom 9. Dez 1843 (vgl. Bl. 3) zur Kenntnis genommen

Jordan erschien heute in Begleitung der Literaten Buhl, Meyen und Rutenberg und neun anderen Personen, größtenteils Studenten, auf dem Bahnhof der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn und ist aus Berlin abgereist

Auf Immediat-Vorstellung Jordans vom 8. Dez 1843 ist zu erwidern, dass er für Berlin kein Wohnrecht, sondern nur Aufenthaltsrecht gehabt hätte

Jordan, preußisch, wohnte in Königsberg und hielt sich seit Frühjahr 1843 in Berlin per Aufenthaltskarte auf. Er habe schon mit seinem bei Egbert Bauer verlegten Gedicht »Zu Deutschlands tausendjährigem Geburtstag dem 6. Aug. 1843« polizeiliche Aufmerksamkeit erregt. War Teilnehmer der im Lokal des Restaurateurs Waßmann von Literaten und Studenten abgehaltenen Zusammenkünfte. Er habe in der Versammlung am 25. Nov 1843 durch Vortrag eines »angeblich von Sklaverei und Tyrannei handelnden Gedichtes eine gewisse Exaltation bei den Anwesenden hervorgebracht«. Deshalb sei er am 7. Dez 1843 vom PP aus Berlin ausgewiesen worden und am 15. Dez 1843 nach Leipzig abgereist. Bittet den König, Jordans Immediat-Vorstellung vom 8. Dez 1843 abschlägig zu beantworten, weil er, nach Aufgabe seines Studiums der Theologie, »anstatt einen andern nützlichen Beruf zu erwählen, die jetzt von ihm verfolgte gefährliche Richtung eingeschlagen hat«

Nr. 2 der »Sächsischen Vaterlandsblätter« spreche von Ungesetzlichkeiten bezüglich der Ausweisung Jordans; zu gegebener Zeit sei mit Gegendarstellung in öffentlichen Blättern zu reagieren

Allerhöchste Kabinets-Ordre, die Immediat-Vorstellung Jordans (vgl. Bl. 12f.) abschlägig zu beantworten

12-13	Berlin, 8. Dez 1843	Wilhelm Jordan	König Friedrich Wilhelm IV.
14-15	Berlin, 22. Febr 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Wilhelm Jordan
16	Berlin, 12. Jan 1844	PP v. Puttkamer	MdI. II. Abtheilung
17	Berlin, 4. März 1844	PP v. Puttkamer	MdI v. Arnim-Boitzenburg
18	Berlin, 20. März 1844	MdI. II. Abtheilung	PP v. Puttkamer
19	Berlin, 28. Aug 1845	MdI	MdI
20	Berlin, 31. Aug 1845	MdI	PP v. Puttkamer
21		Abschrift eines Artikels Jordans aus der »Deutschen Allgemeinen Zeitung«, Nr. 292, 19. Okt 1845	
22	Berlin, 10. Nov 1845	MdI. II. Abtheilung	Königliche Regierung zu Gumbinnen
23		Abschrift eines Artikels aus »Magdeburgischen Zeitung«, Nr. 266, 13. Nov 1845	
24	Gumbinnen, 17. Nov 1845	Königliche Regierung zu Gumbinnen	MdI. II. Abtheilung
25	Berlin, 25. Dez 1845	MdI i.V.	MdA v. Canitz
26	Berlin, 19. Nov 1845	MdI	MdI
27-28	Berlin, 4. Nov 1845 (Auszug)	Königlich Sächsischer Gesandter in Preußen, v. Minkwitz	MdA v. Canitz
29	Berlin, 29. Dez 1845	MdI	MdI
30	Berlin, 18. Dez 1845	MdI i.V.	PP v. Puttkamer
31	Berlin, 4. Mai 1846	MdA i.V.	MdI v. Bodelschwingh
32-34	Berlin, 23. April 1846	Königlich Sächs. Gesandter in Preußen, v. Minkwitz	MdA v. Canitz
35	Berlin, 14. Mai 1846 (Entwurf)	MdI	MdA v. Canitz

Bittet, Ausreiseanweisung vom 7. Dez 1843 zurückzunehmen. Er gehe davon aus, dass er als Preuße seinen Wohn- und Aufenthaltsort im Land freizügig wählen darf. Für den Fall, dass sein am 25. Nov 1843 vorgetragenes Gedicht strafbare Tendenzen enthielte, bitte er, dass eine Kriminaluntersuchung befohlen werde

Zwei Briefentwürfe, betreffend die abschlägige Antwort des Königs auf sein Immediat-Gesuch vom 8. Dez 1843 (vgl. Bl. 11f.)

Bestätigt Eingang des Schreibens vom 7. Jan 1844 (vgl. Bl. 9)

Habe den ihm zugegangenen Bescheid an Jordan vom 22. Febr 1844 an Jordan nach Leipzig versiegelt weitergeleitet; bittet um Abschrift des Inhalts

Antwort auf eine Anfrage vom 4. März 1844 (vgl. Bl. 17); sendet erbetene Abschr. des Schreibens
Jordan habe sich bei den Tumulten am 12. Aug 1844 in Leipzig in einer Weise bemerkbar gemacht, die es ratsam erscheinen lässt, ihn bei einer Ausweisung aus Sachsen aus Berlin fern zu halten

Jordan habe sich bei den Tumulten am 12. Aug 1844 in Leipzig in einer Weise bemerkbar gemacht, die es ratsam erscheinen lässt, ihn bei einer Ausweisung aus Sachsen aus Berlin fern zu halten

Inhalt: Er habe inzwischen sächsische Staatsbürgerschaft und besitze ein Haus bei Lindenu in Leipzig, sei verheiratet und habe ein Kind. Außerdem habe er sich im Rahmen einer gegen ihn eingeleiteten Kriminaluntersuchung wegen eines Vortrags auf einer Schriftstellerversammlung (vgl. Bl. 23) verpflichtet, seinen Wohnort nicht zu verlassen

Sendet Zeitungsbericht Jordans (vgl. Bl. 21) mit Bitte zu prüfen, ob Angaben wahrheitsgemäß sind

Inhalt: Jordan sei aus Sachsen rechtswidrig ausgewiesen worden. Er habe zuvor aber versprochen, seinen Wohnort nicht zu verlassen, weil gegen ihn Kriminaluntersuchungen im Zuge der Leipziger Vorfälle vom 12. Aug 1844 laufen: Wegen einer Schützenhaus-Versammlung vom 14. Aug und der Verlesung eines Gedichts auf der bekannten Leichenfeier vom 15. Aug

Antwort auf Anfrage vom 10. Nov 1845 (vgl. Bl. 22): Jordan sei aus dem preußischen Staatsverband entlassen und sächsischer Staatsbürger

Teilt mit, dass Jordan nicht mehr preußischer Staatsbürger sei und die sächsischen Behörden im Zug einer eventueller Ausweisung darauf aufmerksam zu machen seien

Abschrift des Schreibens vom 4. Nov 1845 (vgl. Bl. 27f.) ist zu archivieren und die Sache zum Vortrag zu bringen

Jordan, »welcher an den Volksversammlungen lebhaften Theil genommen und sonst als eines der exaltirtesten Subjekte sich gezeigt hat«, ist aus Sachsen ausgewiesen worden; sein ihm gewährtes Niederlassungsrecht bedeute noch nicht die sächsische Staatsangehörigkeit

Auszug des Schreibens vom 4. Nov 1845 (vgl. Bl. 27f.)

Falls Jordan von Sachsen nach Preußen ausgewiesen werde, sei er zurückzuweisen

Referiert Schreiben vom 23. April 1846 (vgl. Bl. 32ff.). Jordan sei also nicht mehr preußischer Untertan, aber noch nicht sächsischer. Bittet MdI, betreffende Maßregeln zu treffen

Wiederholt Argumente vom 4. Nov 1845 (vgl. Bl. 27f.) in ausführlicher Form

Man trete der Ansicht des MdA bei, dass »die Preußische Regierung, der Sächsischen gegenüber, conventionsmäßig verpflichtet sei, den Jordan zu übernehmen«

36	Berlin, 21. Mai 1846	MdI	MdI
37	Berlin, 31. Mai 1846	MdI v. Bodelschwingh	MdA v. Canitz
38	Berlin, 4. Juli 1846	MdI	MdI
39-40		Abschrift aus »Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen« [Vossische Zeitung], Nr. 162, 15. Juli 1846	
41		Abschrift »Bremer Zeitung«, Nr. 17, 17. Jan 1847	
42		Abschrift »Frankfurter Oberpostamts-Zeitung«, Nr. 37, 6. Febr 1847	
43	Berlin, 7. Aug 1847	MdA v. Canitz	MdI v. Bodelschwingh
44	Berlin, 13. Aug 1847	MdI v. Bodelschwingh	Ober-Präsidenten der preußischen Provinzen Sachsen und Schlesien, v. Bonin und v. Wedell
45	Berlin, 14. Aug 1847	MdI v. Bodelschwingh	MdA v. Canitz
46	Magdeburg, 25. Sept 1847	Ober-Präsident der Provinz Sachsen, v. Bonin	MdI v. Bodelschwingh
47-48	Merseburg, 12. Sept 1847	Abteilung des Innern der Provinzialregierung Sachsen	Ober-Präsident der Provinz Sachsen, v. Bonin
49	Bremen, 2. März 1847 (Abschrift)	Polizeidirektorium der freien Hansestadt Bremen	Magistrat Torgau
50	Berlin, 17. Okt 1847	MdI. II. Abtheilung	Abteilung des Innern der Provinzialregierung Sachsen
51	Berlin, 25. Okt 1847	MdA v. Canitz	MdI v. Bodelschwingh
52-53	Merseburg, 30. Okt 1847	Abteilung des Innern der Provinzialregierung Sachsen	MdI v. Bodelschwingh
54-55		Abschrift des Schreibens vom 12. Sept 1847 (vgl. Bl. 47f.)	
56	Berlin, 26. Nov 1847	MdI	MdI
57-58	Berlin, 6. Dez 1847	MdI. II. Abtheilung	Abteilung des Innern der Provinzialregierung Sachsen

Entwurf des späteren Schreibens vom 31. Mai 1846 (vgl. Bl. 37)
Antwort auf Schreiben vom 4. Mai 1846 (vgl. Bl. 31). Preußische Regierung wird sich der Verpflichtung, Jordan von Sachsen »zunächst zu übernehmen« nicht entziehen können. Bittet um Angabe des Orts, wohin die Ausweisung erfolge
Antwort auf Frage vom 31. Mai 1846 (vgl. Bl. 37) stehe noch aus
Inhalt: Erörtert die Umstände der Ausweisung Jordans aus Sachsen, thematisiert die widersprüchliche Einbürgerungspolitik Sachsens
Inhalt: Jordan sei aufgefordert worden, binnen acht Tagen seinen Wohnort Lindenau und Sachsen zu verlassen
Inhalt: Korrespondenz aus Bremen vom 2. Febr 1847: Jordan befinde sich in der Stadt »und wird in den ersten Häusern gern gesehen«. Er habe Vorlesungen im hiesigen Museum angekündigt
Jordan sei nach Verbüßen einer sechswöchigen Haftstrafe aus Sachsen ausgewiesen worden; Einreise nach Preußen solle nicht verhindert werden
Jordan sei auf preußischem Gebiet keine Niederlassung zu gewähren, nur die temporäre Durchreise
Antwort auf Schreiben vom 7. Aug 1847 (vgl. Bl. 43): Jordan werde auf preußischem Gebiet keine Niederlassung gewährt, nur temporäre Durchreise; Rückreise nach Sachsen werde verhindert
Antwort auf Schreiben vom 13. Aug 1847 (vgl. Bl. 44): Jordan habe von Bremen aus um Heimatschein in Merseburg ersucht und ihn dort erhalten (vgl. Bl. 47)
Jordan wurde Anfang 1847 von Sachsen nach Torgau ausgewiesen, von dort reiste er weiter nach Bremen. Von dort aus trug er um einen Heimatschein in Torgau an, der ihm dort am 18. März 1847 ausgestellt wurde
Bittet um Heimatschein aus Torgau für Jordan, da sonst keine Aufenthaltsgenehmigung für Bremen bestehe
Rügt Ausstellung des Heimatscheins für Jordan (vgl. Bl. 47f.)
Antwort auf Schreiben vom 14. Aug 1847 (vgl. Bl. 45); er habe dementsprechend die sächsische Regierung informiert
Antwort auf Schreiben vom 17. Okt 1847 (vgl. Bl. 50); rechtfertigt das Vorgehen der Behörden in Torgau
Entwurf des Schreibens vom 6. Dez 1847 (vgl. Bl. 57f.)
Nochmals Rüge der Provinzialregierung (vgl. Bl. 50 und 52f.)

(Die weitere Akte umfasst das Jahr 1858)

»Lesekabinet«

»Lesekabinet«: Ministerialakte (1843/44, 26 Bl., »Acta betreffend das Berliner Lese-Kabinet und die dort verkehrenden Litteraten«). GStA PK, I. HA, Rep. 77, Mdl, Tit. 343a, Nr. 30

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1-2	Berlin, 13. Juni 1843	Anonymer Confidentenbericht	PP
3	Berlin, 3. Juli 1843	Mdl v. Arnim-Boitzenburg	PP v. Puttkamer
4-5	Berlin, 28. Juni 1843	Anonymer Confidentenbericht	PP
6-7	Berlin, 10. Juli 1843	Anonymer Confidentenbericht	PP
8-9	Berlin, 19. Juli 1843	Anonymer Confidentenbericht	PP
10	Berlin, 23. Juli 1843	Anonymer Confidentenbericht	PP
11-12	Berlin, 21. Juli 1843	Anonymer Confidentenbericht	PP
13	Berlin, 6. Aug 1843	Anonymer Confidentenbericht	PP
14	Berlin, 15. Aug 1843	Anonymer Confidentenbericht	PP
15	Berlin, 13. Aug 1843	Anonymer Confidentenbericht	PP

Inhalt

Über Dr. Rutenbergs Kritik an der preußischen Regierungspolitik, die dem Volk keine Hoffnung gibt, in den Kammern seine Interessen vertreten zu sehen; seine Kritik an Schelling als »Lehrer des Kronprinzen«; hiesige »Literaten« verfahren so, dass sie Privatkorrespondenzen vom Rhein umarbeiten und als solche aus Berlin in rheinischen Zeitungen wieder veröffentlichen; Rutenberg beabsichtigt, eine politische Schrift herauszugeben

Anweisung, Rutenberg »auf unauffällige aber sorgsame Weise weiter zu beobachten«

»Haß gegen die Regierung« bei hiesigen Literaten im Schwinden, aber Berufung von Hermes zum leitenden Redakteur der »Allgemeinen Preußischen Staats-Zeitung« stößt auf Kritik; Leseverein von Studenten hat schon 200 befürwortende Unterschriften; Bauers »Das entdeckte Christenthum«, das in der Schweiz erscheint, macht hier viel Aufsehen; Rutenberg steht vor Abschluss seines politischen Buchs

Die neuen Presse- und Zensurbestimmungen haben Buhl und Meyen entmutigt, den »Piloten« als Monatsschrift herauszugeben; erneute Kritik an Hermes' Berufung (vgl. Bl. 4f.)

Buhl und Meyen wollen eine politische Wochenschrift unter der Umgehung der Zensur herausgeben; Rutenberg mit »seinem bitterm Sarkasmus gegen die Regierung« und seine Beiträge in der »Hamburger Neuen Zeitung«; Rutenberg zufolge sei Dr. Wöniger mit seiner Monatsschrift »Der Staat« ein Zuwachs für ihre Partei, Rutenberg wolle sich daran beteiligen

Rutenberg gibt in der Vossischen Buchhandlung anonym eine »Bibliothek politischer Reden aus dem 18. und 19. Jahrhundert« in einzelnen Lieferungen heraus

Rutenberg hält Zensor Lischke für einen liberalen Mann; er erzählt, dass gegenwärtig fünf oppositionelle Zeitungen geplant werden, lobt insbesondere Wöniger; Bettina v. Arnims »Ein Buch für den König« sei sehr »radikal«, es sollen sich »ganze Seiten darin finden, welche der Verfasserin von ihrem Intimus Bruno Bauer in die Feder diktirt sein sollen«

Man hoffe vor allem auf die Rheinprovinzen: »Alle Gemüther, Bürger, Beamte und Gutsbesitzer seien in Aufregung und nur der Funke fehlt noch um das Glühende zur hellen Flamme anzufachen«; W. Jordan habe anonym ein Gedicht auf die tausendjährige Selbständigkeit Deutschlands bei Egbert Bauer in Charlottenburg veröffentlicht

Verschärfte Zensur in Sachsen führe dazu, dass die Opposition in der Schweiz veröffentlichen müsse; Regierung hatte den Ausschuss des Lesevereins der Studierenden nicht bestätigt, die Studenten hätten dagegen opponiert

Scharfe Maßregeln gegen E. Bauers »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat« beschäftige die Literaten; selbst das Manuskript sei beschlagnahmt: »Die Gebrüder Bauer sollen hierdurch ganz ruiniert sein«, aber: »die Hoffnung auf den König ist bei ihnen noch nicht untergegangen, um so

16	Berlin, 16. Aug 1843	Anonymer Confidentenbericht	PP
17	Berlin, 9. Aug 1843	Anonymer Confidentenbericht	PP
18-19	Berlin, 10. Aug 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
20	Berlin, 6. Okt 1843	Anonymer Confidentenbericht	PP
21-22	Berlin, 24. Okt 1843	Anonymer Confidentenbericht	PP
23	Berlin, 26. Nov 1843	MdI	PP
24	Berlin, 27. Nov 1843	PP	MdI
25-26	Berlin, 11. Jan 1844	Anonymer Confidentenbericht	PP

mehr als sie glauben, daß Handlungen, wie sie gegenwärtig vorliegen, vom Minister ausgehen«; Anastasius Grüns Gedicht »Die Nibelungen im Frack« mache großes Aufsehen; Buhl habe sich wegen des Verbots seiner »Monatsschrift« jetzt an das Ober-Censur-Collegium gewandt

Buhl ist entschlossen, das Urteil des Ober-Censur-Collegiums, wie es auch ausfalle, zu veröffentlichen (vgl. Bl. 15); Uneinigkeit unter den Literaten: »So ist einer der eifrigsten liberalen von ihnen, der Dr. Schmidt mit Bruno Bauer in Uneinigkeit gerathen, was der Veröffentlichung einer von ihnen bearbeiteten Schrift noch hinderlich war«

Zahlreiche Details zur Beschlagnahme von E. Bauers Schrift »Der Streit der Kritik mit Kirche und Staat«; er beabsichtige, noch diese Woche eine Flugschrift über die Angelegenheit zu veröffentlichen; B. Bauer plant, die Arbeit an seinem Werk »Das achtzehnte Jahrhundert« fortzusetzen und darin auch Auszüge aus E. Bauers beschlagnahmtem Buch zu veröffentlichen

E. Bauers demnächst erscheinende Flugschriften und Schriften seien sofort zu beschlagnahmen (»Productionen dieses stets auf fanatische Weise gegen Kirche und Staat polemisirenden Schriftstellers«)

Fröbel und Ruge wollen in Sraßburg ein »Literarisches Comptoir« auf Aktienbasis gründen; in Königsberg seien bereits viele Aktien gezeichnet worden

Auf das Verbot des studentischen Lesevereins hin beteiligen sich die Studenten nun am Lesekabinett Behrenstraße (das sich deshalb räumlich vergrößert); nicht nur das Lesekabinett, sondern auch die bekannte Weinkneipe in der Poststr. Nr. 28 (»Wallburg«) sei ins Auge zu fassen (sie werde zum »politischen Sammelplatz der Literaten«); B. Bauers Besuch im Lesekabinett und Aufbruch ins »Wallburg«

Bitte um Informationen zum Lesekabinett von W. Alexis (Häring)

Lesekabinett wurde von Hitzig und Bernstein (Rebenstein) gegründet, wurde zahlungsunfähig und von Dr. Häring übernommen, Bernstein sei Geschäftsführer

Rutenberg und Buhl verkehren kaum noch im Lesekabinett, Rutenberg meidet politische Gespräche; Meyen schreibt für die »Mannheimer Zeitung« [Mannheimer Abendzeitung]; zu Meyen: »Dieser letztere fehlt zwar nie im Lesekabinet, ist auch sonst bei allen Unternehmungen das leitende und regirende Princip, scheint aber trotz seines eingewurzelten Stolzes, der liberale Mann genannt zu werden und dafür zu gelten, dennoch zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß er sammt allen seinen Speculationen und Speculanten nichts gegen die Macht der Regierung ausrichten wird«. »In dem Privatleseverein, woran ebenfalls Studenten Theil nehmen, ist Meyen ebenfalls die belebende Seele«

Wilhelm Marr

Wilhelm Marr: Ministerialakte (1845–1853, 77 Bl., »Acta betr. den Communisten W. Marr, in der Schweiz, als Verfasser revolutionärer Schriften«). GStA PK, I. HA, Rep. 77, MdI, Tit. 6 Spec. Lit. M, Nr. 238

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1	Berlin, 19. Sept 1845 (Auszug)	MdI	MdA v. Canitz
2	Berlin, 23. Okt 1845	MdA	MdI
3	[Schweiz, ca. Sept 1845] (Abschrift)	Anonymer Confident	Preußischer Gesandter in der Schweiz
4	Berlin, 18. Okt 1845 (Auszug)	PP	MdI
5	Berlin, 14. Sept 1845	MdA v. Canitz	MdI
6	Berlin, 19. Nov 1845	Archivierungsnotiz	
7-8	Berlin, 22. Nov 1845	MdI	Mehrere Ober-Präsidenten preußischer Provinzen
8-9	Berlin, 22. Nov 1845	MdI	MdA v. Canitz
10	Berlin, 24. Juni 1846	MdI	MdA v. Canitz
11	Berlin, 10. Aug 1846	MdI	MdA v. Canitz
12		Abschrift aus »Bremer Zeitung«, Nr. 36, 5. Febr 1847: Wilhelm Marr: »Erklärung«	
13-14	Berlin, 28. Juni 1846 (Abschrift)	MdA v. Canitz	MdI

Inhalt

Der Zuträger des preußischen Gesandten in der Schweiz behauptet, »der Communist Marr« sei Autor von »Katechismus eines Republikaners der Zukunft« und »Pillen«. Wünscht nähere Auskunft, worauf sich diese Vermutung gründet

Antwort auf Schreiben vom 19. Sept 1845 (vgl. Bl. 1); sendet Schreiben des Zuträgers in Abschrift (vgl. Bl. 3)

Marr selbst habe sich im Gespräch zu den Verfasserschaften bekannt (vgl. Bl. 1)

Der Kommunist Marr lebe jetzt in Leipzig

Bevor er die deutschen Häfen wegen Beschlagnahme von Marrs »Blätter der Gegenwart für sociales Leben« instruiere, wolle er Meinung des MdI einholen

Zu den Häuptern einer hochverrätherischen Verbindung in der Schweiz hätten Doeleke und Standau, wahrscheinlich auch Marr gehört (kürzlich aus Leipzig ausgewiesen): »Derselbe ist vorzüglich bestrebt gewesen, die Gemüther der Handwerker für die verbrecherischen Zwecke der Propaganda durch seine Schriften zu bearbeiten«. Namentlich betreffe das die Monatsschrift »Blätter der Gegenwart für sociales Leben«, welche »nach Ausweis der vorliegenden Nummern ganz offen den Atheismus proklamirt, zur Revolution in Deutschland auffordert, das Tschechische Attentat billigt und sein Mißlingen bedauert pp.«; falls Marr preußischen Boden betrete, sei er unverzüglich zu verhaften

Antwort auf Schreiben vom 14. Sept 1845 (vgl. Bl. 5): Da »Blätter der Gegenwart« in den preußischen Staaten ohnehin verboten sind, seien besondere Maßnahmen gegen sie nicht nötig. Nr. 135 des »Frankfurter Journals« enthalte Nachrichten über Kriminaluntersuchung gegen Marr in Hamburg. Wünscht nähere Aufschlüsse

Erinnert an ausbleibende Antwort auf Schreiben vom 24. Juni 1846 (vgl. Bl. 10)

Gegen »Jämmerlichkeit der gesammten Presse des »Bourgeois-Liberalismus«; dass »der politische Liberalismus unserer Tage sich 1., durch seine Feigheit, 2., durch seine Heuchelei, 3., durch seine Niederträchtigkeit und seinen Verrath an der Sache des Volkes« charakterisiert; »Der konsequente Socialist wird einen offenen Gegner achten können; Doktrinäre aber verdienen nur Verachtung«; kündigt »Supplementheft« zu »Das junge Deutschland in der Schweiz« an

Marr sei der Verleger der Schrift »Öffentliche Dankadresse an die Herren von Itzenstein u. Hecker«

15		Abschrift aus dem »Frankfurter Journal«, Nr. 135, 16. Mai 1846	
16	Berlin, 20. Dez 1846	MdA v. Canitz	MdI v. Bodelschwingh
17	Berlin, 14. Febr 1847	MdA v. Canitz	MdI v. Bodelschwingh
18	Berlin, ca. 20. Dez 1846	Staatsanwalt beim Kammergericht Sulzer	MdI
19-25	Berlin, ca. 20. Dez 1846	Staatsanwalt beim Kammergericht Sulzer	MdA v. Canitz
26-27	Berlin, 29. April 1846	MdI	Generalpostmeister v. Nagler
29-41	Berlin, 8. Mai 1847	MdI v. Bodelschwingh	MdA v. Canitz
42		Abschrift aus »Mephistopheles«, Nr. 12, 14. April 1847	
43	Berlin, 1. Mai 1847	Generalpostmeister v. Nagler	MdI v. Bodelschwingh
44	Berlin, 5. Mai 1847	Generalpostmeister v. Nagler	MdI v. Bodelschwingh
45	Berlin, 22. Mai 1847	Staatsanwalt beim Kammergericht Sulzer	MdI
46-49		Archiviertes Exemplar des »Mephistopheles«, Nr. 18, 16. Mai 1847	
50	Hamburg, 11. Mai 1847	W. Marr/Dr. B. Peine: [Flugschrift]	
51	Berlin, 7. Mai 1847	MdA v. Canitz	MdI v. Bodelschwingh
52	Hamburg, 3. Mai 1847 (Abschrift)	Preußischer Gesandter in Hamburg, v. Hänlein	MdA v. Canitz
53	Berlin, 18. Mai 1847	MdI v. Bodelschwingh	MdA v. Canitz
54-55	Berlin, 12. Mai 1847	MdA v. Canitz	MdI v. Bodelschwingh
56	Hamburg, 8. Mai 1847	Hamburger Senat	Preußischer Gesandter in Hamburg, v. Hänlein

Marr hat sich in der Untersuchungssache der Veröffentlichung der Dankadresse an v. Itzenstein und Hecker geweigert, einen Eid abzulegen, weil er als Jungdeutscher Eidesformeln ablehne

Sächsische Regierung fordert vom Senat Hamburgs, dass Marr wegen seiner »Theilnahme an verbrecherischen Verbindungen und Umtrieben zur Untersuchung gezogen werde«; er habe dieses Gesuch befürwortet

Sendet Bericht des preußischen Gesandten in Hamburg: Senat der Hansestadt habe keine Untersuchung gegen Marr eingeleitet

Preußische Regierung solle beim Hamburger Senat nicht nur wegen des Verlags der Schrift »Dankadresse« auf eine Kriminaluntersuchung gegen Marr dringen, sondern auch wegen seiner Schrift »Das junge Deutschland in der Schweiz«

Moniert an »Öffentlicher Dankadresse« die »frechen und widrigen Schmähungen, mit welchen die preußische Regierung [...] überhäuft wird«. Empfiehlt, einen Beschluss der Bundesversammlung gegen Hamburg einzuleiten, falls sich der Senat weiter weigert, eine Kriminaluntersuchung gegen Marr einzuleiten (»Anregung zur Umwälzung der Bundesversammlung durch grobe Schmähungen derselben«)

Sendet Nr. 15 des von Marr herausgegebenen »Mephistopheles«; bittet, dafür zu sorgen, Postversand in Preußen zu unterbinden (»freche und grobe Beschimpfungen Preußens«)

Zitiert ausführlich aus der von Marr verlegten Schrift »Öffentliche Dankadresse«; empfiehlt nach dem fehlgeschlagenen Vorstoß der sächsischen Regierung in Hamburg (vgl. Bl. 17), die Bundesversammlung einzuschalten: »Marr, welcher sich den auch nach seiner Rückkehr aus der Schweiz schwerlich aufgegebenen Beruf gesteckt hat, zunächst durch buchhändlerisch-literarische Unternehmungen sowie durch Verführung des Handwerkerstandes den Umsturz der in Staat und Kirche bestehenden Ordnung Deutschlands vorzubereiten«

Spott über den preußischen Staat, die Verurteilung Eduard Meyens betreffend

Antwort auf Schreiben vom 29. April 1847 (vgl. Bl. 26f.); versichert, dass keine Exemplare des »Mephistopheles« per Post expediert werden

Bestätigt seine Auskunft vom 1. Mai 1847 (vgl. Bl. 43)

Übersendet Nr. 18 des »Mephistopheles« vom 16. Mai 1847 zur Archivierung

Kündigen Rechtsmittel gegen das Verbot des »Mephistopheles« sowie die vierwöchige Haftstrafe gegen sie und die betreffende Geldstrafe an (»Als Grund dieser Unterdrückung wurde angeführt, daß wir uns Blasphemien, Verspottungen des christlichen Staates und Beleidigung eines befreundeten Monarchen hätten zu Schulden kommen lassen«)

Er habe versucht, Hamburgs Senat zum Einschreiten gegen Marrs »Mephistopheles« zu bewegen

Übersendet Nr. 16 des »Mephistopheles«

Bitte um Nachrichten über Mitredakteur des »Mephistopheles«, Dr. Peine

»Mephistopheles« sei nunmehr von Hamburger Behörden verboten

Informiert über Verbot des »Mephistopheles«

57	Hamburg, 7. Mai 1847	Verbotsbeschluss (Abschrift) der Hamburger Polizei	
58	Berlin, 18. Mai 1847	MdI v. Bodelschwingh	MdA v. Canitz
59	Berlin, 31. Mai 1847	MdA v. Canitz	MdI v. Bodelschwingh
59a	Berlin, 5. Juni 1847	MdI	MdI
60	Berlin, 10. Juni 1847	MdI	PP
61	Berlin, 25. Juni 1847	MdI. II. Abtheilung	Polizeidirektion Magdeburg
62	Berlin, 28. Juni 1847	MdA v. Canitz	MdI v. Bodelschwingh
63	Hamburg, 23. Juni 1847 (Abschrift)	Preußischer Gesandter in Hamburg, v. Hänlein	MdA v. Canitz
64	Berlin, 24. Juni 1847	MdI v. Bodelschwingh	MdA v. Canitz
65	Berlin, 8. Aug 1847	MdA v. Canitz	MdI v. Bodelschwingh
66	Hamburg, 8. Aug 1847 (Abschrift)	Preußischer Gesandter in Hamburg, v. Hänlein	MdA v. Canitz
67	Berlin, 2. Sept 1847	MdI v. Bodelschwingh	MdA v. Canitz
68	Berlin, 24. Nov 1847	MdA v. Canitz	MdI v. Bodelschwingh
69-70	Hamburg, 18. Nov 1847 (Abschrift)	Hamburger Senat	Preußischer Gesandter in Hamburg, v. Hänlein
71	Berlin, 6. Dez 1847	MdI v. Bodelschwingh i.V.	MdA v. Canitz
72	Berlin, 22. Okt 1853	MdA v. Manteuffel	MdI v. Westphalen
73	Berlin, 28. Okt 1853	MdI v. Westphalen	PP v. Hinckeldey
74-75	Berlin, 29. Okt 1853	PP v. Hinckeldey	MdI v. Westphalen
76	Berlin, 17. Nov 1853	Archivierungsnotiz	
77	Berlin, 21. Nov 1853	MdI v. Westphalen	MdI v. Manteuffel

Betrifft »Mephistopheles«
Bedankt sich für Schreiben vom 12. Mai 1847 (vgl. Bl. 54f.)
Antwort auf Schreiben vom 18. Mai 1847 (vgl. Bl. 53); sendet Nachrichten über Dr. Peine
Nachrichten über Dr. Peine
Falls Dr. Peine Aufenthalt in Berlin zu nehmen wünscht, sei er zu vernehmen, und er erbittet Protokoll
Inhalt wie Bl. 60
Habe beim Hamburger Senat erneut auf eine Kriminaluntersuchung gegen Marr aufgrund »Öffentlicher Dankadresse« angetragen
Hatte beim Hamburger Senat auf Kriminaluntersuchung gegen Marr angetragen, man würde ansonsten die Bundesversammlung einschalten; Marr beabsichtige indes, nach Java auszuwandern
Marrs Ausreise nach Java müsste auch den Hamburger Behörden entgegen kommen und würde »die Fortsetzung seines revolutionären Treibens« verhindern
Er habe Hamburger Senat bestärkt, Marr zur Ausreise nach Java zu drängen
Auch Hamburgs Senat würde sich freuen, durch die Ausreise nach Java »Marr auf eine gute Manier los zu werden«
Dank für Schreiben vom 8. Aug 1847 (vgl. Bl. 65); man solle weiter Druck auf den Hamburger Senat ausüben, damit dieser Marr zur Ausreise bewegt
»daß bis jetzt die Bemühungen des Senats, den p. Marr zur Auswanderung zu bewegen, ganz vergeblich gewesen sind«. Sendet Abschrift des Schreibens des Senats an preußischen Gesandten v. Hänlein
Wenn man »einen politischen Proceß gegen Marr erhöhe«, würde man ihn nur zum »politischen Märtyrer« machen; er sei »mit den Männern seiner früheren Partei« zerfallen; er selbst fügt am Ende seines Werks »Das junge Deutschland in der Schweiz« hinzu, dass er »die Thorheit seines Treibens erkannt habe«. Man hege weiter die Hoffnung, dass Marr sich durch Auswanderung »uns von seiner Gegenwart befreie«
Dank für Schreiben vom 24. Nov 1847 und Abschrift des Schreibens des Hamburger Senats (vgl. Bl. 68ff.). Unter den obwaltenden Umständen schein die Einleitung einer Untersuchung gegen Marr keinen Erfolg zu versprechen. Schlägt vor, »diese Angelegenheit vorläufig geneigtest auf sich beruhen zu lassen«
Übersendet ihm einen [hier nicht archivierten] Bericht des Königlich Preußischen Geschäftsträgers zu Hamburg vom 19. Okt 1853 (vgl. Bl. 73ff.)
Einer Nachricht des MdA zufolge verbinde Marr »mit dem von ihm betriebenen Auswanderungs-Werbe-Institut politische Pläne« und soll »zu diesem Behufe Verbindungen in Nord-Amerika angeknüpft haben«. Bittet um Nachricht, ob Marr »unter dem Deckmantel des Auswanderungswesens Verbindungen in den diesseitigen Staaten unterhalte«
Schon Anfang September sei ihm bekannt geworden, dass der aus Amerika nach Hamburg zurückgekehrte Literat Marr mit dem von ihm betriebenen Auswanderungs-Werbe-Institut »politische Pläne verbinde und eine propagandistische Reise in Deutschland zu unternehmen beabsichtigte«
Dankt für Schreiben vom 22. Okt 1853 (vgl. Bl. 72); politische Absichten des Treibens Marrs seien nicht zu bezweifeln; Verbindungen mit diesseitigen Staatsangehörigen hätten sich bisher aber nicht ermitteln lassen

Eduard Meyen

Eduard Meyen: Polizeiakte (1837–1851, 185 Bl., »Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffend den Dr. phil. Eduard Meyen aus Berlin«). LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 11651 (Altsign.: Tit. 94, Lit. M, No. 259)

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1		Benutzerverzeichnis	
2	o.O., 20. Dez 1837	PP	PP
3	Berlin, 22. Dez 1837	PP	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Bassewitz
4	Berlin, 25. Dez 1837	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Bassewitz	PP
5	Berlin, 23. Okt 1843	PP	PP
6	Berlin, ca. Okt 1841		
7	Berlin, 25. Nov 1841	Vernehmungsprotokoll Meyens (Auszug)	
8	Berlin, 2. Dez 1841	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer
8a	Berlin, 19. Jan 1842	PP v. Puttkamer	MdI v. Rochow
8b	Berlin, 15. März 1844	Eduard Meyen	PP v. Puttkamer
9-10	Berlin, 18. März 1844	Vernehmungsprotokoll Meyens	
11		Briefumschlag	
12-15		Teile von: »Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen« [Vossische Zeitung], Nr. 71 u. 74, 23. u. 27. März 1844	
16	Berlin, 28. März 1844	PP v. Hinckeldey	PP

Inhalt

Positivvotum auf das vom Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg am 13. Dez 1837 übermittelte Gesuch des Buchhändlers Duncker vom 12. Dez 1837, die »Literarische Zeitung« fortzuführen und an Stelle des verstorbenen Redakteurs Dr. Büchner nun Meyen einzusetzen
Gesuch des Buchhändlers Duncker, die »Literarische Zeitung« fortzuführen und an Stelle des verstorbenen Redakteurs Dr. Büchner nun Meyen einzusetzen, ist stattzugeben
Erwartet schleunige Erledigung des Gesuchs (vgl. Bl. 2f.)

Meyen war bei der Serenade für Welcker nicht zugegen, weil er auswärts war; gehört seiner politischen Gesinnung dem »jungen Deutschland« an, ist »einer der treuesten Anhänger desselben«; »gibt sich in seinen in auswärtigen Blättern erscheinenden Aufsätzen als Gegner der Regierung zu erkennen«

Tabellarische Auflistung der Wohnadressen Meyens von Okt 1836–Okt 1841 in Berlin
Polizeiliche Verwarnung u.a. auch an Meyen betreffs Aktivitäten im Zuge der Welcker-Serenade

Eichler, Köppen, Meyen, Mügge, Rutenberg, Zabel und Riedel [letzterer war nicht Mitunterzeichner des Gesuchs, OB.] sei ihre Ministerialeingabe vom 12. u. 13. Nov zurückzusenden; er möchte Nachricht, warum auch Meyen die Eingabe unterzeichnet habe

Eichler, Köppen, Meyen, Mügge, Rutenberg, Zabel und Riedel [letzterer war nicht Mitunterzeichner des Gesuchs, OB.] wurde erklärt, dass ihre Ministerialeingabe nicht behandelt werde; Meyen wurde befragt und habe sich zu seinen Freunden bekannt

Meyen wurde im Zuge des öffentlich auf Hoffmann v. Fallersleben ausgebrachten Hochs polizeilich vernommen (ein »willkürliche[s] und rechtswidrige[s] Verfahren«). Er hatte erstens gegen dieses Vorgehen schriftlich protestiert und sich zweitens eine Abschrift des Vernehmungsprotokolls erbeten. Erneuert Forderung nach Protokoll

Ihm wurden Zeitungsartikel über die Vivats für Hoffmann v. Fallersleben vorgelegt; streitet ab, ein Vivat ausgebracht oder dazu angestiftet zu haben

Nachricht über das Vivat sowie Meyens Dementi

Entwurf eines Zeitungsartikels wider Meyen (vgl. Bl. 17f.)

17-18		Teile von: »Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen« [Vossische Zeitung], Nr. 76, 29. März 1844	
19a	Berlin, 10. April 1844	PP	PP
19b	Berlin, 8. Mai 1844	PP	PP
20	Berlin, 20. Mai 1844	Kammergericht	PP
21	Berlin, 11. Juni 1844	Kammergericht	PP
22	Berlin, 15. Juni 1844	PP	Kammergericht
23		Briefumschlag	
24	Berlin, 18. Juli 1844	Kammergericht	PP
25-27	Berlin, 8. Juli 1844	Kammergericht: Urteil gegen Meyen	
28	Berlin, 14. Sept 1844	Kammergericht	PP
29	Berlin, 19. Sept 1844	PP	Kammergericht
30	Berlin, 10. Okt 1844	Archivierungsnotiz	
31		Briefumschlag	
32	Berlin, 29. Nov 1844	PP	PP
33	Berlin, 16. Jan 1845	Kammergericht	PP
34-36	Berlin, 27. Dez 1844 (Abschrift)	Kammergericht: Urteil gegen Meyen in zweiter Instanz	
37	Berlin, 29. Jan 1845	Kammergericht	PP
38-57		Sammlung von Zeitungsartikeln	
58	Berlin, 14. Febr 1845	Eduard Meyen	PP v. Puttkamer
59		Briefumschlag	
60-61	Berlin, 21. Febr 1845	Eduard Meyen	PP
60b	Berlin, 22. Febr 1845 (Entwurf)	PP	Eduard Meyen
62	Berlin, 25. Febr 1845	Kammergericht	PP
62a	Berlin, 27. Febr 1845	PP	PP
63	Berlin, ca. Febr 1845		
64	Coblenz, 7. Jan 1847	Königlicher Instructionsrichter	PP
65	Berlin, 18. Jan 1847	MdI v. Bodelschwingh	PP v. Puttkamer

[S. 4]: Artikel PP. v. Puttkamers, der Meyen lächerlich machen will und ihn indirekt der Feigheit zeiht

Auswertung von Zeitungsartikeln betreffs des Vivats auf Hoffmann v. Fallersleben

Auswertung von Zeitungsartikeln betreffs des Vivats auf Hoffmann v. Fallersleben

Habe Untersuchung gegen Meyen verfügt

Sendet Untersuchungsakte in der Sache gegen Meyen

Sendet Untersuchungsakte in der Sache gegen Meyen zurück (vgl. Bl. 21)

Sendet Urteil gegen Meyen (vgl. Bl. 25ff.)

Viereinhalbmonatliches Festungsarrest wegen Beleidigung des PP. v. Puttkamer aufgrund seines Ausdrucks »durchaus willkürliche[s] und rechtswidrige[s] Verfahren«

Sendet erweiterte Untersuchungsakte in der Sache gegen Meyen

Sendet erweiterte Untersuchungsakte in der Sache gegen Meyen zurück (vgl. Bl. 28)

Bericht über die Versammlung im Waßmannschen Bierlokal vom 25. Nov 1844: Teilnehmer größtenteils Studenten: »Von den bekannten Literaten wurden bemerkt Rutenberg, Meyen und Jordan«

Sendet Urteil gegen Meyen (zweite Instanz), vgl. Bl. 34ff.

Achtwöchige Gefängnishaft wegen Beleidigung des PP. v. Puttkamer aufgrund seines Ausdrucks »durchaus willkürliche[s] und rechtswidrige[s] Verfahren«

Sendet Untersuchungsakten gegen Meyen zurück

Betreffend das Vivat für Hoffmann v. Fallersleben

Bittet um ein Gespräch bei ihm

Bittet, das Hafturteil des Kammergerichts gegen ihn nicht zu vollstrecken. Er sei durch das Gericht belehrt, dass seine genannten Ausdrücke rechtlich nicht statthaft seien und er sei bereit, sie öffentlich per Zeitung zurückzunehmen (Entwurf beiliegend)

Seinem Gesuch (vgl. Bl. 60f.) wird nicht stattgegeben

Meyen möge aufgrund seiner Verurteilung in die Hausvoigtei gebracht werden

Meyen ist in die Hausvoigtei gebracht worden

Tabellarische Auflistung der Wohnadressen Meyens von Okt 1836-Febr 1845 in Berlin

Nach der Verhaftung Dronkes habe sich der Verdacht ergeben, dass dieser mit den Berlinern Julius und Meyen »in einem gefährlichen Einverständnis« stehe: »Er soll namentlich an die genannten Literaten Briefe communistischen Inhalts [...] gerichtet haben«. Bittet um Haussuchung bei Julius und Meyen und Beschlagnahme aller Papiere »communistisch-socialistischen Inhalts«

Erfährt aus Zeitungen, dass betreffende Haussuchungen bei Julius und Meyen stattgefunden hätten. Beschwerd sich in scharfem Ton, dass er über alle politischen Angelegenheiten informiert werden müsse

66	Berlin, 20. Jan 1847	PP v. Puttkamer	MdI v. Bodelschwingh
67	Berlin, 22. Jan 1847	MdI v. Bodelschwingh	PP v. Puttkamer
68-69	Berlin, 25. Jan 1847	PP	Königlicher Instruktionen-richter in Coblenz
69a	Berlin, 25. Jan 1847	PP	Kammergericht
70-71		Briefumschläge	
72	Berlin, 2. Febr 1847	Staatsanwalt beim Kammergericht	PP
73	Berlin, 3. Febr 1847	PP v. Puttkamer	MdI v. Bodelschwingh
74	Berlin, 2. Febr 1847	Staatsanwalt beim Kammergericht	PP
75-77	Berlin, 30. Jan 1847 (Abschrift)	Kammergericht: Vernehmungsprotokoll Friedrich Mentels (Auszug betreffs Meyen)	
78	Berlin, 22. Febr 1847	PP	MdI
78a	Berlin, 22. Febr 1847	PP	Kammergericht
79	Berlin, 4. Febr 1847	MdI [?]	PP
80	Berlin, 3. Febr 1847	PP	Kammergericht [?]
81	[Berlin], o.D.	Kammergericht [?]	PP
82	Berlin, 10. Febr 1847	MdI. II. Abtheilung	PP
83	Berlin, 3. Febr 1847 (Abschrift)	Polizeidirektor Duncker	MdI. II. Abtheilung
84-85	Berlin, 15. Febr 1847	Polizeidirektor Duncker	MdI. II. Abtheilung
86	Berlin, 19. Febr 1847	Polizeidirektor Duncker	MdI. II. Abtheilung
87	Leipzig, 16. Febr 1847	Gendarmerie-Inspector Seidendörfer	Polizeidirektor Duncker

Sendet den Bericht der Hausdurchsuchung bei Meyen
Sendet den Bericht über Hausdurchsuchung bei Meyen zurück. Er solle selbst entscheiden, ob er weitere Unterlagen aus Coblenz abwartet oder schon jetzt die Vernehmung des Schneiders Mentel veranlasse
Aus Unterlagen des Schneiders Mentel ergebe sich seine Beziehung zu Heß, Dronke und Meyen. Mentel war in Paris Mitglied des »Bundes der Gerechten«. Habe in Berlin Assoziationen aus Handwerkern gebildet (»vier Clubbs«) und es gebe dort Vorträge kommunistischen Inhalts
Der inhaftierte Mentel solle auch über Dronke, Heß, Meyen und Julius befragt werden
Meyen sei sofort zu verhaften
Meyen sei heute verhaftet worden
Sendet Vernehmungsprotokoll Mentels (vgl. Bl. 75ff.)
Mentel hatte Krüger [Kriege?] in London kennengelernt und ihm wurden Grüße an die Berliner Literaten Meyen, Edgar und Bruno Bauer aufgetragen. Die Bauers habe er aber nie kennengelernt. Er habe Meyen alle Freitage bei Versammlungen im Härterschen Lokale gesehen, auch bei Sonntagsversammlungen in der Artilleriestraße 30. Dort habe derselbe einmal einen Vortrag über »Socialismus und Communismus« gehalten. Er habe Texte aus Püttmanns »Album« vorgelesen (von Freiligrath sowie Heines »Die Schlesischen Weber«), darüber hinaus auch Texte von Scherr. Meyen korrespondiere mit Grün, Püttmann und Heinzen. Als Mentel ihn vor bevorstehenden Durchsuchungen warnen wollte, wusste Meyen davon bereits und sagte, er habe alle verdächtigen Papiere beiseite geschafft. Darüber hinaus existiert in Berlin ein Literatenverein namens »Der Gottlieb« mit sonabendlichen Treffen (Lessing, Meyen, Eichholtz, Behrends, Krause, Ottensoser, Todt, Abarbanel, Neo)
Sendet Abschrift des Vernehmungsprotokolls Mentels (vgl. Bl. 75ff.)
Sendet Abschrift des Vernehmungsprotokolls Mentels (vgl. Bl. 75ff.)
Sendet Vernehmungsprotokoll Meyens zurück
Meyen wurde gestern verhaftet. Bittet um Übersendung des »Tribun« von Heinzen, um Verfahren gegen Meyen vorzubereiten. Meyen sei beschuldigt, im »Verein der Handwerker« bei Härter Heines »Weberlied« vorgetragen zu haben
Antwort auf Frage vom 3. Febr 1847 (vgl. Bl. 80): Habe kein Exemplar von Heinzens »Tribun«
Im Verfahren gegen Meyen sei ein Exemplar von Püttmanns »Rheinischen Jahrbüchern« (1845) unerlässlich. Man möge Polizeidirektor Duncker ersuchen, sein eigenes Exemplar an das Kammergericht zu senden
Weist anlässlich der Verhaftung Meyens darauf hin, dass Meyen Mitarbeiter von Püttmanns »Rheinischen Jahrbüchern« (1845) war (»gefährliche kommunistisch socialistische Bestrebungen«)
Habe kein eigenes Exemplar von Püttmanns »Rheinischen Jahrbüchern« (1845)
Habe aus Leipzig Bd. 2 von Püttmanns »Rheinischen Jahrbüchern« erhalten (vgl. Bl. 87); Meyen sei darin nicht namentlich als Autor genannt
Sendet auf Dunckers Bitte Bd. 2 von Püttmanns »Rheinischen Jahrbüchern«

88	[Berlin, Febr 1847]	Kammergericht	MdI. II. Abtheilung
89	Berlin, 14. Febr 1847	MdI i.V.	PP
90	Berlin, 16. Febr 1847	PP	Kammergericht
91-94	Berlin, 2. März 1847 (Abschrift)	Rechtsspruch des Kammergerichts gegen Eduard Meyen	
95	Berlin, 24. April 1847 (Abschrift)	Rechtsspruch des Ober-Appellations-Senats beim Kammergericht gegen Meyen	
96	Berlin, 20. März 1847	MdI. II. Abtheilung	PP
97	Berlin, 6. April 1847	PP	Kammergericht
98-99	Berlin, 11. April 1847	PP	MdI v. Bodelschwingh
100	Berlin, 11. Mai 1847	Kammergericht	PP
100a	Berlin, 11. Mai 1847 (Abschrift)	Eduard Meyen	PP
101	Stettin, 13. Mai 1847	Festungskommandant i.V.	PP
102	Berlin, 11. Mai 1847	PP	MdI. II. Abtheilung
103-104	Berlin, 15. Mai 1847	PP	Kammergericht
105		Briefumschlag	
106	Berlin, 3. Sept 1847	PP	Königlicher Instructionsrichter in Coblenz
107	Coblenz, 7. Sept 1847	Landgericht Coblenz	PP
108	Berlin, 17. Sept 1847	PP	MdI
109	Berlin, 11. Juni 1848	PP	PP
109a	Berlin, 14. Juni 1848	PP	PP
109b	Berlin, 15. Juni 1848	Eduard Meyen	PP

Untersuchungen gegen Meyen sollen morgen abgeschlossen werden, eventuelle neue oder weitere Ermittlungen gegen ihn wären deshalb zu beschleunigen

Bevor Anklage gegen Meyen erhoben werden könne, soll der Untersuchungsrichter der Sache Dronke in Coblenz befragt werden, ob es belastende Papiere gegen Meyen gebe

Sendet Untersuchungsunterlagen betreffs Meyen

»des Verbrechens der beleidigten Majestät für schuldig«; zweijährige Festungshaft. Er habe in der Vernehmung am 4. Febr 1847 zugegeben, bei Handwerkerzusammenkünften im Härterschen Lokal aus Schriften Scherrs und aus Püttmanns »Album« vorgetragen zu haben. Ob auch Heines »Die Schlesischen Weber« darunter gewesen wäre, wisse er nicht mehr. Es gilt als erwiesen, dass er Scherrs »Kaiser So und So und Prinzeß Gloria« vollständig vorgetragen hat (also auch das darin enthaltene »Eckensteherlied«), auch Heines »Weberlied«

Bestätigt Rechtsspruch des Kammergerichts (vgl. Bl. 91 ff.)

Bittet um Erledigung der Verfügungen betreffs Meyen vom 10. u. 14. Febr 1847 (vgl. Bl. 82)

Bezieht sich auf Schreiben des MdI vom 20. März 1847 (vgl. Bl. 96). Man habe die Schrift nicht übersandt, weil man glaubte, Meyens Beitrag habe kein besonderes Gewicht und man den Abschluss der Untersuchungen gegen ihn nicht verzögern wollte

Räumt Vorwürfe der Nichterledigung der Verfügungen vom 10. u. 14. Febr 1847 aus: Erstens habe das Kammergericht mündlich auf die Übersendung von Püttmanns »Rheinischen Jahrbüchern« (1845) verzichtet, zweitens sei Meyens Aufsatz über »Communismus« als für die Gerichtsverhandlungen als so irrelevant erachtet worden, dass er nach Coblenz zurückgesandt wurde. Beiden Verfügungen wurde also nachgekommen, man bedaure aber, den Minister nicht über den Vollzug unterrichtet zu haben

Meyen solle zur Haftverbüßung auf die Festung Stettin gebracht werden, man erwünsche Rückmeldung

Möchte am 13. Mai 1847 per Eisenbahn nach Stettin transportiert werden; ist bereit, Kosten selbst zu übernehmen

Meyen sei heute eingeliefert worden

Transportzettel für Meyen

Meyen sei am 13. Mai 1847 auf Festung Stettin eingeliefert worden

Bittet im Auftrag des MdI um Rücksendung von Unterlagen, die in der Sache Dronke nach Coblenz gesandt wurden

Sendet die am 13. Jan 1847 erhaltenen Unterlagen Meyens zurück (u.a. sein Manuskript über »Communismus«, einen Brief von Heß vom 20. Dez 1846 sowie Druckschriften von Püttmann und Heinzen)

Die nach Coblenz gesandten Unterlagen von Meyen (vgl. Bl. 107) seien ans PP zurückgesandt worden

Meyen habe ersucht, die 1846 bei ihm beschlagnahmten Unterlagen zurückzuerhalten

Rückgabe der beschlagnahmten Unterlagen erlaubt gegen Quittung (vgl. Bl. 109)

Quittiert Rücknahme von: »Eine Mahnung an die deutschen Liberalen« (Heinzen); »Kriegsartikel« (Heinzen); »Prometheus« (Püttmann); ein eigener Aufsatz über »Socialismus und Communismus«, ein Brief von Heß

110	Berlin, 22. Aug 1849	PP	PP
111	Berlin, 28. Aug 1849	PP	PP
112-113	Berlin, 6. Nov 1849	PP	Ober-Präsident der Provinz Westfalen
112a	Berlin, 15. Jan 1850	PP	
114	Münster, 11. Dez 1849	Ober-Präsident der Provinz Westfalen	PP v. Hinckeldey
115	Paderborn, 9. Dez 1849 (Abschrift)	Von Zur Mühlen	Ober-Präsidium der Provinz Westfalen
116	Münster, 28. Jan 1850	Ober-Präsident der Provinz Westfalen	PP v. Hinckeldey
117	Münster, 28. Jan 1850	Ober-Präsident der Provinz Westfalen	PP v. Hinckeldey
118	[Berlin], 22. Febr 1850	PP	PP
119-120	Berlin, 22. Mai 1850	PP	PP
121	Berlin, 22. Mai 1850	PP v. Hinckeldey	PP
122	Berlin, 22. Mai 1850	PP	PP
123	Berlin, 23. Mai 1850	PP	PP
124	Berlin, 24. Mai 1850	Eduard Meyen	PP
125	Berlin, 12. Juli 1850	Schneidermeister Wilhelm Teschner	PP
125a	Berlin 15. Juli 1850	PP	PP
126	Berlin, 30. Juli 1850	PP	PP
127	Berlin, 17. Juli 1850	PP	Schneidermeister Wilhelm Teschner
128	Berlin, 8. Sept 1850	PP	Justizminister Simons
129	Hamburg, 1. Juli 1850	Eduard Meyen	Dittmann
130	Berlin, 11. Nov 1850	Stadtgericht Berlin	PP
131	Berlin, 16. Nov 1850	Stadtgericht Berlin	PP
131a	Berlin, 4. Dez 1850	PP	Polizei-Amt Altona
131a	Berlin, 4. Dez 1850	PP	Polizeidirektion Hamburg

Meyen habe in seiner Wohnung täglich Zusammenkünfte mit Gleichgesinnten; Überwachung wäre ratsam
Meyen ist Redakteur der »Demokratischen Zeitung« und organisiert in seiner Wohnung regelmäßige Treffen der »Volksvereine«
Meyen erhalte Briefe aus Paderborn mit zwei bestimmten Siegeln. Sendet Abschrift der Siegel und bittet, Absender zu ermitteln
Bittet möglichst bald um Antwort (vgl. Bl. 112)
Antwort auf Schreiben vom 6. Nov 1847 (vgl. Bl. 112f.). Ermittlungen blieben bisher erfolglos (vgl. Bl. 115)
Vermutet, dass Otto Michalis Absender sein könnte (vgl. Bl. 112f.), habe aber keine Beweise
Antwort auf Mahnung vom 15. Jan 1849: Er habe Anfrage vom 6. Nov 1847 bereits am 11. Dez 1849 beantwortet (vgl. Bl. 112f., 112a, 114f.). Sendet nochmals Abschrift seiner Antwort (vgl. Bl. 117)
Sendet Abschrift seines Schreibens vom 11. Dez 1849 sowie des ihm aus Paderborn zugegangenen Schreibens vom 9. Dez 1849
Notiz über die Möglichkeit, Michaelis [aus Berlin?] auszuweisen
Arrestprotokoll Meyen
Anweisung, Meyen zu verhaften
Arrest-Zettel betreffs Meyen (»Arrestant ist streng isolirt zu halten«)
Meyen ist freizulassen
Bittet um Rückgabe der bei ihm beschlagnahmten Papiere
Meyen stehe seit Jahren bei ihm in finanzieller Schuld, eine Vollstreckung sei bereits rechtskräftig beschieden. Er habe gehört, dass Meyen mit polizeilichen Pass abreisen durfte und bittet um Klärung
Meyen habe keinen Pass beantragt und sei mit unbekanntem Ziel abgereist, um einer viermonatigen Gefängnisstrafe zu entgehen
Meyen ist eines Pressevergehen für schuldig erklärt und zu vierwöchentlicher Gefängnishaft oder 25 Talern Strafe verurteilt worden
Antwort auf Schreiben vom 12. Juli 1850 (vgl. Bl. 125). Meyen sei ohne Pass abgereist, vermutlich nach Hamburg
Ein Brief Meyens an Dittmann (vgl. Bl. 129) scheint anzuzeigen, dass Meyen sich in Hamburg befinde
Entschuldigt sich für seine plötzliche Abreise aus Berlin, habe sich nach H. begeben, wartet ab, was aus der »Abend-Post« wird, habe kein großes Vertrauen auf deren Zukunft, denn die aufzubringenden Summen seien zu groß. In Hamburg seien 500 Taler gezeichnet worden, in Magdeburg 1500
Anschrift Meyens sei nicht zu ermitteln, bittet um Auskunft, ob er Berlin verlassen habe
Wiederholt Bitte vom 11. Nov 1850 (vgl. Bl. 130)
Bittet um Auskunft, ob Meyen sich in Altona aufhalte
Bittet um Auskunft, ob Meyen sich in Hamburg aufhalte

132	Hamburg, 12. Dez 1850	Polizeidirektion Hamburg	PP
133	Altona, 14. Dez 1850	Polizei-Amt	PP
134	Berlin, 17. Dez 1850	PP	Stadtgericht Berlin
135	Berlin, 23. April 1851	Kriminalgericht	PP
136	Berlin, 7. Aug 1850 (Abschrift)	Rechtsspruch des Kriminalgerichts gegen Meyen	
137	Berlin, 7. Mai 1851	PP	Stadtgericht

Antwort auf Anfrage vom 4. Dez 1850 (vgl. Bl. 131a): Habe trotz Nachforschungen keine Erkenntnisse

Antwort auf Anfrage vom 4. Dez 1850 (vgl. Bl. 131a): Habe trotz Nachforschungen keine Erkenntnisse

Antwort auf Anfragen vom 11. u. 16. Nov 1850 (vgl. Bl. 130f.). Anfragen in Altona und Hamburg waren ergebnislos

Übersendet Rechtsspruch gegen Meyen vom 7. Aug 1850 in Abschrift (vgl. Bl. 136)

Aufgrund der Beiträge in Nr. 227 u. 259 der »Demokratischen Zeitung« wird Meyen der Verleumdung für schuldig befunden und mit vier Monaten Gefängnis bestraft

Meyen befindet sich vermutlich in Hamburg

(Die weitere Akte umfasst Nachforschungen zu Korrespondenten Meyens und Vorgänge späterer Jahre. Die Meyen-Akte: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 11653 umfasst die Jahre 1848–1851 und wurde hier nicht aufgenommen)

Theodor Mügge

Theodor Mügge: Ministerialakte (1837–1847, 106 Bl., »Acta betr: den Schriftsteller Dr. Theodor Mügge in Berlin, wegen politisch verdächtigen literarischen Treibens«). GStA PK, I. HA, Rep. 77, MdI, Tit. 6 Spec. Lit. M, Nr. 212

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1	Berlin, 20. Juni 1837	PP i.V. Patzig	MdI v. Rochow
2-3	Berlin, 16. Juni 1837 (Abschrift)	Polizei-Rat Duncker	PP
4-5	Berlin, 8. Okt 1841	MdI v. Rochow	König Friedrich Wilhelm IV.
6	Berlin, 28. Okt 1841	PP v. Puttkamer	MdI v. Rochow
7-8	Berlin, 31. Okt 1841	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer
9-10	Berlin, 1. Dez 1841	MdI v. Rochow	König Friedrich Wilhelm IV.
11-13	Berlin, 21. Febr 1842	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer
14	Berlin, 14. März 1842 (Entwurf)	MdI v. Rochow	König Friedrich Wilhelm IV.
15	Berlin, 4. März 1842	PP v. Puttkamer	MdI v. Rochow

Inhalt

Antwort auf mündliche Bitte, Informationen über Mügge zu senden. Übersendet Bericht des Polizei-Rats Duncker vom 16. Juni 1837 (vgl. Bl. 2f.)

Mügge ist gebürtiger Berliner, hat Doktorgrad der Philosophie in Halle erlangt. Hat Umgang mit Dr. Meyen (»Hauptmitarbeiter der Berliner litterarischen Zeitung«) und Adolf Glaßbrenner. Zeige »verwerfliche Tendenz zu boshafte Anspielungen und zur Verbreitung demokratischer Ansichten«. Verkehrt auch mit Prof. Gans (»bei ihren Nachmittags-Zusammenkünften in Charlottenburg«)

Bericht über die Serenade für Prof. Welcker vom 28. Sept 1841. Sendet Informationen zu Mügge: »Er ist mit einer Tänzerin verheiratet und als ein sehr fruchtbarer Novellist und ein sehr flacher politischer Schriftsteller bekannt«

Verweist betreffs Personalinformationen zu Mügge auf Schreiben vom 16. Juni 1837 (vgl. Bl. 2f.) und darauf, dass sich »nichts Wesentliches verändert hat«

Bezugnehmend auf die Königliche Ordre vom 14. Okt 1841, die Welcker-Serenade betreffend, empfiehlt er, die »politische Beaufsichtigung« der Teilnehmer. Es sei »diesen Personen [zu] eröffnen, daß ihr ausschweifender regelloser Lebenswandel und ihre derangirten Verhältnisse, insbesondere aber ihre aufregenden und exaltirten Raisonnements die politische Aufmerksamkeit erregt hätten«

Mügge sei Berliner und könne nicht ausgewiesen werden, so habe PP sich darauf beschränken müssen, »einige zuverlässige Beamte mit der strengen persönlichen Beaufsichtigung zu beauftragen«

Dr. Mügge sei unter der Chiffre +§ Korrespondent für die »Hamburger Neue Zeitung« und unter der Chiffre □ für das »Mannheimer Journal«. Es ist möglich, dass er das entsprechende Zeichen von Rutenberg übernommen hat, der jetzt unter der Chiffre §+§ aus Köln schreibt. Mügge soll umgehend über die betreffende Verfasserschaft vernommen werden, er erwartet entsprechenden Bericht, um prüfen zu können, ob Eröffnung einer gerichtlichen Untersuchung möglich ist. Zu diesem Zweck sei sich »des Polizei-Raths Duncker zur bedienen, der für solche Ermittlungen die erforderliche Erfahrung u. Geschicklichkeit besitzt«

Dr. Mügge sei wahrscheinlich der Autor von Korrespondenzen in der »Hamburger Neuen Zeitung« und im »Mannheimer Journal«, in der Absicht, »Mißvergnügen und Unzufriedenheit gegen die Regierung zu erregen«

Habe auf Weisung vom 21. Febr 1842 (vgl. Bl. 11ff.) Mügge durch Polizei-Rat Duncker vernemen lassen. Die Vernehmung am 26. Febr 1842 (vgl. Bl. 16ff.) hat »zu keinem bedeutenden Resultate geführt«

16-20	Berlin, 26. Febr 1842	Vernehmungsprotokoll Mügges	
21	Berlin, 3. März 1842	Vernehmungsprotokoll Aaron Bernsteins (Rebenstein)	
22-24	Berlin, 4. April 1842	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer
25	Berlin, 22. April 1842	PP	MdI v. Rochow
26-27	Berlin, 19. April 1842 (Abschrift)	Protokollarische Belehrung Mügges	
28	Berlin, 6. Mai 1842	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer
29	Berlin, 10. Mai 1842	PP v. Puttkamer	MdI v. Rochow
30	Berlin, 19. Mai 1842	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer
31	Berlin, 3. Juli 1843	MdI v. Rochow	Finanzminister v. Bodelschwingh
32	Potsdam, 1. Aug 1843	Staatsministerium	MdI v. Arnim-Boitzenburg

Er habe niemals für die »Hamburger Neue Zeitung« geschrieben und nur gelegentlich für das »Mannheimer Journal«. Dieses Blatt verbe die Korrespondenzzeichen eigenständig, auch könne er nicht mehr genau sagen, welche Texte von ihm stammten

Habe Niemandem gegenüber behauptet, eine Nummer der »Times« sei in seinem Lese-Kabinett beschlagnahmt worden. Auch keine der bei ihm angestellten Personen habe eine solche Behauptung verbreitet

Bezieht sich auf Mügges Eingabe an ihn vom 26. Febr 1842 [in der Akte nicht enthalten]. Diesbezüglich sei Mügge protokollarisch zu belehren (ohne ihm irgendwelche Schriftzeugnisse zu »jeder weiteren indiscreten Veröffentlichung« zukommen zu lassen): »versuchte Aufregung zu Mißvergnügen und Verunglimpfung von Regierungs-Maaßregeln gehöre zu den strafrechtlich zu ahndenden Vergehungen«. Weil Mügge, wie er selbst eingestand, Korrespondent der »Mannheimer Zeitung« [Mannheimer Abendzeitung] ist, »so sei die Polizeibehörde zum Einschreiten vollkommen berechtigt gewesen«. Ihm sei vorzuhalten, dass es eines »Patrioten« (»als welchen er sich in seiner Beschwerdeschrift bezeichnet«) unwürdig sei, »nur die Schattenseiten vaterländischer Zustände und Verfassungsverhältnisse einseitig hervorzuheben«. Es könne »keinesfalls geduldet werden [...] wider die bestehende Ordnung methodisch zu polemisieren«. »Schließlich bemerke ich, daß allerdings nicht der Dr. Mügge allein, sondern besonders der Dr. Eduard Mayen [Meyen] Correspondent der Neuen Hamburger Zeitung [Hamburger Neue Zeitung] ist, daß ersterer jedoch im angedeuteten Sinne eine sehr ausgebreitete Correspondenz mit deutschen Blättern führt, und daß ich Gründe habe, anzunehmen, daß die stattgehabte Revision seiner Papiere, bei einer sorgfältigeren und strengeren Ausführung derselben, sehr wahrscheinlich ein weniger ungenügendes Resultat gehabt haben würde«

Sendet protokollarische Belehrung Mügges vom 19. April 1842 (vgl. Bl. 26f.)

Seine Beschwerden vom 26. Febr 1842 an das Innenministerium und vom 4. März 1842 an den König seien unbegründet. Belehrung referiert dann Darlegungen des MdI vom 4. April 1842 (vgl. Bl. 22ff.). Mügges Erwiderung: Er glaube »überhaupt nicht nöthig zu haben, mich gegen die Polizei darüber zu erklären und auszuweisen, mit welchen Journalen ich in Verbindung stehe. — Ueberhaupt protestire ich gegen jedes polizeiliches Verfahren wider mich. Habe ich ein Vergehen oder Verbrechen begangen und kann man mich eines solchen mit Grund anklagen, so stelle man mich — wie ich schon mehrfach gebeten — vor einen ordentlichen Richter und beurtheile mein Verfahren nach den Landesgesetzen; geschieht dies nicht, so muß ich mich für unschuldig halten und glauben, daß man mir mein Recht nicht zukommen lassen will«. Erbittet zwei bei ihm beschlagnahmte Blatt Papier als sein Eigentum zurück. Erbittet, die ihm gemachten Vorhaltungen schriftlich zu übersenden. Werde sich nochmals per Beschwerde an den MdI oder König wenden

Bezieht sich auf Schreiben vom 22. April 1842 (vgl. Bl. 25). Er habe einen solchen Bericht gar nicht gefordert, PP solle eigenständig in der Sache Mügge verfahren

Antwort auf Schreiben vom 6. Mai 1842 (vgl. Bl. 28). Bevor er Mügge nochmals einbestelle, bittet er um Rücksendung der zwei bei Mügge beschlagnahmten Zettel

Sendet die zwei bei Mügge beschlagnahmten Zettel zurück (vgl. Bl. 29)

Bittet um Rückgabe des an ihn gesandten Artikels Nr. 169 des »Mannheimer Journals«, betreffend die Kosten der Königlichen Bauten in Potsdam

Bittet, den aus Berlin stammenden Verfasser eines Artikels in der Nr. 152 der »Königsberger Zeitung« zu ermitteln

33	o.O., o.D.	MdI	MdI
34	Berlin, 9. Aug 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	PP v. Puttkamer
35	Berlin, 18. Aug 1843	PP i.V.	MdI v. Arnim-Boitzenburg
36-37		»Allgemeine Preußische Zeitung«, Nr. 46, 15. Aug 1843, darin S. 304: Finanzminister v. Bodelschwingh: »Berichtigung«	
38	Berlin, 27. Aug 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	König Friedrich Wilhelm IV.
39-40	Sans-souci, 30. Sept 1843	König Friedrich Wilhelm IV.	MdI v. Arnim-Boitzenburg
41	Berlin, 7. Okt 1843	MdI i.V.	PP v. Puttkamer
42	Berlin, 21. Okt 1843	PP v. Puttkamer	MdI v. Arnim-Boitzenburg
43	Berlin, 24. Nov 1843	PP i.V.	MdI v. Arnim-Boitzenburg
44-45	Berlin, 23. Nov 1843	Vernehmungsprotokoll Mügges (Abschrift)	
46-47	Berlin, 3. Dez 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	König Friedrich Wilhelm IV.
47-48	Berlin, [3. Dez 1843]	MdI v. Arnim-Boitzenburg	PP v. Puttkamer
48-49	Berlin, 22. März 1844	»Erkenntniß« des Ober-Censur-Gerichts	
50		Titelblatt von »Die weisse Rose. Taschenbuch für 1845«	
51	Berlin, 11. Nov 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding

Betreffender Artikel Nr. 169 des »Mannheimer Journals« ist dem Finanzministerium übersandt worden

Nr. 169 des »Mannheimer Journals« macht unrichtige Angaben über die Kosten der Königlichen Bauten in Potsdam. Stil und Tendenz sprechen für Rutenberg als Autor. Bittet darum, »auf ganz unauffällige Weise festzustellen«, wer Autor der Berlin-Korrespondenzen des »Mannheimer Journals« und insbesondere dieses Beitrags sei

Eduard Meyen zufolge sei Mügge Korrespondent für das »Mannheimer Journal« und Autor des betreffenden Artikels (vgl. Bl. 38)

Inhalt: Kosten für Königliche Bauten in Potsdam

Durch »gelegentliche Aeuerungen eines bekannten Literaten« habe sich herausgestellt, dass Mügge der Berlin-Korrespondent des »Mannheimer Journals« sei. Dieser beschäftige sich zwar mehr mit belletristischen als politischen Arbeiten, gehört dennoch der »oppositionellen Richtung« an, »wiewohl er in dieser nicht ganz so weit geht, als einige seiner hiesigen Freunde«

Mügge sei zu befragen, wie er zu seinen unwahren Aussagen, die Kosten der Königlichen Bauten in Potsdam betreffend, gekommen sei

Auf Befehl des Königs vom 30. Sept 1843 sei — »ohne des Allerhöchsten Befehls« selbst Erwähnung zu tun — Mügge zu befragen, wie er zu seinen unwahren Aussagen, die Kosten der Königlichen Bauten in Potsdam betreffend, gekommen sei. Erwünscht Protokoll der Vernehmung

Mügge kehrt von einer Reise nach Schweden und Dänemark erst Mitte November zurück und wird dann umgehend vernommen

Sendet Protokoll der Vernehmung Mügges vom 23. Nov 1843 (vgl. Bl. 44f.); Vernehmung verlief ergebnislos

Mügge wird mit der Tatsache konfrontiert, dass er Autor der Berlin-Korrespondenzen für das »Mannheimer Journal« sei (und Meyen für das »Mannheimer Abendblatt« [Mannheimer Abendzeitung]). Mügge verweigert jede Auskunft und entgegnet: »Ich halte mich nicht für verpflichtet, irgend Jemandem Auskunft darüber zu geben, ob ich Correspondent eines Blatts bin«. Sollte es stichhaltige Vorwürfe gegen ihn geben, wolle er sich gern vor einem kompetenten Richter verantworten

Sendet Abschrift des Vernehmungsprotokolls Mügges (vgl. Bl. 44f.): »Da es zu einem weiteren Verfahren gegen den Dr. Mügge nach jetziger Lage der Sache an einem gesetzlichen Anhaltspunkte fehlt, so habe ich mich darauf zu beschränken müssen geglaubt, den Polizei-Präsidenten v. Puttkamer aufzufordern, dieser Angelegenheit fernere Aufmerksamkeit zu widmen«

Mügge sei, mit Königlichem Einverständnis, weiterhin Aufmerksamkeit zu widmen, um Kenntnis zu gewinnen, wer der Urheber seiner Angaben sei

Betrifft Mügges Beschwerde vom 11. Jan 1844 wegen Versagung der Druckerlaubnis für Artikel über Stockholm für die »Kölnische Zeitung«. Druckverbot ist aufzuheben, lediglich drei Stellen wären zu streichen

Das von Mügge herausgegebene in Guben erschienene Werk (vgl. Bl. 50) gebe keinen Nachweis über den Drucker und sei somit zensurwidrig. Der betreffende Drucker sei zu verwarnen oder zu bestrafen

52	Potsdam, 1. Dez 1844	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI v. Arnim-Boitzenburg
53	Betrog, 24. Dez 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
54	Berlin, 23. Nov 1845	MdA v. Canitz	MdI v. Bodelschwingh
55	Berlin, 13. Dez 1845	MdI v. Bodelschwingh	MdA v. Canitz
56	Berlin, 31. Dez 1845	MdI v. Bodelschwingh	MdA v. Canitz
57	Berlin, 10. Febr 1846	MdA v. Canitz	MdI v. Bodelschwingh
58	Stockholm, 27. Jan 1846 (Abschrift)	Preußischer Gesandter in Stockholm, v. Brassier	MdA v. Canitz
59-71		Übersetzung der Korrespondenz »Berlin, 13. Januar 1846« aus dem »Aftonblad« vom 24. Jan 1846	
72	Berlin, 1. Febr 1846	MdA v. Canitz	MdI v. Bodelschwingh
73-74	Stockholm, 20. Jan 1846	Preußischer Gesandter in Stockholm, v. Brassier	MdA v. Canitz
75	Stockholm, 15. März 1846	Preußischer Gesandter in Stockholm, v. Brassier	MdA v. Canitz
76-88		Korrespondenz aus dem »Aftonblad« vom 9. März 1846 in Übersetzung	
89-90	o.O., o.D. (Entwurf)	MdI v. Bodelschwingh	Generalpostmeister v. Nagler
90	Berlin, [23. Juli 1846]	MdI v. Bodelschwingh	MdA v. Canitz
91	Berlin, 23. Juli 1846	MdI v. Bodelschwingh	MdA v. Canitz

Habe beauftragt, den Drucker zu vernehmen. Titelblatt gebe den Namen des Druckers an; ihn nochmals am Ende des Werks anzugeben, sei nach der neuen Zensurinstruktion vom 4. Okt 1842 nicht mehr nötig

Antwort auf Schreiben vom 1. Dez 1844 (vgl. Bl. 52). Die Zensurinstruktion vom 4. Okt 1842 hebe die ältere Bestimmung nicht auf, sondern ergänze sie. Insofern sei bei Schriften unter 20 Bogen der Drucker auch am Ende des Werks zu nennen

Der preußische Gesandte in Stockholm meldet, dass ein im dortigen Oppositionsblatt »Aftonblad« erschienener Artikel mit der Kritik an der preußischen Kirchenpolitik von Mügge stammen soll

Auch anderen Quellen zufolge müsste Mügge der Autor der Korrespondenzen im »Aftonblad« sein

Will die zu vermutende Autorschaft Mügges klären. Fragt, ob nach schwedischen Gesetzen Zeitungsredaktionen gesetzlich gezwungen werden können, Namen von Beiträgern herauszugeben

Sendet Übersetzung eines weiteren anstößigen Artikels aus dem »Aftonblad« vom 24. Jan 1846. Sendet Bericht des preußischen Gesandten zu Stockholm (vgl. Bl. 58), dem zufolge Mügge Autor dieser Korrespondenz sein soll

Ergänzt seinen Bericht vom 20. Jan 1846 (vgl. Bl. 73f.). Schwedische Gesetze lassen es nur bedingt zu, die Herausgabe von Autorennamen bei Zeitungen zu erzwingen. Sehr wahrscheinlich sei Mügge der Autor, was sich aber nicht beweisen lasse

U.a. über »christliche Familien- und Policey-Monarchie« in Preußen; Männer, »die unter blinder Abgötterei« mit ihrer eigenen Macht und Unfehlbarkeit das morsche Innere an den Stützen, durch welche sie allen Stürmen der Zukunft trotzen zu können glaubten, nicht bemerken wollen«. Verheerende innen- und außenpolitische Krise Preußens (Notwendigkeit einer konstitutionellen Organisation; Landstände; kirchliche Emanzipationsbestrebungen; Widerstand in der polnischen Provinz Posen). Fazit u.a.: »daß ganz Deutschland, von einem Ende bis zum anderen in einem Zustand allgemeiner Gährung, in einer ahnungsvollen Unruhe ist«

Antwort auf Schreiben vom 31. Dez 1845 (vgl. Bl. 56). Sendet Bericht des preußischen Gesandten in Stockholm vom 20. Jan 1846 (vgl. Bl. 73f.). Gerichtliche Erzwingung von Autorennamen sei in Schweden nicht möglich; man suche deshalb nach anderen Beweisen für die Autorschaft Mügges

Schwedische Gesetze lassen nur bedingt zu, die Herausgabe von Autorennamen bei Zeitungen zu erzwingen. Verschiedene Quellen vermuten Mügge als Autor. Er bemühe sich weiter um definitive Beweise

Sendet weitere Korrespondenz aus dem »Aftonblad« vom 9. März 1846 in Übersetzung. Autor sei wahrscheinlich Mügge, was sich aber wiederum nicht beweisen lässt

Wachsender Widerstand in der preußischen Provinz Posen. In ganz Preußen Unwillen gegen die politischen, religiösen und sozialen Zustände. Die religiöse Opposition (Deutschkatholiken, Lichtfreunde) ist »die gefährlichste und heftigste«

Bittet um Überwachung der Post von und nach Stockholm. Mügges Briefe wären aufzuhalten und er wäre zu informieren: Er würde ihn ggf. mit dem Inhalt der Briefe konfrontieren

Entwurf des Schreibens (vgl. Bl. 91)

Reinschrift des Entwurfs (vgl. Bl. 90). Dankt für Nachricht vom 10. Febr 1846 und Übersendung einer Korrespondenz aus dem »Aftonblad« (vgl. Bl. 57, 59ff.). Bittet, sie noch behalten zu dürfen und fragt, ob weitere anstößige Korrespondenzen erschienen sind

92	Berlin, 23. Aug 1846	MdA v. Bülow	MdI v. Bodelschwingh
93	Berlin, 18. Nov 1846	MdI	MdI
94	Berlin, 25. März 1847	Staatsminister v. Thile	MdI v. Bodelschwingh; Justizminister Uhden
95	Berlin, 26. März 1847	MdI v. Bodelschwingh	Justizminister Uhden
96-97	Berlin, 6. April 1847	MdI v. Bodelschwingh	Justizminister Uhden
98	Berlin, 14. April 1847	Justizminister i.V.	MdI v. Bodelschwingh
99	Berlin, 23. Mai 1847	MdI i.V.	PP v. Puttkamer
100	Berlin, 18. Juni 1847	PP v. Puttkamer	MdI v. Bodelschwingh
101	Berlin, 18. Juni 1847 (Abschrift)	Protokoll Vernehmung Mügges	
102	Berlin, 5. Juli 1847	MdI i.V.	General-Adjutant v. Neumann
102	Berlin, 5. Juli 1847	MdI i.V.	Staatsminister v. Thile
103	Stockholm, 11. Aug 1847	Preußischer Gesandter in Stockholm, v. Brassier	MdA v. Canitz
104	Berlin, 23. Aug 1847	MdI v. Bodelschwingh	PP v. Minutoli
104	Berlin, 23. Aug 1847	MdI v. Bodelschwingh	MdA v. Canitz
105	Berlin, 27. Aug 1847	PP v. Minutoli	MdI v. Bodelschwingh
106	Berlin, 11. Nov 1847	MdI	MdI

Theodor Mügge/Carl v. Kestelrott: Polizeiakte (1837–1847, 132 Bl., »Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin, betreffend die beiden Privatgelehrten Theodor Mügge und Carl von Kestelrott«). LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 11644 (Altsign.: Tit. 94, Lit. M, No. 173)

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1-20		Umfasst Vorgänge der Jahre 1832–1835 (u.a. Kestelrott)	

Antwort auf Schreiben vom 23. Juli 1846 (vgl. Bl. 91). Keine weiteren Korrespondenzen von Relevanz erschienen

Korrespondenz aus »Aftonblad« vom 13. Okt 1846 ist ans MdA zurückgesandt worden
Sendet Bericht des preußischen Gesandten in Stockholm [in der Akte nicht vorhanden]

Stellt ihm weiteres Vorgehen anheim (vgl. Bl. 94)

Auch die jüngste Berlin-Korrespondenz im »Aftonblad« dürfte von Mügge sein. Seine Autorschaft wäre nicht beweisbar und auch insofern gebe es keine Anhaltspunkte für ein gerichtliches Vorgehen gegen ihn. Schlägt vor, Mügge polizeilich vernehmen zu lassen, damit er sich »vor allen strafbaren Aeußerungen in seinen Korrespondenzen zu hüten suchen wird«

Stimmt dem vorgeschlagenen Vorgehen zu (vgl. Bl. 96f.)

Erbittet Vernehmung Mügges über die Korrespondenzen im »Aftonblad« und Protokoll darüber
Übersendet wie gewünscht Protokoll der Vernehmung Mügges (vgl. Bl. 101)

Er habe niemals Beiträge für das »Aftonblad« geschrieben

Sendet Bericht des preußischen Gesandten in Stockholm vom 12. März 1847

Antwort auf Schreiben vom 25. März 1847 (vgl. Bl. 94): Mügge könne gerichtlich nicht belangt werden; habe ihn polizeilich vernehmen lassen, damit er sich »vor strafbaren Aeußerungen in seinen Korrespondenz-Artikeln für die Folge mehr zu hüten suchen wird«

Redakteur des »Aftonblad« Hjerta reist nach Deutschland. Es sei zu prüfen, ob er Kontakte zu Mügge habe

Mügge habe zu den Vorwürfen, Korrespondent des »Aftonblad« zu sein, entgegnet, er habe niemals Beiträge dafür geschrieben (vgl. Bl. 101); das müsse aber nicht bedeuten. Redakteur Hjerta reist nach Deutschland. Falls er nach Berlin komme und Mügge konsultiere, bitte er um sofortige Anzeige

Sendet Bericht des preußischen Gesandten in Stockholm zurück (vgl. Bl. 103)

Hjerta und Mügge hätten in Berlin keinen Kontakt gehabt; Mügge habe sich in Marienbad aufgehalten

Erbetene Wiedervorlage der »Bremer Zeitung«, Nr. 311 (Kontext nicht erschließbar)

Inhalt

21	Berlin, 12. Jan 1837	PP	PP
22	Berlin, 24. Jan 1837	PP	PP
23-25	Berlin, 16. Juni 1837	Polizeirat Duncker	PP
26	Berlin, 20. Juni 1837	PP i.V. Patzig	MdI v. Rochow
27	Berlin, 25. Nov 1841	Vernehmungsprotokoll Mügges (Auszug)	
28-29	Berlin, 21. Febr 1842	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer
30	Berlin, 24. Febr 1841	PP	PP
31-32	Berlin, 24. Febr	Aaron Bernstein	PP
33-34	Berlin, 4. März 1842	PP v. Puttkamer	MdI v. Rochow
35-36	Berlin, 4. April 1842	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer

Mügge könne von seinen literarischen Produktionen und Übersetzungen leben; korrespondiert mit Leipzig, Braunschweig, Paris. Sein politisches »Glaubensbekenntniß« habe eine »democratische Farbe«. Sei u.a. mit Glaßbrenner befreundet

Nennt drei Namen von Militäroffizieren, die mit Mügge verkehren

Mügge ist gebürtiger Berliner, hat Doktorgrad der Philosophie in Halle erlangt. Hat Umgang mit Dr. Meyen (»Hauptmitarbeiter der Berliner litterar. Zeitung«) und Adolf Glaßbrenner. Zeige »verwerfliche Tendenz zu boshaften Anspielungen und zur Verbreitung demokratischer Ansichten«. Verkehrt auch mit Prof. Gans (»bei ihren Nachmittags-Zusammenkünften in Charlottenburg«)

Antwort auf mündliche Bitte, Informationen über Mügge zu senden. Übersendet Bericht des Polizei-Rats Duncker vom 16. Juni 1837 (vgl. Bl. 23ff.)

Polizeiliche Verwarnung u.a. auch an Mügge betreffs Welcker-Serenade

Dr. Mügge sei unter der Chiffre +§ Korrespondent für die »Hamburger Neue Zeitung« und unter der Chiffre □ für das »Mannheimer Journal«. Es ist möglich, dass er das entsprechende Zeichen von Rutenberg übernommen hat, der jetzt unter der Chiffre §+§ aus Köln schreibt. Mügge soll umgehend über die betreffende Verfasserschaft vernommen werden, er erwartet entsprechenden Bericht, um prüfen zu können, ob Eröffnung einer gerichtlichen Untersuchung möglich ist. Zu diesem Zweck sei sich »des Polizei-Raths Duncker zur bedienen, der für solche Ermittlungen die erforderliche Erfahrung u. Geschicklichkeit besitzt«

Es ist anzunehmen, dass Mügge Rutenbergs Korrespondenzzeichen +§ für die »Neue Hamburger Zeitung« [Hamburger Neue Zeitung] übernommen hat

Auf Befragen aller seiner Mitarbeiter wurde ihm erklärt, dass keiner seiner Mitarbeiter verbreitet hätte, eine Nummer der »Times« sei in seinem Lese-Kabinet beschlagnahmt worden

Habe auf Weisung vom 21. Febr 1842 (vgl. Bl. 28f.) Mügge durch Polizei-Rat Duncker vernommen lassen. Die Vernehmung am 26. Febr 1842 hat »zu keinem bedeutenden Resultate geführt«

Bezieht sich auf Mügges Eingabe an ihn vom 26. Febr 1842 (vgl. Bl. 43f.). Diesbezüglich sei Mügge protokollarisch zu belehren (ohne ihm irgendwelche Schriftzeugnisse zu »jeder weiteren indiscreten Veröffentlichung« zukommen zu lassen): »versuchte Aufregung zu Mißvergnügen und Verunglimpfung von Regierungs-Maaßregeln gehöre zu den strafrechtlich zu ahndenden Vergehungen«. Weil Mügge, wie er selbst eingestand, Korrespondent der »Mannheimer Zeitung« [Mannheimer Abendzeitung] ist, »so sei die Polizeibehörde zum Einschreiten vollkommen berechtigt gewesen«. Ihm sei vorzuhalten, dass es eines »Patrioten« (»als welchen er sich in seiner Beschwerdeschrift bezeichnet«) unwürdig sei, »nur die Schattenseiten vaterländischer Zustände und Verfassungsverhältnisse einseitig hervorzuheben«. Es könne »keinesfalls geduldet werden [...] wider die bestehende Ordnung methodisch zu polemisieren«. »Schließlich bemerke ich, daß allerdings nicht der Dr. Mügge allein, sondern besonders der Dr. Eduard Meyen Correspondent der Neuen Hamburger Zeitung [Hamburger Neue Zeitung] ist, daß ersterer jedoch im angedeuteten Sinne eine sehr ausgebreitete Correspondenz mit deutschen Blättern führt, und daß ich Gründe habe, anzunehmen, daß die stattgehabte Revision seiner Papiere, bei einer sorgfältigeren und strengeren Ausführung derselben, sehr wahrscheinlich ein weniger ungenügendes Resultat gehabt haben würde«

37-38	Berlin, 19. April 1842	Protokollarische Belehrung Mügges	
39	Berlin, 22. April 1842	PP	MdI v. Rochow
40	Berlin, 6. Mai 1842	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer
41-42	Berlin, 4. März 1842	Theodor Mügge	König Friedrich Wilhelm IV.
43-44	Berlin, 26. Febr 1842	Theodor Mügge	MdI v. Rochow
45	Berlin, 10. Mai 1842	PP v. Puttkamer	MdI v. Rochow
46	Berlin, 19. Mai 1842	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer
47	Berlin, 30. Mai 1842	PP i.V.	Theodor Mügge
48	Berlin, 18. Juni 1842	Theodor Mügge	PP
49	Berlin, 22. Juni 1842	PP v. Puttkamer	Inspector Hofrichter
49a	Berlin, 9. Aug 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	PP v. Puttkamer
50	Berlin, 18. Aug 1843	PP	PP
51	Berlin, 18. Aug 1843	PP i.V.	MdI v. Arnim-Boitzenburg
52-53		»Mannheimer Journal«, Nr. 169, 24. Juni 1843	

Seine Beschwerden vom 26. Febr 1842 an das Innenministerium (vgl. Bl. 43f.) und vom 4. März 1842 an den König (vgl. Bl. 41f.) seien unbegründet. Belehrung referiert dann Darlegungen des MdI vom 4. April 1842 (vgl. Bl. 35f.). Mügges Erwiderung: Er glaube »überhaupt nicht nöthig zu haben, mich gegen die Polizei darüber zu erklären und auszuweisen, mit welchen Journalen ich in Verbindung stehe. — Ueberhaupt protestire ich gegen jedes polizeiliches Verfahren wider mich. Habe ich ein Vergehen oder Verbrechen begangen und kann man mich eines solchen mit Grund anklagen, so stelle man mich — wie ich schon mehrfach gebeten — vor einen ordentlichen Richter und beurtheile mein Verfahren nach den Landesgesetzen; geschieht dies nicht, so muß ich mich für unschuldig halten und glauben, daß man mir mein Recht nicht zukommen lassen will«. Erbittet zwei bei ihm beschlagnahmte Blatt Papier als sein Eigentum zurück. Erbittet, die ihm gemachten Vorhaltungen schriftlich zu übersenden. Werde sich nochmals per Beschwerde an den MdI oder König wenden

Sendet protokollarische Belehrung Mügges vom 19. April 1842 (vgl. Bl. 37f.)

Bezieht sich auf Schreiben vom 22. April 1842 (vgl. Bl. 39). Er habe einen solchen Bericht gar nicht gefordert, PP solle eigenständig in der Sache Mügge verfahren

Sucht anlässlich der Zeitungskorrespondenz über die Beschlagnahme einer Nummer der »Times« in Berlin und der falschen Beschuldigungen gegen ihn wegen dieser Korrespondenz »Schutz und Hülfe« angesichts der »Störung meines bürgerlichen Friedens« durch die Polizei (vgl. Bl. 43f.)

Protestiert gegen die Durchsuchung seiner Papiere. Die Korrespondenz über die angebliche Beschlagnahme der »Times« stamme nicht von ihm. Sieht das nur als Vorwand für die Durchsuchung bei ihm und möchte die wahren Gründe erfahren

Antwort auf Schreiben vom 6. Mai 1842 (vgl. Bl. 40). Bevor er Mügge nochmals einbestelle, bittet er um Rücksendung der zwei bei Mügge beschlagnahmten Zettel

Antwort auf Schreiben vom 10. Mai 1842 (vgl. Bl. 45). Sendet die zwei bei Mügge beschlagnahmten Zettel zurück

Sendet die zwei bei Mügge beschlagnahmten Zettel zurück

Habe die bei ihm beschlagnahmten Papiere zurückerhalten. Auf seine protokollarisch festgehaltene Bitte der Vernehmung vom 19. April 1842 (vgl. Bl. 37f.), ihm eine Abschrift der Durchsuchungsanordnung auszufertigen, sei jedoch nicht reagiert worden. Wiederholt die Bitte

Mügge sei mündlich darzulegen, dass aus polizeilichen Verhandlungen keine Abschriften ausgegeben werden

Nr. 169 des »Mannheimer Journals« macht unrichtige Angaben über die Kosten der Königlichen Bauten in Potsdam. Stil und Tendenz sprechen für Rutenberg als Autor. Bittet darum, »auf ganz unauffällige Weise festzustellen«, wer Autor der Berlin-Korrespondenzen des »Mannheimer Journals« und insbesondere dieses Beitrags sei

Die Ansicht, Meyen sei Korrespondent des »Mannheimer Journals«, sei falsch und beruhe auf einer Verwechslung. Er sei Korrespondent der »Mannheimer Abendzeitung«, Mügge hingegen für das erstere und Mügge sei, wie Meyen abgelauscht wurde, der Verfasser des Artikels über die Kosten der Königlichen Bauten in Potsdam

Meyen zufolge sei Mügge Korrespondent für das »Mannheimer Journal« und Autor des betreffenden Artikels (vgl. Bl. 49a u. 50)

Darin S. 673: Korrespondenz aus Berlin die Kosten der Königlichen Bauten in Potsdam

54	Berlin, 18. Aug 1843	König Friedrich Wilhelm IV.	Ohne Adressat
55	Berlin, 7. Okt 1843	MdI i.V.	PP v. Puttkamer
56	Berlin, 19. Okt 1843	König Friedrich Wilhelm IV.	Ohne Adressat
56a	Berlin, 21. Okt 1843	PP v. Puttkamer	MdI v. Arnim-Boitzenburg
57	Berlin, 21. Nov 1843	PP	PP
58-59	Berlin, 23. Nov 1843	Vernehmungsprotokoll Mügges	
60	Berlin, 24. Nov 1842	PP i.V.	MdI v. Arnim-Boitzenburg
61	Berlin, 3. Dezember 1843	MdI v. Arnim-Boitzenburg	PP v. Puttkamer
61a	Berlin, 20. Dez 1842	PP	PP
62	Berlin, ca. Mai 1843		
63	Berlin, 23. Mai 1847	MdI i.V.	PP v. Puttkamer
64	Berlin, 18. Juni 1847	PP v. Puttkamer	MdI v. Bodelschwingh
65	Berlin, 23. Aug 1847	MdI v. Bodelschwingh	PP v. Puttkamer
66	Berlin, 26. Aug 1847	PP	PP
67	Berlin, 27. Aug 1843	PP v. Minutoli	MdI v. Bodelschwingh

Wohin und wann habe Müge einen Reisepass erhalten?

Auf Befehl des Königs vom 30. Sept 1843 sei — »ohne des Allerhöchsten Befehls« selbst Erwähnung zu tun« — Mügge zu befragen, wie er zu seinen unwahren Aussagen, die Kosten der Königlichen Bauten in Potsdam betreffend, gekommen sei. Erwünscht Protokoll der Vernehmung

Es sei unauffällig zu ermitteln, ob Mügge von seiner Reise nach Kopenhagen und Stockholm zurückgekehrt sei

Mügge kehrt von einer Reise nach Schweden und Dänemark erst Mitte November zurück und wird dann umgehend vernommen

Mügge war heute zu einer Vernehmung vorgeladen, erschien nicht

Mügge wird mit der Tatsache konfrontiert, dass er Autor der Berlin-Korrespondenzen für das »Mannheimer Journal« sei (und Meyen für das »Mannheimer Abendblatt« [Mannheimer Abendzeitung]). Mügge verweigert jede Auskunft und entgegnet: »Ich halte mich nicht für verpflichtet, irgend Jemandem Auskunft darüber zu geben, ob ich Correspondent eines Blatts bin«. Sollte es stichhaltige Vorwürfe gegen ihn geben, wolle er sich gern vor einem kompetenten Richter verantworten

Sendet Protokoll der Vernehmung Mügges vom 23. Nov 1843 (vgl. Bl. 58f.); Vernehmung verlief ergebnislos

Mügge sei, mit Königlichem Einverständnis, weiterhin Aufmerksamkeit zu widmen, um Kenntnis zu gewinnen, wer der Urheber seiner Angaben sei

Dem Vernehmen nach sei Mügge tatsächlich der Verfasser des in Rede stehenden Artikels, diese Informationen reichen aber nicht aus, um gegen ihn per Kriminalverfahren vorzugehen

Tabellarische Auflistung der Wohnadressen Mügges von Sept 1836-Mai 1843 in Berlin

Erbittet Vernehmung Mügges über die Korrespondenzen im »Aftonblad« und Protokoll darüber

Übersendet wie gewünscht Protokoll der Vernehmung Mügges

Mügge habe zu den Vorwürfen, Korrespondent des »Aftonblad« zu sein (vgl. B. 63), entgegnet, er habe niemals Beiträge dafür geschrieben, das müsse aber nicht bedeuten. Redakteur Hjerta reist nach Deutschland. Falls er nach Berlin komme und Mügge konsultiere, bitte er um sofortige Anzeige

Observationsbericht über Hjerta: Keine Kontakte mit Mügge, der sich in Marienbad befindet

Hjerta und Mügge hätten in Berlin keinen Kontakt gehabt; Mügge habe sich in Marienbad aufgehalten

(Die weitere Akte umfasst die Jahre 1854–1861)

»Norddeutsche Blätter«

»Norddeutsche Blätter«: Ministerialakte (1844/45, 26 S., »Acta betr. die Censur und den Debit der bei Rieß in Berlin unter dem Namen: Norddeutsche Blätter erschienenen Monatsschrift für Kritik, Literatur und Unterhaltung«). GStA PK, I. HA, Rep. 77, MdI, Tit. 2 Spec. Lit. N, Nr. 43

S.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1	Berlin, 7. Juli 1844	MdI. II. Abtheilung	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht Sulzer
1-2	Berlin, 8. Juli 1844	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht Sulzer	MdI. II. Abtheilung
2	Berlin, 8. Juli 1844	MdI. II. Abtheilung	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht Sulzer
3-5	Berlin, 9. Juli 1844	Zensor Seebode	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht Sulzer
6	Berlin, 15. Aug 1844	MdI. II. Abtheilung	PP v. Puttkamer
7-8	Berlin, 20. Aug 1844	PP v. Puttkamer	MdI. II. Abtheilung
9-10	Berlin, 24. Sept 1844	»Erkenntniß« des Kammergerichts	
11-21	Potsdam, 11. Aug 1845	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg i.V.	MdI
22-26	Berlin, 11. Okt 1845	MdI	Ober-Präsidium der Provinz Brandenburg

Inhalt

Heutige Spenersche Zeitung enthält Ankündigung, dass bei Rieß eine Norddeutsche Monatsschrift erscheine und das erste Heft ausgegeben sei; rät zur Beschlagnahme

Beschlagnahme einer Monatsschrift sei formell erst möglich, wenn sie tatsächlich als Monatsschrift erscheine, also erst nach Veröffentlichung des zweiten Hefts

Mit Blick auf die Rechtslage sei nunmehr von einer Beschlagnahme des erwähnten Hefts abzusehen

Das erste Heft des Blatts zeige die »totale Subversivität der progressistischen linken Fraction des Hegelthums«. Es folgt die Inhaltsangabe der einzelnen Beiträge; das Heft enthalte u.a. auch zensurwidrige Auszüge aus Bettina v. Arnims »Dies Buch gehört dem König«. Beschlagnahme sei also des Inhalts wegen gerechtfertigt

Fragt, ob Zeitungsnachrichten über Beschlagnahme des ersten Hefts der »Norddeutschen Blätter« auf Wahrheit beruhen

Beschlagnahme des ersten Hefts wurde angeordnet, weil der Drucker offiziell nicht angeführt wurde

Beschwerde des Verlegers Rieß wegen Zensurverbot des ersten Hefts der »Norddeutschen Blätter« ist unbegründet. Die darin enthaltene Erzählung »Der Triumph der Sittlichkeit« verunglimpfe u.a. »die Regierung und deren Beamte«

Erstes Heft der »Norddeutschen Blätter« vom 1. Juli 1844 sei ohne Angabe des Druckers und in »einer der Edgar Bauerschen Ansichten von der Aufgabe der Kritik sich anschließenden Tendenz« erschienen. Es wurden 574 Exemplare ausgegeben; 426 Exemplare dieses ersten Hefts wurden inzwischen beschlagnahmt. Rieß habe die Herausgabe mehrerer Zeitschriften im Wochenrhythmus angekündigt: »Norddeutsche Blätter«, »Norddeutsche Literaturzeitung«, »Norddeutsche belletristische Zeitschrift«, »Norddeutsche literarische Mittheilungen«. Dieses Vorhaben zielte darauf ab, die jeweiligen Zensoren gegeneinander auszuspielen. Nach Erscheinen des ersten Hefts einer »Norddeutschen Literaturzeitung« am 8. Juli war klar, dass es text- und formidentisch mit dem ersten Heft der »Norddeutschen Blätter« vom 1. Juli gewesen sei. Das sei konzessionswidrig deshalb, weil man nunmehr von einer »Wochenschrift« ausgehen müsse. Rieß wurde deshalb am 28. Juni 1845 mit 20 Talern Strafe und den Kosten der Untersuchung belegt, Drucker Weidle mit 15 Talern Strafe. Man erwarte Bestätigung der Entscheidung

Bestätigt die Entscheidung vom 28. Juni 1845 trotz Einspruch des Druckers Weidle

Carl Riedel

Carl Riedel: Ministerialakte (1839–1842, 100 Bl., »Acta betr: die von dem Dr. Carl Riedel unter dem Titel: ›Athenäum‹ in Berlin herausgegebene Zeitschrift«). GStA PK, I. HA, Rep. 77, MdI, Tit. 2 Spec. Lit. A, Nr. 41

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1-36			»Athenäum«, Nr. 36-38, 11.-25. Sept 1841
37	Berlin, 18. Febr 1840	MdI	MdI
38	Berlin, 1. Mai 1840	MdK i.V.	MdI v. Rochow
39-40	Berlin, 13. April 1840	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Bassewitz	MdK v. Altenstein; MdI v. Rochow; MdA v. Werther
41-42	Berlin, 31. März 1840	PP v. Puttkamer	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Bassewitz
43-45	Berlin, 11. März 1840	Carl Riedel	PP
46	Berlin, 14. März 1840	Prof. Dr. Gabler	PP
47	Berlin, 21. Mai 1840	MdK, MdI und MdA	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Bassewitz
48	Berlin, 7. Dez 1840	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Bassewitz	MdI v. Rochow; MdA v. Werther; MdK Eichhorn
49	Berlin, 4. Dez 1840	Carl Riedel	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Bassewitz
50	Berlin, 31. Dez 1840	MdI v. Rochow; MdA v. Werther; MdK Eichhorn	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Bassewitz
51-52	Berlin, 8. Okt 1841	MdI i.V.	König Friedrich Wilhelm IV.

Inhalt

Teilweise mit Zensurstreichungen

Wiedervorlage des Gesuchs von Riedel (vom 20. Jan 1840) für Herausgabe des »Athenäums«
Befürwortet Konzession für die Zeitschrift, vorbehaltlich, dass Aufsätze aus dem Gebiet der Kirche und Religion ausgeschlossen werden

Auf Riedels undatierten Antrag zur Herausgabe eines »Athenäums« in Monatsheften habe er beim PP Erkundigungen eingeholt. Zusammen mit dem vorliegenden Lebenslauf und dem Attest Prof. Gablers ergibt sich: Riedel sei »ein Mann von achtbarer Gesinnung und nicht gewöhnlicher wissenschaftlicher Bildung«. Es steht zu erwarten, dass er »im Gebiete der Wissenschaft und Kunst mehr und Besseres leisten wird, als die meisten hiesigen belletristischen Journale«. Bittet die drei Minister, Riedels Gesuch zu befürworten

Sendet auf Anfrage vom 19. Febr 1840 Informationen zu Riedel: achtenswerter und wissenschaftlich gebildeter Mann; »daß seine Vermögens-Verhältnisse aber nicht die besten zu sein scheinen«

Ergänzend zu seinem Antrag vom 20. Jan 1840 und auf die Aufforderung des PP sendet er detaillierten Lebenslauf: »Zur Zeit beschäftigt mit der Herausgabe einer Schrift: Staat und Kirche, welche ich der Universität, zur Motivierung meines Gesuchs um Aufnahme als Privatdocent vorlegen werde«

Personalgutachten über Riedel: »weit entfernt [...], verwerflichen Ansichten und dem Staatswohl und Interessen entgegengesetzten Tendenzen zu huldigen und das Wort zu reden; vielmehr von der Heiligkeit und hohen sittlichen Würde und Bedeutung des Staates, wie von der Nothwendigkeit der Unantastbarkeit der bestehenden politischen Ordnung überzeugt«

Antwort auf seine Anfrage vom 13. April 1840 (vgl. Bl. 39f.); befürwortet Riedels Gesuch für Herausgabe des »Athenäums« (wobei Aufsätze auf dem Gebiet von Religion und Kirche auszuschließen seien)

Riedel habe ersucht, sein »Athenäum« als Wochenschrift, und zwar unter dem Titel »Berliner Wochenschrift« herauszugeben (vgl. Bl. 49); bittet die Minister, das zu befürworten

Ersucht, sein »Athenäum« als Wochenschrift, und zwar unter dem Titel »Berliner Wochenschrift« herauszugeben

Antwort auf Schreiben vom 7. Dez 1840 (vgl. Bl. 48); befürworten seinen Antrag

Kurzbericht über Welcker-Serenade vom 28. Sept 1841 und die Teilnahme Riedels; sei bekannt als Redakteur des »Athenäums« und einer Schrift gegen Schelling

53	Sans-souci, 14. Okt 1841 (Auszug)	König Friedrich Wilhelm IV.	MdI v. Rochow
54	Berlin, 28. Okt 1841	PP v. Puttkamer	König Friedrich Wilhelm IV. (?); MdI v. Rochow (?)
55	Berlin, 31. Okt 1841	MdI v. Rochow	Zensor Hofrat John
56	Berlin, 28. Nov 1841	Archivierungsnotiz	
57-58	Berlin, 30. Nov 1841	MdI v. Rochow	MdK Eichhorn; MdA v. Maltzahn
59-60	Berlin, 1. Dez 1841	MdI v. Rochow	König Friedrich Wilhelm IV.
60-62	Berlin, 2. Dez 1841	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer
63-65	Berlin, 22. Nov 1841	Zensor Hofrat John	MdI v. Rochow
66	8. Dez 1841	MdI v. Rochow	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Bassewitz
67-68	Berlin, 28. Dez 1841 (Abschrift)	MdI v. Rochow; MdK Eichhorn; MdA v. Maltzahn	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Bassewitz
69-72	Berlin, 8. Jan 1842	Carl Jacob Kleman	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Bassewitz
73	Berlin, 10. Jan 1842	Carl Jacob Kleman	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Bassewitz
74-76	Berlin, 29. Jan 1842	MdI v. Rochow; MdK Eichhorn; MdA v. Maltzahn	Carl Jacob Kleman

Teilnehmer der Welcker-Serenade ohne Aufenthaltserlaubnis für Berlin seien aus der Residenz »fortzuschaffen«, die anderen einer »scharfen polizeilichen Aufsicht zu unterwerfen«
Personalinformationen zu Riedel

Erbittet gutachterliche Erkenntnisse über Richtung des »Athenäums« und über »Gesinnung und Persönlichkeit des Herausgebers«

Aufgrund der Königlichen Ordre vom 10. Okt 1841 sei Riedel aus Berlin auszuweisen; das gilt umso mehr, als er in »notorische[r] Armuth« lebt und bereits mehrere Unterstützungsgesuche an das MdK gesandt habe; das »Athenäum« mit 150 Abonnenten decke kaum die Druckkosten. Durch seine Ausweisung erlöscht auch die Konzession für die Zeitschrift, und auch der Antrag, Meyen als Mitredakteur einzusetzen, sei gegenstandslos (der »durch seine politischen Gesinnungen zum Herausgeber einer Zeitschrift ganz ungeeignet ist«)

Riedel werde aus Berlin ausgewiesen und die Konzession für das »Athenäum« erlösche

Aufgrund der Königlichen Ordre vom 10. Okt 1841 sei Riedel zum 1. Jan 1842 aus Berlin auszuweisen

Antwort auf Schreiben vom 31. Okt 1841 (vgl. Bl. 55): »Athenäum« sei auf ein »gebildetes Publicum berechnet«, es zeige sich, dass es »im Ganzen mit mehr Geist, Kenntnissen und Witz redigirt wird, als die meisten andern zu meiner Censur gehörigen Blätter«. Autoren gehören zur »Hegelschen, insonder der sogenannten Jung-Hegelschen Schule«. Wegen finanzieller Misserfolge des Blatts (lediglich 150 Abonnenten) habe sich Riedel zurückgezogen und sich anderen literarischen Arbeiten zugewandt. Nun leiste Meyen die Hauptarbeit (»unstreitig in der Gesinnung, sich schnell zu einer literarischen Autorität und Notabilität zu erheben«). Es ist zu vermuten, dass das Blatt bald eingehe. Ein Zensurverbot sei keinesfalls erforderlich, es würde der »bisher vom Publicum nur wenig beachtete[n] Zeitschrift vielleicht erst recht eine größere Bedeutung« verleihen

Riedel werde aus Berlin ausgewiesen, die Konzession für das »Athenäum« soll nicht mehr verlängert werden

Riedel habe am 1. Jan 1842 »bei Vermeidung von Zwangsmitteln« die Stadt zu verlassen; die Konzession für das »Athenäum« erlösche

Beschwerde über Verbot des »Athenäums« vom 11. Dez 1841; beklagt, dass offenbar schon seit Monaten feststand, dass das Blatt verboten werden soll (so wurde der Antrag Riedels, ab 1842 Eduard Meyen als Mitredakteur einzusetzen, nicht beantwortet). Er weist auf die ihm entstehenden geschäftlichen Verluste hin und möchte das Blatt unter anderer Redaktion fortführen und schlägt dafür Eduard Meyen vor (oder bittet um 100 Taler Entschädigung)

Der Artikel in der »Leipziger Allgemeinen Zeitung« vom 23. Dez 1841 stamme nicht von ihm und nicht aus seinem Umfeld; er habe den Inhalt seiner Beschwerde Niemandem mitgeteilt

Antwort auf Beschwerde vom 8. Jan 1842 (vgl. Bl. 69ff.). Begründen formal-rechtlich das Ende der Konzession für das »Athenäum« und die Ausweisung Riedels. Kleman könne jederzeit auf dem Behördenweg Konzessionen für zukünftige Zeitschriften beantragen, aber: »Der von Ihnen vorgeschlagene Dr. Meyen kann dazu nicht als qualifizirt angesehen [...] werden«

77	Berlin, 19. Jan 1842 (Auszug)	PP v. Puttkamer	MdI v. Rochow
78	Berlin, 21. Jan 1842	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer
79	Berlin, 11. Febr 1842	PP v. Puttkamer	MdI v. Rochow
80-81	Berlin, 13. Dez 1841	Polizeiliches Protokoll	
82-83	Berlin, 7. Juli 1842	MdI v. Rochow	MdK Eichhorn; MdA v. Bülow
84-86	Berlin, 7. Mai 1842	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Bassewitz	MdI v. Rochow; MdK Eichhorn; MdA v. Bülow
87-88	Berlin, 19. März 1842	Carl Jacob Kleman	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Bassewitz
89-90	Berlin, 15. März 1842	Karl Nauwerck: [Konzeption für das neue »Athenäum«]	
91-93	Berlin, 6. Dez 1839 (Abschrift)	PP v. Puttkamer	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Bassewitz
94-95	Berlin, 31. März 1842 (Abschrift)	PP v. Puttkamer	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Bassewitz
96	Berlin, 7. Juni 1842	MdK Eichhorn	MdI v. Rochow; MdA v. Bülow

Auszug aus einem Vernehmungsprotokoll Meyens über seine Gründe, warum auch er die Ministerialeingabe Eichlers, Köppens, Mügges, Rutenbergs, Zabels und Riedels vom 12. Nov 1841 unterzeichnet hätte, und er habe sich zu seinen Freunden bekannt. Auch er würde an der Serenade für Welcker teilgenommen haben, wäre er in Berlin gewesen

Riedel sollte am 1. Jan 1842 aus Berlin ausgewiesen werden, er erwarte Bericht in der Sache
Riedel wurde am 13. Dez 1841 Ausweisung zum 1. Jan 1842 übermittelt, er habe Berlin Ende Dezember Richtung Leipzig verlassen

Riedel wurde Ausweisung aus Berlin zum 1. Jan 1842 und Entzug der Konzession für das »Athenäum« eröffnet

Sendet sein Votum auf den Antrag des Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg, v. Bassewitz (vgl. Bl. 84ff.). Aufgrund mangelnder Qualifikation sei dem Verleger Kleman die Herausgabe der geplanten Zeitschrift abzuschlagen. Ein Gesuch Nauwercks, stattdessen als Herausgeber zu fungieren, liege gar nicht vor. Ohnehin wäre auch die Qualifikation Nauwercks anzuzweifeln (»der junghegelschen Richtung zugethan«, ein sehr fleißiger Mitarbeiter der »deutschen Jahrbücher«, »dieser Umstand allein gestattet schon einen Zweifel an seiner Loyalität«, vertritt »die junghegelschen Ideen von freier Staatsverfassung«)

Buchhändler Kleman beabsichtige, das »Athenäum« fortzuführen, seinem Vorschlag vom 19. März zufolge soll Dr. Nauwerck die Konzession für die Redaktion, ihm selbst aber die Konzession für die Herausgabe erteilt werden. Diesem Gesuch könne er nicht stattgeben, da Kleman vorliegenden Dokumenten zufolge (vgl. Bl. 91ff.) aufgrund seiner »mangelhaften wissenschaftlichen Qualifikation« nur »lückenhaft und oberflächlich« gebildet sei

Beabsichtigt, auf Basis der Erlaubnis vom 29. Jan 1842, das »Athenäum« fortzuführen, und zwar in folgender Konstellation: Dr. Nauwerck solle die Konzession für die Redaktion übertragen werden, ihm selbst die Konzession für die Herausgabe

Werde »Zeitblatt aus der Gegenwart für dieselbe«; soll »das politische, kirchliche, literarische und künstlerische Leben der Gegenwart begleiten und besprechen«, Inlandsthemen sollen überwiegen: »Das Blatt wird nicht Organ einer bestimmten Schule oder eines scharf ausgeprägten Gedankenkreises oder eines einseitigen Interesses sein«; »daß der Fortschritt, dieses oberste formale Gesetz der Entwicklung von Individuen und Völkern, welche den Schatz ihrer Anlagen benutzen, wie das Princip und die Tendenz jeder Zeitschrift als solcher, so auch des Athenaeums bilden muß«

Verlagsbuchhändler Kleman beabsichtige, zwei Zeitschriften (»Prisma«, »le Salon«) herauszugeben. Gegen seine »sittliche Befähigung« sei nichts einzuwenden, er ermangle jedoch einer »wissenschaftliche[n] Befähigung« zur Herausgabe von Zeitschriften. Er hält es für denkbar, dass beide Blätter unter der Leitung kompetenter Herausgeber nützlich sein könnten. Stellt Entscheidung darüber dem Ober-Präsidenten anheim

Antwort auf ein nicht überliefertes Schreiben vom 21. März 1842 (vgl. aber Bl. 87f., 89f.). Kleman sei wissenschaftlich nicht qualifiziert, aber von untadelhafter moralischer Führung. Nauwerck habe einen wissenschaftlich guten Ruf. Auf Basis »zwar discreter, aber auch zuverlässiger Erkundigungen« ist er ein »Gegner der Hegelschen Philosophie« und es ist davon auszugehen, »daß die Gesinnungen des p. Nauwerck zur Zeit loyal sind«. Aus Sicht des PP sei Klemans Gesuch vom 19. März 1842 positiv zu beantworten

Sendet sein Votum auf den Antrag des Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg, v. Bassewitz (vgl. Bl. 84ff.); befürwortet Vorschlag des Ober-Präsidenten

97-98	Berlin, 7. Juli 1842	Identische Reinschrift von Bl. 82f.	
99-100	Berlin, 31. Juli 1842	MdK Eichhorn; MdA v. Bülow; MdI v. Rochow	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding

Carl Riedel: Ministerialakte (1840–1842, unpaginiert [12 Bl.], »Acta, betr. die Censur der von dem Dr. philos. Carl Riedel in Berlin, unter dem Titel: »Athenaeum« herausgegebenen Wochenschrift, und die Einstellung der letztern nach der Verweisung des p. Riedel aus Berlin«). GStA PK, I. HA, Rep. 101, Oberzensurkollegium und Oberzensurgericht, E Lit. A, Nr. 36

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
[1]	Berlin, 29. Mai 1840	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg i. V.	Ober-Censur-Collegium
[2]	Berlin, 21. Mai 1840	MdI v. Rochow; MdA v. Werther; MdK v. Ladenberg (i. V.)	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Bassewitz
[3]		Abschrift von Bl. [2]	
[4-7]	Berlin, 23. Dez 1841	Carl Jacob Klemann	Ober-Censur-Collegium
[8]	Berlin, 1. Jan 1842	Ober-Censur-Collegium	Carl Jacob Klemann
[9]	Berlin, 10. Jan 1842	Carl Jacob Klemann	Ober-Censur-Collegium
[10]	Berlin, 28. Dez 1841	MdI v. Rochow; MdK Eichhorn; MdA v. Maltzahn	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Bassewitz
[11]	Berlin, 7. Jan 1842	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Bassewitz	Ober-Censur-Collegium
[12]		Abschrift von Bl. [10]	

Antwort auf Nachricht des Ober-Präsidenten vom 7. Mai 1842. Aufgrund mangelnder Qualifikation sei dem Verleger Klemann die Herausgabe der geplanten Zeitschrift abzuschlagen. Ein Gesuch Nauwercks, stattdessen als Herausgeber zu fungieren, liege gar nicht vor. »Abgesehen hiervon glauben wir aber auch die Befähigung des p. Nauwerck zur Herausgabe einer Zeitschrift, im Sinne der Censur-Instruction vom 24. December v. J., schon um des willen nicht für ganz unzweifelhaft annehmen zu können, weil derselbe ein sehr eifriger Mitarbeiter der deutschen Jahrbücher und dem Vernehmen nach der junghegelschen Richtung zugethan ist aus seinen bisherigen schriftstellerischen Leistungen eine wünschenswerte Richtung nicht zu erkennen ist«

Inhalt

Antwort auf Schreiben vom 21. Mai 1840 (vgl. Bl. [2]); MdI, MdA und MdK haben Carl Riedel die Konzession für das »Athenäum« erteilt; Zensor wird Hofrat Dr. John

erteilen auf seinen Antrag vom 13. April 1840 hin Konzession für das »Athenäum« (»es dürfen aber Aufsätze aus dem Gebiete der Religion und Kirche nicht aufgenommen werden«)

Beschwerde über Verbot des »Athenäums« vom 11. Dez 1841; beklagt, dass offenbar schon seit Monaten feststand, dass das Blatt verboten werden soll (so wurde der Antrag Riedels, ab 1842 Eduard Meyen als Mitredakteur einzusetzen, nicht beantwortet). Er weist auf die ihm entstehenden geschäftlichen Verluste hin und möchte das Blatt unter anderer Redaktion fortführen und schlägt dafür Eduard Meyen vor (oder bittet um 100 Taler Entschädigung)

Antwort auf Schreiben vom 23. Dez 1841 (vgl. Bl. [4-7]); erklärt sich als für nicht zuständig; er habe sich an die vorgesetzten Ministerien zu wenden

Der Artikel in der »Leipziger Allgemeinen Zeitung« vom 23. Dez 1841 stamme nicht von ihm und nicht aus seinem Umfeld; er habe den Inhalt seiner Beschwerde Niemandem mitgeteilt

Auf Anordnung des Königs vom 10. Okt 1841 soll Riedel, als Teilnehmer der Welcker-Serenade und als Ortsfremder, »von hier entfernt werden«. Auch sein Mangel an Finanzmitteln und seine Mietschulden machen seine Ausweisung aus Berlin unvermeidlich. Riedel habe bis 1. Jan 1842 die Stadt zu verlassen; damit erlösche auch die Konzession für das »Athenäum«

Per Beschluss vom 28. Dez 1841 der mit der Zensur betrauten Ministerien sei mit der Ausweisung Riedels aus Berlin die Konzession für das »Athenäum« erloschen

Arnold Ruge

Arnold Ruge: Ministerialakte (1838–1859, 17 Bl.). GStA PK, VI. HA, NI Duncker, M, Nr. 110

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1	Halle, 25. April 1839	Arnold Ruge	Max Duncker
2-3	Halle, 19. Sept 1838	Arnold Ruge	Max Duncker
4	1857		
5-8	Brighton, 26. Mai 1859	Arnold Ruge	Max Duncker
9-10	[ohne Angaben, anscheinend 1838/39]	Arnold Ruge	Max Duncker
11-12	Halle, 16. April 1839	[unleserlich]	Max Duncker
13	Halle, 21. März 1838	Arnold Ruge	Max Duncker
14-15	Leipzig, 10. Febr 1847	Arnold Ruge	Max Duncker
16-17	Paris, 29. Aug 1844	Arnold Ruge	Max Duncker

Arnold Ruge: Ministerialakte (1843–1851, 202 Bl., »Acta betr. den Studenten Arnold Ruge wegen Verdachts der Theilnahme an geheimen und sträflichen Verbindungen«). GStA PK, I. HA, Rep. 77, Mdl, Tit. 6 Spec. Lit. R, Nr. 164, Bd. 1

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1-114		Vorgänge bis Mai 1832	
115	Berlin, 23. Mai 1843	Mdl	Mdl
116	Halle, 31. Aug 1843 (Auszug)	Oberbürgermeister Halle	Mdl
117	Berlin, 12. Sept 1843 (Auszug)	Mdl	RP Merseburg

Inhalt
Redaktionelle Arbeiten; gemeinsame Bekannte
Bevorstehende Reise Ruges nach Berlin, dortige Universität; gemeinsame Bekannte; Rosenkranz »ganz in seiner alten Liebenswürdigkeit hier eingetroffen«
Handschriftlicher Auszug eines Ruge-Texts aus Zeitschrift »Das Jahrhundert« (1857), u.a. Duncker betreffend
Politische Situation in Italien und Frankreich; Periodika »Deutsches Museum« und »Das Jahrhundert« sind in unfähigen Händen; Lob der preußischen Politik: läuft auf deutsche Einigung hinaus
Leos Angriffe gegen Michelet, Rosenkranz, Strauß, Vischer: »ich hoffe, daß die jungen Hegeliter auch jugendlich dreinschlagen werden, um den Spieß recht eindringlich herumzudrehen«
Betreffend Termin des Habilitations-Vortrags von Dr. Thiele in Halle [Günstling Heinrich Leos]
Auseinandersetzungen mit Leo; Grüße an Merckel
Betreffend die Königliche Einberufung des Landtags (Patent vom 3. Febr); Politik Preußens in der Defensive; Aufgabe der Opposition; Hoffnung auf neue Mirabeaus
Ruge beklagt sich in diesem ausführlichen Brief über die Umstände des Scheiterns der »Deutsch-Französischen Jahrbücher« und Marx' betreffende Darstellung im Pariser »Vorwärts!«; erwähnt Herweghs Heirat (»Tollhausstreich«), außerdem Heine (»macht politische Satiren, die zum Theil sehr gut sind«); Reflexionen über die Revolutionen von 1789 und 1830

Inhalt
Ruge wird als Verfasser der Schrift »Über die Staatskunst in Preußen« vermutet
Es gibt Gerüchte, dass Ruge von Sachsen nach Halle übersiedeln will. Er hat aber noch keine Schritte in diese Richtung unternommen
Es soll vermieden werden, dass Halle ein Sammelplatz der Opposition wird, so wie es in Leipzig geschehen ist. Daher soll die Niederlassung Ruges verhindert werden

118-119		»Mannheimer Abendzeitung«, Nr. 185, 9. Aug 1843	
120-122	Berlin, 14. Aug 1843	MdI	RP Cöln; Ober-Präsident der Rheinprovinz in Abschrift MdA
123-124	Cöln, 24. Aug 1843	RP Cöln	MdI
125	Cöln, 19. Aug 1843 (Abschrift)	Polizeidirektor zu Cöln	RP Cöln
126-126a		»Kölnischer Anzeiger«, Nr. 179, 1. Aug 1843	
127-128	Berlin, 8. Sept 1843	MdI	RP Cöln
129	Berlin, 5. Okt 1843 (Abschrift)	MdA	MdI
130	Paris, 26. Sept 1843 (Abschrift)	Preußischer Gesandter in Frankreich	MdA
131	Breslau, 31. März 1844	Königliche Regierung. Provinz Schlesien. Abtheilung des Innern	Landräte der Provinz
132	Berlin, 28. Dez 1844	MdI	MdI
133		Abschrift zweier Berichte aus der »Magdeburgischen Zeitung«, Nr. 298, 19. Dez 1844 u. Nr. 301, 23. Dez 1844	
134	Magdeburg, 31. Dez 1844	Ober-Präsident der Provinz Sachsen	Alle Landräte und Oberbürgermeister der Provinz
135	Berlin, 6. Febr 1845	Oberbürgermeister zu Halle	MdI
136	Berlin, 11. März 1845	Auszug aus einem Schreiben unklarer Herkunft	
137	Berlin, 15. März 1845	MdI	Ober-Präsident der Rheinprovinz

Enthält eine Korrespondenz vom 6. Aug über den Aufenthalt von Ruge, Moses Heß und Julius Fröbel in Köln. Über Ruges Aufenthalt heißt es: »Er reiste mit M. Heß, dem Verfasser der Triarchie, nach Paris. Dort wollen sie das Bündnis zwischen Frankreich und Deutschland in Ordnung bringen und dann über den Kanal segeln, um die Engländer zur Triarchie einzuladen. Gott geleite sie!«

Ruge, Heß und Fröbel sollen laut einem Zeitungsbericht in Köln gewesen und die ersten beiden nach Paris weitergereist sein, »um dort ein Bündnis zwischen Frankreich und Deutschland zu Stande zu bringen.« Das MdI ist befremdet, dass es keine Mitteilung erhalten hat

Ruge und Heß sind nach Paris gereist, »um dort das Bündniß Frankreichs mit Deutschland in Ordnung zu bringen, d.h. wahrscheinlich mit anderen Worten, revolutionäre Pläne zu schmieden«. Der Pariser Gesandte soll benachrichtigt und seine etwaigen Berichte auch an das MdI gesandt werden

Vom Aufenthalt von Ruge und Fröbel am 29.-30. Juli in Köln war ihm nichts bekannt, hat Bericht beim Polizeipräsidenten angefordert. Hat Anweisung gegeben, die beiden bei ihrer Rückreise beobachten zu lassen. »Daß Dr. Heß in communistische Umtriebe stark verwickelt gewesen«, war ihm bisher nicht bekannt: »Derselbe ist von mir im Auge behalten, aber nicht unter [...] Beobachtung gestellt worden [...]«.«

Anlage zu Bl. 123-124. Fröbel und Ruge sind am 29. Juni per Schiff rheinwärts kommend in Köln eingetroffen und am nächsten Tag nach Aachen weitergereist. Ob sie mit Heß zusammengetroffen sind, ist nicht bekannt. Heß ist am 2. Aug über Aachen nach Paris gereist

Anlage zu Bl. 123-124. Verzeichnis aller an den beiden vorherigen Tagen in Köln angekommenen Fremden. Enthält Eintragung zu Ruge

Ermahnt noch einmal, ihn zu informieren, wenn sich die drei Personen in Köln aufhalten

Leitet Bericht der Pariser Gesandtschaft weiter

Bericht über Ruge und Heß. »Der Dr. Arnold Ruge befindet sich seit einiger Zeit hier, studiert die französischen Zustände und soll kein Communist, aber Literat sein [...]«.«

Betrifft die Unterdrückung der »Deutsch-Französischen Jahrbücher«

Weiterleitung der folgenden Zeitungsartikel

Betrifft Pläne Ruges zur Rückkehr nach Deutschland

Die Mitarbeiter des in Paris erscheinenden »Vorwärts!« Heinrich Börnstein, Arnold Ruge, Carl Marx, Heinrich Heine und Ferdinand Cölestin Bernays sollen verhaftet und nach Berlin überführt werden, sobald sie preußisches Gebiet betreten. Enthält Personenbeschreibungen von Börnstein, Heine, Ruge und Marx

Fordert Signalement von Ruge an

Betrifft mögliche Rückkehr und Verhaftung Ruges

Mögliche Durchreise Ruges durch den Bezirk auf seinen Weg von Paris nach Sachsen. Verfolgung der »Deutsch-Französischen Jahrbücher«, übersendet ein Exemplar

138	Berlin, 24.-26. April 1845	Aktennotizen PP	
139	Berlin, 30. April 1845	MdI	Ober-Präsident der Provinz Westfalen
140	Münster, 12. Juni 1845	Ober-Präsident der Provinz Westfalen	MdI
141-142	Berlin, 12. Juli 1845	MdI	Ober-Präsident der Provinz Westfalen
143		Abschrift aus der »Trier'schen Zeitung«, Nr. 206, 25. Juli 1845	
144-145	Berlin, 8. Nov 1845	Zensor Seebode: Bericht zum zweiten Band von Ruges »Zwei Jahre in Paris. Studien und Erinnerungen«, erschienen 1846 in Leipzig	
146	Berlin, 8. Nov 1845	Zensor Herzog: Bericht zum zweiten Band von Ruges »Zwei Jahre in Paris. Studien und Erinnerungen«	
147	Berlin, 9. Nov 1845	MdI	Sämtliche preußische Ober-Präsidenten
148	Berlin, 9. Nov 1845	MdI	MdA
149	Berlin, 14. Nov 1845	MdA	MdI
150	Berlin, 15. Dez 1845	PP	MdI
151	Berlin, 22. Dez 1845	MdI	PP
152	Münster, 22. Dez 1845	Ober-Präsident der Provinz Westfalen	MdI
153	Berlin, 24. Jan 1846 (Abschrift, vmtl. 26. Jan 1846)	MdA	MdI
154	Dresden 19. Jan 1846 (Abschrift, vmtl. 26. Jan 1846)	Preußischer Gesandter in Sachsen	MdA
155	Stettin, 26. Jan 1846	Ober-Präsident der Provinz Pommern	MdI
156-157	Hottingen bei Zürich, 10. März 1846	Arnold Ruge	MdI

Die Behörde wird auf eine Anzeige im »Börsenblatt des deutschen Buchhandels« aufmerksam, in der von A. L. Ritter aus Arnberg ein Exemplar von Ruges »Anecdota« von 1843 zum Verkauf angeboten wird

Der Sachverhalt soll geprüft und gegebenenfalls Schritte gegen Ritter eingeleitet werden

Ritter ist unverdächtig, es gibt keinen Grund für eine weitere Verfolgung

Widerspricht, Ritter soll belangt werden

Meldung vom 20. Juli aus der Schweiz: Ruge ist in die Fröbelsche Buchhandlung als Teilhaber eingetreten und plant die Veröffentlichung einer zweibändigen Schrift »Mein Aufenthalt in Paris« Passagen des Werks wird eine »unzweifelhaft obwaltende communistische Färbung« attestiert

»Der Verfasser erhebt die Franzosen und das Franzosenthum in den Himmel, zürnt über jede gegentheilige Manifestation, legt den deutschen Regierungen durchgängig Tyrannei und Despotismus zur Last, und läßt die deutsche Nation bei jeder Gelegenheit seine tiefe Verachtung empfinden, weil es sein Joch so geduldig ertrage.«

Vorgehen gegen »Zwei Jahre in Paris« wird angeordnet

Informiert über das Vorgehen gegen »Zwei Jahre in Paris«

Hat den Gesandten am Bundestag angewiesen darauf hinzuwirken, dass sich weitere Regierungen dem Vorgehen anschließen

In Berlin lassen sich keine Exemplare der »Zwei Jahre in Paris« finden, daher konnten dem Staatsanwalt beim Ober-Censurgericht auch keine Exemplare zur Verfügung gestellt werden

Übersendet zwei Exemplare der »Zwei Jahre in Paris«

Es wurde nur ein Exemplar bei einer Buchhandlung in Minden beschlagnahmt. Andere Buchhandlungen haben vor Inkrafttreten des Verbots Ausgaben verkauft

Es ist gelungen, bei der sächsischen Regierung ein Verbot der »Zwei Jahre in Paris« zu bewirken

Es wurden keine Exemplare der »Zwei Jahre in Paris« aufgefunden

Schildert, wie er in Paris irrtümlich ins Visier der auf Drängen Preußens eingeleiteten Maßnahmen gegen den »Vorwärts!« geriet und distanziert sich von dem Blatt. Beschreibt ferner, wie er von den Maßnahmen Preußens gegen seine Rückkehr erfuhr, dies zunächst nicht glauben wollte und sich schließlich in Zürich niederließ. Kritisiert das Verbot der »Zwei Jahre in Paris«, ein Werk »welches ich bei aller Heterodoxie in politischer und religiöser Hinsicht mit geflissentlicher Ruhe und Mäßigung abgefasst habe«. »Männer, denen ich vertrauen darf, gaben mir den Rath, mich direkt an Exzellenz mit dem Gesuch zu wenden, um Aufhebung der polizeilichen Maßregeln, die etwa gegen meine Person verfügt sein sollten, und ich habe keinen Anstand genommen, dies zu thun, da ich von meiner Seite niemals voraus gesetzt habe, daß prinzipielle

158	Berlin, 18. April 1846	MdI	Arnold Ruge
159	Münster, 30. April 1846	Ober-Präsident der Provinz Westfalen	MdI
160	Berlin, 20. Mai 1846	MdI	Ober-Präsident der Provinz Westfalen
161	Berlin, 29. Aug 1846	MdI	Ober-Präsident der Provinz Westfalen
162	Münster, 16. Aug 1846	Ober-Präsident der Provinz Westfalen	MdI
163	Berlin, 12. Sept 1846	MdI	Ober-Präsident der Provinz Westfalen
164		Abschrift aus der »Weser-Zeitung«, Nr. 868, 20. Okt 1846	
165	Magdeburg, 2. Nov 1846	Ober-Präsident der Provinz Sachsen	MdI
166	Berlin, 5. Dez 1846	MdI	Ober-Präsident der Rheinprovinz, Eichmann
167	Coblenz, 11. Dez 1846	Ober-Präsident der Rheinprovinz, Eichmann	MdI
168	Berlin, 23. Dez 1846	MdI	v. Schaper
169-170	Berlin, 5. Jan 1847	Ober-Censur-Gericht	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht
171	Berlin, 12. Jan 1847	v. Schaper (vgl. Bl. 167)	MdI
172	Berlin, 28. Jan 1847	MdI	Ober-Präsident der Rheinprovinz, Eichmann
173	Münster, 21. Jan 1847	Ober-Präsident der Provinz Westfalen	MdI

Opposition und persönliche Sache identisch sei, auch keineswegs befürchte, daß der Unmuth, den man vor einigen Monaten in Preußen und Sachsen gegen die Schriftsteller und Oppositionsmänner an den Tag legte, dauernd sein werde.«

»Die Bildung, die Preußen seit Friedrich II. mit raschen Schritten erreicht hat, kann unmöglich noch lange zum Schweigen bestimmt sein, und wenn irgendeine Zeit es beweist, daß der freien Bewegung der theoretischen Geister und eines öffentlichen constituirten Staats- und Volkslebens die Ausbrüche der Unbildung, der fanatischen Religiosität und des blinden Patriotismus nicht vorzuziehn sind, so ist es doch gewiß der Augenblick, in dem wir leben.« Bittet um die Aufhebung der Maßnahmen gegen seine Person

Die Anordnungen gegen Ruge bleiben bestehen. »Sie haben vielmehr, falls Sie diese Staaten betreten sollten, zu gegenwärtigen, daß gegen Sie nach den Gesetzen verfahren werde.«

Fragt nach, ob bezüglich des beschlagnahmten Exemplars der »Zwei Jahre in Paris«, schon ein Beschluss des Ober-Censur-Gerichts ergangen ist

Bisher kein Beschluss des Ober-Censur-Gerichts

Erllass des Kammergerichts

Bitte um Benachrichtigung, ob weitere Entscheidungen ergangen sind

Es ist noch keine abschließende Entscheidung erfolgt

Leipzig, 15. Okt: Fröbel und vermutlich auch Ruge sind in Leipzig

Ruge beabsichtigt sich wieder in Leipzig anzusiedeln. Der Oberbürgermeister von Halle stellt die Anordnung in Frage, Ruge bei einem eventuellen Übertritt festzunehmen, »nachdem dieser seine politischen Ansichten angeblich sehr geändert hat und so lange Zeit darüber hingegangen ist.« Der Ober-Präsident hat Anweisung gegeben, dass die Anordnung beibehalten wird

Fordert Rücksendung des Exemplars der »Deutsch-Französischen Jahrbücher« an

Das Exemplar befindet sich anscheinend im Besitz seines Amtsvorgängers v. Schaper

Fordert Rücksendung des Buches, es wird im Ministerium dringend gebraucht

Verbot der »Zwei Jahre in Paris« und Anordnung der Vernichtung der beschlagnahmten Exemplare

Verhinderte Rückgabe der »Deutsch-Französischen Jahrbücher«: »Ich entsinne mich zwar wohl, daß während meiner Amts-Verwaltungs in Coblenz ein Exemplar der fraglichen Schrift bei dem Königlichen Ober-Präsidio derselbst einging, und daß ich dasselbe, um allen Mißbrauch damit zu verhüten, an mich genommen und in meinem Arbeits-Tisch verschlossen hatte.« Was danach mit dem Buch passiert ist, weiß er aber nicht mehr

Macht Mitteilung von dem Schreiben v. Schapers und verlangt weitere Nachforschungen über den Verbleib des Buches

Bittet um Mitteilung über die Entscheidung des Ober-Censur-Gerichts; der Buchhändler aus Minden (vgl. Bl. 152) habe die Erstattung des Preises beantragt

174	Berlin, 12. März 1847	Zensor Herzog	MdI
174a	Berlin, 14. März 1847	MdI. II. Abtheilung	MdI
175	Berlin, 14. März 1847	Rundschreiben des MdI. II. Abtheilung	
176-177	(frühestens 15. März 1847)		
178	Münster, 26. Febr 1847	Ober-Präsident der Provinz Westfalen	MdI
179	Berlin, 17. März 1847	MdI	Ober-Präsident der Provinz Westfalen
180	Berlin, 19. März 1847	MdI	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht v. Lüderitz
181	Coblenz, 11. Febr 1847	Ober-Präsident der Rhein-provinz	MdI
182-183	Berlin, 25. März 1847	MdI	Ober-Präsident der Provinz Sachsen
184	Münster, 30. März 1847	Ober-Präsident der Provinz Westfalen	MdI
185	Münster, 30. März 1847	Ober-Präsident der Provinz Westfalen	MdI
186	Berlin, 15. April 1847	MdI	Ober-Präsident der Provinz Westfalen
187-188	Berlin, 16. Juni 1847 (Abschrift vom 19. Juni)	MdI	Sämtliche preußische Ober-Präsidenten
189	Berlin, 27. Okt 1847	MdI	
190	Berlin, 28. Okt 1847	MdI	
191	Berlin, Okt 1847	MdI	
192	Berlin, 31. Okt 1847	MdI	Sämtliche preußische Ober-Präsidenten
193	Berlin, 15. Nov 1848 (undatierte Abschrift)	MdI	PP
194	Berlin, 2. Febr 1849	MdI	Regierungs-Assessor Beyer
195	Berlin, 19. Febr 1849	MdI	MdI
196-198	Berlin, 20. Febr 1849	Obercommando in den Marken	MdI
199-200	Berlin, 4. März 1849	MdI	Arnold Ruge in Leipzig und Obercommando in den Marken

Der 5. und 6. Band der Gesammelten Schriften Ruges ist identisch mit Ruges »Zwei Jahre in Paris« und sollte beschlagnahmt werden

Diese Bände enthalten die »Zwei Jahre in Paris«, ihre Verbreitung ist daher zu unterbinden

Betrifft Band 5 und 6 der Gesammelten Schriften (vgl. Bl. 174)

Liste mit amtlichen Empfängern von Beschlagnahmeverfügungen für Bücher

Erinnerung an das Schreiben vom 21. Jan

Informiert über die Entscheidung des Ober-Censur-Gerichts

Gegen Band 5 und 6 der Gesammelten Schriften soll ein Verbot vor dem Ober-Censur-Gericht angestrengt werden

Übersendet das nach langer Nachforschung aufgefundene Exemplar der »Deutsch-Französischen Jahrbücher«

Das mit einer Verhaftung Ruges in Halle verbundene Aufsehen ist nicht wünschenswert. Andererseits ist Ruge nicht nur Herausgeber der »Deutsch-Französischen Jahrbücher«, sondern auch Verfasser von »Zwei Jahre in Paris«, einer Schrift »verbrecherischen Inhalts«. Nach Ruge soll nicht gefahndet werden; wenn er in Halle aber Aufsehen erregt, soll seine Verhaftung vorgenommen werden. Übersendet ein Exemplar der »Deutsch-Französischen Jahrbücher«

Es wurden in den örtlichen Buchhandlungen keine Exemplare von Band 5 und 6 der Gesammelten Werke vorgefunden

Hat Bedenken, das beschlagnahmte Exemplar der »Zwei Jahre in Paris« zu vernichten. Vertritt die Rechtsauffassung, es müsste ins Ausland zurückgesendet werden.

Die Entscheidung zur Vernichtung der Schrift ist korrekt und soll umgesetzt werden

Das Ober-Censur-Gericht hat eine Ausgabe der von Ernst Keil herausgegebenen »Unterhaltungs-Bibliothek für das Volk« und Band 5 und 6 der Gesammelten Schriften Ruges verboten und die Vernichtung der beschlagnahmten Exemplare angeordnet

Eine zweite Auflage von Band 5 und 6 der Gesammelten Schriften ist aufgetaucht

Auch die zweite Auflage soll beschlagnahmt werden

Entspricht Bl. 190

Entspricht Bl. 191

Informiert über das Ausscheiden Ruges aus der deutschen Nationalversammlung

Eingabe von Dr. med. Ludwig Ruge zur Rückkehr des ausgewiesenen Arnold Ruge

Betrifft die mögliche Zurücknahme der Ausweisung Ruges und das Verbot der Zeitschrift »Die Reform«

Rechtfertigt die Ausweisung Ruges und das Verbot der »Reform« mit Verweis auf den Belagerungszustand

Aufrechterhaltung der Ausweisung Ruges und des Verbots der »Reform«

201	Berlin, 11. Juli 1851 (Abschrift vom selben Tag)	MdI	Regierungspräsidenten zu Düsseldorf und Minden; Ober-Präsident zu Magdeburg
202	Berlin, 25. Juli 1851 (Abschrift vom 30. Juli)	MdI	MdA

[Arnold Ruge]: Ministerialakte (1845, 248 Bl., »Verbotene Bücher des In- und Auslands, desgleichen neue Censur-Maasregeln gegen die im Auslande erscheinenden politischen Schriften«). GStA PK, III. HA, MdA, I, Nr. 9003

Akten-Nr., Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
4809, Bl. 106	Berlin, 9. Nov 1845	MdI	MdA
4809, Bl. 107 - 108	Berlin, 14. Nov 1845	MdA	Preußische Gesandtschaften in Stuttgart und Dresden; preußisches MdI
5007, Bl. 140 -141	Frankfurt, 17. Nov 1845	Preußische Gesandtschaft	MdA

[Arnold Ruge]: Ministerialakte (1846, 278 Bl., »Verbotene Bücher des In- und Auslands, desgleichen neue Censur-Maasregeln gegen die im Auslande erscheinenden politischen Schriften«). GStA PK, III. HA, MdA, I, Nr. 9004

Akten-Nr., Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
306, Bl. 64	Dresden, 19. Jan 1846	Preußische Gesandtschaft in Sachsen	MdA
306, Bl. 65-66	Dresden, 2. Jan 1846	Königlich-sächsisches MdI	
306, 307, Bl. 69	Berlin, 24. Jan 1846	MdA	MdI

Ruge und Carl Schurz sind nach Deutschland gereist. Nach ihnen soll gefahndet werden, um sie gegebenenfalls zu verhaften

Rücksendung eines Berichts über die Reise von Ruge und Schurz, informiert über die getroffenen Maßnahmen

Inhalt

Informiert über die in Preußen angeordnete Beschlagnahme von Arnold Ruges »Zwei Jahre in Paris«. Verbot in anderen deutschen Staaten soll erwirkt werden
Verbot der »Zwei Jahre in Paris« soll herbeigeführt werden

Wirkt auf das Verbot von »Zwei Jahre in Paris« hin

Inhalt

Hat Verbot von Arnold Ruges »Zwei Jahre in Paris« erwirkt

Abschrift der Verfügung zum Vorgehen gegen »Zwei Jahre in Paris«

Informiert über das Verbot von »Zwei Jahre in Paris« in Sachsen

Arnold Ruge: Polizeiakte (1848/49, 284 Bl., »Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffend den Literaten Dr. Arnold Ruge«). LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 12528 (Altsign.: Tit. 94, Lit. R, No. 267)

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1-31		Vorgänge bis 1830	
32	Berlin, 23. Okt 1848	Arnold Ruge	PP
32v.	Berlin, 4. Dez 1848	Magistrat Berlin	PP
33-34	Berlin, 2. Nov 1848	Anmeldung Arnold Ruges, seiner Frau Agnes Wilhelmine und von drei Kindern in Berlin	
35	Berlin, 11. Dez 1848	Arnold Ruge	PP
36	Berlin, 12. Dez 1848	Vermieter Moehrer	Fremdenpolizei
37	Berlin, 11. Dez 1848	Anlage zu Bl. 36	
38	Berlin, 13. Dez 1848	PP	
39	Berlin, 14. Dez 1848	Arnold Ruge	PP
40	Berlin, 14. Dez 1848	Dr. med. Ludwig Ruge	PP
41	Berlin, 15. Dez 1848	Polizeibeamter Mocher	PP
42	Berlin, 14. Dez 1848	Arnold Ruge	Polizeibeamter Mocher
43	Berlin, 13. Dez 1848	Arnold Ruge	Polizeibeamter Mocher
44	Berlin, 17. Dez 1848	Arnold Ruge	PP
45	Berlin, 18. Dez 1848	PP	Arnold Ruge
46	Berlin, 2. (?) Jan 1849	Obercommando in den Marken	PP
47	Berlin, 10. Jan 1849	Obercommando in den Marken	PP
47r.	Berlin, 11. Jan 1849	PP	Arnold Ruge
48	Berlin, 11.-20. Jan 1849	PP	
49	Berlin, 11. Jan 1849	Arnold Ruge	Polizeibeamter Mocher
50	Berlin, 15. Jan 1849	Dr. med. Ludwig Ruge	PP
51-52	Berlin, 20. Jan 1849 Morgens	PP	Obercommando in den Marken
53	Berlin, 21. Jan 1849	PP	PP
54	Berlin, 21. Jan 1849 Vormittags	Arrestanzeige	
55	Berlin, 21. Jan 1849 Mittags	PP	Obercommando in den Marken

Inhalt
Betrifft Ruges »Buchdruckerei der Reform« und seine Absicht, sich damit in Berlin niederzulassen. Aktennotiz: Außer einer Mitteilung von 1844 betreffend das Verbot der »Deutsch-Französischen Jahrbücher« liegen keine Akten über Ruge vor
Ruge ist nach Leipzig gereist und wird nach Aufhebung des Belagerungszustandes nach Berlin zurückkehren
Enthält Angaben zu Plänen zur Eröffnung einer Druckerei, über Vermögen und die Haftzeit 1824–1830
Teilt mit, dass er sich in Berlin angemeldet hat und nun der Magistrat zur Klärung der Niederlassung zuständig sei
Anmeldung Ruges in Berlin am vorherigen Tag
Beleg über die Anmeldung Ruges und seiner Familie in Berlin
Ausweisung Ruges aus Berlin. Soll die Stadt binnen 24 Stunden verlassen
Protestiert gegen Ausweisung. Bittet wegen Krankheit um Frist von wenigstens 8 Tagen
Attest für seinen Bruder
Der Beamte war bei Ruge und hat ihm ein Schreiben des Polizeipräsidenten v. Hinckeldey übergeben
Quittiert den Empfang des Schreibens
Quittiert den Empfang der Ausweisungsverfügung
Teilt mit, dass er beim Innenministerium gegen seine Ausweisung Einspruch eingelegt hat, teilt Gründe mit
Es bleibt bei der Ausweisung mit verlängerter Frist
Sollte Ruge Berlin betreten, ist er festzunehmen
Ausweisung Ruges ist sofort durchzuführen (behandelt außerdem Ausweisung Rodbertus')
Übermittelt eine Abschrift des Erlass v. Wrangels, Ausweisung aus Berlin
Fortgang der Ausweisung Ruges
Quittiert den Empfang der Ausweisungsverfügung
Bestätigt die Abreise Arnold Ruges nach Leipzig
Ruge ist am selben Morgen in der Wohnung Düffers vorgefunden worden, er scheint dort schon seit einiger Zeit zu nächtigen. Zusammen mit ihm wurde Friedrich Hinrichs aufgegriffen
Geplante Ausweisung Friedrich Düffers aus Berlin
Ruge wird am »auf Befehl des Generals Wrangel« in das Polizeigefängnis eingeliefert
Macht Mitteilung über den Aufenthalt der drei Gefangenen im Polizeigefängnis

56	Berlin, 21. Jan 1849 Abends	Protokoll der Aussage Ruges	
57	Berlin, 21. Jan 1849	PP	PP
58	Berlin, 24.-27. Jan 1849	PP	PP
59	Berlin, 10. März-30. Juli 1849	Magistrat von Berlin	PP
60	Berlin, 4. März 1849	MdI	PP
61	Berlin, 4. März 1849 (Abschrift vom selben Tag)	MdI	Arnold Ruge
62	Berlin, 4. März 1849	MdI	PP
63	Berlin, 9.-16. März 1849	MdI	Obercommando in den Marken
64		Deckblatt der Berliner Polizeiakte »betreffend den vor- maligen Redakteur der deutschen Jahrbücher Ruge« von 1843	
65-66	Berlin, 10. Nov 1843	MdI	PP
67	Berlin, 21. Nov 1843	PP	MdI
68	Berlin, 1. Dez 1843	PP	MdI
69-74		Abschrift aus »Neue deutsche Zeitschrift in Paris« [Prospektus zum »Vorwärts!«, 4. Nov 1843]	
75	Berlin, 2. Jan 1844	MdI	PP
76	21. Jan 1852	Kurznotiz	
77		Deckblatt der Berliner Polizeiakte	
78	Berlin, 16. April 1844 (Abschrift)	MdI	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
78-79	Berlin, 21. Dez 1844 (Abschrift)	MdI	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding
79	Potsdam, 30. Dez 1844	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	PP
79-80	Berlin, 30. Jan 1845 (Abschrift)	MdI	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding

Ruge will noch am selben Abend nach Leipzig abreisen
Entlassung Ruges, Heinrichs' und Düffers Auf Befehl v. Wrangels sollen die drei in Haft überstellt werden. Hinweis, dass sie bereits frei- gelassen wurden Übersendung des Niederlassungsgesuchs Ruges
Sendet eine Abschrift des Ruge betreffenden Erlasses vom selben Tag Vgl. Bl. 199-200.
Sendet eine Abschrift des Ruge betreffenden Erlasses vom selben Tag (wie Bl. 60) Informiert über den Erlass vom 4. März 1849
Fröbel und Ruge sollen die Gründung eines Ablegers des literarischen Comptoirs in Straßburg planen. Dafür schießt Ruge Geld bei. Außerdem werden Aktien ausgegeben, in Königsberg sollen sich bereits viele Käufer gefunden haben. Das Polizeipräsidium soll überprüfen, was an diesen Nachrichten stimmt, die weitere Entwicklung beobachten und ggf. einschreiten Die französische Regierung hat die Erlaubnis zur Gründung eines Ablegers des literarischen Comptoirs in Straßburg erteilt. Ruge hat sich nach Paris begeben, um dort die »Deutsche Na- tional Zeitung« herauszugeben. Bei der Herausgabe von Aktien dürfte es sich um ein Gerücht handeln Es sind Aktien für eine Zeitschrift mit den Namen »Vorwärts!« im Umlauf, die ab dem 1. Jan 1844 erscheinen soll und an derer Herausgabe Ruge mutmaßlich beteiligt ist. Übersendet eine Abschrift Ankündigung des Erscheinens des »Vorwärts!« ab 1. Jan 1844. Möglichkeit des Bezugs. Erklä- rung der Redaktion zur politischen Linie des Blatts Heinrich Börnstein und Alexandre Weill sollen am »Vorwärts!« beteiligt sein Betrifft Alexandre Weill »betreffend die angeordnete Verhaftung und Beschlagnahme der Papiere des Dr. Arnold Ruge, Carl Marx, Heinrich Heine und Ferdinand Cölestin Bernays so wie des Heinrich Börnstein.« Der Inhalt der »Deutsch-Französischen Jahrbücher« ist »sowohl der ganzen Tendenz dieser Zeit- schrift nach als in vielfachen Stellen verbrecherisch«. Arnold Ruge, Carl Marx, Heinrich Heine und Ferdinand Cölestin Bernays sollen daher, wenn sie Preußen betreten, verhaftet und ihre Pa- piere beschlagnahmt werden. Notiz betreffend die Weiterleitung vom Ober-Präsidenten zum PP Übersendet Signalement von Börnstein und »Heyne«, Personenbeschreibungen der Übrigen waren bisher nicht zu bekommen Weiterleitung der Erlasse des MdI vom 22. April und 17. Juli Ruge, Marx, Börnstein und Bernays sollen aus Paris ausgewiesen worden sein. Erneuert die Anweisung bzgl. Verhaftung und Beschlagnahme

80-81	Potsdam, 3. Febr 1845	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	PP
82	o.O., o.D.	Signalements von Arnold Ruge und Karl Marx (in französischer Sprache)	
83	Berlin, 15. Nov 1848	MdI	PP
84	Berlin, 6. Dez 1848	Staatsanwalt beim Kriminalgericht	PP
85	Berlin, 9. Dez 1848	PP	PP
86		Druckschrift Ruges: »Ein Brief an die Berliner«, Halle, 26. Jan 1849	

Weiterleitung der Erlasse des MdI

Informiert über das Ausscheiden Ruges aus der Nationalversammlung

Fordert Auskunft über Ruge und die »Reform« an

Ruge ist weiter in Berlin ansässig und gibt die »Reform« heraus

Ruge prangert seine Ausweisung aus Berlin an, wirbt für seine Wahl als Abgeordneter der zweiten Kammer, legt seine demokratischen Überzeugungen dar

(Die weitere Akte umfasst die Jahre 1850–1878)

Max Stirner

[Max Stirner]: Ministerialakte (1844, 337 Bl., »Verbotene Bücher des In- und Auslands, desgleichen neue Censur-Maasregeln gegen die im Auslande erscheinenden politischen Schriften«). GStA PK, III. HA, MdA, I, Nr. 9000

Akten-Nr., Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
4439, Bl. 8	Berlin, 28. Sept 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	MdA v. Bülow
4434, Bl. 9	Berlin, 3. Okt 1844	MdA v. Bülow	Königlich-sächsisches MdI
5049, Bl. 126-127	Berlin, 7. Nov 1844	MdI v. Arnim-Boitzenburg	MdA v. Bülow
5049, Bl. 127	Berlin, 9. Nov 1844	MdA v. Bülow	Preußische Gesandtschaften und Residenten in Karlsruhe, Kopenhagen, Darmstadt, Frankfurt, Haag, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart, Weimar, Wien
5296, Bl. 185-186	Frankfurt, 16. Nov 1844	Preußischer Resident Frankfurt a.M.	MdA v. Bülow
5296, Bl. 209	Berlin, 28. Nov 1844	MdA v. Bülow	Preußische Gesandtschaft in Dresden
5643, Bl. 247-248	München, 5. Dez 1844	Preußische Gesandtschaft in Bayern	MdA
5579, Bl. 250-252	Dresden, 2./4. Dez 1844	Preußische Gesandtschaft in Sachsen	MdA
5579, Bl. 253-254	Berlin, 11. Dez 1844	MdA v. Bülow	MdI v. Arnim-Boitzenburg
3859, Bl. 285-286	Kopenhagen, 10./13. Dez 1844	Preußische Gesandtschaft in Dänemark	MdA v. Bülow
5856, Bl. 331-332	Berlin, 30. Dez 1844	MdA v. Bülow	Preußische Gesandtschaft in Sachsen

Inhalt

Betrifft »Die Herrschaft des Geburts- und Bodenprivilegiums in Preußen« sowie die »Berliner Monatsschrift«. Soll in Erfahrung bringen, ob sie im Königreich Sachsen beschlagnahmt wurden

Anfrage entsprechend Bl. 8

Sendet Anordnung zur Beschlagnahme von Stirners Schrift der »Der Einzige und sein Eigenthum« innerhalb Preußens

Sollen auf Verbot von »Der Einzige und sein Eigenthum« hinwirken

Verbot von »Der Einzige und sein Eigenthum« ist erfolgt, soll aber in Sachsen schon wieder aufgehoben sein

Nachfrage bezüglich des Vorgehens gegen »Der Einzige und sein Eigenthum« im Königreich Sachsen

Verbot »Der Einzige und sein Eigenthum« in Bayern

Beschlagnahme von »Der Einzige und sein Eigenthum« in Sachsen wieder aufgehoben, die Schrift werde aufgrund ihres Umfangs und ihrer Sprache kaum große Verbreitung finden; sie macht sogar den Eindruck der »Selbstwiderlegung«

MdA v. Bülow hat angewiesen, auf die Beschlagnahme von »Der Einzige und sein Eigenthum« auch in den anderen deutschen Staaten hinzuwirken. Dabei hat sein Ministerium die Nachricht erreicht, das Verbot der Schrift sei im Königreich Sachsen bereits aufgehoben. Hierzu hat er zwei Berichte der Dresdner Gesandtschaft angefordert, die in der Anlage übersandt werden (S. 250ff.)

Verbot von »Der Einzige und sein Eigenthum« in Dänemark

Weiteres Vorgehen bezüglich »Der Einzige und sein Eigenthum«

[Max Stirner]: Ministerialakte (1844/45, 250 S., »Acta betr. das Debitsverbot der Verlagsartikel einiger Leipziger Buchhändler, namentlich der Wigandschen«). GStA PK, I. HA, Rep. 77, MdI, Tit. 2 Spec. Lit. L, Nr. 34

S.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
62-63	Berlin, 19. Okt 1844		
66	Berlin, 7. Nov 1844	MdI	Sämtliche preußische Ober-Präsidenten
67	Berlin, 7. Nov 1844	MdI	MdA
68	Berlin, 11. Nov 1844	MdI	
74-75	Potsdam, 6. Dez 1844	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	MdI
80-81	Posen, 5. Dez 1844	Ober-Präsident der Provinz Posen, v. Beurmann	MdI
82-83	Berlin, 11. Dez 1844	MdA	MdI
84-85	Abschrift des Schriftsatzes aus Dresden, 4. Dez 1844	Preußische Gesandtschaft zu Dresden	MdA
86	Abschrift des Schriftsatzes aus Dresden, 2. Dez 1844	Königlich-Sächsisches MdI (Minister v. Falckenstein)	Preußische Gesandtschaft zu Dresden
87-89	Berlin, 20. Dez 1844	MdI	MdA
90	Stettin, 14. Dez 1844	Ober-Präsident der Provinz Pommern	MdI
95	Magdeburg, 13. Jan 1845	Ober-Präsident der Provinz Sachsen	MdI
96-98	Abschrift eines Schreibens aus Darmstadt, 7. Jan 1845 [Berlin, 13. Febr 1845]	Original von der preußischen Gesandtschaft in Hessen; Abschrift weitergeleitet vom MdA	MdI
99	Berlin, 29. Febr 1845	MdA	MdI

Inhalt

Aufstellung der Beiträge des dritten Bands von »Wigand's Vierteljahrsschrift«

Max Stirners bei Wigand in Leipzig erschienene Schrift »Der Einzige und sein Eigenthum« ist, weil sie eine auf »Verachtung aller Religiosität und Sittlichkeit hinauslaufende Theorie entwickelt und zu verbreiten sucht, als gefährlich für das gemeine Volk« anzusehen; sie soll beschlagnahmt werden

Übersendet ein Exemplar der Schrift und setzt über die getroffenen Maßnahmen in Kenntnis

Auszug vom 18. Mai 1844 aus dem Polizei-Rapport des Polizei-Präsidii vom 17. Mai 1844: Informiert über die bei Wigand erscheinende »Vierteljahrsschrift« (»erste Buch der freien Preße«), an der u.a. Dr. Rutenberg, Meyen, Nauwerck, Julius, Alberti und Jordan beteiligt sind

In Berlin wurden vier Exemplare von »Der Einzige und sein Eigenthum« beschlagnahmt

In Posen wurde ein Exemplar von »Der Einzige und sein Eigenthum« beschlagnahmt

MdA v. Bülow hat angewiesen, auf die Beschlagnahme von »Der Einzige und sein Eigenthum« auch in den anderen deutschen Staaten hinzuwirken. Dabei hat sein Ministerium die Nachricht erreicht, das Verbot der Schrift sei im Königreich Sachsen bereits aufgehoben. Hierzu hat er zwei Berichte der Dresdner Gesandtschaft angefordert, die in der Anlage übersandt werden (S. 84ff.)

Die Beschlagnahme der Schrift wurde in Sachsen tatsächlich wieder aufgehoben, es gibt Schwierigkeiten, die sächsische Regierung von dem repressiven preußischen Kurs zu überzeugen

Man sieht im sächsischen Innenministerium keinen Grund zur Beschlagnahme von Stirners Schrift, da »sie vermöge ihres sehr bedeutenden Umfangs, ihres Tones und ihrer Sprache in Kreisen, in welchen sie etwa schädlich wirken könnte, kaum Eingang finden wird, ja sogar großentheils nur den Eindruck der schlagendsten Selbstwiderlegung, wo nicht der Ironie hinterläßt und jedenfalls bei dem Leser die von ihr anscheinend verfolgten Zwecke sehr wenig erreichen wird«

Der sächsischen Regierung soll mitgeteilt werden, dass man die Beschlagnahme der Schrift in Preußen vor allem veranlasst hat, weil damit bereits im sächsischen Leipzig begonnen worden war

Bisher wurde im Regierungsbezirk nur ein einziges Exemplar (in Stralsund) beschlagnahmt

In Quedlinburg wurde ein Exemplar beschlagnahmt. Man bittet, über die Entscheidung des Ober-Censur-Gerichts in Kenntnis gesetzt zu werden

Hessen erklärt auf Nachfrage, »Der Einzige und sein Eigenthum« nicht zu beschlagnahmen, da man die Wirksamkeit von Verboten skeptisch beurteilt und das Königreich Sachsen die Beschlagnahme schon wieder aufgehoben hat

Begleitschreiben zur Übersendung des Berichts S. 96ff

[Max Stirner]: Ministerialakte (1844/45, 384 Bl., »Acta des Staats-Anwalts beim Königlichen Ober-Censur-Gericht betreffend die Debits-Verbote von Schriften«). GStA PK, I. HA, Rep. 101 H, Oberzensurkollegium und Oberzensurgericht, Nr. 8, Bd. 2

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
227	Berlin, 28. Nov 1844	PP	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht v. Lüderitz
228-230	Berlin, 26. Febr 1845	Staatsanwaltschaftliche Anklageschrift	
231	Berlin, 20. Juni 1845	Ober-Censur-Gericht	Otto Wigand
232	Berlin, 26. Aug 1845	Gerichtsbeschluss Ober-Censur-Gericht	

[Max Stirner]: Ministerialakte (1844/45, 332 Bl., »Verbotene Bücher des In- und Auslands, desgleichen neue Censur-Maasregeln gegen die im Auslande erscheinenden politischen Schriften«). GStA PK, III. HA, MdA, I, Nr. 9001

Akten-Nr., Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
A 185, Bl. 30-32	Darmstadt, 7. Jan 1845	Preußische Gesandtschaft in Hessen	MdA
A 851, Bl. 101	Weimar, 22. Febr 1845	Preußische Gesandtschaft in Weimar	MdA
A 851, Bl. 102-103	Berlin, 28. Febr 1845	MdA	Preußische Gesandtschaft Weimar
A 1362 und 1397, Bl. 143-144	Berlin, 4. April 1845	MdA	MdI
A 1559, Bl. 150-151	Frankfurt, 3. April 1845	Preußische Gesandtschaft	MdA
A 1580, Bl. 156-157	Bern, 3. April 1845	Preußische Gesandtschaft	MdA
A 1580, Bl. 158-159	Berlin, 13. April 1845	MdA	Preußische Gesandtschaft in Zürich
A 1580, Bl. 160-161	Berlin, 13. April 1845	MdA	MdI

Inhalt
Übersendet ein Exemplar von »Der Einzige und sein Eigenthum«; bezieht sich auf Beschlagnahmebeschluss des MdI vom 7. Nov 1844. Bittet um Einleitung eines Debitsverbotsverfahrens Antrag auf Debitsverbot aufgrund von » <u>Spott</u> gegen die christliche Religion«
Übersendung der Anklageschrift (vgl. Bl. 228ff.). Könne innerhalb von vier Wochen Stellung nehmen Stellungnahme des Verlegers ist in gestellter Frist nicht eingegangen. Beschluss: Debitsverbot. Begründung: »geht die obige Schrift auf das Entschiedenste gegen alle Religion und Sittlichkeit, gegen jede politische und gesellschaftliche Ordnung an; sie vertheidigt die Berechtigung zu jedem Verbrechen«; »dem gemeinen Wohl Gefahr bringend«

Inhalt
Hessen erklärt nach Nachfrage, »Der Einzige und sein Eigenthum« nicht zu beschlagnahmen, da man die Wirksamkeit von Verboten skeptisch beurteilt und das Königreich Sachsen die Beschlagnahme schon wieder aufgehoben hat Königlich sächsische Regierung sieht keinen Anlass, gegen »Der Einzige und sein Eigenthum« einzuschreiten Soll die Sache auf sich beruhen lassen
Deutschlandreise Fröbels

A 1735, Bl. 205	Darmstadt, 17. April 1845	Preußische Gesandtschaft in Hessen	MdA
A 1673, Bl. 219	Berlin, 15. April 1845	MdI	MdA
A 1673, Bl. 220-223	Berlin, 26. April 1845	MdA	Preußische Gesandtschaft in Zürich
A 1820, Bl. 224	Berlin, 24. April 1845	MdI	MdA

[Max Stirner]: Polizeiakte (1846/47, 243 Bl., »Acta des Königlichen Polizei-Präsidii betreffend die Verbreitung unwahrer Zeitungs-Artikel über hiesige Ereignisse«). LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 14366 (Altsign.: Tit. 94, Lit. Z, No. 43, Vol. I)

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
182	Potsdam, 16. Dez 1846	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	PP v. Puttkamer
183	Berlin, o.D.	PP	PP
184	Berlin, 31. Okt 1846	MdK Eichhorn	PP v. Puttkamer
185-186	Berlin, 17 Nov 1846	PP	PP
187	Berlin, ca. Okt 1846		
188	Berlin, 18. Nov 1846	PP v. Puttkamer	MdK Eichhorn
189	Potsdam, 14. Jan 1847	Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Meding	PP v. Puttkamer

Max Stirner: Autograph. SAPMO-BA, SgY 1 / Ms 69/1

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
-	Berlin, 24. Mai o.J.	Max Stirner	Dr. Arthur Mueller

Deutschlandreise Fröbels
Deutschlandreise Fröbels
Deutschlandreise Fröbels
Deutschlandreise Fröbels

Inhalt
Sei im Namen des Königs von MdK Eichhorn beauftragt, Konsistorialrat Marot betreffs des Artikels »Un mariage athée a Berlin« in der »Gazette de France« vom 21. Okt 1846 zu vernehmen; bittet um bisherige eventuelle Ermittlungsergebnisse und ggf. um ein Exemplar des Artikels
Frage, welche Einrichtung in Berlin die »Gazette de France« bezieht
Soll im Auftrag des Königs Erkundigungen einholen, auf welchem Wahrheitsgehalt die Angaben im Zeitungsartikel der »Gazette de France« beruhen
Referiert Inhalt des Zeitungsartikels: Er beziehe sich auf die Trauung Stirners am 21. Okt 1843 und auf Dronkes Schilderung derselben; Konsistorialrat Marot habe nunmehr auf Befragen erklärt, er hätte die Trauung in der Privatwohnung Neue Friedrichstr. Nr. 79 tatsächlich vollzogen; er hielt die Umstände für ungewöhnlich, aber nicht für so ungewöhnlich, die Trauung zu verweigern; die jetzt kursierenden Nachrichten seien aber unwahr; es ist möglich, dass Jemand die Trauung aus einer Geldbörse entnommen hätte
Tabellarische Auflistung der Wohnadressen Stirners von Dez 1837-April 1846 in Berlin
Sendet Zeitungsartikel aus der »Gazette de France« zurück und sendet polizeilichen Bericht vom 17. Nov 1846 (vgl. Bl. 185f.)
Sendet Zeitungsartikel aus der »Gazette de France« zurück

Inhalt
Erkrankung und notwendige medizinischer Behandlung einer dritten Person [Großkreuz]

[Max Stirner u.a.]: Ministerialakte (1845, unpaginiert, »Acta der Gesandtschaft zu Hannover betr. Censur-Angelegenheiten. II. Verbotene Schriften«). GStA PK, I. HA, Rep. 81, Gesandtschaft Hannover nach 1807, Nr. 52

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
	Berlin, 17. Jan 1845 (Auszug)	MdA v. Bülow	Preußischer Gesandter in Hannover
	Berlin, 31. Aug 1845 (Abschrift für preußische Gesandtschaft in Hannover)	MdA v. Canitz	Preußischer Gesandter in Sachsen
	Braunschweig, 10. Sept 1845	Herzoglich-Braunschweigisches Staatsministerium	Preußischer Gesandte in Hannover
	Hannover, 12. Nov 1845	Preußischer Gesandter in Hannover	MdA v. Canitz

Inhalt
Habe versucht, beim sächsischen MdI Verbot gegen Stirners »Der Einzige und sein Eigenthum« zu bewirken; sei zurückgewiesen worden, da philosophische Schriften nicht Gegenstand polizeilicher Tätigkeit seien. Das MdA habe daraufhin beschlossen, sich weiterer Debatten zu enthalten, erstens weil Zensursachen letztlich nicht ins Ressort des MdA fallen, zweitens die sächsischen und preußischen Ober-Censur-Collegien nicht tätig wurden, drittens weil das Werk »nicht denjenigen beigezählt werden kann, welche directe boshafte Anfeindungen Sr. Majestät des Königs von Preußen und der preußischen Regierung enthalten«, viertens weil »ein consequentes Einschreiten im einzelnen Falle aber nur die Lesebegierde wecken dürfte«
Kürzlich seien in der Schweiz erschienen »Katechismus eines Republikaners der Zukunft« (2. Aufl. 1845) und »Pillen, eigens präparirt für deutsche und andere Michel«: »Die Tendenz dieser beiden Schriften ist durch und durch verbrecherisch und der Inhalt derselben lässt an Frechheit alles hinter sich. Der Verfasser derselben ist der berühmte Communist Marr, der im Begriff stehen soll, sich in Leipzig einzufinden, wohin er sich am 21. d.M. von Zürich aus auf den Weg gemacht haben will«
Gegen die zwei genannten Schriften von »staatsgefährlicher Tendenz« (vgl. Schreiben vom 31. Aug) werden nötige Maßregeln ergriffen
Das MdI des Königreichs Hannover habe die Anzeige der zwei Schriften Marrs zur Kenntnis genommen; es erteile Zensurverbote grundsätzlich erst nach eigener Lektüre

Titus Ullrich

Titus Ullrich: Ministerialakte (1845, 14 S., »Acta betr. die Censur und den Debit der von dem Literaten Titus Ullrich, in Berlin erschienenen, Druckschriften«). GStA PK, I. HA, Rep. 77, MdI, Tit. 2 Spec. Lit. U, Nr. 16

S.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1-2	[Berlin], 21. Sept 1845	Herzog: Zensurgutachten zu »Titus Ullrich: Das Hohe Lied. Berlin, Verlag von C. G. Puttkamer 1845«	
2	Berlin, 21. Sept 1845	Zensor Lischke	
3-5	Berlin, 28. Sept 1845	MdI i.V.	PP
6	Berlin, 14. Okt 1845	MdI. II. Abtheilung	PP
7-12	Berlin, 17. Okt 1845	PP v. Puttkamer	MdI v. Bodelschwingh
13-14	Berlin, 27. Nov 1845	MdI. II. Abtheilung	PP

Inhalt

Schrift zeugt von nicht zu verachtendem poetischen Talent, »ergibt sich aber doch im Wesentlichen einer Richtung, wie sie etwa Bruno Bauer verfolgt hat, huldigt einem sehr scharf hervorstechenden heglisch-kritischem Egoismus, überläßt sich auf religiösem Gebiet einer zersetzenden, auflösenden Zweifelsucht, die sich bis zu Unglauben und Atheismus steigert, und bekennt sich auf dem Feld der Politik zu höchst gefährlichen, revolutionären Grundsätzen«; »dürfte eine polizeiliche Beschlagnahme des hier erschienenen Buches hinlänglich gerechtfertigt erscheinen«

»Vorliegende Schrift — eine Entwicklung der junghegelschen Religionsphilosophie in Form eines Dithyrambus« könne nicht für »gemeingefährlich« erklärt werden

Ullrichs Schrift: »Bekämpfung des christlichen, sowie überhaupt jedes religiösen Glaubens«; »Rechtfertigung der menschlichen Selbstvergötterung«, »die gegenwärtigen socialen und politischen Verhältnisse in einer höchst feindseligen und aufregenden Weise bespricht«, »entschiedene Sympathie für politische Revolutionen«: »Die Beschlagnahme dieser Schrift als gemeingefährlich und verbrecherisch würde hiernach vollkommen gerechtfertigt sein«. Es soll jedoch davon Abstand genommen werden, weil die meisten Exemplare schon verkauft seien und weil keine unnötige Aufmerksamkeit auf das Werk gelenkt werden soll. Er erwarte Bericht, warum das Buch nicht innerhalb der gesetzlichen Frist von 24 Stunden nach Vorlage polizeilich verboten wurde

Wiederholt Forderung nach Bericht (vgl. S. 3ff.)

Rechtfertigt Nichtverbot des Buchs durch Überlastung des Zensors. Sieht Buch aufgrund von Inhalt und Form »nur für einen sehr beschränkten Theil des Publikums zugänglich«: Man gehe davon aus, dass dieses Buch als »unbedeutende Erscheinung vorübergehen« werde und wolle nicht die »Neugierde« der Leser wecken

Antwort auf Schreiben vom 17. Okt 1845 (vgl. S. 7ff.). Fordert, dass Zensurbestimmungen korrekt und konsequent umgesetzt werden

[Titus Ullrich]: Ministerialakte (1847/48, 309 Bl., »Acta des Staats-Anwalts beim Königlichen Ober-Censur-Gericht betreffend die Debitsverbote von Schriften«). GStA PK, I. HA, Rep. 101 H, Oberzensurkollegium und Oberzensurgericht, Nr. 12, Bd. 6

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
273	Potsdam, 4. Jan 1848	Ober-Präsident Provinz Brandenburg, v. Meding	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht de la Croix
274-275	Potsdam, 4. Jan 1848 (Abschrift)	Ober-Präsident Provinz Brandenburg, v. Meding	PP v. Minutoli
276-280	Berlin, 22. Dez 1847	PP v. Minutoli	Ober-Präsident Provinz Brandenburg, v. Meding
281-286	Berlin, 26. Jan 1848	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht de la Croix	Ober-Censur-Gericht
287	Berlin, 19. Jan 1848	Justiz-Kommissar Lewald	Ober-Censur-Gericht
288	Berlin, 26. Jan 1848	Justiz-Kommissar Lewald (im Auftrag von Ullrich)	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht de la Croix
289	Berlin, 8. Jan 1848	PP. I. Abtheilung	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht de la Croix
290	Berlin, 14. März 1848	Ober-Censur-Gericht	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht de la Croix
291	Berlin, 30. März 1848	Ober-Censur-Gericht	Staatsanwalt am Ober-Censur-Gericht de la Croix

Inhalt
Sendet Abschrift des Beschlagnahmebeschlusses des PP Berlin für Titus Ullrichs »Victor« vom 22. Dez 1847; bittet um Verbotsklage
Antwort auf dessen Schreiben v. 22. Dez 1847 (vgl. Bl. 276ff.); er halte, selbst wenn der Autor keine »bösen Absichten« gehabt hätte, die Schrift für »gefährlich für das allgemeine Wohl« und für »gemeingefährlich«. Will über Staatsanwaltschaft Verbotsklage einleiten
Nachricht über Beschlagnahme von Ullrichs »Victor«; gibt kurze Inhaltsangabe (Fürstenhass, Kirchenhass, Staats- und Bürokratiehass, Hass auf Besitzende). Lobt aber ursprüngliche Absicht des Verfassers, das <i>Scheitern</i> seines Helden darzustellen; Verfasser sei zu Umarbeitungen bereit und will 2. Aufl. freiwillig vorab der Zensur vorlegen; PP schlägt deshalb vor, diese Neuausgabe abzuwarten, ehe Verbotsklage erfolgt
Verbotsantrag
Teilt mit, dass er von Ullrich als Rechtsvertreter im anstehenden Prozess eingesetzt wurde
Bittet um schnelle Anklageerhebung, um eine zügige gerichtliche Entscheidung herbeizuführen
Übersendet zwei Exemplare von »Victor« mit Bitte um Einleitung der Verbotsklage
Bezieht sich auf dessen Verbotsantrag (vgl. Bl. 281ff.); demzufolge sollten die 1. u. 2. Aufl. von »Victor« verboten werden. Dazu müsste aber auch ein Exemplar der 1. Aufl. eingereicht werden
Den neuen Pressegesetzen zufolge sei eine Anklage hinfällig

Welcker-Serenade

[Welcker-Serenade]: Ministerialakte (1841, 17 Bl., »Acta betreffend: Die dem Hofrath Professor Dr. Welcker aus Freiburg bei seiner Anwesenheit in Berlin gebrachte Serenade und die Theilnahme des Privatdocenten Bruno Bauer, sowie der daraus entstehende Preß-Unfug«). GStA PK, I. HA, Rep. 76, MdK, I. Sekt. 22, Nr. 12

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1	Berlin, 21. Okt 1841	MdI v. Rochow	MdK Eichhorn
2-6	Berlin, 8. Okt 1841 (Abschrift)	MdI v. Rochow	König Friedrich Wilhelm IV.
7	Berlin, 14. Okt 1841 (Auszug)	König Friedrich Wilhelm IV.	MdI v. Rochow
8	Berlin, 25. Okt 1841	MdK Eichhorn	MdI v. Rochow
9-10	Berlin, 27. Okt 1841	MdI v. Rochow	MdK Eichhorn
11-12	Berlin, 4. Nov 1841	MdI v. Rochow	MdK Eichhorn
13	[Berlin], o.D.	MdK Eichhorn	MdI v. Rochow
14	Berlin, 8. Nov 1841	MdI v. Rochow	MdK Eichhorn

Inhalt

Informiert über seinen Vortrag beim König und dessen Anordnung vom 14. Okt, Bauer »nicht wieder in sein Verhältnis als Privatdocent in Bonn zurückkehren« zu lassen

Bericht über die Serenade für Welcker [28. Sept 1841]; Teilnehmer: »Doctoren der Philosophie Rutenberg, Mügge, Zabel, Bauer und Riedel, der ehemalige Schauspieler und jetzige Literat L. Eichler, der Buchhändler Cornelius hierselbst und der Ober-Gerichts-Referendarius Flottwell aus Königsberg«; mit Ausnahme des Letzteren sind alle als »Anhänger der Junghegelschen Schule« bekannt; einige von ihnen hätten an den »Hallischen, jetzt deutschen Jahrbüchern« mitgewirkt; sind Autoren von die öffentliche Meinung irreführenden Artikeln in auswärtigen Zeitungen (»Leipziger Allgemeine Zeitung«, »Hamburgischer Correspondent«, »Hamburger Neue Zeitung«); Rutenberg wirkte als Initiator; biographische Details zu den einzelnen Personen; B. Bauer: »Schüler und Nachfolger von D. F. Strauß, »in seiner alles auflösenden Kritik noch über denselben hinaus«; »Außer den Theilnehmern versammelte sich dort das gewöhnliche Straßenpublikum in bedeutender Menge, ohne auch nur eine Ahnung davon zu haben, wem die Serenade gelte«; anschließend gingen alle in die Krause-Wallburgsche Weinhandlung Poststr. 28, wo weitere Personen hinzukamen (u.a. Buchhändler Veit und Lehfeldt und Mitarbeiter der »Allgemeinen Preußischen Staats-Zeitung« Wenzel); all das hätte kaum Aufsehen erregt, wenn nicht »die Theilnehmer die hauptsächlichsten Correspondenten der gelesenen Zeitungen wären«

Einverstanden, die Teilnehmer nicht zur polizeilichen Verantwortung zu ziehen, sie seien aber einer »scharfen polizeilichen Aufsicht zu unterwerfen«; Bauer solle nicht mehr in sein »Verhältniß als Privat-Docent in Bonn zurückkehren«

Dankt für Schreiben vom 21. Okt (vgl. Bl. 1); befürwortet Maßnahmen gegen Bauer; dieser habe sich »so weit ich weiß, von politischen Bestrebungen fern gehalten«; bittet »Antheil kennen zu lernen, welchen pp. Bauer an politischen Demonstrationen genommen hat«

König wünscht, verunglimpfenden Falschmeldungen der auswärtigen Presse aktiv entgegenzutreten; v. Rochow bittet zukünftig um entsprechende Falschmeldungen, die in Eichhorns Ressort fallen

Generelle Anweisungen zum Umgang mit religiös-theologischen Themen in der inländischen Presse

Sendet Auszug aus »Hamburger Neuen Zeitung«, Nr. 254, 30. Okt 1841, betreffend kirchliche Angelegenheiten in Berlin

Dankt für Übersendung (vgl. Bl. 13); bittet um Zusatzmaterialien, um Zeitungsbericht widerlegen zu können

15	[Berlin], o.D.	MdK Eichhorn	MdI v. Rochow
16-17	Berlin 16. Nov 1841	MdI v. Rochow	MdK Eichhorn

[Welcker-Serenade]: Ministerialakte (1841/42, 32 Bl., »Acta betreffend: die Theilnahme des Privatdocenten, Licentiaten Dr. Bauer aus Bonn, den Oberlehrer Köppen und des Vorstehers einer Erziehungs-Anstalt Zabel an der dem Professor Welcker bei seiner Anwesenheit in Berlin gebrachten Abend-Musik«). GStA PK, I. HA, Rep. 76, MdK, VII Sekt. 1bb, Nr. 41

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1	Berlin, 21. Okt 1841 (Auszug)	MdI v. Rochow	MdK Eichhorn
2	Sanssouci, 14. Okt 1841 (Auszug)	König Friedrich Wilhelm IV.	MdI v. Rochow
2 r.	Berlin, 25. Okt 1841 (Abschrift)	MdK Eichhorn	MdI v. Rochow
3		Handschriftlicher Auszug aus »Hamburger Neuen Zeitung«, Nr. 259, 6. Nov 1841	
4	Berlin, 16. Nov 1841 (Auszug)	MdK Eichhorn	MdI v. Rochow
5	Berlin, 19. Nov 1841	MdK Eichhorn	MdI v. Rochow
6	Berlin, 22. Nov 1841	MdI v. Rochow	MdK Eichhorn
7	Berlin, 28. Okt 1841 (Abschrift)	PP v. Puttkamer	MdI v. Rochow
8	Berlin, 5. Nov 1841 (Abschrift)	PP v. Puttkamer	MdI v. Rochow
9	Berlin, 3. Dez 1841 (Entwurf)	MdK Eichhorn	Regierungsbevollmächtigter v. Rehfuss in Bonn

Sendet Auszug aus »Hamburger Neuen Zeitung«, Nr. 259, 6. Nov 1841, über Bauers bevorstehende Entlassung in Bonn

Dankt für Übersendung (vgl. Bl. 15); Reaktion darauf scheint nicht erforderlich

Inhalt

Sendet Abschrift seines Berichts an den König vom 8. Okt 1841 über die Serenade für Welcker. Informiert ihn über den Beschluss des Königs, dass Bauer nicht wieder in sein Verhältnis als Privatdozent nach Bonn zurückkehren werde; er habe in Kooperation mit dem PP Schritte gegen die Teilnehmer unternommen. Da Bauer ins Ressort des MdK gehöre, sollten Schritte gegen ihn von dort aus eingeleitet werden

Weist an, die Teilnehmer an der Serenade für Welcker mit zeitweiligem Wohnsitz in Berlin aus der Stadt »fortzuschaffen«, die anderen »einer scharfen polizeilichen Aufsicht zu unterwerfen«; weist an, dass B. Bauer »nicht wieder in sein Verhältniß als Privatdocent in Bonn zurückkehrt«

Dankt für Schreiben vom 21. Okt 1841 (vgl. Bl. 1), befürwortet Maßnahmen gegen Bauer; dieser habe sich »so weit ich weiß, von politischen Bestrebungen fern gehalten«; bittet »Antheil kennen zu lernen, welchen pp. Bauer an politischen Demonstrationen genommen hat«

Bauers Entlassung in Bonn sei sehr wahrscheinlich das Beispiel für die nicht vorhandene theologische Lehrfreiheit in Deutschland; die Vorgänge um Strauß' Entlassung würden sich wiederholen

Er habe in Zeitungsmeldungen lancieren lassen, dass die im Gange befindlichen Maßregelungen Bauers dem Schutz und nicht der Aufhebung der akademischen Lehrfreiheit dienen würden

Wiederholt seine Anfrage vom 25. Okt 1841 (vgl. Bl. 2 r.)

Antwort auf Schreiben vom 19. Nov 1841 (vgl. Bl. 5); Eichhorn soll nicht nur Bauer, sondern auch Köppen maßregeln, solle dafür sorgen, dass Zabel die Konzession zur Fortführung seiner Erziehungsanstalt nicht verlängert wird

Zabel sei Berliner und habe eine Pensions- und Erziehungsanstalt, in der er Knaben auf die Gymnasialzeit vorbereite, z.Z. sieben Zöglinge. Köppen sei ebenfalls Berliner und Lehrer an der Dorotheenstädtischen Stadtschule (»soll für die sogenannte Freiheit schwärmen und Anführer der Unzufriedenen mit dem Bestehenden sein«)

Bauer habe nicht nur an Serenade teilgenommen, sondern auch am Diner tags darauf; habe »bei dieser Gelegenheit Reden gehalten«; sei am 3. Nov 1841 nach Bonn abgereist

Bauer sei über seine Teilnahme an Welcker-Serenade und Diner protokollarisch zu vernehmen

9-10	Berlin, 3. Dez 1841	MdK Eichhorn	Provinzial-Schul-Collegium der Provinz Brandenburg
11	Berlin, 28. Dez 1841	MdK Eichhorn	Provinzial-Schul-Collegium der Provinz Brandenburg
12-14	Berlin, 22. Dez 1841	Provinzial-Schul-Collegium der Provinz Brandenburg	MdK Eichhorn
15-16	Berlin, 1. Okt 1841 (Abschrift)	Oberbürgermeister, Bürgermeister und Rat von Berlin	Provinzial-Schul-Collegium der Provinz Brandenburg
17-18	Berlin, 16. Jan 1842	MdK Eichhorn	Provinzial-Schul-Collegium der Provinz Brandenburg
19	Berlin, 29. Jan 1842	Provinzial-Schul-Collegium der Provinz Brandenburg	MdK Eichhorn
20-21	Berlin, 25. Jan 1842	Provinzial-Schul-Collegium der Provinz Brandenburg: Protokoll des Verweises an Köppen	
22	Berlin, 12. März 1842	Provinzial-Schul-Collegium der Provinz Brandenburg	MdK Eichhorn
23	Berlin, 18. April 1842	Provinzial-Schul-Collegium der Provinz Brandenburg	MdK Eichhorn
24	Berlin, 22. April 1842	Archivierungsnotiz	
25	Berlin, 19. Mai 1842	Archivierungsnotiz	
26-27	Berlin, 28. April 1842	Provinzial-Schul-Collegium der Provinz Brandenburg	MdK Eichhorn
28-29	Berlin, 30. März 1842 (Abschrift)	PP v. Puttkamer	Provinzial-Schul-Collegium der Provinz Brandenburg
30-31	Berlin, 1. Febr 1842 (Abschrift)	Städtische Schul-Deputation Berlin	Provinzial-Schul-Collegium der Provinz Brandenburg
32	Berlin, 4. Juni 1842	MdK Eichhorn	Provinzial-Schul-Collegium der Provinz Brandenburg

Köppen und Zabel seien über ihre Teilnahme an Welcker-Serenade und Diner protokollarisch zu vernehmen

Fordert, seinem Auftrag (vgl. Bl. 9f.) innerhalb von acht Tagen nachzukommen

Köppe über Zabel keine Auskunft geben. Lobt die Dienstqualitäten Köppens (vgl. Bl. 15f.). Bittet, spezielle polizeiliche Aufsicht über ihn aufzuheben

Befürworten Köppens Versetzung an Dorotheenstädtische Schule mit Gehaltserhöhung

Beruft sich auf die vorliegenden Vernehmungsprotokolle Köppens und Zabels [in der Akte nicht vorhanden]. Tadelt die Entlastungsversuche der beiden und tadelt das schonende Vorgehen des Kollegiums, wünscht schriftliche Verwarnung an Köppen und Abschrift davon. Fordert, sein Verhalten in den nächsten Monaten »speziell zu überwachen« und will dann entsprechenden Bericht. Zabel führe nicht nur eine Pension, sondern diese auch als Erziehungsanstalt; Erlaubnis zur Fortführung des Instituts sei zu versagen. Er erwarte Bericht

Köppen sei Verweis erteilt worden (vgl. Bl. 20f.)

Er habe in Welcker »nur den Vertreter der von ihm betätigten politischen Bestrebungen« gehuldigt

Habe Zabel betreffend noch nicht genügend Auskünfte, man werde sich erneut melden

Sendet angeforderten Bericht der Überwachung Köppens (vgl. Bl. 17f.): »in keiner Beziehung [...] nachtheiliges Licht«

Kann nun Informationen zu Zabel senden (vgl. Bl. 22); Zabel betreibe, im Gegensatz zur polizeilichen Information vom 30. März 1841 (vgl. Bl. 28f.) eine Pensionsanstalt für Kost und Logis von Schülern. Diese Einrichtung sei nicht konzessionspflichtig (vgl. Bl. 30f.)

PP habe in Verbindung mit der städtischen Schuldeputation Erkundigungen über Zabel eingeholt. Zabel habe in seiner Pension die Hausaufgaben der Zöglinge überwacht, aber auch selbst Unterricht erteilt. Seine Einrichtung sei aus diesem Grund konzessionspflichtig

Man habe Zabels Pension inspiziert; er beherberge lediglich auswärtige Schüler, die in öffentlichen Schulen Berlins unterrichtet würden. Einrichtung sei insofern nicht konzessionspflichtig

Nimmt seine Verfügung betreffs Zabel zurück (vgl. Bl. 17f.)

[Welcker-Serenade]: Ministerialakte (1841/42, 97 Bl., »Acta betr: die dem Großherzogl. Badischen Hofrath und Professor Dr. Carl Theodor Welcker während seiner Anwesenheit in Berlin gebrachte Serenade und Rüge der Theilnehmer an derselben«). GStA PK, I. HA, Rep. 77, MdI, Tit. 21 Spec. Lit. W, Nr. 23 adh

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1	Berlin, 3. Okt 1841	MdA v. Werther	MdI v. Rochow
2-4	Berlin, 4. Okt 1841	PP v. Puttkamer	MdI v. Rochow
5	Berlin, 27. Sept 1841		
6-12	Berlin, 8. Okt 1841 (Entwurf)	MdI v. Rochow	König Friedrich Wilhelm IV.
12	Berlin, 8. Okt 1841	MdI v. Rochow	MdA v. Werther
13-14	Berlin, 8. Okt 1841	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer
15-16	Sanssouci, 14. Okt 1841	König Friedrich Wilhelm IV.	MdI v. Rochow
17-18	Berlin, 15. Okt 1841	Militärgouverneur von Berlin, v. Müffling	MdI v. Rochow
19	Berlin, 16. Okt 1841	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer
20	Berlin, 21. Okt 1841	MdI v. Rochow	MdK Eichhorn
20-21	Berlin, 21. Okt 1841	MdI v. Rochow	MdA v. Maltzahn
21-21a	Berlin, 21. Okt 1841	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer
21a-22	Berlin, 21. Okt 1841	MdI v. Rochow	Militärgouverneur von Berlin, v. Müffling
23-24	Berlin, 18. Okt 1841	PP v. Puttkamer	MdI v. Rochow
25-26	Berlin, 14. Okt 1841 (Abschrift)	Revier-Kommissarius Mortzfeld	PP
27	Berlin, 25. Okt 1841	MdI v. Rochow	König Friedrich Wilhelm IV.

Inhalt

Mit Verweis auf den Beitrag in der »Leipziger Allgemeinen Zeitung« vom 3. Okt 1841 wünsche der Gesandte des Großherzogtums Baden in Berlin nähere Auskünfte

Schildert Ereignisse vom 28. Sept 1841; übersendet Kurzinformationen zu einigen Teilnehmern; sendet ihm Akten, Rutenberg, Mütze und Cornelius betreffend

Antrag und Genehmigung für Garde-Artillerie-Musiker, am 28. Sept 1841, 10.00 Uhr, eine Serenade durchzuführen (vorbehaltlich der Genehmigung des betreffenden Polizei-Revier-Kommissarius)

Teilnehmer der Serenade sind fast alle als »Anhänger der Junghegelschen Schule ~~und zum Theil als Schriftsteller des jungen Deutschland~~ bekannt«; einige derselben hätten an den »Hallischen, jetzt deutschen Jahrbüchern« mitgewirkt und sind zumeist Autoren von die öffentliche Meinung irreführenden Artikeln in auswärtigen Zeitungen; B. Bauer sei »Schüler und Nachfolger von D. F. Strauß«; er gehe »in seiner alles auflösenden Kritik noch über denselben hinaus«

Antwort auf Anfrage vom 3. Okt; sendet Abschrift des Berichts an den König (vgl. Bl. 6ff.)

Verurteilt, dass der betreffende Revier-Kommissarius Erlaubnis für Serenade gegeben habe und verlangt, ihn zur Verantwortung zu ziehen

Stimmt ihm bei, dass Beteiligte aufgrund der Genehmigung der Serenade nicht zur gerichtlichen oder polizeilichen Verantwortung gezogen werden können; weist an, die Teilnehmer mit zeitweiligem Wohnsitz in Berlin aus der Stadt »fortzuschaffen«, die anderen »einer scharfen polizeilichen Aufsicht zu unterwerfen«; weist an, dass B. Bauer »nicht wieder in sein Verhältniß als Privatdocent in Bonn zurückkehrt«

Erklärt, wie er zukünftig Missbrauch von Militärmusikern zu Serenaden ausschließen will

Sendet ihm Königliche Ordre vom 14. Okt (vgl. Bl. 15f.); er solle entsprechend handeln und die Teilnehmer vorladen

Sendet ihm Königliche Ordre vom 14. Okt (vgl. Bl. 15f.); teilt ihm mit, dass Bauer nicht wieder in seine Stellung als Privatdozent nach Bonn zurückkehren solle

Sendet ihm Königliche Ordre vom 14. Okt (vgl. Bl. 15f.); bittet um Nachricht, wie MdA mit Wenzel verfahren werde

Sendet ihm Bericht des Militärgouverneurs von Berlin, v. Müffling (vgl. 17f.)

Dankt für Bericht vom 15. Okt (vgl. Bl. 17f.); sendet ihm Königliche Ordre vom 14. Okt (vgl. Bl. 15f.)

Bericht über Handlungsweise des Revier-Kommissarius (vgl. Bl. 25f.)

Rechtfertigungsschreiben wegen seiner Erlaubnis für die Serenade vom 28. Sept 1841

Referiert Rechtfertigungsschreiben des Revier-Kommissarius Mortzfeld wegen seiner Erlaubnis für die Serenade vom 28. Sept 1841

28	Berlin, 25. Okt 1841	MdI v. Rochow	MdA v. Maltzahn
28a-29	Berlin, 25. Okt 1841	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer
30	Berlin, 25. Okt 1841	MdK Eichhorn	MdI v. Rochow
31	Berlin, 30. Okt 1841	Archivierungsnotiz	
32-36	Berlin, 28. Okt 1841	PP v. Puttkamer	MdI v. Rochow
37	Berlin, o.D.	MdI	MdI
38-40	Berlin, 31. Okt 1841	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer
41-42	o.O., [vor 31. Okt 1841]	König Friedrich Wilhelm IV.	MdI v. Rochow
43	Berlin, 31. Okt 1841	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer
44	Berlin, 31. Okt 1841	MdA v. Maltzahn	MdI v. Rochow
45	Berlin, 10. Nov 1841	Archivierungsnotiz	
46	Berlin, 7. Nov 1841	[unleserlich]	MdI
47	Berlin, 8. Nov 1841	MdI	Königlicher General-Intendant v. Redern
48	Berlin, 31. Okt 1841	Archivierungsnotiz	
49	Berlin, 10. Nov 1841	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer
50	Berlin, 10. Nov 1841	Königlicher General-Intendant v. Redern	MdI
51-52	Carlsruhe, 30. Okt 1841	Preußischer Gesandter im Großherzogtum Baden, v. Otterstedt	MdA v. Maltzahn
53	Berlin, 15. Nov 1841	PP v. Puttkamer	MdI v. Rochow
54	Berlin, 15. Nov 1841	MdI v. Rochow	Ober-Präsident der Rheinprovinz, v. Bodelschwingh

Referiert Rechtfertigungsschreiben des Revier-Kommissarius Mortzfeld wegen seiner Erlaubnis für die Serenade vom 28. Sept 1841

Referiert Rechtfertigungsschreiben des Revier-Kommissarius Mortzfeld wegen seiner Erlaubnis für die Serenade vom 28. Sept 1841

Dankt für Schreiben vom 21. Okt 1841 (vgl. Bl. 20), bitte um weitere Informationen zu B. Bauer; dieser habe sich »so weit ich weiß, von politischen Bestrebungen fern gehalten«; bittet »näheren Antheil kennen zu lernen, welchen pp. Bauer an dieser politischen Demonstration genommen hat«

Sendet Personalinformationen zu Teilnehmern der Serenade: Mügge, Rutenberg, Zabel, Eichler, Cornelius, Riedel, Köppen, B. Bauer, Meyen (auch Flottwell, Wenzel, Veit, Lehfeldt)

Informationen über Buchhändler Cornelius

Mügge, Rutenberg, Zabel und Köppen sind polizeilich zu beaufsichtigen; Inhaber des Rebensteinschen Lesekabinetts ist zu verwarnen, diesen Personen nicht weiter Zutritt zu geben; Ausweisung von B. Bauer und Riedel behält er sich ggf. vor; Mahnung zu strengem Vorgehen gegen »verderbliches Clubb- und Meetingswesen«

Memorandum zur Intensivierung der Polizeiarbeit; gegen »Passivität«, gegen »verderbliches Clubb- und Meetingswesen«: »dem Treiben solcher Individuen, die von der Tagesschriftstellerei leben und zur Sammlung und Verbreitung politischer Gerüchte die Caffee- und Weinhäuser und Lese-Cabinette frequentiren, in aufmerksame Beobachtung zu stellen«

Kurzes Schreiben mit Mahnung zur Intensivierung der Polizeiarbeit

Dankt für Schreiben vom 25. Okt 1841 (vgl. Bl. 28); informiert darüber hinaus, dass er den Redakteur der »Allgemeinen Preußischen Staats-Zeitung« v. Usedom ermächtigt habe, Disziplinarschritte gegen den Teilnehmer der Serenade Wenzel vorzunehmen (vgl. Anfrage vom 21. Okt 1841, Bl. 20f.)

Beschwerde, dass »die bekannten Literaten« Mügge, Riedel, Meyen und Eichler Karten für die Potsdamer Vorstellung der »Antigone« erhielten, obwohl »Personen von Ruf« keine Billets erhalten konnten

Bittet ihn, in Zukunft zu vermeiden, dass Personen, die die Aufmerksamkeit der Polizeibehörden auf sich gezogen haben, mit Eintrittskarten für Vorstellungen versehen werden (betrifft: Aufführung der »Antigone« im Neuen Palais zu Potsdam, vgl. Bl. 46)

Erbittet weitere Berichte über Bauers Teilnahme an »Abendmusik« für Welcker

Antwort auf Mahnung vom 8. Nov 1841 (vgl. Bl. 47): Literaten Mügge, Riedel, Eichler und Meyen hätten nicht auf bevorzugte Weise Eintrittskarten erhalten, sondern sie sich auf privatem Umweg verschafft

Über die oppositionelle Stellung Welckers im Großherzogtum Baden

B. Bauer habe nicht nur an der Serenade, sondern auch am anschließenden Diner teilgenommen und soll dort »Reden gehalten haben«; ist am 3. Nov 1841 nach Bonn abgereist

Bezieht sich auf missverständlichen Artikel in »Rhein- und Mosel-Zeitung« über Welcker-Serenade; instruiert v. Bodelschwingh über die Positionen der preußischen Regierung

55		Auszug aus der »Hamburger Börsen-Halle«, 11. Nov 1841	
56	Berlin, 17. Nov 1841	PP v. Puttkamer	MdI v. Rochow
57	Berlin, 17. Nov 1841	MdI	PP
58	Berlin, 16. Nov 1841	PP	MdI v. Rochow
59	Berlin, 5. Nov 1841 (Abschrift)	PP v. Puttkamer	MdI v. Rochow
60	Berlin, 25. Okt 1841	MdK Eichhorn	MdI v. Rochow
61	Berlin, 19. Nov 1841	MdK Eichhorn	MdI v. Rochow
62	Berlin, 22. Nov 1841	MdI	MdI
63-64	Berlin, 22. Nov 1841	MdI v. Rochow	MdK Eichhorn
65-66	Berlin, 28. Nov 1841	v. Usedom (leitender Redakteur der »Allgemeinen Preußischen Staats-Zeitung«)	MdI v. Rochow
67-68	Berlin, 19. Nov 1841	v. Usedom (vgl. Bl. 65f.)	MdI v. Rochow
69	Berlin, 23. Nov 1841	MdI v. Rochow	v. Usedom (vgl. Bl. 65f.)
70-71	Berlin, 25. Nov 1841	PP v. Puttkamer	MdI v. Rochow
72	Berlin, 27. Nov 1841	PP v. Puttkamer	MdI v. Rochow
73-74	Berlin, ca. Ende Nov 1841	MdI [v. Rochow]	
75	Berlin, 29. Nov 1841	MdI	MdI
76-79	Berlin, 1. Dez 1841	MdI v. Rochow	König Friedrich Wilhelm IV.
79a	Berlin, 1. Dez 1841	MdI v. Rochow	v. Usedom (vgl. Bl. 65f.)
80-82	Berlin, 1. Dez 1841	MdI v. Rochow	PP

Verteidigt bedingt Welckers liberale Ansichten und diejenigen, die ihm mittels Serenaden beipflichten

Sendet Schreiben v. Maltzahns vom 31. Okt zurück (vgl. Bl. 44)

Bittet um Nachricht, ob Wenzel, wie öffentliche Blätter berichten, tatsächlich bei der »Allgemeinen Preußischen Staats-Zeitung« entlassen worden sei

Angeforderter Bericht über Bauers Teilnahme an Serenade für Welcker (vgl. Bl. 49) sei bereits am 5. d.M. abgesandt worden (vgl. Bl. 59)

Bauer habe nicht nur an der Serenade, sondern auch am anschließenden Diner teilgenommen und soll dort »Reden gehalten haben«; ist am 3. Nov 1841 nach Bonn abgereist

Abschrift von Bl. 30

Bittet um Antwort auf Frage vom 25. Okt wegen Bauers Teilnahme an der Serenade für Welcker (vgl. Bl. 30, 60)

Erörtert Möglichkeiten disziplinarischer Rügen für Köppen und Zabel durch ihre Schulverwaltungen

Eichhorn soll disziplinarische Schritte der Schuldirektion gegen Köppen veranlassen; soll ebenfalls dafür sorgen, dass Zabel die Konzession für seine Erziehungsanstalt nicht weiter verlängert werde

Vgl. Bl. 57. Er habe Wenzel noch nicht entlassen, weil dieser nicht an der Serenade für Welcker und am anschließenden Gelage teilgenommen habe, sondern nur am gemeinsamen Mittagessen tags darauf

Bittet um Nachricht, ob Ordre des Königs vom 14. Okt 1841 (vgl. Bl. 15f.) auch für Wenzel gelte, wenn er nur am Mittagessen und weder an Serenade noch am Gelage teilgenommen hat

Antwort auf Frage vom 19. Nov (vgl. Bl. 67f.): In der Tat habe der König von einer Maßregelung der Teilnehmer des Mittagmahls vom 29. Sept Abstand genommen, insofern gelte die Ordre vom 14. Okt für Wenzel nicht. Da jedoch die »Zuverlässigkeit seiner Gesinnung« fraglich sei, wäre seine Entlassung empfehlenswert

Bericht über die Verwarnung der vorgeladenen Teilnehmer der Serenade (Zabel, Mügge, Eichler, Meyen, Riedel, Rutenberg, Köppen, Cornelius); B. Bauer habe Berlin verlassen; Riedel wolle, weil Konzession für »Athenäum« nicht verlängert werde, nach Bayreuth zu seiner Familie zurückkehren

Übersendet ihm alle betreffenden Akten der Welcker-Serenade

Pro Memoria über den Stand der Welckerschen Sache, referiert Stand der Erledigung der Ordre des Königs vom 14. Okt 1841

[unleserlich]

Referiert Stand der Erledigung der Ordre vom 14. Okt 1841 (vgl. Bl. 15f., 73f.)

Nach mündlicher Konferenz befiehlt der König, dass Wenzel aus Gnade bei »Allgemeiner Preußischer Staats-Zeitung« verbleiben könne

B. Bauer habe Berlin verlassen, Riedel sei auszuweisen, mögliche Ausweisung von Cornelius sei zu prüfen

83-84	Berlin, 12. Nov 1841	Eichler, Köppen, Meyen, Mügge, Rutenberg, Zabel	König Friedrich Wilhelm IV.
85	Berlin, 2. Dez 1841	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer
85-86	Berlin, 2. Dez 1841	MdI v. Rochow	König Friedrich Wilhelm IV.
87	Berlin, 2. Dez 1841	MdA v. Maltzahn	MdI v. Rochow
88-91	Berlin, 15. Nov 1841 (Abschrift)	Wenzel	v. Usedom (vgl. Bl. 65f.)
92-93	Berlin, 24. Nov 1841 (Abschrift)	v. Usedom (vgl. Bl. 65f.)	Wenzel
94	Berlin, 6. Dez 1841	MdI v. Rochow	MdA v. Maltzahn
95	Berlin, 21. Dez 1841	MdI v. Rochow	v. Usedom (vgl. Bl. 65f.)
96-97	Berlin, 19. Jan 1842	PP v. Puttkamer	MdI v. Rochow
97	Berlin, Jan/Febr 1842	Archivierungsnotiz	

Bitten um Gnade für Wenzel: Sei Vater und Ernährer von 5 Kindern. »Wir sind von Liebe für unser Vaterland und für Ew. Majestät erhabene Person so durchdrungen, daß wir uns nicht schonen und nie geschont haben, die Wünsche offen auszusprechen, welche jeder Patriot, jeder wahre Preuße sagen darf und muß, die Wünsche: Preußen wieder an der Spitze des gemeinsamen deutschen Vaterlandes, an der Spitze der Entwicklung und freisinnigen Förderung der gesamten geistigen und materiellen Interessen zu erblicken, und es so den Berechtigungen unserer Geschichte Folge geben zu sehen«

Eichler, Köppen, Meyen, Mügge, Rutenberg, Zabel und Riedel [letzterer war nicht Mitunterzeichner des Gesuchs, OB.] sei ihre Ministerialeingabe vom 12. u. 13. Nov zurückzusenden (vgl. Bl. 83f.); er möchte Nachricht, warum auch Meyen die Eingabe unterzeichnet habe

Eichler, Köppen, Meyen, Mügge, Rutenberg, Zabel und Riedel [letzterer war nicht Mitunterzeichner des Gesuchs, OB.] sei ihre Ministerialeingabe vom 12. u. 13. Nov zurück gesandt worden; habe PP um Aufklärung gebeten, warum auch Meyen zu den Mitunterzeichnern gehöre
Sendet Abschrift der Untersuchung v. Usedom gegen Wenzel (vgl. Bl. 88ff., 92ff.)

Rechenschaftsbericht über seine Teilnahme am Mittagessen vom 29. Sept 1841: War lediglich beim »Privat-Mittagessen« im Café national zugegen (das von Dr. Mügge organisiert worden war); »Als ein politisch verdächtiger Mann war mir Hofrath Welcker nicht bekannt«; bittet, ihn in bisheriger Stellung verbleiben zu lassen

Tadelt ihn für seine Teilnahme an einem Diner, welches »unter allen Umständen den Charakter einer politischen Huldigung an sich trug«; diese Teilnahme würde seine Entlassung rechtfertigen; mit Rücksicht auf seine bedrängte familiäre Lage und seine bisherige gute Führung will er davon Abstand nehmen

Nimmt seinen Bericht vom 24. Nov zur Kenntnis (vgl. Bl. 92f.); informiert über ergangene Gnade betreffs Wenzel vom König (vgl. Bl. 79a)

Bezieht sich auf Nr. 295 des »Hamburgischen Correspondenten« und widersprüchliche Nachrichten, ob Wenzel bei der »Allgemeinen Preußischen Staats-Zeitung« entlassen worden sei oder nicht; verlangt Auskunft, wie mit Wenzel inzwischen weiter verfahren wurde

Antwort auf Schreiben vom 2. Dez 1841 (vgl. Bl. 85): Eichler, Köppen, Meyen, Mügge, Rutenberg, Zabel und Riedel [letzterer war nicht Mitunterzeichner des Gesuchs, OB.] wurde erklärt, dass ihre Ministerialeingabe nicht behandelt werde (vgl. Bl. 83); Meyen wurde befragt, warum auch er sie unterzeichnet hätte, und er habe sich zu seinen Freunden bekannt

[Welcker-Serenade]: Polizeiakte (1841/42, 70 Bl., »Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffend die dem Professor Welcker aus Baden am 28. Septbr. 1841 im Gasthofe Zum Kronprinzen hiers. gebrachte Serenade«). LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 14002 (Altsign.: Tit. 94, Lit. W, No. 161)

Bl.	Ort, Datum	Sender	Empfänger
1-4	Berlin, 3. Okt 1841	PP	PP
5-8	Berlin, 4. Okt 1841	PP	MdI v. Rochow
9	Berlin, 7. Okt 1841	PP	PP
10	Berlin, 8. Okt 1841	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer
11	Berlin, 14. Okt 1841	Revier-Kommissarius Mortzfeld	PP
12	Berlin, 16. Okt 1841	König Friedrich Wilhelm IV.	PP v. Puttkamer
13-14	Berlin, 18. Okt 1841	PP v. Puttkamer	MdI v. Rochow
15	Berlin, 16. Okt 1841	MdI v. Rochow	PP
16	Sanssouci, 14. Okt 1841	König Friedrich Wilhelm IV.	MdI v. Rochow
17	Berlin, 20. Okt 1841	v. Usedom (leitender Redakteur der »Allgemeinen Preußischen Staats-Zeitung«)	PP
18	Berlin, 22. Okt 1841	PP	v. Usedom (vgl. Bl. 17)
19	Berlin, 18. Okt 1841	PP	PP
20-21	Berlin, 23. Okt 1841	PP	PP
22	Berlin, 25. Okt 1841	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer
23-24	Berlin, 15. Okt 1841	Militärgouverneur von Berlin, v. Müffling	MdI v. Rochow (Abschrift)

Inhalt

Welcker wurde [am 28. Sept 1841] »Nachtmusik« im Hotel dargebracht; Teilnehmer: Dr. Rutenberg, Dr. Mügge, Dr. Riedel, Ludwig Eichler, Dr. Köppen, Buchhändler Cornelius, Referendarius Flottwell, Dr. Bauer aus Bonn, Dr. Zabel; Hauptakteur: Rutenberg; anschließend ging man mit Welcker zu Wallburg, Poststr. 28, wo andere Personen warteten; dort »Gelage, welches bis morgens 3. Uhr währte«

Schildert Ereignisse wie oben; übersendet Kurzinformationen zu einigen Teilnehmern; sendet ihm Akten Rutenberg, Mügge und Cornelius betreffend

Welcker soeben aus Berlin abgereist

Verurteilt, dass der betreffende Revier-Kommissarius Erlaubnis für Serenade gegeben habe und verlangt, ihn zur Verantwortung zu ziehen

Rechtfertigungsschreiben (vgl. Bl. 10)

Fordert schleunige Übersendung der Akten in der Sache Welcker

Bericht über Handlungsweise des Revier-Kommissarius (vgl. Bl. 11)

Berichtet über eingeleitete Disziplinierungsmaßnahmen gegen die Teilnehmer, die sich im Staatsdienst befinden, vor allem B. Bauer

Stimmt ihm bei, dass Beteiligte aufgrund der Genehmigung der Serenade nicht zur gerichtlichen oder polizeilichen Verantwortung gezogen werden können; weist an, die Teilnehmer mit zeitweiligem Wohnsitz in Berlin aus der Stadt »fortzuschaffen«, die anderen »einer scharfen polizeilichen Aufsicht zu unterwerfen«; weist an, dass B. Bauer »nicht wieder in sein Verhältniß als Privatdocent in Bonn zurückkehrt«

Ersucht um vertrauliche Informationen über Welcker-Serenade

Betreffs der Teilnahme Wenzels habe der MdI den MdA kontaktiert

Rutenberg, Cornelius, Zabel, Riedel, Eichler sind vorzuladen

Übersendet Personalinformationen zu den an der Serenade Beteiligten (Mügge, Rutenberg, Cornelius, Zabel, Riedel, Eichler, Köppen, Bauer); ebenfalls Berichte über die bei Wallburg anwesenden Wenzel, Veit, Lehfeldt, Waldeck

Weist ihn an, Revier-Kommissarius Mortzfeld einen Verweis zu erteilen (vgl. Bl. 11)

Erklärt, wie er zukünftig Missbrauch von Militärmusikern zu Serenaden ausschließen will

25-30	Berlin, 28. Okt 1841	PP	MdI v. Rochow
31	Berlin, 31. Okt 1841	MdA v. Maltzahn	PP
32	Berlin, 13. Nov 1841	PP	MdI v. Rochow
33-35	Berlin, 31. Okt 1841	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer
36	Berlin, 31. Okt 1841	König Friedrich Wilhelm IV.	PP v. Puttkamer
37	Berlin, 24. Nov 1841	PP v. Puttkamer	König Friedrich Wilhelm IV.
38	Berlin, 25. Nov 1841	PP	Zabel, Köppen, Cornelius, Mügge, Rutenberg, Riedel, Eichler
39-41	Berlin, 25. Nov 1841	Protokoll des PP (vgl. Bl. 38)	
42-45		»Leipziger Lokomotive«, Nr. 20, 17. Mai 1843 [S. 1]	
46-47	Berlin, 25. Nov 1841	PP v. Puttkamer	MdI v. Rochow
48	Berlin, 27. Nov 1841	MdI v. Rochow	PP
49	Berlin, 27. Nov 1841	PP	MdI v. Rochow
50-51	Berlin, 1. Dez 1841	MdI v. Rochow	PP
52	Berlin, 2. Dez 1841	MdI v. Rochow	PP v. Puttkamer
53	Berlin, 14. Dez 1841	PP	PP
54	Berlin, 20. Dez 1841	PP	PP
55	Berlin, 19. Jan 1842	PP	MdI v. Rochow
56	Berlin, 19. März 1842	MdI v. Rochow	PP

Sendet Personalinformationen zu Teilnehmern der Serenade: Mügge, Rutenberg, Zabel, Eichler, Cornelius, Riedel, Köppen, B. Bauer, Meyen (auch Flottwell, Wenzel, Veit, Lehfeldt)

Betreffend den Mitarbeiter der »Allgemeinen Preußischen Staats-Zeitung« Wenzel

Sendet Schreiben in Abschrift zu (vgl. Bl. 31)

Mügge, Rutenberg, Zabel und Köppen sind polizeilich zu beaufsichtigen; Inhaber des Rebensteinschen Lesekabinetts ist zu verwarnen, diesen Personen nicht weiter Zutritt zu geben; Ausweisung von B. Bauer und Riedel behält er sich ggf. vor; Mahnung zu strengem Vorgehen gegen »verderbliches Clubb- und Meetingswesen«

Zabel, Köppen, Cornelius, B. Bauer, Mügge, Rutenberg, Riedel und Eichler sind vorzuladen

Genannte Personen werden vorgeladen

Sammelvorladung an die Genannten für 25. Nov, 5 Uhr

Polizeiliche Verwarnung an Cornelius, Meyen, Köppen, Rutenberg, Mügge, Riedel, Zabel und Eichler, sie würden von nun an streng beaufsichtigt

Spekulationen über Existenz geheimer Polizei in Preußen (anlässlich der Verwarnung der Teilnehmer an der Welcker-Serenade)

Bericht über die Verwarnung der Vorgeladenen (vgl. Bl. 39ff.); B. Bauer habe Berlin verlassen; Riedel wolle, weil Konzession für »Athenäum« nicht verlängert werde, nach Bayreuth zu seiner Familie zurückkehren

Für seinen mündlichen Bericht beim König benötige er alle Akten über die Welcker-Serenade

Übersendet ihm alle betreffenden Akten

B. Bauer habe Berlin verlassen, Riedel sei auszuweisen, mögliche Ausweisung von Cornelius sei zu prüfen

Eichler, Köppen, Meyen, Mügge, Rutenberg, Zabel und Riedel [letzterer war nicht Mitunterzeichner des Gesuchs, OB.] sei ihre Ministerialeingabe vom 12. u. 13. Nov zurückzusenden; er möchte Nachricht, warum auch Meyen die Eingabe unterzeichnet habe

Eichler, Köppen, Meyen, Rutenberg, Zabel und Mügge sei bekannt zu geben, dass ihre Ministerialeingabe nicht behandelt werde

Meyen, befragt, warum er als Nicht-Betroffener die Ministerialeingabe unterzeichnet habe, antwortete, dass er leider bei dem Ereignis auswärts war, er sonst aber wie seine »Freunde« gehandelt haben würde

Eichler, Köppen, Meyen, Mügge, Rutenberg, Zabel und Riedel [letzterer war nicht Mitunterzeichner des Gesuchs, OB.] wurde erklärt, dass ihre Ministerialeingabe nicht behandelt werde; Meyen wurde befragt und habe sich zu seinen Freunden bekannt (vgl. Bl. 53f.)

Zabel, Mügge, Köppen, Eichler, Cornelius, Meyen, Wenzel und Rutenberg erhalten ohne seine Einwilligung keine Reisepässe; beim Eintreffen von Riedel und B. Bauer in Berlin sei er zu informieren

(Die weitere Akte behandelt spätere Besuche Welckers in Berlin)

Abkürzungen

GStA PK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz
LAB	Landesarchiv Berlin
MdA	Ministerium des Äußern/Minister des Äußern
MdI	Ministerium des Innern/Minister des Innern
MdK	Kultusministerium/Kultusminister
PP	Polizeipräsidium/Polizeipräsident zu Berlin
RP	Regierungs-Präsident/Regierungs-Präsidium
SAPMO-BA	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv

FINDMITTEL UND BIBLIOGRAPHIEN DER BIBLIOTHEK DER FREIEN

Nr. 1

Wolfgang Eckhardt: Kurt Zube (1905-1991). Nachlassverzeichnis.
Einleitung Uwe Timm

Karin Kramer Verlag, Berlin (März) 2006. 51 S. ISBN 978-3-87956-311-1

Der Individualanarchist Kurt Zube wird am 14. Juli 1905 in Dirschau bei Danzig geboren. Ende der 1920er Jahre knüpft er nähere Bekanntschaft mit John Henry Mackay und Walther Borgius, deren Verleger er wird. 1933 Beschlagnahme seiner Verlagswerke, Berufsverbot durch die Reichsschrifttumskammer und Vernichtung seiner Privatbibliothek durch die Gestapo. 1934 Initiator und Propagandist der Wirtschaftsring-Genossenschaft (WIR) in Zürich. 1935 Ausbürgerung und Emigration nach Österreich, Zube wird staatenlos. Bis 1938 Arbeitsverbot, anschließend Berufstätigkeit als Fakturist und kaufmännischer Angestellter. 1946-1947 Verleger und Publizist in Österreich, 1950 Rückkehr nach Deutschland, Gründung eines Versandbuchhandels, 1954-1968 Herausgeber des Bücher-Digest »Erlesenes«. Ab 1962 Initiativen zu neuartigen Kredit- und Zahlungssystemen (SAG, ESAG usw.). 1974 Gründung der »Mackay-Gesellschaft« durch Zube, in deren Verlag eine Vielzahl von Werken des individualistischen Anarchismus erscheint, darunter auch Zubes eigene Bücher (unter dem Pseudonym K. H. Z. Solneman) »Manifest des Friedens und der Freiheit« (1977) und »Der Bahnbrecher John Henry Mackay. Sein Leben und sein Werk« (1979). Zube stirbt am 7. Mai 1991 in Freiburg/Breisgau. Der Nachlass Zubes wurde im Sommer 2005 der Bibliothek der Freien übertragen und bildet jetzt Fonds 5 des Archivbereichs der Bibliothek mit 135 archivalischen Einheiten.

Nr. 2

Jochen Knoblauch/Sebastian Seibert: Akratie (1973-1981). Register.
Mit einer biographischen Skizze Heiner Koechlings von Werner Portmann

Karin Kramer Verlag, Berlin (Januar) 2012. 54 S. ISBN 978-3-87956-359-3

Die Akratie (1973-1981) als Zeitschriftenprojekt ist stark mit dem Schweizer Anarchisten Heiner Koechlin (1918-1996) verbunden. Programmatisch hieß es über das Projekt: »Akratie ist kurz gesagt menschliches Zusammenleben ohne irgendeine Art von äußerem Zwang.« Was für Libertäre eigentlich eine Selbstverständlichkeit darstellt, sorgte in jener Zeit des Neo-Anarchismus (1968 ff.) durchaus für Kontroversen. Die 68er warfen alle linken Strömungen und nationalen Befreiungsbewegungen in einen Topf. Links war Pop. Ob Marx, Bakunin, Che, Mao, Ho Chi Minh usw. – wichtig war eigentlich nur, die eigenen Eltern (und damit auch die Obrigkeit) zu düpieren. Zu jener Zeit mussten Zeitschriften wie die Akratie noch um einen eigenständigen Platz innerhalb dieser Links-Suppe kämpfen. Erst langsam kam mit der aufblühenden libertären Verlagsszene, den zahlreichen theoretischen Reprints der AnarchistInnen und dank mutiger Zeitschriften wie der Akratie so etwas wie ein eigenständiges anarchistisches Selbstbewusstsein zu Stande. Das Akratie-Register verzeichnet alle darin publizierten Artikel, löst zahlreiche Pseudonyme auf und enthält ein Namens- und Sachregister für alle 15 erschienenen Hefte. Neben einer Einleitung zum historischen Kontext der Akratie enthält die Ausgabe eine ausführliche biographische Skizze Heiner Koechlings von Werner Portmann.

Schon vor dem Entstehen des Anarchismus als politischer Richtung gab es herrschaftskritische Gruppen und Einzelpersonen, die libertäre Werte vertreten haben. Insbesondere in Berlin hat sich in der unruhigen Zeit vor der 1848er Revolution eine öffentlichkeitswirksame Gruppe profiliert, die nacheinander liberale, demokratische und kommunistische Konzepte ihrer Kritik unterzog und dabei zu Positionen eines frühen Anarchismus gelangte: Die Berliner »Freien«.

Von der institutionalisierten Wissenschaft bisher kaum aufgearbeitet, stellen die »Freien« ein hochinteressantes Forschungsfeld dar, das eine Reihe von unkonventionellen Vertreterinnen und Vertretern aufweist wie etwa Louise Aston, Bruno und Edgar Bauer, Ludwig Buhl, Julius Faucher, Karl Friedrich Köppen, Emilie Lehmann, Eduard Meyen, Max Stirner, Titus Ullrich und andere, die vielfach in Vergessenheit geraten sind.

Das Buch dokumentiert die grundlegenden Quellen über die »Freien« aus Berliner Archiven und lässt damit erstmals ihre Entwicklung, die Verfolgung durch Polizei- und Zensurbehörden und ihr Schicksal in der 1848er Revolution im Detail erkennen. In der ausführlichen Einleitung von Olaf Briese werden die Entstehungsbedingungen des frühen Anarchismus skizziert und die »Freien« in ihrer Entwicklung als Individuen und als Gruppe porträtiert.